

## Einladung

**Gremium:** Rat - öffentlich  
**Sitzungstermin:** Dienstag, 14.07.2015, 17:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Dorfkrug Delfshausen, Delfshauser Str. 141, 26180 Rastede

**Rastede, den 02.07.2015**

## **1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede**

**Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.**

**Tagesordnung:**

## Öffentlicher Teil

- |               |  |
|---------------|--|
| <b>TOP 1</b>  | <b>Eröffnung der Sitzung</b>   |
| <b>TOP 2</b>  | <b>Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung</b>   |
| <b>TOP 3</b>  | <b>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.03.2015</b>   |
| <b>TOP 4</b>  | <b>Einwohnerfragestunde</b>  |
| <b>TOP 5</b>  | <b>Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss</b><br><b>Vorlage: 2015/101</b> <b>Berichterstatter: Bürgermeister von Essen</b>                |
| <b>TOP 6</b>  | <b>3. Änderung Bebauungsplan 15 A - Gewerbe-/ Industriegebiet Liethe</b><br><b>Vorlage: 2015/048</b> <b>Berichterstatter: Herr Röben</b>                       |
| <b>TOP 7</b>  | <b>Aufstellung Bebauungsplan 15 B - Verkehrsfläche Wilhelmshavener Straße</b><br><b>Vorlage: 2015/107</b> <b>Berichterstatter: Herr Röben</b>                  |
| <b>TOP 8</b>  | <b>4. Änderung des Bebauungsplans 61 - örtliche Bauvorschriften</b><br><b>Raiffeisenstraße</b><br><b>Vorlage: 2015/108</b> <b>Berichterstatter: Herr Röben</b> |
| <b>TOP 9</b>  | <b>Aufstellung Bebauungsplan 105 - Südlich Schloßpark III</b><br><b>Vorlage: 2015/105</b> <b>Berichterstatter: Herr Röben</b>                                  |
| <b>TOP 10</b> | <b>Straßenbenennung im Baugebiet Südlich Schloßpark III</b><br><b>Vorlage: 2015/109</b> <b>Berichterstatter: Herr Röben</b>                                    |

- Mit freundlichen Grüßen**  
**gez. von Essen**  
**Bürgermeister**



## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2015/101**

freigegeben am **08.06.2015**

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Sabine Meyer

**Datum: 05.06.2015**

### **Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.07.2015	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Elternvertreterin Frau Annheidis von Holwede, wohnhaft Hesterkrugstraße 5, 26180 Rastede, wird als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen.

Frau Heike Braukmann, wohnhaft Harry-Wilters-Ring 3, 26180 Rastede, wird als stellvertretende Elternvertreterin in den Schulausschuss berufen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Der bisherige Elternvertreter im Schulausschuss, Herr Jörg Uhrig, hat mit Schreiben vom 11.03.2015 mitgeteilt, dass er mit sofortiger Wirkung den Vorsitz im Gemeindeelternrat und in diesem Zuge auch die Vertretung der Eltern im Schulausschuss der Gemeinde Rastede niederlegen möchte.

Am 19.05.2015 trat der Gemeindeelternrat zur Wahl einer/eines neuen Vorsitzenden und der Vertretung im Schulausschuss zusammen. Zur neuen Gemeindeelternratsvorsitzenden wurde Frau Heike Braukmann gewählt.

Für die Elternvertretung im Schulausschuss wurde Frau Annheidis von Holwede gewählt, die die Funktion der stellvertretenden Gemeindeelternratsvorsitzenden beibehält. Im Schulausschuss war sie zuvor stellvertretende Elternvertreterin. Frau Braukmann wurde zur stellvertretenden Elternvertretung im Schulausschuss gewählt. Die Vorschläge des Gemeindeelternrates sind für den Schulträger gemäß § 110 Niedersächsisches Schulgesetz verbindlich.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

**Anlagen:**

Keine.

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2015/048**freigegeben am **16.04.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

**Datum: 14.04.2015****3. Änderung Bebauungsplan 15 A - Gewerbe-/ Industriegebiet Liethe****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.04.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	05.05.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

**Beschlussvorschlag:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 28.04.2015 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 3. Änderung des Bebauungsplans 15 A – Gewerbe-/Industriegebiet Liethe mit Begründung und Umweltbericht sowie örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Mit der 3. Änderung des Bebauungsplans 15 A werden Schallemissionskontingente in den Bebauungsplan übernommen und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Anlegung der neuen Erschließungsstraße „Gut Rehorn“ innerhalb des Gewerbe-/ Industriegebietes geschaffen. Zudem werden die zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimente der Rasteder Liste, betriebsbezogene Wohnnutzungen und Vergnügungsstätten vollständig ausgeschlossen und örtliche Bauvorschriften zur Steuerung von Werbeanlagen definiert.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind keine Stellungnahmen durch Bürger eingegangen. Lediglich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung waren seinerzeit zwei Stellungnahmen eingegangen. Die Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sind nachrichtlich in dem nunmehr zu beratenden Abwägungsvorschlag nochmals dargestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sind keine wesentlichen Stellungnahmen eingegangen, sodass nunmehr der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

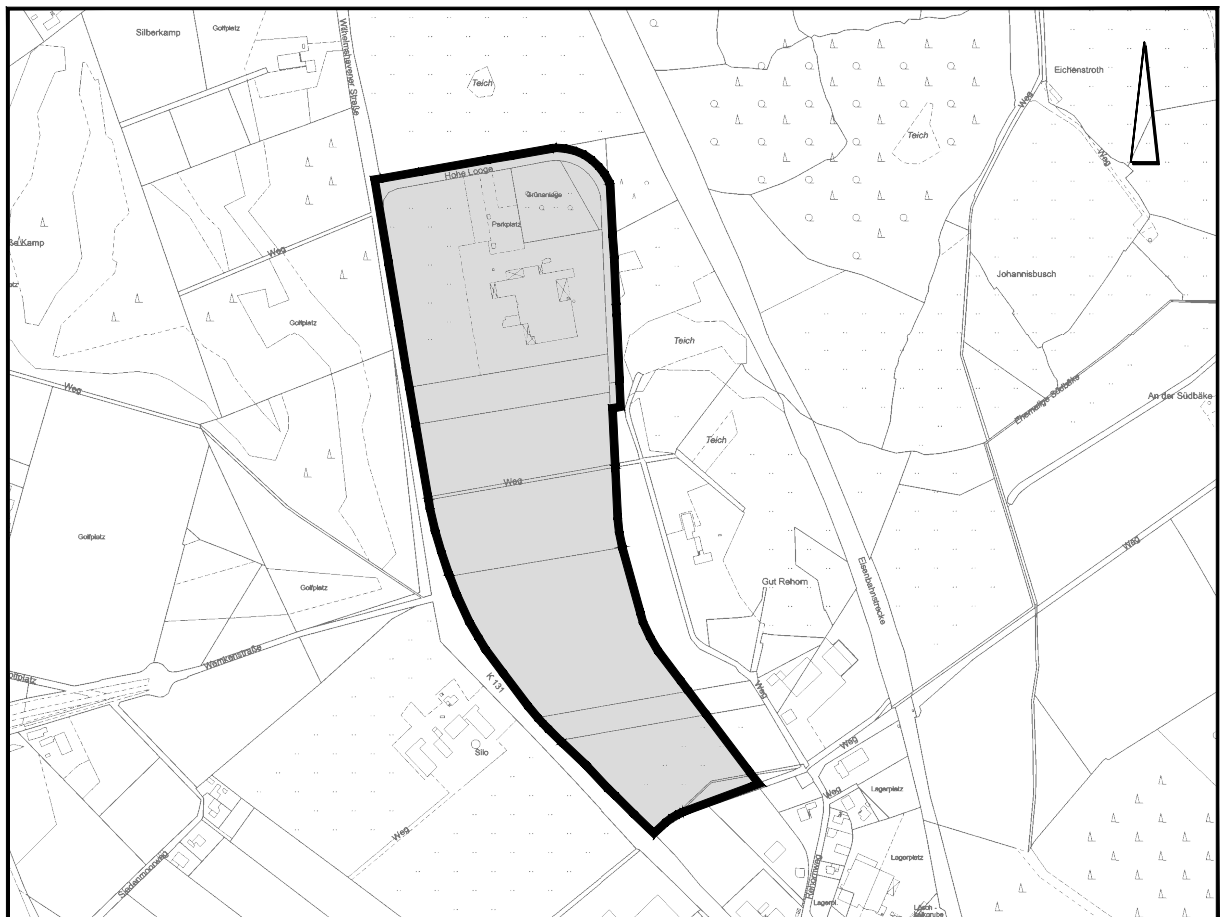
**Anlagen:**

1. Planzeichnung
2. Begründung mit Umweltbericht
3. Abwägungsvorschläge

# Gemeinde Rastede

## Landkreis Ammerland

### Bebauungsplan Nr. 15 a, 3. Änderung *"Industriegebiet Liethe"*



Übersichtsplan M. 1 : 10.000

April 2015

M. 1 : 4.000

NWP Planungsgesellschaft mbH

Gesellschaft für räumliche  
Planung und Forschung

Escherweg 1  
26121 Oldenburg

Postfach 3867  
26028 Oldenburg

Telefon 0441 97174 -0  
Telefax 0441 97174 -73

E-Mail [info@nwp-ol.de](mailto:info@nwp-ol.de)  
Internet [www.nwp-ol.de](http://www.nwp-ol.de)





Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen  
Vermessungs- und Katasterverwaltung,  
© 2014 Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN)

# PLANZEICHENERKLÄRUNG

## 1. Art der baulichen Nutzung



Gewerbegebiete



Eingeschränkte Gewerbegebiete



Eingeschränkte Industriegebiete

## 2. Maß der baulichen Nutzung

8,5

Baumassenzahl

0,8

Grundflächenzahl

## 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen



Baugrenze



überbaubare Fläche

nicht überbaubare Fläche

## 6. Verkehrsflächen



Öffentliche Straßenverkehrsfläche



Verkehrsfläche

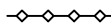


Straßenbegrenzungslinie



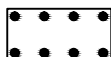
Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

## 8. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen



unterirdische Leitung

## 13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

## 15. Sonstige Planzeichen



Umgrenzung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes- Immissionsschutzgesetzes



Abgrenzung unterschiedlicher Emissionskontingente

LEK=  
63 /46  
dB(A)

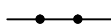
Lärmemissionskontingent pro m<sup>2</sup> tags /nachts



Mit Leitungsrecht zu belastende Fläche zugunsten der Ver- und Entsorger und Fläche mit Nutzungseinschränkungen (s. textl. Festsetzung Nr. 8)

RS

Räumstreifen



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

# Textliche Festsetzungen

1. In den eingeschränkten Industriegebieten (Gle), Gewerbe- (GE) und eingeschränkten Gewerbegebieten (GEe) gemäß § 8 und 9 BauNVO sind gemäß § 1 Abs. 9 folgende Nutzungen ausgeschlossen:
  - Einzelhandelsbetriebe mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten gemäß der Rasterliste:
    - a) zentrenrelevante Sortimente
      - Bekleidung
      - Schuhe
      - Lederwaren
      - Sportartikel
      - Bücher, Schreibwaren
      - Spielwaren
      - Musikinstrumente
      - Hausrat, Glas, Porzellan, Keramik
      - Geschenkartikel
      - Foto, Film
      - Optik
      - Uhren, Schmuck
      - Heimtextilien, Kurzwaren
      - Unterhaltungselektronik (TV; HiFi, CD)/Neue Medien
    - b) nahversorgungsrelevante Sortimente
      - Lebensmittel
      - Reformwaren
      - Drogerieartikel
      - Parfümerieartikel
      - Schnittblumen
      - Zeitschriften
2. Bei Einzelhandelsbetrieben mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten werden zentren- und nahversorgungsrelevante Randsortimente auf maximal 10 % der Gesamtverkaufsfläche begrenzt.
3. In den eingeschränkten Industriegebieten (Gle) gemäß 9 BauNVO sind gemäß § 1 [6] BauNVO folgende ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:
  - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke
  - Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind.
4. In den Gewerbe- (GE) und eingeschränkten Gewerbegebieten (GEe) gemäß § 8 BauNVO sind gemäß § 1 [6] BauNVO folgende ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig:
  - Vergnügungsstätten
  - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke
  - Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind.



5. Zulässig sind Vorhaben (Betriebe und Anlagen), deren Geräusche die in der Planzeichnung angegebenen Emissionskontingente  $L_{EK}$  nach DIN 45691 - bezogen auf je 1 m<sup>2</sup> der Fläche - weder tags (06:00 h bis 22:00 h) (1. Wert) noch nachts (22:00 h bis 06:00 h) (2. Wert) überschreiten.

Diese Kontingente beziehen sich ausschließlich auf die schützenswerten Wohnungen im Außenbereich außerhalb des Geltungsbereiches (Gewerbe-/Industriegebietes).

Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5.

#### Sonderfallregelungen

Ein Vorhaben erfüllt auch dann die schalltechnischen Festsetzungen des Bebauungsplans, wenn der Beurteilungspegel den Immissionsrichtwert an den maßgeblichen Immissionsorten um mindestens 15 dB unterschreitet (Relevanzgrenze). Ferner erfüllt eine Nutzung auch dann die Anforderungen des Bebauungsplanes, wenn sie - unabhängig von den festgesetzten Emissionskontingenten - im Sinne der seltenen Ereignisse der TA Lärm zulässig sind.

6. Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 21a Abs. 1 BauNVO sind Garagengeschosse in sonst anders genutzten Gebäuden nicht auf die zulässige Baumasse anzurechnen. Dies gilt auch für Volumen von Stellplatz- und/oder Garagenanlagen in sonst anders genutzten Vollgeschossen. Die Baumassenzahl erhöht sich um die Baumasse unter der Geländeoberfläche erstellter notwendigen Garagen.
7. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen mit der Zweckbestimmung „Räumstreifen“ ist in einem Abstand von 0 bis 5 m zum Gewässer die Errichtung von baulichen Anlagen (hierunter fallen auch Einfriedungen) und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern unzulässig. In einem Abstand von 5 m bis 10 Metern zum Gewässer ist die Errichtung von baulichen Anlagen unzulässig.
8. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen mit der Zweckbestimmung „L“ ist die Errichtung von baulichen Anlagen (hierunter fallen auch Einfriedungen) und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern unzulässig. Zulässig ist die Befestigung mit wasserdurchlässigem Pflaster oder versickerungsfähigen Deckschichten zur Herstellung einer Stellplatzfläche.

# Örtliche Bauvorschriften

## § 1 Geltungsbereich der Örtlichen Bauvorschriften

Die örtlichen Bauvorschriften betreffen die in der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15a festgesetzten Gewerbegebiete, eingeschränkten Gewerbegebiete und eingeschränkten Industriegebiete.

## § 2 Inhalt

2.1 Die örtlichen Bauvorschriften gelten für alle Werbeanlagen im Sinne des § 50 Abs. 1 der NBauO.

2.2 Werbeanlagen sind nur zur Eigenwerbung an der Stätte der Leistung zulässig. Dies gilt sowohl für direkt am Gebäude angebrachte Werbeanlagen als auch für freistehende Werbeanlagen (z.B. Aufsteller, Pylone und Fahnenmasten).

Ausgenommen von dieser Regelung sind:

- Auslagen, Dekorationen und Plakatwerbung in Fenstern und Schaukästen,
- Werbeanlagen, die vorübergehend für öffentliche Wahlen oder Abstimmungen angebracht oder aufgestellt werden.

Ausnahmsweise können Werbeanlagen auch auf einem Grundstück errichtet werden, das unmittelbar an das Grundstück der Leistung angrenzt.

2.3 Im räumlichen Geltungsbereich sind folgende Werbeanlagen unzulässig:

- Werbung in Form von Lauf-, Wechsel- und Blinklicht
- Lichtwerbung in folgenden Farben: RAL 1026 Leuchtgelb, RAL 2005 Leuchtorange, RAL 2007 Leuchthellorange, RAL 3024 Leuchtrot, RAL 3026 Leuchthellrot, RAL 6038 Leuchtgrün sowie Töne, die dem Farbspektrum entsprechen,
- Werbung mit Einsatz von Bildwerfern und Lasern (Lichtwerbung am Himmel oder auf Projektionsflächen)
- Werbeanlagen, von denen Beschallungen zum Zwecke der Werbung ausgehen.

2.4 Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von den Bestimmungen zulassen, wenn die Einhaltung der Örtlichen Bauvorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde.

2.5 Ordnungswidrig handelt, gemäß § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine Maßnahme durchführt oder durchführen lässt, die nicht den Anforderungen dieser örtlichen Bauvorschriften über die Regelung der Außenwerbung im Gemeindegebiet entspricht.

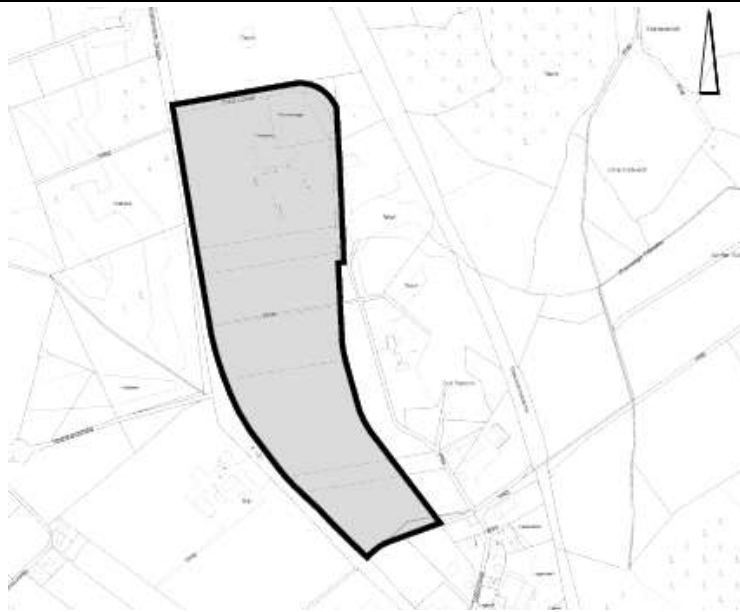
Gemäß § 80 Abs. 5 NBauO können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße geahndet werden.

# Nachrichtliche Übernahmen / Hinweise

1. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen, und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde sein) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Archäologische Denkmalpflege –, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg, Tel.: 0441/799-2120 oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
2. Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.
3. Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, Ordnungsamt oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat direkt.
4. Entlang der K 131 dürfen gemäß § 24 NStrG in einer Entfernung von 20 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, Hochbauten jeder Art nicht errichtet werden. Gleiches gilt für Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfangs.
5. Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.
6. **Verwendete DIN-Normen und Regelwerke**  
Die den textlichen Festsetzungen zugrunde liegenden und genannten DIN-Normen und technischen Regelwerke liegen zur Einsichtnahme bei der Gemeinde Rastede während der üblichen Öffnungszeiten aus.
7. Sämtliche Festsetzungen bisheriger Bebauungspläne innerhalb des Geltungsbereiches treten mit der Bekanntmachung dieses Planes gemäß § 10 BauGB außer Kraft.
8. Vom Verkehr auf der K 131 gehen Emissionen aus, die auf das Plangebiet einwirken. Es wird darauf hingewiesen, dass für die neu geplanten Nutzungen gegenüber dem Träger der Straßenbaulast der K 131 keine Ansprüche auf Immissionsschutz bestehen.

# Gemeinde Rastede Landkreis Ammerland

## 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15a „Industriegebiet Liethe“



### Begründung mit örtlichen Bauvorschriften

**April 2015**

**NWP** Planungsgesellschaft mbH

Escherweg 1  
26121 Oldenburg

Telefon  
Telefax

0441 97174 -0  
0441 97174 -73

Gesellschaft für räumliche  
Planung und Forschung

Postfach 3867  
26028 Oldenburg

E-Mail  
Internet

info@nwp-ol.de  
www.nwp-ol.de





## **INHALTSVERZEICHNIS**

### **TEIL I DER BEGRÜNDUNG**

<b>1.</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
<b>1.1</b>	<b>Anlass der Planung</b>	<b>1</b>
<b>1.2</b>	<b>Rechtsgrundlagen</b>	<b>1</b>
<b>1.3</b>	<b>Geltungsbereich der Planung</b>	<b>1</b>
<b>1.4</b>	<b>Beschreibung des Plangebietes</b>	<b>1</b>
<b>1.5</b>	<b>Planungsrahmenbedingungen</b>	<b>2</b>
<b>2.</b>	<b>ZIELE DER PLANUNG</b>	<b>3</b>
<b>3.</b>	<b>WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG: GRUNDLAGEN UND ERGEBNISSE DER ABWÄGUNG</b>	<b>4</b>
<b>3.1</b>	<b>Ergebnisse der Beteiligungsverfahren</b>	<b>4</b>
<b>3.1.1</b>	<b>Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit</b>	<b>4</b>
<b>3.1.2</b>	<b>Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange</b>	<b>4</b>
<b>3.1.3</b>	<b>Ergebnisse der öffentlichen Auslegung</b>	<b>9</b>
<b>3.1.4</b>	<b>Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange</b>	<b>9</b>
<b>3.2</b>	<b>Relevante Abwägungsbelange</b>	<b>10</b>
<b>3.2.1</b>	<b>Belange von Natur und Landschaft</b>	<b>10</b>
<b>3.2.2</b>	<b>Belange des Immissionsschutzes</b>	<b>11</b>
<b>3.2.3</b>	<b>Verkehrliche Belange</b>	<b>13</b>
<b>3.2.4</b>	<b>Entwässerung</b>	<b>14</b>
<b>3.2.5</b>	<b>Ver- und Entsorgung, Leitungen</b>	<b>14</b>
<b>3.2.6</b>	<b>Belange des Denkmalschutzes</b>	<b>15</b>
<b>3.2.7</b>	<b>Altlasten</b>	<b>16</b>
<b>3.2.8</b>	<b>Belange der Wasserwirtschaft</b>	<b>16</b>
<b>3.2.9</b>	<b>Belange des Bergwerkseigentums</b>	<b>16</b>
<b>3.2.10</b>	<b>Belange der Kampfmittelbeseitigung</b>	<b>16</b>
<b>3.2.11</b>	<b>Belange der Landwirtschaft</b>	<b>16</b>
<b>4.</b>	<b>INHALTE DER PLANUNG</b>	<b>17</b>
<b>4.1</b>	<b>Art der baulichen Nutzung</b>	<b>17</b>
<b>4.2</b>	<b>Maß der baulichen Nutzung</b>	<b>17</b>
<b>4.3</b>	<b>Immissionsschutzrechtliche Festsetzungen</b>	<b>18</b>
<b>4.4</b>	<b>Verkehrliche Festsetzungen</b>	<b>18</b>



<b>4.5</b>	<b>Sonstige Festsetzungen</b>	<b>18</b>
<b>5.</b>	<b>ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN</b>	<b>19</b>
<b>6.</b>	<b>STÄDTEBAULICHE ÜBERSICHTSDATEN</b>	<b>20</b>
<b>7.</b>	<b>DATEN ZUM VERFAHRENSABLAUF</b>	<b>20</b>

## **TEIL II DER BEGRÜNDUNG: UMWELTBERICHT**

<b>1.</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>21</b>
<b>1.1</b>	<b>Inhalt und Ziele des Bauleitplans</b>	<b>21</b>
<b>1.2</b>	<b>Ziele des Umweltschutzes</b>	<b>21</b>
<b>1.3</b>	<b>Artenschutz</b>	<b>23</b>
<b>2</b>	<b>BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN</b>	<b>25</b>
<b>2.1</b>	<b>Planungsrechtlicher Bestand</b>	<b>25</b>
<b>2.2</b>	<b>Aktuelle Ausprägung</b>	<b>25</b>
<b>2.2.1</b>	<b>Biotoptypen, Tiere</b>	<b>25</b>
<b>2.2.2</b>	<b>Boden, Wasser, Klima/Luft</b>	<b>26</b>
<b>2.2.3</b>	<b>Landschaftsbild</b>	<b>27</b>
<b>2.2.4</b>	<b>Mensch, Kultur- und Sachgüter</b>	<b>27</b>
<b>2.3</b>	<b>Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung</b>	<b>27</b>
<b>2.4</b>	<b>Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung</b>	<b>27</b>
<b>2.4.1</b>	<b>Eingriffsbeurteilung nach Planungsrechtlichem Bestand</b>	<b>28</b>
<b>2.4.2</b>	<b>Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung sowie zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen</b>	<b>28</b>
<b>2.5</b>	<b>Anderweitige Planungsmöglichkeiten</b>	<b>29</b>
<b>3</b>	<b>ZUSÄTZLICHE ANGABEN</b>	<b>29</b>
<b>3.1</b>	<b>Verfahren und Schwierigkeiten</b>	<b>29</b>
<b>3.1.1</b>	<b>Verwendete Verfahren</b>	<b>29</b>
<b>3.1.2</b>	<b>Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben</b>	<b>29</b>
<b>3.2</b>	<b>Maßnahmen zur Überwachung</b>	<b>30</b>
<b>3.3</b>	<b>Allgemein verständliche Zusammenfassung</b>	<b>30</b>

## **Teil I der Begründung**

### **1. Einleitung**

#### **1.1 Anlass der Planung**

Anlass für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a ist zum einen eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption, die eine Änderung und Ergänzung der festgesetzten Verkehrsflächen erfordert und zum anderen die Aufstellung eines Lärmschutzgutachtens auf dessen Grundlage Emissionskontingente auszuweisen sind.

#### **1.2 Rechtsgrundlagen**

Rechtliche Grundlagen der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a sind das Baugesetzbuch (BauGB), die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Inhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV) und das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung.

#### **1.3 Geltungsbereich der Planung**

Das Planungsgebiet liegt im südlichen Bereich der Ortslage Hahn-Lehmden und umfasst im Wesentlichen den nördlichen und zentralen Bereich des Industriegebietes Liethe, bzw. die Flächen südlich der Straße „Hohe Looge“, nördlich der Rehorner Bäke und östlich der Wilhelmshavener Straße.

Der Geltungsbereich wird im Westen durch die Wilhelmshavener Straße (K 131) und im Norden durch die nördliche Parzellengrenze der Straße „Hohe Looge“ (Flurstück 21/15) begrenzt. Die östliche Grenze wird durch die Flurstücke 21/19, 21/24 und 40/10 gebildet. Am südlichen Rand des Geltungsbereichs grenzt die Rehorner Bäke bzw. das Flurstück 44/14 an den Geltungsbereich an.

Der genaue Geltungsbereich ist aus der Planzeichnung des Bebauungsplanes zu entnehmen. Die Lage im Gemeindegebiet ergibt sich aus dem Übersichtsplan.

#### **1.4 Beschreibung des Plangebietes**

Am nördlichen Rand des Plangebietes wird die Erschließungsstraße „Hohe Looge“ in den Geltungsbereich einbezogen. Sie führt zu dem im nordöstlichen Teil des Plangebiets befindlichen Industriebetrieb und wird derzeit in östliche Richtung weiter ausgebaut. Der Industriebetrieb

trieb verfügt im nördlichen Bereich über Stellplatzflächen, im südlichen Bereich über Bürogebäude und Gewerbehallen.

Der nordwestliche, der zentrale und der südliche Teil des Plangebietes wird als Ackerfläche genutzt. Parallel zur „Hohen Looe“ und zur Wilhelmshavener Straße sowie westlich und südlich des bestehenden Industriebetriebes sind dichte Gehölzstrukturen vorhanden.

Südlich an das Plangebiet grenzt die Rehorner Bäke an (Gewässer II. Ordnung). Weiter südlich liegen Gewerbe- und Industriebetriebe des Industriegebietes Liethe. Östlich liegen umfangreiche Gehölz- und Grünflächen bzw. Waldflächen, zwei landwirtschaftliche Hofstellen mit Wohnhäusern und die Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven. Weiter östlich liegt der Windpark Rastede.

Westlich der Wilhelmshavener Straße liegt eine Hofstelle mit Wohnnutzung. Weiterhin sind westlich umfangreiche Waldflächen (Golfplatz) vorhanden.

Die westlich angrenzende Wilhelmshavener Straße (K 131) führt in nördlicher Richtung zur Ortslage Hahn-Lehmden und in südlicher Richtung zum Hauptort Rastede. Auf der K 131 ist eine Linksabbiegespur zur „Hohen Looe“ bzw. zum Industriegebiet Liethe vorhanden. Die Straße „Hohe Looe“ dient der Erschließung des im Plangebiet befindlichen Industriebetriebes.

## **1.5 Planungsrahmenbedingungen**

### **Regionales Raumordnungsprogramm**

Der Ortsteil Hahn-Lehmden wird im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Ammerland 1996 als Grundzentrum dargestellt. Das Industriegebiet Liethe wird als Vorranggebiet für industrielle Anlagen und als Standort mit der Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten dargestellt.

### **Bebauungspläne**

Für das Plangebiet liegt der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 15a „Industriegebiet Liethe“ vor. Der Bebauungsplan Nr. 15a geht in südlicher Richtung weit und in östlicher Richtung bis zur Bahnlinie über den Geltungsbereich dieser 3. Änderung hinaus. Er umfasst das gesamte Industriegebiet Liethe und setzt überwiegend Industriegebiete mit einer Grundflächenzahl von 0,7 und einer Baumassenzahl von 9,0 fest. Die Straße „Hohe Looe“ wird als Verkehrsfläche festgesetzt und führt am östlichen Rand des Industriegebietes in Richtung Süden weiter bis sie auf Höhe der Straße „Am Eichenwall“ erneut in die Wilhelmshavener Straße mündet. Östlich dieser 3. Änderung setzt der Bebauungsplan Nr. 15a Flächen für die Landwirtschaft und parallel zur Straße „Hohe Looe“ auf der östlichen Straßenseite Bepflanzungsmaßnahmen fest. Außerdem wird ausgehend von der Bahnstrecke Oldenburg – Wilhelmshaven ein Schienenanschluss ausgewiesen.

Für den Bebauungsplan Nr. 15a wurde ein erstes und zweites Änderungsverfahren durchgeführt. Die beiden Änderungsbereiche liegen außerhalb dieser 3. Änderung und sind daher nicht von Belang.



Mit Rechtskraft dieser 3. Änderung tritt der Bebauungsplan Nr. 15a im Überschneidungsbereich außer Kraft.

Nördlich des Geltungsbereiches dieser 3. Änderung grenzt unmittelbar der Bebauungsplan Nr. 98 „Industriegebiet Hohe Looe“ an. Im Bebauungsplan Nr. 98 werden überwiegend eingeschränkte Industriegebiete mit einer Grundflächenzahl von 0,8 ausgewiesen. Unmittelbar nordöstlich dieser 3. Änderung wird ein Regenrückhaltebecken dargestellt.

## **2. Ziele der Planung**

Die Gemeinde Rastede verfolgt mit der vorliegenden 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15a im Wesentlichen zwei Ziele:

Zum einen wird die im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 15a festgesetzte Erschließungskonzeption überarbeitet, in dem am nordöstlichen Rand des Änderungsgebietes - an der Straße „Hohe Looe“ - eine Wendeanlage festgesetzt wird. Die Straße „Hohe Looe“ sowie die Wendeanlage werden als öffentliche Verkehrsflächen ausgewiesen. Über die Straße „Hohe Looe“ wird die Erschließung des bestehenden Industriebetriebes planungsrechtlich abgesichert. Im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 15a war bislang auf eine Wendeanlage verzichtet worden. Stattdessen war eine durchgängige Erschließungsstraße am östlichen Plangebietsrand vorgesehen, die im südlichen Bereich des Bebauungsplanes Nr. 15a wieder an die Wilhelmshavener Straße anschloss.

Ausgehend von der geplanten Wendeanlage wird in der 3. Änderung in Richtung Süden die Erschließungsstraße verlängert und eine Verkehrsfläche festgesetzt, über die das südlich an den bestehenden Industriebetrieb angrenzende Grundstück erschlossen wird. Für dieses Grundstück liegt ein konkretes Ansiedlungsinteresse vor. Die festgesetzte Verkehrsfläche (weder öffentlich noch privat) überlässt es der weiteren Umsetzungsplanung, ob die Straße privat oder öffentlich errichtet und unterhalten wird.

Der südliche Teil dieser 3. Änderung wird ausgehend von der Wilhelmshavener Straße über eine zusätzlich ausgewiesene Stichstraße erschlossen. Mit dem zusätzlichen Anschluss werden die Grundstücke schneller und direkter an die Kreisstraße angebunden. Zudem können die Grundstücke flexibler parzelliert werden. Dieser Teil des Industriegebietes Liethe ist noch baulich ungenutzt. Für den neuen Anschlusspunkt an die Wilhelmshavener Straße (K 131) wurde eine Ausbauplanung erstellt. Auf der Kreisstraße sind Linksabbiegestreifen erforderlich. Die Verkehrsparzelle im betreffenden Abschnitt ist dafür ausreichend dimensioniert, liegt aber außerhalb des Geltungsbereiches. Die Ausbauplanung/ Linksabbiegestreifen wird durch die Aufstellung eines separaten Bebauungsplanes (Nr. 15 b) rechtlich abgesichert.

Zum anderen beabsichtigt die Gemeinde im Rahmen dieser 3. Änderung Emissionskontingente festzusetzen bzw. die Ergebnisse eines Schallgutachtens zu berücksichtigen. Im Rahmen der Aufstellung des nördlich angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 98 hatte sich gezeigt, dass eine immissionsschutzrechtlich uneingeschränkte Nutzung des Industriegebietes Liethe nicht mit dem Schutzansprüchen der umliegenden Nutzungen vereinbar ist. Dies war Anlass für die Gemeinde, ein entsprechendes Schallgutachten zu erstellen und die Ergebnisse durch die Änderung des Bebauungsplanes planungsrechtlich abzusichern.

### **3. Wesentliche Auswirkungen der Planung: Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung**

#### **3.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren**

Um die konkurrierenden privaten und öffentlichen Belange fach- und sachgerecht in die Abwägung gemäß § 1 (7) BauGB einstellen zu können, sind gemäß §§ 3 und 4 BauGB Beteiligungsverfahren durchgeführt worden.

##### **3.1.1 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**

- Es wurde darum gebeten zu verdeutlichen, dass sich die geplante Änderung ausschließlich auf die gemäß Schallgutachten festgelegten Lärmkontingentierungen und die Einschränkung des Industriegebietes sich ausschließlich auf die Lärmkontingente bezieht. Es wurde angeregt, die Grenzen der Gebietsausweisungen eindeutiger darzustellen.

Die Gemeinde hat dazu verdeutlicht, dass Anlass für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a zum einen eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption und zum anderen eine Anpassung der Art der baulichen Nutzung hinsichtlich der immissionsschutzfachlichen Rahmenbedingungen ist. Dazu wurde ein Lärmschutzgutachten aufgestellt, auf dessen Grundlage Emissionskontingente ausgewiesen wurden. Die Einschränkung bezieht sich ausschließlich auf die zulässigen Schallemissionen.

Die Planzeichnung wurde nach der gültigen PlanZVO erstellt. Die Abgrenzung vom GI zum GE ergibt sich durch das Planzeichen 15.14 (Abgrenzungslinie unterschiedlicher Nutzungen). Die Linie verläuft auf Höhe des Leitungsrechtes. Eine Unterscheidung ist möglich. Der Plan- teil wurde daher nicht geändert.

- Ein Landwirt hat vorgebracht, dass er erhebliche Beeinträchtigungen der betrieblichen Entwicklung befürchtet. Zukünftige Stallerweiterungen und Neubauten würden aus immissionsschutzrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Gründen erschwert.

Die Bedenken werden von der Gemeinde nicht geteilt. Über den Bebauungsplan Nr. 15a mit der Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten bestehen bereits Planungsrechte seit Anfang der 70-er Jahre. Insofern muss der landwirtschaftliche Betrieb bereits seitdem das Industrie- und Gewerbegebiet beachten, wobei den gewerblichen/ Industriellen Nutzungen allerdings ein deutlich geringerer Schutzanspruch beizumessen ist als beispielsweise Wohn- nutzungen. Die mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15A vollzogenen Änderungen sind ohne weitere Auswirkungen auf den westlich befindlichen landwirtschaftlichen Betrieb und insbesondere seine Entwicklungsperspektiven.

##### **3.1.2 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

- Der Landkreis hat Ammerland hat bezüglich der Geruchsimmissionen eine Stellung- nahme der Landwirtschaftskammer Niedersachsen angeregt. Es sei auch zu prüfen, ob bei der Biogasanlage östlich des Plangebietes die Schutzabstände nach Störfallrecht

eingehalten sind. Weitere Anregungen redaktioneller Art zur Planzeichenerklärung wurden vorgebracht.

Der Anregung zur Erstellung einer Stellungnahme der Landwirtschaftskammer bezüglich der Geruchsimmissionen wurde nicht nachgekommen, da die 3. Änderung lediglich eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption und eine Anpassung der Art der baulichen Nutzung hinsichtlich der immissionsschutzfachlichen Rahmenbedingungen vorsieht. Es verbleibt bei der Festsetzung von Gewerbe- und Industriegebieten, so dass kein Erfordernis für die Erstellung einer Ausbreitungsberechnung gesehen wird.

Nach Kenntnis der Gemeinde hat der Vorhabenträger den Antrag auf Genehmigung einer Biogasanlage zurückgezogen. Insofern hat sich auch die empfohlene Überprüfung erledigt.

Die Anregungen zur Planzeichenerklärung wurden umgesetzt.

- Der Landkreis hat angeregt, die Pflanzbindungen mit einer privaten Grünfläche anstatt mit einer nicht überbaubaren Fläche eines Industriegebietes überlagernd festzusetzen.

Der Anregung wurde nicht nachgekommen. Für den Schutz der vorhandenen Bepflanzungen ist es unerheblich, ob die Flächen als private Grünflächen oder als nicht überbaubare Gewerbeflächen festgesetzt werden. Durch die Festsetzung als nicht überbaubare Gewerbefläche werden die Flächen bei der Berechnung der Grundflächenzahl als Bestandteil des Betriebsgrundstückes mitgerechnet, wodurch sich eine höhere Ausnutzbarkeit des Grundstückes ergibt. Dies entspricht der gemeindlichen Zielsetzung, die Flächen effizient auszunutzen.

- Der Landkreis hat auf das Bauverbot in einem Abstand von 10 Metern zum Verbandsgewässer - entsprechend der Satzung des Entwässerungsverbandes Jade – hingewiesen und angeregt auf der Basis eines Entwässerungskonzeptes ein Regenrückhaltebecken festzusetzen. Ggf. sollte für die schon genehmigte Regen- und Schmutzwasserkanalisation (BÜFA) ein Leitungsrecht vorgesehen werden.

Die Anregung zum Räumstreifen wurde berücksichtigt. Der Räumstreifen wurde auf 10 m ausgedehnt. Die textliche Festsetzung zum Räumstreifen wurde so ergänzt, dass in einem Abstandsstreifen 5m bis 10 m zum Verbandsgewässer bauliche Anlagen nicht zulässig sind.

Im Zuge der Realisierung des Industriegebietes Liethe wurde bereits in der Vergangenheit ein Entwässerungskonzept erstellt. Das Konzept sieht die Sammlung des anfallenden Niederschlagswassers in Kanälen und die Einleitung in ein Regenrückhaltebecken mit einem Speichervolumen von 1.030 m<sup>3</sup> vor. Das Regenrückhaltebecken wird im südöstlichen Anschluss an das Plangebiet (außerhalb des Geltungsbereiches) verortet. Das Becken soll über eine Drosselleitung in die südlich befindliche Rehorner Bäke einleiten. Das Becken wurde seinerzeit genehmigt und kann nach Aussagen des Landkreises an dem Standort noch gebaut werden. Planänderungen werden beim Landkreis eingereicht. Eine Änderungsgenehmigung nach Wasserrecht schließt eine Baugenehmigung ein, so dass eine planungsrechtliche Absicherung über den Bebauungsplan nach wie vor nicht erforderlich ist. Die Rahmenbedingungen und das skizzierte Vorgehen wurden mit dem Landkreis vorabgestimmt. Änderungen des Planteiles der 3. Änderung waren daher nicht erforderlich.

Die Gemeinde sieht kein Erfordernis, die Regen- und Schmutzwasserkanalisation auf den Privatgrundstücken festzusetzen. Die Sicherung kann auf privatrechtlicher Ebene erfolgen.

- Der Landkreis Ammerland hat angeregt, die Maßeinheit unter „Sonderfallregelungen“ in der textlichen Festsetzung als dB (A) (Maßeinheit für Beurteilungspegel) anstatt dB (Maßeinheit für Schalldämmmaße) zu benennen.

Der Anregung wurde nicht nachgekommen. Eine Nachfrage beim Schallgutachter hat ergeben, dass die Bezeichnung dB richtig ist.

- Der Landkreis hat angeregt, die von der Wendeanlage der Erschließungsstraße „Hohe Loohe“ ausgehende Verlängerung als öffentliche oder private Verkehrsfläche festzusetzen.

Der Anregung wurde nicht nachgekommen. Nach der Kommentierung zum BauGB von Ernst Zinkahn Bielenberg zu § 9 Rd. 104 ist es möglich, „die Flächen für den Verkehr als öffentliche oder private Flächen festzusetzen. Unberührt bleibt die Möglichkeit der Festsetzung ohne den Zusatz „öffentlich“ oder „privat““. Daher wird ausgehend von der Wendeanlage die Erschließungsstraße am östlichen Plangebietsrand weiterhin ohne die konkretisierende Festsetzung „öffentlich“ oder „privat“ festgesetzt. Damit bleibt den weiteren Umsetzungsplanungen vorbehalten, ob die Straße privat oder öffentlich geführt wird.

- Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen hat auf landwirtschaftliche Betriebe in der Umgebung des Plangebiets hingewiesen. Die Geruchsimmissionssituation sei mittels Ausbreitungsrechnung unter Berücksichtigung der geplanten Entwicklungsabsichten der Betriebe zu beurteilen.

Der Anregung zur Erstellung einer Ausbreitungsrechnung zur Geruchsimmissionssituation wurde nicht gefolgt. Es handelt sich lediglich um die Änderung eines bestehenden Bebauungsplanes. Über den Bebauungsplan Nr. 15a mit der Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten bestehen bereits Planungsrechte seit Anfang der 70-er Jahre.

Die Gemeinde geht davon aus, dass Genehmigungen für landwirtschaftliche Tierhaltungsanlagen, die nach Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 15a erteilt wurden, die Schutzanforderungen der im Bebauungsplan für zulässig erklärten Nutzungen berücksichtigt haben. Dieses vorausgesetzt, ist davon auszugehen, dass im Geltungsbereich die Immissionswerte von 15 % der Jahresstunden eingehalten werden. Die 3. Änderung beinhaltet lediglich eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption, die eine Änderung und Ergänzung der festgesetzten Verkehrsflächen erforderte und eine Anpassung der Art der baulichen Nutzung hinsichtlich der immissionsschutzfachlichen Rahmenbedingungen. Es verbleibt aber bei der Festsetzung von Gewerbe- und Industriegebieten, so dass kein Erfordernis für die Erstellung einer Ausbreitungsrechnung gesehen wird.

- Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege hat darauf hingewiesen, dass das Plangebiet ein deutlich erhöhtes archäologisches Potenzial aufweist. Im Vorfeld jeglicher Bau- und Erschließungsarbeiten müsse, z. B. durch ein entsprechendes Raster von Suchschnitten, geklärt werden, wo und in welchem Erhaltungszustand weitere Denkmalsubstanz vorhanden sei. Abhängig von diesem Untersuchungsergebnis sei ggf. eine fach- und sachgerechte archäologische Ausgrabung notwendig.

Am 21.07.2014 wurden durch ein archäologisches Fachbüro jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und unter der Fundstellennummer 183 dokumentiert. Es wurden daher Maßnahmen zur Rettung von Denkmalschutzsubstanz (Rettungsgrabung) durch

ein archäologisches Fachbüro unter Auflage der Unteren Denkmalschutzbehörde vom 10.09.2014 bis 06.11.2014 durchgeführt. Es wurden jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und sichergestellt, darunter 12 Brandgräben, ein Rechteckgraben, zwei Kreisgräben und ein Hausgrundriss. Denkmalrechtliche Belange stehen der Änderung des Bebauungsplanes damit nicht entgegen.

- Der OOWV hat darauf hingewiesen, dass sich im Plangebiet Versorgungsleitungen befinden und Hinweise zur Ausführungsplanung vorgebracht.

Die Hauptwasserleitung DN 300 war bereits im Planteil eingetragen. Die Leitung liegt zum Teil im Randbereich der festgesetzten öffentlichen Verkehrsfläche des Erschließungsstiches. Außerhalb der Verkehrsfläche wurden im Bereich der Leitung eine nicht überbaubare Fläche und ein Leitungsrecht festgesetzt. Die Hinweise zur Ausführungsplanung wurden in der Begründung ergänzt.

- Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt hat angeregt, in der Begründung näher auszuführen, dass die Abschätzung der Immissionsvorbelastung aus dem südlich angrenzenden Bereich mit der Annahme eines Emissionskontingentes EK von 68/51 dB(A)/m<sup>2</sup> sehr stark zur sicheren Seite überzeichnet.

Der Anregung wurde nachgekommen, die Begründung wurde ergänzt.

- Die ExxonMobil Production hat darauf hingewiesen, dass das Plangebiet von der Bergbauberechtigung (Konzession) Bergwerkseigentum Oldenburg der OEG – Oldenburgische Erdölgesellschaft mbH betroffen ist. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen.

Die Gemeinde hat dazu ausgeführt, dass das Bergwerkseigentum einer Überplanung des Gebietes oder einer Bebauung nicht im Wege steht. Das Bergwerkseigentum stellt lediglich eine Berechtigung zur Aufsuchung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen dar. Sollte es tatsächlich zum Abbau kommen, müssten dabei die vorhandenen Bebauungen etc. beachtet werden.

- Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat darauf hingewiesen, dass ohne planungsrechtliche Absicherung die neu geplante Gemeindestraße nicht an die K 131 angebunden werden könne, u. a. da im Zuge der K 131 in beide Fahrtrichtungen Linksabbiegestreifen einzubauen seien. Die K 131 läge außerhalb des Geltungsbereiches der Bebauungsplanänderung. Weiterhin hat die Straßenbaubehörde darauf hingewiesen, dass die beiden Gemeindestraßeneinmündungen sich gegenüber liegen müssten.

Die planungsrechtliche Absicherung der geplanten Linksabbiegestreifen erfolgt durch die Aufstellung eines separaten Bebauungsplanes (Bebauungsplan Nr. 15b). Der Bebauungsplan Nr. 15b wird zeitnah ins Verfahren gebracht. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 15b soll lediglich die Verkehrsparzelle der K 131 im maßgeblichen Ausbauabschnitt umfassen. Der Bebauungsplan Nr. 15 b soll planfeststellungsersetzende Bedeutung erhalten.

Der Anregung zur Verschiebung der Einmündungsstraße im Plangebiet wurde nachgekommen, so dass sich die beiden Gemeindestraßen gegenüberliegen. Der Planteil wurde entsprechend überarbeitet.

- Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat weiterhin angeregt, die nach RAL freizuhaltenden Sichtfelder der Annäherungssicht für die Gemeindestraße „Hohe Looge“ und die Planstraße in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufzunehmen. In der nachrichtlichen Übernahme Nr. 4 wird um Ergänzung von „Abgrabungen“ gebeten. Es wurde darauf hingewiesen, dass vom Verkehr auf der K 131 Emissionen ausgehen, die auf das Plangebiet einwirken. Dies sei als Hinweis zu ergänzen.

Ein Hinweis auf die Sichtdreiecke wurde in die Begründung aufgenommen worden. Ein Erfordernis für eine Festsetzung wurde nicht erkannt. Die nachrichtliche Übernahme Nr. 4 wurde entsprechend ergänzt. Ein Hinweis auf die von der K 131 ausgehenden Emissionen wurde aufgenommen.

- Die EWE Netz GmbH hat darauf hingewiesen, dass sich im Plangebiet Versorgungsleitungen befinden und Hinweise zur Ausführungsplanung vorgebracht. Außerdem wurde angeregt, in dem Plangebiet eine Versorgungstrasse zur Verfügung zu stellen.

Die Hinweise zur Ausführungsplanung wurden in die Begründung aufgenommen. Die Festsetzung von separaten Versorgungstrassen war nicht sinnvoll und wird von der EWE auch nicht örtlich präzisiert. Ggf. erforderliche zusätzliche Leitungen können im Seitenraum der öffentlichen Verkehrsflächen untergebracht werden.

- Die LGLN, Kampfmittelbeseitigungsdienst, hat Gefahrenerforschungsmaßnahmen (Luftbildauswertung) empfohlen.

Von der Gemeinde wurde eine Luftbildauswertung beauftragt. Die LGLN hat mit Schreiben vom 30.06.2014 mitgeteilt, dass auf den Luftbildern keine Bombentrichter erkennbar sind. Aussagen über Bombenblindgängerverdachtspunkte könnten nicht getroffen werden.

- Die Deutsche BahnAG hat darauf hingewiesen, dass durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.) entstehen. Bei Wohnbauplanungen in der Nähe von lärmintensiven Verkehrswegen seien aktive (z. B. Errichtung Schallschutzwände) und passive (z. B. Riegelbebauung) Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und festzusetzen.

Betriebsbezogenes Wohnen wird im Plangebiet generell ausgeschlossen. Von daher ist eine immissionsschutzrechtliche Betrachtung von Wohnnutzungen nicht erforderlich.

Im Rahmen der Aufstellung des nördlich angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 98 wurde die Lärmsituation aufgrund der östlich befindlichen Bahnlinie gutachterlich betrachtet.<sup>1</sup> Die

---

<sup>1</sup> ITAP: Schalltechnisches Gutachten zum Bebauungsplan Nr. 98 „Nördlich Hohe Looge“ in Rastede, Berechnung der verkehrsbedingten Geräuschimmissionen auf dem Plangebiet und in der Umgebung; Oldenburg, 07.05.2013

Schallgutachter waren zu dem Ergebnis gekommen, dass die Orientierungswerte eines Gewerbegebietes im Plangebiet tagsüber überwiegend eingehalten werden. Lediglich in einem Streifen von ca. 20 m entlang der Bahnlinie werden Werte von über 65 dB(A) erreicht. Der Abstand der 3. Änderung zur Bahnlinie ist deutlich größer als das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 98, das direkt an die Bahnlinie angrenzt. Für die 3. Änderung ist daher nicht mit Überschreitungen zur Tagzeit zu rechnen.

### **3.1.3 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung**

Im Zuge der öffentlichen Auslegung wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

### **3.1.4 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

- Der Landkreis Ammerland hat darauf hingewiesen, dass vor der Durchführung von Baumaßnahmen mit der unteren Denkmalschutzbehörde sowie mit dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege rechtzeitig Kontakt aufzunehmen sei, um die denkmalrechtlich erforderlichen Maßnahmen abzustimmen.

Der Hinweis wurde in der Begründung ergänzt.

- Der Landkreis hat weiterhin eine Eingrünung und stärkere Durchgrünung mit standortheimischen Gehölzen und entsprechende Festsetzungen angeregt.

Der Anregung einer durchgehenden Eingrünung wird nicht gefolgt. Vielmehr wird der im Norden an der Kreisstraße ausgeprägte Gehölzbestand als zu erhalten festgesetzt, auf weitere Anpflanzungen wird verzichtet, um zum einen den Ansiedlungswilligen Unternehmen die werbewirksame Sichtbarkeit auf den Standort zu gewährleisten. Zum anderen sind - entgegen der früheren Baumöglichkeiten im rechtskräftigen Bebauungsplan - 20 % des Baugrundstückes von Versiegelung freizuhalten, die landschaftspflegerisch genutzt werden können. Somit wird zugunsten einer kompakten Gewerbe- und Industrieansiedlung an diesem Standort auf eine flächige Gehölzpflanzung verzichtet. Dies entspricht der gemeindlichen Zielsetzung, die Flächen effizient auszunutzen. Die Landwirtschaftskammer und der OOWV haben auf ihre Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung hingewiesen (s.o.)

- Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat darauf hingewiesen, dass der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rastede und dem Landkreis Ammerland notwendig sei. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass in den Einmündungen der Gemeindestraßen „Hohe Looe“ und „Planstraße“ in die K 131 keine Zufahrten zu den Gewerbegrundstücken zugelassen werden können, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der K 131 nicht zu gefährden. Um Festsetzung des Planzeichens „Bereich ohne Ein- und Ausfahrt“ in den Einmündungsbereichen wird gebeten, außerdem um Eintragung der Sichtfelder.

Die Vereinbarung wird geschlossen. Über die Zufahrten wird im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren entschieden. Im Zuge der Baugenehmigungsverfahren wird sichergestellt, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der K 131 nicht gefährdet wird. Der Anregung zur Festsetzung des Planzeichens „Bereich ohne Ein- und Ausfahrt“ in den Einmündungsbereichen wird daher nicht nachgekommen. Ein Hinweis auf die Sichtdreiecke ist

bereits in der Begründung enthalten. Ein Erfordernis für eine Festsetzung wird nach wie vor nicht erkannt.

- Die Deutsche Telekom hat Hinweise zur Ausführungsplanung vorgebracht.

### **3.2 Relevante Abwägungsbelange**

#### **3.2.1 Belange von Natur und Landschaft**

Die Gemeinde Rastede ändert den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 15 a, um die Erschließung überarbeiten zu können und zum anderen, um aus dem für den Gesamtbereich überarbeiten Schallgutachten die sich ergebenden, geänderten Emissionskontingenten umsetzen zu können. Die Festsetzungen des Industriegebietes werden in eingeschränkte Industriegebiete, Gewerbegebiete und eingeschränkte Gewerbegebiete geändert, mit entsprechenden Lärmemissionskontingenten.

Entsprechend der planungsrechtlichen Ausgangssituation beziehen sich auch die Änderungen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild nur auf die planungsrechtlichen Änderungen, auch wenn die Planung bisher nur auf Teilflächen umgesetzt wurde und ein Großteil der Flächen noch einer landwirtschaftlichen (ackerbaulichen) Nutzung unterliegt. Für die Eingriffsbeurteilung werden als Bestand die Festsetzungen des Ursprungsbebauungsplanes zugrunde gelegt. Der Ursprungsplan (maßgeblich BauNVO 1968) sieht die Festsetzungen eines Industriegebietes (GI) sowie einer öffentlichen Verkehrsfläche vor. Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind auf einer Fläche von rd. 10.500 m<sup>2</sup> Gehölzpflanzungen zur randlichen Eingrünung vorgesehen, ansonsten liegt gemäß der Baunutzungsverordnung bei Aufstellung des Ursprungsplanes (1977) keine Begrenzung der Versiegelungsrate vor.

Mit der 3. Änderung werden die Industriegebiete in eingeschränkte Industriegebiete, Gewerbegebiete und eingeschränkte Gewerbegebiete geändert. Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen wird eine Gehölzfläche von rd. 3.100 m<sup>2</sup> als zu erhalten festgesetzt (Übernahme aus dem Ursprungsplan).

Aufgrund des überarbeiteten Erschließungskonzeptes erhöht sich der Anteil der Verkehrsflächen von 8.700 auf 13.300 m<sup>2</sup>.

Auswirkungen auf die Naturhaushaltsfunktionen und das Landschaftsbild beziehen sich bei der 3. Änderung

- auf die Reduzierung der Gehölzfestsetzungen um rd. 7.400 m<sup>2</sup> und
- die Begrenzung der maximal zulässigen Versiegelung auf 80 % durch die Änderung der Baunutzungsverordnung.

Obwohl mit der Reduzierung der Gehölzanpflanzungen Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu erwarten sind, wird dieser innergebietlich durch die Reduzierung der maximalen Versiegelung ausgeglichen. Erhebliche Beeinträchtigungen verbleiben nicht, zusätzliche Kompensationsmaßnahmen werden nicht erforderlich.

Die **artenschutzrechtliche Prüfung** des Gebietes kommt zu dem Ergebnis, dass Vorkommen von streng geschützten Arten (hierunter fallen z.B. alle europäischen Vogelarten) im Gebiet nicht auszuschließen sind. Aber unter Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen (Gehölzfäll-



lungen, Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeiten, d.h. im Winter) sind aber artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nicht zu erwarten, da zudem vergleichbare Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin gegeben sind.

Vorkommen streng geschützter Arten von Pflanzen und anderer Tiergruppen sind aufgrund des Standort- und Biotoppotentials und der Lage einschließlich der Vorbelastungen des Gebietes nicht zu erwarten.

### **3.2.2 Belange des Immissionsschutzes**

#### **Gewerbelärm**

Es wurde ein schalltechnisches Gutachten erstellt.<sup>2</sup> Die Inhalte und Ergebnisse des Gutachtens werden nachstehend verkürzt wiedergegeben:

Im Zuge der schalltechnischen Untersuchung wurde eine Gewerbelärmkontingentierung der im Änderungsbereich gelegenen Flächen durchgeführt und die hieraus resultierenden Geräuschimmissionen in der Nachbarschaft des Plangebietes ermittelt und beurteilt.

Als Gewerbelärmvorbelastung wurden die südlich des Plangebietes bereits ansässigen Industrie- und Gewerbebetriebe, der Windpark Rastede sowie die plangegebene Vorbelastung durch die Emissionskontingente des Bebauungsplanes Nr. 98 berücksichtigt. Für den innerhalb des Änderungsgebietes ansässigen Gewerbebetrieb wurden auf die Ergebnisse vorangegangener Untersuchungen zurückgegriffen und die mit der Gemeinde Rastede und den Belangen des Unternehmens abstimmungsgemäß zu Grunde zu legenden Emissionskontingente weiterhin berücksichtigt. Die Vorbelastungen aus dem Windpark konnten auf Basis vorliegender Gutachten abgeleitet werden. Für die südlich anschließenden bestehenden Betriebe wurde eine Abschätzung durchgeführt, ohne die Betriebe im Detail schalltechnisch aufzunehmen. Hier hat die Abschätzung auf der „sicheren“ Seite stattgefunden, d.h. für die Flächen wurde eine derart hohe Schallabstrahlung angenommen, dass im Bereich der nächstgelegenen schützenswerten Nachbarschaft bereits eine Vollausschöpfung der Immissionsrichtwerte gemäß TA Lärm erfolgt. Die Annahme eines Emissionskontingentes EK von 68/51 dB(A)/m<sup>2</sup> überzeichnet sehr stark zur sicheren Seite.

Schutzbedürftige Wohnbebauung liegt entlang der Wilhelmshavener Straße und am Rehornweg (Wilhelmshavener Straße Nr. 57, Nr. 75 und Nr. 88, Rehornweg Nr. 30 und Nr. 50). Die betroffenen Wohnhäuser liegen im Außenbereich, die Gutachter haben den Wohnnutzungen entsprechend den Schutzanspruch eines Mischgebietes beigemessen. Die Schallgutachter haben die DIN 18005 als Beurteilungsgrundlage herangezogen. Die Orientierungswerte für gewerbliche Geräuschimmissionen betragen nach der DIN 18005 für Mischgebiete 60 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts.

Die Kontingentierung wurde so optimiert, dass in der Summe mit der Vorbelastung die Immissionsrichtwerte eingehalten werden bzw. bei bereits vorliegender Vollausschöpfung nicht relevante Zusatzbelastungen herbeigeführt werden. Das Plangebiet wurde in 9 Teilflächen aufgeteilt. Zur Tagzeit liegen die Emissionskontingente zwischen 53,0 und 68,5 dB(A) und zur Nachtzeit zwischen 40,0 und 59,0 dB(A).

---

<sup>2</sup> Zech Ingenieurgesellschaft: Schalltechnischer Bericht Nr. LL 9583.1/01 zur Lärmsituation im Bereich des Bebauungsplangebietes Nr. 15 A der Gemeinde Rastede, Lingen, 29.04.2014

Die Berechnung der Schallgutachter unter Berücksichtigung der Emissionskontingente hat gezeigt, dass an den Immissionspunkten 1-4 (Wilhelmshavener Straße Nr. 57, 75 und 88 sowie Rehornweg 50) die Immissionsrichtwerte tags und nachts durch die Gesamtbelastung eingehalten werden. Am IP 5 (Rehornweg 50) ergibt sich theoretisch eine Überschreitung um 1 dB. Diese Überschreitung ergibt sich maßgeblich aufgrund der pauschal abgeschätzten Vorbelastung aus dem Bereich der GI-Flächen südlich des Plangebietes. Die Zusatzbelastung beträgt am IP 5 tags 54 dB(A) und nachts 39 dB(A), so dass die Immissionsrichtwerte anteilig um 6 dB unterschritten werden. Im Sinne der TA Lärm liefert die Zusatzbelastung des Plangebietes definitionsgemäß damit keinen relevanten Beitrag zur Gesamtlärmsituation.

Die gutachterlichen Ergebnisse werden in der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a umgesetzt. Die ermittelten Emissionskontingente werden für die Teilflächen im Planteil festgesetzt. Immissionsschutzrechtliche Gründe stehen der Änderung des Bebauungsplanes damit nicht entgegen.

### **Straßenverkehrslärm**

Im Rahmen der Aufstellung des nördlich angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 98 wurde die Verkehrslärmsituation u.a. aufgrund der westlich angrenzenden Kreisstraße K 131 gutachterlich betrachtet.<sup>3</sup> Die schalltechnischen Ergebnisse können auch auf die Flächen dieser 3. Änderung übertragen werden. Die gutachterlichen Aussagen werden daher nachstehend verkürzt wiedergegeben. Als Prognosehorizont wurde das Jahr 2028 festgelegt.

Die Schallgutachter waren zu dem Ergebnis gekommen, dass die Orientierungswerte eines Gewerbegebietes im Plangebiet tagsüber überwiegend eingehalten werden. Nur parallel zur K 131 werden in einem sehr schmalen Streifen Werte von über 65 dB(A) erzielt. Im Nachtzeitraum werden die Orientierungswerte entlang der K 131 ebenfalls überschritten.

Parallel zur Kreisstraße liegen die Überschreitungsbereiche zur Tagzeit innerhalb der Bauverbotszone, so dass hier keine besonderen schalltechnischen Vorkehrungen zu treffen sind.

Betriebsbezogenes Wohnen wird im Plangebiet generell ausgeschlossen, um die hochwertigen Flächen der gewerblichen Nutzung vorzuhalten. Von daher ist eine Betrachtung der Immissionssituation zur Nachtzeit nicht relevant, da davon auszugehen ist, dass sich die Büronutzungen nur auf den Tageszeitraum erstrecken werden.

### **Schienenverkehrslärm**

Im Rahmen der Aufstellung des nördlich angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 98 wurde auch Lärmsituation aufgrund der östlich befindlichen Bahnlinie gutachterlich betrachtet.<sup>4</sup> Die Schallgutachter waren zu dem Ergebnis gekommen, dass die Orientierungswerte eines Gewerbegebietes im Plangebiet tagsüber überwiegend eingehalten werden. Lediglich in einem Streifen von ca. 20 m entlang der Bahnlinie werden Werte von über 65 dB(A) erreicht.

---

<sup>3</sup> ITAP: Schalltechnisches Gutachten zum Bebauungsplan Nr. 98 „Nördlich Hohe Looge“ in Rastede, Berechnung der verkehrsbedingten Geräuschimmissionen auf dem Plangebiet und in der Umgebung; Oldenburg, 07.05.2013

<sup>4</sup> ITAP: Schalltechnisches Gutachten zum Bebauungsplan Nr. 98 „Nördlich Hohe Looge“ in Rastede, Berechnung der verkehrsbedingten Geräuschimmissionen auf dem Plangebiet und in der Umgebung; Oldenburg, 07.05.2013

Der Abstand der 3. Änderung zur Bahnlinie ist deutlich größer als das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 98, das direkt an die Bahnlinie angrenzt. Für die 3. Änderung ist daher nicht mit Überschreitungen zur Tagzeit zu rechnen.

Betriebsbezogenes Wohnen wird im Plangebiet generell ausgeschlossen, um die hochwertigen Flächen der gewerblichen Nutzung vorzuhalten. Von daher ist eine Betrachtung der Immissionssituation zur Nachtzeit nicht relevant, da davon auszugehen ist, dass sich die Büronutzungen nur auf den Tageszeitraum erstrecken werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.) entstehen.

### **3.2.3 Verkehrliche Belange**

Die äußere Anbindung des Industriegebietes erfolgt zum einen ausgehend von der Kreisstraße K 131 über die am nördlichen Rand verlaufende Straße „Hohe Looqe“. Auf der Kreisstraße ist bereits eine Linksabbiegespur in das Plangebiet hinein vorhanden. Die Straße „Hohe Looqe“ mündet am nordöstlichen Rand des Änderungsbereiches in einer neu geplanten Wendeanlage. Der Bebauungsplan Nr. 15a hatte bislang keine Wendeanlage vorgesehen. Die Straße „Hohe Looqe“ und die Wendeanlage werden als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt. Über die Straße „Hohe Looqe“ und die Wendeanlage wird der bereits ansässige Betrieb erschlossen. Ausgehend von der Wendeanlage wird die Erschließungsstraße in südliche Richtung verlängert. Diese Erschließungsstraße wird als Verkehrsfläche (weder öffentlich noch privat) festgesetzt. Über diese Erschließungsstraße wird das südlich des Industriebetriebes befindliche Grundstück erschlossen. Für dieses Grundstück besteht ein konkreter Ansiedlungswunsch. Es bleibt den weiteren Umsetzungsplanungen vorbehalten, ob die Straße privat oder öffentlich geführt wird.

Eine weitere äußere Anbindung des Industriegebietes erfolgt über einen zusätzlichen Erschließungsschlag, der sich ca. 530 m südlich des Anbindungspunktes „Hohe Looqe“ befindet. Mit dem zusätzlichen Anschluss werden die Grundstücke schneller und direkter an die Kreisstraße angebunden. Zudem können die Grundstücke flexibler parzelliert werden. Dieser Teil des Industriegebietes Liethe ist noch baulich ungenutzt. Es sind die Sichtfelder der Annäherungssicht für die Gemeindestraße „Hohe Looqe“ zu berücksichtigen.

Im Zuge der K 131 sollen in beiden Fahrtrichtungen Linksabbiegestreifen errichtet werden. Die Verkehrsparzelle ist dazu im betreffenden Abschnitt ausreichend dimensioniert. Für den neuen Anschlusspunkt an die Wilhelmshavener Straße (K 131) wurde eine Ausbauplanung erstellt. Die K 131 liegt außerhalb des Geltungsbereiches der Bebauungsplanänderung. Die planungsrechtliche Absicherung der geplanten Linksabbiegestreifen erfolgt durch die Aufstellung eines separaten Bebauungsplanes (Bebauungsplan Nr. 15b). Der Bebauungsplan Nr. 15 b soll planfeststellungsersetzende Bedeutung erhalten.

Das Plangebiet ist damit auf direktem und kurzem Wege an das überörtliche Straßennetz angebunden. Bei der Planung und Anlage der Zufahrt(en) von der Straße „Hohe Looqe“ auf das Betriebsgelände ist auf einen ausreichenden Abstand zwischen Einmündung der Gemein-

destraße in die K 131 und Zufahrt zu achten, um eventuelle Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Kreuzungsbereiches zu vermeiden.

Das Plangebiet liegt an der freien Strecke der K 131, außerhalb der Ortsdurchfahrt. Die 20 m Bauverbotszone wird beachtet, die Baugrenze wird in einem Abstand von 20 m zum Fahrbahnrand festgesetzt. Der Fahrbahnrand wurde eingemessen. Entlang der K 131 dürfen gemäß § 24 NStrG in einer Entfernung von 20 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, Hochbauten jeder Art nicht errichtet werden. Das gilt auch für Abgrabungen und Aufschüttungen größeren Umfangs. Die K 131 wird für Grundstückerschließung nicht herangezogen. Entlang der K 131 wird im Planteil des Bebauungsplanes ein Bereich ohne Zu- und Ausfahrt festgesetzt.

Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 15a setzt im nordöstlichen Teil dieser Änderung eine Gleisanlage fest. Sie sollte ausgehend von der Bahnstrecke Oldenburg – Wilhelmshaven der Erschließung des Industriegebietes Liethe dienen. Ein Bedarf ist jedoch nicht mehr vorhanden, so dass das Gleis überplant werden kann.

Das Planungsgebiet liegt im Einzugsbereich der Haltestelle „Liethe, Silberkamp“, die von den Linien 340, 341, 343 und 344 bedient wird. Die Linie 340 verkehrt regelmäßig zwischen Jaderberg und Oldenburg. Die Linien 341, 343 und 344 sind auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet.

### **3.2.4 Entwässerung**

#### **Oberflächenentwässerung**

Im Zuge der Realisierung des Industriegebietes Liethe wurde bereits in der Vergangenheit ein Entwässerungskonzept erstellt. Das Konzept sieht die Sammlung des anfallenden Niederschlagswassers in Kanälen und die Einleitung in ein Regenrückhaltebecken mit einem Speichervolumen von 1.030 m<sup>3</sup> vor. Das Regenrückhaltebecken wird im südöstlichen Anschluss an das Plangebiet (außerhalb des Geltungsbereiches) verortet. Das Becken soll über eine Drosselleitung in die südlich befindliche Rehorner Bäke einleiten.

Das Becken wurde seinerzeit genehmigt und kann nach Aussagen des Landkreises an dem Standort noch gebaut werden. Planänderungen werden beim Landkreis eingereicht. Eine Änderungsgenehmigung nach Wasserrecht schließt eine Baugenehmigung ein, so dass eine planungsrechtliche Absicherung über den Bebauungsplan nach wie vor nicht erforderlich ist. Die Rahmenbedingungen und das skizzierte Vorgehen wurden mit dem Landkreis vorabgestimmt.

#### **Schmutzwasserentwässerung**

Im Rahmen der Erschließung des Bebauungsplanes Nr. 15a wurde ein Entwässerungskonzept erstellt. Demnach wird das im Plangebiet anfallende Schmutzwasser über Schmutzwasserkanäle gesammelt und an das vorhandene Pumpwerk „Am Teich“ in die weiterleitende Schmutzwasserkanalisation abgeleitet.

### **3.2.5 Ver- und Entsorgung, Leitungen**

**Elektrizität/ Gas:** Die Versorgung mit Strom und Gas für das Gebiet kann durch die Erweiterung der Versorgungsnetze erfolgen.

**Wasserversorgung:** Die zentrale Wasserversorgung ist versorgungstechnisch und wasserrechtlich durch den entsprechenden Versorgungsträger gesichert.

**Müllbeseitigung:** Die zentrale Müllbeseitigung erfolgt durch den Landkreis Ammerland.

**Telekommunikation:** Die Versorgung des Plangebietes mit Telekommunikationsanlagen erfolgt durch die Deutsche Telekom AG oder andere Anbieter. Zur telekommunikationstechnischen Versorgung des Planbereichs ist die Verlegung neuer Telekommunikationsanlagen erforderlich.

**Leitungen:** Das Plangebiet wird in West-Ost-Richtung durch eine Wasserleitung DN 300 des OOWV gequert. Die Leitung liegt zum Teil im Randbereich der festgesetzten öffentlichen Verkehrsfläche des Erschließungsstiches. Außerhalb der Verkehrsfläche wurde im Bereich der Leitung eine nicht überbaubare Fläche festgesetzt. Innerhalb dieser nicht überbaubaren Fläche ist die Errichtung von baulichen Anlagen (hierunter fallen auch Einfriedungen) und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern unzulässig. Zulässig ist die Befestigung mit wasserdurchlässigen Deckschichten oder Pflaster zur Herstellung einer Stellplatzfläche.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die ordnungsgemäße Unterbringung von Versorgungsleitungen der Freiraum von Entsorgungsleitungen freizuhalten ist. Dieser darf wegen erforderlicher Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten weder bepflanzt noch mit anderen Hindernissen versehen werden. Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW- Arbeitsblattes W 400-1 wird gebeten.

In dem Plangebiet betreibt die EWE NETZ GmbH verschiedene Versorgungsleitungen, die in ihrem Bestand und in ihrer Lage nicht gefährdet werden dürfen. Vor Baubeginn sind von den ausführenden Baufirmen die aktuellen Bestandspläne zu beziehen.

### 3.2.6 Belange des Denkmalschutzes

Das Plangebiet weist aufgrund seiner topografischen Lage an einem Südhang über einer Bachniederung überwiegend ein deutlich erhöhtes archäologisches Potenzial auf. Aus der Umgebung sind bereits einige vorgeschichtliche denkmalgeschützte Siedlungs- und Bestattungsplätze unterschiedlicher Zeitstellungen bekannt.

Zudem wird das Areal zu großen Teilen laut digitaler Bodenkarte 1 : 50 000 von einem wahrscheinlich mittelalterlichen Esch überlagert. Dabei handelt es sich um Auftragshöhen aus Dung und Plaggen von unterschiedlicher Mächtigkeit. Darunter sind erfahrungsgemäß oft ältere archäologische Fundstellen anzutreffen, die sich durch die konservierende Wirkung des Eschauftrages meist in einem hervorragenden Erhaltungszustand befinden und bei Erdarbeiten zerstört würden.

Am 21.07.2014 wurden durch ein archäologisches Fachbüro jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und unter der Fundstellennummer 183 geführt. Es wurden daher Maßnahmen zur Rettung von Denkmalschutzsubstanz (Rettungsgrabung) durch ein archäologisches Fachbüro unter Auflage der Unteren Denkmalschutzbehörde vom 10.09.2014 bis 06.11.2014 durchgeführt. Es wurden jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und sichergestellt, darunter 12 Brandgräben, ein Rechteckgraben, zwei Kreisgräben und ein Hausgrundriss. Denkmalrechtliche Belange stehen der Änderung des Bebauungsplanes damit nicht entgegen.

Vor der Durchführung von Baumaßnahmen ist es erforderlich, mit der unteren Denkmal-schutzbehörde (Herr Kramer, Tel. 04488/562350) sowie mit dem Niedersächsischen Landes-amt für Denkmalpflege (Frau Dr. Fries, Tel. 0441/799-2120, Fax Nr. 0441/799- 2123, E-Mail: jana.friesland.@nld.niedersachsen.de) rechtzeitig Kontakt aufzunehmen, um die denkmal-rechtlich erforderlichen Maßnahmen abzustimmen.

### **3.2.7 Altlasten**

Nach dem NIBIS-Kartenserver (<http://nibis.lbeg.de>) sind innerhalb des Änderungsbereiches keine Altablagerungen oder Rüstungsaltlasten vorhanden.

### **3.2.8 Belange der Wasserwirtschaft**

Südlich des Plangebietes grenzt direkt die Rehorner Bäche an. Es handelt sich dabei um ein Gewässer II. Ordnung. Die Böschungsoberkante wurde eingemessen. Parallel zur Bäche wird ein 10 m breiter Räumstreifen ausgewiesen. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen mit der Zweckbestimmung „Räumstreifen“ ist in einem Abstand von 0 bis 5 m zum Gewässer die Errichtung von baulichen Anlagen (hierunter fallen auch Einfriedungen) und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern unzulässig. In einem Abstand von 5 m bis 10 Metern zum Gewässer ist die Errichtung von baulichen Anlagen unzulässig.

### **3.2.9 Belange des Bergwerkseigentums**

Von der Planung ist die Bergbauberechtigung (Konzession) Bergwerkseigentum Oldenburg der OEG – Oldenburgische Erdölgesellschaft mbH betroffen. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen. Das Bergwerkseigentum steht einer Überplanung des Gebietes oder einer Bebauung nicht im Wege. Das Bergwerkseigentum stellt lediglich eine Berechtigung zur Aufsuchung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen dar. Sollte es tatsächlich zum Abbau kommen, müssten dabei die vorhandenen Bebauungen etc. beachtet werden.

### **3.2.10 Belange der Kampfmittelbeseitigung**

Die Luftbildauswertung des LGLN, Kampfmittelbeseitigungsdienstes, hat ergeben, dass im Planungsbereich keine Bombentrichter erkennbar sind. Aussagen über Bombenblindgänger- verdachtspunkte können nicht getroffen werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden ist umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des LGLN – Regionaldirektion Hannover zu benachrichtigen.

### **3.2.11 Belange der Landwirtschaft**

Westlich des Geltungsbereiches befindet sich die Hofstelle eines landwirtschaftlichen Betriebes (Wilhelmshavener Straße 57). Hier wird Rinderhaltung betrieben. Östlich des Plangebietes sind eine Pferdehaltung (Rehornweg 50) sowie eine weitere landwirtschaftliche Hofstelle mit Rinderhaltung (Rehornweg 30) vorhanden.

Die Gemeinde geht davon aus, dass Genehmigungen für landwirtschaftliche Tierhaltungsanlagen, die nach Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 15a erteilt wurden, die Schutzanforde-

rungen der im Bebauungsplan für zulässig erklärten Nutzungen berücksichtigt haben. Dieses vorausgesetzt, ist davon auszugehen, dass im Geltungsbereich die Immissionswerte von 15 % der Jahresstunden eingehalten werden.

Die 3. Änderung beinhaltet lediglich eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption, die eine Änderung und Ergänzung der festgesetzten Verkehrsflächen erforderte und eine Anpassung der Art der baulichen Nutzung hinsichtlich der immissionsschutzfachlichen Rahmenbedingungen. Es verbleibt aber bei der Festsetzung von Gewerbe- und Industriegebieten, so dass Konflikte mit den angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzungen nicht erwartet werden.

## **4. Inhalte der Planung**

### **4.1 Art der baulichen Nutzung**

Die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 15a werden im Wesentlichen übernommen und an die derzeitigen Gesetzesgrundlagen sowie die Ergebnisse des Lärmschutzgutachtens angepasst. Der Änderungsbereich wird hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung gegliedert. Im nördlichen Änderungsbereich werden eingeschränkte Industriegebiete ausgewiesen. Im zentralen Bereich werden Gewerbegebiete und im südlichen Teil eingeschränkte Gewerbegebiete festgesetzt.

Nicht zulässig sind in allen Gebieten Einzelhandelsbetriebe mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten gemäß der Rasteder Liste. Die zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimente sind in § 1 der Festsetzungen aufgeführt. Diese Festsetzung ist erforderlich, um einem möglichen Bedeutungsverlust der kleinteiligen Geschäftsnutzungen in den zentralen Lagen von Hahn-Lehmden und Rastede vorzubeugen. Bei Einzelhandelsbetrieben mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten werden zentren- und nahversorgungsrelevante Randsortimente auf maximal 10 % der Gesamtverkaufsfläche begrenzt.

Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke und Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind, sind ebenfalls im gesamten Plangebiet nicht zulässig. Eine Eignung für diese Nutzungen wird von der Gemeinde nicht erkannt. Zudem ist das Plangebiet insbesondere zur Nachtzeit relativ hohen Immissionen durch die nahe gelegene Bahnlinie ausgesetzt.

In den Gewerbegebieten und eingeschränkten Gewerbegebieten werden Vergnügungsstätten ausgeschlossen. Diese Nutzungen würden sich nicht in die gewerbliche Struktur einfügen und werden daher von der Zulässigkeit ausgeschlossen. Die hochwertigen Flächen sollen der gewerblichen Nutzungen vorbehalten bleiben.

### **4.2 Maß der baulichen Nutzung**

Für alle Baugebiete wird eine Grundflächenzahl von 0,8 festgesetzt. Damit können 80% des Grundstückes mit baulichen Hauptanlagen überdeckt werden. Die Obergrenze des § 17 BauNVO von 0,8 für Industriegebiete wird damit ausgeschöpft. Die Ausschöpfung ist sinn-

voll, um eine effiziente Ausnutzung des Grundstückes zu ermöglichen. Weiterhin wird eine Baumassenzahl von 8,5 festgesetzt. Damit können dem gewerblichen Zweck entsprechende großvolumige Gebäudekörper errichtet werden.

Gemäß § 9 abs. 1 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 21a Abs. 1 BauNVO sind Garagengeschosse in sonst anders genutzten Gebäuden nicht auf die zulässige Baumasse anzurechnen. Dies gilt auch für Volumen von Stellplatz- und/oder Garagenanlagen in sonst anders genutzten Vollgeschossen. Die Baumassenzahl erhöht sich um die Baumasse unter der Geländeoberfläche erstellter notwendigen Garagen.

#### **4.3 Immissionsschutzrechtliche Festsetzungen**

Zulässig sind Vorhaben (Betriebe und Anlagen), deren Geräusche die in der Planzeichnung angegebenen Emissionskontingente LEK nach DIN 45691 - bezogen auf je 1 m<sup>2</sup> der Fläche - weder tags (06:00 h bis 22:00 h) (1. Wert) noch nachts (22:00 h bis 06:00 h) (2. Wert) überschreiten. Diese Kontingente beziehen sich ausschließlich auf die schützenswerten Wohnungen im Außenbereich außerhalb des Geltungsbereiches (Gewerbe-/Industriegebietes). Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5.

##### Sonderfallregelungen

Ein Vorhaben erfüllt auch dann die schalltechnischen Festsetzungen des Bebauungsplans, wenn der Beurteilungspegel den Immissionsrichtwert an den maßgeblichen Immissionsorten um mindestens 15 dB unterschreitet (Relevanzgrenze). Ferner erfüllt eine Nutzung auch dann die Anforderungen des Bebauungsplanes, wenn sie - unabhängig von den festgesetzten Emissionskontingenten - im Sinne der seltenen Ereignisse der TA Lärm zulässig sind.

Die der Planung zugrunde liegenden DIN-Vorschriften können im Rathaus der Gemeinde Rastede während der Dienstzeiten eingesehen werden.

#### **4.4 Verkehrliche Festsetzungen**

Der im südlichen Teil festgesetzte Erschließungsstich und die Straße „Hohe Looge“ wird einschließlich der Wendeanlage als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Die südliche Verlängerung der Straße „Hohe Looge“ wird südlich der Wendeanlage als Verkehrsfläche ausgewiesen.

Parallel zur Kreisstraße wird ein Bereich ohne Ein- und Ausfahrt festgesetzt.

#### **4.5 Sonstige Festsetzungen**

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen mit der Zweckbestimmung „Räumstreifen“ ist in einem Abstand von 0 bis 5 m zum Gewässer die Errichtung von baulichen Anlagen (hierunter fallen auch Einfriedungen) und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern unzulässig. In einem Abstand von 5 m bis 10 Metern zum Gewässer ist die Errichtung von baulichen Anlagen unzulässig.



Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen mit der Zweckbestimmung „L“ ist die Errichtung von baulichen Anlagen (hierunter fallen auch Einfriedungen) und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern unzulässig. Zulässig ist die Befestigung mit wasserdurchlässigem Pflaster oder versickerungsfähigen Deckschichten zur Herstellung einer Stellplatzfläche.

## **5. Örtliche Bauvorschriften**

Die Gemeinde Rastede wirkt mit der Festsetzung von örtlichen Bauvorschriften einer nachhaltigen Beeinträchtigung und einem Attraktivitätsverlust des Ortsbildes entgegen. Die Gebäudefassaden sollen durch überdimensionale Werbeanlagen nicht gestört werden. Außerdem soll der Blick durch freistehende Werbeanlagen wie Aufsteller oder Pylone auf die Gebäude nicht versperrt werden. Insbesondere Lichtwerbungen können zu einer deutlichen Abwertung des Gebietes führen. Die erlassene „Satzung der Gemeinde Rastede zur Regelung der Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes“ gem. § 84 Abs. 2 Nr. 3 NBauO wird daher auf die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15a übertragen, soweit die Regelungen im Gewerbegebiet sinnvoll sind. Es werden folgende örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung von Werbeanlagen getroffen:

### **§ 1 Geltungsbereich der Örtlichen Bauvorschriften**

Die örtlichen Bauvorschriften betreffen die in der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15a festgesetzten Gewerbegebiete, eingeschränkten Gewerbegebiete und eingeschränkten Industriegebiete.

### **§ 2 Inhalt**

2.1 Die örtlichen Bauvorschriften gelten für alle Werbeanlagen im Sinne des § 50 Abs. 1 der NBauO.

2.2 Werbeanlagen sind nur zur Eigenwerbung an der Stätte der Leistung zulässig. Dies gilt sowohl für direkt am Gebäude angebrachte Werbeanlagen als auch für freistehende Werbeanlagen (z.B. Aufsteller, Pylone und Fahnenmasten).

Ausgenommen von dieser Regelung sind:

- Auslagen, Dekorationen und Plakatwerbung in Fenstern und Schaukästen,
- Werbeanlagen, die vorübergehend für öffentliche Wahlen oder Abstimmungen angebracht oder aufgestellt werden.

Ausnahmsweise können Werbeanlagen auch auf einem Grundstück errichtet werden, das unmittelbar an das Grundstück der Leistung angrenzt.

2.3 Im räumlichen Geltungsbereich sind folgende Werbeanlagen unzulässig:

- Werbung in Form von Lauf-, Wechsel- und Blinklicht
- Lichtwerbung in folgenden Farben: RAL 1026 Leuchtgelb, RAL 2005 Leuchtorange, RAL 2007 Leuchthellorange, RAL 3024 Leuchtrot, RAL 3026 Leuchthellrot, RAL 6038 Leuchtgrün sowie Töne, die dem Farbspektrum entsprechen,

- Werbung mit Einsatz von Bildwerfern und Lasern (Lichtwerbung am Himmel oder auf Projektionsflächen)
- Werbeanlagen, von denen Beschallungen zum Zwecke der Werbung ausgehen.

2.4 Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von den Bestimmungen zulassen, wenn die Einhaltung der Örtlichen Bauvorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde.

2.5 Ordnungswidrig handelt, gemäß § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine Maßnahme durchführt oder durchführen lässt, die nicht den Anforderungen dieser örtlichen Bauvorschriften über die Regelung der Außenwerbung im Gemeindegebiet entspricht.

Gemäß § 80 Abs. 5 NBauO können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße geahndet werden.

## **6. Städtebauliche Übersichtsdaten**

Die Größe des Geltungsbereiches 21,4 beträgt. Davon entfallen auf:

Industriegebiete	13,7 ha
Gewerbegebiete	3,8 ha
Eingeschränkte Gewerbegebiete	2,6 ha
öffentliche Verkehrsfläche:	1,1 ha
Verkehrsfläche:	0,2 ha

## **7. Daten zum Verfahrensablauf**

Aufstellungsbeschluss VA:

Bekanntmachung:

Frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB bis

Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom bis zum

Beschluss Auslegung VA:

Bekanntmachung:

Auslegung vom

Satzungsbeschluss im Rat:

Rastede, den

Der Bürgermeister

## Teil II: Umweltbericht

### 1. Einleitung

Gemäß § 2 (4) BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, im Rahmen einer Umweltprüfung zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Hierbei sind insbesondere die in § 1 (6) Nr. 7 BauGB aufgeführten Belange zu berücksichtigen und die in § 1a BauGB genannten Vorschriften anzuwenden. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind in die Abwägung einzustellen.

#### 1.1 Inhalt und Ziele des Bauleitplans

Die Gemeinde Rastede ändert den Bebauungsplan Nr. 15a, um das bestehende bzw. ausgewiesene Industrie- und Gewerbegebiet städtebaulich neu zu ordnen. So wird die interne Erschließung modifiziert, um auch Teilflächen erschließen zu können und um Emissionskontingente, die sich aus der Umgebungsnutzung ergeben, auf die geänderte Situation anzupassen zu können. Die Festsetzungen zu Art und Maß der baulichen Anlagen werden übernommen, so dass sich bezüglich der Flächeninanspruchnahme und der Nutzungsintensität keine Änderungen gegenüber dem planungsrechtlichen Zustand ergeben.

Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 15a weist – bezogen auf den Änderungsbereich - folgende Festsetzungen auf:

- Industriegebiet (GI)
- Verkehrsfläche.

Zur Einbindung der Industrie- und Gewerbeflächen sind randlich 5 - 7 m breite Gehölzpflanzungen innerhalb der nichtüberbaubaren Grundstücksflächen vorgesehen.

Mit der 3. Änderung sind folgende Festsetzungen verbunden:

<b>Festsetzungen:</b>	<b>Fläche (Werte gerundet)</b>
<b>Industriegebiet (GI e)</b>	<b>137.500 m²</b>
<b>Gewerbegebiete (GE, GEe)</b>	<b>63.500 m²</b>
<b>Verkehrsfläche</b>	<b>13.400 m²</b>
<b>Gesamtfläche:</b>	<b>214.400 m²</b>

#### 1.2 Ziele des Umweltschutzes

Nachfolgend werden gemäß der Anlage zu § 2 [4] und § 2a BauGB die wichtigsten für die Planung relevanten Ziele des Umweltschutzes, die sich u. a. aus dem Naturschutzgesetz und den Umweltfachgesetzen sowie den Fachplänen ergeben, sowie ihre Berücksichtigung in der Planung dargestellt:

Relevante Ziele des Umweltschutzes	Berücksichtigung in der Planung
<b>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</b>	
<p>Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Biologische Vielfalt,</li> <li>• die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie</li> <li>• die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind;</li> </ul> <p>der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft (allgemeiner Grundsatz).</p>	<p>Bei dem Bebauungsplan handelt es sich ausschließlich um eine Änderung bzw. Anpassung eines bestehenden Bebauungsplanes. Es wird weder eine Erhöhung der Flächenausnutzung (gleichbleibende Versiegelungsrate) noch eine Änderung der zulässigen Höhenausrichtung vorgenommen.</p> <p>Ein zusätzlicher Eingriff über den planungsrechtlichen Stand hinaus ist nicht gegeben.</p>
<b>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</b>	
<p>Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner <u>natürlichen Funktionen</u> (Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen; Bestandteil des Naturhaushalts, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen; Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen auf Grund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers), seiner <u>Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte</u> sowie <u>Nutzungsfunktionen</u> (Rohstofflagerstätte, Fläche für Siedlung und Erholung, land- und forstwirtschaftliche Nutzung, sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen) weit wie möglich vermieden werden.</p>	<p>Die Inanspruchnahme bisher unbepannter Böden ist nicht vorgesehen, es werden nur rechtskräftige Bebauungsplanbereiche überplant.</p> <p>Erhebliche Beeinträchtigungen über das bereits festgesetzte Maß hinaus sind nicht zu erwarten.</p>
<b>Wasserhaushaltsgesetz (WHG)</b>	
<p>Durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung sind Gewässer (oberirdische Gewässer, Küstengewässer und Grundwasser) als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen. (§ 1 WHG)</p> <p>Das Grundwasser ist so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und chemischen Zustands vermieden wird.</p>	<p>In dem aus früheren Planungen vorliegenden Entwässerungskonzept für das Industriegebiet Liethe ist eine Sammlung des anfallenden Oberflächenwassers und eine Einleitung in ein Regenwasserrückhaltebecken (südöstlich des Plangebietes) vorgesehen. Über eine Drosselleitung erfolgt eine Ableitung in die südlich angrenzende Rehorner Bäke.</p>
<b>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</b>	
<p>Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sollen vor schädlichen Umwelteinwirkungen ge-</p>	<p>Zur Sicherung der Nachbarschaftsverträglichkeit ist ein Schallschutzgutachten erstellt worden. Demzufolge werden Emissionskontingente fest-</p>

Relevante Ziele des Umweltschutzes	Berücksichtigung in der Planung
schützt werden.	gelegt.
<b>Schutzgebiete und geschützte Objekte</b>	
	Im Plangebiet sind keine Schutzgebiete ausgeprägt.
<b>Landschaftsrahmenplan / Landschaftsplan</b>	
	Für den Bereich werden keine speziellen Entwicklungsziele und Maßnahmen aufgeführt.

### 1.3 Artenschutz

Hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Verbote ist zunächst zu prüfen, ob im Plangebiet bzw. im funktionalen Zusammenhang mit dem Plangebiet streng oder besonders geschützte Tier- oder Pflanzenarten vorkommen (können).<sup>5</sup>

Die relevanten speziellen artenschutzrechtlichen Verbote (Zugriffsverbote) sind in § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) formuliert:

1. Tötung von Tieren der besonders geschützten Arten
2. Erhebliche Störung streng geschützter Arten bzw. europäischer Vogelarten
3. Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Tieren besonders geschützter Arten
4. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Wuchsorten besonders geschützter Pflanzenarten

Gemäß § 44 (5) BNatSchG gelten für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, Einschränkungen der Verbote für in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/ 43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind. Ein Verstoß gegen das Verbot der Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und damit verbundene Tötungen liegt nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der betroffenen Tierarten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

Die Anforderungen zum speziellen Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG gelten allgemein und sind bei der Realisierung von Vorhaben relevant. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird jedoch bereits geprüft, ob artenschutzrechtliche Belange der Realisierung der Planung entgegenstehen können und ob Vermeidungs- oder (vorgezogene) Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen sind.

<sup>5</sup> Welche Arten zu den besonders geschützten Arten bzw. den streng geschützten Arten zu rechnen sind, ist in § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG geregelt.

## Potentiell betroffene Artengruppen im Plangebiet

Die Beurteilung der artenschutzrechtlichen Situation im Plangebiet bzw. Vorkommen streng geschützter Artengruppen im Plangebiet orientiert sich am realen Bestand und nicht an der planungsrechtlichen Situation, da die Realisierung des Vorhabens ausschlaggebend ist.

### ❑ Situation im Plangebiet

Von den ausgewiesenen Gewerbe- und Industriefläche ist bisher nur die nördliche Teilfläche bebaut. Es handelt sich um großflächige, kompakte Industriebauten, versiegelte Randflächen und einen mit Bäumen und Sträuchern gestalteten Parkplatz. Nach Westen, Norden und Süden wird der Betrieb ebenfalls durch Gehölzbestände eingegrünt, während im Osten großflächige Grünflächen (u.a. Regenrückhaltebecken) anschließen.

Im Westen und Süden des bestehenden Betriebes liegen noch intensiv genutzte Ackerflächen, unterbrochen von einzelnen Gehölzbeständen und Einzelbäumen entlang von Parzellengrenzen bzw. an nordwestlichen Plangebietsrand.

Aufgrund der bereits bebauten Flächen im Norden, der Straße im Westen mit dem angrenzenden Gehölzbestand sowie der Gewerbenutzung im Süden und der Gliederungs- und Grünstrukturen im Osten ist eine Funktion als Fortpflanzungsstätte für Offenlandbrüter, wie z. B. für den Kiebitz, nur sehr eingeschränkt zu erwarten.

In den Gehölzbeständen des Gewerbestandortes ist eine siedlungstolerante Brutvogelpopulation zu erwarten.

Eine **Tötung** von Tieren und Gelegen kann durch die zeitliche Festlegung der Bautätigkeiten außerhalb der Brutzeiten vermieden werden. Auch sollten die Baumaßnahmen bereits vor der Reviersuche abgeschlossen sein, um ein Ausweichen der Brutvögel auf angrenzende Flächen zu ermöglichen. Notwendige Gehölzfällungen sind nur in den Wintermonaten zulässig.

Nur wenige Gehölze sind im Plangebiet ausgeprägt, so dass davon auszugehen ist, dass nur in geringem Umfang **Fortpflanzungs- und Ruhestätten** von gehölzbrütenden Arten betroffen sind und zudem die Gehölzbestände des bestehenden Betriebes erhalten bleiben. Da sich im Osten umfangreiche Gehölz- und Grünflächen anschließen, ist davon auszugehen, dass die Qualitäten als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang weiterhin gegeben ist und der Verbotstatbestand nicht zum Tragen kommt.

Somit verbleibt als artenschutzrechtlicher Verbotstatbestand der Verlust der offenen landwirtschaftlichen Fläche als potentielle **Fortpflanzungs- und Ruhestätte**, in dem Vorkommen von Brutvögeln des Offenlandes nicht auszuschließen sind. Aber aufgrund der Störeinflüsse der unmittelbar im Gebiet befindlichen und angrenzenden Gewerbenutzungen sowie der Straße einerseits und der einrahmenden Gehölze andererseits ist nur eine eingeschränkte Wertigkeit gegeben. Im weiteren Umfeld (westlich der Straße und östlich der Bahnlinie) bestehen weitere landwirtschaftliche Nutzflächen, so dass auch für die Offenlandarten davon ausgegangen wird, dass die ökologische Funktion für die von dem Vorhaben betroffenen Populationen im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Von erheblichen **Störungen** von Populationen angrenzender Flächen während der Fortpflanzungs- oder Aufzuchtzeit wird nicht ausgegangen, da bereits Siedlungsansätze mit siedlungsspezifischen Auswirkungen (KFZ-Verkehr, Unruhe, Gewerbliche Nutzungen) vorhanden sind.

Vorkommen streng geschützter Arten von Pflanzen und anderer Tiergruppen sind aufgrund des Standort- und Biotoppotentials und der Lage einschließlich der Vorbelastungen des Gebietes nicht zu erwarten.

## **❏ Fazit**

Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände werden nicht prognostiziert, sofern zeitliche Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen beachtet werden.

## **2 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen**

Die Beschreibung der Umweltsituation erfolgt anhand gängiger Umweltdaten (z.B. Daten des LBEG, Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie) zu Boden, Grundwasser, etc.) sowie Auswertung des Landschaftsrahmenplanes<sup>6</sup>.

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen erfolgt auf Grundlage der planungsrechtlichen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes.

### **2.1 Planungsrechtlicher Bestand**

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 15 a 3. Änderung umfasst weite Teile des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 15, der im Einzelnen folgende Festsetzungen trifft.

- Industriegebiet (GI) mit einer Grundflächenzahl von 0,7, in dem aufgrund der zum Zeitpunkt der Planaufstellung gültigen Baunutzungsverordnung 1968 keine Begrenzung der Versiegelung vorliegt, so dass eine theoretische Versiegelung von 100 % zulässig wäre. Jedoch sind innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksfläche randlich Gehölzanpflanzungen zur Einbindung in die Landschaft festgesetzt.
- Die Erschließung des Industriegebietes erfolgt über eine öffentliche Verkehrsfläche im Norden und Nordosten.

Weitere Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 15 umfassen Flächen, die außerhalb des Änderungsbereiches liegen.

### **2.2 Aktuelle Ausprägung**

Die Bestandsbeschreibung zum Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt“ erfolgt zunächst anhand der Biotoptypen. Hierbei handelt es sich um Lebensräume mit charakteristischen Standort- und Nutzungsstrukturen, die im Gelände erkennbar und abgrenzbar sind.<sup>7</sup>

#### **2.2.1 Biotoptypen, Tiere**

Bei dem Plangebiet handelt es sich um einen Bereich, der noch von unterschiedlichen Strukturen bestimmt wird. So wird der Nordosten des Gebietes bereits von einem Industriebetrieb geprägt, der über die bestehende und derzeit in östliche Richtung weiter auszubauende Erschließungsstraße „Hohe Looe“ an die Wilhelmshavener Heerstraße anschließt. Dieser Be-

---

<sup>6</sup> Landschaftsrahmenplan Landkreis Ammerland (1995)

<sup>7</sup> Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen, März 2011

trieb umfasst eine kompakte Gebäude- und Hofflächenanordnung, die aufgrund der Bebauung und Versiegelung insgesamt nur von sehr eingeschränkter Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften ist. Hervorzuheben sind jedoch die umfangreich angelegten Gehölzbestände, die zum einen den nördlich gelegenen Parkplatz gliedern, zum anderen die Bauflächen zur angrenzenden Nutzung abschirmen.

Die übrigen Freiflächen des Plangebietes unterliegen noch einer intensiven ackerbaulichen Nutzung, die eine eingeschränkte Wertigkeit im Naturhaushalt aufweist.

Weitere innergebietliche Gehölzbestände sind - neben den Beständen des Industriebetriebes - parallel zur „Hohen Loohe“ und zur Wilhelmshavener Straße sowie an einer Parzellengrenze ausgeprägt, wobei die Dichte und der Umfang der Gehölze von Norden nach Süden abnimmt. Innerhalb der Ackerfläche ist noch eine kleine Gehölzgruppe vorhanden.

Südlich an das Plangebiet grenzt die Rehorner Bäke an (Gewässer II. Ordnung). Weiter südlich liegen Gewerbe- und Industriebetriebe des Industriegebietes Liethe.

Östlich grenzen neben Hofstellen mit Wohnnutzung sowie landwirtschaftlichen Nebenanlagen auch umfangreiche Gehölz- und Grünflächen an, östlich der Bahnlinie sind weitere landwirtschaftliche Nutzflächen und zusammenhängende Waldflächen ausgeprägt. Weiter östlich befindet sich der Windpark Rastede.

Westlich der Wilhelmshavener Straße liegt ebenfalls eine Hofstelle mit Wohnhaus. Weiterhin befinden sich westlich der Kreisstraße umfangreiche Waldflächen, die durch die Nutzung als Golfplatz erschlossen sind.

Die Bedeutung des Gebietes als Lebensraum für Pflanzen und Tiere ist durch die intensive Nutzung sowohl der Bauflächen im Gebiet als auch durch die Gewerbestandorte in der Umgebung als auch aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung deutlich eingeschränkt. Nur die gliedernden Gehölze sind aufgrund der Arten und Biotopstruktur sowie aufgrund der Lebensraumbedeutung hervorzuheben.

### **2.2.2 Boden, Wasser, Klima/Luft**

Nach der digitalen Bodenkarte 1:50.000 (NIBIS Kartenserver, LBEG) sind im Plangebiet Gley-Podsol-Böden ausgebildet, die überwiegend eine Plaggeneschauflage aufweisen; Es handelt sich um mäßig bis gut konsolidierte, gemischt bis feinkörnige, bindige Lockergesteine. Im Süden wechselt der Boden im Niederungsbereich in ein Erd-Niedermoor, dass in Niedersachsen als `Seltener Boden` eingestuft wird.

Die Grundwasserneubildungsrate liegt im Norden bei 151 bis 200 mm/a und sinkt bis zu den südlichen Flächen auf unter 51 mm im Jahr ab. Während im Norden aufgrund der überdeckenden Bodenschichten die Gefährdung des Grundwassers gering ist (hohes Schutzpotential), ist im Süden nur ein geringes Schutzpotential gegeben. Die mittleren Grundwasserhoch- und -tiefstände liegen im Norden bei 5 bzw. 16 dm und fallen im Süden auf 1 bzw. 6 dm ab.

Das Plangebiet reicht im Süden bis an die Rehorner Bäke, einem Wasserzug II. Ordnung. Weitere Oberflächengewässer sind im Plangebiet mit den Gräben parallel der Kreisstraße und am südlichen Plangebietsrand ausgeprägt. Auch verläuft zwischen Acker und Grünlandfläche ein weiterer West-Ost querender Graben mit gradlinigem Verlauf.

Der Landschaftsrahmenplan stellt für diesen Bereich keine wichtigen Bereiche für das Schutzgut Boden und Wasser heraus.

Großklimatisch unterliegt der Raum dem ausgleichenden Klima des Meeres mit milden Wintern und kühlen Sommern.



Das Lokalklima wird geprägt durch die naturräumliche und nutzungsbedingte Ausstattung. So ist das unmittelbare Plangebiet aufgrund der intensiven Nutzung als ausgeräumte Geestlandschaften einzustufen, während im Süden und im Nordosten mit den Industriebetrieben aufgrund der Bebauung und Flächenversiegelung Industrieklimatope mit höheren Temperaturen bei starker Sonneneinstrahlung, geringe Luftfeuchte und höherem Staubanteil vorliegen. Ausgleichend wirken die größeren zusammenhängenden Waldgebiete im Westen und Osten des Gebietes, die sowohl Temperatenausgleichsfunktion als auch der Luftreinigung und -filterung sowie als Windschutz dienen.

Für das unmittelbare Plangebiet ist eine besondere klimatische Bedeutung oder eine besondere Empfindlichkeit nicht ersichtlich.

### **2.2.3 Landschaftsbild**

Das Plangebiet liegt eingerahmt zwischen dem bestehenden Industriegebiet Liethe im Süden, der Kreisstraße K 131 im Westen, im Norden schließen weitere gewerbliche Bauflächen an, die momentan noch einer landwirtschaftlichen Nutzung unterliegen und im Osten liegen im Übergang zur Bahnlinie Oldenburg – Wilhelmshaven vielfältige Grünflächen mit Gehölzstrukturen und Gewässern (Rückhaltebecken) sowie landwirtschaftliche Hofstellen.

Bis auf die bereits bestehende Bebauung im Nordosten des Plangebietes (Büfa), die durch umgebende Gehölze in die Landschaft eingebunden ist, ist das Plangebiet - bis auf einen querenden Gehölzbestand und einige Einzelbäume - insgesamt als offener und einsehbarer Bereich herauszustellen. Dieser Aspekt der weiten Einsehbarkeit wird auch durch das nach Norden ansteigende Relief unterstützt.

### **2.2.4 Mensch, Kultur- und Sachgüter**

Das Bebauungsplangebiet unterliegt bereits den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 15 a als Gewerbe- und Industriegebiet und ist im Nordwesten bereits bebaut.

Kulturgüter sind im Plangebiet nicht bekannt. An Sachgütern sind neben den bestehenden Gebäuden und Gewerbebetriebsflächen auch die Verkehrsflächen im Norden hervorzuheben.

## **2.3 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung**

Bei einer Nichtdurchführung der Planung ist auch weiterhin mit dem Fortbestand der bereits ausgewiesenen Industrie- und Gewerbegebiete auszugehen, jedoch vor dem Hintergrund der rechtskräftigen Festsetzungen.

Auch für die noch landwirtschaftlich genutzten Flächen ist aufgrund der rechtskräftigen Festsetzungen die Ansiedlung von Gewerbebetrieben möglich; bei Nichtumsetzung der alten und neuen Planung ist aber nach wie vor die landwirtschaftliche Nutzung möglich.

## **2.4 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung**

Im Folgenden werden die Änderungen des Umweltzustandes, die bei Realisierung der Bebauungsplan-Änderung zu erwarten sind, aufgezeigt. Grundlage sind die Festsetzungen des Ursprungs-Bebauungsplanes, aus dem im Folgenden abgeleitet bzw. geprüft wird, ob mit der Änderung der Festsetzungen erhebliche Veränderungen der Naturhaushaltsfunktionen und des Landschaftsbildes zu erwarten sind, die als erheblich im Sinne des Bundes-Naturschutzgesetzes (BNatSchG) zu werten sind.

### 2.4.1 Eingriffsbeurteilung nach planungsrechtlichem Bestand

Bei den Flächen im Bebauungsplan Nr. 15a handelt es sich zwar weitgehend noch um unbebaute, derzeit intensiv genutzte landwirtschaftliche Flächen, die im rechtskräftigen Bebauungsplan aber bereits als Industriegebiet festgesetzt sind. Für die Beurteilung von Natur und Landschaft sind die planungsrechtlichen Gegebenheiten als Grundlage auszuwerten.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes (B-Plan Nr. 15a) denen der 3. Änderung gegenübergestellt.

Abb. 1: Gegenüberstellung Festsetzung des Ursprungsbebauungsplanes und der 3. Änderung

Art der Festsetzung / Ursprungsplan	3. Änderung	Bemerkungen
<b>Industriegebiete (GI)</b> mit einer GRZ von 0,7, jedoch aufgrund der 1968 geltenden Baunutzungsverordnung des Ursprungsplanes ist eine Versiegelung von Nebenanlagen bis 100 % zulässig. ( rd. 205.700 m <sup>2</sup> )  Abzüglich der festgesetzten <b>Gehölzpflanzungen</b> innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen von rd. 10.500 m <sup>2</sup> (= max. Versiegelung von rd. 195.200 m <sup>2</sup> )	<b>Industrie- u. Gewerbegebiete (Gle, GE, GEe)</b> mit einer GRZ von 0,8 und maximalen Versiegelung von 80% gemäß BauNV 1990.  ( rd. 201.000 m <sup>2</sup> )  Übernahme der <b>Gehölzpflanzungen</b> auf einer Flächen von rd. 3.100 m <sup>2</sup>  (= max. Versiegelung von rd. 160.800 m <sup>2</sup> )	Keine zusätzliche Bauflächenausweisung bzw. Reduzierung der maximalen Versiegelung durch Begrenzung der Nebenanlagen  ⇒ Kein Eingriff  Reduzierung der Gehölzanpflanzungen um 7.400 m <sup>2</sup> ,  Reduzierung der zulässigen Versiegelungsrate um rd. 34.400 m <sup>2</sup>  ⇒ Kein Eingriff bzw. Ausgleich für Gehölzreduzierung
<b>Öffentliche Verkehrsfläche</b>  auf rd. 8.700 m <sup>2</sup>	<b>Öffentliche Straßenverkehrsfläche, Verkehrsfläche</b>  auf rd. 13.500 m <sup>2</sup>	Erhöhung der Verkehrsfläche auf Kosten der Bauflächen.  ⇒ Kein Eingriff

Die sich mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes ergebenden Beeinträchtigungen der Naturhaushaltsfunktionen und des Landschaftsbildes beziehen sich ausschließlich auf die Reduzierung der Gehölzfestsetzungen innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen. Dieser Eingriff gleicht sich aber innergebietslich wieder aus, da die maximale Versiegelungsrate auf 80 % der Bauflächen beschränkt wird, im Gegensatz zu einer zulässigen 100%igen Versiegelung des Ursprungsplanes.

### 2.4.2 Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung sowie zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

Unter dem Vermeidungsaspekt sind vordringlich der Schutz bedeutender Naturhaushaltsfunktionen sowie der Erhalt landschaftsbildrelevanter Strukturen zu fassen. Diesem Aspekt wird insofern gefolgt, dass der dichte Gehölzbestand an der Kreisstraße als zu erhalten festgesetzt wird.

Darüber hinaus erfolgt mit der 3. Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes auch eine Reduzierung der maximalen Versiegelung (bis 80%) durch die nunmehr seit 1990 geltende Baunutzungsverordnung.

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sind Gehölzfällungen und bauvorbereitende Maßnahmen nur außerhalb der Brut- und Quartierszeiten durchzuführen.

Aufgrund von Siedlungsspuren wurden Maßnahmen zur Rettung von Denkmalschutzsubstanz (Rettungsgrabung) durch ein archäologisches Fachbüro unter Auflage der Unteren Denkmalschutzbehörde vom 10.09.2014 bis 06.11.2014 durchgeführt. Es wurden jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und sichergestellt, darunter 12 Brandgräben, ein Rechteckgraben, zwei Kreisgräben und ein Hausgrundriss. Denkmalrechtliche Belange stehen der Änderung des Bebauungsplanes damit nicht entgegen.

Sollten darüber hinaus bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten weitere Hinweise auf Bau- und Bodendenkmale sowie Altablagerungen bzw. Altstandorte zu Tage treten, so ist unverzüglich die Unteren Denkmalschutzbehörde bzw. Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

## **2.5 Anderweitige Planungsmöglichkeiten**

Standortalternativen ergeben sich aufgrund der Änderung eines bestehenden Bebauungsplanes nicht.

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a ergab sich zum einen durch die Modifizierung des Erschließungskonzeptes und durch die Änderung von Emissionskontingenten, die im Rahmen eines gesamtäumlichen Schallgutachtens ermittelt und planungsrechtlich abgesichert werden soll.

## **3 Zusätzliche Angaben**

### **3.1 Verfahren und Schwierigkeiten**

#### **3.1.1 Verwendete Verfahren**

Als Grundlagen wurden der Landschaftsrahmenplan<sup>8</sup> sowie gängiges Kartenmaterial<sup>9</sup> ausgewertet. Die Eingriffsbeurteilung erfolgte auf Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 15 a (1977).

#### **3.1.2 Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben**

Besondere Schwierigkeiten bestanden nicht.

**Hinweis:** Auf Grundlage der durchgeführten Erfassungen sind nicht alle zukünftigen Auswirkungen der Planung auf Arten und natürliche Lebensräume im Sinne des § 19 Abs. 2 und 3 BNatSchG sicher prognostizierbar. Es können nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustandes der genannten Arten oder Lebensräume verursacht werden, deren Vorkommen im Einwirkungsbereich der Planung bisher nicht bekannt ist oder die sich künftig im Einwirkungsbereich der Planung ansiedeln bzw. entwickeln.

---

<sup>8</sup> Landschaftsrahmenplan Landkreis Ammerland (1995)

<sup>9</sup> NIBIS Kartenserver: digitale Bodenkarte 1:50.000 (LBEG)

Eine vollständige Freistellung nachteiliger Auswirkungen gemäß § 19 Abs. 1 BNatSchG kann deshalb planerisch und gutachterlich nicht gewährleistet werden.

### **3.2 Maßnahmen zur Überwachung**

Gemäß § 4c BauGB haben die Kommunen erhebliche Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten (Monitoring) können, zu überwachen. Die Gemeinde wird 3 – 5 Jahre nach Umsetzung der Festsetzungen des Bebauungsplans die Fläche und die angrenzenden Bereiche begutachten. So können eventuelle unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen werden.

### **3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung**

Die Gemeinde Rastede ändert den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 15 a, um die Erschließung überarbeiten zu können und zum anderen, um aus dem für den Gesamtbereich überarbeiten Schallgutachten die sich ergebenden, geänderten Emissionskontingenten umsetzen zu können. Die Festsetzungen des Industriegebietes werden in eingeschränkte Industriegebiete, Gewerbegebiete und eingeschränkte Gewerbegebiete geändert, mit entsprechenden Lärmemissionskontingenten.

Entsprechend der planungsrechtlichen Ausgangssituation beziehen sich auch die Änderungen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild nur auf die planungsrechtlichen Änderungen, auch wenn die Planung bisher nur auf Teilflächen umgesetzt wurde und ein Großteil der Flächen noch einer landwirtschaftlichen (ackerbaulichen) Nutzung unterliegen. Für die Eingriffsbeurteilung werden als Bestand die Festsetzungen des Ursprungsplanes zugrunde gelegt. Der Ursprungsplan sieht die Festsetzungen eines Industriegebietes (GI) sowie einer öffentlichen Verkehrsfläche vor. Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen waren auf einer Fläche von rd. 10.500 m<sup>2</sup> Gehölzpflanzungen zur randlichen Eingrünung vorgesehen, ansonsten liegt gemäß der Baunutzungsverordnung 1968 bei Aufstellung des Ursprungsplanes (1977) keine Begrenzung der Versiegelungsrate vor.

Mit der 3. Änderung werden die Industriegebiete in eingeschränkte Industriegebiete, Gewerbegebiete und eingeschränkte Gewerbegebiete geändert. Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen wird eine Gehölzfläche von rd. 3.100 m<sup>2</sup> als zu erhalten festgesetzt (Übernahme aus dem Ursprungsplan).

Aufgrund des überarbeiteten Erschließungskonzeptes erhöht sich der Anteil der Verkehrsflächen von 8.700 auf 13.300 m<sup>2</sup> (auf Kosten von Bauflächen).

Die Auswirkungen auf die Naturhaushaltsfunktionen und das Landschaftsbild beziehen sich demnach

- auf die Reduzierung der Gehölzfestsetzungen um rd. 7.400 m<sup>2</sup> und
- die Begrenzung der maximal zulässigen Versiegelung auf 80 % durch die Änderung der Baunutzungsverordnung.

Obwohl mit der Reduzierung der Gehölzanpflanzungen Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu erwarten sind, wird dieser innergebietlich durch die Reduzierung der maximalen Versiegelung ausgeglichen. Erhebliche Beeinträchtigungen verbleiben nicht, zusätzliche Kompensationsmaßnahmen werden nicht erforderlich.

Die **artenschutzrechtliche Prüfung** des Gebietes kommt zu dem Ergebnis, dass Vorkommen von streng geschützten Arten (hierunter fallen z.B. alle europäischen Vogelarten) im Gebiet nicht auszuschließen sind. Aber unter Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen (Gehölzfällungen, Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeiten, d.h. im Winter) sind aber artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nicht zu erwarten, da zudem vergleichbare Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin gegeben sind.

Vorkommen streng geschützter Arten von Pflanzen und anderer Tiergruppen sind aufgrund des Standort- und Biotoppotentials und der Lage einschließlich der Vorbelastungen des Gebietes nicht zu erwarten.



### Gemeinde Rastede: 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

**Abwägung der Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB (beides in kursiver Schrift), der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB**

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede  26.03.2015  Stellungnahme im Zuge von (§ 4 (2) BauGB)	<p>Im Plangebiet ist es - wie auch dokumentiert - zu archäologischen Funden gekommen. Aus diesem Grund sind auf verschiedenen Grundstücken bereits denkmalrechtliche Prospektionen sowie Ausgrabungen erfolgt. Es ist daher vor der Durchführung von Baumaßnahmen erforderlich, mit meiner unteren Denkmalschutzbehörde (Herr Kramer, Tel. 04488/562350) sowie mit dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege (Frau Dr. Fries, Tel. 0441/799-2120, Fax Nr. 0441/799-2123, E-Mail: jana.friesland.@nld.niedersachsen.de) rechtzeitig Kontakt aufzunehmen, um die denkmalrechtlich erforderlichen Maßnahmen abzustimmen.</p> <p>Die Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, vom 10.03.2015 (Az.: 21/21102, B-Plan 15 A, 3) ist zu beachten.</p> <p>Durch diese 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 a wird der das Baugebiet eingrünende Gehölzstreifen an der Kreisstraße 131 überplant. Die neuen Gebäude sind daher aufgrund der exponierten Lage weithin sichtbar und stellen eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes dar. Aus natur-schutzfachlicher Sicht wird daher vorgeschlagen, eine Eingrünung und stärkere Durchgrünung mit standortheimischen Gehölzen vorzusehen und bei der Planung mit entsprechenden Festsetzungen zu berücksichtigen.</p> <p>Entsprechend der TA Lärm muss meines Erachtens die Maßeinheit für Unterschreitungen von Immissionsrichtwerten (s. "Sonderfallregelungen" in der textlichen Festsetzung Nr. 5 sowie Kapitel 3, 5.3 und 6 des schalltechnischen Berichts Nr. LL9583.1/01) "dB(A)" anstatt "dB" lauten.</p>	<p>Die nebenstehenden Hinweise werden in der Begründung ergänzt. Die Hinweise beziehen sich inhaltlich auf die Ausführungsebene.</p> <p>Die Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird unter Punkt 8 in dieser Synopse wiedergegeben.</p> <p>Der Anregung einer durchgehenden Eingrünung wird nicht gefolgt. Vielmehr wird der im Norden an der Kreisstraße ausgeprägte Gehölzbestand als zu erhalten festgesetzt, auf weitere Anpflanzungen wird verzichtet, um zum einen den Ansiedlungswilligen Unternehmen die werbewirksame Sichtbarkeit auf den Standort zu gewährleisten. Zum anderen sind - entgegen der früheren Baumöglichkeiten im rechtskräftigen Bebauungsplan - 20 % des Baugrundstückes von Versiegelung freizuhalten, die landschaftspflegerisch genutzt werden können. Somit wird zugunsten einer kompakten Gewerbe- und Industrieansiedlung an diesem Standort auf eine flächige Gehölzpflanzung verzichtet. Dies entspricht der gemeindlichen Zielsetzung, die Flächen effizient auszunutzen.</p> <p>Der Anregung wird nicht nachgekommen. Nach Ausführungen des Schallgutachters ist die Bezeichnung dB zutreffend.</p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Ammerland	<p>Nur redaktionell empfehle ich, Kapitel 1.5 der Begründung um die Aussage zu ergänzen, dass sich das Plangebiet laut RROP 1996 in einem "Vorranggebiet für industrielle Anlagen" befindet.</p> <p>Ich empfehle, die textliche Festsetzung Nr. 2 ("Zentren- und nahversorgungsrelevante Randsortimente.") sowie die örtliche Bauvorschrift Nr. 2.2 („angebrachte Werbeanlagen.") geringfügig redaktionell zu berichtigen.</p> <p>Ich vermisse noch die Nennung der geltenden BauNVO-Fassung für den im Jahr 1977 in Kraft getretenen Bebauungsplan Nr. 15 a im Kapitel 3.2.1 der Begründung und in den Kapiteln 2.1, 2.4.1 und 3.3 des Umweltberichts.</p> <p>Die auf der Planzeichnung angegebene Fassung des BauGB sollte aktualisiert werden.</p>	<p>Der Anregung wird nachgekommen.</p> <p>Die Tippfehler werden korrigiert.</p> <p>Der Anregung zur Ergänzung der Begründung wird nachgekommen.</p>
	<p>Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede 16.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p><i>Ein Bebauungsplan ist immer dann aus dem Flächennutzungsplan entwickelt, wenn er sich zur Zeit seiner Inkraftsetzung als inhaltliche Konkretisierung des zu dieser Zeit wirksamen Flächennutzungsplans darstellt (BVerwG, Urt. v. 29.09.1978 – 4 C 30.76).</i></p> <p><i>Der Bebauungsplan Nr. 15 aus dem Jahr 1977 ist aus dem damaligen Flächennutzungsplan entwickelt. Dass der aktuelle Flächennutzungsplan heute in diesem Bereich keine gewerbliche Baufläche mehr darstellt, ist insoweit unschädlich. Die Art der baulichen Nutzungen ändert sich nur partiell und marginal (Gl in GE bzw. GEe), so dass ich eine Flächennutzungsplanänderung nicht für erforderlich halte.</i></p> <p><i>Für die Anbindung der neuen Planstraße an die Kreisstraße K 131 ist der Abschluss einer Vereinbarung gem. § 34 Abs. 1 Niedersächsisches Straßengesetz mit mir als Straßenbaulastträger erforderlich. Ich bitte, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, vorab einen richtlinienkonformen Ausbauplan als Grundlage einer solchen Vereinbarung zukommen zu lassen.</i></p>	<p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird ein entsprechender Ausbauplan zu gegebener Zeit als Grundlage für die Vereinbarung zur Verfügung gestellt.</i></p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Ammerland	<p><i>Für den immissionsschutzrechtlichen Nachweis (z. B. Geruchsmissionen), dass Konflikte zwischen landwirtschaftlichen Betrieben im Umfeld des Planbereiches (s. Kapitel 1.4 der Begründung) und den mit dieser Planung ermöglichten Nutzungen ausgeschlossen sind, reicht mir eine entsprechende Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Niedersachsen aus.</i></p> <p><i>In Anbetracht der im Umweltbericht (Kapitel 2.2.1) genannten Biogasanlage östlich des Plangebietes empfehle ich zu prüfen, ob die Schutzabstände nach dem Störfallrecht eingehalten sind, so dass ein Konflikt auch in dieser Hinsicht ausgeschlossen werden kann.</i></p> <p><i>Die Festsetzung eines eingeschränkten Industriegebietes (Gle) stimmt nicht mit der Planzeichenerklärung (GI, Industriegebiete) überein. Ich bitte um Harmonisierung.</i></p> <p><i>Ich vermissen auch die Planzeichenerklärung für die Abgrenzung unterschiedlicher Emissionskontingente.</i></p> <p><i>Ebenso fehlt die Planzeichenerklärung für das Planzeichen Nr. 15.14 der Anlage zur Planzeichenverordnung zur Abgrenzung der Gewerbegebiete von den eingeschränkten Gewerbegebieten, zur Abgrenzung der öffentlichen Straßenverkehrsfläche von der Verkehrsfläche sowie zur zeichnerischen Abgrenzung des „Räumstreifens“ gemäß textlicher Festsetzung Nr. 7.</i></p> <p><i>Die umgrenzte Fläche mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sollte mit einer privaten Grünfläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB (Planzeichen Nr. 9 der Anlage zur Planzeichenverordnung) anstatt mit einer nicht überbaubaren Fläche eines Industriegebietes überlagernd festgesetzt werden.</i></p> <p><i>Der „Räumstreifen“ in einer Breite von nur 5 Metern missachtet das laut Satzung des Entwässerungsverbandes Jade in einem Abstand von 10 Metern zum jeweiligen Verbandsgewässer (s. a. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde, E-Mail vom 02.06.2014) geltende Bauverbot und verstößt damit gegen geltendes Recht.</i></p>	<p><i>Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen wurde am Verfahren beteiligt. Auf die Stellungnahme unter Punkt 3 dieser Synopse wird verwiesen. Die 3. Änderung beinhaltet lediglich eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption, die eine Änderung und Ergänzung der festgesetzten Verkehrsflächen erforderte und eine Anpassung der Art der baulichen Nutzung hinsichtlich der immissionsschutzfachlichen Rahmenbedingungen. Es verbleibt aber bei der Festsetzung von Gewerbe- und Industriegebieten, so dass kein Erfordernis für die Erstellung einer Ausbreitungsberechnung gesehen wird.</i></p> <p><i>Nach Kenntnis der Gemeinde hat der Vorhabenträger den Antrag auf Genehmigung einer Biogasanlage zurückgezogen. Insofern hat sich auch die nebenstehend empfohlene Überprüfung erledigt.</i></p> <p><i>Die Anregung wurde zur Entwurfsfassung berücksichtigt. Die Planzeichenerklärung wurde in ein Gle korrigiert.</i></p> <p><i>Die Anregung wurde zur Entwurfsfassung berücksichtigt. Die Planzeichenerklärung wurde um die Abgrenzung unterschiedlicher Emissionskontingente ergänzt.</i></p> <p><i>Die Anregung wurde zur Entwurfsfassung berücksichtigt. Die Planzeichenerklärung wurde um das Planzeichen 15.14 ergänzt.</i></p> <p><i>Der Anregung wird nicht nachgekommen. Für den Schutz der vorhandenen Bepflanzungen ist es unerheblich, ob die Flächen als private Grünflächen oder als nicht überbaubare Gewerbeflächen festgesetzt werden. Durch die Festsetzung als nicht überbaubare Gewerbeflächen werden die Flächen bei der Berechnung der Grundflächenzahl als Bestandteil des Betriebsgrundstückes mitgerechnet, wodurch sich eine höhere Ausnutzbarkeit des Grundstückes ergibt. Dies entspricht der gemeindlichen Zielsetzung, die Flächen effizient auszunutzen. Die Planunterlagen werden daher nicht geändert.</i></p> <p><i>Die Anregung wurde zur Entwurfsfassung berücksichtigt. Der Räumstreifen wurde auf 10 m ausgedehnt. Die textliche Festsetzung zum Räumstreifen wurde zur Entwurfsfassung so ergänzt, dass in einem Abstandsstreifen 5m bis 10 m zum Verbandsgewässer bauliche Anlagen nicht zulässig sind.</i></p>





## 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Ammerland	<p><i>Für das mit einem meiner Unteren Wasserbehörde vorzulegenden Entwässerungskonzept noch zu lokalisierende Regenrückhaltebecken sollte eine Fläche für die Regelung des Wasserabflusses gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB (Planzeichen Nr. 10.2 der Anlage zur Planzeichenverordnung) umgrenzt werden, gegebenenfalls ergänzt um eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB (Planzeichen Nr. 13.1 der Anlage zur Planzeichenverordnung) auf einer öffentlichen Grünfläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB (Planzeichen Nr. 9 der Anlage zur Planzeichenverordnung).</i></p> <p><i>Ggfls. sollte für die schon genehmigte Regen- und Schmutzwasserkanalisation (BÜFA) ein Leitungsrecht festgesetzt werden.</i></p> <p><i>Meines Erachtens muss die Maßeinheit unter „Sonderfallregelungen“ in der textlichen Festsetzung sowie im Kapitel 5.3 des schalltechnischen Berichts Nr. LL9583.1/01 (Seite 11) dB (A) (Maßeinheit für Beurteilungspegel) anstatt dB (Maßeinheit für Schalldämmmaße) lauten.</i></p> <p><i>Ich empfehle, die textliche Festsetzung Nr. 8 („mit wasserdurchlässigem Pflaster“) redaktionell zu überarbeiten.</i></p> <p><i>Die „NWZ“ als Bekanntmachungsorgan der Gemeinde Rastede (s. Kapitel 6 der Begründung) dürfte nicht die gewünschte Rechtskraft erzeugen.</i></p> <p><i>Ich empfehle eine Nennung der geltenden BauNVO für den Bebauungsplan Nr. 15 (Kapitel 2.1 und 3.3 des Umweltberichtes) aus dem Jahr 1977.</i></p> <p><i>Weitere Hinweise zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung habe ich nicht.</i></p>	<p><i>Im Zuge der Realisierung des Industriegebietes Liethe wurde bereits in der Vergangenheit ein Entwässerungskonzept erstellt. Das Konzept sieht die Sammlung des anfallenden Niederschlagswassers in Kanälen und die Einleitung in ein Regenrückhaltebecken mit einem Speichervolumen von 1.030 m³ vor. Das Regenrückhaltebecken wird im südöstlichen Anschluss an das Plangebiet (außerhalb des Geltungsbereiches) verortet. Das Becken soll über eine Drosselleitung in die südlich befindliche Rehorer Bäche einleiten.</i></p> <p><i>Das Becken wurde seinerzeit genehmigt und kann nach Aussagen des Landkreises an dem Standort noch gebaut werden. Planänderungen werden beim Landkreis eingereicht. Eine Änderungsgenehmigung nach Wasserrecht schließt eine Baugenehmigung ein, so dass eine planungsrechtliche Absicherung über den Bebauungsplan nach wie vor nicht erforderlich ist. Die Rahmenbedingungen und das skizzierte Vorgehen wurden mit dem Landkreis vorabgestimmt. Änderungen des Planteiles der 3. Änderung sind daher nicht erforderlich. Die Begründung wird um die vorstehenden Aussagen ergänzt.</i></p> <p><i>Die Gemeinde sieht kein Erfordernis, die Regen- und Schmutzwasserkanalisation auf den Privatgrundstücken festzusetzen. Die Sicherung kann auf privatrechtlicher Ebene erfolgen.</i></p> <p><i>Der Anregung wurde nicht nachgekommen. Nach Ausführungen des Schallgutachters ist die Bezeichnung dB zutreffend.</i></p> <p><i>Die textliche Festsetzung wurde redaktionell zur Entwurfsfassung überarbeitet und die Angaben wurden um wasserdurchlässige Pflaster und versickerungsfähige Deckmaterialien ergänzt.</i></p> <p><i>Die Begründung wurde zur Entwurfsfassung entsprechend angepasst.</i></p> <p><i>Der Anregung wurde zur Entwurfsfassung gefolgt, der Umweltbericht wurde ergänzt.</i></p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	<i>Landkreis Ammerland Straßenverkehrsamt Ammerlandallee 12 26655 Westerstede 23.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)</i>	<i>Die von der Wendeanlage der Erschließungsstraße „Hohe Looge“ ausgehende Verlängerung soll als Verkehrsfläche festgesetzt werden. Aus verkehrsbehördlicher Sicht wird darauf hingewiesen, dass diese Verkehrsfläche als öffentlich oder privat festzusetzen ist.  Zudem wird auf die Technischen Hinweise der NLStBV-OL hingewiesen.  Darüber hinaus bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht keine Bedenken.</i>	<i>Die Auffassung wird nicht geteilt. Nach der Kommentierung zum BauGB von Ernst Zinkahn Bielenberg zu § 9 Rd. 104 ist es möglich, „die Flächen für den Verkehr als öffentliche oder private Flächen festzusetzen. Unberührt bleibt die Möglichkeit der Festsetzung ohne den Zusatz „öffentlich“ oder „privat“. Daher wird ausgehend von der Wendeanlage die Erschließungsstraße am östlichen Plangebietsrand weiterhin ohne die konkretisierende Festsetzung „Öffentlich“ oder „privat“ festgesetzt. Damit bleibt den weiteren Umsetzungsplanungen vorbehalten, ob die Straße privat oder öffentlich geführt wird.</i>
2	<i>LWK Niedersachsen Bezirksstelle OL-Nord Im Dreieck 12 26127 Oldenburg 25.03.2015 Stellungnahme im Zuge von (§ 4 (2) BauGB)</i>	<i>Bezüglich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“ hatten wir bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Stellung genommen.  Unseres Erachtens sind bedingt durch die Änderung des v. g. Bebauungsplanes die immissionsschutzrechtlichen Belange der benachbarten landwirtschaftlichen Betriebe gemäß aktueller Rechtsvorschriften zu berücksichtigen.  Insofern wird auf unsere Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB verwiesen.</i>	<i>Die Stellungnahme aus der Beteiligung nach § 4 (1) BauGB wird nachstehend wiedergegeben. Die Abwägung wird beibehalten. Es handelt sich lediglich um die Änderung eines bestehenden Bebauungsplanes. Über den Bebauungsplan Nr. 15a mit der Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten bestehen bereits Planungsrechte seit Anfang der 70-er Jahre. Die Gemeinde geht davon aus, dass Genehmigungen für landwirtschaftliche Tierhaltungsanlagen, die nach Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 15a erteilt wurden, die Schutzanforderungen der im Bebauungsplan für zulässig erklärten Nutzungen berücksichtigt haben s.u.).</i>
	<i>LWK Niedersachsen Bezirksstelle OL-Nord Im Dreieck 12 26135 Oldenburg 18.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)</i>	<i>Westlich des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 15 a befindet sich die Hofstelle des landwirtschaftlichen Betriebes Jan Wemken, Wilhelmshavener Straße 57. Östlich des v. g. Plangebietes sind eine Pferdehaltung, Rehornweg 50 sowie die landwirtschaftliche Hofstelle Büsselmann, Rehornweg 30, vorhanden.  Auf den Hofstellen Wemken und Büsselmann wird Rindviehhaltung betrieben bzw. es sind bestandsgeschützte Stallplätze zum Halten von Rindern hinsichtlich der zu beurteilenden Geruchsimmersionssituation zu berücksichtigen.  Bedingt durch die Lage und Größenordnung der zu berücksichtigenden Tierhaltungen kann im Vorfeld einer Ausbreitungsrechnung nicht ausgeschlossen werden, dass innerhalb des Plangebietes der gemäß GIRL gegenüber Gewerbegebieten heranzuziehende Immissions(grenz)wert von 15 % der Jahresstunden überschritten wird.</i>	<i>Die Begründung wird um die nebenstehenden Hinweise auf die Hofstellen ergänzt. Der Anregung zur Erstellung einer Ausbreitungsberechnung zur Geruchsimmersionssituation wird nicht gefolgt. Es handelt sich lediglich um die Änderung eines bestehenden Bebauungsplanes. Über den Bebauungsplan Nr. 15a mit der Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten bestehen bereits Planungsrechte seit Anfang der 70-er Jahre.  Die Gemeinde geht davon aus, dass Genehmigungen für landwirtschaftliche Tierhaltungsanlagen, die nach Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 15a erteilt wurden, die Schutzanforderungen der im Bebauungsplan für zulässig erklärten Nutzungen berücksichtigt haben. Dieses vorausgesetzt, ist davon auszugehen, dass im Geltungsbereich die nebenstehend angesprochenen Immissionswerte von 15 % der Jahresstunden eingehalten werden.  Die 3. Änderung beinhaltet lediglich eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption, die eine Änderung und Ergänzung der festgesetzten Verkehrsflächen erforderte und eine Anpassung der Art der baulichen Nutzung hinsichtlich der immissionsschutzfachlichen Rahmenbedingungen. Es verbleibt aber bei der Festsetzung von Gewerbe- und Industriegebieten, so dass kein Erfordernis für die Erstellung einer Ausbreitungsberechnung gesehen wird.</i>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	<i>Fortsetzung LWK Niedersachsen</i>	<i>Die Geruchsimmissionssituation ist daher mittels Ausbreitungsrechnung unter Berücksichtigung der geplanten Entwicklungsabsichten der genannten Betriebe zu beurteilen.</i>  <i>Aus landwirtschaftlicher Sicht können die bestehenden Bedenken gegen die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 a zurückgestellt werden, wenn im Rahmen der erforderlichen Ausbreitungsrechnung die immissionsschutzrechtliche Zulässigkeit (Geruch) der Bauleitplanung bestätigt wird.</i>	
3	<i>Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH Bavinkstraße 23 26789 Leer 17.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)</i>	<i>Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 15.05.2014.</i>  <i>Wir teilen Ihnen mit, dass die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Eigene Maßnahmen der Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH zur Änderung bzw. Erweiterung des Telekommunikationsnetzes sind im genannten Planbereich nicht vorgesehen.</i>	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i>
4	<i>NLD Referat Archäologie Stützpunkt Oldenburg Ofener Straße 15 26121 Oldenburg 16.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)</i>	<i>Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu o. g. Planungen folgende Bedenken und Anregungen vorgetragen:</i>  <i>Das Plangebiet weist aufgrund seiner topografischen Lage an einem Südhang über einer Bachniederung überwiegend ein deutlich erhöhtes archäologisches Potenzial auf. Aus der Umgebung sind bereits einige vorgeschichtliche denkmalgeschützte Siedlungs- und Bestattungsplätze unterschiedlicher Zeitstellungen bekannt.</i>  <i>Zudem wird das Areal zu großen Teilen laut digitaler Bodenkarte 1 : 50 000 von einem wahrscheinlich mittelalterlichen Esch überlagert. Dabei handelt es sich um Auftragshöhen aus Dung und Plaggen von unterschiedlicher Mächtigkeit. Darunter sind erfahrungsgemäß oft ältere archäologische Fundstellen anzutreffen, die sich durch die konservierende Wirkung des Eschauftrages meist in einem hervorragenden Erhaltungszustand befinden und bei Erdarbeiten zerstört würden.</i>	<i>Am 21.07.2014 wurden durch ein archäologisches Fachbüro jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und unter der Fundstellennummer 183 geführt. Es wurden daher Maßnahmen zur Rettung von Denkmalschutzsubstanz (Rettungsgrabung) durch ein archäologisches Fachbüro vom 10.09.2014 bis 06.11.2014 durchgeführt. Es wurden jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und sichergestellt, darunter 12 Brandgräben, ein Rechteckgraben, zwei Kreisgräben und ein Hausgrundriss. Denkmalrechtliche Belange stehen der Änderung des Bebauungsplanes damit nicht entgegen. Die Begründung wurde zur Entwurfsfassung um diese Aussagen ergänzt.</i>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung NLD	<p><i>Derartige Fundstellen sind Bodendenkmale, die durch das Nieders. Denkmalschutzgesetz geschützt sind. Sämtliche Erdarbeiten in diesen Bereichen bedürfen einer denkmalrechtlichen Genehmigung (§ 13 NDSchG), diese kann verwehrt werden oder mit Auflagen verbunden sein.</i></p> <p><i>Daraus ergeben sich folgende denkmalpflegerische Notwendigkeiten:</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li><i>• Ausreichend im Vorfeld jeglicher Bau- und Erschließungsarbeiten muss, z. B. durch ein entsprechendes Raster von Suchschnitten, auf dem Areal durch entsprechende Fachleute geklärt werden, wo und in welchem Erhaltungszustand weitere Denkmalsubstanz vorhanden ist.</i></li><li><i>• Abhängig von diesem Untersuchungsergebnis ist ggf. eine fach- und sachgerechte archäologische Ausgrabung notwendig, deren Umfang und Dauer von der Befundsituation abhängig ist.</i></li><li><i>• Die entstehenden Kosten für die Voruntersuchungen und ggf. notwendigen Ausgrabungen können nicht von der Archäologischen Denkmalpflege getragen werden.</i></li><li><i>• Wir regen an, dass sich der Vorhabenträger frühzeitig mit der Archäologischen Denkmalpflege in Verbindung setzt, um das weitere Vorgehen abzusprechen.</i></li></ul>	<p><i>Die Begründung wurde zur Entwurfsfassung um die nebenstehenden Aussagen ergänzt.</i></p>
5	OOWV Georgstraße 4 26919 Brake  05.03.2015  Stellungnahme im Zuge von (§ 4 (2) BauGB)	<p>In unserem Schreiben vom 06.06.2014 – T Ia-375/14/Sa/will – haben wir bereits eine Stellungnahme zu dem o. g. Vorhaben abgegeben.</p> <p>Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p> <p>Anlage:  Planzeichnung</p>	<p>Die Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren nach § 4 (a) BauGB wird nachstehend wiedergegeben.</p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	<p>OOWV Georgstraße 4 26919 Brake  06.06.2014  (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p><i>Wir haben die Änderung des o. g. Bebauungsplans zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Im Bereich des Bebauungsgebietes befinden sich Versorgungsanlagen des OOWV. Diese dürfen weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke, außer in Kreuzungsbereich, überbaut werden.</i></p> <p><i>Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW-Arbeitsblatt W 400-1 Sicherheitsabstände zu den Versorgungsanlagen einzuhalten. Außerdem weisen wir darauf hin, dass die Versorgungsanlagen gemäß DIN 1998 Punkt 5 nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen. Um für die Zukunft sicherzustellen, dass eine Überbauung der Leitungen nicht stattfinden kann, werden Sie gebeten, ggf. für die betroffenen Leitungen ein geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzutragen.</i></p> <p><i>Das ausgewiesene Planungsgebiet muss durch die bereits vorhandenen Versorgungsanlagen als teilweise erschlossen angesehen werden. Wann und in welchem Umfang eine Erweiterung durchgeführt wird, müssen die Gemeinde und der OOV rechtzeitig vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten gemeinsam festlegen.</i></p> <p><i>Da es sich bei dem vorgenannten Bebauungsgebiet um ein Industriegebiet handelt, kann eine Erweiterung nur auf der Grundlage der AVB Wasser V und unter Anwendung des § 5 der Allgemeinen Preisregelungen des OOWV durchgeführt werden.</i></p> <p><i>Es wird darauf hingewiesen, dass für die ordnungsgemäße Unterbringung von Versorgungsleitungen der Freiraum von Entsorgungsleitungen freizuhalten ist. Dieser darf wegen erforderlicher Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten weder bepflanzt noch mit anderen Hindernissen versehen werden. Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW- Arbeitsblattes W 400-1 wird gebeten.</i></p> <p><i>Um das Wiederaufnehmen der Pflasterung bei der Herstellung von Hausanschlüssen zu vermeiden, sollte der Freiraum für die Versorgungsleitungen erst nach erfolgter Bebauung des Gebietes endgültig gepflastert werden.</i></p>	<p><i>Die Hauptwasserleitung DN 300 ist bereits im Planteil eingetragen. Die Leitung liegt zum Teil im Randbereich der festgesetzten öffentlichen Verkehrsfläche des Erschließungsstiches. Außerhalb der Verkehrsfläche wurden im Bereich der Leitung eine nicht überbaubare Fläche und ein Leitungsrecht festgesetzt. Innerhalb dieser nicht überbaubaren Fläche ist die Errichtung von baulichen Anlagen (hierunter fallen auch Einfriedungen) und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern unzulässig. Insofern wurde der nebenstehenden Anregung bereits nachgekommen.</i></p> <p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen wurden zur Entwurfsfassung in der Begründung ergänzt.</i></p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung OOWV	<p><i>Sollten durch Nichtbeachtung der vorstehenden Ausführungen Behinderungen bei der Erschließung des Baugebietes eintreten, lehnen wir für alle hieraus entstehenden Folgeschäden und Verzögerungen jegliche Verantwortung ab.</i></p> <p><i>Im Hinblick auf den der Gemeinde obliegenden Brandschutz (Grundschutz) weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass die Löschwasservorhaltung kein gesetzlicher Bestandteil der öffentlichen Wasserversorgung ist. Die öffentliche Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge wird durch die gesetzlichen Aufgabenzuweisungen des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) nicht berührt, sondern ist von der kommunalen Löschwasserversorgungspflicht zu trennen.</i></p> <p><i>Eine Pflicht zur vollständigen oder teilweisen Sicherstellung der Löschwasserversorgung über das öffentliche Wasserversorgungsnetz (leitungsgebunden) besteht durch den OOWV nicht. Allerdings können im Zuge der geplanten Rohrverlegungsarbeiten Unterflurhydranten für einen anteiligen Löschwasserbezug eingebaut werden. Lieferung und Einbau der Feuerlöschhydranten regeln sich nach den bestehenden Verträgen. Wir bitten, die von Ihnen gewünschten Unterflurhydranten nach Rücksprache mit dem Brandverhütungsingenieur in den genehmigten Bebauungsplan einzutragen.</i></p> <p><i>Da unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung und der Gefahr der Brandausbreitung unterschiedliche Richtwerte für den Löschwasserbedarf bestehen (DVGW-Arbeitsblatt W 405) ist frühzeitig mit dem OOWV der mögliche Anteil (rechnerischer Wert) des leitungsgebundenen Löschwasseranteils zu erfragen, um planungsrechtlich die Erschließung als gesichert anerkannt zu bekommen.</i></p> <p><i>Evtl. Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.</i></p>	<p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie bezieht sich inhaltlich auf die Ausführungsplanung.</i></p> <p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i></p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung OOWV	<p><i>Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsanlagen in dem anliegenden Lageplan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage der Leitungen gibt Ihnen unser Dienststellenleiter Herr Kaper von unserer Betriebsstelle in Westerstede, Telefon: 04488 845211 in der Örtlichkeit an.</i></p> <p><i>Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplans gebeten.</i></p> <p><i>Anlage: Planzeichnungen / Planskizzen</i></p>	
6	Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg Theodor-Tantzen-Platz 8 26122 Oldenburg 04.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)	<p><i>Grundsätzliche Einwände und Bedenken sind nicht vorzutragen. Ich rege jedoch an, in der Begründung unter 3.2.2 „Belange des Immissionsschutzes - Gewerbelärm“ näher auszuführen, dass die Abschätzung der Immissionsvorbelastung aus dem südlichen, hier nicht überplanten Bereich des Bebauungsplanes 15 A mit der Annahme eines Emissionskontingentes EK von 68/51 dB(A)/m<sup>2</sup> sehr stark zur sicheren Seite überzeichnet.</i></p> <p><i>Die dortigen Betriebe im Bestand haben ihre maßgeblichen Immissionsorte an der Wilhelmshavener Straße Nrn. 3, 6 und 15 sowie Am Eichenwall 7 und könnten derartige EK zumindest in den Randbereichen zu den maßgeblichen Immissionsorten mit den Immissionsrichtwerten IRW von 60/45 dB(A) nicht näherungsweise ausschöpfen.</i></p>	<p><i>Der Anregung wurde zur Entwurfsfassung nachgekommen. In der Begründung wird bereits ausgeführt, dass hier eine Abschätzung auf der „sicheren“ Seite stattgefunden hat. Die genannten Werte der Emissionskontingente werden ergänzt.</i></p>
7	ExxonMobil Production Deutschland GmbH Riethorst 12 30659 Hannover 02.03.2015 Stellungnahme im Zuge von (§ 4 (2) BauGB)	<p>Die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebs des Produktionsleitungsnetzes der BEB Erdgas und Erdöl GmbH &amp; Co. KG (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und den Tochtergesellschaften wahr.</p> <p>Wir schreiben Ihnen im Auftrag der OEG Oldenburgische Erdölgesellschaft mbH, danken Ihnen für die weitere Beteiligung in der o.a. Angelegenheit und möchten Ihnen mitteilen, dass unsererseits keine weiteren Anmerkungen und / oder Hinweise erforderlich sind.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Exxon Mobil	<p>Unsere heutige Stellungnahme bezieht sich auf den derzeitigen Planungsstand. Laufende Baumaßnahmen sowie zukünftige Planungen sind in dieser Stellungnahme nicht enthalten.</p> <p>Bitte bestätigen Sie uns den Erhalt dieser Stellungnahme per Post bzw. per Fax.</p> <p>Anlage: Begriffserklärung Bergwerkseigentum Übersichtskarte</p>	
	<p><i>ExxonMobil Production Deutschland GmbH Riethorst 12 30659 Hannover 27.05.2014 (§ 4 (1) BauGB)</i></p>	<p><i>Die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebes des Produktionsleitungsnetzes der BEB Erdgas und Erdöl GmbH &amp; Co. KG (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und den Tochtergesellschaften wahr.</i></p> <p><i>Wir möchten Ihnen mitteilen, dass von dem Planvorhaben die Bergbauberechtigung (Konzession) Bergwerkseigentum Oldenburg der OEG – Oldenburgische Erdölgesellschaft mbH betroffen ist.</i></p> <p><i>Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen. Deshalb weisen wir darauf hin, diese Rechte bei den Planungen zu berücksichtigen.</i></p> <p><i>Bitte bestätigen Sie uns den Erhalt dieser Stellungnahme per Post bzw. per Fax.</i></p> <p><i>Anlage: Bergwerkseigentum – Begriffserklärung Übersichtskarte</i></p>	<p><i>Das Bergwerkseigentum steht einer Überplanung des Gebietes oder einer Bebauung nicht im Wege. Das Bergwerkseigentum stellt lediglich eine Berechtigung zur Aufsuchung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen dar. Sollte es tatsächlich zum Abbau kommen, müssten dabei die vorhandenen Bebauungen etc. beachtet werden. Diese Ausführungen und die nebenstehenden Aussagen werden in der Begründung ergänzt.</i></p>
8	<p>Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg 10.03.2015 Stellungnahme im Zuge von (§ 4 (2) BauGB)</p>	<p>Das Plangebiet o.g. Bebauungsplanänderung grenzt an die K 131. Vorgesehen ist u.a. eine zusätzliche Anbindung des Plangebietes an die K 131 über eine neue Gemeindestraße, die gegenüber der „Wemkenstraße“ in die K 131 einmündet. Die erforderliche planungsrechtliche Absicherung des Ausbaues der K 131 für den neuen Kreuzungsbereich (Einbau von Linksabbiegestreifen im Zuge der K 131, Verlegung des Radweges etc.) soll über den Bebauungsplan Nr. 15 B erfolgen. Für diesen läuft zurzeit das Bauleitplanverfahren gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB.</p>	





Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

12

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	Fortsetzung Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>Die Belange der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) sind betroffen.</p> <p>Folgendes ist zu beachten:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Vor Baubeginn der Planstraße und den dafür erforderlichen Aus- und Umbaumaßnahmen im Zuge der K 131 ist gem. § 34 NStrG der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rastede und dem Landkreis Ammerland notwendig.</li></ol> <p>Zur Gestaltung der neuen Kreuzung K 131/Wemkenstraße/Planstraß? die u. a. auf Grundlage der Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL, Ausgabe 2012) herzustellen ist, haben bereits mehrere Abstimmungen stattgefunden. Die für die Vereinbarung benötigten Unterlagen (Erläuterungsbericht, Übersichtsplan, Lageplan, Querschnitte, Schleppkurvennachweis, Sicherheitsaudit mit Stellungnahme der Gemeinde, etc.) liegen mir derzeit nur als Vorentwurf vor und sind noch zu überarbeiten.</p> <ol style="list-style-type: none"><li>2. In den Einmündungen der Gemeindestraßen „Hohe Looge“ und „Planstraße“ in die K 131 können keine Zufahrten zu den Gewerbestandstücken zugelassen werden, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der K 131 nicht zu gefährden. Ich bitte, auch in den Einmündungen das Planzeichen „Bereich ohne Ein- und Ausfahrt“ festzusetzen.</li><li>3. Ich bitte, die gemäß RAL (Bild 42, Ziff. 6.6.1 und Ziff. 6.6.4) freizuhaltenen Sichtfelder der Annäherungssicht für die Gemeindestraßen „Hohe Looge“ und „Planstraße“ in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufzunehmen.</li></ol> <p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Bedenken und Hinweise vor Veröffentlichung des Bebauungsplanes.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen des gültigen Bebauungsplanes.</p>	<p>Eine entsprechende Vereinbarung wird geschlossen.</p> <p>Die Entwurfsunterlagen werden zeitnah übersandt.</p> <p>Der Anregung wird nicht nachgekommen. Über die Zufahrten wird im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren entschieden. Im Zuge der Baugenehmigungsverfahren wird sichergestellt, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der K 131 nicht gefährdet wird.</p> <p>Ein Hinweis auf die Sichtdreiecke ist bereits in der Begründung enthalten. Ein Erfordernis für eine Festsetzung wird nach wie vor nicht erkannt.</p> <p>Das Ergebnis wird der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr nach Abschluss des Verfahrens mitgeteilt.</p> <p>Ein Exemplar wird nach Abschluss des Verfahrens übersandt.</p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
9	<p>Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstr. 27 26122 Oldenburg  30.05.2014  (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p>Das Plangebiet o. g. Bebauungsplanänderungen grenzt an die K 131. Vorgesehen ist u. a. eine zusätzliche Anbindung des Plangebietes an die K 131 über eine neue Gemeindestraße. Die Belange der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) sind betroffen.</p> <p>Folgendes ist zu beachten:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Grundsätzliche Bedenken gegen eine zusätzliche Gemeindestraße zur Erschließung des Bebauungsplangebiets, die gegenüber der „Wemkenstraße“ in die K 131 einmündet, bestehen nicht. Ohne planungsrechtliche Absicherung kann die neu geplante Gemeindestraße jedoch nicht an die K 131 angebunden werden (vergl. § 38 NStrG), u. a. da im Zuge der K 131 in beide Fahrtrichtungen Linksabbiegestreifen einzubauen sind. Die K 131 liegt derzeit außerhalb des Geltungsbereiches der Bebauungsplanänderung.</li><li>2. Vor Baubeginn der Planstraße und die dafür erforderlichen Aus- und Umbaumaßnahmen im Zuge der K 131 ist gem. § 34 NStrG der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rastede und dem Landkreis Ammerland notwendig.</li></ol> <p>Von den dafür erforderlichen Unterlagen (Erläuterungsbericht, Übersichtsplan, Lageplan, Deckenhöhenplan, Querschnitt, Schleppkurvennachweis, Sicherheitsaudit, etc.) liegt mir bisher nur ein vom Landkreis Ammerland übersandter Vorabzug eines Lageplanes mit einer ersten Konzeptplanung vor. Diese ist nicht richtlinienkonform und es bedarf noch umfangreicher Überarbeitungen und Ergänzung der Unterlagen und der Abstimmung zwischen allen Beteiligten, bis eine Vereinbarung abgeschlossen werden kann.</p>	<p>Die planungsrechtliche Absicherung der geplanten Linksabbiegestreifen erfolgt durch die Aufstellung eines separaten Bebauungsplanes (Bebauungsplan Nr. 15b). Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 15b enthält lediglich die Verkehrsparzelle der K 131 im maßgeblichen Ausbauabschnitt. Der Bebauungsplan Nr. 15 b soll planfeststellungsersetzende Bedeutung erhalten.</p> <p>Eine entsprechende Vereinbarung wird geschlossen.</p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

14

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p><i>In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass die Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL, Ausgabe 2012) von der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr mit Schreiben vom 17.04.2014 für Landesstraßen eingeführt wurden. Im Einführungsschreiben wurde empfohlen, die RAL auch für die nachgeordneten Straßen anzuwenden.</i></p> <p><i>3. Die beiden Gemeindestraßeneinmündungen müssen sich gegenüber liegen. Dies scheint bei der jetzigen Planung nicht der Fall zu sein. Die kurzfristige Vorlage einer Straßenfachplanung ist daher notwendig, um überprüfen zu können, ob die Lage der festgesetzten Straßenverkehrsfläche für die Einmündung richtig gewählt ist.</i></p> <p><i>4. Ich bitte, die gemäß RAL freizuhaltende Sichtfelder der Annäherungssicht für die Gemeindestraße „Hohe Looge“ und die Planstraße in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufzunehmen.</i></p> <p><i>5. In der nachrichtlichen Übernahme Nr. 4 bitte ich, den 2. Satz wie folgt zu ändern:</i></p> <p><i>Gleiches gilt für Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfangs.</i></p> <p><i>6. Vom Verkehr auf der K 131 gehen Emissionen aus, die auf das Plangebiet einwirken. Ich weise darauf hin, dass für die neu geplanten Nutzungen gegenüber dem Träger der Straßenbaulast der K 131 keine Ansprüche auf Immissionsschutz bestehen und bitte, einen entsprechenden Hinweis in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufzunehmen.</i></p>	<p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie bezieht sich inhaltlich auf die Ausbauplanung. Die Ausbaustandards sind mit dem Straßenbaulastträger abgestimmt.</i></p> <p><i>Der Anregung wurde zur Entwurfsfassung nachgekommen. Die Planstraße wurde so verschoben, dass sich die beiden Gemeindestraßen gegenüberliegen. Der Planteil wurde entsprechend überarbeitet.</i></p> <p><i>Ein entsprechender Hinweis auf die Sichtdreiecke wurde in die Begründung aufgenommen worden. Ein Erfordernis für eine Festsetzung wird nicht erkannt.</i></p> <p><i>Der Anregung wird nachgekommen. Der Hinweis wurde zur Entwurfsfassung ergänzt.</i></p> <p><i>Der Anregung wurde zur Entwurfsfassung nachgekommen. Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</i></p> <p><i>Im Rahmen der Aufstellung des nördlich angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 98 wurde die Verkehrslärmsituation u.a. aufgrund der westlich angrenzenden Kreisstraße K 131 gutachterlich betrachtet. Die schalltechnischen Ergebnisse können auch auf die Flächen dieser 3. Änderung übertragen werden.</i></p> <p><i>Als Prognosehorizont wurde das Jahr 2028 festgelegt. Die Schallgutachter waren zu dem Ergebnis gekommen, dass die Orientierungswerte eines Gewerbegebietes im Plangebiet tagsüber überwiegend eingehalten werden. Parallel zur K 131 werden in einem sehr schmalen Streifen Werte von über 65 dB(A) erzielt. Diese Bereiche liegen aber innerhalb der Bauverbotszone, so dass hier keine besonderen schalltechnischen Vorkehrungen zu treffen sind. Betriebsbezogenes Wohnen wird im Plangebiet generell ausgeschlossen, um die hochwertigen Flächen der gewerblichen Nutzung vorzuhalten. Von daher ist eine Betrachtung der Immissionssituation zur Nachtzeit nicht relevant, da davon auszugehen ist, dass sich die Büronutzungen nur auf den Tageszeitraum erstrecken werden.</i></p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	<i>Fortsetzung Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr</i>	<i>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Bedenken und Hinweise vor Veröffentlichung des Bebauungsplanes.</i>  <i>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen des gültigen Bebauungsplanes.</i>	<i>Die Benachrichtigung erfolgt nach Abschluss des Verfahrens.</i>  <i>Nach Abschluss des Verfahrens wird ein entsprechendes Exemplar übersandt.</i>
10	<i>EWE NETZ GmbH Neue Straße 23 26316 Varel  26.05.2014 (§ 4 (1) BauGB)</i>	<i>Wir beziehen uns auf die oben genannte Angelegenheit und nehmen dazu wie folgt Stellung:</i>  <i>In dem Plangebiet betreibt die EWE NETZ GmbH verschiedene Versorgungsleitungen, die in ihrem Bestand und in ihrer Lage nicht gefährdet werden dürfen. Vor Baubeginn sind von den ausführenden Baufirmen die aktuellen Bestandspläne bei uns einzuholen.</i>  <i>Außerdem bitten wir Sie, uns in dem Plangebiet eine Versorgungstrasse zur Verfügung zu stellen, die nicht durch eine geschlossene Fahrbahndecke überbaut wird. Ebenso bitten wir darum, dass durch spätere Anpflanzung unsere Leitungen nicht durch tiefwurzelnde Bäume gefährdet werden.</i>  <i>Weitere Anregungen oder Bedenken bestehen derzeit nicht.</i>	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Pläne sind der Stellungnahme nicht beigelegt. Die nebenstehenden Hinweise wurden zur Entwurfsfassung die Begründung aufgenommen.</i>  <i>Die Festsetzung von separaten Versorgungstrassen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll und wird von der EWE auch nicht örtlich präzisiert. Ggf. erforderliche zusätzliche Leitungen können im Seitenraum der öffentlichen Verkehrsflächen untergebracht werden.</i>
11	<i>LGLN Regionaldirektion Hannover Kampfmittelbeseitigungsdienst Marienstraße 34 30171 Hannover  20.05.2014 (§ 4 (1) BauGB)</i>	<i>Sie haben im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens oder einer vergleichbaren Planung das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hannover (Dezernat 6 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Anlage; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</i>  <i>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.</i>	<i>Es wurde eine Luftbildauswertung beauftragt. Die LGLN hat mit Schreiben vom 30.06.2014 folgendes mitgeteilt:</i>  <i>„Es sind Luftbilder im Maßstab 1:40.000 verfügbar. Im Planungsbereich sind keine Bombentrichter erkennbar. Aussagen über Bombenblindgängerverdachtspunkte können nicht getroffen werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des LGLN – Regionaldirektion Hannover.“</i>  <i>Die Begründung wurde zur Entwurfsfassung um diese Aussagen ergänzt.</i>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung LGLN	<p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung.</p> <p>ANLAGE:</p> <p>Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliegt.</p>	
12	<p>VBN Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen Willy-Brandt-Platz 7 28215 Bremen 20.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p>Wir haben grundsätzlich keine Bedenken bezüglich der oben genannten Planungen.</p> <p>Wir begrüßen, dass Aussagen zur Anbindung des Gebietes an den öffentlichen Personennahverkehr im Erläuterungsbericht enthalten sind.</p> <p>Der Sachverhalt ist mit dem Landkreis Ammerland und dem Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBN) abgestimmt. Dieses Schreiben gilt in Bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr als gemeinsame Stellungnahme.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
13	<p>DB Deutsche Bahn AG DB Immobilien Region Nord Kurt-Schumacher-Str. 7 30159 Hannover 16.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p>Die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zum o. g. Verfahren:</p>	



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

17

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung DB Deutsche Bahn AG DB Immobilien Region Nord	<p>Für das o. g. Verfahren wird darauf hingewiesen, dass durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Erschütterungen, Abgase, Funkenflug, Bremsstaub, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.) entstehen.</p> <p>Bei Wohnbauplanungen in der Nähe von lärmintensiven Verkehrswegen wird auf die Verpflichtung des kommunalen Planungsträgers hingewiesen, aktive (z. B. Errichtung Schallschutzwände) und passive (z. B. Riegelbebauung) Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und festzusetzen.</p> <p>Je weiter die Orientierungswerte der DIN 18005-1 überschritten werden, d. h. je stärker Lärm das Wohnen beeinträchtigt, desto gewichtiger müssen die für die Wohnbauplanung sprechenden städtebaulichen Gründe sein und umso mehr hat die Gemeinde die baulichen und technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die ihr zu Gebote stehen, um diese Auswirkung zu verhindern.</p> <p>Abwägungsfehler bei der Abwägung der Belange des Immissionsschutzes und insb. der Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in Ansehung der Immissionen aus dem Bahnbetrieb sind erheblich i. S. d. § 214 BauGB und führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans (Urteil VGH Kassel vom 29.03.2012, Az: 4 C 694/10.N).“ Weiterhin teilen wir mit, dass zum 01.01.2015 der sog. Schienenbonus wegfällt. Im Rahmen eines Lärmschutzgutachtens sollte dieses berücksichtigt werden.</p>	<p>Die nebenstehenden Aussagen wurden in der Begründung ergänzt.</p> <p>Betriebsbezogenes Wohnen wird im Plangebiet generell ausgeschlossen. Von daher ist eine immissionsschutzrechtliche Betrachtung von Wohnnutzungen nicht erforderlich.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des nördlich angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 98 wurde die Lärmsituation aufgrund der östlich befindlichen Bahnlinie gutachterlich betrachtet.<sup>1</sup> Die Schallgutachter waren zu dem Ergebnis gekommen, dass die Orientierungswerte eines Gewerbegebietes im Plangebiet tagsüber überwiegend eingehalten werden. Lediglich in einem Streifen von ca. 20 m entlang der Bahnlinie werden Werte von über 65 dB(A) erreicht. Der Abstand der 3. Änderung zur Bahnlinie ist deutlich größer als das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 98, das direkt an die Bahnlinie angrenzt. Für die 3. Änderung ist daher nicht mit Überschreitungen zur Tagzeit zu rechnen. Die Begründung wurde zur Entwurfsfassung um diese Aussagen ergänzt.</p>
14	Deutsche Telekom Technik GmbH Hannoversche Str. 6-8 49084 Osnabrück 25.03.2015 Stellungnahme im Zuge von (§ 4 (2) BauGB)	Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:	

<sup>1</sup> ITAP: Schalltechnisches Gutachten zum Bebauungsplan Nr. 98 „Nördlich Hohe Loohe“ in Rastede, Berechnung der verkehrsbedingten Geräuschimmissionen auf dem Plangebiet und in der Umgebung; Oldenburg, 07.05.2013



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<b>Planungsrechtliche Vorgaben</b> <b>Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
	Fortsetzung Deutsche Telekom Technik GmbH	Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Bau-maßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen beim zuständigen Ressort Produktion Technische Infrastruktur Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 138, 26129 Oldenburg, Tel. (0441) 2 34 – 65 50, so früh wie möglich, mindestens 8 Wochen vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie bezieht sich inhaltlich auf die Ausführungsebene. Die Telekom wird rechtzeitig über den Baubeginn informiert.
	<i>Deutsche Telekom Technik GmbH Niederlassung Nord, PTI 12 Ammerländer Heerstraße 138 26129 Oldenburg  24.06.2014 (§ 4 (1) BauGB)</i>	<i>Die Telekom Deutschland GmbH – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegsicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:  Das neue Gewerbegebiet soll an das öffentliche Telekommunikationsnetz angeschlossen werden. Leider stehen zur telekommunikationstechnischen Versorgung des Gebietes die erforderlichen Leitungen ev. nicht zur Verfügung, so dass zur Versorgung des Baugebietes bereits ausgebaute Straßen wieder aufgebrochen werden müssen.  Wir bitten Sie, sich mindestens 6 Wochen vor Baubeginn mit dem zuständigen Ressort Produktion Technische Infrastruktur Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 138, 26129 Oldenburg, Tel. (0441) 2 34-65 50, in Verbindung zu setzen, damit alle erforderlichen Maßnahmen (Bauvorbereitung, Kabelbestellung, Kabelverlegung usw.) rechtzeitig eingeleitet werden können.</i>	<i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Sie bezieht sich inhaltlich auf die Ausführungsebene. Die Telekom wird rechtzeitig über den Baubeginn informiert.</i>

**Keine Anregungen und Bedenken hatten (§ 4 (2) BauGB):**

1. Oldenburgische Industrie- und Handelskammer, Schreiben vom 20.03.2015
2. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Schreiben vom 12.03.2015
3. Gastransport Nord GmbH, Schreiben vom 02.03.2015
4. Polizei Rastede, Schreiben vom 26.02.2015
5. LWK Niedersachsen, Forstamt Weser-Ems, Schreiben vom 04.03.2015
6. Kabel Deutschland Vertrieb und Services, Schreiben vom 31.03.2015

**Keine Anregungen und Bedenken hatten: (§ 4 (1) BauGB)**

1. Oldenburgische Industrie- und Handelskammer, Schreiben vom 12.06.2014
2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Forstamt Weser-Ems, Schreiben vom 03.06.2014
3. E.ON Netz GmbH, Schreiben vom 23.05.2014
4. Gemeinde Jade, Schreiben vom 28.05.2014
5. TenneT TSO GmbH, Schreiben vom 22.05.2014
6. Gastransport Nord GmbH, Schreiben vom 27.05.2014
7. Gemeinde Ovelgönne, Schreiben vom 27.05.2014
8. Stadt Elsfleth, Schreiben vom 20.05.2014





Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Private Einwen- der/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
1	<i>Robert Kraemer GmbH &amp; Co. KG Zum Roten Hahn 9 26180 Rastede  04.06.2014</i>	<p><i>Wir beziehen uns auf Ihr Gespräch mit Herrn Mattern von der Firma Ramm Ingenieur GmbH.</i></p> <p><i>Es wird vor der Offenlegung des Entwurfes um eine eindeutige Darstellung der nachfolgend aufgeführten Sachverhalte im Zusammenhang mit der geplanten 3. Änderung des B-Planes Nr. 15 a, Industriegebiet Liethe, gebeten:</i></p> <ol style="list-style-type: none"><li><i>1. Die geplante 3. Änderung des B-Planes Nr. 15a bezieht sich ausschließlich auf die gemäß Schallgutachten festgelegten Lärmkontingentierungen.</i></li><li><i>2. Das Kraemer-Grundstück wird weiterhin als GI-Gebiet ausgewiesen mit der Einschränkung „e“, dieser Buchstabe steht für den Begriff „eingeschränkt“. Diese Einschränkung bezieht sich ausschließlich auf die geplanten Lärmkontingente. Es bleibt also bei der für die Fa. Kraemer zwingend notwendigen Gebietsausweisung „GI“.</i></li><li><i>3. Die Grenzen der Gebietsausweisungen werden eindeutiger dargestellt, um die Teilflächen mit „GI“-Ausweisung und „GE“-Ausweisung besser unterscheiden zu können.</i></li></ol> <p><i>Wenn Sie Fragen haben, können Sie uns gern anrufen.</i></p>	<p><i>Anlass für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a war zum einen eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption, die eine Änderung und Ergänzung der festgesetzten Verkehrsflächen erforderte und zum anderen eine Anpassung der Art der baulichen Nutzung hinsichtlich der immissionsschutzfachlichen Rahmenbedingungen. Dazu wurde ein Lärmschutzgutachten aufgestellt, auf dessen Grundlage Emissionskontingente ausgewiesen wurden. Die gutachterlich ermittelten Emissionskontingente wurden für die Teilflächen im Planteil festgesetzt.</i></p> <p><i>Die Einschränkung „e“ bezieht sich ausschließlich auf die zulässigen Schallemissionen. Der nördliche Teil des Plangebietes, in dem das Grundstück des Einwenders liegt, wird als eingeschränktes Industriegebiet ausgewiesen, der südliche Bereich als eingeschränktes Gewerbegebiet.</i></p> <p><i>Der Anregung wird nicht gefolgt. Die Planzeichnung wurde nach der gültigen PlanZVO erstellt. Die Abgrenzung vom GI zum GE ergibt sich durch das Planzeichen 15.14 (Abgrenzungslinie unterschiedlicher Nutzungen). Die Linie verläuft auf Höhe des Leitungsrechtes. Eine Unterscheidung ist möglich.</i></p>
2	<i>Wemken GbR Wilhelmshavener Straße 57 26180 Rastede  01.08.2014</i>	<p><i>Hiermit möchte ich zur geplanten dritten Änderung des Bebauungsplans Nr. 15 A für das Industriegebiet Liethe folgende Stellungnahme abgeben.</i></p> <p><i>Gemeinsam mit meinem Vater bewirtschafte ich in unmittelbarer Nähe des Industriegebietes an der gegenüberliegenden Straßenseite einen Milchviehbetrieb mit 120 Milchkühen, entsprechender Nachzucht und 80 ha Fläche. Um unsere wirtschaftliche Existenzfähigkeit auch zukünftig zu gewährleisten, möchten wir den Stall für zunächst 100 Milchkühe erweitern. Dieses Vorhaben befindet sich bereits im laufenden Antragsverfahren.</i></p>	<p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i></p>



Gemeinde Rastede  
3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 A „Industriegebiet Liethe“

Nr.	Private Einwen- der/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<b>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
	Fortsetzung Wemken	<p><i>Durch die von Ihnen geplante Bebauungsplanänderung, die mit Veränderungen der Erschließungssituation sowie festgelegten Immissionskontingenten verbunden ist, befürchten wir massive Beeinträchtigungen unserer betrieblichen Entwicklung. Zukünftige Stallerweiterungen und Neubauten werden aus immissionschutzrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Gründen erschwert bzw. durch zusätzliche Auflagen mit deutlich höheren Kosten belastet. Da unser landwirtschaftlicher Betrieb bereits seit Jahrzehnten besteht und zwei Familien die wirtschaftliche Existenz sichert, fordern wir die Gemeinde Rastede auf, die bauleitplanerischen Änderungen so zu gestalten, dass nachteilige Auswirkungen auf unsere betriebliche Entwicklung ausgeschlossen werden. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Stellungnahme.</i></p>	<p><i>Die Bedenken werden von der Gemeinde nicht geteilt. Über den Bebauungsplan Nr. 15a mit der Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten bestehen bereits Planungsrechte seit Anfang der 70-er Jahre. Insofern muss der landwirtschaftliche Betrieb bereits seitdem das Industrie- und Gewerbegebiet beachten, wobei den gewerblichen/ Industriellen Nutzungen allerdings ein deutlich geringerer Schutzanspruch beizumessen ist als beispielsweise Wohnnutzungen.</i></p> <p><i>Die mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15A vollzogenen Änderungen sind ohne weitere Auswirkungen auf den westlich befindlichen landwirtschaftlichen Betrieb und insbesondere seine Entwicklungsperspektiven. Bislang war im Bebauungsplan Nr. 15A eine immissionsschutzrechtlich uneingeschränkte Nutzung des Industriegebietes Liethe zulässig. Dies war mit den Schutzansprüchen der umliegenden Nutzungen nicht vereinbar. Dies war Anlass für die Gemeinde, ein entsprechendes Schallgutachten zu erstellen und die Ergebnisse durch die Änderung des Bebauungsplanes planungsrechtlich abzusichern.</i></p> <p><i>Auch die Änderung der Erschließung des Industriegebietes ist ohne negative Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Betrieb. Die landwirtschaftlichen Belange des Betriebes werden damit ausreichend berücksichtigt. Auch die Landwirtschaftskammer hat keine Bedenken gegen die Änderung der Erschließung oder die Kontingentierung vorgebracht.</i></p>

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2015/107**

freigegeben am **01.07.2015**

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

**Datum: 17.06.2015**

### **Aufstellung Bebauungsplan 15 B - Verkehrsfläche Wilhelmshavener Straße**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 13.07.2015 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan 15 B – Wilhelmshavener Straße mit Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans 15 B sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Ausbau des Knotenpunktes Gut Rehorn / Wilhelmshavener Straße / Wemkenstraße geschaffen werden. Das Bauleitplanverfahren ersetzt ein Planfeststellungsverfahren, sodass der Bebauungsplan 15 B planfeststellungsersetzende Wirkung hat.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden keine Stellungnahmen von Bürgern eingereicht. Lediglich im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurden Stellungnahmen eingereicht, die jedoch eher redaktionelle Hinweise enthielten. Eine wesentliche Änderung des Bebauungsplans war nicht erforderlich, sodass der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

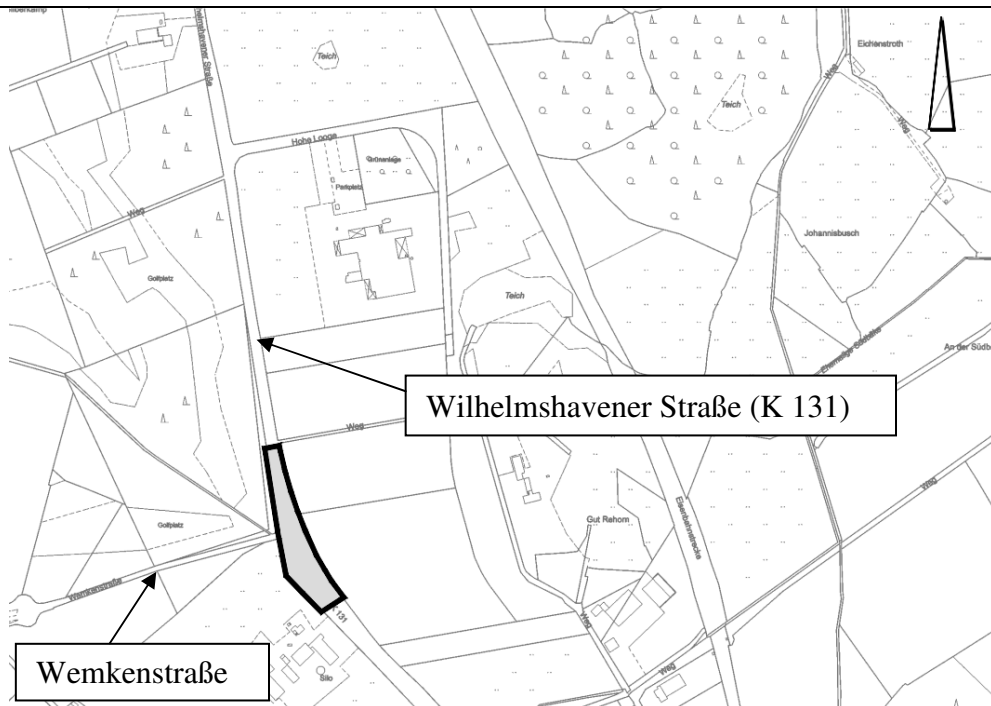
**Anlagen:**

1. Planzeichnung
2. Begründung mit Umweltbericht
3. Abwägungsvorschläge



# Gemeinde Rastede Landkreis Ammerland

## Bebauungsplan Nr. 15b „Wilhelmshavener Straße“



### Begründung

**Juni 2015**

**NWP** Planungsgesellschaft mbH

Escherweg 1  
26121 Oldenburg

Telefon  
Telefax

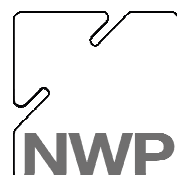
0441 97174 -0  
0441 97174 -73

Gesellschaft für räumliche  
Planung und Forschung

Postfach 3867  
26028 Oldenburg

E-Mail  
Internet

info@nwp-ol.de  
www.nwp-ol.de



**INHALTSVERZEICHNIS**

<b>TEIL I DER BEGRÜNDUNG: ZIELE, ZWECKE, INHALTE UND WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG</b>	<b>1</b>
<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
1.1 Anlass und Ziele der Planung	1
1.2 Rechtsgrundlagen	1
1.3 Geltungsbereich der Planung	2
1.4 Beschreibung des Plangebietes	2
1.5 Planungsrahmenbedingungen	2
<b>2. WESENTLICHE AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG: GRUNDLAGEN UND ERGEBNISSE DER ABWÄGUNG</b>	<b>3</b>
<b>2.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren</b>	<b>3</b>
2.1.1 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	3
2.1.2 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	4
2.1.3 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung	5
2.1.4 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	6
<b>2.2 Relevante Abwägungsbelange</b>	<b>7</b>
2.2.1 Belange von Natur und Landschaft	7
2.2.2 Verkehrliche Belange	7
2.2.3 Entwässerung	8
<b>3. INHALTE DER PLANUNG</b>	<b>9</b>
<b>4. STÄDTEBAULICHE ÜBERSICHTSDATEN</b>	<b>9</b>
<b>5. DATEN ZUM VERFAHRENSABLAUF</b>	<b>9</b>
 <b>TEIL II DER BEGRÜNDUNG: UMWELTBERICHT</b>	 <b>10</b>
<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>10</b>
1.1 Inhalt und Ziele des Bauleitplans	10
1.2 Ziele des Umweltschutzes	10
1.3 Artenschutz	12
<b>2. BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN</b>	<b>13</b>
2.1 Aktuelle Ausprägung	13





---

2.1.1	Biotoptypen, Tiere	13
2.1.2	Boden, Wasser, Klima/Luft	14
2.1.3	Landschaftsbild	14
2.1.4	Mensch, Kultur- und Sachgüter	14
2.2	Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung	15
2.3	Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung	15
2.3.1	Auswirkungen auf Natur und Landschaft	15
2.3.2	Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung sowie zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen	15
2.4	Ermittlung des Ausgleichsbedarfs (Eingriffsbilanzierung)	16
2.5	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	16
3	ZUSÄTZLICHE ANGABEN	17
3.1	Verfahren und Schwierigkeiten	17
3.1.1	Verwendete Verfahren	17
3.1.2	Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben	17
3.2	Maßnahmen zur Überwachung	18
3.3	Allgemein verständliche Zusammenfassung	18

**Anlage: Ausschnitt aus dem Lageplan: BBPL Nr. 15a in Liethe des Büros Börjes, April 2015**



## **Teil I der Begründung: Ziele, Zwecke, Inhalte und wesentliche Auswirkungen der Planung**

### **1. Einleitung**

#### **1.1 Anlass und Ziele der Planung**

Die Gemeinde Rastede hat auf den östlich an den Geltungsbereich anschließenden Flächen relativ umfangreiche Gewerbe- und Industriegebiete ausgewiesen und über den Bebauungsplan Nr. 15a planungsrechtlich abgesichert (Industriegebiet Liethe). Der Bebauungsplan Nr. 15a ist bereits seit 1977 rechtskräftig, ist aber nicht vollständig realisiert.

Derzeit führt die Gemeinde Rastede im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a eine Überarbeitung der Erschließungskonzeption und der Emissionskontingente durch. Die überarbeitete Erschließungskonzeption sieht zusätzlich zur „Hohen Looge“ und zum Rehornweg eine äußere Anbindung des Industriegebietes Liethe an die Wilhelmshavener Straße (K 131) auf Höhe der Wemkenstraße vor. Mit dem zusätzlichen Anschluss werden die Grundstücke schneller und direkter an die Kreisstraße angebunden. Zudem können die Grundstücke flexibler parzelliert werden. Dieser Teil des Industriegebietes Liethe ist noch baulich ungenutzt.

Für den neuen Anschlusspunkt an die Wilhelmshavener Straße wurde eine Ausbauplanung erstellt.<sup>1</sup> Demnach macht die neue Anbindung an die Landesstraße auf der Wilhelmshavener Straße (K 131) einen Linksabbiegestreifen zum Gewerbe- und Industriegebiet Liethe und einen Linksabbiegestreifen zur Wemkenstraße erforderlich. Die dadurch bedingten Achsverschiebungen machen eine Aufweitung der vorhandenen Verkehrsfläche notwendig. Die Aufweitung wird in Richtung Westen vorgesehen. Die Aufweitung kann innerhalb der bestehenden Verkehrsparzelle erfolgen. Doch grenzen an die bestehende Fahrbahn Laubbäume an, deren Erhalt durch die Erdarbeiten im Zuge der Fahrbahnverbreiterung und der Böschungsanschlüttungen nicht gewährleistet werden kann. Auch der Fuß- und Radweg und die Bushaltestelle werden verschoben.

Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplans Nr. 15b wird die vorliegende Ausbauplanung planungsrechtlich abgesichert. Der Bebauungsplan Nr. 15b ersetzt eine Planfeststellung. Im Bebauungsplan werden öffentliche Verkehrsflächen ausgewiesen.

#### **1.2 Rechtsgrundlagen**

Rechtliche Grundlagen für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 15b sind das Baugesetzbuch (BauGB), die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Inhalts (Planzei-

---

<sup>1</sup> Ingenieurbüro Börjes: BBPL Nr. 15a in Liethe; Westerstede im April 2015

chenverordnung 1990 - PlanzV) und das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung.

### **1.3 Geltungsbereich der Planung**

Das Planungsgebiet liegt im südlichen Bereich der Ortslage Hahn-Lehmden und umfasst einen Teilabschnitt der Verkehrsparzelle der Kreisstraße K 131 bzw. einen Ausschnitt des Flurstückes Nr. 40/5.

Der Geltungsbereich wird im Westen und Osten durch die Parzellengrenze des Flurstücks 40/5 begrenzt. Die nördliche und südliche Grenze wird durch die Begrenzung der Ausbauplanung bestimmt.

Der genaue Geltungsbereich ist aus der Planzeichnung des Bebauungsplanes zu entnehmen. Die Lage im Gemeindegebiet ergibt sich aus dem Übersichtsplan.

### **1.4 Beschreibung des Plangebietes**

Im Geltungsbereich befindet sich die Verkehrsparzelle der Wilhelmshavener Straße (Kreisstraße K 131). Die Kreisstraße weist in diesem Streckenabschnitt jeweils eine Richtungsfahrbahn auf. Westlich der Fahrbahn wird ein abgesetzter Fuß- und Radweg geführt. Am nordöstlichen Rand des Geltungsbereiches und am westlichen Rand sind Bushaltestellen vorhanden. Die K 131 führt in nördlicher Richtung zur Ortslage Hahn-Lehmden und in südlicher Richtung zum Hauptort Rastede.

Östlich grenzen landwirtschaftlich genutzte Grundstücke an den Geltungsbereich an. Westlich befinden sich Gehölzflächen. Südwestlich der Wilhelmshavener Straße liegt eine Hofstelle mit Wohnnutzung. Weiterhin sind westlich umfangreiche Waldflächen und ein Golfplatz vorhanden.

### **1.5 Planungsrahmenbedingungen**

#### **Regionales Raumordnungsprogramm**

Der Ortsteil Hahn-Lehmden wird im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Ammerland 1996 als Grundzentrum dargestellt. Das Industriegebiet Liethen wird als Standort mit der Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten dargestellt. Die Kreisstraße K 131 wird als Hauptverkehrsstraße von überregionaler Bedeutung dargestellt.

Das Plangebiet wird in West-Ost-Richtung durch eine Fernwasserleitung gequert.

#### **Bebauungspläne**

Für das Plangebiet besteht kein rechtskräftiger Bebauungsplan.

Östlich angrenzend befindet sich der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 15a „Industriegebiet Liethe“. Er ist seit 1977 rechtskräftig. Er setzt überwiegend Industriegebiete mit einer Grundflächenzahl von 0,7 und einer Baumassenzahl von 9,0 fest.

Die Gemeinde Rastede hat die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a durchgeführt. Im Rahmen der 3. Änderung wurden das Erschließungskonzept und die Emissionskontingente überarbeitet. Das neue Erschließungskonzept sieht eine Planstraße zur Erschließung des südlichen Gewerbe- und Industriegebietes ausgehend von der Wilhelmshavener Straße vor.

Ein Ausschnitt des Entwurfsstandes zur 3. Änderung im Einmündungsbereich der Planstraße in die Wilhelmshavener Straße wird nachstehend wiedergegeben:

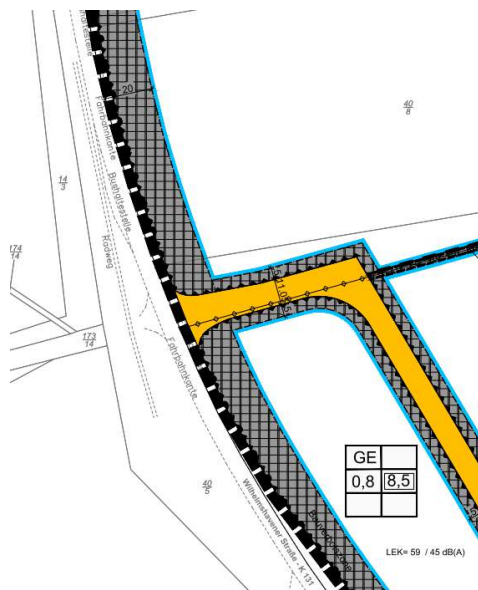


Abb.: Ausschnitt 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a

## 2. Wesentliche Auswirkungen der Planung: Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung

### 2.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren

Um die konkurrierenden privaten und öffentlichen Belange fach- und sachgerecht in die Abwägung gemäß § 1 (7) BauGB einstellen zu können, werden gemäß §§ 3 und 4 BauGB Beteiligungsverfahren durchgeführt.

#### 2.1.1 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

### 2.1.2 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

- *Der Landkreis Ammerland hat angeregt, die Eingriffsbilanzierung nach der Arbeitshilfe des Niedersächsischen Städtetages vorzunehmen, damit die fehlenden Kompensationsmaßnahmen im Flächenpool der Gemeinde nachgewiesen werden können. Vor Baubeginn sei eine wasserrechtliche Genehmigung für die geplanten Verrohrungen der Gewässer 3. Ordnung bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. Auf eine denkmalrechtliche Eintragung wird verwiesen.*

Den Hinweisen wird gefolgt. Der flächenbezogene Kompensationsbedarf wird nach dem Städtetag berechnet. Ein entsprechender Antrag wird rechtzeitig gestellt.

Das in der Anlage eingetragene Denkmal liegt deutlich außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 15 b, innerhalb des Geltungsbereiches der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a. Zwischenzeitlich wurden Maßnahmen zur Rettung des in der Anlage aufgeführten Denkmals Nr. 183 durch ein archäologisches Fachbüro unter Auflage der Unteren Denkmalschutzbehörde vom 10.09.2014 bis 06.11.2014 durchgeführt (Rettungsgrabung). Es wurden jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und sichergestellt.

- *Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat darauf hingewiesen, dass der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rastede und dem Landkreis Ammerland notwendig sei. Der dem Bebauungsplanentwurf anliegende Lageplan des Büros Börjes sei veraltet. Angeregt wird die Eintragung von Sichtfeldern in den Planteil. Es wird darauf hingewiesen, dass eine konkrete Festlegung der Kompensationsflächen und der dort durchzuführenden Maßnahmen erforderlich sei.*

Eine Vereinbarung wird geschlossen. Der aktuelle Lageplan wird in den Planunterlagen berücksichtigt. Die Anforderungen an die freizuhaltenden Sichtfelder ergeben sich aus dem Straßenrecht untermittelbar. Eine Eintragung in den Bebauungsplan ist daher nicht erforderlich. Die Umsetzung des Kompensationsbedarfs erfolgt im Flächenpool der Gemeinde.

- *Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat zudem die Prüfung angeregt, ob die für die Ausbauplanung südlich des Kreuzungsbereiches im Zusammenhang mit „passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (RPS, Ausgabe 2009) vorgesehene Fällung von drei Eichen vermieden werden könne (Erhalt der Bäume durch geeignete Schutzmaßnahmen). Auch wird auf eine weitere Eiche hingewiesen, die im Bereich des zu beseitigenden Wartehäuschens steht und ggf. entfernt werden muss.*

An der Ausbauplanung wird nach erfolgter Prüfung festgehalten, einschließlich der Baumaßnahmen, da aufgrund der Lage der Bäume (Traufbereich reicht bereits über den bestehenden Fahrbahnrand) eine Fahrbahnverbreiterung mit den erforderlichen Erdarbeiten Beeinträchtigungen des Wurzelwerkes beinhaltet, so dass ein dauerhafter Bestand der Bäume nicht gewährleistet werden kann.

Die Eiche im Bereich des zu beseitigenden Wartehäuschens wird aus Standsicherheitsgründen auch gefällt werden müssen, so dass sich der Bedarf an Gehölzkompensationen nach Art und Größe auf insgesamt 7 Baumpflanzungen erhöhen wird.

- *Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat auf den Kompensationsbedarf und die Umsetzung der Maßnahmen (Flächenfestlegung und Neupflanzungen von Bäumen) hingewiesen.*

Die Umsetzung des Kompensationsbedarfs – einschließlich der Gehölze - erfolgt durch Zuordnung zum Flächenpool der Gemeinde. Standorte für Gehölzneupflanzungen im Ausbaubereich werden aufgrund des Restbaumbestandes als nicht sinnvoll erachtet.

- *Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalschutz hat auf einen angrenzenden denkmalgeschützten vorgeschichtlichen Siedlungsplatz Rastede FStNr. 183 hingewiesen.*

Das Denkmal liegt deutlich außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 15 b, innerhalb des Geltungsbereiches der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a. Zwischenzeitlich wurden Maßnahmen zur Rettung des genannten Denkmals Nr. 183 durch ein archäologisches Fachbüro unter Auflage der Unteren Denkmalschutzbehörde vom 10.09.2014 bis 06.11.2014 durchgeführt (Rettungsgrabung). Es wurden jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und sichergestellt.

- *Der VBN hat angeregt, bei der Ausgestaltung der verlegten Haltestelle, das VBN-Haltestellenkonzept (5. Auflage) zu berücksichtigen. Die Baumaßnahme sei mit dem dort verkehrenden Verkehrsunternehmen abzustimmen.*

Die konkrete Ausgestaltung der Haltestelle ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanes. Eine Abstimmung erfolgt auf Ebene der Ausführungsplanung.

- *Die Exxon mobil production hat darauf hingewiesen, dass von dem Planvorhaben die Bergbauberechtigung (Konzession) Bergwerkseigentum Oldenburg der OEG Oldenburgische Erdölgesellschaft mbH betroffen sei.*

Das Bergwerkseigentum steht einer Überplanung des Gebietes oder einer Bebauung nicht im Wege. Das Bergwerkseigentum stellt lediglich eine Berechtigung zur Aufsuchung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen dar. Sollte es tatsächlich zum Abbau kommen, müssten dabei die vorhandenen Bebauungen etc. beachtet werden.

- *Die EWE Netz GmbH und die Telekom technik GmbH haben auf ihre Leitungen innerhalb des Plangebietes hingewiesen.*

Die Leitungen liegen innerhalb der festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen. Sofern Anpassungen der Leitungen erforderlich werden, wird im Rahmen der Ausbauplanung rechtzeitig mit der EWE bzw. der Telekom Kontakt aufgenommen.

- *Der OOWV hat auf seine Versorgungsleitungen hingewiesen und Hinweise zur Ausführungsplanung vorgebracht.*

### **2.1.3 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung**

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind keine Stellungnahmen eingegangen.

#### **2.1.4 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

- *Der Landkreis Ammerland hat angeregt, den Umweltbericht insoweit zu aktualisieren, dass eine Eiche mehr zu fällen ist, somit insgesamt 6 Laubbäume verloren gehen. Für die Neuanpflanzung seien standortheimische Bäume mindestens in der Qualität als Hochstamm, Stammumfang 14 – 16 cm, zu verwenden.*

In der Bilanzierung wurden bereits 6 zu fällende Bäume berücksichtigt. Die übrigen Ausführungen im Umweltbericht werden entsprechend redaktionell angepasst. Zu der erforderlichen Kompensation standortgerechter, heimischer Laubbäume wird die Pflanzqualität (Hochstamm, Stammumfang 14-16) ergänzt.

- *Der Landkreis Ammerland hat angeregt zur besseren Transparenz den in der Begründung differenzierter gefassten Hinweis auf die Versorgungsleitungen als nachrichtlichen Hinweis in die Planzeichnung aufzunehmen. Zudem hat er auf die das Plangebiet in West-Ost-Richtung querende Fernwasserleitung hingewiesen. Diese sei raumordnerisch gesichert.*

Die Hinweise und die Begründung wurden entsprechend ergänzt.

- *Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat darauf hingewiesen, dass vor Baubeginn der Planstraße und den Aus- und Umbaumaßnahmen im Zuge der K 131 gem. § 34 NStrG der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rastede und dem Landkreis Ammerland notwendig sei. Die Ausbauplanung der K 131 sei in weiten Teilen abgestimmt. Es seien aber noch offene Fragen zu klären. So sei in Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland nach wie vor zu prüfen, ob durch geeignete Schutzmaßnahmen eine Fällung der Bäume verhindert werden könne. Es müsse davon ausgegangen werden, dass auf Höhe der Bushaltestelle in der anzuschüttenden Böschung weitere kreiseigene Bäume gefällt werden müssen. Diese seien mit zu bilanzieren.*

Im Bebauungsplan Nr. 15 b wird eine öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt, um die vorliegende Ausbauplanung planungsrechtlich abzusichern. Details der Ausbauplanung sind jedoch ebenso wenig Gegenstand des Bebauungsplanes wie die genannte Vereinbarung. Der Abschluss der Vereinbarung scheiterte bisher nach Aussage der Landesbehörde an der fehlenden Planungsgrundlage, also dem derzeitigen Bebauungsplanverfahren. Nach Prüfung der Ausbauplanung ist nach wie vor aufgrund der Lage der Bäume und der Traufbereiche, die bereits jetzt über den Fahrbahnrand hinausgehen, und den mit dem Ausbau und den erforderlichen Erdarbeiten verbundenen Fahrbahnverbreiterung, ein dauerhafter Erhalt der Bäume nicht zu gewährleisten. Unter der Bedingung, dass in der Eingriffsregelung die maximalen Eingriffe (worst-case) in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild einzustellen sind, werden die Bäume in der Eingriffsbilanz berücksichtigt und entsprechend ausgeglichen. Auf Grundlage der aktuellen Planung und der Verkehrssicherheit werden somit insgesamt 6 Laubbäume gefällt werden müssen, die entsprechend kompensiert werden. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt die Kompensation innerhalb der Poolfläche der Gemeinde Rastede.

- *Der OOWV hat auf seine Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung hingewiesen.*

## 2.2 Relevante Abwägungsbelange

### 2.2.1 Belange von Natur und Landschaft

Mit der Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 15b sichert die Gemeinde Rastede den Ausbau der Wilhelmshavener Straße entsprechend der vorliegenden Ausbauplanung planungsrechtlich ab. Der Bebauungsplan Nr. 15b ersetzt die Planfeststellung.

Es handelt sich bei dem Plangebiet um einen Abschnitt der Wilhelmshavener Straße mit begleitendem, abgetrenntem Rad- und Fußweg sowie umgebenden Verkehrsgrünflächen und Seitengräben. In den Randbereichen kommen auch Gehölze vor.

Die Ausbauplanung umfasst die Anlage von Abbiegespuren, so dass infolge der Aufweitung auch der Radweg und die Bushaltestelle verlegt werden müssen. Dementsprechend umfasst der Umfang an betroffenen Strukturen und Flächen

- rund 400 m<sup>2</sup> Straßenrandbereiche und Verkehrsgrünflächen, die für die Fahrbahnerweiterung genutzt werden,
- rund 100 m<sup>2</sup> für die Verlegung des Radweges und Verbreiterung auf 2,5 m mit zusätzlicher Versiegelung
- etwa ebenfalls 100 m<sup>2</sup> für die Bushaltestelle,
- Grabenverrohrungen auf einer Länge von etwa 120 m (rd. 240 m<sup>2</sup>) und
- den Verlust von 6 Laubbäumen (1 Buche und 5 Eichen).

Mit der Ausbauplanung sind somit dauerhafte Flächeninanspruchnahmen verbunden, die zu erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden und Arten und Lebensgemeinschaften führen. Trotz Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen und Rückbau des alten Radweges auf etwa 120 m<sup>2</sup> verbleiben noch Beeinträchtigungen, die einen Ausgleichsbedarf von

720 Werteinheiten für zusätzliche Flächeninanspruchnahmen und Verrohrungen sowie 7 Gehölzneupflanzungen erforderlich machen.

Die Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen - einschließlich der Gehölzverluste - erfolgt in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde innerhalb der Poolfläche der Gemeinde Rastede.

Die **artenschutzrechtliche Prüfung** des Gebietes kommt zu dem Ergebnis, dass Vorkommen von streng geschützten Arten (hierunter fallen z.B. alle europäischen Vogelarten) im Gebiet nicht auszuschließen sind. Aber unter Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen (Gehölzfällungen außerhalb der Brut- und Quartierszeiten) sind aber artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nicht zu erwarten, da zudem vergleichbare Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin gegeben sind.

### 2.2.2 Verkehrliche Belange

Im Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 a wird eine zusätzliche äußere Anbindung des Industriegebietes Liethe an die Wilhelmshavener Straße planungsrechtlich abgesichert. Diese befindet sich ca. 530 m südlich des Anbindungspunktes „Hohe Looge“ auf Höhe der Wemkenstraße.

Für den neuen Anschlusspunkt an die Wilhelmshavener Straße (K 131) wurde eine Ausbauplanung erstellt.<sup>2</sup> Demnach sollen im Zuge der K 131 in beiden Fahrtrichtungen Linksabbiegestreifen errichtet werden. Die dadurch bedingten Achsverschiebungen erfordern eine Aufweitung der vorhandenen Verkehrsfläche und eine Verschiebung des Fuß- und Radweges und der Bushaltestelle.

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit soll auf 70 km/h festgelegt werden. Der bestehende Fuß- und Radweg soll im Kreuzungsbereich in nordöstliche Richtung verschwenkt und weiterhin westlich der Fahrbahn separat geführt werden. Zwischen Fuß- und Radweg und Fahrspur soll eine Bushaltestelle eingerichtet werden. Der betreffende Streckenabschnitt der Kreisstraße wird in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 15b aufgenommen und als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt. Die Ausmaßnahmen können innerhalb der bestehenden Verkehrsparzelle durchgeführt werden. Mit der Festsetzung der öffentlichen Verkehrsfläche wird der Ausbau planungsrechtlich abgesichert. Die Aufteilung der Verkehrsfläche bleibt der Ausbauplanung vorbehalten. Der Bebauungsplan Nr. 15b ersetzt eine Planfeststellung. Die Ausbauplanung wird als Anhang dieser Begründung beigelegt.

### **2.2.3 Entwässerung, Leitungen**

Die derzeitige Straßenentwässerung der Kreisstraße erfolgt in den östlich der Kreisstraße gelegenen Gräben, der zur Rehorner Bäche entwässert. Das bestehende System soll beibehalten werden, im Bereich der Einmündung der Planstraße in die Kreisstraße und westlich der geplanten Bushaltestelle am westlichen Rand des Geltungsbereiches erfolgt eine Grabenverrohrung.

Westlich des Plangebietes und innerhalb des Plangebietes (innerhalb der festgesetzten Verkehrsfläche) befinden sich Leitungen des OÖV. Bei der Planung ist auf die Versorgungsanlagen des OÖV Rücksicht zu nehmen. Die Versorgungsanlagen dürfen, außer in den Kreuzungsbereichen, nicht mit einer geschlossenen Fahrbahndecke überbaut werden. Die vorhandenen Leitungen müssen eine frostfreie Überdeckung von mindestens 1,0 m behalten. Der seitliche Sicherheitsabstand zur Leitungsachse muss mindestens 3,0 m zu beiden Seiten der Leitung betragen. Die Vorschriften des DVGW-Arbeitsblatts W 400-1 und der DIN 1998 sind zu beachten. Evtl. Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.

In dem Plangebiet befinden 20-kV und 1-kV Kabel sowie Fernmeldekabel und Leerrohrsysteme mit Glasfaserkabeln der EWE NETZ GmbH mit den zugehörigen Anlagen. Sofern Anpassungen der Leitungen erforderlich werden, wird im Rahmen der Ausbauplanung rechtzeitig mit der EWE Kontakt aufgenommen. Nach den beigelegten Anlagen befinden sich die Leitungen der Deutschen Telekom innerhalb des Geltungsbereiches, innerhalb der festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen. Sofern Anpassungen der Leitungen erforderlich werden, wird im Rahmen der Ausbauplanung rechtzeitig mit der Deutschen Telekom Kontakt aufgenommen.

---

<sup>2</sup> Ingenieurbüro Börjes: BBPL Nr. 15a in Liethe; Westerstede im April 2015



### **2.2.4 Belange der Archäologie**

Unmittelbar aus dem Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Fundstellen bekannt. Da die Mehrzahl archäologischer Funde und Befunde jedoch obertägig nicht sichtbar sind, können sie auch nie ausgeschlossen werden.

### **2.2.5 Belange des Bergbaus**

Von dem Planvorhaben ist die Bergbauberechtigung (Konzession) Bergwerkseigentum Oldenburg der OEG Oldenburgische Erdölgesellschaft mbH betroffen. Das Bergwerkseigentum steht einer Überplanung des Gebietes oder einer Bebauung nicht im Wege. Das Bergwerkseigentum stellt lediglich eine Berechtigung zur Aufsuchung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen dar. Sollte es tatsächlich zum Abbau kommen, müssten dabei die vorhandenen Bebauungen etc. beachtet werden.

## **3. Inhalte der Planung**

Unter Berücksichtigung der eingangs erläuterten Zielsetzung werden die im Plangebiet gelegenen Verkehrsflächen als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt. Die beschriebene und im Anhang dargestellte Ausbauplanung wird damit planungsrechtlich abgesichert.

## **4. Städtebauliche Übersichtsdaten**

Die Größe des Geltungsbereiches beträgt ca. 7.690 qm.

## **5. Daten zum Verfahrensablauf**

Frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB bis

Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom bis zum

Beschluss Auslegung VA:

Bekanntmachung:

Auslegung vom

Satzungsbeschluss im Rat:

Rastede, den

Der Bürgermeister

## Teil II der Begründung: Umweltbericht

### 1. Einleitung

Gemäß § 2 (4) BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, im Rahmen einer Umweltprüfung zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Hierbei sind insbesondere die in § 1 (6) Nr. 7 BauGB aufgeführten Belange zu berücksichtigen und die in § 1a BauGB genannten Vorschriften anzuwenden. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind in die Abwägung einzustellen.

#### 1.1 Inhalt und Ziele des Bauleitplans

Die Gemeinde Rastede stellt für den neuen Anschlusspunkt an die Wilhelmshavener Straße den Bebauungsplan Nr. 15b auf, um auf Grundlage der vorliegenden Ausbauplanung<sup>3</sup> diese planungsrechtlich abzusichern. Der Bebauungsplan Nr. 15b ersetzt eine Planfeststellung.

Der Bebauungsplan Nr. 15b beinhaltet die Festsetzung einer öffentlichen Verkehrsfläche.

#### 1.2 Ziele des Umweltschutzes

Nachfolgend werden gemäß der Anlage zu § 2 [4] und § 2a BauGB die wichtigsten für die Planung relevanten Ziele des Umweltschutzes, die sich u. a. aus dem Naturschutzgesetz und den Umweltfachgesetzen sowie den Fachplänen ergeben, sowie ihre Berücksichtigung in der Planung dargestellt:

Relevante Ziele des Umweltschutzes	Berücksichtigung in der Planung
<b>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</b>	
Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass <ul style="list-style-type: none"><li>• die Biologische Vielfalt,</li><li>• die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie</li><li>• die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft</li></ul>	Bei dem Bebauungsplan handelt es sich um eine Änderung und Aufweitung der Verkehrsfläche innerhalb der bestehenden Verkehrsparzelle. Für weitere Abbiegespuren wird die vorhandene Straße aufgeweitet, wobei bisherige Straßenrandbereiche in Anspruch genommen werden und Seitengräben auf einer Länge von 120 m verrohrt werden. Zudem ist die Fällung von sechs Straßenbäumen erforderlich.  Der Verlust der Biotopstrukturen einschließlich der Gräben und der Laubbäume ist zu kompensieren.

<sup>3</sup> Ingenieurbüro Börjes: BBPL Nr. 15a in Liethen; Westerstede im April 2015

Relevante Ziele des Umweltschutzes	Berücksichtigung in der Planung
auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft (allgemeiner Grundsatz).	
<b>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</b>	
Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner <u>natürlichen Funktionen</u> (Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen; Bestandteil des Naturhaushalts, insbesondere mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen; Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen auf Grund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers), seiner <u>Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte</u> sowie <u>Nutzungsfunktionen</u> (Rohstofflagerstätte, Fläche für Siedlung und Erholung, land- und forstwirtschaftliche Nutzung, sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen) weit wie möglich vermieden werden.	Die Inanspruchnahme bisher unbelasteter Böden ist nicht vorgesehen, da nur Randbereiche der bestehenden Verkehrsfläche beansprucht werden.  Dennoch kommt es durch die Ausweitung der Verkehrsfläche zu einer Erhöhung der Bodenversiegelung, die als Eingriff zu werten sind.
<b>Wasserhaushaltsgesetz (WHG)</b>	
Durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung sind Gewässer (oberirdische Gewässer, Küstengewässer und Grundwasser) als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen. (§ 1 WHG)  Das Grundwasser ist so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und chemischen Zustands vermieden wird.	In Anlehnung an die vorliegende Straßenentwässerung erfolgt eine Abführung des anfallenden Wassers über die bestehenden Gräben. Im Kreuzungsbereichen der Straßeneinmündungen und der Aufweitung ist eine Verrohrung der Gräben erforderlich.
<b>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</b>	
Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sollen vor schädlichen Umwelteinwirkungen geschützt werden.	Mit der Aufweitung der bestehenden Straßenfläche sind keine relevanten Erhöhungen gegenüber dem Ursprungszustand zu erwarten.
<b>Schutzgebiete und geschützte Objekte</b>	
	Im Plangebiet sind keine Schutzgebiete ausgeprägt.
<b>Landschaftsrahmenplan / Landschaftsplan</b>	
	Für den Bereich werden keine speziellen Entwicklungsziele und Maßnahmen aufgeführt.

### 1.3 Artenschutz

Hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Verbote ist zunächst zu prüfen, ob im Plangebiet bzw. im funktionalen Zusammenhang mit dem Plangebiet streng oder besonders geschützte Tier- oder Pflanzenarten vorkommen (können).<sup>4</sup>

Die relevanten speziellen artenschutzrechtlichen Verbote (Zugriffsverbote) sind in § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) formuliert:

1. Tötung von Tieren der besonders geschützten Arten
2. Erhebliche Störung streng geschützter Arten bzw. europäischer Vogelarten
3. Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Tieren besonders geschützter Arten
4. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Wuchsorten besonders geschützter Pflanzenarten

Gemäß § 44 (5) BNatSchG gelten für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, Einschränkungen der Verbote für in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/ 43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind. Ein Verstoß gegen das Verbot der Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und damit verbundene Tötungen liegt nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der betroffenen Tierarten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

Die Anforderungen zum speziellen Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG gelten allgemein und sind bei der Realisierung von Vorhaben relevant. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird jedoch bereits geprüft, ob artenschutzrechtliche Belange der Realisierung der Planung entgegenstehen können und ob Vermeidungs- oder (vorgezogene) Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen sind.

#### ❑ Potentiell betroffene Artengruppen im Plangebiet

Von der Fahrbahnausweitung sind vor allen Straßenrandflächen, Verkehrsgrünflächen mit offenen Scherrasen und Gräben mit grasreicher Staudenflur betroffen. Angrenzend schließen Laubgehölzbestände an, die durch die Ausweitung mit erforderlichen Erdarbeiten und Böschungsanschnittungen insofern betroffen sind, dass 6 Laubbäume im Randbereich zur Straße gefällt werden müssen.

Während in den Straßenrandbereichen keine artenschutzrechtlich relevanten Tiervorkommen zu erwarten sind, ist in den Gehölzen eine störungstolerante Gehölzbrüterpopulation wahrscheinlich. Auch können in den Laubgehölzen im Plangebiet baumbewohnende Fledermäuse wie Abendsegler vorkommen. Daher sind auch Jagdflüge im Gebiet zu erwarten.

Eine **Tötung** von Vögeln und Gelegen kann durch die zeitliche Festlegung der notwendigen Gehölzfällungen außerhalb der Brutzeiten vermieden werden (nur in den Wintermonaten).

---

<sup>4</sup> Welche Arten zu den besonders geschützten Arten bzw. den streng geschützten Arten zu rechnen sind, ist in § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG geregelt.

Gleiches gilt für Fledermäuse, wenn die Fällungen außerhalb der Quartiers- und Aufzuchtzeiten erfolgen.

Nur wenige Gehölze sind im Plangebiet von dem Ausbau betroffen, so dass davon auszugehen ist, dass nur in geringem Umfang **Fortpflanzungs- und Ruhestätten** von gehölzbrütenden bzw. bewohnenden Arten betroffen sind und zudem größere Gehölzbestände erhalten bleiben. Da sich im Westen umfangreiche Gehölz- und Grünflächen anschließen, ist davon auszugehen, dass die Qualitäten als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang weiterhin gegeben ist und der Verbotstatbestand nicht zum Tragen kommt. Zudem werden die gefälltten Bäume durch Neuanpflanzungen ausgeglichen.

Von erheblichen **Störungen** von Populationen angrenzender Flächen während der Fortpflanzungs- oder Aufzuchtzeit wird nicht ausgegangen, da es sich lediglich um die Ausweitung einer bestehenden Straße handelt.

Vorkommen streng geschützter Arten von Pflanzen und anderer Tiergruppen sind aufgrund des Standort- und Biotoppotentials und der Lage einschließlich der Vorbelastungen durch die bestehende Straße nicht zu erwarten.

## **□ Fazit**

Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände werden nicht prognostiziert, sofern zeitliche Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen beachtet werden.

## **2 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen**

Die Beschreibung der Umweltsituation erfolgt anhand gängiger Umweltdaten (z.B. Daten des LBEG, Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie zu Boden, Grundwasser, etc.) sowie Auswertung des Landschaftsrahmenplanes<sup>5</sup>.

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen erfolgt auf Grundlage der Straßenausbauplanung<sup>6</sup>.

### **2.1 Aktuelle Ausprägung**

Die Bestandsbeschreibung zum Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt“ erfolgt zunächst anhand der Biotoptypen. Hierbei handelt es sich um Lebensräume mit charakteristischen Standort- und Nutzungsstrukturen, die im Gelände erkennbar und abgrenzbar sind.<sup>7</sup>

#### **2.1.1 Biotoptypen, Tiere**

Bei dem Plangebiet handelt es sich um einen Bereich, der durch die bestehende Straße mit versiegelter Fahrbahn und parallelem Rad- und Fußweg, umgebenden Verkehrsgrünflächen und Straßenseitengräben bestimmt wird.

Die Grünflächen des Straßenrandbereiches sind von Scherrasen bestimmt, während die Gräben von einer grasreichen Staudenflur geprägt werden.

---

<sup>5</sup> Landschaftsrahmenplan Landkreis Ammerland (1995)

<sup>6</sup> Ingenieurbüro Börjes, 2014 (vgl. auch Übersicht im Anhang)

<sup>7</sup> Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen, März 2011

Im Westen kommen umfangreichere Gehölzbestände vor, wobei es sich zum einen um einen straßenparallelen Laubgehölzbestand (Eichen) handelt und zum anderen um Randbereiche des Laub-Mischwaldes, die den Golfplatz umgeben.

Aufgrund der Versiegelung und der Störungen durch den Straßenverkehr sind die unmittelbar betroffenen Flächen nur von sehr eingeschränkter Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften. Hervorzuheben sind jedoch die umfangreich angrenzenden Gehölzbestände, die nördlich und südlich des Wemkenweges vorhanden sind.

### **2.1.2 Boden, Wasser, Klima/Luft**

Nach der digitalen Bodenkarte 1:50.000 (NIBIS Kartenserver, LBEG) sind im Plangebiet Gley-Podsol-Böden ausgebildet, die überwiegend eine Plaggeneschauflage aufweisen; Es handelt sich um mäßig bis gut konsolidierte, gemischt bis feinkörnige, bindige Lockergesteine.

Die Grundwasserneubildungsrate liegt etwa bei 115 bis 200 mm/a und aufgrund der überdeckenden Bodenschichten ist die Gefährdung des Grundwassers gering (hohes Schutzpotential). Die mittleren Grundwasserhoch und -tiefstände liegen bei 6 bzw. 13 dm.

Der Landschaftsrahmenplan stellt für diesen Bereich keine wichtigen Bereiche für das Schutzgut Boden und Wasser heraus.

Großklimatisch unterliegt der Raum dem ausgleichenden Klima des Meeres mit milden Wintern und kühlen Sommern.

Das Lokalklima wird geprägt durch die naturräumliche und nutzungsbedingte Ausstattung. So ist das unmittelbare Plangebiet aufgrund der versiegelten Straße als Siedlungsklimatop mit eingeschränkter Bedeutung zu beschreiben, während vor allem die im Westen angrenzenden Gehölze ausgleichend wirken - mit Funktionen des Temperatúrausgleichs, der Luftreinigung und -filterung sowie als Windschutz.

Für das unmittelbare Plangebiet ist eine besondere klimatische Bedeutung oder eine besondere Empfindlichkeit nicht ersichtlich.

### **2.1.3 Landschaftsbild**

Das Plangebiet umfasst die Wilhelmshavener Straße (K 131) auf einer Länge von rund 200 m zwischen Rastede und Hahn-Lehmden.

Im Westen an die Straßenverkehrsfläche schließen die Gehölzbestände des Golfplatzes und die straßenbegleitenden Gehölze an, sowie landwirtschaftliche Hofstellen mit umgebenden Nutzflächen.

Demgegenüber präsentieren sich die östlichen Flächen noch als offene Agrarlandschaft, die aber planungsrechtlich bereits als Gewerbe- und Industriegebiete ausgewiesen sind.

### **2.1.4 Mensch, Kultur- und Sachgüter**

Das Bebauungsplangebiet unterliegt bereits der Nutzung und dem Ausbau als Verkehrsfläche, die neben der versiegelten Fahrbahn mit abgetrenntem Rad- und Fußweg auch die Randbereiche einschließlich Straßengräben umfassen.

Kulturgüter sind im Plangebiet nicht bekannt.

## **2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung**

Bei einer Nichtdurchführung der Planung ist auch weiterhin mit dem Fortbestand der bereits ausgebauten Verkehrsfläche auszugehen.

## **2.3 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung**

Im Folgenden werden die Änderungen des Umweltzustandes, die bei Realisierung des Bebauungsplans zu erwarten sind, aufgezeigt. Grundlage ist die Straßenausbauplanung, um den Umfang und die Betroffenheit der jeweiligen Schutzgüter konkret ermitteln zu können und um diese in Bezug auf Erheblichkeit im Sinne des Bundes-Naturschutzgesetzes (BNatSchG) werten zu können.

### **2.3.1 Auswirkungen auf Natur und Landschaft**

Die Flächen im Bebauungsplan Nr. 15b, die für die Erweiterung in Anspruch genommen werden, sind weitgehend versiegelte Verkehrsflächen mit angrenzenden Gräben und Verkehrsgrünflächen (Scherrassen). Innerhalb der Randbereiche kommen auch Laubgehölze vor.

Der Umfang der betroffenen Flächen bzw. der Landschafts- und Biotop-elemente umfasst

- eine Fläche von rund 400 m<sup>2</sup> Straßenrandbereiche und Verkehrsgrünflächen, die für die Fahrbahnerweiterung genutzt werden,
- die Verlegung des Radweges und Verbreiterung auf 2,5 m mit zusätzlicher Versiegelung von rund 100 m<sup>2</sup>,
- Für die Bushaltestelle ergibt sich ein zusätzlicher Flächenbedarf an versiegelter Fläche von ebenfalls rund 100 m<sup>2</sup>,
- Grabenverrohrungen auf einer Länge von etwa 120 m und
- den Verlust von 6 Laubbäumen (1 Buche und 5 Eichen), deren Erhalt aufgrund der Lage zur Fahrbahn und infolge der Erdarbeiten zur Fahrbahnverbreiterung und Böschungsanschlüpfungen im Bereich des Buswartehäuschens nicht gewährleistet werden kann.

Mit der zusätzlichen, dauerhaften Flächeninanspruchnahme für den Straßenausbau, einschließlich Radweg und Bushaltestelle, von insgesamt rd. 600 m<sup>2</sup> sind Betroffenheiten der Biotopstrukturen und der Bodenfunktionen, einschließlich Reduzierung der Versickerungsleistung, verbunden. Darüber hinaus werden Gräben auf einer Länge von 120 m verrohrt, so dass zwar der Abfluss gewährleistet wird, aber die Biotop- und Lebensraumstrukturen verloren gehen. Zudem werden sechs Laubbäume gefällt.

Insgesamt sind mit der Erweiterung der Fahrbahn und dem Straßenausbau erhebliche Betroffenheiten des Bodens und der Biotopstrukturen (Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften) zu erwarten, die als Eingriffe zu werten sind und kompensiert werden müssen.

Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wird aufgrund der Bestandssituation und der Randstrukturen nicht angenommen.

### **2.3.2 Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung sowie zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen**

Unter dem Vermeidungsaspekt sind vordringlich der Schutz bedeutender Naturhaushaltsfunktionen sowie der Erhalt landschaftsbildrelevanter Strukturen zu fassen. Diesem Aspekt wird

insofern gefolgt, dass vorbelastete Verkehrsrandbereiche für den Ausbau genutzt werden und das Maß der Gehölzfällungen auf das notwendige Maß reduziert wird.

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sind Gehölzfällungen nur außerhalb der Brut- und Quartierszeiten durchzuführen.

Sollten darüber hinaus bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten weitere Hinweise auf Bau- und Bodendenkmale sowie Altablagerungen bzw. Altstandorte zu Tage treten, so ist unverzüglich die Unteren Denkmalschutzbehörde bzw. Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

Zum Ausgleich der versiegelungsbedingten Beeinträchtigungen wird der alte Radweg auf rund 120 m<sup>2</sup> zurückgebaut wird.

## 2.4 Ermittlung des zusätzlichen Ausgleichsbedarfs (Eingriffsbilanzierung)

Nachfolgend wird der Ausgleichsbedarf entsprechend der Betroffenheiten der Schutzgüter und dem Umfang der Flächeninanspruchnahme (auf Grundlage der Ausbauplanung) ermittelt.

Für die Eingriffsregelung im Rahmen des planfeststellungsersetzenden Bebauungsplans ist ein flächenbezogener Kompensationsansatz zu veranschlagen.

Zur Ermittlung des Kompensationsbedarfs der eingriffsrelevanten Beeinträchtigungen der Schutzgüter sind die betroffenen Flächen und Biotopstrukturen in einem Bilanzierungsansatz vor und nach Umsetzung der Planung gegenüber zu stellen. Dafür werden den Biotopstrukturen jeweils Wertstufen nach der Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung (Niedersächsischer Städtetag, 2013) zugeordnet, so dass sich jeweils ein Flächenwert ergibt. Die Differenz vor und nach Umsetzung der Planung ergibt den notwendigen Kompensationsbedarf.

Der vorhabenbezogene Verlust von Einzelbäumen wird nachfolgend gesondert bilanziert (s.u.).

### Flächenwertigkeit im aktuellen Zustand

Biototyp/ Nutzung	Flächengröße	Biotopwert	Flächenwert
Straßenrandbereiche, Verkehrsgrün	600 m <sup>2</sup>	1	600
Graben	240 m <sup>2</sup>	1	240
Versiegelter Radweg	120 m <sup>2</sup>	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>960 m<sup>2</sup></b>		<b>840</b>

### Flächenwertigkeit im Planzustand

Biototyp/ Nutzung	Flächengröße	Biotopwert	Flächenwert
Straßenausbau	840 m <sup>2</sup>	0	0
Rückbau des Radweges	120 m <sup>2</sup>	1	120
<b>Gesamt</b>	<b>960 m<sup>2</sup></b>		<b>120</b>

Die Gegenüberstellung zeigt ein Kompensationsdefizit in Höhe von 720 Werteinheiten

Im Rahmen der Bauausführung sind auch einige Bäume zu entfernen, die entsprechend der Art und Größe zu kompensieren sind. Es handelt sich um



<u>Verlust von</u>	<u>Art und Größe</u>	<u>Kompensationsfaktor</u>
6 Laubbäumen	1 Buche: 0,6 m Durchmesser	1:2      2 Buchen
	5 Eichen: 0,4 bis 0,5 m "	1:1      5 Eichen

Insgesamt ergibt sich somit ein Ausgleichsbedarf für die Schutzgüter Boden sowie Arten und Lebensgemeinschaften von

720 WE für zusätzliche Flächeninanspruchnahmen und Verrohrungen sowie  
7 Gehölzneupflanzungen.

Die Umsetzung der erforderlichen externen Kompensation - einschließlich der Gehölzpflanzungen von 7 standortgerechten Laubbäumen als Hochstämme (2 Buchen, 5 Eichen, Pflanzqualität mind. 14-16) - erfolgt über die Zuordnung zum Kompensationsflächenpool der Gemeinde Rastede.

## 2.5      **Anderweitige Planungsmöglichkeiten**

Standortalternativen ergeben sich aufgrund des Ausbaus und der Aufweitung der bestehenden Wilhelmshavener Straße nicht.

Der Planung liegt ein Ausbaukonzept zugrunde, in dem die Maßnahmen konkretisiert werden. Der Bebauungsplan weist ausschließlich eine Verkehrsfläche aus.

## 3          **Zusätzliche Angaben**

### 3.1          **Verfahren und Schwierigkeiten**

#### 3.1.1      **Verwendete Verfahren**

Als Grundlagen wurden der Landschaftsrahmenplan<sup>8</sup> sowie gängiges Kartenmaterial<sup>9</sup> ausgewertet. Die Eingriffsbeurteilung erfolgte auf Grundlage der konkretisierenden Ausbauplanung.

#### 3.1.2      **Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben**

Besondere Schwierigkeiten bestanden nicht.

**Hinweis:** Auf Grundlage der durchgeführten Erfassungen sind nicht alle zukünftigen Auswirkungen der Planung auf Arten und natürliche Lebensräume im Sinne des § 19 Abs. 2 und 3 BNatSchG sicher prognostizierbar. Es können nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustandes der genannten Arten oder Lebensräume verursacht werden, deren Vorkommen im Einwirkungsbereich der Planung bisher nicht bekannt ist oder die sich künftig im Einwirkungsbereich der Planung ansiedeln bzw. entwickeln. Eine vollständige Freistellung nachteiliger Auswirkungen gemäß § 19 Abs. 1 BNatSchG kann deshalb planerisch und gutachterlich nicht gewährleistet werden.

---

<sup>8</sup>      Landschaftsrahmenplan Landkreis Ammerland (1995)

<sup>9</sup>      NIBIS Kartenserver: digitale Bodenkarte 1:50.000 (LBEG)

### 3.2 Maßnahmen zur Überwachung

Gemäß § 4c BauGB haben die Kommunen erhebliche Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten (Monitoring) können, zu überwachen. Die Gemeinde wird 3 – 5 Jahre nach Umsetzung der Festsetzungen des Bebauungsplans die Fläche und die angrenzenden Bereiche begutachten. So können eventuelle unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen werden.

### 3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 15b sichert die Gemeinde Rastede den Ausbau der Wilhelmshavener Straße entsprechend der vorliegenden Ausbauplanung planungsrechtlich ab. Der Bebauungsplan Nr. 15b ersetzt die Planfeststellung.

Es handelt sich bei dem Plangebiet um einen Abschnitt der Wilhelmshavener Straße mit begleitendem, abgetrenntem Rad- und Fußweg sowie umgebenden Verkehrsgrünflächen und Seitengräben. In den Randbereichen kommen auch Gehölze vor.

Die Ausbauplanung umfasst die Anlage von Abbiegespuren, so dass infolge der Aufweitung auch der Radweg und die Bushaltestelle verlegt werden muss. Dementsprechend umfasst der Umfang an betroffenen Strukturen und Flächen

- rund 400 m<sup>2</sup> Straßenrandbereiche und Verkehrsgrünflächen, die für die Fahrbahnerweiterung genutzt werden,
- rund 100 m<sup>2</sup> für die Verlegung des Radweges und Verbreiterung auf 2,5 m mit zusätzlicher Versiegelung
- etwa ebenfalls 100 m<sup>2</sup> für die Bushaltestelle,
- Grabenverrohrungen auf einer Länge von etwa 120 m (rd. 240 m<sup>2</sup>) und
- den Verlust von 6 Laubbäumen (1 Buche und 5 Eichen).

Mit der Ausbauplanung sind somit dauerhafte Flächeninanspruchnahmen verbunden, die zu erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden sowie Arten und Lebensgemeinschaften führen. Trotz Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen und Rückbau des alten Radweges auf etwa 120 m<sup>2</sup> verbleiben noch Beeinträchtigungen, die einen Ausgleichsbedarf von

720 WE für zusätzliche Flächeninanspruchnahmen und Verrohrungen sowie  
7 Gehölzneupflanzungen erforderlich machen.

Die Umsetzung der erforderlichen externen Kompensation - einschließlich der Gehölzpflanzungen von 7 standortgerechten Laubbäumen als Hochstämme - erfolgt über die Zuordnung zum Kompensationsflächenpool der Gemeinde Rastede.

Die **artenschutzrechtliche Prüfung** des Gebietes kommt zu dem Ergebnis, dass Vorkommen von streng geschützten Arten (hierunter fallen z.B. alle europäischen Vogelarten) im Gebiet nicht auszuschließen sind. Aber unter Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen (Gehölzfällungen außerhalb der Brut- und Quartierszeiten) sind aber artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nicht zu erwarten, da zudem vergleichbare Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin gegeben sind.









**Gemeinde Rastede**  
**Bebauungsplan Nr. 15 b „Wilhelmshavener Straße“**

**Abwägung der Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB sowie der Stellungnahmen zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB und zur öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB**

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede 26.03.2015 (§ 4 (1) BauGB)	<p><i>Bauleitplanung; Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 15 b "Wilhelmshavener Straße"; frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 1 BauGB</i></p> <p><i>Die Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, vom 10.03.2015 (Az.: 21/21102, B-Plan 15 B) ist zur Vorbereitung der erforderlichen Vereinbarung gemäß § 34 Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) zwischen der Gemeinde Rastede und dem Landkreis Ammerland mit dieser Planung zu beachten.</i></p> <p><i>Im Zusammenhang mit der in Punkt 4 dieser Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr geforderten Abstimmung mit meiner unteren Naturschutzbehörde weise ich auf deren Anregung hin, die Eingriffsbilanzierung nach der Arbeitshilfe des Niedersächsischen Städtetages vorzunehmen, damit die fehlenden Kompensationsmaßnahmen im Flächenpool der Gemeinde nachgewiesen werden können.</i></p> <p><i>Rechtzeitig vor Baubeginn ist eine wasserrechtliche Genehmigung für die geplanten Verrohrungen der Gewässer 3. Ordnung bei meiner unteren Wasserbehörde zu beantragen.</i></p> <p><i>Auch die Stellungnahme des VBN vom 05.03.2015 (Az.: B-Plan Nr. 15B.docx) ist mit dieser Planung zu beachten.</i></p>	<p><i>Die Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ist unter Punkt 2 in dieser Synopse wiedergegeben.</i></p> <p><i>Dem Hinweis wurde zur Entwurfsfassung gefolgt und der flächenbezogene Kompensationsbedarf nach der Arbeitshilfe des niedersächsischen Städtetages berechnet.</i></p> <p><i>Der Anregung wird nachgekommen. Ein entsprechender Antrag wird rechtzeitig gestellt.</i></p> <p><i>Die Stellungnahme des VBN ist unter Punkt 4 in dieser Synopse wiedergegeben.</i></p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung																												
	Fortsetzung Landkreis Ammerland	<p>Ich rege an, die auf der Planzeichnung angegebene Fassung des BauGB zu aktualisieren und auf den Seiten 8 bis 16 des Teils II der Begründung die Seitenüberschrift jeweils redaktionell zu berichtigen ("Bebauungsplan Nr. 15 b, Umweltbericht").</p> <p>Meine untere Denkmalschutzbehörde weist auf anliegende denkmalrechtliche Eintragung hin.</p> <p>Weitere Hinweise zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung habe ich nicht.</p> <p>Anlage:</p> <div><p><b>Datenblatt 451/0911.00183-F</b></p><p>Archäologie 43699828 <a href="#">Zurück...</a> <a href="#">Drucken</a> <a href="#">Vorheriges</a> <a href="#">Nächstes</a> <a href="#">Schließen</a></p><p><b>Rastede FStNr. 183</b></p><table><tr><td>Landkreis</td><td>Gemeinde</td><td>Gemarkung</td><td>Objektkennziffer</td><td>mark.</td><td>GK</td><td>UTM</td></tr><tr><td>Ammerland</td><td>Rastede</td><td>Rastede</td><td>451/0911.00183-F *</td><td></td><td>R H</td><td>R H</td></tr><tr><td>Objekttyp</td><td>Datierung</td><td>Signatur</td><td>mark.</td><td>34 44 885</td><td>59 04 880</td><td>32 N 444836 5902959</td></tr><tr><td colspan="3">unbekannt </td><td>*</td><td colspan="3">Koordinatengenauigkeit: 20 - 50 m</td></tr></table><p>Karten:</p><p>TK25 2715 Rastede DGK5 2715/07 Rehorn</p><p>Sonstiges:</p><p>Geometrie Flächenart ADAB-ID</p><p>Punkt mit 1 Komponenten Ausdehnungsfläche 43699830</p><p>Letzte Bearbeitung: (extern bearbeitet !), Datum des Ausdrucks: 05.03.2015</p><p>© Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege - Auszug Fachinformationssystem ADABweb</p><ul style="list-style-type: none"><li><a href="#">Karte</a></li><li><a href="#">Alte Ansicht</a></li></ul></div>	Landkreis	Gemeinde	Gemarkung	Objektkennziffer	mark.	GK	UTM	Ammerland	Rastede	Rastede	451/0911.00183-F *		R H	R H	Objekttyp	Datierung	Signatur	mark.	34 44 885	59 04 880	32 N 444836 5902959	unbekannt 			*	Koordinatengenauigkeit: 20 - 50 m			<p>Den Anregungen wurde zur Entwurfsfassung nachgekommen.</p> <p>Das in der Anlage eingetragene Denkmal liegt deutlich außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 15 b, innerhalb des Geltungsbereiches der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a. Zwischenzeitlich wurden Maßnahmen zur Rettung des in der Anlage aufgeführten Denkmals Nr. 183 durch ein archäologisches Fachbüro unter Auflage der Unteren Denkmalschutzbehörde vom 10.09.2014 bis 06.11.2014 durchgeführt (Rettungsgrabung). Es wurden jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und sichergestellt.</p>
Landkreis	Gemeinde	Gemarkung	Objektkennziffer	mark.	GK	UTM																									
Ammerland	Rastede	Rastede	451/0911.00183-F *		R H	R H																									
Objekttyp	Datierung	Signatur	mark.	34 44 885	59 04 880	32 N 444836 5902959																									
unbekannt 			*	Koordinatengenauigkeit: 20 - 50 m																											

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Landkreis Ammerland		
	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede 10.06.2015 <b>Stellungnahme im Zuge von § 4 (2) BauGB</b>	<p>Unter der Voraussetzung abschließender Abstimmung dieser Planung mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, habe ich aus straßenrechtlicher Sicht keine Anregungen mehr.</p> <p>Ich rege an, Kapitel 1.3 und 2.3.1 des Umweltberichts insoweit zu aktualisieren, dass eine Eiche mehr zu fällen ist, somit insgesamt 6 Laubbäume verloren gehen.</p>	<p>Die Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ist unter Punkt 2 in dieser Synopse wiedergegeben.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In der aktuellen Bilanzierung sind bereits insgesamt 6 Laubbäume in die Eingriffsbeurteilung eingestellt.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<b>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
	<i>Fortsetzung Landkreis Ammerland</i>	<p>Die zu beseitigenden Bäume sollen durch Neupflanzungen von Bäumen kompensiert werden. Für die Neuanpflanzung sind standortheimische Bäume mindestens in der Qualität als Hochstamm, Stammumfang 14 – 16 cm, zu verwenden.</p> <p>Die Neupflanzungen sind innerhalb des nächsten halben Jahres nach Beseitigung der Bäume durchzuführen und die pflanzstandorte meiner Unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen. Ich bitte um entsprechende Ergänzung des Umweltberichtes (Kapitel 2.4).</p> <p>Meine Untere Wasserbehörde stellt in Aussicht, die bereits beantragte wasserrechtliche Genehmigung für die Verrohrungen der Gewässer 3. Ordnung kurzfristig zu erteilen.</p> <p>Aus archäologischer Sicht bestehen zwar keine Bedenken gegen diese Bauleitplanung. Aufgrund der angrenzenden denkmalrechtlichen Fundstelle weist meine Untere Denkmalschutzbehörde allerdings besonders auf die Meldepflicht denkmalrechtlicher Funde hin.</p> <p>Der besseren Transparenz wegen rege ich an, den in Kapitel 2.1.2 der Begründung differenzierter gefassten Hinweis auf die Versorgungsleitungen als nachrichtlichen Hinweis in die Planzeichnung aufzunehmen.</p> <p>Bei der das Plangebiet in West-Ost-Richtung durchquerenden Wasserleitung handelt es sich um eine raumordnerisch gesicherte Fernwasserleitung (RRÖP, D 3.9.1 04). Ich bitte Kapitel 1.5 der Begründung entsprechend zu ergänzen.</p>	<p>Zu der erforderlichen Kompensation standortgerechter, heimischer Laubbäume wird die Pflanzqualität (Hochstamm, Stammumfang 14-16) ergänzt.</p> <p>Die Gehölzkompensation erfolgt in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Zusammenhang mit der flächenbezogenen Kompensation auf der Poolfläche der Gemeinde Rastede.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis ist in den Planunterlagen bereits enthalten.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt. Der Hinweis auf der Planzeichnung wird ergänzt.</p> <p>Der Anregung wird entsprochen. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.</p>
2	<p>Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg 10.03.2015 (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p>Das Plangebiet o.g. Bebauungsplanes beinhaltet ausschließlich Flächen der K 131. Der Bebauungsplan soll gem. § 38 (3) NStrG eine Planfeststellung für den Ausbau der K 131 ersetzen, der für den Neubau einer Kreuzung K 131/Wemkenstraße/Planstraße notwendig wird (u.a. mit Einbau von Linksabbiegestreifen im Zuge der K 131, Verlegung des Radweges, Anpassung einer Bushaltestelle).</p> <p>Die Belange der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) sind betroffen.</p>	





Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>Folgendes ist zu beachten:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Vor Baubeginn der Planstraße, die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 15 A, 3. Änderung liegt, und den dafür erforderlichen Aus- und Umbaumaßnahmen im Zuge der K 131 ist gem. § 34 NStrG der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rastede und dem Landkreis Ammerland notwendig.</li><li>Zur Gestaltung der neuen Kreuzung K 131/Wemkenstraße/Planstraße die u. a. auf Grundlage der Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL, Ausgabe 2012) herzustellen ist, haben bereits mehrere Abstimmungen stattgefunden. Die für die Vereinbarung benötigten Unterlagen (Erläuterungsbericht, Übersichtsplan, Lageplan, Querschnitte, Schleppkurvennachweis, Sicherheitsaudit mit Stellungnahme der Gemeinde, etc.) liegen mir derzeit nur als Vorentwurf vor und sind noch zu überarbeiten.</li><li>2. Der dem Bebauungsplanentwurf anliegende Lageplan des Büros Börjes ist veraltet und durch den endgültig abgestimmten Lageplan zu ersetzen. Der in der Fußnote auf S. 1, 5, 7 und 10 genannte Planungsstand ist ebenfalls veraltet und zu aktualisieren.</li><li>3. Die gemäß RAL (Bild 42, Ziff. 6.6.1 und Ziff. 6.6.4) freizuhaltenden Sichtfelder der Annäherungssichten für die Planstraße und die Wemkenstraße sind in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufzunehmen.</li><li>4. Für die Ermittlung der Auswirkungen auf Natur und Landschaft und die Festlegung der Kompensationsmaßnahmen im Umweltbericht weise ist folgendes zu berücksichtigen: <u>Ziff. 2.3.1 und 2.3.2:</u> Für die Ausbauplanung sind u.a. die „Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (RPS, Ausgabe 2009) anzuwenden. Die drei Eichen südlich des Kreuzungsbereiches sollen allein wegen RPS beseitigt werden. In Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland ist zu prüfen, ob durch geeignete Schutzmaßnahmen eine Fällung der Bäume verhindert werden kann.</li></ol>	<p>Im Bebauungsplan Nr. 15 b wird eine öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt, um die vorliegende Ausbauplanung planungsrechtlich abzusichern. Details der Ausbauplanung sind jedoch ebenso wenig Gegenstand des Bebauungsplanes wie die nebenstehende genannte Vereinbarung. Der Abschluss der Vereinbarung scheiterte bisher nach Aussage der Landesbehörde an der fehlenden Planungsgrundlage, also dem derzeitigen Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die für die Vereinbarung erforderlichen Unterlagen werden der Straßenbaubehörde übersandt.</p> <p>Der Anregung wurde zur Entwurfsfassung nachgekommen. Der aktuelle Lageplan wird in den Planunterlagen berücksichtigt.</p> <p>Die Anregung wird nicht berücksichtigt. Die Anforderungen an die freizuhaltenden Sichtfelder ergeben sich aus dem Straßenrecht untermittelbar. Eine Eintragung in den Bebauungsplan ist daher nicht erforderlich.</p> <p>An der Ausbauplanung wird nach erfolgter Prüfung festgehalten, einschließlich der Baumentnahmen, da aufgrund der Lage der Bäume (Traufbereich reicht bereits über den bestehenden Fahrbahnrand) eine Fahrbahnverbreiterung mit den erforderlichen Erdarbeiten Beeinträchtigungen des Wurzelwerkes beinhaltet, so dass ein dauerhafter Bestand der Bäume nicht gewährleistet werden kann.</p> <p>Diese Vorgehensweise ist mit dem Landkreis abgestimmt.</p>





Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	<i>Fortsetzung Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr</i>	<p><i>Ich verweise hierzu auch auf Seite 4 des Erläuterungsberichtes für den Straßenentwurf vom Januar 2015.</i></p> <p><i>Nach erfolgter Abstimmung bitte ich, mir den Vermerk zuzusenden.</i></p> <p><i>Es ist zudem zu prüfen, ob im Bereich des zu beseitigenden Wartehäuschens ein weiterer Baum, DU 40 cm, entfernt werden muss.</i></p> <p><i>Ziff. 2.4: Die Festlegung des Kompensationsbedarfs muss in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde auf diesen Einzelfall bezogen erfolgen. Konkrete Vorgaben für „plan-feststellungsersetzende“ Bebauungspläne für Straßenbauvorhaben gibt es nicht.</i></p> <p><i>Nach Ermittlung des Kompensationsbedarfs ist die konkrete Festlegung der Kompensationsflächen und der dort durchzuführenden Maßnahmen erforderlich. Dies ist in den bisher vorgelegten Unterlagen unterblieben.</i></p> <p><i>Die Neuanpflanzung von Bäumen soll nach Möglichkeit auf kreiseigenen Flächen erfolgen. Hierfür ist die Festlegung der Pflanzstandorte notwendig.</i></p> <p><i>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Bedenken und Hinweise vor Veröffentlichung des Bebauungsplanes.</i></p> <p><i>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen des gültigen Bebauungsplanes.</i></p>	<p><i>Aus Standsicherheitsgründen wird ein weiterer Baum im Böschungsbereich gefällt und in die Kompensationsbilanz gemäß Art und Größe aufgenommen. Somit werden 6 Baumverluste in die Eingriffsbilanz eingestellt.</i></p> <p><i>Gemäß der Anregung des Landkreises erfolgt eine Umrechnung der Ausgleichermittlung nach dem Modell des Niedersächsischen Städtetages, um eine entsprechende Zuordnung zu geeigneten Poolflächen in der Gemeinde umsetzen zu können.</i></p> <p><i>Die Umsetzung des Kompensationsbedarfs erfolgt im Flächenpool der Gemeinde.</i></p> <p><i>Standorte für Gehölzneupflanzungen im öffentlichen Raum werden geprüft.</i></p> <p><i>Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird nach Abschluss des Verfahrens über die Abwägung informiert.</i></p> <p><i>Der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr werden entsprechende Exemplare nach Abschluss des Verfahrens übersandt.</i></p>
	<p>Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg 11.06.2015</p> <p><b>Stellungnahme im Zuge von § 4 (2) BauGB</b></p>	<p>Das Plangebiet des o. g. Bebauungsplanes beinhaltet ausschließlich Flächen der K 131. Der Bebauungsplan soll gem. § 38 (3) NStRG eine Planfeststellung für den Ausbau der K 131 ersetzen, der für den Neubau eine Kreuzung K 131/Wemkenstraße/Planstraße notwendig wird (u. a. mit Einbau von Linksabbiegestreifen im Zuge der K 131, Verlegung des Radweges, Anpassung einer Bushaltestelle).</p> <p>Die Belange der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLStBV-OL) sind betroffen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <b>Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
	Fortsetzung Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>Folgendes ist zu beachten:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Vor Baubeginn der Planstraße, die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 15 A, 3. Änderung liegt, und den Aus- und Umbaumaßnahmen im Zuge der K 131 ist gem. § 34 NStrG der Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Rastede und dem Landkreis Ammerland notwendig. Die Ausbauplanung der K 131 ist in weiten Teilen abgestimmt. Es sind aber noch die unter Ziff. 2 dargelegten offenen Fragen zu klären.</li><li>2. Für die Ermittlung der Auswirkungen auf Natur und Landschaft bzw. auf den Gehölzbestand und die Grünflächen der K 131 und die Festlegung der Kompensationsmaßnahmen ist Folgendes zu berücksichtigen: <u>Ziff. 2.1.2 der Begründung und Ziff. 2.3.1 und 2.3.2 des Umweltberichtes:</u>  Für die Ausbauplanung sind u. a. die „Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (RPS, Ausgabe 2009) anzuwenden. Die drei Eichen südlich des Kreuzungsbereiches sollen allein wegen RPS beseitigt werden. In Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland ist nach wie vor zu prüfen, ob durch geeignete Schutzmaßnahmen eine Fällung der Bäume verhindert werden kann.  Mit der Abwägung der Gemeinde zu Ziff. 4 meiner Stellungnahme vom 10.03.2015 bin ich nicht einverstanden. Dem Vermeidungsgebot des Bundesnaturschutzgesetzes wird nicht damit Genüge getan, dass man auf frühere Abstimmungen verweist.  Die Prüfung möglicher Vermeidungsmaßnahmen (z. B. Setzen von Schutzplanken) hat bisher offensichtlich nicht stattgefunden.</li></ol>	<p>Im Bebauungsplan Nr. 15 b wird eine öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt, um die vorliegende Ausbauplanung planungsrechtlich abzusichern. Details der Ausbauplanung sind jedoch ebenso wenig Gegenstand des Bebauungsplanes wie die nebenstehende genannte Vereinbarung. Der Abschluss der Vereinbarung scheiterte bisher nach Aussage der Landesbehörde an der fehlenden Planungsgrundlage, also dem derzeitigen Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Entsprechende Anträge werden eingereicht.</p> <p>Nach Prüfung der Ausbauplanung ist nach wie vor aufgrund der Lage der Bäume und der Traufbereiche, die bereits jetzt über den Fahrbahnrand hinausgehen, und den mit dem Ausbau und der Fahrbahnverbreiterung erforderlichen Erdarbeiten ein dauerhafter Erhalt der Bäume nicht zu gewährleisten. Unter der Bedingung, dass in der Eingriffsregelung die maximalen Eingriffe (worst-case) in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild einzustellen sind, werden die Bäume in der Eingriffsbilanz berücksichtigt und entsprechend ausgeglichen.</p>

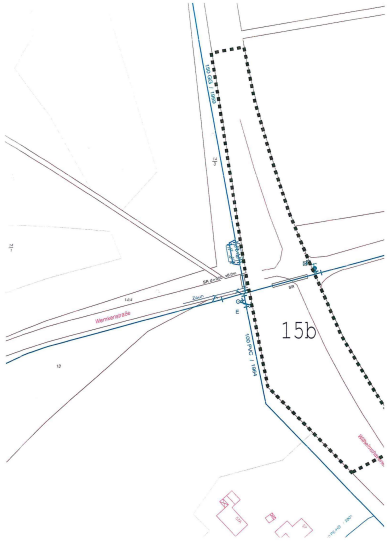


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p><u>Ziff. 2.1.2 der Begründung und Ziff. 2.4 des Umweltberichtes:</u></p> <p>Es muss davon ausgegangen werden, dass auf Höhe der Bushaltestelle in der anzuschüttenden Böschung weitere kreiseigene Bäume gefällt werden müssen. Diese sind mit zu bilanzieren. Notwendig ist die konkrete Festlegung der Pflanzstandorte bzw. der Nachweis, dass die erforderliche Kompensation tatsächlich erbracht werden kann.</p> <p>Die Neuanpflanzung der Bäume soll nach Möglichkeit auf kreiseigenen Flächen erfolgen. Eine „Prüfung“ und Festlegung der Standorte für die Neuanpflanzungen hätte längst erfolgen können.</p> <p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Bedenken und Hinweise vor Veröffentlichung des Bebauungsplanes.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen des gültigen Bebauungsplanes.</p>	<p>Auf Grundlage der Planung und der Lage der betroffenen Bäume im Böschungsbereich erhöht sich die erforderliche Baumentnahme auf insgesamt 6 Laubbäume, die nicht erhalten werden können und entsprechend kompensiert werden müssen.</p> <p>Eine Kompensation der Bäume auf gemeindeeigenen Flächen im Ausbaubereich der Straße ist wegen des vorhandenen Restbaumbestandes nicht sinnvoll.</p> <p>In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt die Gehölzkompensation innerhalb der Poolfläche der Gemeinde Rastede.</p> <p>Der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird das Ergebnis der Abwägung nach Abschluss des Verfahrens übersandt.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt.</p>
3	<p>NLD Archäologie Stützpunkt Oldenburg Ofener Straße 15 26121 Oldenburg 01.04.2015 (§ 4 (1) BauGB) Fortsetzung NLD</p>	<p><i>Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu o. g. Planungen keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.</i></p> <p><i>Unmittelbar aus dem Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Fundstellen bekannt. Da die Mehrzahl archäologischer Funde und Befunde jedoch obertägig nicht sichtbar sind, können sie auch nie ausgeschlossen werden.</i></p> <p><i>Unmittelbar nordwestlich grenzt zudem der im vergangenen Jahr entdeckte, denkmalgeschützte vorgeschichtliche Siedlungsplatz Rastede FStNr. 183 an.</i></p> <p><i>Der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden ist bereits in den Antragsunterlagen enthalten und sollte unbedingt beachtet werden.</i></p>	<p><i>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Die nebenstehenden Hinweise wurden zur Entwurfsfassung in der Begründung ergänzt.</i></p> <p><i>Das Denkmal liegt deutlich außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 15 b, innerhalb des Geltungsbereiches der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a. Zwischenzeitlich wurden Maßnahmen zur Rettung des genannten Denkmals Nr. 183 durch ein archäologisches Fachbüro unter Auflage der Unteren Denkmalschutzbehörde vom 10.09.2014 bis 06.11.2014 durchgeführt (Rettungsgrabung). Es wurden jüngere eisenzeitliche bis kaiserzeitliche Siedlungsspuren gefunden und sichergestellt.</i></p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
4	<p>VBN Willy-Brandt-Platz 7 28215 Bremen 05.03.2015 (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p><i>Wir haben grundsätzlich keine Bedenken bezüglich der oben genannten Planungen.</i></p> <p><i>Wir möchten Sie bitten bei der Ausgestaltung der verlegten Haltestelle, das VBN-Haltestellenkonzept (5. Auflage) zu berücksichtigen. Die aktuelle Fassung finden Sie unter <a href="http://www.vbn.de/der-vbn/presse/publikationen.html">http://www.vbn.de/der-vbn/presse/publikationen.html</a></i></p> <p><i>Außerdem möchten wir Sie bitten die Baumaßnahme mit dem dort verkehrenden Verkehrsunternehmen Hanekamp abzustimmen. Ansprechpartner ist dort Herr Nils Radtke (04471/949-753 oder <a href="mailto:nils.radtke@hanekamp-reisen.de">nils.radtke@hanekamp-reisen.de</a>).</i></p> <p><i>Der Sachverhalt ist mit dem Landkreis Ammerland und dem Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBN) abgestimmt. Dieses Schreiben gilt in Bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr als gemeinsame Stellungnahme.</i></p>	<p><i>Die konkrete Ausgestaltung der Haltestelle ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanes. Eine Abstimmung erfolgt auf Ebene der Ausführungsplanung.</i></p>
5	<p>OOWV Georgstraße 4 26919 Brake 05.03.2015 (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p><i>Wir haben die Aufstellung des o. g. Bebauungsplans zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Wie aus den anliegenden Plänen ersichtlich, befinden sich Versorgungsanlagen im Bereich des o. g. Vorhabens.</i></p> <p><i>Bei der o. g. Planung ist auf die Versorgungsanlagen des OOWV Rücksicht zu nehmen. Die Versorgungsanlagen dürfen, außer in den Kreuzungsbereichen, nicht mit einer geschlossenen Fahrbahndecke überbaut werden. Die vorhandenen Leitungen müssen eine frostfreie Überdeckung von mindestens 1,0 m behalten. Der seitliche Sicherheitsabstand zur Leitungssachse muss mindestens 3,0 m zu beiden Seiten der Leitung betragen.</i></p> <p><i>Die Vorschriften des DVGW-Arbeitsblatts W 400-1 und der DIN 1998 sind zu beachten.</i></p> <p><i>Evtl. Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.</i></p> <p><i>Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsanlagen in dem anliegenden Lageplan ist unmaßstäblich. Die genaue Lage der Leitungen gibt Ihnen unser Dienststellenleiter Herr Kaper von unserer Betriebsstelle in Westerstede, Telefon 04488 845211 in der Örtlichkeit an.</i></p>	<p><i>Nach der beigelegten Anlage befinden sich die Versorgungsanlagen westlich angrenzend und innerhalb des Geltungsbereiches, innerhalb der festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen.</i></p> <p><i>Die nebenstehenden Hinweise werden in die Begründung aufgenommen.</i></p>



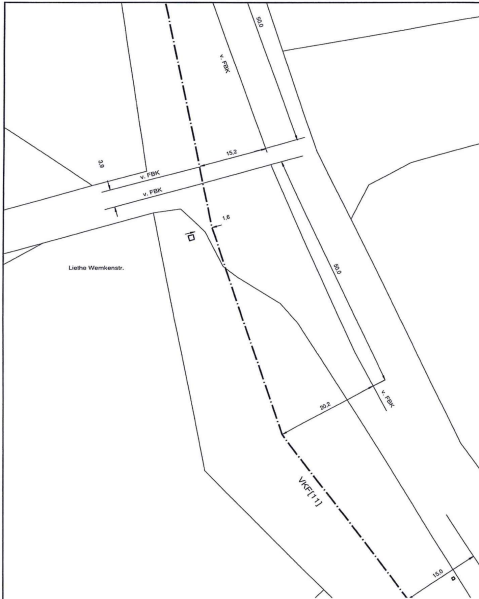
Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <b>Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
	Fortsetzung OOWV	<p>Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplans gebeten.</p>  <p>Weitere Anlagen: Bebauungsplanvorentwurf 3 Änd. BP 15b Lageplan des Büro Börjes</p>	Nach Abschluss des Verfahrens wird dem OOWV ein Exemplar übersandt.
	OOWV Georgstraße 4 26919 Brake  26.05.2015 <b>Stellungnahme im Zuge von § 4 (2) BauGB</b>	<p>In unserem Schreiben vom 05.03.2015 – T la-189/15/Sa/will – haben wir bereits eine Stellungnahme zu dem o. g. Vorhaben abgegeben.</p> <p>Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p>	Zur Stellungnahme vom 05.03.2015 s. vorstehend.



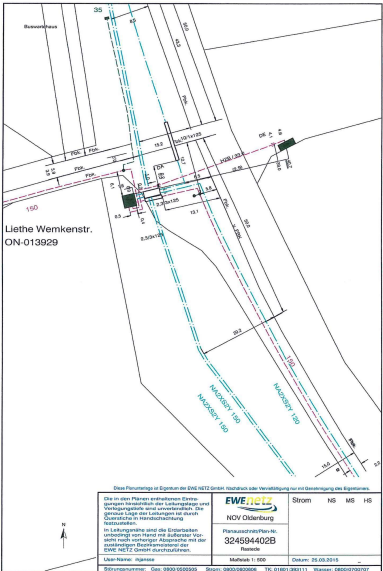


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <b>Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
	ExxonMobil Production Deutschland GmbH Riethorst 12 30659 Hannover 20.05.2015  <b>Stellungnahme im Zuge von § 4 (2) BauGB</b>	<p>Die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebs des Produktionsleitungsnetzes der BEB Erdgas und Erdöl GmbH &amp; Co. KG (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und den Tochtergesellschaften wahr.</p> <p>Wir schreiben Ihnen im Auftrag der OEG Oldenburgische Erdölgesellschaft mbH, danken Ihnen für die weitere Beteiligung in der o. a. Angelegenheit und möchten Ihnen mitteilen, dass unsererseits keine weiteren Anmerkungen und / oder Hinweise erforderlich sind.</p> <p>Unsere heutige Stellungnahme bezieht sich auf den derzeitigen Planungsstand. Laufende Baumaßnahmen sowie zukünftige Planungen sind in dieser Stellungnahme nicht enthalten.</p> <p>Bitte bestätigen Sie uns den Erhalt dieser Stellungnahme per Post bzw. per Fax.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
7	EWE NETZ GmbH Netzregion Oldenburg/Varel Neue Straße 23 26316 Varel 25.03.2015  (§ 4 (1) BauGB)	<p><i>Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange im Rahmen des o. g. BP 15 b.</i></p> <p><i>In dem Plangebiet befinden 20-kV und 1-kV Kabel sowie Fernmeldekabel und Leerrohrsysteme mit Glasfaserkabeln der EWE NETZ GmbH mit den zugehörigen Anlagen.</i></p> <p><i>Sollten Sie für Ihre weitere Planung Informationen benötigen, können Sie diese schriftlich oder auch gerne über unsere Internetseite (<a href="http://www.ewe-netz.de/gas/gas-geodaten.php">http://www.ewe-netz.de/gas/gas-geodaten.php</a>) anfordern.</i></p> <p><i>Diese Leitungen und Anlagen müssen in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) erhalten bleiben und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</i></p> <p><i>Die EWE NETZ GmbH hat keine Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</i></p>	<p><i>Nach den beigelegten Anlagen befinden sich die Leitungen der EWE Netz GmbH innerhalb des Geltungsbereiches, innerhalb der festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen.</i></p> <p><i>Sofern Anpassungen der Leitungen erforderlich werden, wird im Rahmen der Ausbauplanung rechtzeitig mit der EWE Kontakt aufgenommen. Ein Hinweis auf die Leitungen wird in die Begründung aufgenommen.</i></p>

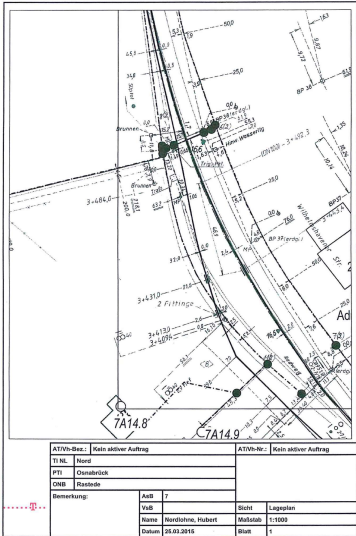


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung EWE Netz GmbH	<p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Sollten Anpassungen unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder andere notwendige Betriebsarbeiten wegen begründeter Vorgaben oder Freigaben erforderlich werden, sollen für die technische Vorgehensweise die geltenden gesetzlichen Regelungen und die anerkannten Regeln der Technik gelten.</p>  <p>Dieses Planungsblatt ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.</p> <p>Die in dem Plan enthaltenen Angaben hinsichtlich der Leitungsführung und Versorgungsgebiete sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querschnitte in Hochschneiseung festzulegen.</p> <p>In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten, Befestigung von Masten mit anderen Vorrichtungen nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksstelle der EWE NETZ GmbH durchzuführen.</p> <p>Unter-Namen: Eigentümer: Störungsmeldung: Gas: 0800/0300055 Strom: 0800/0300006 Telekommunikation: 10, 01800/3021113 Wasser: 0800/070707</p> <p>Planungsblatt/Plan-Nr.: 324594402B Rastede Maßstab: 1:500 Datum: 05.08.2015</p> <p>NOV Oldenburg</p>	



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
			
8	<p>Deutsche Telekom Technik GmbH Hannoversche Str. 6-8 49084 Osnabrück 25.03.2015 (§ 4 (1) BauGB)</p>	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.</p> <p>Die Aufwendungen der Telekom müssen bei der Verwirklichung des Bebauungsplans so gering wie möglich gehalten werden. Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen beim zuständigen Ressort Produktion Technische Infrastruktur Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 138, 26129 Oldenburg, Tel. (0441) 2 34 - 65 50, so früh wie möglich, mindestens 8 Wochen vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p>	<p>Nach den beigefügten Anlagen befinden sich die Leitungen der Deutschen Telekom innerhalb des Geltungsbereiches, innerhalb der festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen.</p> <p>Sofern Anpassungen der Leitungen erforderlich werden, wird im Rahmen der Ausbauplanung rechtzeitig mit der Deutschen Telekom Kontakt aufgenommen.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
	Fortsetzung Deutsche Telekom		
9	Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH Heisfelder Straße 2 26789 Leer  27.03.2015 (§ 4 (1) BauGB)	<p>Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 23.02.2015.</p> <p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht.</p> <p>In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <b>Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
<p><b>Keine Anregungen und Bedenken hatten:</b> <b>nach (§ 4 (1) BauGB)</b></p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. LWK Niedersachsen, Bezirksstelle Ol-Nord, Schreiben vom 25.03.2015</li><li>2. LWK Niedersachsen, Forstamt Weser-Ems, Schreiben vom 04.03.2015</li><li>3. Avacon AG Prozesssteuerung, Schreiben vom 10.03.2015</li><li>4. Gastransport Nord GmbH, Schreiben vom 02.03.2015</li><li>5. Polizei Rastede, Schreiben vom 26.02.2015</li><li>6. TenneT TSO GmbH, Schreiben vom 27.02.2015</li></ol> <p><b>Keine Anregungen und Bedenken hatten:</b> <b>nach § 4 (2) BauGB:</b></p>			



Gemeinde Rastede  
Bebauungsplan Nr. 15 b „Wilhelmshavener Straße“

17

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
	<i>Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.</i>		

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2015/108**freigegeben am **02.07.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

**Datum: 17.06.2015****4. Änderung des Bebauungsplans 61 - örtliche Bauvorschriften  
Raiffeisenstraße****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

**Beschlussvorschlag:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 13.07.2015 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 4. Änderung des Bebauungsplans 61 mit Begründung und örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Mit der 4. Änderung des Bebauungsplans 61 sollen veränderte Vorschriften zu Dachformen und -neigungen sowie Werbeanlagen erlassen werden. Auf die bisherige Beratung wird insoweit verwiesen (s. Vorlage 2015/050).

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurden überwiegend redaktionelle Hinweise zur Bebauungsplanänderung vorgebracht. Von Seiten der Öffentlichkeit wurde eine Stellungnahme abgegeben, die Bedenken gegen die geplanten Änderungen vorbringt.

Insbesondere werden die verdichtete Bauweise sowie die Möglichkeit, Häuser künftig nicht giebelständig zur Straße errichten zu müssen, kritisiert. Da mit der 4. Änderung des Bebauungsplans jedoch die Festsetzungen zur überbaubaren Fläche nicht verändert werden (und somit der ursprüngliche Bebauungsplan 61 diesbezüglich weiterhin gilt) ergibt sich eine verdichtete Bauweise nicht erst aus der 4. Änderung. Da es sich bei der Raiffeisenstraße um einen sehr zentral gelegenen Teil des Ortes handelt, ist eine verträgliche Verdichtung an dieser Stelle explizit erwünscht. Eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorhandenen Gebäude ergibt keine Notwendigkeit zur Regelung von Giebelständigkeits- oder Festlegungen von Firstrichtungen, da im Plangebiet bereits verschiedenste Ausrichtungen realisiert wurden und eine einheitliche Gestaltung nicht erkennbar ist. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass den vorgebrachten Anregungen nicht gefolgt wird, sondern an den geplanten Regelungen festgehalten wird.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert, sodass lediglich eine öffentliche Auslegung sowie Trägerbeteiligung durchzuführen war. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

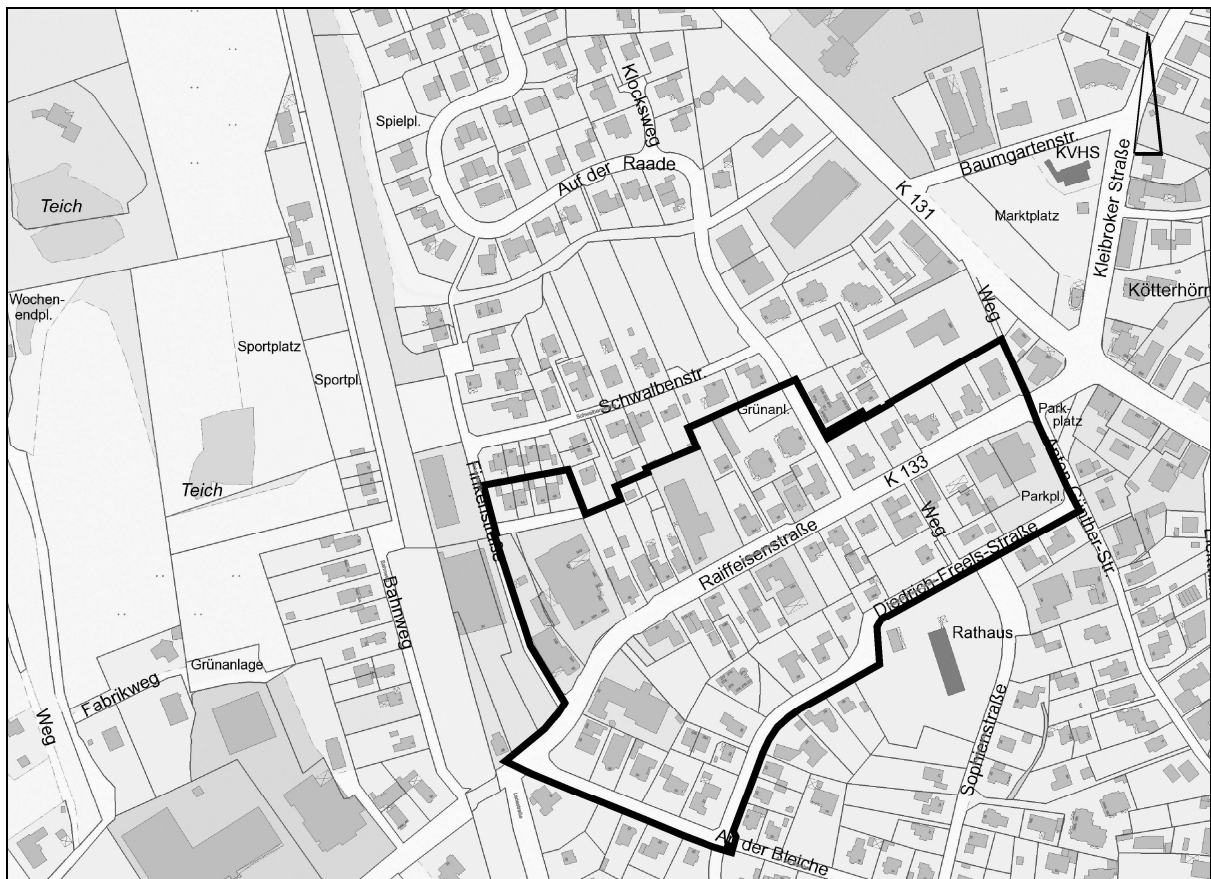
Keine.

### **Anlagen:**

1. Satzung mit Begründung
2. Abwägungsvorschläge

# Gemeinde Rastede

## 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“



### Textbebauungsplan

Verfahren nach § 13a BauGB

Satzung mit örtlichen Bauvorschriften und Begründung

Juni 2015

NWP Planungsgesellschaft mbH

Escherweg 1  
26121 Oldenburg

Telefon 0441 97174 -0  
Telefax 0441 97174 -73

Gesellschaft für räumliche  
Planung und Forschung

Postfach 3867  
26028 Oldenburg

E-Mail [info@nwp-ol.de](mailto:info@nwp-ol.de)  
Internet [www.nwp-ol.de](http://www.nwp-ol.de)



## **Satzung**

### **Textliche Festsetzungen**

#### **§ 1 Geltungsbereich der Änderung**

Die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ umfasst alle allgemeinen Wohngebiete (WA) und alle Mischgebiete (MI) des gesamten Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 61.

#### **§ 2 Inhalt der Änderung**

Es werden folgende textliche Festsetzungen getroffen:

- 2.1 Die bestehenden Festsetzungen zur Trauf- und Firsthöhe in den Mischgebieten (MI) mit festgesetzten II-Vollgeschossen sowie in den Allgemeinen Wohngebieten (WA) werden aufgehoben.
- 2.2 Gemäß § 16 [2] BauNVO wird bestimmt, dass die Gebäudeoberkante in den Mischgebieten (MI) mit festgesetzten II-Vollgeschossen sowie in den Allgemeinen Wohngebieten (WA) maximal 13,0 m betragen darf. Bezugspunkte bilden der höchste Punkt des Gebäudes und die der Erschließung des Grundstücks dienende öffentliche Verkehrsfläche, gemessen in der Mitte der Fahrbahn im rechten Winkel zum Gebäude. Ausgenommen von dieser Bauhöhenbeschränkung sind untergeordnete Bauteile im Sinne des Bauordnungsrechts sowie technische Anlagen des Immissionsschutzes.

**Es gilt die BauNVO 1990.**



## **Örtliche Bauvorschriften**

### **§ 1 Geltungsbereich des § 2 der örtlichen Bauvorschriften**

Der § 2 der örtlichen Bauvorschriften betrifft die Allgemeinen Wohngebiete (WA) und Mischgebiete (MI).

### **§ 2 Inhalt der Änderung/Aufhebung und Neufassung**

Mit Inkrafttreten der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ werden für seinen Geltungsbereich alle örtlichen Bauvorschriften des wirksamen Bebauungsplanes „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ sowie die örtlichen Bauvorschriften der 1. bis 3. Änderung aufgehoben.

Es werden folgende Örtliche Bauvorschriften neu getroffen:

- 2.1 Alle Hauptgebäude in den Allgemein Wohngebieten (WA) sowie in den Mischgebieten (MI) sind mit einem geneigten Dach zu errichten. Die Dachneigung muss mindestens 15° betragen.
- 2.2 Ausgenommen von dieser Regelung sind begrünte Dächer, Dachgauben und Dachaufbauten, sowie Wintergärten. Bei Garagen und Nebenanlagen sind auch Flachdächer zulässig.

### **§ 3 Geltungsbereich zur Regelung der Außenwerbung**

Die Regelungen zur Außenwerbung (§ 4 der örtlichen Bauvorschriften) gelten nur für einen Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“. Der Geltungsbereich umfasst die Mischgebiete (MI) beidseitig entlang der Raiffeisenstraße in einer Tiefe von 40 m, gemessen von der Fahrbahnkannte.

### **§ 4 Inhalt der Änderung**

- 4.1 Die örtlichen Bauvorschriften gelten für alle Werbeanlagen im Sinne des § 50 Abs. 1 der NBauO.
- 4.2 Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches (siehe § 3) sind Werbeanlagen nur zur Eigenwerbung an der Stätte der Leistung zulässig. Dies gilt sowohl

für direkt am Gebäude angebrachte Werbeanlagen als auch für freistehende Werbeanlagen (z.B. Aufsteller, Pylone und Fahnenmasten).

Ausgenommen von dieser Regelung sind:

- Auslagen, Dekorationen und Plakatwerbung in Fenstern und Schaukästen,
- Werbeanlagen, die Vorübergehend für öffentliche Wahlen oder Abstimmungen angebracht oder aufgestellt werden

Ausnahmsweise können Werbeanlagen auch auf einem Grundstück errichtet werden, das unmittelbar an das Grundstück der Leistung angrenzt.

4.3 Im räumlichen Geltungsbereich sind folgende Werbeanlagen unzulässig:

1. Werbeanlagen mit beweglichen Teilen mit einer Ansichtsfläche größer als 1 m<sup>2</sup>
2. Werbung in Form von Lauf-, Wechsel- und Blinklicht
3. Lichtwerbung in folgenden Farben: RAL 1026 Leuchtgelb, RAL 2005 Leuchtorange, RAL 2007 Leuchthellorange, RAL 3024 Leuchtrot, RAL 3026 Leuchthellrot, RAL 6038 Leuchtgrün sowie Töne, die dem Farbspektrum entsprechen,
4. Werbung mit Einsatz von Bildwerfern und Lasern (Lichtwerbung am Himmel oder auf Projektionsflächen)
5. Werbeanlagen, von denen Beschallungen zum Zwecke der Werbung ausgehen.

4.4 Die Bauaufsichtsbehörde kann gem. § 66 Abs. 1 NBauO Abweichungen von den Bestimmungen zulassen, wenn die Einhaltung der örtlichen Bauvorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würden. Eine Abweichung der Anforderungen kann auch zugelassen werden, wenn diese unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen, insbesondere den Anforderungen nach § 3 Abs. 1 NBauO vereinbar sind.

4.5 Ordnungswidrig handelt, gemäß § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine Maßnahme durchführt oder durchführen lässt, die nicht den Anforderungen dieser örtlichen Bauvorschriften über die Regelung der Außenwerbung im Gemeindegebiet entspricht.

Gemäß § 80 Abs. 5 NBauO können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße geahndet werden.

## Hinweise

1. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.
2. Leitungen: Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.
3. Altablagerungen: Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.
4. Kampfmittel: Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, Ordnungsamt oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat direkt.
5. Beim Aufstellen von Außenwerbeanlagen sind die Vorgaben der RAST. 06 hinsichtlich der freizuhaltenden Verkehrs- und Sicherheitsräume an der K 133 zu beachten.

## Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 58 (2) Nr. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Gemeinde Rastede diese 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61, bestehend aus den obenstehenden textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften gem. § 84 NBauO und der Begründung als Satzung beschlossen.

Rastede, den

GEMEINDE RASTEDE  
Der Bürgermeister

---

## Verfahrensvermerke

## Aufstellungsbeschluss

Der VA der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am ..... die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“. beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am .....in der Nordwest Zeitung bekannt gemacht worden.

Rastede, den

GEMEINDE RASTEDE  
Der Bürgermeister

---

## Planverfasser

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von der **NWP Planungsgesellschaft mbH**, Escherweg 1, 26121 Oldenburg.

Oldenburg, den

---

(Unterschrift)

**Öffentliche Auslegung**

Der VA der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am ..... dem Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ und der Begründung haben vom ..... bis ..... gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rastede, den

GEMEINDE RASTEDE  
Der Bürgermeister

---

**Satzungsbeschluss**

Der Rat der Gemeinde Rastede hat die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 (2) BauGB in seiner Sitzung vom ..... als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Rastede, den

GEMEINDE RASTEDE  
Der Bürgermeister

---

**Rechtskraft**

Die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ ist gemäß § 10 (3), Satz 1 BauGB am ..... ortsüblich bekannt gemacht worden. Die 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ ist damit am ..... in Kraft getreten.

Rastede, den

GEMEINDE RASTEDE  
Der Bürgermeister**Verletzung von Vorschriften**

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede, den .....

GEMEINDE RASTEDE  
Der Bürgermeister

# Gemeinde Rastede

## 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“

Textbebauungsplan

Begründung

Juni 2015

NWP Planungsgesellschaft mbH

Escherweg 1  
26121 Oldenburg

Telefon 0441 97174 -0  
Telefax 0441 97174 -73

Gesellschaft für räumliche  
Planung und Forschung

Postfach 3867  
26028 Oldenburg

E-Mail [info@nwp-ol.de](mailto:info@nwp-ol.de)  
Internet [www.nwp-ol.de](http://www.nwp-ol.de)



## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen .....	2
1. Rechtsgrundlagen .....	2
2. PlanungsRahmenbedingungen .....	3
2.1 Geltungsbereich und Bestandsaufnahme.....	3
2.2 Flächennutzungsplan .....	4
2.3 Bebauungsplan .....	4
2.4 Vorprüfung des Einzelfalls .....	6
3. Anlass und Ziele der Änderung.....	8
4. Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung.....	10
4.1 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens .....	10
4.1.1 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung .....	10
4.1.2 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange .....	11
4.2 Belange von Natur und Landschaft .....	13
5. Inhalt der Aufstellung .....	14
5.1 Art und Maß der baulichen Nutzung .....	14
5.2 Örtliche Bauvorschriften .....	15
6. Daten zum Verfahrensverlauf.....	19

Anlagen 1 und 2: Übersichtspläne



## VORBEMERKUNGEN

Bei der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 61 handelt es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB. Auf rechtlicher Grundlage von § 13a BauGB kann ein Bebauungsplan für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden. Neben der innerstädtischen Lage der Gebiete sind auch die übrigen rechtlichen Voraussetzungen für die Anwendung des § 13a BauGB im vorliegenden Planverfahren erfüllt, wie die maximal zulässige Größe. Das Plangebiet verfügt über eine Größe von insgesamt 63.550 m<sup>2</sup>, entsprechend der Aufteilung in ein Mischgebiet mit einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 bzw. 0,45 und dem Allgemeinen Wohngebiet mit einer GRZ von 0,4 resultiert hieraus eine mögliche Grundfläche von ca. 22.900 m<sup>2</sup> - ohne Überschreitung für Nebenanlagen. Damit fällt das Plangebiet unter die Bestimmung von § 13 a Abs. 1 Satz 2 (die Grundfläche liegt zwischen 20.000 m<sup>2</sup> und 70.000 m<sup>2</sup>). Das beschleunigte Verfahren kann demnach nur dann angewandt werden, sofern die Vorprüfung des Einzelfalls die Einschätzung erlangt, dass voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen durch die Planung berührt werden. Die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB sind somit gegeben. Die Vorprüfung des Einzelfalls ist in der Begründung enthalten, ein Umweltbericht ist nicht erforderlich.

Im Zuge der 4. Änderung soll die Gestaltung durch Außenwerbeanlagen neu geregelt werden. Außerdem soll zur einheitlichen Höhenentwicklung eine maximale Gebäudeoberkannte festgesetzt werden. Aus gestalterischen sowie energetischen Gründen wird eine Minstdachneigung festgesetzt.

## 1. RECHTSGRUNDLAGEN

Rechtsgrundlagen für die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 sind das Baugesetzbuch (BauGB), die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) und das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, jeweils in der geltenden Fassung.

## **2. PLANUNGSRAHMENBEDINGUNGEN**

### **2.1 Geltungsbereich und Bestandsaufnahme**

Bei der 4. Änderung handelt es sich um einen reinen Textbebauungsplan. Die 4. Änderung beinhaltet keinen Planteil, sondern besteht lediglich aus textlichen Festsetzungen, Hinweisen und dieser Begründung.

Die 4. Änderung umfasst alle Wohngebiete (WA) und alle Mischgebiete (MI) des gesamten Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 61 und liegt im nördlichen Ortsmittebereich der Gemeinde Rastede zwischen der Bahntrasse und der Oldenburger Straße. Im Nordosten wird das Gebiet durch die Anton-Günther-Straße begrenzt, im Osten durch die Diedrich-Freels-Straße sowie der Straße „An der Bleiche“. Der nordwestliche Bereich wird durch Finkenstraße begrenzt. Den nördlichen Rand des Geltungsbereichs bilden die Flurstücke 227/7-10 an der Finkenstraße sowie die nördlichen Grundstücksgrenzen der Raiffeisenstraße. Der genaue Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 61 ist den Übersichtsplänen in den Anlagen 1 und 2 zu entnehmen. Die angrenzenden Bereiche sind alle mit gewerblichen oder privaten Gebäuden bebaut.

Der Bereich entlang der Raiffeisenstraße ist als Mischgebiet ausgewiesen und durch eine gewerbliche Nutzung mit Wohnnutzung geprägt. Dort befinden sich mehrere Geschäfte (Fleischer, Bäcker, Getränkehandel, Bekleidungsgeschäft etc.) sowie Dienstleistungen (Friseur, Rechtsanwalt, Schlüsseldienst, etc.). Aufgrund ihres Angebotes stellt die Raiffeisenstraße heute eine wichtige Ergänzungsfunktion des zentralen Versorgungsbereiches (Oldenburger Straße) dar und stärkt diesen.

Die meisten Gebäude an der Raiffeisenstraße verfügen über zwei Vollgeschosse mit Satteldach. Die Alte Molkerei ist das einzige Gebäude im Gebiet mit drei Vollgeschossen. Ein Großteil der Gebäude wurde um die Jahrhundertwende, bzw. in den 1930er Jahren errichtet. Diese bauhistorischen „Hundehütten“ sind durch Schmuckelemente und Gesimse gegliedert und stehen giebelständig zur Raiffeisenstraße. Auch sind Gebäude aus der jüngeren Vergangenheit sowie Neubauten entlang der Raiffeisenstraße zu finden, sodass sich ein Mix unterschiedlicher Baustile und Bauvolumen eingestellt hat. Eine einheitliche

Ausrichtung und Bauflucht dieser Gebäude lässt sich jedoch nicht mehr erkennen.

Nördlich und südlich grenzen Allgemeine Wohngebiete an das Mischgebiet an. Diese sind überwiegend durch eingeschossige Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt. Nur vereinzelt befinden sich dort zweigeschossige Mehrfamilienhäuser.

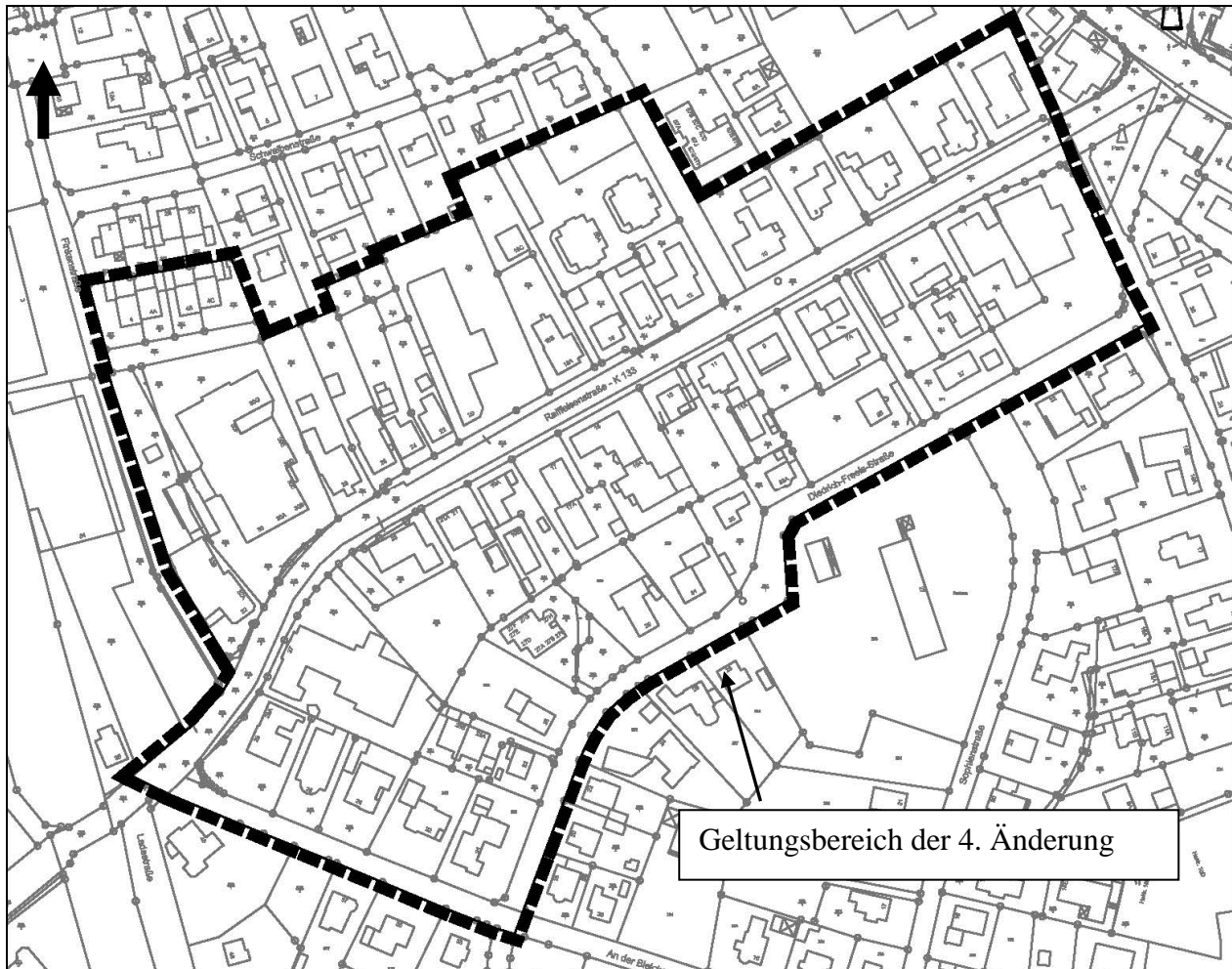
Nordöstlich grenzt die Kreisstraße 131 „Oldenburger Straße“ an das Plangebiet an. Südlich befindet sich das Rasteder Rathaus, im Westen grenzt die Bahntrasse Oldenburg – Wilhelmshaven an. Im Norden befindet sich ein Wohngebiet.

## **2.2 Flächennutzungsplan**

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Rastede stellt denn überwiegenden Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 61 als gemischte Bauflächen dar. Nur der südliche Bereich ist als Wohnbaufläche dargestellt.

## **2.3 Bebauungsplan**

Für das Plangebiet liegt der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ mit den Änderungen 1 bis 3 vor. Der gesamte Bebauungsplan Nr. 61 ist Bestandteil der 4. Änderung. Er beinhaltet den überwiegenden Teil des Ortskerns von Rastede beidseitig der „Raiffeisenstraße“. Der Bebauungsplan Nr. 61 erstreckt sich in nördlicher Richtung bis Einmündung „Anton-Günther-Straße“ und in südöstlicher Richtung bis an die „Finkenstraße“ und in südwestlicher Richtung bis zur Straße „An der Bleiche“. Der Geltungsbereich kann der Abbildung 1 entnommen werden.



**Abb. 1: Geltungsbereich des Bebauungsplan Nr. 61, 4. Änderung**

Für den Bereich der 4. Änderung setzt der Bebauungsplan Nr. 61 parallel zur „Raiffeisenstraße“ Mischgebiete mit einer Grundflächenzahl von 0,4 und 0,45 sowie einer Geschossflächenzahl von 0,8, 0,9 und 1,0 fest. Mit Ausnahme des Molkereigebäudes ist maximal eine zweigeschossige Bauweise zulässig, dort ist eine dreigeschossige Bauweise zulässig. Es gilt die offene Bauweise. Im südlichen Bereich ist ein Allgemeines Wohngebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,4 und einer Geschossflächenzahl von 0,8 festgesetzt. Es gilt ebenfalls die offene Bauweise. Bezüglich der Art der zulässigen Nutzungen werden keine Einschränkungen getroffen.

Die 1. bis 3. Änderung ist für diese 4. Änderung nicht von Belang.

## 2.4 Vorprüfung des Einzelfalls

Das Plangebiet verfügt über eine Größe von insgesamt 63.550 m<sup>2</sup>, entsprechend der Aufteilung in ein Mischgebiet mit einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 bzw. 0,45 und dem Allgemeinen Wohngebiet mit einer GRZ von 0,4 resultiert hieraus eine mögliche Grundfläche von ca. 22.900 m<sup>2</sup> - ohne Überschreitung für Nebenanlagen. Auch mit der zulässigen Überschreitung wird der Schwellenwert von 70.000 m<sup>2</sup> nicht erreicht.

Damit sind die Voraussetzungen zur Vorprüfung des Einzelfalles erfüllt.

Insofern erfolgt an dieser Stelle die standortbezogene Vorprüfung gemäß §13a Abs.1 Satz 2 Nr. 2 BauGB nach den Kriterien gemäß Anlage 2 zum BauGB.

Ziffer				Vorprüfung
1.	Merkmale des Vorhabens	Betroffenheit und Bewertung der Auswirkungen	weiteres Prüferfordernis	+ verträglich - unverträglich
1.1	Ausmaß, in dem der Bebauungsplan einen Rahmen im Sinne des § 14 b Abs. 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung setzt	Der Bebauungsplan setzt einen Rahmen für die Zulässigkeit von Vorhaben in der Größe des Plangebietes von 63.550 m <sup>2</sup> . Die festgesetzte Grundfläche beträgt etwa 22.900 m <sup>2</sup> (s.o.).	nein	+
1.2	Ausmaß, in dem der Bebauungsplan andere Pläne und Programme beeinflusst	Andere Pläne und Programme bleiben von der Planung unbeeinflusst.	nein	+
1.3	Bedeutung des Bebauungsplanes für die Einbeziehung umweltbezogener, einschließlich gesundheitsbezogener Erwägungen, insbesondere im Hinblick auf die Förderung der nachhaltigen Entwicklung	Der Ursprungsbebauungsplan setzt bereits Mischgebiete und Allgemeine Wohngebiete mit entsprechenden Versiegelungsgraden fest. Mit der 4. Änderung werden diese Festsetzungen nicht geändert.	nein	+
1.4	Für den Bebauungsplan relevante umweltbezogene einschließlich gesundheitsbezogene Probleme	Für die Bebauungsplanänderung sind keine umweltbezogenen einschließlich gesundheitsbezogene Probleme relevant.	nein	+

1.5	Bedeutung des Bebauungsplanes für die Durchführung nationaler und europäischer Umweltvorschriften.	Die Durchführung nationaler und europäischer Umweltvorschriften ist von dem Bebauungsplan nicht betroffen.	nein	+
2.	Merkmale der möglichen Auswirkungen und der voraussichtlichen betroffenen Gebiete, insbesondere in Bezug auf			
2.1	die Wahrscheinlichkeit, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen;	Das Plangebiet ist bereits auf der Grundlage der bisherigen Bauleitplanung bebaut. Grundsätzlich sind die zulässigen Nutzungen an der Rechtskraft des Bebauungsplanes gebunden.	nein	+
2.2	den kumulativen und grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen;	trifft nicht zu	nein	+
2.3	die Risiken für die Umwelt, einschließlich der menschlichen Gesundheit (zum Beispiel bei Unfällen);	Die Bebauungsplanänderung begründet keine zusätzlichen Umweltrisiken.	nein	+
2.4	den Umfang und die räumliche Ausdehnung der Auswirkungen;	Die Bebauungsplanänderung begründet aufgrund der Bestandssituation keine in Umfang und räumlicher Ausdehnung zusätzlichen Beeinträchtigungen.	nein	+
2.5	Die Bedeutung und Sensibilität des voraussichtlich betroffenen Gebiets auf Grund der besonderen natürlichen Merkmale, des kulturellen Erbes, der Intensität der Bodennutzung des Gebietes jeweils unter Berücksichtigung der Überschreitung von Umweltqualitäts-normen und Grenzwerten.	Das Plangebiet ist bereits bebaut. Eine besondere Bedeutung hinsichtlich besonderer natürlicher Merkmale, des kulturellen Erbes und hinsichtlich der Intensität der Bodennutzung liegt nicht vor. Die Umweltqualitätsnormen zu Luft und Lärm werden durch die Bebauungsplanänderung nicht relevant verändert.	nein	+
2.6	folgende Gebiete:			
2.6.1	Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nr. 8 des Bundesnaturschutzgesetzes		nein nicht betroffen	+
2.6.2	Naturschutzgebiete gemäß § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.6.1 erfasst		nein nicht betroffen	+
2.6.3	Nationalparke gemäß § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.6.1 erfasst		nein nicht betroffen	+
2.6.4	Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den § 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes		nein nicht betroffen	+

2.6.5	gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes	nein nicht betroffen	+
2.6.6	Wasserschutzgebiete gemäß § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete gemäß § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes,,	nein nicht betroffen	+
2.6.7	Gebiete, in denen die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind.	nein nicht zutreffend	+
2.6.8	Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Raumordnungsgesetzes	Das Plangebiet ist Teil eines zentralen Ortes und Siedlungsschwerpunkt im verdichteten Raum. Für die Bewertung der Umweltauswirkungen des vorliegenden Bebauungsplanes ist dies ohne Bedeutung.	nein +
2.6.9	In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmal-ensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmte Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft sind.	Entsprechende Schutzgüter sind im Plangebiet nicht vorhanden.	nein +

Nach den Ergebnissen der Vorprüfung des Einzelfalls sind keine zusätzlichen oder anderen erhebliche Umweltauswirkungen gemäß § 2 (4) Satz 4 BauGB relevant, die in der Abwägung zu berücksichtigen wären. Die Umweltverträglichkeit ist somit auf dieser Planungsebene sichergestellt.

Die Änderung des Bebauungsplanes kann somit unter dieser Voraussetzung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB erfolgen. Auf eine Umweltprüfung und die Erstellung eines Umweltberichtes kann verzichtet werden. Die Abhandlung der Umweltbelange ist in die Begründung zu integrieren.

### 3. ANLASS UND ZIELE DER ÄNDERUNG

Aus der Lagequalität des Plangebietes resultiert eine hervorragende Eignung für Einzelhandel, Wohnnutzungen, Praxen und Dienstleistungen einerseits und eine hohe Empfindlichkeit gegenüber störenden Nutzungen und Gestaltungen

andererseits, insbesondere solchen, die sich negativ auf das äußere Erscheinungsbild bzw. das Ortsbild auswirken.

Mit der vorliegenden 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 61 sollen die bauleitplanerischen Voraussetzungen für eine maßvolle und nachhaltige Entwicklung des äußeren Erscheinungsbilds geschaffen werden. Die Gemeinde Rastede verfolgt daher im Wesentlichen zwei Ziele:

Zum einen sollen die Voraussetzungen für eine einheitliche, aber flexible Dachflächenentwicklung geschaffen werden. Dies beinhaltet sowohl eine einheitliche Höhenentwicklung, als auch eine gleichmäßige Dachneigung. Bisher ist ein relativ gleichmäßiges Höhenprofil im Plangebiet vorherrschend, das planungsrechtlich gesichert werden soll. Neue Bauvorhaben im Gemeindegebiet haben jedoch oftmals gezeigt, dass diese die Höhen der Bestandsgebäude oft deutlich überschreiten und dadurch nicht nur das einheitliche Erscheinungsbild gefährdet wird, sondern auch Nachbarschaftskonflikte aufgrund hoher Verschattungen hervorrufen. Daher werden die bestehenden Trauf- und Firsthöhen aufgehoben und durch eine maximale Gebäudeoberkannte von 13,0 m bei II-Vollgeschossen ersetzt. Auf die Festsetzung von Trauf- und Firsthöhen wird verzichtet, da durch die Festsetzung einer maximalen Gebäudeoberkannte die städtebauliche Zielsetzung einer einheitlichen Höhenentwicklung erreicht werden kann und den Bauherren so eine individuelle Gestaltung ihres Hauses ermöglicht, die sich gleichzeitig mit den bestehenden Strukturen verträgt. Außerdem werden die bestehenden Dachneigungen aufgehoben und für alle Hauptgebäude eine Mindestdachneigung von 15° festgesetzt. Diese Festsetzung orientiert sich an den im Plangebiet bestehenden Dachneigungen und stellt eine einheitliche Entwicklung des Gebiets sicher. Außerdem wird durch die Mindestdachneigung die Möglichkeit zur Installation erneuerbarer Energien offen gehalten. Die Festsetzung einer maximalen Dachneigung wird als nicht erforderlich erachtet, da diese durch die maximale Gebäudeoberkannte begrenzt wird und das städtebauliche Ziel einer einheitlichen Dachentwicklung so erreicht werden kann.

Zum andern verfolgt die Gemeinde das Ziel, eine attraktive Gestaltung des Gebiets langfristig zu sichern. Daher soll die Werbeanlagensatzung auf die Raiffeisenstraße ausgedehnt werden. Werbeanlagen, die das Ortsbild und den Erholungswert der Umgebung beeinträchtigen können, sollen ausgeschlossen



werden. Insbesondere soll eine Überflutung von Werbeanlagen vermieden werden, die die Gebäudekörper verdecken und so das Straßen- und Ortsbild nachhaltig beeinträchtigen. Insgesamt soll ein Qualitätsverlust des Ortskerns wegen des schlechten „Images“ vermieden werden. Daher sind nur Werbeanlagen zur Eigenwerbung an der Stätte der Leistung zulässig. Dies gilt sowohl für direkt am Gebäude angebrachte Werbeanlagen als auch für freistehende Werbeanlagen (z.B. Aufsteller, Pylone und Fahnenmasten). Ausgeschlossen werden Werbungen in Form von Lauf-, Wechsel- und Blinklicht, Werbung mit Bildwerfern und Lasern sowie Werbeanlagen von denen Beschallungen ausgehen.

## **4. GRUNDLAGEN UND ERGEBNISSE DER ABWÄGUNG**

### **4.1 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens**

Um die konkurrierenden privaten und öffentlichen Belange fach- und sachgerecht in die Abwägung gemäß § 1 (7) BauGB einstellen zu können, werden gemäß §§ 3 und 4 BauGB Beteiligungsverfahren durchgeführt.

#### **4.1.1 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung**

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden folgende wesentliche Bedenken geäußert:

- In der Bestandsaufnahme werden auf die wesentlichen städtebaulichen Merkmale wie die vorhandene historische Bausubstanz nicht eingegangen. Diese ist insbesondere durch ihre Gieblständigkeit geprägt.
  - Die Bestandsbeschreibung in der Begründung wird um die Ausrichtung der Gebäude ergänzt.
- In der Begründung fehlt die Abwägung, dass auf die Festsetzung zur Ausrichtung der Gebäude verzichtet wird.
  - Der Ursprungsplan setzt keine Ausrichtung der Gebäude fest und ist auch nicht Gegenstand der Änderung, sodass dieser Belang nicht Gegenstand der Abwägung ist.
- Die schutzwürdige, historische Bausubstanz wird im Bebauungsplan nicht ausreichend gesichert.

- Die historische Bausubstanz ist bereits durch Bauten aus den 60/70er Jahren sowie durch Bauten aus der jüngeren Vergangenheit unterbrochen. Die bestehenden Gebäude genießen Bestandschutz. Bei einem möglichen Umbau/Verdichtung der historischen Bausubstanz wird die Denkmalschutzbehörde beteiligt.
- Es sollten überbaubare Flächen von maximal 10 m - 12 m festgesetzt werden, um das städtebauliche Bild des Einzelhauses aufrecht zu erhalten.
  - Die bestehenden Breiten im Plangebiet sind sehr differenziert und überschreiten bereits heute in Teilen die 12 m. Aus städtebaulichen Gründen ist eine Festsetzung zur Beschränkung der überbaubaren Flächen nicht erforderlich.
- Die Festsetzung der Minstdachneigung von nur 15° entspricht nicht dem Bestand, dieser liegt um die 30°. Eine Neigung von 15° wirkt wie ein Flachdach.
  - Die Festsetzung einer Dachneigung von mindestens 15° erhöht die Möglichkeit, Systeme für erneuerbare Energien zu installieren. Flachere Dachneigungen sind gegenüber steileren Dachformen deutlich kompakter und verlieren dadurch weniger Wärme. Zudem verfügen moderne Baustile über recht flache Dächer.
- Entlang der Verkehrsfläche ist eine Baulinie festzusetzen.
  - Die 4. Änderung des Bebauungsplanes enthält keine Planzeichnung. Eine einheitliche Bauflucht ist nicht Gegenstand der Planung.
- Neubauten entlang der straßenseitigen Grundstücksgrenzen sollen eine mindestens 1 m hohe Hecke pflanzen.
  - Eine durchgehende Heckenbepflanzung entspricht nicht der vorhandenen Situation vor Ort. Durch die großzügigen (5 m breiten) nicht überbaubaren Bereiche entlang der Verkehrspartellen wird die Anlange von Gartenbereichen bereits „erzwungen“. Die Gestaltung der Vorgärten bleibt den Eigentümern überlassen und ist nicht Gegenstand der Änderung.

#### **4.1.2 Ergebnisse der parallel zur öffentlichen Auslegung durchgeführten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**

Im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wurden folgende Bedenken geäußert:

- Gemäß § 66 Abs. 1 NBauO kann die Bauaufsichtsbehörde Abweichungen von Anforderungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes erlassener Vorschriften zulassen, wenn diese unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen, insbesondere den Anforderungen nach § 3 Abs. 1 NBauO vereinbar sind (Landkreis Ammerland).
  - § 4.4 der örtlichen Bauvorschriften wird entsprechend angepasst.
- Das Fremdwerbungsverbot (Nr. 4.2 der örtlichen Bauvorschriften) sollte in Anbetracht der Rechtsprechung (BVerwG, NVwZ 1995, 899 ff., 901; OVG Koblenz, Urt. v. 11.06.2010 – 8 C 11347/09) noch stärker mit der städtebaulich bedeutsamen Prägung des Geltungsbereiches begründet werden (Landkreis Ammerland).
  - Aufgrund der räumlichen Nähe der Raiffeisenstraße zur Oldenburger Straße sowie der wirtschaftlichen und städtebaulichen Bedeutung für den Ort Rastede sieht die Gemeinde es als erlauben an, die Außenwerbesatzung auch auf die Raiffeisenstraße auszuweiten. Ziel ist es, die städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten, insbesondere die der historischen Gebäude zu sichern. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.
- Das Plangebiet umschließt die K 133 Raiffeisenstraße innerhalb einer gemäß § 4 (2) NStrG festgesetzten Ortsdurchfahrt. Innerhalb des Plangebietes und angrenzend an das Plangebiet münden mehrere Gemeindestraßen und Zufahrten in die K 133. Durch die Außenwerbeanlagen dürfen die gemäß RAST. 06, Bild 120 und Tabelle 59 freizuhaltenden Sichtfelder nicht beeinträchtigt werden (Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr).
  - Es wird ein Hinweis in die Planzeichnung übernommen, dass beim Aufstellen von Außenwerbeanlagen die Vorgaben der RAST. 06 zu beachten sind.
- Da archäologische Funde und Befunde nicht auszuschließen sind, sollte der in den Planunterlagen bereits enthaltene Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden bei Erdarbeiten besonders beachtet werden (NLD, Abteilung Archäologie).
  - Der Hinweis Nr. 1 weist ausreichend auf die Meldepflicht von Bodenfunden hin. Eine weitere Ausführung in den Hinweisen ist somit nicht erforderlich.

- Im Jahr 2014 wurde die Aufstellung der bestehenden Werbeanlagensatzung mit dem Handels- und Gewerbeverein (HGV) Rastede e. V. abgestimmt. Bei der 4. Änderung des Bebauungsplanes wurde der HGV nicht in die Aufstellung der Werbeleitsatzung für die Raiffeisenstraße mit einbezogen. Der HGV sollte in den weiteren Erarbeitungsprozess der Satzung einbezogen werden.
  - Der HGV war im vergangenen Jahr an der Erarbeitung der Werbeanlagensatzung beteiligt. Die Raiffeisenstraße lag ursprünglich im Geltungsbereich. Da der HGV im vergangenen Jahr keine Einwände gegen die Satzung geltend gemacht hat, geht die Gemeinde Rastede nicht davon aus, dass die in dieser 4. Änderung dieses Bebauungsplanes getroffenen Festsetzungen dem Interesse des HGVs entgegenstehen. Daher wird es als nicht notwendig gesehen, den HGV im Nachgang an das Verfahren zu beteiligen.

## **4.2 Belange von Natur und Landschaft**

Bei dem Plangebiet handelt es sich um einen innerörtlichen Bereich. Das Plangebiet stellt sich beiderseits der Raiffeisenstraße als überwiegend bebaute Fläche mit Geschäfts- und Wohnhäusern, Nebengebäuden sowie Gartenflächen dar. Die Straße wird zum Gehweg durch eine Schnitthecke und einzelne Straßenbäume (Stieleichen) getrennt. Auch an Grundstücksrändern sind zudem markante Einzelbäume ausgeprägt. An der Diedrich-Freels-Straße überwiegt die Wohnbebauung mit umgebenden Gartenflächen und Stellplätzen.

Für das Gebiet bestehen verbindliche Planungsrechte auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 61. So werden für den Bereich folgende Festsetzungen getroffen:

- Mischgebiete mit einer GRZ von 0,4 bzw. 0,45,
- Allgemeine Wohngebiete mit einer GRZ von 0,4,
- Straßenverkehrsflächen,
- Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz
- Flächen mit Bindung zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
- Erhalt von Einzelbäumen.

Im Zuge dieser 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 werden keine Änderungen zum Art und zum Maß (soweit es sich um den zulässigen Versiegelungsgrad (GRZ) handelt) der baulichen Nutzung getroffen. Die Veränderung des Versiegelungsgrades wird somit nicht tangiert. Lediglich werden gestalterische Festsetzungen zur Höhe, Dachneigung und der Anbringung von Werbeanlagen getroffen, sodass von keinen Beeinträchtigungen von Naturhaushalt und Landschaftsbild ausgegangen werden kann.

Im vereinfachten Verfahren nach § 13 a BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB abgesehen. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

## **5. INHALT DER AUFSTELLUNG**

Um die o.g. städtebaulichen Ziele zu sichern, werden folgende Festsetzungen erlassen:

### **5.1 Art und Maß der baulichen Nutzung**

Die Festsetzungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung in den Mischgebieten sowie in den Allgemeinen Wohngebieten werden durch den Textbebauungsplan der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 nicht verändert, da diese auch den städtebaulichen Zielen der 4. Änderung entsprechen.

Der Ursprungsplan setzt Mischgebiete entlang der Raiffeisenstraße mit einer Grundflächenzahl von 0,4 und 0,45 fest. Die Ausnutzungsziffer bleibt hinter den der nach § 17 Abs. 1 BauNVO maximal zulässigen Grundflächenzahl von 0,6 zurück und entspricht damit der relativ gering verdichteten Struktur des Ortskerns Rastedes. Die Geschossflächenzahl ist entsprechend auf 0,7 und 0,9 festgesetzt. Der Bereich entlang der Diedrich-Freels-Straße ist als Allgemeines Wohngebiet (WA) mit einer Grundflächenzahl von 0,4 festgesetzt und entspricht der maximal zulässigen Grundflächenzahl gemäß § 17 Abs. 1 BauNVO. Die maximal zulässige Geschossflächenzahl beträgt 0,6. Sowohl für die Mischgebiete als auch die Allgemeinen Wohngebiete gilt die offene Bauweise.

Die maximal zulässigen Vollgeschosse sind mit Ausnahme des Molkereigebäudes auf II begrenzt. Dort sind III Vollgeschosse zulässig. Die bestehenden Traufhöhen in den Misch- und Allgemeinen Wohngebieten werden mit der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 aufgehoben und eine maximale Gebäudeoberkannte von 13,0 m für II-geschossige Gebäude festgesetzt. Bezugspunkte bilden der höchste Punkt des Gebäudes und die der Erschließung des Grundstücks dienende öffentliche Verkehrsfläche, gemessen in der Mitte der Fahrbahn im rechten Winkel zum Gebäude. Ausgenommen von dieser Bauhöhenbeschränkung sind untergeordnete Bauteile im Sinne des Bauordnungsrechts sowie technische Anlagen des Immissionsschutzes. Das Höhenmaß orientiert sich an den Höhen der Bestandgebäude und soll eine einheitliche Höhenentwicklung sicherstellen. Höhere Gebäudekörper würden in der Umgebung des Plangebiets als störend wahrgenommen und dem städtebaulichen Ziel einer einheitlichen Gestaltung entgegenstehen stehen. Die Festsetzung der Oberkannte bietet individuellere Gestaltungsmöglichkeiten der Gebäude, weshalb die die Traufhöhen abgelöst wurden.

## **5.2 Örtliche Bauvorschriften**

### **Dachform**

Alle Hauptgebäude in den Allgemein Wohngebieten (WA) sowie in den Mischgebieten (MI) sind mit einem geneigten Dach zu errichten. Die Dachneigung muss mindestens 15° betragen. Ausgenommen von dieser Regelung sind begrünte Dächer, Dachgauben und Dachaufbauten, sowie Wintergärten. Bei Garagen und Nebenanlagen sind auch Flachdächer zulässig.

Das Plangebiet ist durch unterschiedlich geneigte Dächer und Dachformen (Satteldach, Walmdach, Mansarddach) gekennzeichnet. Da dieser Charakter erhalten bleiben soll, wird nur eine Minstdachneigung festgesetzt.

### **Werbeanlagen**

Mit Inkrafttreten der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ werden für seinen Geltungsbereich alle örtlichen Bauvorschriften des wirksamen Bebauungsplanes „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ sowie die örtlichen Bauvorschriften der 1. bis 3. Änderung aufgehoben. Die bestehenden gestalterischen Festsetzungen über die Gestaltung von Werbeanlagen werden den aktuellen Anforderungen nicht mehr gerecht. Es

wird befürchtet, dass das Ortsbild durch immer vielfältiger werdende Werbeanlagen nachhaltig beeinträchtigt wird und an Attraktivität verliert. Die architektonische Gliederung der Fassaden kann durch überdimensionale Werbeanlagen gestört werden. Außerdem wird der Blick durch freistehende Werbeanlagen wie Aufsteller oder Pylone auf die Gebäude- und Häuserzeilen versperrt. Insbesondere Lichtwerbungen führen zu einer deutlichen Abwertung der Straßenzüge. Hinzu kommt häufig eine Überfrachtung durch eine übermäßige Anzahl an Werbeanlagen. Zur Erhaltung des Ortsbildes und Steigerung der Attraktivität aus städtebaulichen Gesichtspunkten, sollen zukünftig Werbeanlagen, die der Fremdwerbung dienen, auch in Verbindung mit der aktuellen Rechtsprechung nicht mehr zugelassen werden.

Der Geltungsbereich der Außenwerbesatzung umfasst den Bereich um die Oldenburger Straße und somit auch den nordöstlichen Bereich der Raiffeisenstraße. Aufgrund der räumlichen Nähe der Raiffeisenstraße zur Oldenburger Straße sowie der wirtschaftlichen und städtebaulichen Bedeutung für den Ort Rastede sieht die Gemeinde es als ermessens an, die Außenwerbesatzung auch auf die Raiffeisenstraße auszuweiten. Ziel ist es, die städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten, insbesondere die der historischen Gebäude zu sichern. Die Raiffeisenstraße stellt eine wichtige Einfahrtssituation von der Autobahnabfahrt der A 29 kommend in die Ortsmitte dar. Somit prägt sie insbesondere für Auswärtige das Erscheinungsbild Rastedes. Die reizvolle, teils historische Bebauungsstruktur prägt das Ortsbild maßgeblich. Die bisher bestehenden gestalterischen Qualitäten sollen erhalten und geschützt werden. Die Anforderungen zur Gestaltung von Werbeanlagen müssen daher neu geregelt werden.

Die erlassene „Satzung der Gemeinde Rastede zur Regelung der Außenwerbung in Teilen des Gemeindegebietes“ gem. § 84 Abs. 2 Nr. 3 NBauO wird daher auf den Bebauungsplan Nr. 61 übertragen. Dies steht auch im Sinne der der aktuellen Rechtsprechung (BVerwG, NVwZ 1995, 899 ff., 901; OVG Koblenz, Urt. v. 11.06.2010 – 8 C 11347/09). Die Regelungen zur Außenwerbung (§ 4 der örtlichen Bauvorschriften) gelten jedoch nur für einen Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“. Dieser umfasst die Mischgebiete (MI) beidseitig entlang der Raiffeisenstraße in einer Tiefe von 40 m, gemessen von der Fahrbahnkante. Es werden folgende örtliche Bauvorschriften zur Gestaltung von Werbeanlage neu getroffen:

- Die örtlichen Bauvorschriften gelten für alle Werbeanlagen im Sinne des § 50 Abs. 1 der NBauO.
- Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches (siehe § 3) sind Werbeanlagen nur zur Eigenwerbung an der Stätte der Leistung zulässig. Dies gilt sowohl für direkt am Gebäude angebrachte Werbeanlagen als auch für freistehende Werbeanlagen (z.B. Aufsteller, Pylone und Fahnenmasten).
- Ausgenommen von dieser Regelung sind:
  - Auslagen, Dekorationen und Plakatwerbung in Fenstern und Schaukästen,
  - Werbeanlagen, die Vorübergehend für öffentliche Wahlen oder Abstimmungen angebracht oder aufgestellt werden
- Ausnahmsweise können Werbeanlagen auch auf einem Grundstück errichtet werden, das unmittelbar an das Grundstück der Leistung angrenzt.
- Im räumlichen Geltungsbereich sind folgende Werbeanlagen unzulässig:
  1. Werbeanlagen mit beweglichen Teilen mit einer Ansichtsfläche größer als 1 m<sup>2</sup>
  2. Werbung in Form von Lauf-, Wechsel- und Blinklicht
  3. Lichtwerbung in folgenden Farben: RAL 1026 Leuchtgelb, RAL 2005 Leuchtorange, RAL 2007 Leuchthellorange, RAL 3024 Leuchtrot, RAL 3026 Leuchthellrot, RAL 6038 Leuchtgrün sowie Töne, die dem Farbspektrum entsprechen,
  4. Werbung mit Einsatz von Bildwerfern und Lasern (Lichtwerbung am Himmel oder auf Projektionsflächen)
  5. Werbeanlagen, von denen Beschallungen zum Zwecke der Werbung ausgehen.
- Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von den Bestimmungen zulassen, wenn die Einhaltung der Örtlichen Bauvorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde.
- Ordnungswidrig handelt, gemäß § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine Maßnahme durchführt oder durchführen lässt, die nicht den Anforderungen dieser örtlichen Bauvorschriften über die Regelung der Außenwerbung im Gemeindegebiet entspricht.



- 
- Gemäß § 80 Abs. 5 NBauO können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße geahndet werden.

## 6. DATEN ZUM VERFAHRENSVERLAUF

	Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 [1] BauGB
	Ortsübliche Bekanntmachung
	Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
	Ortsübliche Bekanntmachung
	Öffentliche Auslegung gemäß § 3 [2] BauGB
	Satzungsbeschluss durch den Rat der Gemeinde Rastede

Aufgestellt:



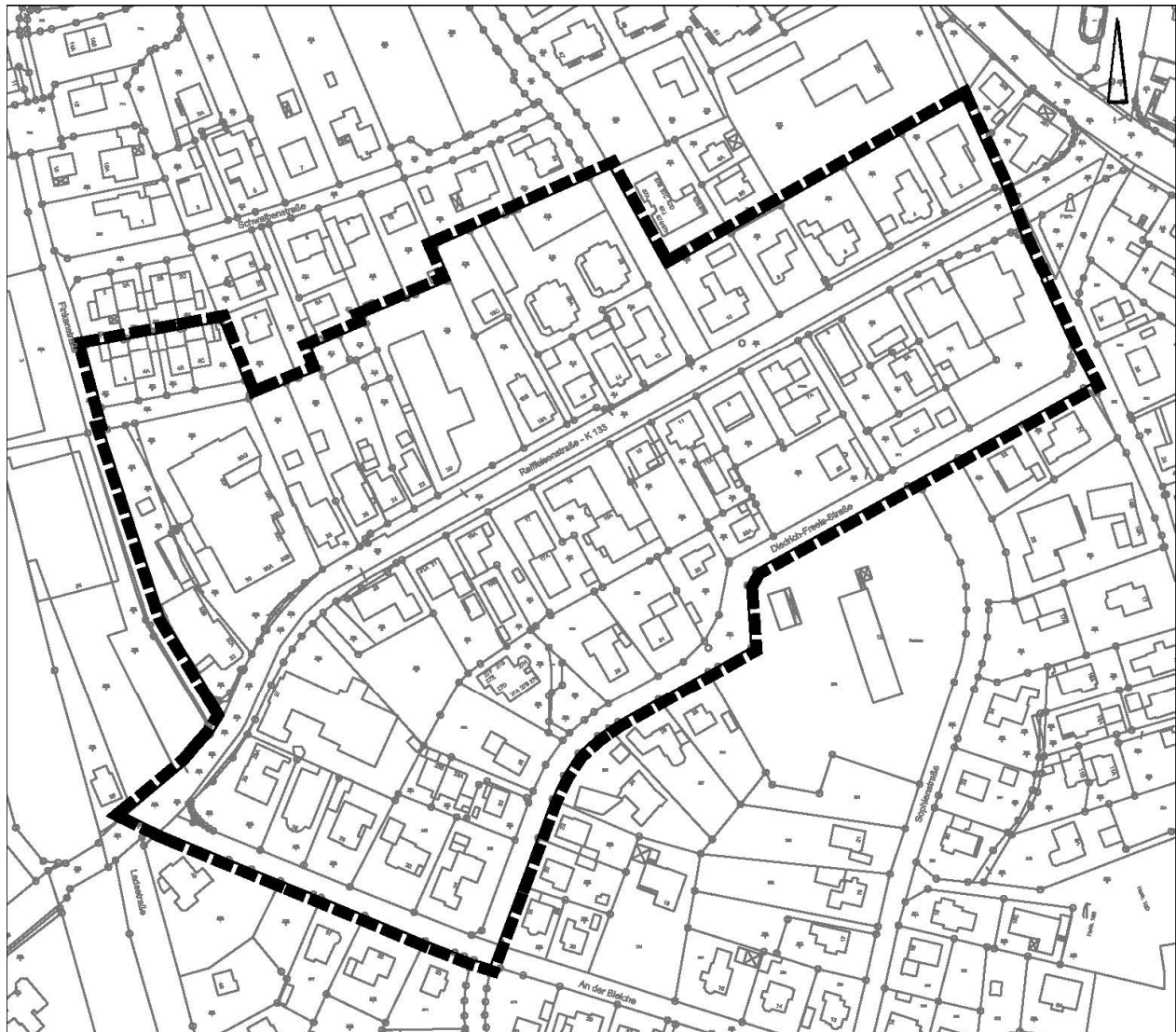
**NWP**

Planungsgesellschaft mbH  
Gesellschaft für räumliche  
Planung und Forschung  
Escherweg 1 • 26121 Oldenburg

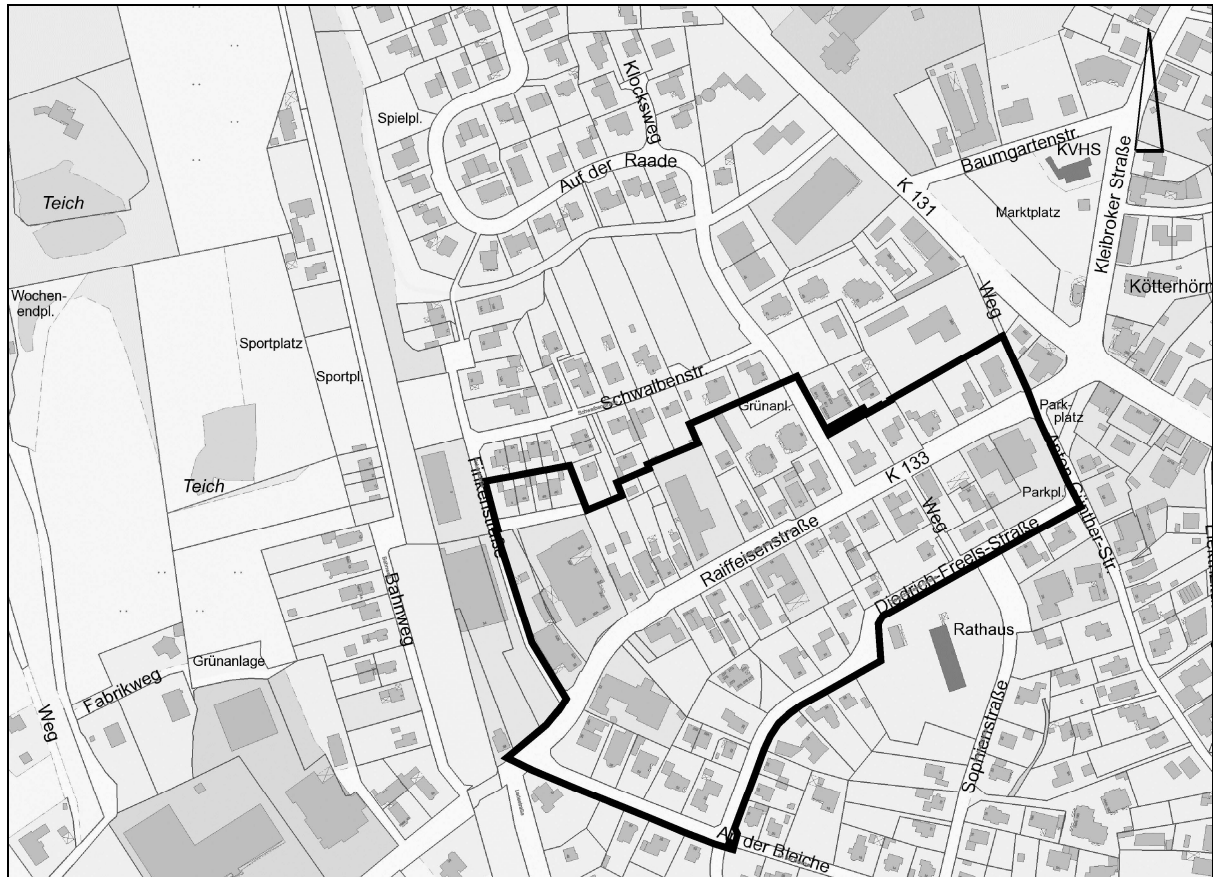
Rastede, den .....

Der Bürgermeister

## Anlage 1: Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 61



## Anlage 2: Übersichtsplan des Bebauungsplanes Nr. 61





## Gemeinde Rastede

### 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61

Abwägung der Stellungnahmen zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB und zur öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB.

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> Abwägung/Beschlussempfehlung
1	Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede  10.06.2015  <b>Stellungnahme im Zuge von § 4 (2) BauGB</b>	<p>Meines Erachtens ist § 1 der Satzung in Harmonisierung mit Kapitel 2.1 der Begründung wie folgt zu fassen:</p> <p>„Der Geltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 „Ortskern Rastede, Teilbereich Raiffeisenstraße“ umfasst alle allgemeinen Wohngebiete (WA) und alle Mischgebiete des gesamten Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 61.“</p> <p>Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 umfasst auch örtliche Bauvorschriften, die den ganzen Geltungsbereich betreffen. Die in § 1 angesprochene Einschränkung auf Mischgebiete mit II-Vollgeschossen ergibt sich bereits aus § 2 der Satzung. Dort kann ich die Strukturierung in Ziffer 2.1 nicht nachvollziehen, wenn es keine Ziffer 2.2 gibt.</p> <p>Da auch die Regelungen zur Außenwerbung zu den örtlichen Bauvorschriften zählen (siehe auch Wortlaut in § 3 der örtlichen Bauvorschriften) halte ich die Überschrift des § 1 der örtlichen Bauvorschriften für ergänzungspflichtig („Geltungsbereich des § 2 der örtlichen Bauvorschriften“).</p> <p>Gemäß § 66 Abs. 1 NBauO kann die Bauaufsichtsbehörde Abweichungen von Anforderungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes erlassener Vorschriften zulassen, wenn diese unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen, insbesondere den Anforderungen nach § 3 Abs. 1 NBauO vereinbar sind. Ich bitte daher, Nr. 4.4 der örtlichen Bauvorschriften entsprechend anzupassen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die Formulierung des Geltungsbereiches in § 1 der textlichen Festsetzungen entsprechend angepasst.</p> <p>Der redaktionelle Hinweis wird zur Kenntnis genommen und korrigiert.</p> <p>Der redaktionelle Hinweis wird zur Kenntnis genommen und korrigiert.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die Nr. 4.4 der örtlichen Bauvorschriften entsprechend angepasst.</p>



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
		<p>Die Präambel ist noch um die örtlichen Bauvorschriften und die dazugehörige Rechtsgrundlage (§ 84 NBauO) zu ergänzen. Ich empfehle, die verfahrensleiste und das Deckblatt zum Textbebauungsplan entsprechend zu ergänzen.</p> <p>Ich empfehle, das Fremdwerbungsverbot (Nr. 4.2 der örtlichen Bauvorschriften) in Anbetracht der Rechtsprechung (BVerwG, NVwZ 1995, 899 ff., 901; OVG Koblenz, Urt. v. 11.06.2010 – 8 C 11347/09) hierzu noch besser als bislang („Ortskern“) mit der städtebaulich bedeutsamen Prägung des Geltungsbereiches dieser Bebauungsplanänderung zu begründen.</p> <p>Abschließend bitte ich um Beachtung der Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Az.: 21/21102, B-Plan 61.4) vom 29.05.2015.</p>	<p>Dem Hinweis, die Präambel um die dazugehörige Rechtsgrundlage sowie das Deckblatt entsprechend zu ergänzen wird nachgekommen.</p> <p>Dem Hinweis, das Fremdwerbungsverbot noch stärker zu begründen wird nachgekommen.</p> <p>Die Raiffeisenstraße ist durch eine Mischnutzung aus Wohnen, Einzelhandel und Dienstleistungen geprägt und stellt eine ergänzende Versorgungsfunktion des zentralen Versorgungsbereiches der Gemeinde Rastede an der „Oldenburger Straße“ (Ortskern Rastede) dar. Gleichzeitig ist die Raiffeisenstraße die Ein- und Ausfallstraße von der Autobahnfahrt zum Ortskern und prägt dadurch den Eingangsbereich und die Wahrnehmung des Besuchers.</p> <p>Der Geltungsbereich der Außenwerbesatzung umfasst den Bereich um die Oldenburger Straße und somit auch den nordöstlichen Bereich der Raiffeisenstraße. Aufgrund der räumlichen Nähe der Raiffeisenstraße zur Oldenburger Straße sowie der wirtschaftlichen und städtebaulichen Bedeutung für den Ort Rastede sieht die Gemeinde es als ermessens an, die Außenwerbesatzung auch auf die Raiffeisenstraße auszuweiten. Ziel ist es, die städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten, insbesondere die der historischen Gebäude zu sichern.</p> <p>Die Stellungnahme der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird beachtet.</p>
2	<p>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg 29.05.2015</p> <p><b>Stellungnahme im Zuge von § 4 (2) BauGB</b></p>	<p>Das Plangebiet o. g. Bebauungsplanänderung umschließt die K 133 Raiffeisenstraße innerhalb einer gemäß § 4 (2) NStrG festgesetzten Ortsdurchfahrt.</p> <p>In den Festsetzungen soll die Gestaltung der Außenwerbeanlagen in den Mischgebieten (MI) neu geregelt werden. Außerdem werden eine maximale Gebäudehöhe und eine Mindestdachneigung in den Allgemeinen Wohngebieten (WA) und Mischgebieten (MI) festgesetzt.</p> <p>Die Belange der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg (NLSStBV-OL) sind betroffen.</p> <p>Folgendes ist zu beachten:</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>



Gemeinde Rastede  
4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>1. Innerhalb des Plangebietes und angrenzend an das Plangebiet münden mehrere Gemeindestraßen und Zufahrten in die K 133.</p> <p>Durch die Außenwerbeanlagen dürfen die gemäß RAST. 06, Bild 120 und Tabelle 59 freizuhaltenden Sichtfelder nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>2. Die Vorgaben der RAST. 06 hinsichtlich der freizuhaltenden Verkehrs- und Sicherheitsräume an der K 133 sind zu beachten.</p> <p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Bedenken und Hinweise vor Veröffentlichung des Bebauungsplanes.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2d der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen des gültigen Bebauungsplanes.</p> <p>Zur Vervollständigung meiner Akte bitte ich zudem um Zusendung von zwei Ablichtungen der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 „Raiffeisenstraße“.</p>	<p>Die festgesetzten Sichtdreiecke im Ursprungsplan an den Gemeindestraßen bleiben von der 4. Änderung unberührt.</p> <p>Es wird folgender Hinweis in der Planzeichnung ergänzt: Beim Aufstellen von Außenwerbeanlagen sind die Vorgaben der RAST. 06 hinsichtlich der freizuhaltenden Verkehrs- und Sicherheitsräume an der K 133 zu beachten.</p> <p>Vor Satzungsbeschluss der 4. Änderung des Bebauungsplanes wird die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg über die Abwägungsentscheidung informiert.</p> <p>Die 3. und 4. Änderung des Bebauungsplanes wird in zweifacher Ausfertigung nach Satzungsbeschluss übersandt.</p>
3	<p>NLD Abteilung Archäologie Stützpunkt Oldenburg Ofener Str. 15 26121 Oldenburg  15.06.2015 <b>Stellungnahme im Zuge von § 4 (2) BauGB</b></p>	<p>Seitens der <b>Archäologischen Denkmalpflege</b> werden zu o. g. Planungen folgende Anregungen vorgetragen:</p> <p>In dem Plangebiet wurde 1958 eine Geröllkeule (Rastede, FStNr. 124) bei Gartenarbeiten gefunden.</p> <p>Da weitere archäologische Funde und Befunde nie auszuschließen sind, sollte der in den Planunterlagen bereits enthaltene Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden bei Erdarbeiten besonders beachtet werden.</p>	<p>Der Hinweis über den archäologischen Fund im Plangebiet wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis Nr. 1 weist ausreichend auf die Meldepflicht von Bodenfunden hin. Eine weitere Ausführung in den Hinweisen ist somit nicht erforderlich.</p>
4	<p>IHK Oldenburg  16.06.2015</p>	<p>Die Gemeinde Rastede verfolgt mit der Aufstellung der oben genannten Bauvorschrift (im Folgenden „Satzung“ genannt) unter anderem das Ziel, die bereits für innerörtliche Bereiche von Rastede vorhandene gemeindliche Werbeanlagensatzung für die Raiffeisenstraße auszudehnen.</p>	<p>Die Ziele der 4. Änderung sind richtig dargestellt.</p>



Gemeinde Rastede  
4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61

Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
		<p>Die Aufstellung einer Außenwerbesatzung ist grundsätzlich zu befürworten, wenn das Ziel verfolgt wird, die Erhaltung und Qualifizierung der städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten einer Gemeinde mit der qualitativen Aufwertung der Werbemöglichkeiten für die Gewerbetreibenden zu verbinden.</p> <p>Im Jahr 2014 wurde die Aufstellung der bestehenden Werbeanlagensatzung mit dem Handels- und Gewerbeverein (HGV) Rastede e. V. abgestimmt. Der HGV Rastede e. V. hat seinerzeit keine Einwände gegen den beabsichtigten Regelungsinhalt der Satzung geltend gemacht.</p> <p>Unseren Informationen zufolge wurde der HGV Rastede e. V. aktuell nicht in die Aufstellung der Werbeleitsatzung für die Raiffeisenstraße mit einbezogen. Dies halten wir jedoch für erforderlich. Der HGV sollte in den weiteren Erarbeitungsprozess der Satzung einbezogen werden.</p>	<p>Mit der 4. Änderung wird unter anderem das Ziel zur Erhaltung und Qualifizierung der städtebaulichen und gestalterischen Qualitäten der Gemeinde Rastede mit qualitativer Aufwertung der Werbemöglichkeiten für die Gewerbetreibenden verfolgt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Handels- und Gewerbeverein (HGV) wurde als Träger öffentlicher Belange bei der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 nicht beteiligt.</p> <p>Die vorhandene Satzung zur Regelung der Außenwerbung der Gemeinde Rastede für Teile des Gemeindegebietes wurde im Jahr 2014 aufgestellt, unter anderem auch unter Beteiligung des HGVs. Bis kurz vor Satzungsbeschluss fiel der überwiegende Bereich der Raiffeisenstraße mit in den Geltungsbereich hinein. Damals hatte der HGV weder Bedenken gegen die Regelung zur Außenwerbesatzung an sich, noch zur Anwendung auf die Raiffeisenstraße geäußert. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes übernimmt die Festsetzungen und Ziele der Werbesatzung und weitet diese, wie ursprünglich auch vorgesehen, nun auch auf die Raiffeisenstraße aus.</p> <p>Da der HGV im vergangenen Jahr keine Einwände gegen die Satzung geltend gemacht hat, geht die Gemeinde Rastede nicht davon aus, dass die in dieser 4. Änderung dieses Bebauungsplanes getroffenen Festsetzungen dem Interesse des HGVs entgegenstehen. Daher wird es als nicht notwendig gesehen, den HGV im Nachgang an das Verfahren zu beteiligen.</p>
<p><b>Keine Anregungen und Bedenken hatten:</b></p> <p>1.</p>			





Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
1	Bürger Nr. 1 02.06.2015	<p><b>Der Ort Rastede, insbesondere der Ortskern „schafft sich ab“ städtebaulich gesehen.</b></p> <p><b>Die textliche Änderung Nr. 4 des Bebauungsplanes Nr. 61 für den Teilbereich Raiffeisenstraße bringt Festsetzungen, die sich vollkommen von der vorhandenen baulichen Situation abwenden:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ die vorhandenen alten Häuser aus der Jahrhundertwende stehen „giebelständig“ zur Verkehrsstraße in einer Breite von 10 bis 12 m mit dazwischen liegenden Freiräumen.</li><li>➤ die Festsetzungen von „Bandbreiten der Traufhöhe“ und „Bandbreite der Dachneigungen“ im B. Plan Nr. 61 von 1990 werden ersatzlos aufgehoben.</li></ul> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ damit ist auch die alte ausführliche Begründung – u. a. zur „Sicherung der überkommenden Baustruktur“ wie dort genannt – überholt.</li></ul>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>In den letzten Jahren wurden im Gemeindegebiet Gebäude realisiert, die sich in der Höhenentwicklung der bestehenden Strukturen nicht einordnen ließen. Durch die Festsetzung einer maximalen Gebäudehöhe bei zwei Vollgeschossen ist das seitens der Gemeinde gewünschte Bild einer einheitlichen Höhenentwicklung erreichbar.</p> <p>Das städtebauliche Erscheinungsbild und die Höhenentwicklung ist auch im Zusammenhang mit den angrenzenden Bereichen zu betrachten und zu entwickeln. Der nordöstliche Bereich der Raiffeisenstraße ist aufgrund seiner Funktion und Lage dem Ortskern zuzuordnen. Dort, aber auch im Plangebiet, sind bereits recht unterschiedliche Trauf- und Firsthöhen vorhanden. Eine zu starke Einschränkung würde der heutigen Situation nicht mehr gerecht werden. Die Raiffeisenstraße übernimmt bereits Ergänzungsfunktionen der zentralen Versorgungsfunktion und soll in dieser Funktion zukünftig auch weiter gestärkt werden. Dazu muss jedoch die Möglichkeit eingeräumt werden, die Gebäude entsprechend ihrer Funktion entwickeln zu können. Von der relativ einschränkenden Festsetzung zur Spanne von Traufhöhen wird daher abgesehen und nur eine maximale Firsthöhe festgelegt. So ist eine flexible Gestaltung der Gebäude möglich, um sie funktional auf ihre Bedürfnisse hin ausgerichtet errichten bzw. umbauen zu können.</p> <p>Die Festsetzung einer maximalen Firsthöhe ermöglicht den Bauherren mehr Gestaltungsspielräume ohne sich von dem übergeordneten Ziel einer harmonischen Gebäudehöhe in diesem Bereich zu verabschieden. Gleichzeitig kann die heutige Zielsetzung, die Versorgungsfunktion der Raiffeisenstraße zu stärken, verfolgt werden.</p>



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<b>Planungsrechtliche Vorgaben</b> <b>Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
		<ul style="list-style-type: none"><li>➤ die neuen geplanten Änderungen Nr. 4 (§ 2. Punkt 2.1) fordern zwar Hauptgebäude mit einem geneigten Dach, dieses darf jedoch auch nur 15 Grad betragen, ist also kaum sichtbar, einem Flachdach ähnlich.</li><li>➤ entscheidend ist auch, dass bereits im vorhandenen B. Plan Nr. 61 Gebäudekörper zulässig sind, die nicht mehr giebelständig sondern mit einer Breitseite von 30 bis 40 m entlang der Verkehrsfläche erbaut werden können.</li></ul> <p><b>Ich erhebe Bedenken:</b></p> <p><b>1.</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ gegen die fehlende Bestandsaufnahme. Es wird in keiner Weise auf die wesentlichen städtebaulichen Merkmale des Planbereiches eingegangen. Hierzu gehört die noch im großen Umfang vorhandene historische Bausubstanz, die das Bild der Raiffeisenstraße in diesem Teilbereich bestimmt und entscheidend prägt.</li></ul> <p>Sie basiert – insbesondere auf der Nordseite – auf dem freistehenden giebelständigen Ein- oder Zweifamilienhaus, vielfach mit verzierter Fenstergestaltung, entwickelt im 19. Jahrhundert. Die alten Festsetzungen des B. Planes Nr. 61 haben diese Gegebenheiten durch eine ausführliche Bestandsaufnahme und durch Festsetzungen von Trauf- und Dachneigungen berücksichtigt. Sie werden durch die 4. Änderung des B. Planes Nr. 61 ersatzlos aufgehoben, und damit ist auch die alte Bestandsaufnahme im B. Plan Nr. 61 ohne Belang.</p>	<p>Durch die Festsetzung einer Dachneigung von mindestens 15 ° wird die Möglichkeit erhöht, Systeme für erneuerbare Energien zu installieren. Zudem sind flache Dachformen gegenüber steileren Dächern deutlich kompakter und verlieren somit weniger Wärme. Im Sinne des Klimaschutzes sind aus energetischen Gründen flachere Dächer zu bevorzugen. Zudem verfügen viele moderne Baustile über recht flache Dächer zwischen 15° und 25°. Die Gemeinde muss und will den verändernden Ansprüchen der Zeit gerecht werden und räumt den Bauherren daher auch einen größeren Spielraum ein, ihre Bauvorhaben umzusetzen.</p> <p>Moderne Baustile fordern eine flache Dachneigung. Außerdem sollen in der Raiffeisenstraße auch den Bauherren eine größere Freiheit in der Gestaltung ihres Objektes gegeben werden. Insbesondere moderne</p> <p>Vor Inkrafttreten des Ursprungsbebauungsplanes Anfang der 1990er Jahre ließ sich eine einheitliche giebelständige Ausrichtung der Gebäude bereits nicht mehr erkennen, sodass diese nicht Gegenstand der Planung wurden und auch nicht Gegenstand der 4. Änderung werden.</p> <p>Die Begründung verfügt über eine Bestandsaufnahme und beschreibt die Situation vor Ort. Diese wird um die Gebäudestellung ergänzt.</p> <p>Die historische Bausubstanz ist bereits durch Bauten aus den 60er/70er Jahren sowie durch Bauten aus der jüngeren Vergangenheit unterbrochen. Die historischen Gebäude genießen Bestandschutz und werden durch die Festsetzungen der 4. Änderung nicht beeinträchtigt.</p> <p>Die Gemeinde sieht derzeit keinen Anlass, die bestehenden städtebaulichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 61, die sich auf die nachstehend angesprochenen Aspekte beziehen, zu ändern oder zu ergänzen.</p>



Gemeinde Rastede  
4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<b>Planungsrechtliche Vorgaben</b> <b>Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
		<p>2.</p> <p>➤ gegen die fehlende Abwägung der geplanten Änderung Nr. 4 mit dem vorhandenen städtebaulichen Bild der giebelständig zur Straße stehenden Einzelgebäude. Es wird in Kauf genommen, dass Gebäude mit der Breitseite zur Verkehrsfläche, - wie z. B. an der Raiffeisenstraße 2, am Gang – weiterhin möglich sind. Bei der Vorderfront dieses Hauses entlang der Straße wurde keine Rücksicht genommen auf die nachbarliche Situation des giebelständigen Einzelhauses.</p> <p>3.</p> <p>➤ gegen die Begründung und Abwägungen für das Ziel der Verdichtung, sie sind aus meiner Sicht nicht ausreichend. Eine bauliche Verdichtung entspricht durchaus der heutigen Entwicklung. Bei der Abwägung sollten die städtebaulichen Belange im Hinblick auf das Ortsbild und der Umfang mit der Veränderung vorhandener und schutzwürdiger Bausubstanz (auch außerhalb des Denkmalschutzes) an erster Stelle stehen.</p> <p>An zweiter Stelle können die Belange von Natur und Landschaft folgen. Der Ort Rastede hat wenig an schutzwürdiger Bausubstanz vorzuweisen, daher müssen aus meiner Sicht bauliche und räumliche Zeugnisse der Vergangenheit einbezogen werden. Das trifft in diesem Planbereich zu. Die bauliche Verdichtung sollte nur dann zur Ausführung kommen, wenn schutzwürdige Bausubstanz – hier das giebelständige Einzelhaus mit Freiräumen zwischen den Einzelhäusern – nicht beeinträchtigt wird.</p>	<p>Die Ausrichtung der Gebäude ist nicht Gegenstand der Änderung. Der Ursprungsbebauungsplan wurde 1990 aufgestellt. Dort werden keine Festsetzungen zur Firstrichtung getroffen. Eine Abwägung für den Verzicht auf giebelständige Gebäude ist daher nicht erforderlich.</p> <p>Die Gemeinde räumt dem Ziel einer einheitlichen, aber flexiblen Dachlandschaft gegenüber der Festlegung einer Firsthöhe eine höhere Priorität ein.</p> <p>Ein Grundsatz der Bauleitplanung ist es, mit Grund und Boden sparsam umzugehen (vgl. § 1 a Abs. 2 BauGB). Dies bedeutet, die Inanspruchnahme von zusätzlichen Flächen für die bauliche Nutzung zu verringern. Ziel der Gemeinde ist es daher, zunächst eine verträgliche Innenverdichtung zu fördern, bevor neue Flächen ausgewiesen werden.</p> <p>Der Bereich rings um die Raiffeisenstraße gehört zu den zentralen Bereichen des Ortes Rastede. Dieser verfügt bereits, und auch historisch, über eine höhere Verdichtung als die Randbereiche. Durch den Ursprungsbebauungsplan wird das Maß der baulichen Dichte und somit die maximal zulässige Verdichtung bereits geregelt. In der jüngeren Vergangenheit hat es in diesem Bereich keine Konflikte aufgrund einer zu hohen Verdichtung gegeben. Auch kam es dadurch zu keiner Beeinträchtigung des Ortsbildes. Daher besteht kein städtebaulicher Grund, das Maß der Verdichtung in der 4. Änderung neu zu regeln.</p> <p>(Anhand der bestehenden Festsetzung von großzügigen nicht überbaubaren Flächen zwischen Straßenbegrenzungslinie und Baukörper wird eine Vorgartensituation geschaffen, die optisch die Verdichtung auflockert und weiter an dörfliche Strukturen erinnert.)</p> <p>Der Schutz der historischen Bausubstanz obliegt der Denkmalschutzbehörde. Durch den Bebauungsplan werden jedoch keine Festsetzungen getroffen, die die bestehende Bebauung gefährdet.</p> <p>Bei einer möglichen Verdichtung/Umbau der historischen Bausubstanz wird die Denkmalschutzbehörde beteiligt.</p>



Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
		<p>Ich rege daher an:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1.<ul style="list-style-type: none"><li>➤ in einer Zone von circa 10 bis 12 m Tiefe entlang der Verkehrsfläche die überbaubaren Flächen – mit Bezug auf die vorhandenen Grundstücksbreiten – auf 10 bis 12 m zu begrenzen. Dazwischen müssten die Festsetzungen der Freiflächen entsprechend ergänzt werden. Dadurch kann dem vorhandenen städtebaulichen Bild es Einzelhauses mit dazwischen liegenden Freiräumen entlang der Straßenfront entsprochen werden.</li></ul></li><li>2.<ul style="list-style-type: none"><li>➤ in der unter Punkt 1 genannten Zone – im Hinblick auf die Baugestaltung – nur giebelständig zur Straße stehende Gebäude zuzulassen, die in der Vorderfront durch senkrecht betonte Fenster gegliedert sind. Die Mindest-Dachneigung ist in dieser Zone auf 30 Grad zu erhöhen.</li></ul></li><li>3.<ul style="list-style-type: none"><li>➤ Im rückwärtigen Bereich kann die 4. Änderung mit Aufhebung von Trauf- und Dachneigungen bestehen bleiben, wobei auch die Festsetzung einer Mindest-Neigung von 15 Grad aufgegeben werden könnte. Ein Baugestaltungsgedanke ist in dieser Festsetzung nicht erkennbar, da diese kleine Neigung gar nicht wahrnehmbar ist, sie wirkt fast wie ein Flachdach.</li></ul></li><li>4.<ul style="list-style-type: none"><li>➤ im rückwärtigen Bereich die überbaubaren Flächen – wie im B. Plan Nr. 61 festgesetzt – zu übernehmen. Hier ist eine Verdichtung der Bausubstanz vertretbar.</li></ul></li></ol>	<p>Die Ausrichtung der Gebäude ist nicht Gegenstand der Änderung. Die Frage der Giebelständigkeit bzw. Festlegung einer Firstrichtung ist weder im Ursprungsbebauungsplan städtebauliches Ziel gewesen noch in der 4. Änderung. Die vorhandenen Grundstücke entlang der Raiffeisenstraße verfügen über sehr unterschiedliche Breiten und decken ein Spektrum zwischen ca. 10 m bis 30 m ab. Ähnlich verhält es sich mit der straßenzugewandten Seite der Gebäude. Somit lässt sich die Festsetzung von einheitlichen Gebäudebreiten aus städtebaulicher Sicht nicht begründen, zumal die Breite von 10-12 m bereits heute bei vielen Gebäuden überschritten ist. Die Freiräume zwischen den Grundstücken werden durch nicht überbaubare Flächen im Ursprungsplan gesichert. Bei der Änderung des Bebauungsplanes handelt es sich um einen Plan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB. Eine verträgliche Verdichtung ist gewünscht.</p> <p>Der Anregung wird nicht entsprochen, da diese nicht der Zielsetzung der Änderung entspricht.</p> <p>Die Gemeinde verbleibt bei ihrer Zielsetzung. Die gesamte Dachneigung stellt ein Mindestmaß dar und ist entsprechend flexibel anwendbar.</p> <p>Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 beinhaltet nur textliche Festsetzungen. Die überbaubaren Flächen sind von der Planung unberührt.</p>



Gemeinde Rastede  
4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61

Nr.	Private Einwender/in Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
		<p>5.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ entlang der Verkehrsfläche, falls noch nicht erfolgt, eine Baulinie festzusetzen, um der vorhandenen Situation zu entsprechen.</li></ul> <p>6.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ zu prüfen, ob bei Neubauten entlang der straßenseitigen Grundstücksgrenze das Anpflanzen einer mindestens 1 m hohen Hecke (mit Ein- und Ausfahrten) gefordert werden könnte. Eine private Hecke ergänzt die bereits vorhandene Hecken-Gestaltung zwischen Fußweg und Fahrbahn auf der Südseite. Hiermit könnte der zunehmende Straßenverkehr weniger wahrgenommen werden.</li></ul>	<p>Die 4. Änderung des Bebauungsplanes umfasst keine zeichnerischen Darstellungen. Zudem ist die Neuregelung der Stellung der Gebäude ist nicht Zielsetzung der Änderung.</p> <p>Die Begrünung des Plangebiets ist nicht Gegenstand der Änderung. Zum einen entspricht eine durchgehende Heckenbepflanzung nicht der vorhandenen Situation vor Ort und zum anderen wird durch die großzügigen (5 m breiten) nicht überbaubaren Bereiche entlang der Verkehrspartellen die Anlange von Gartenbereichen bereits „erzwungen“. Die Gestaltung der Vorgärten bleibt den Eigentümern überlassen.</p>

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2015/105**freigegeben am **24.06.2015****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

**Datum: 17.06.2015****Aufstellung Bebauungsplan 105 - Südlich Schloßpark III****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

**Beschlussvorschlag:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 06.07.2015 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan 105 – Südlich Schloßpark III mit Begründung und Umweltbericht sowie die örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans 105 soll der anhaltend hohen Nachfrage nach Baugrundstücken begegnet werden, indem nördlich des Loyer Weges zwischen Buchen- und Emsoldstraße ein Baugebiet mit ca. 45 Grundstücken ermöglicht wird (vgl. Vorlage 2015/010 und 2015/053).

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind Anregungen zu der vorliegenden Planung lediglich vom Landkreis Ammerland (u. a. Hinweise zum Umgebungsschutz Denkmal Schloßpark), vom OOWV und Kabel Deutschland (beide Hinweise zu Erschließungsarbeiten) eingebracht worden. Auf die Belange des benachbarten Reiterhofs wurde aufgrund der rechtlichen Vorgaben zum Normenkontrollverfahren (§ 47 Abs. 2a VwGO) erneut hingewiesen, ernsthafte Bedenken gegen die Bauleitplanung wurden jedoch nicht erhoben.

Insgesamt liegen keine wesentlichen Stellungnahmen vor, sodass nunmehr der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

**Anlagen:**

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Umweltbericht
4. Abwägungsvorschläge



# Gemeinde Rastede

## Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

### mit örtlichen Bauvorschriften



#### TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1, WA2) gem. § 4 BauNVO sind die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 4 (3) BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 (6) Nr. 1 BauNVO).
- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1, WA2) sind je Wohngebäude maximal zwei Wohnungen zulässig. Besteht ein Baukörper aus zwei selbstständig benutzbaren Gebäuden, sind je Baukörper insgesamt maximal zwei Wohnungen zulässig, je Doppelhaushälfte ist maximal eine Wohnung zulässig (§ 9 (1) Nr. 6 BauGB).
- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1, WA2) ist eine Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl um bis zu 30 % zulässig (§ 19 (4) BauNVO).
- Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1, WA2) gelten für bauliche Anlagen folgende Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO):  
Oberer Bezugspunkt:  
a) Traufhöhe (TH): Schnittkante zwischen den Außenflächen des aufgehenden Mauerwerks und der Dachhaut  
b) Firsthöhe (FH): Obere Firstkante  
c) Oberkante Fertigfußboden (OKFF): Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens  
Unterer Bezugspunkt: Straßenoberkante (Fahrbahnhmitte) der nächsten Erschließungsstraße
- Auf den straßenseitigen, nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Garagen und überdachte Stellplätze (Carparks) gem. § 12 (6) BauNVO und Nebenanlagen in Form von Gebäuden gemäß § 14 (1) BauNVO nicht zulässig. Hiervon ausgenommen sind die nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“.
- Innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Spielplatz" gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB ist die Anlage einer Ortnetzstation mit einer maximal zulässigen Grundfläche (GR) von 25 m² zulässig (§ 9 (1) Nr. 12 BauGB).
- Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB sind Garagen und Stellplätze gem. § 12 (6) BauNVO nicht zulässig.
- In der festgesetzten abweichenden Bauweise (a) gem. § 22 (4) BauNVO sind die Gebäude mit seitlichem Grenzabstand als Einzelhäuser und Doppelhäuser bis zu einer Länge von max. 25,00 m zulässig. Hausgruppen sind nicht zulässig. Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind auf die Gebäudelänge nicht anzurechnen.
- In den mit LPB II und LPB III (Lärmpegelbereich II und III) gekennzeichneten Bereichen innerhalb der festgesetzten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB sind beim Neubau bzw. bei baulichen Veränderungen im Bestand, die einem Neubau gleichkommen, für Wohn- und Aufenthaltsräume im Sinne der DIN 4109 die folgenden erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (R'w res) durch die Außenbauteile (Wandenteil, Fenster, Lüftung, Dachter etc.) einzuhalten:  
Lärmpegelbereich II:  
Aufenthaltsräume von Wohnungen: erf. R'w.res = 30 dB  
Büro Räume u. ähnliches: erf. R'w.res = 30 dB  
Lärmpegelbereich III:  
Aufenthaltsräume von Wohnungen: erf. R'w.res = 35 dB  
Büro Räume u. ähnliches: erf. R'w.res = 30 dB
- Innerhalb der festgesetzten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB sind standortgerechte Gehölzanpflanzungen (Baum-Strauchhecken) aus einheimischen Arten (z.B. Bäume: Eberesche, Hainbuche etc.; Sträucher: Faulbaum, Holunder etc.) nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan Nr. 105 anzulegen und auf Dauer zu erhalten. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.  
Qualitäten:  
Bäume: Heister, 2x verpflanzt, Höhe 125 - 150 cm  
Sträucher: leichte Sträucher, 1 x verpflanzt, Höhe 70 - 90 cm
- Innerhalb der Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB ist der vorhandene Gehölzbestand zu schützen, zu pflegen und auf Dauer zu erhalten. Abgänge oder Beseitigungen auf Grund einer Befreiung sind adäquat zu ersetzen. Dies gilt auch für die festgesetzten Einzelbäume.
- Innerhalb der festgesetzten Fläche zum Erhalt und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a-b BauGB ist das vorhandene Gehölz zu erhalten und durch standortgerechte Gehölzanpflanzungen (Baum-Strauchhecken) aus einheimischen Arten (z.B. Bäume: Eberesche, Hainbuche etc.; Sträucher: Faulbaum, Holunder etc.) nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan Nr. 105 zu ergänzen. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.
- Innerhalb der besonders gekennzeichneten, nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der festgesetzten Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB sind zum Schutz der angrenzenden Gehölzstrukturen gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig (Maßnahmenflächen).

#### NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

- Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes befinden sich gem. § 22 (3) NAGBNatSchG geschützte Wallhecken.

#### HINWEISE

- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohle- ansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 (1) des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutz-behörde des Landkreises Ammerland oder dem Nds. Landesamt für Denkmalpflege, Stützpunkt Oldenburg, Offener Straße 15, 26121 Oldenburg, Tel.: 0441/ 799-2120 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 (2) des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet. Sämtliche Erdarbeiten im Geltungsbereich bedürfen einer denkmal-rechtlichen Genehmigung gem. § 13 NDSchG, diese kann verwehrt werden oder mit Auflagen verbunden sein.
- In der Umgebung des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 105 befinden sich Baudenkmale („Hirschor“, „Schlosspark“). Sämtliche Baumaßnahmen in der Umgebung eines Baudenkmals, die dessen Erscheinungsbild beeinflussen können, bedürfen gem. § 10 (1) Nr. 4 NDSchG einer denkmal-rechtlichen Genehmigung.
- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Alttablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu benachrichtigen.
- Sollten bei den Bau- und Erdarbeiten Kampfmittel (Granaten, Panzerfausten, Minen etc.) gefunden werden, sind diese umgehend dem Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) zu melden.
- Die in der textlichen Festsetzung Nr. 9 angeführte DIN-Vorschrift ist beim Baumart der Gemeinde Rastede einzuhalten.
- Es ist die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bauutzungsverordnung - BauNVO 1990) anzuwenden.

#### ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN gem. § 84 NBauO

- Der räumliche Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften Nr. 2 bis Nr. 3 umfasst die im Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1). Der räumliche Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschrift Nr. 4 umfasst die im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA2). Der räumliche Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften Nr. 5 bis Nr. 7 umfasst die im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete WA1 und WA2.  
Dies gilt nicht für:  
- Dachgauben, Dachkerker, Krüppelwalme, Wintergärten,  
- Terrassenvorbauten, Windfänge, Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppen, Erker, Balkone, sonstige Vorbauten und andere vortretende Gebäudeteile, wenn diese insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und wenn sie untergeordnet sind sowie  
- Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in Form von Gebäuden
- Innerhalb der im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1) sind die Dächer der Hauptgebäude als Sattel-, Walme- oder Krüppelwalmdach mit einer sichtbaren Dachneigung von  $\geq 30^\circ$  zu errichten. Die Dachflächen sind mit gleichen Dachneigungen symmetrisch zur Giebelachse auszubilden.  
Dies gilt nicht für:  
- Dachgauben, Dachkerker, Krüppelwalme, Wintergärten,  
- Terrassenvorbauten, Windfänge, Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppen, Erker, Balkone, sonstige Vorbauten und andere vortretende Gebäudeteile, wenn diese insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und wenn sie untergeordnet sind sowie  
- Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in Form von Gebäuden
- Innerhalb der im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1) sind als Dachaufbauten nur Giebelgauben und Schleppgauben zulässig. Die Dachgauben dürfen eine Gesamtbreite von 1/3 der Trauflänge des Gebäudes nicht überschreiten. Der seitliche Abstand der Gauben untereinander sowie zur äußeren Dachkante (Ortgang) muss mindestens 0,80 m betragen. Überaneinanderliegende Gauben sind nicht zulässig. Die Dachaufbauten einer Dachfläche sind in Form, Gestaltung, Abmessung und Material identisch auszuführen. Der Abstand der Dachaufbauten zur Dachkante (Ortgang) sowie untereinander ist symmetrisch anzuordnen. Die Dachgauben sind von der Traufkante abgesetzt und symmetrisch anzuordnen.
- Innerhalb der im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA2) sind die Dächer der Hauptgebäude ausschließlich als geneigte Dächer mit einer sichtbaren Dachneigung von  $\geq 20^\circ$  zu errichten. Dies gilt nicht für:  
- Dachgauben, Dachkerker, Krüppelwalme, Wintergärten,  
- Terrassenvorbauten, Windfänge, Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppen, Erker, Balkone, sonstige Vorbauten und andere vortretende Gebäudeteile, wenn diese insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und wenn sie untergeordnet sind sowie  
- Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in Form von Gebäuden
- Innerhalb der im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1 und WA2) sind glasierte und sonstige reflektierende Dachendeckungen nicht zulässig.
- Gemäß § 84 (3) Nr. 4 NBauO sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes oberirdische Freileitungen (Niederspannungs- und Fernmeldeleitungen) nicht zulässig.
- Ordnungswidrig handelt nach § 80 (3) NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Nr. 1 bis 6 dieser örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt. Gemäß § 80 (5) NBauO können Ordnungswidrigkeiten nach § 80 (3) NBauO mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

#### PRÄAMBEL UND ERGÄNZUNGEN

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sowie § 84 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in den jeweils aktuellen Fassungen hat der Rat der Gemeinde Rastede diesen Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III", bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen sowie den örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen.

Rastede, den .....

Bürgermeister

#### VERFAHRENSVERMERKE

##### PLANUNTERLAGE

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte  
Maßstab: 1:1.000  
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung,

© 2015



Landesamt für Geoinformation  
und Landesvermessung Niedersachsen  
Regionaldirektion Oldenburg-Oldenburg

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 10.04.2015). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Rastede, den .....

Dipl. Ing. Alfred Menger  
(Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur)

(Siegel)

(Unterschrift)

##### PLANVERFASSER

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" mit örtlichen Bauvorschriften wurde ausgearbeitet vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach.

Rastede, .....

Dipl. Ing. O. Mosebach  
(Planverfasser)

##### AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am ..... die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" mit örtlichen Bauvorschriften beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB am ..... ortsüblich bekanntgemacht.

Rastede, .....

Bürgermeister

##### ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am ..... dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" mit örtlichen Bauvorschriften und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" mit örtlichen Bauvorschriften und der Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden, umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom ..... bis zum ..... gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rastede, .....

Bürgermeister

##### SATZUNGSBESCHLUSS

Der Rat der Gemeinde Rastede hat den Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" mit örtlichen Bauvorschriften nach Prüfung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am ..... als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Rastede, .....

Bürgermeister

##### BEKANNTMACHUNG

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" mit örtlichen Bauvorschriften ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ..... ortsüblich bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ..... in Kraft getreten.

Rastede, .....

Bürgermeister

##### VERLETZUNG VON VORSCHRIFTEN

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" mit örtlichen Bauvorschriften ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Rastede, .....

Bürgermeister

##### BEGLAUBIGUNG

Diese Ausfertigung des Bebauungsplanes Nr. 105 "Südlich Schloßpark III" mit örtlichen Bauvorschriften stimmt mit der Urschrift überein.

Rastede, .....

Bürgermeister

#### PLANERISCHER ERGÄNZUNGEN

Anlage 1 zu Vorlage 2015/105

##### 1. Art der baulichen Nutzung

WA Allgemeines Wohngebiet (WA)  
max. 2 WO Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden

##### 2. Maß der baulichen Nutzung

0,35 Grundflächenzahl (GRZ)  
I Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z. B. I  
TH  $\leq 4,50$  m Traufhöhe als Höchstmaß  
FH  $\leq 9,50$  m Firsthöhe als Höchstmaß  
OKFF  $\leq 0,30$  m Oberkante Fertigfußboden als Höchstmaß

##### 3. Bauweise, Baugrenzen

nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig  
 abweichende Bauweise  
 Baugrenze

##### 4. Verkehrsflächen

öffentliche Straßenverkehrsfläche  
 Straßenbegrenzungslinie  
 Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg  
 Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung: Bushaltestelle  
- - - Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

##### 5. Grünflächen

private Grünfläche  
 öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Spielplatz"

##### 6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Erhaltung von Einzelbäumen  
 Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen  
 Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen  
 Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

##### 7. Sonstige Planzeichen

Fläche für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG  
 Lärmpegelbereiche (LPB) gem. DIN 4109, z.B. LPB III  
 nicht überbaubare Grundstücksflächen, auf denen Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig sind, s. textliche Festsetzung Nr. 13  
 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

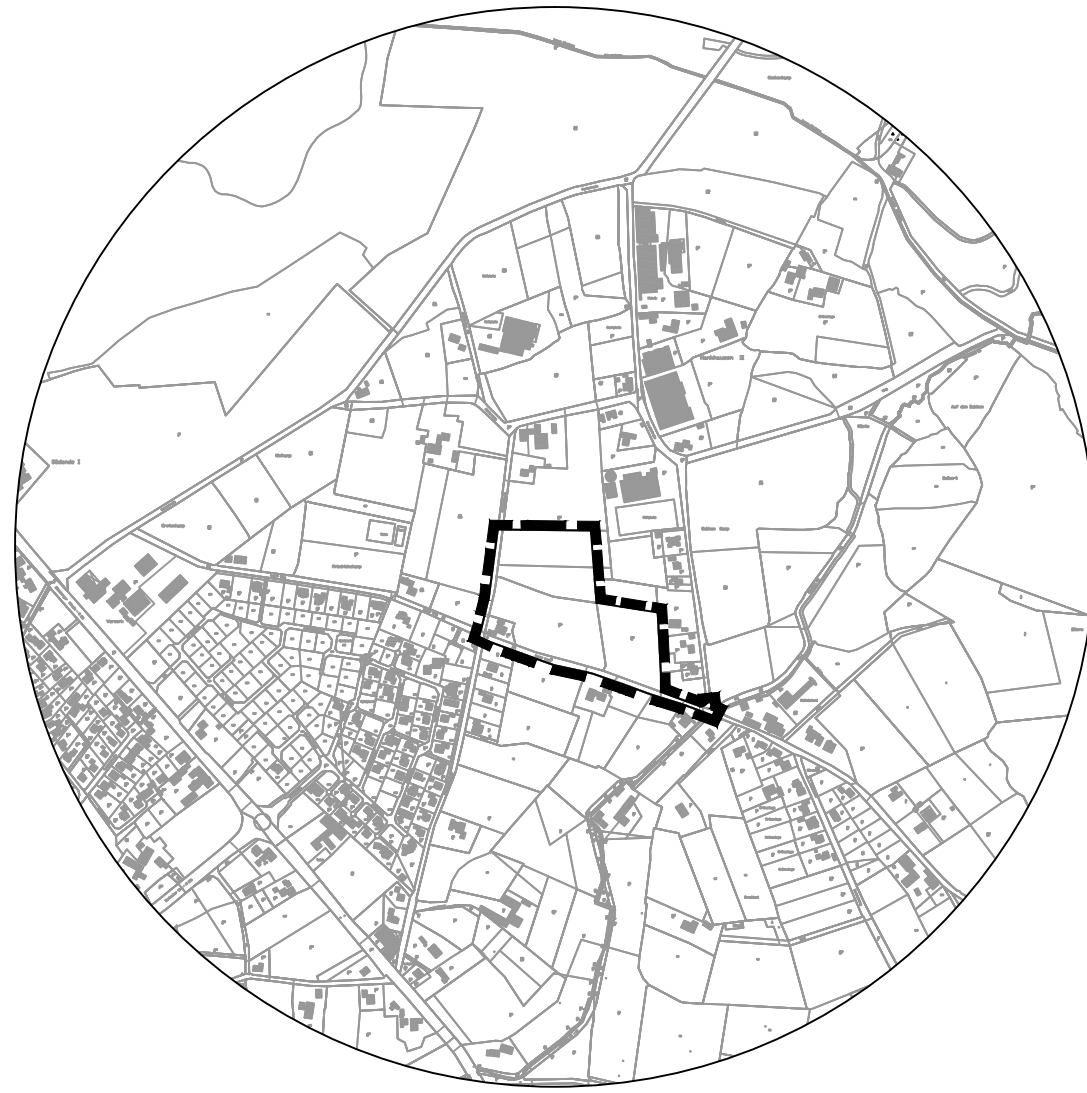
## Gemeinde Rastede

### Landkreis Ammerland

## Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

### mit örtlichen Bauvorschriften

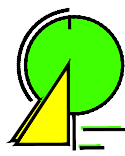
Übersichtsplan unmaßstäblich



Diekmann & Mosebach

Regionalplanung Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40





# GEMEINDE RASTEDE

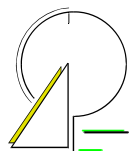
Landkreis Ammerland



## Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“

mit örtlichen Bauvorschriften

### Begründung (Teil I)



# INHALTSÜBERSICHT

## TEIL I: BEGRÜNDUNG

<b>1.0</b>	<b>ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG</b>	<b>1</b>
<b>2.0</b>	<b>RAHMENBEDINGUNGEN</b>	<b>2</b>
2.1	Kartenmaterial	2
2.2	Räumlicher Geltungsbereich	2
2.3	Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation	2
<b>3.0</b>	<b>PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE</b>	<b>2</b>
3.1	Landesraumordnungsprogramm (LROP)	2
3.2	Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)	2
3.3	Vorbereitende Bauleitplanung	3
3.4	Verbindliche Bauleitplanung	3
<b>4.0</b>	<b>ÖFFENTLICHE BELANGE</b>	<b>3</b>
4.1	Belange von Natur und Landschaft	3
4.2	Verkehrslärmimmissionen	4
4.3	Geruchsimmissionen	5
4.4	Belange der Wasserwirtschaft	5
4.5	Soziale Belange/ Versorgung des Gebietes mit Spielplätzen	6
4.6	Belange des Denkmalschutzes	6
4.7	Altablagerungen/ Kampfmittel	7
<b>5.0</b>	<b>INHALT DES BEBAUUNGSPLANES</b>	<b>7</b>
5.1	Art der baulichen Nutzung	7
5.2	Maß der baulichen Nutzung	8
5.3	Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	8
5.4	Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden	9
5.5	Verkehrsflächen	9
5.5.1	Straßenverkehrsflächen	9
5.5.2	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg	10
5.5.3	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt	10
5.6	Private und öffentliche Grünflächen	10
5.7	Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen	10
5.8	Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	11
5.9	Erhaltung und Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	11
<b>6.0</b>	<b>ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN</b>	<b>12</b>
<b>7.0</b>	<b>VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR</b>	<b>14</b>
	<b>VERFAHRENSGRUNDLAGEN / -ÜBERSICHT / -VERMERKE</b>	<b>16</b>
	Rechtsgrundlagen	16
	Verfahrensübersicht	16
	Aufstellungsbeschluss	16
	Beteiligung der Öffentlichkeit	16
	Öffentliche Auslegung	16
	Satzungsbeschluss	16
	Planverfasser	17

## 1.0 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Angesichts der aktuellen Nachfragesituation nach attraktiven Wohnbauflächen innerhalb der Gemeinde Rastede, beabsichtigt die Gemeinde weitere Baugrundstücke im Bereich des Loyer Wegs zu erschließen und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“ mit örtlichen Bauvorschriften auf.

Bei dem Plangebiet mit einer Flächengröße von ca. 4,5 ha handelt es sich um den dritten Bauabschnitt der über die 51. Flächennutzungsplanänderung planungsrechtlich vorbereiteten ca. 19 ha großen Wohnbaufläche „Südlich Schloßpark“. Die Gebietsentwicklung für den ersten und zweiten Bauabschnitt erfolgte bereits über die Bebauungspläne Nr. 93A (2012) und Nr. 93B (2013). Hier stehen keine freien Baugrundstücke mehr zur Verfügung. Die erst im Jahr 2014 über den Bebauungsplan Nr. 99A erschlossenen Grundstücke im nahegelegenen Neubaugebiet an der Straße „Am Stratjebusch“ sind ebenfalls bereits verkauft oder reserviert. Angesichts der anhaltend hohen Nachfrage nach Baugrundstücken für eine regionaltypische Einzel- und Doppelhausbebauung soll nunmehr der dritte Bauabschnitt des Plangebietes „Südlich Schloßpark“ nördlich des Loyer Wegs konkret erschlossen werden. Alternative Entwicklungsflächen mit vergleichbarer städtebaulicher Qualität stehen der Gemeinde Rastede aktuell nicht zur Verfügung.

Planungsziel des Bebauungsplanes Nr. 105 ist die Entwicklung eines allgemeinen Wohngebietes (WA) für eine ortstypische Einzel- und Doppelhausbebauung, die sich behutsam in den lokalen Siedlungskontext einfügt und im Hinblick auf die sensible Siedlungsrandlage eine verträgliche Ortsrandsituation bildet. Dieses geschieht durch eine maßvolle, an den Bestandsstrukturen orientierte Festsetzung von Art und Maß der baulichen Nutzung sowie unter weitgehendem Erhalt des im Plangebiet befindlichen, Ortsbildprägenden Gehölzbestandes. In Ergänzung dazu werden zur weiteren Eingrünung und verträglichen Einbindung des Areals in die umliegenden Siedlungs- und Landschaftsstrukturen durchgängige Pflanzstreifen festgesetzt. Zur Steuerung einer Ortsverträglichen Baugestaltung werden örtliche Bauvorschriften zur Dachneigung formuliert, die für die Wohngebiete im Randbereich um Regelungen zur Dachform, Dacheindeckung sowie zu Dachaufbauten ergänzt werden. Für die infrastrukturelle Anbindung des Wohngebietes ist ausgehend vom Loyer Weg und der Buchenstraße die Anlage von internen Erschließungsstraßen vorgesehen. Eine direkte Anbindung der Grundstücke über den Loyer Weg erfolgt nicht.

Insgesamt sollen mit dem Bebauungsplan Nr. 105 die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein attraktives Wohngebiet mit hoher Wohn- und Aufenthaltsqualität geschaffen werden, welches sich verträglich in den vorhandenen Siedlungs- und Landschaftsraum einfügt. Über den Erhalt der Wallheckenstrukturen im Plangebiet werden drei kleine Wohnquartiere geschaffen, die über die Anlage von Fuß- und Radwegen miteinander verbunden sind. Die Anlage eines Spielplatzes im nördlichen Bereich trägt künftig zur Verbesserung des Angebotes an Spielmöglichkeiten im gesamten Neubaugebiet „Südlich Schloßpark“ bei. Insgesamt lassen sich innerhalb der Entwicklungsfläche ca. 46 weitere Baugrundstücke realisieren.

In der Abwägung gem. § 1 (7) BauGB sind gleichermaßen die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1 (6) Nr. 7 BauGB i. V. m. § 1a BauGB zu berücksichtigen. Diese werden im Umweltbericht gem. § 2a BauGB zum Bebauungsplan Nr. 105 umfassend beschrieben und bewertet. Für die unvermeidbaren, erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter und ihrer Funktionen werden im Rahmen dieser Bauleitplanung Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgelegt. Die artenschutzrechtlichen Belange zum Planvorhaben werden ebenfalls berücksichtigt (vgl. Kap. 4.1).

## **2.0 RAHMENBEDINGUNGEN**

### **2.1 Kartenmaterial**

Die Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 105 wurde auf der Grundlage des vom Vermessungsbüro Alfred Menger, Westerstede zur Verfügung gestellten Kartenmaterials im Maßstab 1 : 1000 erstellt.

### **2.2 Räumlicher Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes umfasst eine ca. 4,5 ha große Fläche nördlich des Loyer Wegs und östlich der Buchenstraße. Die konkrete Abgrenzung sowie die Lage im Gemeindegebiet sind der Planzeichnung zu entnehmen.

### **2.3 Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation**

Das Plangebiet ist bislang frei von baulichen Nutzungen und unterliegt derzeit der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung als Grünlandfläche. In den Randbereichen des Planungsraumes sowie im zentralen Bereich befinden sich prägende Gehölzstrukturen in linearer Form. Im Kreuzungsbereich des Loyer Wegs und der Buchenstraße befindet sich bereits ein Wohngebäude (Buchenstraße Nr. 52).

Das städtebauliche Umfeld wird nördlich, westlich und östlich durch die ländlich geprägte Ortsrandlage bestimmt. Unmittelbar südlich sowie südwestlich des Plangebietes schließt das sich in Entwicklung befindliche Neubaugebiet „Südlich Schloßpark“ an (Bebauungspläne Nr. 79A bis Nr. 79E und Nr. 93A und Nr. 93B).

## **3.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE**

### **3.1 Landesraumordnungsprogramm (LROP)**

Nach § 1 (4) BauGB unterliegen Bauleitpläne, in diesem Fall die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 einer Anpassung an die Ziele der Raumordnung. Aus den Vorgaben der übergeordneten Planungen ist die kommunale Planung zu entwickeln bzw. hierauf abzustimmen. Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) aus dem Jahr 2008 (Fortschreibung 2012) werden für das Plangebiet keine gesonderten Festsetzungen getroffen. Der Ort Rastede ist im LROP als Mittelzentrum festgelegt. Grundsätzlich ist die Siedlungsentwicklung auf die zentralörtlichen Bereiche zu konzentrieren. Mit der bedarfsgerechten Ausweitung des Angebots an Wohnbauflächen im Mittelzentrum Rastede wird dieser raumordnerischen Zielaussage entsprochen.

### **3.2 Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)**

Das regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Ammerland liegt aus dem Jahr 1996 vor. Die Gültigkeit des RROP wurde nach einer Prüfung der Aktualität mit Bekanntmachung vom 07.06.2007 für weitere 10 Jahre verlängert. Die Gemeinde Rastede hat hiernach als Standort mit der besonderen Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten für ein über den eigenen Bedarf hinausgehendes Wohnbauflächenangebot Sorge zu tragen. Der Bedarf für die geplante Siedlungsflächenausweisung wurde bereits im Rahmen der 51. Flächennutzungsplanänderung (2012) über eine überschlägige Bedarfsprognose nachgewiesen.

Für das Plangebiet selbst werden im RROP verschiedene Aussagen getroffen. Neben der Darstellung des Bereiches als Vorsorgegebiet für die Landwirtschaft wird die Fläche ferner als Vorsorgegebiet für Natur und Landschaft und als Vorsorgegebiet für Erholung ausgewiesen. Raumbeanspruchende Planungen und Maßnahmen sind hier auf ein notwendiges Maß zu beschränken. Der vorliegende Bebauungsplan sieht die bedarfsgerechte Ausweisung von weiteren Baugrundstücken im Anschluss an den bereits vorhandenen Siedlungsansatz vor. Angesichts der deutlichen Vorprägung des Gebietes werden die für das Gebiet geltenden raumordnerischen Grundsätze nur in geringfügigem Maße berührt. Der Bedeutung des Areals für Natur und Landschaft wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ferner mit dem größtmöglichen Erhalt der im Plangebiet vorhandenen Wallhecken und ortsbildprägenden Einzelbäumen Rechnung getragen. Die Nähe der geplanten Siedlungsfläche zum Schloßpark sowie zu den mittelzentralen Einrichtungen der Gemeinde Rastede bieten optimale Voraussetzungen zur Entwicklung eines attraktiven Wohnstandortes in der Gemeinde Rastede.

### **3.3 Vorbereitende Bauleitplanung**

Für das Plangebiet gelten die Inhalte der 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schloßpark“, die den Bereich als Wohnbaufläche (W) gem. § 1 (1) Nr. 1 BauNVO darstellt. Der vorliegende Bebauungsplan wird folglich aus dem Flächennutzungsplan gem. § 8 (3) BauGB entwickelt.

### **3.4 Verbindliche Bauleitplanung**

Für das Plangebiet liegt derzeit keine verbindliche Bauleitplanung vor. Es ist planungsrechtlich dem Außenbereich gem. § 35 BauGB zuzuordnen.

Die östlich an den Geltungsbereich angrenzenden Wohnnutzungen liegen innerhalb des Geltungsbereichs der rechtsgültigen Außenbereichssatzung „Ortsteil Hankhausen“. Für das südlich und südwestlich angrenzende Baugebiet gelten die Bestimmungen der Bebauungspläne Nr. 79A bis Nr. 79E sowie Nr. 93A und Nr. 93B. In den vorgenannten Bebauungsplänen werden überwiegend allgemeine Wohngebiete (WA) zur Realisierung einer aufgelockerten Einzel- und Doppelhausbebauung festgesetzt. Zur Wahrung ortstypischer Gestaltungsmerkmale von Gebäuden werden örtliche Bauvorschriften formuliert. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 werden die Festsetzungen der angrenzenden Bebauungspläne berücksichtigt.

## **4.0 ÖFFENTLICHE BELANGE**

### **4.1 Belange von Natur und Landschaft**

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege gem. § 1a BauGB sowie die sonstigen umweltbezogenen Auswirkungen des Planvorhabens werden im Rahmen des Umweltberichtes gem. § 2a BauGB zum Bebauungsplan Nr. 105 bewertet. Die Belange des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Landschaftspflege sind so umfassend zu berücksichtigen, dass die Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes, die mit der Realisierung des Bebauungsplanes verbunden sind, sofern möglich vermieden, minimiert oder kompensiert werden können. Über die Entwicklung entsprechender Maßnahmen auf Grundlage der angewandten Eingriffsregelung wird dies im Rahmen der Umweltprüfung geschehen. Über die im Bebauungsplan festgelegten grünordnerischen Maßnahmen (Erhalt von Wallhecken und Einzelbäumen, Anpflanzen von Baum-Strauchhecken in den Randbereichen) kann im Plangebiet nur ein Teilausgleich erzielt werden. Der Großteil der mit dem Planvorhaben verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft ist über den externen Ausgleich zu regeln. Die Gemeinde wird die zur vollständigen Kompensation erforderlichen Ausgleichsflächen mit den hier durchzuführen-

den Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB im gemeindeeigenen Flächenpool umsetzen und nachweisen. Die Kompensation der beeinträchtigten Wallhecken erfolgt über das Wallheckenschutzprogramm des Landkreises Ammerland. Die artenschutzrechtlichen Belange wurden im Rahmen der Umweltprüfung berücksichtigt (vgl. Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 105).

## 4.2 Verkehrslärmimmissionen

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sind die mit der Planung verbundenen, unterschiedlichen Belange untereinander und miteinander zu koordinieren, so dass Konfliktsituationen vermieden und die städtebauliche Ordnung sichergestellt wird. Demnach ist die Beurteilung der akustischen Situation im Planungsraum ein wesentlicher Belang der Bauleitplanung. Der Geltungsbereich befindet sich im Einwirkungsbereich der Parkstraße, des Loyer Wegs, des Kiefernwegs und der Emsoldstraße. Aufgrund der von den vorgenannten Verkehrswegen ausgehenden Immissionen können sich Konflikte mit der geplanten Wohnnutzung ergeben.

Die schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm für das südlich angrenzende Baugebiet (Bebauungsplan Nr. 93A (2012) des Ingenieurbüros ted GmbH, Bremerhaven vom 24. Juli 2012<sup>1</sup> zeigt, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete (WA) von 55 dB(A)/ tags und von 45 dB(A)/ nachts im Nahbereich des Loyer Wegs überschritten werden.

Zur Koordinierung der immissionsschutzrechtlichen Belange in Bezug auf den Verkehrslärm werden entsprechend den Empfehlungen der Schallprognose im vorliegenden Bebauungsplan Lärmschutzvorkehrungen getroffen. Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 105 befindet sich gemäß der schalltechnischen Untersuchung abschnittsweise im Bereich des Lärmpegelbereiches II und III (gem. DIN 4109, Tab. 8). Innerhalb der in der Planzeichnung entsprechend gekennzeichneten Lärmpegelbereiche sind beim Neubau bzw. bei baulichen Veränderungen im Bestand, die einem Neubau gleichkommen, für Wohn- und Aufenthaltsräume die folgenden resultierenden Schalldämm-Maße  $R'_{w,res}$  durch die Außenfassade (Wandanteile, Fenster, Dach, Lüftung etc.) einzuhalten:

Lärmpegelbereich II:

- $R'_{w,res}$  = 30 dB für Wohn- und Aufenthaltsräume,
- $R'_{w,res}$  = 30 dB für Büroräume u. ä.

Lärmpegelbereich III:

- $R'_{w,res}$  = 35 dB für Wohn- und Aufenthaltsräume,
- $R'_{w,res}$  = 30 dB für Büroräume u. ä.

Im Bebauungsplan Nr. 105 werden die vorgenannten Lärmpegelbereiche als passive Lärmschutzmaßnahmen entsprechend festgesetzt (vgl. Kap. 5.7). Im Lärmpegelbereich II (Lärmbelastung bis 60 dB(A)) wird der Schallschutzanspruch bereits durch die nach der Wärmeschutzverordnung vorgeschriebenen Anforderungen für die Außenbauteile (Fassaden und Fenster) erfüllt.

---

<sup>1</sup> TECHNOLOGIE ENTWICKLUNGEN & DIENSTLEISTUNGEN GMBH (TED GMBH): Schallimmissionsprognose im Rahmen des Bebauungsplanverfahren Nr. 93A „Südlich Schlosspark“ der Gemeinde Rastede, Bremerhaven, 24. Juli 2012

### 4.3 Geruchsimmissionen

Aufgrund der ländlich geprägten Lage des Plangebietes sind bei der Siedlungsentwicklung die Belange der landwirtschaftlichen Betriebe und deren Geruchsaufkommen zu beachten. Die durch ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung entstehenden Geruchsemissionen können insbesondere in ländlich geprägten Räumen Konflikte zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und heranrückenden Wohnnutzungen auslösen. Dies könnte zur Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten der emittierenden Höfe führen, da Wohnnutzungen einen Schutzanspruch gegenüber auftretenden Geruchsimmissionen besitzen. Demgegenüber sind im Rahmen der Bauleitplanung gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse für die künftigen Bewohner des Wohngebietes sicherzustellen. Folglich sind im Rahmen dieser Bauleitplanung die auf den Planungsraum einwirkenden Geruchsimmissionen zu betrachten.

Für den Planbereich liegt eine Beurteilung der Geruchsvorbelastung nach der Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) der Landwirtschaftskammer Niedersachsen aus dem Jahr 2011 mit Überarbeitung vom 21.04.2015 vor<sup>2</sup>. Im Rahmen der Aktualisierung wurde das Gutachten - formal - an den aktuellen Stand der Technik hinsichtlich neu anzusetzender Emissionsfaktoren gemäß der VDI-Richtlinie 3894 für die Tierhaltung angepasst. Auf Grundlage von Bestandsdaten (Berücksichtigung von sieben tierhaltenden Betriebsstellen sowie einer Hobbytierhaltung) hat die Landwirtschaftskammer dabei eine Rasteruntersuchung nach Austal durchgeführt und die relativen flächenbezogenen Häufigkeiten der Geruchsstunden bestimmt. Zur Beurteilung wurden die Grenzwerte der GIRL in der derzeit gültigen Fassung herangezogen, die für allgemeine Wohngebiete (WA) einen Wert von 1 GE/m<sup>3</sup> in 10 % der Jahresstunden vorsieht (vgl. Tab. 1 der GIRL).

Gemäß dem Ergebnis des Gutachtens liegen die Geruchsstundenhäufigkeiten im Plangebiet des vorliegenden Bebauungsplanes bei Werten zwischen 3 bis 8 % der Jahresstunden und somit unter dem maßgeblichen Grenzwert von 10 %. Lediglich im nordöstlichen Bereich, in der Nähe zum angrenzenden Reiterhof, wird innerhalb einer kleinteiligen Fläche der Wert von 10% der Jahresstunden erreicht. Angesichts der ermittelten Werte ist die vorgesehene Nutzung im Hinblick auf die Geruchsimmissionssituation verträglich möglich.

### 4.4 Belange der Wasserwirtschaft

In der Bauleitplanung sind die Belange der Wasserwirtschaft zu beachten. Die Oberflächenentwässerung erfolgt künftig entsprechend den Inhalten des durch das Ingenieurbüro Börjes, Westerstede erstellten Oberflächenentwässerungskonzeptes<sup>3</sup>. Hiernach wird das auf den künftig versiegelten Wohnbau- und Verkehrsflächen auftretende Niederschlagswasser über das noch zu erweiternde Regenwassernetz in ein Regenrückhaltebecken südlich des Loyer Wegs geleitet und hierüber gedrosselt der nahegelegenen „Hülsbäke“ zugeführt. Gemäß erneuter Überprüfung durch das Ingenieurbüro Börjes ist das Regenrückhaltebecken für die Aufnahme des Oberflächenwassers aus dem Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 105 ausreichend dimensioniert.

Mit dem geplanten Entwässerungssystem wird künftig für das Plangebiet selbst und die umliegenden Nutzungen eine konfliktfreie Gebietsentwässerung sichergestellt.

---

<sup>2</sup> LANDWIRTSCHAFTSKAMMER NIEDERSACHSEN: Immissionsschutzgutachten – Bauleitplanung der Gemeinde Rastede, geplante Wohngebietserweiterung südlich des Schlossparks, Oldenburg, 14.06.2011 mit Überarbeitung vom 21.04.2015.

<sup>3</sup> INGENIEURBÜRO BÖRJES GMBH & CO. KG: BBPl.-Gebiet Nr. 93 Südlich Schlosspark (Flächennutzungsplanänderung), Westerstede, 28.06.2012

#### **4.5 Soziale Belange/ Versorgung des Gebietes mit Spielplätzen**

Zielgruppe für die geplanten Wohnnutzungen sind insbesondere junge Familien mit Kindern. Im Zuge dieser Bauleitplanung ist daher den Bedürfnissen von Kindern nach einem ausreichenden Angebot an Spielplätzen Rechnung zu tragen.

Das im Vorfeld erstellte städtebauliche Konzept für den dritten Bauabschnitt des Wohngebietes „Südlich Schloßpark“ sieht die Anlage eines neuen Kinderspielplatzes vor, um hierüber das mit dem Spielplatz an der Adelheidstraße (Bebauungsplan Nr. 79 C) bereits vorhandene Angebot an Spielmöglichkeiten im gesamten Gebiet zu optimieren.

#### **4.6 Belange des Denkmalschutzes**

Im Rahmen der Bauleitplanung sind gem. § 1 (6) Nr. 5 BauGB die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu beachten. In der Umgebung des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 105 befinden sich Baudenkmale. Hierbei handelt es sich um eine alte Toranlage aus dem Jahr 1871 (sog. „Hirschtor“), welches den Eingangsbereich zum nordwestlich des Plangebietes gelegenen Schloßpark darstellt. Der Schloßpark selbst ist Bestandteil eines denkmalgeschützten Ensembles gem. § 3 (3) NDSchG. Zu den denkmalgeschützten Bereichen sind gemäß § 8 des NDSchG ausreichende Abstände einzuhalten bzw. bauliche Anlagen sind so zu gestalten, dass das Erscheinungsbild der denkmalgeschützten Gebäude nicht beeinträchtigt wird. Die denkmalgeschützten Anlagen „Hirschtor“ und „Schloßpark“ sind bereits durch die unmittelbar angrenzenden Siedlungsstrukturen (u. a. gemischte und gewerbliche Nutzungen) sowie die Oldenburger Straße (K 131) vorgeprägt, die aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu dem denkmalgeschützten Bereich eine stärkere Wirkung auf diesen erzielen als das hier geplante Wohngebiet. Die mit dem Bebauungsplan Nr. 105 vorgesehenen Wohnnutzungen liegen zudem in ausreichender Entfernung zu den denkmalgeschützten Objekten (Entfernung zum „Hirschtor“ ca. 650 m, zum Schloßpark ca. 315 m), so dass eine Beeinträchtigung der o. g. Baudenkmale und dessen Schutzbereiche nicht vorliegt. Damit sich die geplanten Wohnnutzungen künftig verträglich in den angrenzenden Landschaftsraum mit dem Schloßpark einfügen, werden im Randbereich des Plangebietes Anpflanzmaßnahmen festgelegt. Für die festgesetzten allgemeinen Wohngebiete in direkter Ortsrandlage (WA1) werden zudem strengere Vorgaben zur Baugestaltung formuliert (Vorgaben zur Dachform, Dacheindeckung und zur Ausführung von Dachaufbauten (Dachgauben)). Ferner wird nachrichtlich auf § 10 (1) Nr. 4 NDSchG hingewiesen, wonach sämtliche Baumaßnahmen in der Umgebung eines Baudenkmales, die dessen Erscheinungsbild beeinflussen können einer denkmalrechtlichen Genehmigung bedürfen. Den denkmalschutzrechtlichen Belangen in Bezug auf den nahegelegenen „Schloßpark“ wird im Rahmen dieser Bauleitplanung somit ausreichend Rechnung getragen.

Des Weiteren wird nachrichtlich auf die Meldepflicht von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden im Zuge von Bauausführungen hingewiesen: „Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen, u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Ammerland oder dem niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel.: 0441 / 7992120 unverzüglich zu melden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier



Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.“ Des Weiteren bedürfen sämtliche Erdarbeiten im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 105 gem. § 13 des Nds. Denkmalschutzgesetzes einer denkmalrechtlichen Genehmigung.

#### **4.7 Altablagerungen/ Kampfmittel**

Im Rahmen des Altlastenprogramms des Landes Niedersachsen haben die Landkreise gezielte Nachermittlungen über Altablagerungen innerhalb ihrer Grenzen durchgeführt und entsprechendes Datenmaterial gesammelt. Dieses wurde vom damaligen Niedersächsischen Landesamt für Wasser und Abfall (aktuell: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)) bewertet. Hiernach liegen im Plangebiet keine Altablagerungen vor. Sollten allerdings bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Ammerland zu benachrichtigen.

Hinweise auf das Vorkommen von Kampfmitteln liegen derzeit für das Plangebiet nicht vor. Sollten bei den Bau- und Erdarbeiten jedoch Kampfmittel (Bombenblindgänger, Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, sind diese umgehend dem Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) zu melden.

### **5.0 INHALT DES BEBAUUNGSPLANES**

#### **5.1 Art der baulichen Nutzung**

Dem kommunalen Planungsziel der Bereitstellung bedarfsorientierter Siedlungsflächen Rechnung tragend, werdem im Bebauungsplan Nr. 105 im Anschluss an die vorhandenen Wohnbaustrukturen am Loyer Weg allgemeine Wohngebiete (WA) gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Korrespondierend mit der lokal anstehenden Baulandnachfrage werden somit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erschließung von ca. 46 Baugrundstücken für eine ortstypische Wohnbebauung geschaffen.

Angesichts der sensiblen Ortsrandlage besteht ein generelles Entwicklungsziel für das Wohnquartier in der Vermeidung von massiven Bauweisen und überdimensionierten Baukörpern insbesondere in den Randbereichen. Für die Baugrundstücke in direkter Ortsrandlage sieht der Bebauungsplan Nr. 105 daher strengere Vorgaben zum Maß der baulichen Nutzung sowie zur Baugestaltung (örtliche Bauvorschriften) vor. Den innenliegenden Wohnbaugrundstücken wird ein demgegenüber etwas großzügigerer Gestaltungsspielraum belassen (s. Kap. 5.2, 6.0). In Übereinstimmung mit den vorgenannten Entwicklungszielen erfolgt entsprechend eine Gliederung des Wohngebietes in allgemeine Wohngebiete WA1 (Randbereiche) sowie in allgemeine Wohngebiete WA2 (innenliegender Bereich).

Zur planerischen Koordination einer der räumlichen Situation angemessenen Siedlungsentwicklung und zur Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen bedarf es einer konkreten Regelung der im Plangebiet zulässigen Nutzungen. Demzufolge sind innerhalb der allgemeinen Wohngebiete (WA) die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 4 (3) BauNVO (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes Nr. 105 (§ 1 (6) Nr. 1 BauNVO). Diese stehen nicht im Einklang mit der planerischen Zielsetzung der Entwicklung eines ruhigen Wohngebietes in Ortsrandlage und hätten zudem negative Auswirkungen auf den bereits vorherrschenden Siedlungscharakter im Bereich des Loyer Wegs. Aufgrund der

im Übrigen ländlich geprägten Siedlungsrandlage ist der Standort zudem eher ungeeignet für die in § 4 (3) BauGB aufgeführten Nutzungen, die zudem mit unverträglichen Störwirkungen (Lärm, Licht, Geruch etc.) für die vorhandenen und geplanten Wohnnutzungen verbunden wären.

## 5.2 Maß der baulichen Nutzung

Orientiert an den Bestimmungen für die angrenzenden Baugebiete (Bebauungspläne Nr. 79A – Nr. 79E, Nr. 93A und Nr. 93B) und unter Berücksichtigung der Ortsrandlage des Plangebietes wird die Grundflächenzahl (GRZ) gem. § 16 (2) Nr. 1 BauNVO einheitlich mit 0,35 bestimmt. Hierdurch ergibt sich ein auf das städtebauliche Umfeld abgestimmtes Maß der baulichen Nutzung. Einer zu hohen Flächenversiegelung wird hierüber entgegengewirkt. Im Sinne eines sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden gem. § 1 a (2) BauGB ist ferner eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Anlage von Garagen und Stellplätzen, Nebenanlagen und baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird gem. § 19 (4) Satz 1 BauNVO nur bis zu 30 % zulässig (§ 19 (4) Satz 3 BauNVO). Aufgrund der Ortsrandlage und der in den angrenzenden Ortsbereichen vorherrschenden Siedlungsdichte wird aus städtebaulichen Gründen auf die Ausschöpfung der zulässigen Obergrenze des Maßes der baulichen Nutzung in den allgemeinen Wohngebieten (WA) gem. § 17 BauNVO verzichtet.

Das Maß der baulichen Nutzung wird zudem über die zulässige Zahl Vollgeschosse baulicher Anlagen gem. § 16 (2) Nr. 3 BauNVO bestimmt. Zur Schaffung eines ortsgerechten Siedlungsrandes wird in den allgemeinen Wohngebieten (WA1) im Zusammenhang mit der Festsetzung der Trauf- und Firsthöhe (s. u.) die Errichtung von Gebäuden mit einem Vollgeschoss zugelassen. In den innenliegenden Wohngebieten (WA2) ist eine zweigeschossige Bauweise möglich.

Zusätzlich werden für die allgemeinen Wohngebiete Trauf- und Firsthöhen (TH, FH) festgesetzt. Neben der Höhenentwicklung baulicher Anlagen kann hierüber städtebaulich auch auf die Gestaltung eines Gebäudes in Bezug auf die Dach- und Bauform Einfluss genommen werden. Neben der für den gesamten Geltungsbereich festgelegten Firsthöhe (FH) von maximal 9,50 m, wird für die allgemeinen Wohngebiete (WA1) entsprechend der direkten Ortsrandlage zusätzlich eine maximal zulässige Traufhöhe (TH) von 4,50 m definiert. Maßgebend für die Bestimmung der Bauhöhe sind die in den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 105 festgelegten Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO). Als unterer Bezugspunkt gilt hiernach die Straßenoberkante (Fahrbahnmitte) der nächsten Erschließungsstraße. Oberer Bezugspunkt der Firsthöhe ist die obere Firstkante. Die maximal zulässige Höhe der Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens beträgt maximal 0,30 m, um im Plangebiet etwa gleiche Sockelhöhen der Gebäude zu erzielen.

## 5.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

In Anlehnung an die umliegenden Strukturen gilt für die festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA) eine abweichende Bauweise (a) gem. § 22 (4) BauNVO. Die Gebäude sind hier als Einzel- oder Doppelhäuser mit Gebäudelängen bis zu 25,00 m zulässig, wobei die seitlichen Grenzabstände entsprechend der Landesbauordnung einzuhalten sind. Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind auf die Gebäudelängen nicht anzurechnen. Mit dieser Definition der abweichenden Bauweise wird sichergestellt, dass innerhalb des Wohngebietes ausschließlich ortstypische Gebäudeformen entstehen.

Die überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen werden im Bebauungsplan Nr. 105 durch die Festsetzung von Baugrenzen gem. § 23 (1) BauNVO so

dimensioniert, dass ein möglichst großer und flexibler Entwicklungsspielraum für die geplante Wohnbebauung geschaffen wird. Zur Entwicklung eines einheitlichen Straßenraumes werden die Baugrenzen auf den verkehrsseitigen Grundstücksflächen entlang der Planstraßen und entlang der Fuß- und Radwege in einem Abstand von 3 m zu den Straßenbegrenzungslinien festgesetzt. Entlang der Buchenstraße und dem Loyer Weg werden die Baugrenzen in einem Abstand von 5,00 zu den Verkehrsflächen festgesetzt. Zu den in den Randbereichen festgelegten Flächen zum Erhalt bzw. zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern beträgt der Abstand der Baugrenze 2 m. Dem Wallheckenschutz Rechnung tragend, werden die Baugrenzen entlang der Wallheckenabschnitte in einem Abstand von 5 m festgelegt.

Um entlang der öffentlichen Erschließungsstraßen (Planstraßen, Loyer Weg, Buchenstraße) eine einheitliche, städtebauliche Entwicklung zu erzielen, sind auf den straßenseitigen, nicht überbaubaren Grundstücksflächen Garagen und überdachte Einstellplätze (Carports) gem. § 12 (6) BauNVO sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden gem. § 14 (1) BauNVO nicht zulässig. Garagen und Stellplätze sind im Plangebiet ferner auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 12 (6) BauNVO zum künftigen Schutz dieser Gehölzanpflanzungen unzulässig.

## **5.4 Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden**

Unter Berücksichtigung der vorherrschenden, durch Einzelhäuser (Einfamilienhäuser) geprägten Siedlungsstruktur und zur Vermeidung städtebaulich unerwünschter Verdichtungen ist eine Begrenzung der höchstzulässigen Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude gem. § 9 (1) Nr. 6 BauGB im Plangebiet notwendig. Innerhalb der festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA) sind demzufolge je Wohngebäude maximal zwei Wohnungen zulässig. Besteht ein Baukörper aus zwei selbständig benutzbaren Gebäuden, sind je Baukörper insgesamt maximal zwei Wohnungen zulässig, je Doppelhaushälfte ist maximal eine Wohnung zulässig. Mit dieser Festsetzung wird sichergestellt, dass innerhalb des geplanten Wohngebietes ausschließlich Einzel- und Doppelhäuser und keine ortsuntypischen Mehrfamilienhausanlagen entstehen. In städtebaulicher Hinsicht würde dies zu einer unverträglichen Verdichtung des Siedlungsrandbereiches mit negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild führen.

## **5.5 Verkehrsflächen**

### **5.5.1 Straßenverkehrsflächen**

Die drei Quartiere des Wohngebietes „Südlich Schloßpark III“ werden jeweils über Planstraßen (Planstraße A, B und C) ausgehend von der Buchenstraße und dem Loyer Weg mit einer jeweiligen Gesamtbreite von 7 m erschlossen. Eine direkte Erschließung von Grundstücken über den Loyer Weg erfolgt nicht. Die drei Planstraßen im Norden, Süden und Osten des Plangebietes münden jeweils in Wendeanlagen mit einem Radius von 9,00 m, wodurch die Befahrbarkeit durch Müllfahrzeuge gewährleistet ist. Der Erschließung rückwärtig gelegener Baugrundstücke im Süden und Osten des Plangebietes dienen 6 m breite Stichstraßen ausgehend von den Wendeanlagen. Im Rahmen des Bebauungsplanes werden die geplanten Erschließungswege (Planstraßen und Wendeanlagen, Stichstraßen) als öffentliche Straßenverkehrsfläche gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB festgesetzt.

Ebenfalls gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB festgesetzt werden die an das Plangebiet angrenzenden Gemeindestraßen „Buchenstraße“ und „Loyer Weg“. Die Festlegung des Straßenabschnitts des Loyer Wegs erfolgt dabei auf der Grundlage der Straßenausbauplanung zu dieser Verkehrsfläche des Ingenieurbüros Börjes und berücksichtigt dementsprechend den geplanten Ausbau bis zur Emsoldstraße (Stand: März 2012).

Gemäß der durch das Ingenieurbüro Schwerdhelm & Tjardes, Schortens zum Plangebiet der 51. Flächennutzungsplanänderung erstellten Verkehrsuntersuchung (Stand: August 2011) ergibt sich durch die Entwicklung des Gesamtareals „Südlich Schloßpark“ unter Berücksichtigung der in der Untersuchung formulierten Empfehlungen zum Ausbau des Loyer Wegs, der Parkstraße und des K 131/ Parkstraße künftig keine Überlastung der im Planbereich verlaufenden Gemeindestraßen. Den Anforderungen an eine ordnungsgemäße und verkehrssichere Erschließung des geplanten Wohngebietes wird im Rahmen dieser Bauleitplanung folglich ausreichend Rechnung getragen.

### **5.5.2 Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg**

Ziel dieser Planung ist es, ein für den Fuß- und Radverkehr durchlässiges Wohngebiet zu schaffen. Gemäß dem im Vorfeld erstellten städtebaulichen Konzept werden durch den geplanten Erhalt der im Plangebiet verlaufenden Wallhecken drei Wohnquartiere geschaffen, die durch Fuß- und Radwege miteinander vernetzt werden. Die Fuß- und Radwegeverbindungen werden im Bebauungsplan Nr. 105 über die Festsetzung als Verkehrsfläche mit entsprechender Zweckbestimmung gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB in einer Breite von jeweils 3 m planungsrechtlich gesichert.

### **5.5.3 Bereich ohne Ein- und Ausfahrt**

In Übereinstimmung mit dem Planungsziel, eine direkte Anbindung von Baugrundstücken über den Loyer Weg zu vermeiden, werden die Abschnitte entlang des Loyer Wegs ohne Ein- und Ausfahrt gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB festgesetzt. Eine Erschließung des Wohngebietes erfolgt somit weitestgehend über ein internes Erschließungsstraßensystem sowie für einige wenige Baugrundstücke direkt über die Buchenstraße.

### **5.6 Private und öffentliche Grünflächen**

Die im Plangebiet im zentralen sowie im Randbereich vorhandenen Wallhecken sowie weitere Gehölzstrukturen (Strauchhecken, Einzelbäume) sollen aufgrund ihrer ortsbildprägenden Wirkung sowie ihrer ökologischen Funktion erhalten werden. In Ergänzung hierzu, werden zur weitergehenden Eingrünung des Wohnquartiers im nördlichen sowie nord- und südöstlichen Randbereich Flächen zum Anpflanzen von Baum-Strauchhecken festgesetzt. Die betreffenden Bereiche werden im Bebauungsplan Nr. 105 als private Grünfläche gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB und überlagernd als Erhaltungs- bzw. Anpflanzfläche festgesetzt (vgl. Kap. 5.9).

Der geplante Spielplatz wird als öffentliche Grünfläche gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB mit entsprechender Zweckbestimmung festgesetzt. Innerhalb des Spielplatzgeländes ist künftig die Anlage einer Ortsnetzstation mit einer maximal zulässigen Grundfläche (GR) von 25 m<sup>2</sup> zulässig. Der Standort wird mit dem Versorgungsträger im Zuge der Erschließungsplanung konkret festgelegt.

### **5.7 Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen**

Aufgrund der auf das Plangebiet einwirkenden Verkehrslärmemissionen werden auf der Grundlage der für das südlich angrenzende Neubaugebiet vorliegenden Schallprognose im Bebauungsplan Nr. 105 passive Lärmschutzvorkehrungen festgesetzt. Der lärmbeeinträchtigte Planungsraum wird dabei als Fläche für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. BImSchG gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB festgesetzt.

In den als Lärmpegelbereich II und III (gem. DIN 4109) gekennzeichneten Bereichen sind beim Neubau bzw. bei baulichen Veränderungen im Bestand, die einem Neubau

gleichkommen, die nachstehend aufgeführten erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (erf.  $R'_{w,res}$ ) der Außenbauteile für Aufenthaltsräume von Wohnungen bzw. für Büroräume u. ä. einzuhalten (Wandanteile, Fenster, Dach, Lüftung etc.) einzuhalten:

Lärmpegelbereich II:

- $R'_{w,res} = 30$  dB für Wohn- und Aufenthaltsräume,
- $R'_{w,res} = 30$  dB für Büroräume u. ä.

Lärmpegelbereich III:

- $R'_{w,res} = 35$  dB für Wohn- und Aufenthaltsräume,
- $R'_{w,res} = 30$  dB für Büroräume u. ä.

Im Lärmpegelbereich II (Lärmbelastung bis 60 dB(A)) wird der Schallschutzanspruch bereits durch die nach der Wärmeschutzverordnung vorgeschriebenen Anforderungen für die Außenbauteile (Fassaden und Fenster) erfüllt.

Die o. g. DIN-Vorschrift ist beim Bauamt der Gemeinde Rastede einzusehen.

## **5.8 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft**

Zum künftigen Schutz der im Plangebiet vorhandenen Wallhecken werden die an die Wallhecken unmittelbar angrenzenden, nicht überbaubaren Grundstücksflächen auf einer Breite von 5 m überlagernd als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB festgesetzt. Innerhalb dieser Maßnahmenflächen sind Bodenaufschüttungen und -abgrabungen, Boden- und Materialablagerungen sowie Flächenversiegelungen jeglicher Art unzulässig. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird künftig über eine entsprechende Regelung in den Grundstückskaufverträgen sichergestellt.

## **5.9 Erhaltung und Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen**

Innerhalb des Plangebietes befinden sich mehrere, aufgrund ihrer Ortsbildprägenden Bedeutung und ökologischen Funktion wertvolle Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume, Baum-Strauchhecken), die weitestgehend erhalten werden sollen. Die betreffenden Bereiche werden daher planungsrechtlich gesichert und gemäß § 9 (1) Nr. 25 b) BauGB als Erhaltungsflächen festgesetzt. Der vorhandene Gehölzbestand ist gemäß den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan zu schützen, zu pflegen und auf Dauer zu erhalten. Abgänge oder Beseitigungen sind adäquat zu ersetzen. Dies gilt auch für die im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten Einzelbäume.

Zur weitergehenden Eingrünung des Plangebietes sind in Randbereichen von den Grundstückseigentümern gem. § 9 (1) Nr. 25 a) BauGB standortgerechte Baum-Strauchhecken aus einheimischen Pflanzenarten (z. B. Bäume: Eberesche, Hainbuche etc.; Sträucher: Faulbaum, Holunder etc.) nach Maßgabe des Umweltberichtes zum Bebauungsplan Nr. 105 anzulegen und die hier zum Teil bereits vorhandenen Gehölzstrukturen zu erhalten. Die Gehölzqualitäten sind den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 105 zu entnehmen. Die Anpflanzungen sind in der auf die Fertigstellung der baulichen Maßnahmen folgenden Pflanzperiode durchzuführen.

## 6.0 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Das unverwechselbare, eigenständige Ortsbild bebauter Räume wird über vielfältige Gestaltungselemente geprägt. Neben der Gestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen prägt die Architektur einzelner Gebäude und Gebäudeelemente zu einem hohen Maß das physische Erscheinungsbild des Ortes. Auswüchse bzw. Fehlentwicklungen können dieses sensible Gebilde nachhaltig stören. Aufgrund dessen ist es notwendig, das vorhandene Ausdruckspotenzial zu erkennen, zu sichern und weiterzuentwickeln. Planerisches Ziel ist es, über örtliche Bauvorschriften den ablesbaren Ortsbildcharakter im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes zu berücksichtigen und somit städtebauliche Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Bedingt durch die sensible Ortsrandlage ist es notwendig, die bauliche Gestaltung des geplanten Wohnquartiers dahingehend zu steuern, dass sich die geplanten Wohnhäuser verträglich in das städtebauliche Umfeld einfügen und Fehlentwicklungen nachhaltig vermieden werden. Zur Gewährleistung dieses Entwicklungsziels werden für die allgemeinen Wohngebiete in direkter Ortsrandlage (WA1) entsprechend strengere Vorgaben zur Baugestaltung gegenüber den im inneren Bereich gelegenen Baugebieten (WA2) formuliert.

So werden für die allgemeinen Wohngebiete (WA2) örtliche Bauvorschriften zur Dachneigung formuliert, die für die allgemeinen Wohngebiete (WA1) um zusätzliche Vorgaben zur Dachform, Dacheindeckung und zur Ausführung von Dachaufbauten (Dachgauben) ergänzt werden. Angesichts aktueller städtebaulicher Entwicklungstrends im Gemeindegebiet soll die Dachneigung innerhalb des gesamten Wohnquartiers vor allem sichtbar realisiert werden.

In Anlehnung an die Bestimmungen für das angrenzende Neubaugebiet südlich des Loyer Wegs (Bebauungsplan Nr. 93A und Nr. 93B) lautet die örtliche Bauvorschrift für die festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA2) wie folgt:

Innerhalb der im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA2) sind die Dächer der Hauptgebäude ausschließlich als geneigte Dächer mit einer sichtbaren Dachneigung von  $\geq 20^\circ$  zu errichten. Dies gilt nicht für:

- Dachgauben, Dacherker, Krüppelwalme, Wintergärten,
- Terrassenvorbauten, Windfänge, Eingangsüberdachungen, Hauseingangstrepfen, Erker, Balkone, sonstige Vorbauten und andere vortretende Gebäudeteile, wenn diese insgesamt nicht mehr als ein Drittel der breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und wenn sie untergeordnet sind sowie
- Garagen gem. § 13 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in Form von Gebäuden.

Hieran angelehnt werden für die festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1) die örtlichen Bauvorschriften wie folgt formuliert:

Innerhalb der im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1) sind die Dächer der Hauptgebäude als Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdach mit einer sichtbaren Dachneigung von  $\geq 30^\circ$  zu errichten. Die Dachflächen sind mit gleichen Dachneigungen symmetrisch zur Giebelachse auszubilden. Dies gilt nicht für:

- Dachgauben, Dacherker, Krüppelwalme, Wintergärten,
- Terrassenvorbauten, Windfänge, Eingangsüberdachungen, Hauseingangstrepfen, Erker, Balkone, sonstige Vorbauten und andere vortretende Gebäudeteile, wenn diese insgesamt nicht mehr als ein Drittel der breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und wenn sie untergeordnet sind sowie

- Garagen gem. § 13 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in Form von Gebäuden.

Zudem werden örtliche Bauvorschriften zu den Dachaufbauten formuliert. So sind innerhalb der im Bebauungsplan Nr. 105 festgesetzten allgemeinen Wohngebiete (WA1) als Dachaufbauten nur Giebelgauben und Schleppgauben zulässig. Die Dachgauben dürfen eine Gesamtbreite von 1/3 der Trauflänge des Gebäudes nicht überschreiten. Der seitliche Abstand der Gauben untereinander sowie zur äußeren Dachkante (Ortgang) muss mindestens 0,80 m betragen. Übereinanderliegende Gauben sind nicht zulässig. Die Dachausbauten einer Dachfläche sind in Form, Gestaltung, Abmessung und Material identisch auszuführen. Der Abstand der Dachausbauten zur Dachkante (Ortgang) sowie untereinander ist symmetrisch anzuordnen. Die Dachgauben sind von der Traufkante abgesetzt und symmetrisch anzuordnen.

Glasierte und sonstige reflektierende Dacheindeckungen stehen der gewünschten verträglichen Ortsrandgestaltung entgegen und werden daher über eine örtliche Bauvorschrift für das gesamte Wohngebiet „Südlich Schloßpark III“ ausgeschlossen.

Zur Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen werden im gesamten Geltungsbereich ferner oberirdische Freileitungen (Niederspannungs- und Fernmeldeleitungen) gem. § 84 (3) Nr. 4 NBauO ausgeschlossen.

Es wird auf § 80 (3) NBauO hingewiesen, wonach der ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Nr. 1 bis 6 dieser örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt. Gemäß § 80 (5) NBauO können Ordnungswidrigkeiten nach § 80 (3) NBauO mit einer Geldbuße von bis zu 500 000 Euro geahndet werden.

Der Bebauungsplan belässt einen Gestaltungsspielraum für die von der Gemeinde Rastede angestrebte flexible Handhabung zur Nutzung regenerativer Energien. Aufgrund der verschiedenartigen Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energien (z.B. Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Luftwärmepumpen) möchte sie den künftigen Bauherren die Wahlfreiheit belassen, welche Maßnahmen im Einzelnen oder in Kombination miteinander nutzbar gemacht werden. Über die zum Bebauungsplan festgesetzten örtlichen Bauvorschriften zur Dachneigung der Hauptgebäude wird der Ausbildung von Flachdächern bereits vorgebeugt und eine geneigte, zur Sonneneinstrahlung ausgerichtete Dachneigung ermöglicht. Eine explizite Regelung zur Stellung von baulichen Anlagen (Firstrichtung) wird aufgrund der oben gemachten Ausführungen nicht für erforderlich gehalten. Bauherren, die sich die Sonneneinstrahlung für die Nutzung als erneuerbare Energiequelle zunutze machen wollen, werden die Ausrichtung des Baukörpers unabhängig von der Festsetzung einer Firstrichtung in optimierter Weise vornehmen. Der Bebauungsplan bietet hinsichtlich der überbaubaren Grundstücksflächen die Möglichkeit einer entsprechenden Gebäudeausrichtung. Andererseits soll den Bauherren die Möglichkeit belassen werden, eine andere und damit individuelle Ausrichtung des Hauses zu wählen, wenn der Schwerpunkt der Nutzbarmachung erneuerbarer Energien bei den oben genannten, anderen zur Verfügung stehenden Quellen gesetzt werden soll.

## 7.0 VERKEHRLICHE UND TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

- **Verkehrerschließung**

Die Anbindung des Plangebietes an das örtliche Verkehrsnetz erfolgt über interne Erschließungsstraßen (Planstraßen A, B und C), die an die Buchenstraße sowie an den Loyer Weg angebunden sind.

- **ÖPNV**

Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erfolgt durch die Verkehrsunternehmen im Verkehrsverbund Bremen Niedersachsen (VBN). Das Plangebiet wird durch die Haltestelle „Hankhausen, Emsold“ erschlossen, welche von der Linie 342 bedient wird. Die Linie 342 ist ausschließlich auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung ausgerichtet.

Gemäß der vom Landkreis Ammerland erstellten Arbeitshilfe für die Bauleitplanung „ÖPNV-orientierte Siedlungsentwicklung“ liegt der Planbereich innerhalb des „1000m-Radius zur Ortsmitte“. Hierbei handelt es sich nicht um die eigentliche Ortsmitte der Gemeinde Rastede, sondern um den Knotenpunkt Oldenburger Straße/ Borbecker Weg/ Cäcilienring. In einem 1000 m-Radius ausgehend von diesem Punkt wird aus Sicht des ÖPNV von einer gewissen Zentralität ausgegangen, der für die weiteren Siedlungsentwicklung optimal geeignet ist.

- **Gas- und Stromversorgung**

Die Gas- und Stromversorgung erfolgt über den Anschluss an die Versorgungsnetze der Energieversorgung Weser-Ems (EWE).

Gemäß Stellungnahme der EWE Netz GmbH ist im Plangebiet die Anlage einer Ortsnetzstation erforderlich. Diese ist innerhalb des geplanten Kinderspielplatzes vorgesehen. Der konkrete Standort wird in Abstimmung mit der EWE im Zuge der Erschließungsplanung festgelegt.

- **Schmutz- und Abwasserentsorgung**

Die Schmutz- und Abwasserentsorgung innerhalb des Plangebietes wird über den Anschluss an das vorhandene und noch zu erweiternde Kanalnetz gesichert.

- **Wasserversorgung**

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser wird durch den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) gesichert.

- **Abfallbeseitigung**

Die Abfallentsorgung erfolgt durch den Landkreis Ammerland.

- **Oberflächenentwässerung**

Gemäß dem vorliegenden Oberflächenentwässerungskonzept wird das im Plangebiet anfallende Niederschlagswasser über das noch zu erweiternde Regenwasserkanalnetz einem Regenrückhaltebecken und hierüber gedrosselt der „Hülsbäke“ zugeleitet.

- **Fernmeldetechnische Versorgung**

Die fernmeldetechnische Versorgung des Bebauungsplangebietes erfolgt über die verschiedenen Telekommunikationsanbieter.

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen beim zuständigen Ressort Produktion Technische Infrastruktur Oldenburg, Ammerländer



Heerstraße 140, 26129 Oldenburg, Tel. (0441) 2 34 – 68 75, so früh wie möglich, mindestens 8 Wochen vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.

- **Sonderabfälle**  
Sonderabfälle sind vom Abfallerzeuger einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
- **Brandschutz**  
Die Löschwasserversorgung innerhalb des Plangebietes wird gemäß den entsprechenden Anforderungen sichergestellt.

## VERFAHRENSGRUNDLAGEN / -ÜBERSICHT / -VERMERKE

### Rechtsgrundlagen

Dem Bebauungsplan liegen zugrunde (in der jeweils aktuellen Fassung):

- BauGB (Baugesetzbuch),
- BauNVO (Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke: Baunutzungsverordnung),
- PlanzV (Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes: Planzeichenverordnung),
- NBauO (Niedersächsische Bauordnung),
- NAGBNatSchG (Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz),
- BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz),
- NKomVG (Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz).

### Verfahrensübersicht

#### Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am ..... gem. § 2 BauGB den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 mit örtlichen Bauvorschriften gefasst.

#### Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung gem. § 3 (1) BauGB (öffentliche Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung und Anhörung der Öffentlichkeit) erfolgte vom ..... bis zum ..... Die ortsübliche Bekanntmachung hierzu erfolgte am ..... durch Hinweis in der Tagespresse.

#### Öffentliche Auslegung

Die Begründung hat gem. § 3 (2) BauGB vom ..... bis zum ..... zusammen mit der Planzeichnung und dem Umweltbericht zusammen mit den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich ausgelegt. Die ortsübliche Bekanntmachung hierzu erfolgte am ..... durch Hinweis in der Tagespresse.

#### Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Rastede hat den Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“ mit örtlichen Bauvorschriften nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Anregungen in seiner Sitzung am ..... gem. § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde ebenfalls beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 (8) BauGB beigelegt.

Rastede, den .....

.....  
Bürgermeister

## Planverfasser

Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“ mit örtlichen Bauvorschriften erfolgte im Auftrag der Gemeinde Rastede vom Planungsbüro:

**Diekmann &  
Mosebach** 

Regionalplanung  
Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement

*Oldenburger Straße 86 · 26180 Rastede  
Telefon (0 44 02) 91 16 30  
Telefax (0 44 02) 91 16 40*

.....  
Dipl.-Ing. Olaf Mosebach  
(Planverfasser)

# **GEMEINDE RASTEDE**

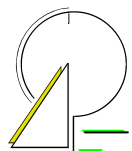
**Landkreis Ammerland**



---

## **Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“**

### **UMWELTBERICHT (Teil II) mit integriertem landschaftsökologischen Fachbeitrag**



# INHALTSÜBERSICHT

<b>TEIL II: UMWELTBERICHT</b>	<b>1</b>
<b>1.0 EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
1.1 Beschreibung des Planvorhabens / Angaben zum Standort	1
1.2 Umfang des Vorhabens und Angaben zu Bedarf an Grund und Boden	1
<b>2.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE</b>	<b>2</b>
2.1 Landschaftsprogramm	2
2.2 Landschaftsrahmenplan	2
2.3 Naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete	3
2.4 Artenschutzrechtliche Belange	3
<b>3.0 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN</b>	<b>4</b>
3.1 Bestandsaufnahme und Bewertung der einzelnen Schutzgüter	4
3.1.1 Schutzgut Mensch	5
3.1.2 Schutzgut Pflanzen	6
3.1.3 Schutzgut Tiere	10
3.1.4 Schutzgut Boden	11
3.1.5 Schutzgut Wasser	12
3.1.6 Schutzgut Klima und Luft	13
3.1.7 Schutzgut Landschaft	14
3.1.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter	15
3.1.9 Wechselwirkungen	16
3.1.10 Zusammengefasste Umweltauswirkungen	16
3.2 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes	17
3.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Planungsdurchführung	17
3.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung - Nullvariante	18
3.3 Vermeidung / Minimierung / Ausgleich und Ersatz nachteiliger Umweltauswirkungen	18
3.3.1 Bilanzierung	18
3.3.2 Schutzgut Mensch	20
3.3.3 Schutzgut Pflanzen	21
3.3.4 Schutzgut Tiere	23
3.3.5 Schutzgut Boden	23
3.3.6 Schutzgut Wasser	24
3.3.7 Schutzgut Klima / Luft	24
3.3.8 Schutzgut Landschaft	25
3.3.9 Schutzgut Kultur- und Sachgüter	25
3.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten	26
3.4.1 Standort	26
3.4.2 Planinhalt	26
<b>4.0 ZUSÄTZLICHE ANGABEN</b>	<b>26</b>
4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren	26
4.1.1 Analysemethoden und -modelle	26
4.1.2 Fachgutachten	26

4.1.3	Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen	27
4.2	Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung	27
<b>5.0</b>	<b>ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>27</b>
<b>6.0</b>	<b>LITERATUR</b>	<b>29</b>

## **ANLAGEN**

**Karte 1: Bestand Biotoptypen**

**Anlage 1: Faunistischer Fachbeitrag**

## TEIL II: UMWELTBERICHT

### 1.0 EINLEITUNG

Zur Beurteilung der Belange des Umweltschutzes (§ 1 (6) Nr. 7 BauGB) ist im Rahmen der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden. Entsprechend der Anlage zum Baugesetzbuch zu § 2 (4) und § 2a BauGB werden die ermittelten Umweltauswirkungen im Umweltbericht beschrieben und bewertet (§ 2 (4) Satz 1 BauGB).

### 1.1 Beschreibung des Planvorhabens / Angaben zum Standort

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt die Weiterentwicklung der Wohnnutzung nördlich des Loyer Weges und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schlosspark III“ auf. Die Standortentscheidung / Standortwahl basiert auf dem Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000 plus (vgl. Kap. 1.2 der Begründung zur 51. Flächennutzungsplanänderung).

Der räumliche Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes umfasst eine ca. 4,5 ha große Fläche nördlich des Loyer Weges und östlich der Buchenstraße. Genaue Angaben zum Standort sowie eine detaillierte Beschreibung des städtebaulichen Umfeldes, der Art des Vorhabens und den Festsetzungen sind den entsprechenden Kapiteln der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 105, Kap. 2.2 „Räumlicher Geltungsbereich“, Kap. 2.3 „Nutzungsstrukturen und städtebauliche Situation“, Kap. 1.0 „Anlass und Ziel der Planung“ sowie Kap. 5.0 „Inhalt des Bebauungsplanes“ zu entnehmen.

### 1.2 Umfang des Vorhabens und Angaben zu Bedarf an Grund und Boden

Das Plangebiet umfasst eine Größe von ca. 4,5 ha. Durch die Festsetzung von allgemeinen Wohngebieten und Straßenverkehrsflächen wird ein in Teilbereichen unbebauter Bereich einer baulichen Nutzung zugeführt.

Die einzelnen Flächenausweisungen umfassen:

Allgemeine Wohngebiete	ca. 32.535 m <sup>2</sup>
Öffentliche Straßenverkehrsfläche	ca. 8.740 m <sup>2</sup>
Verkehrsfläche bes. Zweckbestimmung	ca. 510 m <sup>2</sup>
Private Grünflächen	ca. 2.375 m <sup>2</sup>
davon Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonst. Bepflanzungen	ca. 1.110 m <sup>2</sup>
davon Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonst. Bepflanzungen	ca. 895 m <sup>2</sup>
davon Flächen mit Bindungen für die Erhaltung und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	ca. 365 m <sup>2</sup>
Öffentliche Grünflächen Zweckbestimmung Spielplatz	ca. 475 m <sup>2</sup>

Durch die im Bebauungsplan Nr. 105 vorbereiteten Überbaumöglichkeiten (GRZ + Überschreitung gem. § 19 (4) BauNVO) können im Planungsraum bis zu ca. 2,2 ha dauerhaft neu versiegelt werden (s. ausführlicher im Kap. 3.3.1 „Bilanzierung“ im Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 105).

## **2.0 PLANERISCHE VORGABEN UND HINWEISE**

Die in einschlägigen Fachplänen und Fachgesetzen formulierten Ziele, die für den vorliegenden Planungsraum relevant sind, werden unter Kap. 3.0 „Planerische Vorgaben und Hinweise“ der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 105 umfassend dargestellt (Landesraumordnungsprogramm (LROP), Regionales Raumordnungsprogramm (RROP), Gemeindeentwicklungskonzept Rastede 2000 plus, vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung, städtebauliches Entwicklungskonzept). Im Folgenden werden zusätzlich die planerischen Vorgaben und Hinweise aus naturschutzfachlicher Sicht dargestellt (Landschaftsprogramm, Landschaftsrahmenplan (LRP), naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete, artenschutzrechtliche Belange).

### **2.1 Landschaftsprogramm**

Entsprechend der Einteilung des Niedersächsischen Landschaftsprogramms von 1989 befindet sich das Plangebiet in der Naturräumlichen Region Ostfriesisch-Oldenburgische Geest. Als vorrangig schutz- und entwicklungsbedürftig werden beispielsweise Eichenmischwälder mittlerer Standorte, Weiden-Auwälder, nährstoffarme Seen und Weiher sowie nährstoffarme Feuchtwiesen genannt. Als besonders schutz- und entwicklungsbedürftig gelten bodensaure Buchenwälder, Birken-Bruchwälder, Bäche sowie nährstoffreiches Feuchtgrünland. Schutzbedürftig, z. T. auch entwicklungsbedürftig sind Feuchtgebüsche, Gräben, Grünland mittlerer Standorte, dörfliche Ruderalfluren und sonstige wildkrautreiche Äcker.

### **2.2 Landschaftsrahmenplan**

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Ammerland liegt mit Stand von 1995 vor. Der Geltungsbereich und seine Umgebung gehören zur naturräumlichen Einheit der Oldenburger Geest bzw. der Untereinheit des Rasteder Geestrandes. Gemäß Karte 5 gehört das Plangebiet und seine Umgebung zu einer Grünland-Acker-Baumschulfläche bzw. zu einem landwirtschaftlich genutzten Areal mit unterschiedlichem Anteil an Acker- und Baumschulflächen.

Die Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften ist im Geltungsbereich mit Wertstufe 2 (von 4 möglichen Wertstufen) als mäßig eingeschränkt dargestellt (Karte 7 – Lebensraumkomplexe und Biotoptypen). Als ein charakteristisches Merkmal des Landschaftsbildes wird ein kleinstrukturiertes Grünland-Acker-Baumschul-Mischnutzungsareal aufgeführt (Karte 8 – Vielfalt, Eigenart und Schönheit – gegenwärtiger Zustand). Das Plangebiet und seine Umgebung gehören zu einem Wallheckengebiet mit gut ausgeprägten Wallheckenstrukturen (Karte 9 – Vielfalt, Eigenart und Schönheit).

Die mittlere Grundwasserneubildungsrate liegt gemäß Karte 12 aufgrund der wenig durchlässigen Böden im geringen Bereich (> 100 – 200 mm/a), wobei das Schutzpotenzial des Grundwassers als mittel und hoch eingestuft wird (Karte 13).

Das vorherrschende Klima wird zu einem Freilandklima mit dichtem Netz an Kleinstrukturen gezählt (Karte 15 – Luft und Klima).

Der Geltungsbereich und seine Umgebung gehören zu einem Gebiet zur Erhaltung und Pflege von Wallhecken (Karte 16 – Entwicklungsziele und Maßnahmen).



## 2.3 Naturschutzfachlich wertvolle Bereiche / Schutzgebiete

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 105 befinden sich nach § 22 (3) geschützte Landschaftsbestandteile (Wallhecken).

Ferner befinden sich im Plangebiet Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie geschützte wildlebende Vogelarten im Sinne von Artikel 1 der Vogelschutzrichtlinie. Diese Arten sind im Gebiet der zu erwartenden Auswirkungen zu erfassen und zu bewerten, ob Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG vorliegen. Die Belange des Artenschutzes werden im weiteren Bauleitplanverfahren in die Planung eingestellt.

Östlich der Emsoldstraße grenzt das Landschaftsschutzgebiet WST-Nr. 78 „Rasteder Geestrand“ an. Der Schlosspark, der einige Hundert Meter nördlich des Plangebietes liegt, gehört zum Landschaftsschutzgebiet WST-Nr. 57 „Schlosspark, Park Hagen“. Ferner existiert im nordöstlichen Nahbereich das FFH-Gebiet „Eichenbruch, Ellernbusch“ (EU-Kennzahl: 2715-331). Aufgrund der geplanten Wohnnutzung in Verbindung mit den heute existierenden Vorbelastungen durch u. a. die vorhandene Bebauung entlang der Emsoldstraße und des Loyer Weges sind keine erheblichen Auswirkungen auf das genannte FFH-Gebiet zu erwarten.

Weitere ausgewiesene oder geplante Schutzgebiete nationalen/internationalen Rechts bzw. naturschutzfachlicher Programme befinden sich nicht im Plangebiet bzw. deren unmittelbarer Umgebung.

## 2.4 Artenschutzrechtliche Belange

§ 44 BNatSchG in Verbindung mit Art. 12 und 13 der FFH-Richtlinie und Art. 5 der Vogelschutzrichtlinie (V-RL) begründen ein strenges Schutzsystem für bestimmte Tier- und Pflanzenarten (Tier und Pflanzenarten, die in Anhang A oder B der Europäischen Artenschutzverordnung - (EG) Nr. 338/97 - bzw. der EG-Verordnung Nr. 318/2008 in der Fassung vom 31.03.2008 zur Änderung der EG-Verordnung Nr. 338/97 - aufgeführt sind, Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, alle europäischen Vogelarten, besonders oder streng geschützte Tier- und Pflanzenarten der Anlage 1 der BArtSchV). Danach ist es verboten,

- *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
- *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
- *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören und*
- *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.*

Zwar ist die planende Gemeinde nicht unmittelbar Adressat dieser Verbote, da mit dem Bebauungsplan in der Regel nicht selbst die verbotenen Handlungen durchgeführt beziehungsweise genehmigt werden. Allerdings ist es geboten, den besonderen Artenschutz bereits in der Bauleitplanung angemessen zu berücksichtigen, da ein Be-

bauungsplan, der wegen dauerhaft entgegenstehender rechtlicher Hinderungsgründe (hier entgegenstehende Verbote des besonderen Artenschutzes bei der Umsetzung) nicht verwirklicht werden kann, vollzugsunfähig ist. Im Kapitel 3.1.2 und der Anlage 1 werden die Belange des Artenschutzes berücksichtigt.

### **3.0 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN**

Die Bewertung der Umweltauswirkungen des vorliegenden Planvorhabens erfolgt anhand einer Bestandsaufnahme bezogen auf die einzelnen, im Folgenden aufgeführten Schutzgüter. Durch eine umfassende Darstellung des gegenwärtigen Umweltzustandes einschließlich der besonderen Umweltmerkmale im unbeplanten Zustand sollen die umweltrelevanten Wirkungen der Bebauungsaufstellung herausgestellt werden. Hierbei werden die negativen sowie positiven Auswirkungen der Umsetzung der Planung auf die Schutzgüter dargestellt und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit soweit wie möglich bewertet. Ferner erfolgt eine Prognose der Umweltauswirkungen bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung („Nullvariante“).

#### **3.1 Bestandsaufnahme und Bewertung der einzelnen Schutzgüter**

Zum besseren Verständnis der Einschätzung der Umweltauswirkungen wird im folgenden ein kurzer Abriss über die durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 105 verursachten Veränderungen von Natur und Landschaft gegeben.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 „Südlich Schlosspark III“ wird die Festsetzung von allgemeinen Wohngebieten (WA) sowie Straßenverkehrsflächen ermöglicht. Es werden dadurch vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen (Artenarmes Extensivgrünland) und unterschiedlich strukturierte Gehölzstrukturen (Wallheckenabschnitte, Einzelbäume) überplant. Der gesamte Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 4,5 ha.

Für die allgemeinen Wohngebiete wird von einer festgelegten Grundflächenzahl (GRZ) 0,35 mit einer zulässigen Überschreitung gemäß § 19 (4) BauNVO von 30 % ausgegangen. Dies entspricht einer maximalen Versiegelung von 45,5 %. Dadurch wird eine maximale Bodenversiegelung von ca. 1,5 ha Fläche im Bereich der allgemeinen Wohngebiete bauleitplanerisch ermöglicht.

Ferner sind Straßenverkehrsflächen / Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung mit einer Gesamtgröße von insgesamt ca. 9.250 m<sup>2</sup> geplant. Bei einem angenommenen Versiegelungsgrad von 80 % können ca. 7.400 m<sup>2</sup> versiegelt werden. Die Restflächen werden als artenarme Grünflächen (Straßenbegleitgrün) berücksichtigt. Durch die Neuanlage einer Planstraße wird eine Baum-Strauch-Wallhecke am Loyer Weg in einer Breite von 17 m durchbrochen. Bei einem anzusetzenden Kompensationsverhältnis von 1:2 sind deshalb an anderer Stelle hierfür 34 m Wallhecke neu anzulegen. Ferner werden zwei weitere Wallhecken (Baum-Wallhecke, Baum-Strauch-Wallhecke) in einer Breite von jeweils 3 m durch die Anlage eines Fuß- und Radweges durchbrochen. Diese sind ebenfalls im Verhältnis 1:2 zu kompensieren, so dass an anderer Stelle 12 m Wallhecke neu anzulegen sind.

Zur Eingrünung des Plangebietes sowie zur Einbindung der geplanten städtebaulichen Strukturen in den umliegenden Siedlungs- und Landschaftsraum werden Einzelbäume erhalten als auch auf einer Fläche von ca. 2.375 m<sup>2</sup> private Grünflächen gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB festgesetzt. Überlagernd erfolgt für die betreffenden Flächen die Festlegung als Fläche für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Be-

pflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB bzw. als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB. Zum Teil handelt es sich dabei um Wallhecken, deren Schutzstatus dadurch aufgehoben wird. Die verlorengelassene Wallheckenfunktion wird im Verhältnis 1:1 an anderer Stelle kompensiert.

Im Folgenden werden die konkretisierten Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die verschiedenen Schutzgüter dargestellt und bewertet.

### 3.1.1 Schutzgut Mensch

Eine intakte Umwelt stellt die Lebensgrundlage für den Menschen dar. Im Zusammenhang mit dem Schutzgut Mensch sind vor allen Dingen gesundheitliche Aspekte bei der Bewertung der umweltrelevanten Auswirkungen von Bedeutung. Bei der Betrachtung des Schutzgutes Mensch werden daher Faktoren wie Immissionsschutz, aber auch Aspekte wie die planerischen Auswirkungen auf die Erholung- und Freizeitfunktionen bzw. die Wohnqualität herangezogen.

Für die Menschen stellt der größte Teil des Untersuchungsgebietes hauptsächlich Produktionsfläche (Grünland) dar. Das Plangebiet ist durch das westlich direkt angrenzende großflächige Wohngebiet und weitere Bebauungen im Gebiet und der Umgebung sowie das Straßennetz (Loyer Weg, Buchenstraße, Emsoldstraße) bereits vorbelastet. Als Erholungsort hat das Plangebiet eine untergeordnete Bedeutung. Hinsichtlich des Erholungswertes hat der in einiger Entfernung nördlich liegende Schloßpark eine wesentlich höhere Bedeutung.

Hinsichtlich der Lage des Plangebietes im Einwirkungsbereich der Oldenburger Straße K 131, der Parkstraße, des Loyer Wegs, des Kiefernwegs und der Emsoldstraße sind die Verkehrslärmeinwirkungen auf das Schutzgut Mensch zu berücksichtigen. Im Vorfeld der Bauleitplanung wurde daher eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven vorgenommen. Als Schutzanspruch wurden hierin die Orientierungswerte gem. DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts für allgemeine Wohngebiete (WA) berücksichtigt.

Für den Planbereich liegt eine Beurteilung der Geruchsvorbelastung des Planbereiches nach der Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) der Landwirtschaftskammer Niedersachsen aus dem Jahr 2011 mit Überarbeitung vom 21.04.2015 vor. Im Rahmen der Aktualisierung wurde das Gutachten - formal – an den aktuellen Stand der Technik hinsichtlich neu anzusetzender Emissionsfaktoren gemäß der VDI-Richtlinie 3894 für die Tierhaltung angepasst. Auf Grundlage von Bestandsdaten (Berücksichtigung von sieben tierhaltenden Betriebsstellen sowie einer Hobbytierhaltung) hat die Landwirtschaftskammer dabei eine Rasteruntersuchung nach Austal durchgeführt und die relativen flächenbezogenen Häufigkeiten der Geruchsstunden bestimmt. Zur Beurteilung wurden die Grenzwerte der GIRL in der derzeit gültigen Fassung herangezogen, die für allgemeine Wohngebiete (WA) einen Wert von 1 GE/m<sup>3</sup> in 10 % der Jahresstunden vorsieht.

Zur Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung des im Zuge der 51. Flächennutzungsplanänderung geplanten Gesamtareals sind ferner die Belange des Straßenverkehrs zu berücksichtigen. Die Hapterschließung der geplanten Wohnbauflächen soll künftig über die Gemeindestraße Loyer Weg erfolgen. Im Vorfeld dieser Bauleitplanung wurde daher eine verkehrstechnische Untersuchung durch das Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm & Tjardes erarbeitet, um die Anforderungen an

eine verkehrsgerechte und ortsverträgliche Erschließung der künftigen Baugebiete zu ermitteln.

Für das Schutzgut Mensch bedeutet die Bebauung der im Plangebiet vorhandenen freien Landschaft eine Verminderung von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion, einen gewissen verminderten Erholungswert und anlage- und betriebsbedingt Belastungen durch zunehmenden Verkehr.

Die Erheblichkeit der Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind zunächst ohne Berücksichtigung der o. g. Untersuchungsergebnisse als weniger erheblich einzustufen.

Die detaillierten Ergebnisse der o. g. Untersuchungen (Schall, Geruch etc.) werden in der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 105 beschrieben.

### **3.1.2 Schutzgut Pflanzen**

#### Biotoptypen

Um Aussagen über den Zustand von Natur und Landschaft zu erhalten, wurde eine Bestandserfassung in Form einer Biotoptypenkartierung durchgeführt. Die Bestandsaufnahme der Naturlandschaft erfolgte durch Geländebegehungen im Mai 2011. Eine Aktualisierung der Erfassung fand im Oktober 2014 statt.

Durch das Vorhandensein bestimmter Biotope, ihre Ausprägung und die Vernetzung untereinander sowie mit anderen Biotopen können Informationen über schutzwürdige Bereiche gewonnen werden.

Die im Folgenden vorgenommene Typisierung der Biotope und die Zuordnung der Codes (Großbuchstaben hinter dem Biotoptyp) beziehen sich auf den Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (DRACHENFELS 2011).

Es wurden alle im Rahmen des Bebauungsplanes und der Umgebung relevanten Biotopstrukturen erfasst. Einzelbäume wurden kartiert, sofern sie markant oder prägend für das Landschaftsbild sind bzw. starkes Baumholz von i. d. R. mindestens 0,3 m im Durchmesser aufweisen.

#### Übersicht der Biotoptypen

Im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 105 sind Biotoptypen aus folgenden Gruppen vertreten (Zuordnung gemäß Kartierschlüssel):

- Gebüsche und Gehölzbestände,
- Grünland,
- Ackerflächen,
- Gewässer und
- Siedlungsbiopte.

Lage, Verteilung und Ausdehnung der o. g. Biotoptypen sind dem Bestandsplan der Biotoptypen zu entnehmen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst bislang überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen östlich der Buchenstraße und nördlich des Loyer Weges. Ein Wohnhaus befindet sich im südwestlichen Plangebiet. Weitere Siedlungsbebauung grenzt sowohl östlich als auch südlich des Loyer Weges an. Es ist geprägt von Grünlandflächen und von Heckenstrukturen (vorwiegend Wallhecken).

## **Beschreibung der Biotoptypen**

### **Gebüsche und Gehölzbestände**

Gehölze in Form von Wallhecken, Einzelbäumen sowie Feldhecken kommen im gesamten Bereich des Plangebietes in unterschiedlicher Ausprägung vor. Überwiegend handelt es sich um kleinflächige Bestände bzw. um linienhaft ausgeprägte Gehölzstrukturen entlang der Verkehrswege und der Flurstücksgrenzen.

Prägend für das Landschaftsbild des Plangebietes sind die Heckenstrukturen, die die landwirtschaftlichen Flächen teilen und begrenzen. Sie sind großenteils als Baum-Wallhecken (HWP) ausgeprägt, einige auch als Baum-Strauch-Wallhecken (HWM). Vorherrschende Art ist die Stieleiche (*Quercus robur*), viele der Bäume erreichen Stammdurchmesser zwischen 0,2 bis 0,9 Meter. Weitere in den Hecken vorkommende Baumarten sind Zitterpappeln (*Populus tremula*), Hainbuchen (*Carpinus betulus*), Kiefern (*Pinus sylvestris*), Hänge-Birken (*Betula pendula*), Rotbuchen (*Fagus sylvatica*), Ebereschen (*Sorbus aucuparia*), Vogelkirschen (*Prunus avium*), Erlen (*Alnus glutinosa*) und Ahorn (*Acer spec.*). In der Strauchschicht kommen Zitterpappeln und Eichen sowie vereinzelt (außerhalb des Plangebietes) Stechpalmen (*Ilex aquifolium*) vor. Letztere zählt zu den nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG besonders geschützten Arten. Die Wallhecken sind nach § 22 Abs. 3 NAGBNatSchG geschützt.

Neben den Wallhecken verläuft parallel zur Buchenstraße eine Baum-Strauch-Feldhecke (HFM) aus Rotbuchen und Hainbuchen. Entlang der nordöstlichen Plangebietsgrenze kommt eine Strauchhecke (HFS) vor, die aus Hainbuchen, Rotbuchen, Brombeeren (*Rubus fruticosus* agg.), Obstbäumen und Haselnuss (*Corylus avellana*) besteht.

Außerhalb der Hecken sind im Gebiet und der unmittelbaren Umgebung weitere Gehölzbestände vorhanden. Hier sind insbesondere diverse Einzelbäume (HBE) und Siedlungsgehölze (HSE) zu nennen. Unter diesen befinden sich zahlreiche alte Bäume mit z. T. starkem Baumholz, die als markante und erlebniswirksame Bäume bzw. als prägende Elemente für das Landschaftsbild besonders hervorzuheben sind. Zu diesen markanten Einzelbäumen zählen wiederum in erster Linie Stieleichen sowie vor allem in der Nähe der Häuser vereinzelt auch Linden (*Tilia cordata*), Buchen und Kastanien (*Aesculus hippocastanum*). Nördlich des bestehenden Gebäudes im Plangebiet existiert eine junge Gehölzpflanzung (HPG), die vorwiegend aus standortheimischen Arten (Haselnuss, Goldulme, Birke, Weiden) zusammengesetzt sind.

### **Grünland**

Große Flächen des Plangebietes sind durch Grünlandbewirtschaftung geprägt. Zum überwiegenden Teil ist artenarmes Extensivgrünland (GET) vorhanden. Kennzeichnende Pflanzenarten sind hier das Wollige Honiggras (*Holcus lanatus*), die Kriech-Quecke (*Elymus repens*), Rasenschmiele (*Deschampsia cespitosa*) und Rispengräser (*Poa* spp.). Produktive Arten des Intensivgrünlandes wie Weidelgras (*Lolium perenne*) und Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*) kommen nur in geringer Dichte in den Flächen vor. Diese Flächen werden überwiegend durch Pferde und Rinder beweidet.

Eine hofnahe Fläche ist durch die ständige Beweidung durch Pferde als sonstige Weidefläche (GW) einzustufen, die z. T. nur spärlich bewachsen oder kurzgefressen ist.

### Ackerflächen

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes kommen keine Ackerflächen vor. Eine Teilfläche östlich der Emsoldstraße wird als Getreideacker genutzt.

### Gewässer

Parallel zu einigen Wallhecken sowie partiell entlang des Loyer Weges sowie der Buchenstraße verlaufen flache Gräben, die nur nach Starkregen kurzzeitig Wasser führen (FGZ). Südlich des Loyer Weges wurde mittlerweile ein neues Regenrückhaltebecken angelegt, das als sonstiges naturnahes nährstoffreiches Stillgewässer (SEZ) einzustufen ist.

### Siedlungsbiotope und Verkehrsflächen

Neben Baumbeständen und Siedlungsgehölzen aus einheimischen Gehölzarten (HSE) finden sich in den Siedlungsbereichen Ziergebüsche (BZE), Zierhecken (BZH), Scherrasenflächen sowie Beete und Rabatten. Die Hausgärten sind zum Großteil als neuzeitliche Ziergärten (PHZ) zu charakterisieren. Ein östlich angrenzender Garten wird als Obst- bzw. Gemüsegarten genutzt (PHO).

Die Buchenstraße und der Loyer Weg sind asphaltierte Straßen (OVS).

### Geschützte Landschaftsbestandteile

Die Wallhecken im Plangebiet und der Umgebung zählen zu den geschützten Landschaftsbestandteilen nach § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG.

### Vorkommen von gefährdeten und besonders oder streng geschützten Pflanzenarten

Im gesamten Untersuchungsgebiet konnten während der Erfassungen im Mai 2011 bzw. Oktober 2014 keine gemäß der Roten Liste der Farn- und Blütenpflanzen in Niedersachsen und Bremen (GARVE 2004) gefährdete Pflanzenarten nachgewiesen werden.

Von den gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG besonders geschützten Spezies wurde eine Art festgestellt. Dabei handelt es sich um die Stechpalme (*Ilex aquifolium*), von der einige Exemplare nachgewiesen wurden. Diese stocken auf einer Wallhecke bzw. einem Siedlungsgehölz auf einem Hausgrundstück an der Emsoldstraße außerhalb des Plangebietes.

Streng geschützte Pflanzenarten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG bzw. Pflanzen des Anhangs IV der FFH-Richtlinie traten nicht auf. Hinweise auf Vorkommen dieser Arten liegen derzeit auch nicht vor. Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zu den Verboten des § 44 (1) Nr. 4 BNatSchG ist demgemäß nicht erforderlich, da relevante Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nicht vorkommen.

### Bewertung der Biotoptypen

Zur Ermittlung des Eingriffes in Natur und Landschaft wird das Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) angewendet.

In diesem Modell werden Eingriffsflächenwert und Kompensationsflächenwert ermittelt und gegenübergestellt. Zur Berechnung des Eingriffsflächenwertes werden zunächst Wertfaktoren für die vorhandenen Biotoptypen vergeben und mit der Größe der Fläche multipliziert. Analog werden die Wertfaktoren der Biotoptypen der Planungsfläche

mit der Flächengröße multipliziert und anschließend wird die Differenz der beiden Werte gebildet.

Es werden 6 Wertfaktoren unterschieden:

Wertfaktor	Beispiele Biotoptypen
5 = sehr hohe Bedeutung 4 = hohe Bedeutung 3 = mittlere Bedeutung 2 = geringe Bedeutung 1 = sehr geringe Bedeutung 0 = weitgehend ohne Bedeutung	naturnaher Wald; geschütztes Biotop Baum-Wallhecke Strauch-Baumhecke Intensiv-Grünland Acker versiegelte Fläche

In der Liste II des Bilanzierungsmodells (Übersicht über die Biotoptypen in Niedersachsen) sind den einzelnen Biotoptypen entsprechende Wertfaktoren zugeordnet. Für die im Plangebiet vorhandenen bzw. geplanten Biotope ergeben sich folgende Wertstufen:

Biotoptyp	Wertfaktor	Anmerkungen
Mittelalte Einzelbäume [HBE]	3	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Baum-Strauch-Feldhecke [HFM]	3	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Strauchhecke [HFS]	3	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Junge Gehölzpflanzung [HPG]	3	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Artenarmes Extensivgrünland trockener Mineralböden [GET]	3	Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Ziergebüsch [BZE]	2	Gehölzbestände aus einheimischen Arten mit Biotop- und Vernetzungsfunktion
Sonstige Weidefläche [GW]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Sonstiger Graben [FGZ]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Ziergebüsch aus überwiegend einheimischen Gehölzarten [BZE]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Nährstoffreicher Graben [FGR]	2	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Neuzeitlicher Hausgarten, Straßenbegleitgrün [PHZ, GR]	1	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Spielplatz [PSZ]	1	mäßige Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften
Vollständig versiegelte Fläche (Gebäude, Nebenanlagen) [X]	0	keine Biotopfunktion

Bezüglich der Wallheckenbewertung wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde die Weisung des Nds. Umweltministeriums vom 03.11.2006 beachtet. So sind beeinträchtigte Werte und Funktionen geschützter Wallhecken durch Neuanlage oder wallheckenfördernde Maßnahmen auszugleichen. Weiterhin sind zu beseiti-

gende Wallhecken bestimmten Wertstufen zuzuordnen und der Ausgleich danach zu bemessen. Demzufolge sind die vorhandenen Wallhecken folgenden Wertfaktoren zuzuordnen:

Biotoptyp	Wertfaktor	Anmerkungen
Baum-Wallhecke, Baum-Strauch-Wallhecke [HWP, HWM]	4	Hohe Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften

Hinsichtlich der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen ist zu konstatieren, dass das Plangebiet einerseits von zum Großteil extensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen und andererseits von unterschiedlichen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Hecken, Einzelbäumen etc.) sowie versiegelten Flächen eingenommen wird. Somit weist der Planungsraum in größtenteils eine mittlere bis hohe Bedeutung und in den Bereichen mit hoher Versiegelungsrate (Straßen, Privatgrundstück) eine geringere Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften auf. Aufgrund der Versiegelung und dem damit einhergehenden Verlust von Lebensraum für Pflanzen sind die Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen als **erheblich** zu bewerten (vgl. Kap. 3.1.10).

### 3.1.3 Schutzgut Tiere

Da durch das Planvorhaben für Tiere schutzwürdige Landschaftsbestandteile und Strukturen betroffen sein können, wurde von der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland eine Bestandsaufnahme der Brutvögel und Fledermäuse im Plangebiet und der Umgebung gefordert. Diese sind seinerzeit im Rahmen der/des 51. Flächennutzungsplanänderung / Bebauungsplanes Nr. 93A im Jahre 2011 durchgeführt worden.

Im Erfassungszeitraum von März bis September 2011 wurden insgesamt fünf Fledermausarten nachgewiesen. Das Vorkommen einer weiteren Art der Gattung *Myotis* ist nicht gänzlich auszuschließen, da mehrere unbestimmte Lautkontakte von Vertretern der Gattung *Myotis* vorliegen. Die im Untersuchungsgebiet festgestellten Arten gelten nach der aktuell gültigen Roten Liste für Niedersachsen als bestandsbedroht. Vergleicht man diefassungsergebnisse mit vorliegenden Fledermauskartierungen aus dem Oldenburger Großraum, so ist das Untersuchungsgebiet als ein mäßig artenreicher Fledermauslebensraum einzustufen. Hervorzuheben ist daneben vor allem die Bedeutung großer Teile des Plangebietes als häufig oder zumindest temporär genutztes Jagdgebiet für alle fünf festgestellten Fledermausarten. Ein Grund hierfür liegt in der für Fledermäuse günstigen Strukturvielfalt aus alten Einzelbäumen, Feldhecken und in Gehölzstrukturen eingebetteten Grünlandflächen.

Im Untersuchungsgebiet wurden 35 Vogelarten, mit Brutverdacht oder Brutnachweis festgestellt. Das festgestellte Artenspektrum entspricht weitgehend den Erwartungswerten für einen vergleichbar strukturierten Raum der halb offenen Kulturlandschaft. Bemerkenswert ist die relativ gute Präsenz von Arten, die als Vertreter der strukturreichen Halboffenlandschaften gelten; so z. B. Feldsperling und Star. Dem Untersuchungsgebiet ist für die Brutvögel eine allgemeine Bedeutung zuzuweisen.

Hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG für die europarechtlich geschützten Arten wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung im Rahmen des faunistischen Fachbeitrages durchgeführt (vgl. Anlage 1).



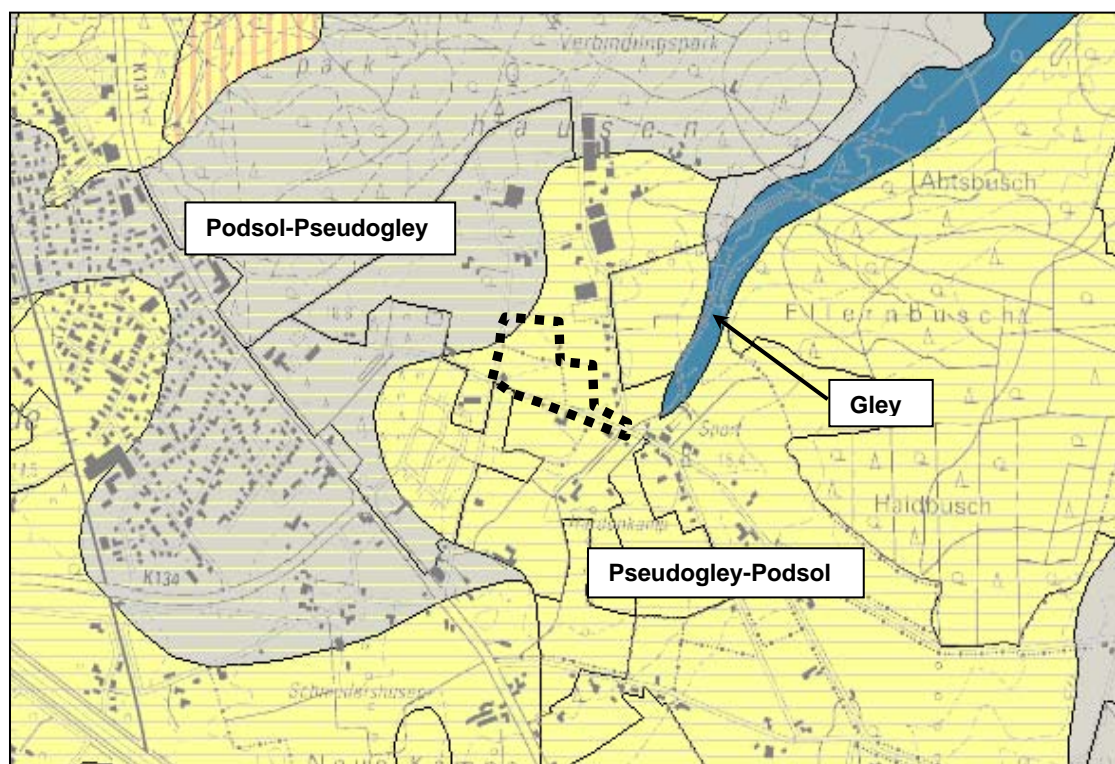
### Bewertung

Die Eingriffe, die aus der Beseitigung und Überbauung von Teilhabitaten (Gehölzbestände, Grünland) und dem damit verbundenen Verlust der ökologischen Vernetzung resultieren, sind als ein erheblicher Eingriff in das Schutzgut Fauna (hier: Fledermäuse) zu werten. Die Beeinträchtigungen der Brutvögel werden als **weniger erheblich** bewertet.

## 3.1.4 Schutzgut Boden

Der Boden nimmt mit seinen vielfältigen Funktionen eine zentrale Stellung im Ökosystem ein. Neben seiner Funktion als Standort der natürlichen Vegetation und der Kulturpflanzen weist er durch seine Filter-, Puffer- und Transformationsfunktionen gegenüber zivilisationsbedingten Belastungen eine hohe Bedeutung für die Umwelt des Menschen auf. Gemäß § 1a (2) BauGB ist mit Grund und Boden sparsam umzugehen, wobei zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen sind.

Das Plangebiet wird gemäß den Aussagen des Datenservers des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (2014, LBEG) zum Großteil von Pseudogley-Podsol eingenommen. Im Nordwesten ragt Podsol-Pseudogley hinein.



**Abbildung 1: Übersicht der im Plangebiet und der Umgebung vorkommenden Bodentypen (Quelle: LBEG).**

Suchräume für schutzwürdige Böden werden gemäß LBEG Datenserver nicht dargestellt.

Nach den Bohrergebnissen stehen im Bereich der vom Rasteder Erdbaulabor durchgeführten Bohrungen nördlich des Loyer Weges unter einer 0,30 m dicken Mutterbodenschicht Geschiebelehm aus stark sandigem, schwach kiesigem Schluff bis zu einer Tiefe von 4,80 m unter GOK an. In einem Bohrungsbereich wird der Geschiebelehm von schwach grobsandigem, feinsandigem Mittelsand unterlagert.

#### Bewertung

Aufgrund der Überformung des Bodens und den regelmäßigen Nährstoffeintrag durch die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung und die vorhandene Bebauung liegt im Plangebiet eine geringe bis mittlere Wertigkeit des Bodens hinsichtlich der Belange von Natur und Landschaft vor.

Das hier vorgesehene Vorhaben verursacht neue Versiegelungsmöglichkeiten durch allgemeine Wohngebiete sowie Straßenverkehrsflächen in einer Flächengröße von ca. 2,2 ha. Sämtliche Bodenfunktionen gehen in diesen Bereichen irreversibel verloren. Aufgrund der Flächengröße der Versiegelung werden die Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Boden bei Umsetzung der Planung als **erheblich** beurteilt.

### 3.1.5 Schutzgut Wasser

Das Schutzgut Wasser stellt einen wichtigen Bestandteil des Naturhaushaltes dar und bildet die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Im Rahmen der Umweltprüfung ist das Schutzgut Wasser unter dem Aspekt der Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt, auf die Wasserqualität sowie auf den Zustand des Gewässersystems zu betrachten. Im Sinne des Gewässerschutzes sind Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Begrenzung der Flächenversiegelung und der damit einhergehenden Zunahme des Oberflächenwassers, zur Förderung der Regenwasserversickerung sowie zur Vermeidung des Eintrags wassergefährdender Stoffe führen. Im Rahmen der Bauleitplanung ist der Nachweis eines geregelten Abflusses des Oberflächenwassers zu erbringen.

#### Grundwasser

Grundwasser hat eine wesentliche Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, als Naturgut der Frischwasserversorgung und als Bestandteil grundwassergeprägter Böden. Gemäß den Darstellungen des LBEG ist die Grundwasserneubildungsrate im Plangebiet mit 151 – 350 mm/a angegeben. Das Schutzpotenzial des Grundwassers liegt im gesamten Plangebiet im hohen Bereich.

#### Oberflächenwasser

Parallel zu einigen Wallhecken sowie partiell entlang des Loyer Weges sowie der Buchenstraße verlaufen flache Gräben, die nur nach Starkregen kurzzeitig Wasser führen. Südlich des Loyer Weges wurde mittlerweile ein neues Regenrückhaltebecken angelegt. In geringer Entfernung östlich des Plangebietes verläuft ein Entwässerungsgraben (Hülsbäke, Gewässer II. Ordnung), der bis zu 3 m tief ins Gelände eingeschnitten ist.

#### Bewertung

Die Bedeutung des Schutzgutes Wasser im Plangebiet wird als gering eingestuft. Es handelt sich im Plangebiet und der Umgebung weder um ein Wasserschutzgebiet noch um einen besonderen Bereich zur Trinkwassergewinnung.

Das Planvorhaben wird **geringe** umweltrelevante Auswirkungen für das Schutzgut Wasser in seiner wichtigen Funktion für den Naturhaushalt mit sich bringen. Diese resultieren aus der Versiegelung von Flächen durch die mögliche Überbauung

(hier: ca. 2,2 ha). Eine Grundwasserneubildung durch Versickerung von Niederschlagswasser ist auf diesen Flächen künftig nicht mehr möglich. In den übrigen Bereichen sinkt das Risiko stofflicher Einträge durch die Umwandlung von landwirtschaftlich genutzten Flächen in Grünflächen weiter ab. Weitere Auswirkungen sind für den lokalen Wasserhaushalt nicht zu erwarten.

### 3.1.6 Schutzgut Klima und Luft

Klimatisch ist der Untersuchungsraum vorwiegend atlantisch geprägt. Die Nähe zur Nordsee und die überwiegende Luftzufuhr aus westlichen Richtungen verursachen ein maritimes Klima, das sich durch relativ niedrige Temperaturschwankungen im Tages- und Jahresverlauf, eine hohe Luftfeuchtigkeit sowie häufige Bewölkung und Nebelbildung auszeichnet. Die Sommer sind daher mäßig warm und die Winter verhältnismäßig mild. Die Niederschläge verteilen sich gleichmäßig über das Jahr und erreichen 670 – 800 mm/a.

Luftverunreinigungen (Rauch, Stäube, Gase und Geruchsstoffe) oder Luftveränderungen sind Belastungen des Klimas, die sowohl auf der kleinräumigen Ebene als auch auf der regionalen oder globalen Ebene Auswirkungen verursachen können. Neben den Belastungen bzw. Gefährdungen durch Luftschadstoffe werden im Zuge der Umweltprüfung auch klimarelevante Bereiche und deren mögliche Beeinträchtigungen betrachtet und in der weiteren Planung berücksichtigt. Dazu gehören Flächen, die aufgrund ihrer Vegetationsstruktur, ihrer Topographie oder ihrer Lage geeignet sind, negative Auswirkungen der Luft zu verringern und für Luftreinhaltung, Lufterneuerung oder Temperatúrausgleich zu sorgen.

Bei der Realisierung der geplanten Bebauung sowie einer Versiegelung von Flächen kann von einer geringfügigen „Verstädterung“ des Geländeklimas ausgegangen werden. So reduzieren z. B. Baukörper die Windgeschwindigkeit und durch die Versiegelung wird die Kaltluftproduktion verringert. Die Versiegelung verringert auch die Verdunstung innerhalb des Plangebietes, die von Böden und Vegetation ausgeht, so dass eine kleinräumige Veränderung der Luftfeuchtigkeit die Folge sein kann. Je stärker der Versiegelungsgrad bei gleichzeitigem Fehlen thermischer Kompensationsmöglichkeiten durch Vegetation ausfällt, desto ausgeprägter bildet sich ein sogenanntes „städtisches Wüstenklima“ aus (starke Temperaturschwankungen und Temperaturoegensätze, trockene Luft).

#### Bewertung

Das Kleinklima im Planbereich ist durch die Ortsrandlage und die angrenzenden Wohngebiete gekennzeichnet. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Vorbelastungen durch die angrenzenden Straßen und Siedlungsbereiche sind durch die Umsetzung des Planvorhabens **keine erheblichen** Auswirkungen auf das Schutzgut Klima sowie auf das Schutzgut Luft zu erwarten. Insgesamt ist der vorgesehene Anteil im Plangebiet an Grün- und Freiflächen noch relativ hoch, da nur rd. 35 % der Bauflächen versiegelt werden dürfen. Außerdem bleibt der Anschluss an die freie Landschaft teilweise erhalten, so dass gravierende umweltrelevante Auswirkungen durch kleinklimatische Veränderungen nicht zu erwarten sind.

In dem Bebauungsplan werden Maßnahmen festgesetzt, wie z. B. der Erhalt von Wallhecken und Einzelbäumen sowie Neuanpflanzungen, die den Erfordernissen des Klimaschutzes gem. § 1 (5) BauGB i. V. m. § 1a (5) BauGB Rechnung tragen.

### 3.1.7 Schutzgut Landschaft

Da ein Raum immer in Wechselbeziehung und -wirkung zu seiner näheren Umgebung steht, kann das Planungsgebiet nicht isoliert, sondern muss vielmehr im Zusammenhang seines stadt- sowie naturräumlichen Gefüges betrachtet werden.

Das Schutzgut Landschaft zeichnet sich durch ein harmonisches Gefüge aus vielfältigen Elementen aus, das hinsichtlich der Aspekte Vielfalt, Eigenart oder Schönheit zu bewerten ist.

Das im Untersuchungsraum vorherrschende Landschaftsbild weist durch die im Planungsgebiet vorhandenen sowie die angrenzenden bebauten Bereiche und Siedlungsstrukturen sowie den Straßen bereits eine gewisse Vorprägung auf. Große Teilflächen südlich des Loyer Weges wurden im Rahmen der rechtskräftigen Bebauungspläne Nr. 93 A und 93 B mittlerweile mit Wohnhäusern bebaut (nicht auf dem Luftbild zu sehen).

Ferner wird der Geltungsbereich sowie der unmittelbar an den Planungsraum anschließende nördlich gelegene Freiraum primär durch landwirtschaftlich genutzte Flächen und Gehölzstrukturen (Wallhecken, Hecken, Einzelbäume) geprägt und weist daher eine gewisse Sensibilität gegenüber baulichen, das Landschaftsbild beeinträchtigenden Eingriffen auf.

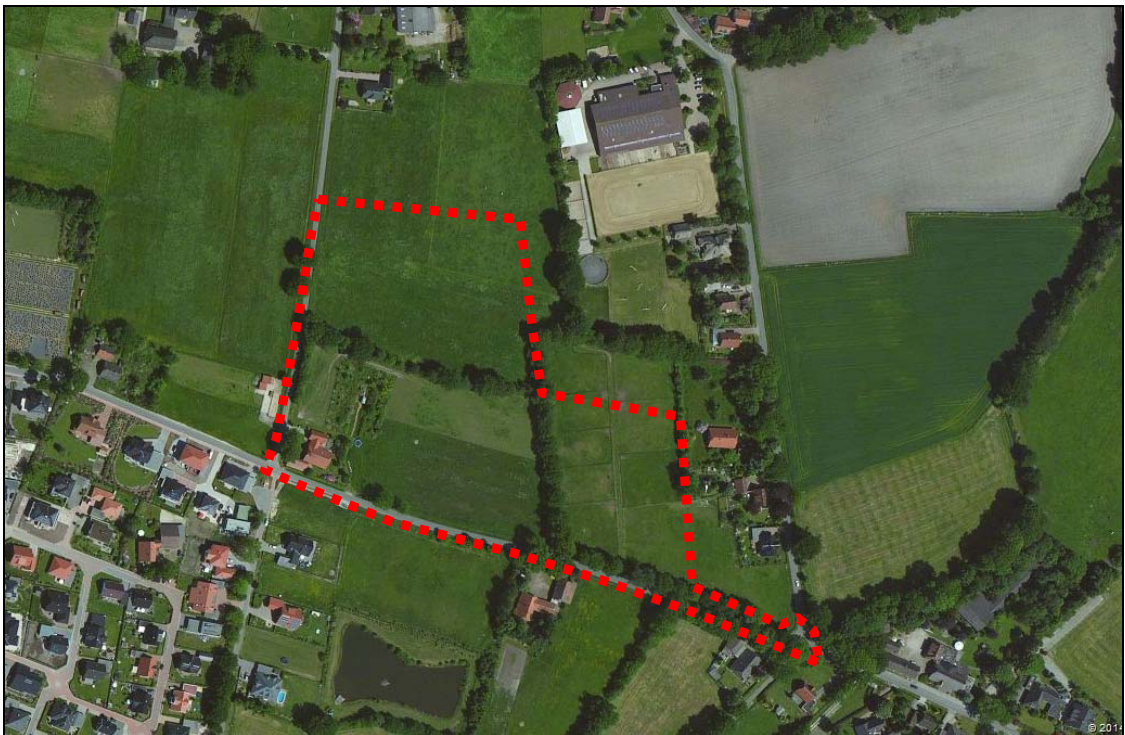


Abbildung 2: Luftbild des Plangebietes (unmaßstäblich).



### Bewertung

Das Landschaftsbild wird sich durch die Realisierung der Planung erheblich verändern. Um die Eingriffe in die Landschaft zu minimieren, werden städtebauliche und landschaftspflegerische Maßnahmen (u. a. Erhalt von Wallhecken und Einzelbäumen) zur verträglichen Einbindung des Plangebietes festgelegt, die der Ortsrandlage Rechnung tragen. Durch die Festsetzung einer maximalen Firsthöhe von  $\leq 9,50$  m wird einer beeinträchtigenden Höhenentwicklung entgegengewirkt.

Eine zusätzliche Beeinträchtigung auf die im Nahbereich befindlichen Landschaftsschutzgebiete WST-Nr. 78 „Rasteder Geestrand“ und WST-Nr. 57 „Schlosspark, Park Hagen“ wird aufgrund der Vorprägungen und der vorgesehenen grünordnerischen Maßnahmen (u. a. Erhalt und Sicherung von Einzelbäumen und Wallhecken, Bepflanzungsmaßnahmen) nicht vorbereitet.

Insgesamt werden die Umweltauswirkungen durch die Entwicklung der Wohngebietenutzung auf das Schutzgut Landschaft trotz allen Vorprägungen als **erheblich** eingestuft.

### **3.1.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter**

Der Schutz von Kulturgütern stellt im Rahmen der baukulturellen Erhaltung des Orts- und Landschaftsbildes gem. § 1 (5) BauGB eine zentrale Aufgabe in der Bauleitplanung dar. Als schützenswerte Sachgüter werden natürliche oder vom Menschen geschaffene Güter betrachtet, die von geschichtlicher, wissenschaftlicher, archäologischer oder städtebaulicher Bedeutung sind.

Die an den Flurstücksgrenzen gelegenen Wallhecken, die einen wichtigen Landschaftsbestandteil darstellen, sind als bedeutende Kulturgüter zu betrachten. Zum Großteil werden die Wallhecken als Fläche für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB gesichert. Für die Neuanlage einer Planstraße werden kleine Wallheckenabschnitte, die parallel zum Loyer Weg verlaufen überplant. Es handelt sich dabei um eine Länge von insgesamt 17 Metern. Ferner werden die Baum-Wallhecke im zentralen Bereich sowie die Baum-Strauch-Wallhecke, die in Nord-Süd-Richtung verläuft, für die Anlage eines Fuß- und Radweges jeweils in einer Breite von 3 m durchbrochen. Eine entsprechend notwendige Ersatzmaßnahme erfolgt über das Wallheckenschutzprogramm des Landkreises Ammerland.

Im Vorfeld dieser Bauleitplanung wurde das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege, Referat Archäologie durch die Gemeinde Rastede beteiligt. Gemäß deren Stellungnahme sind aus der südlichen und südwestlichen Umgebung des Plangebietes mehrere denkmalgeschützte archäologische Siedlungsplätze (Rastede, FStNr. 151-154) bekannt. Inwieweit im Plangebiet mit archäologischen Befunden und Funden gerechnet werden muss und ggf. Maßnahmen zu ergreifen sind, wird durch das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege entschieden.

In der Umgebung des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 105 befinden sich mehrere Baudenkmale. Hierbei handelt es sich um eine alte Toranlage aus dem Jahr 1871 (sog. „Hirschtor“), welches den Eingangsbereich zum westlich des Plangebietes gelegenen Schloßpark darstellt. Der Schloßpark selbst ist Bestandteil eines denkmalgeschützten Ensembles gem. § 3 (3) NDSchG. Zu den denkmalgeschützten Bereichen sind gemäß § 8 des NDSchG ausreichende Abstände einzuhalten bzw. bauliche Anlagen sind so zu gestalten, dass das Erscheinungsbild der denkmalgeschützten Gebäude nicht beeinträchtigt wird. Sämtliche Baumaßnahmen in der Umgebung eines

Baudenkmales, die dessen Erscheinungsbild beeinflussen können, bedürfen gem. § 10 (1) Nr. 4 NDSchG einer denkmalrechtlichen Genehmigung.

Die vorgenannten Baudenkmale sind bereits durch die unmittelbar an diese Bereiche angrenzenden Siedlungsstrukturen (u. a. auch gemischte und gewerbliche Nutzungen) sowie die Oldenburger Straße (K 131) deutlich vorgeprägt. Die mit dem Bebauungsplan Nr. 105 vorgesehenen Wohnnutzungen liegen demgegenüber in ausreichender Entfernung zu den denkmalgeschützten Bereichen (Entfernung zum „Hirschtor“ ca. 650 m, zum Schloßpark ca. 315 m). Eine zusätzliche Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes der o. g. Baudenkmale wird somit planungsrechtlich nicht vorbereitet.

Weitere schutzbedürftige Kultur- und Sachgüter, die eine Sensibilität gegenüber planerischen Veränderungen aufweisen, sind innerhalb des Planungsraumes sowie im näheren Umfeld nicht anzutreffen.

#### Bewertung

Insgesamt werden **weniger erhebliche Beeinträchtigungen** auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter (hier: Wallhecken) prognostiziert. Eine entsprechend notwendige Ersatzmaßnahme erfolgt über das Wallheckenschutzprogramm des Landkreises Ammerland. Beeinträchtigungen auf das o. g. Natur- und das Baudenkmal werden nicht vorbereitet.

### **3.1.9 Wechselwirkungen**

Bei der Betrachtung der Wechselwirkungen soll sichergestellt werden, dass es sich bei der Prüfung der Auswirkungen nicht um eine rein sektorale Betrachtung handelt, sondern sich gegenseitig verstärkende oder addierende Effekte berücksichtigt werden (KÖPPEL et al. 2004). So stellt der Boden Lebensraum und Nahrungsgrundlage für verschiedene Faunengruppen wie Vögel, Amphibien, Libellen etc. dar, so dass bei einer Versiegelung nicht nur der Boden mit seinen umfangreichen Funktionen verloren geht, sondern auch Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen und Tiere zu erwarten sind. Negative, sich verstärkende Wechselwirkungen, die über das Maß der bisher durch das Vorhaben ermittelten Auswirkungen hinausgehen, sind jedoch nicht zu prognostizieren.

### **3.1.10 Zusammengefasste Umweltauswirkungen**

Durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 105 kommt es zu einem Verlust von Pflanzen und Boden durch Flächenversiegelungen, was als erhebliche Umweltauswirkung zu beurteilen ist. Weiterhin sind die Umweltauswirkungen der geplanten Nutzungsänderungen auf die Schutzgüter Mensch, Tiere, Landschaft und Kultur- und Sachgüter (hier: Wallhecken) ebenfalls als erheblich zu beurteilen. Für das Schutzgut Wasser, Klima und Luft werden die Umweltauswirkungen als wenig erheblich beurteilt.

Die zu erwartenden Umweltauswirkungen bei Realisierung des Vorhabens werden nachfolgend tabellarisch zusammengestellt und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit beurteilt.

**Tab. 1: Zu erwartende Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter und ihre Bewertung**

<b>Schutzgut</b>	<b>Beurteilung der Umweltauswirkungen</b>	<b>Erheblichkeit</b>
<b>Mensch</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verlust von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion (Grünland)</li> <li>Beeinträchtigungen durch zunehmenden Verkehrslärm und Veränderung des Landschaftsbildes</li> <li>Erhalt der umliegenden Landschaftsschutzgebiete / Erholungsgebiete</li> </ul>	•
<b>Pflanzen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>erhebliche negative Auswirkungen durch Verlust von Biotopstrukturen</li> </ul>	••
<b>Tiere</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Größtmöglicher Erhalt der prägenden Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume)</li> <li>Verlust von Teillebensräumen (Jagdhabitats von Fledermäusen und Brutplätze)</li> </ul>	• bis ••
<b>Boden</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>erhebliche negative Auswirkungen durch Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung</li> </ul>	••
<b>Wasser</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>geringe Veränderung des lokalen Wasserhaushalts durch Flächenversiegelung</li> </ul>	•
<b>Klima</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>geringfügige negative Auswirkungen auf die kleinklimatischen Gegebenheiten</li> </ul>	•
<b>Luft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>geringfügige negative Auswirkungen auf die Luftqualität</li> </ul>	•
<b>Landschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vorprägung des Landschaftsbildes durch vorhandene und angrenzende bebaute Bereiche</li> <li>Erhalt von landschaftsbildprägenden Strukturen (Wallhecken, Einzelbäume)</li> <li>erhebliche Auswirkungen durch sichtbare Veränderung des Landschaftsbildes</li> </ul>	••
<b>Kultur und Sachgüter</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>weniger erhebliche Beeinträchtigung von Kultur- und Sachgütern (Wallhecken)</li> <li>Größtmöglicher Erhalt der vorkommenden Wallhecken</li> </ul>	•
<b>Wechselwirkungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>keine erheblichen Auswirkungen</li> </ul>	-

•• sehr erheblich/ •• erheblich/ • weniger erheblich / - nicht erheblich

## 3.2 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes

### 3.2.1 Entwicklung des Umweltzustandes bei Planungsdurchführung

Bei der Umsetzung des Planvorhabens ist mit den oben genannten Umweltauswirkungen zu rechnen. Durch die Realisierung der Bestimmungen des Bebauungsplanes Nr. 105 wird eine städtebaulich sinnvolle Weiterentwicklung der örtlich bereits vorhandenen Siedlungsstrukturen erfolgen. Gleichzeitig werden vorhandene Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume) erhalten. Die entlang der nördlichen Plangebietsgrenze zu entwickelnden Grünstrukturen (Baum-Strauchhecken) werden das Plangebiet gliedern, eingrünen und können der Tier- und Pflanzenwelt als Lebensraum dienen.

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt über die Buchenstraße und den Loyer Weg.

### 3.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung - Nullvariante

Bei Nichtdurchführung der Planung bleiben die bestehenden Nutzungen unverändert erhalten. Die im Plangebiet vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Flächen und Gehölzstrukturen (Wallhecken, Einzelbäume etc.) würden weiterhin in ihrer derzeitigen Form erhalten bleiben. Für Arten und Lebensgemeinschaften würde der bisherige Lebensraum unveränderte Lebensbedingungen bieten. Die Boden- und Grundwasserverhältnisse würden sich bei Nichtdurchführung der Planung nicht verändern.

### 3.3 Vermeidung / Minimierung / Ausgleich und Ersatz nachteiliger Umweltauswirkungen

Der Verursacher eines Eingriffs ist verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen). Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. Ersetzt ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in dem betroffenen Naturraum in gleichwertiger Weise hergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist (§ 15 (1) und (2) BNatSchG).

Obwohl durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 nicht in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild eingegriffen werden kann, sondern nur durch dessen Realisierung, ist die Eingriffsregelung dennoch von Bedeutung, da nur bei ihrer Beachtung eine ordnungsgemäße Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange möglich ist.

#### 3.3.1 Bilanzierung

Entsprechend dem Naturschutzgesetz (Eingriffsregelung) muss ein unvermeidbarer zulässiger Eingriff in die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.

Die Eingriffsbilanzierung erfolgt mit dem Bilanzierungsmodell des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung). Der Eingriffsumfang wird dabei durch einen Flächenwert ausgedrückt, der sich nach folgender Formel errechnet:

- |  |  |
|--|--|
| a) Flächenwert des Ist-Zustandes:                          | Größe der Eingriffsfläche in m <sup>2</sup> x<br>Wertfaktor des vorhandenen Biotoptyps |
| b) Flächenwert des Planungszustandes:                      | Größe der Planungsfläche in m <sup>2</sup> x<br>Wertfaktor des geplanten Biotoptyps    |
| c)   |  |
| Flächenwert des Planungszustandes                          |  |
| - Flächenwert des Ist-Zustandes                            |  |
| = Flächenwert des Eingriffs (Maß für die Beeinträchtigung) |  |



Mit Hilfe dieses Wertes wird die Bilanzierung von Eingriff und Kompensation ermöglicht. Berechnung des Flächenwertes des Eingriffs:

Ist-Zustand				Planung			
Biotoptyp	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert	Biotoptyp	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert
HWM*/ HWB*	955	4	(3.820)	HWM*/ HWB*	900	4	(3.600)
HBE**	200	3	600	HBE* <sup>1</sup>	140	3	420
HFM	90	3	270	HFM* <sup>2</sup>	1.110	2	2.220
HFS	50	3	150	HFS/ HFM* <sup>3</sup>	365	2	730
HPG	1.180	3	3.540	PH* <sup>4</sup>	17.735	1	17.735
GET	31.065	3	93.195	GR* <sup>5</sup>	1.850	1	1.850
GW	6.370	2	12.740	PSZ* <sup>6</sup>	453	1	453
FGZ	1.105	2	2.210	X* <sup>7</sup>	14.802	0	0
BZE	40	2	80	X* <sup>8</sup>	7.400	0	0
PHZ	635	1	635	X* <sup>9</sup>	25	0	0
X	3.150	0	0				
Flächenwert Ist-Zustand			113.420	Flächenwert Planungs-Zustand			23.408

\* Gemäß dem angewendeten Bilanzierungsmodell zur Kompensation von Eingriffen in vorkommende Wallhecken sind Wallheckenneuanlagen bzw. wallheckenfördernde Maßnahmen durchzuführen. Um eine „Doppelkompensation“ zu vermeiden, werden die Wallhecken nicht zum Flächenwert dazugezählt.

\*\* Gemäß dem angewendeten Bilanzierungsmodell (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) werden Einzelbäume zusätzlich zur Grundfläche erfasst. Weiterhin sind vorhandene Einzelbäume zusätzlich zur Grundfläche nach der vorhandenen Kronentrauf- fläche zu bestimmen. Dieser Flächenwert ist dem Wert der Grundfläche zuzuzählen. Aus diesem Grund ist bei einem Vorhandensein von Einzelbäumen die Gesamtfläche größer als die Geltungsbe- reichsgröße. Die Größe des Geltungsbereiches ergibt sich indem die Flächen der Einzelbäume von der Gesamtfläche abgezogen werden. Pro Einzelbaum wurde eine Fläche von 20 m² angesetzt.

\*<sup>1</sup> Festgesetzte zu erhaltende Einzelbäume (7 Stück).

\*<sup>2</sup> Festgesetzte Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB entlang der Plangebietsgrenzen.

\*<sup>3</sup> Zu erhaltender Strauchhecke (HFS) und Anpflanzen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern in der Fläche für die Erhaltung und zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflan- zungen gem. § 9 (1) Nr. 25a+b BauGB.

\*<sup>4</sup> Die unversiegelten Flächen der allgemeinen Wohngebiete werden als Hausgärten mit dem Wertfaktor 1 in der Bilanzierung berücksichtigt.

\*<sup>5</sup> Die übrigen Bereiche der festgesetzten Verkehrsflächen (Planstraßen, Fuß- und Radwege, Bushalte- stelle) werden als artenarmes Straßenbegleitgrün mit dem Wertfaktor 1 berücksichtigt.

\*<sup>6</sup> Festgesetzte öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz. Es wird der Wertfaktor 1 angesetzt. Die hier zulässige Ortsnetzstation mit einer Grundfläche (GR) von 25 m² wurde von der ei- gentlichen Fläche abgezogen.

\*<sup>7</sup> Vollständig versiegelte Flächen der allgemeinen Wohngebiete (GRZ von 0,35 inkl. zulässiger Über- schreitung gem. § 19 (4) BauNVO von 30 %).

\*<sup>8</sup> Vollständig versiegelte Flächen der Straßenverkehrsflächen (Planstraßen, Fuß- und Radwege, Bus- haltestelle). Gerechnet wurde mit einer Versiegelungsrate von 80 %.

\*<sup>9</sup> Vollständig versiegelte Fläche einer Ortsnetzstation mit einer maximal zulässigen Grundfläche (GR) von 25 m² innerhalb der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“.

Flächenwert Planung	=	<b>23.408</b>
- Flächenwert Ist-Zustand	=	<b>113.420</b>
<b>= Flächenwert des Eingriffs</b>	<b>=</b>	<b>- 90.012 =&gt; &lt; 0</b>

Es ergibt sich somit ein Flächenwert von – 90.012 für den Eingriff in Natur und Landschaft, der kompensiert werden muss. Dies entspricht einer Flächengröße von ca. 9,0 ha bei Aufwertung um einen Wertfaktor. Bei einer Aufwertung der potenziellen Kompensationsflächen um zwei Wertfaktoren, wie es im Allgemeinen durch entsprechende Maßnahmenkonzepte möglich ist, ergibt sich ein Bedarf von **ca. 4,5 ha** Kompensationsbedarf auf externen Flächen.

Ferner werden insgesamt durch die vorliegende Planung Wallhecken (Baum-Strauch-Wallhecken, Baum-Wallhecke) auf einer Länge von insgesamt ca. 385 m überplant bzw. in Abstimmung mit der Gemeinde Rastede nicht weiter als Schutzobjekte festgesetzt. Zur Kompensation sind an anderer Stelle 410 m neue Wallhecken anzulegen oder wallheckenfördernde Maßnahmen durchzuführen.

Folgender Kompensationsansatz ist in Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland bei den Wallhecken zu leisten:

- |  |                             |
|--|-----------------------------|
| - 23 m Baum-Strauch-Wallhecke / Baum-Wallhecken  | Kompensationsverhältnis 1:2 |
| - 365 m Baum-Strauch-Wallhecke / Baum-Wallhecken | Kompensationsverhältnis 1:1 |

Die externen Kompensationsflächen inkl. der durchzuführenden Kompensationsmaßnahmen werden im Kapitel 3.3.3 genannt und beschrieben.

### 3.3.2 Schutzgut Mensch

Hinsichtlich der Lage des Plangebietes im Einwirkungsbereich der Oldenburger Straße K 131, der Parkstraße, des Loyer Wegs, des Kiefernwegs und der Emsoldstraße sind die Verkehrslärmeinwirkungen auf das Schutzgut Mensch zu berücksichtigen. Im Vorfeld der Bauleitplanung wurde daher eine schalltechnische Untersuchung zum Verkehrslärm durch das Ingenieurbüro ted GmbH, Bremerhaven vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Orientierungswerte nach DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) zum Teil überschritten werden. Aufgrund dessen werden im Bebauungsplan passive Schallschutzmaßnahmen festgesetzt.

Für den Planbereich liegt eine Beurteilung der Geruchsvorbelastung des Planbereiches nach der Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) der Landwirtschaftskammer Niedersachsen aus dem Jahr 2011 mit Überarbeitung vom 21.04.2015 vor. Im Rahmen der Aktualisierung wurde das Gutachten - formal – an den aktuellen Stand der Technik hinsichtlich neu anzusetzender Emissionsfaktoren gemäß der VDI-Richtlinie 3894 für die Tierhaltung angepasst. Gemäß dem Ergebnis des Gutachtens liegen die Geruchsstundenhäufigkeiten im Plangebiet des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 105 bei Werten von 3 bis 8 % der Jahresstunden und somit unter dem maßgeblichen Grenzwert von 10 %. Lediglich im nordöstlichen Bereich, in der Nähe zum angrenzenden Reiterhof, wird innerhalb einer kleinteiligen Fläche der Wert von 10 % der Jahresstunden erreicht. Angesichts der ermittelten Werte ist die vorgesehene Nutzung im Hinblick auf die Geruchsimmissionssituation verträglich möglich.

Gemäß der durch das Ingenieurbüro Schwerdhelm & Tjardes, Schortens zum Plangebiet der 51. Flächennutzungsplanänderung erstellten Verkehrsuntersuchung (Stand: August 2011) ergibt sich durch die Entwicklung des Gesamtareals „Südlich Schloßpark“ unter Berücksichtigung der in der Untersuchung formulierten Empfehlun-

gen zum Ausbau des Loyer Wegs, der Parkstraße und des K 131/ Parkstraße künftig keine Überlastung der im Planbereich verlaufenden Gemeindestraßen. Den Anforderungen an eine ordnungsgemäße und verkehrssichere Erschließung des geplanten Wohngebietes wird im Rahmen dieser Bauleitplanung folglich ausreichend Rechnung getragen.

Gemäß der o. g. Untersuchungen werden für das Schutzgut Mensch keine erheblichen umweltrelevanten Auswirkungen vorbereitet, die die gesundheitlichen Aspekte nachteilig beeinflussen könnten. Durch das Planvorhaben werden bedarfsgerechte Wohnbauflächen zur städtebaulichen Weiterentwicklung des südöstlichen Siedlungsbereiches von Rastede entwickelt. Aufgrund der Anpassung der Bebauungsdichte an das örtliche Umfeld und die dort bereits vorhandenen Baustrukturen sind durch diese städtebauliche Weiterentwicklung keine negativen Auswirkungen auf die Wohnumfeldqualität der benachbarten Bevölkerung absehbar.

Auch der Schloßpark wird durch das Planvorhaben in seinem Erholungswert nicht beeinträchtigt, da sich das Plangebiet in ausreichender Entfernung zu diesem befindet. Im vorliegenden Bebauungsplan wird über grünordnerische Maßnahmen in den Randbereichen und dem eigentlichen Plangebiet eine harmonische Einbindung des Wohngebietes in den umliegenden sensiblen Siedlungs- und Landschaftsraum sichergestellt. Die Gemeinde Rastede sieht in der Realisierung des anvisierten Entwicklungsvorhabens ferner eine künftige Attraktivitätssteigerung der Gemeinde als Wohnstandort für junge Familien mit Kindern. Angesichts der Zielsetzung der Gemeinde, die Einwohnerzahlen langfristig zu halten und damit die bestehenden sozialen Einrichtungen zu sichern wird ein Zuzug dieser Personengruppen unterstützt.

Weitere Ausgleichsmaßnahmen für das Schutzgut Mensch sind nicht erforderlich.

### **3.3.3 Schutzgut Pflanzen**

Um Beeinträchtigungen für die im Plangebiet vorkommenden Pflanzen zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Der Eingriff erfolgt z. T. in relativ wertarmen und vorgeprägten Biotopen.
- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Gehölzstrukturen (Wallhecken, Hecken, Einzelbäume).
- Zum Schutz der erhaltenswerten Gehölzstrukturen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB sind während der Bau- und Erschließungsarbeiten Schutzmaßnahmen gem. DIN 18920 vorzusehen. Die DIN 18920 beschreibt im einzelnen Möglichkeiten, die Bäume davor zu schützen, dass in ihrem Wurzelbereich:
  - das Erdreich abgetragen oder aufgefüllt wird.
  - Baumaterialien gelagert, Maschinen, Fahrzeuge, Container oder Kräne abgestellt oder Baustelleneinrichtungen errichtet werden.
  - bodenfeindliche Materialien wie zum Beispiel Streusalz, Kraftstoff, Zement und Heißbitumen gelagert oder aufgebracht werden.
  - Fahrzeuge fahren und dabei die Wurzeln schwer verletzen.
  - Wurzeln ausgerissen oder zerquetscht werden.
  - Stamm oder Äste angefahren, angestoßen oder abgebrochen werden.
  - die Rinde verletzt wird.
  - die Blattmasse stark verringert wird.

Um die mit der Realisierung des Bebauungsplanes verbundenen Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu kompensieren, sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

## Ausgleichsmaßnahmen

### **1. Anpflanzen von standortgerechten, heimischen Baum-Strauchanpflanzungen sowie Erhalt bestehender Gehölzstrukturen (ca. 2.375 m<sup>2</sup>)**

Entlang der nördlichen und östlichen Plangebietsgrenze sind bis zu 5,00 m breite Pflanzstreifen mit Bäumen und Sträuchern zur Abgrenzung und Einbindung vorgesehen. Bei der Auswahl der Gehölze wird in Anlehnung an die potenziell natürliche Vegetation auf standorttypische, heimische Arten zurückgegriffen. Zum Teil befinden sich hier schon Heckenstrukturen, die dauerhaft zu erhalten sind.

Neben der landschaftlichen Einbindung und der Schutz- bzw. Begrenzungsfunktionen weist eine standorttypische Gehölzvegetation (Kombination Bäume/Sträucher) einen hohen faunistischen Wert auf. Eine Vielzahl von biotoptypischen Vogelarten nutzen diese Biotope als Ansitz- und Singwarte sowie als Brutmöglichkeit. Weiterhin haben verschiedene Wirbellose und auch Amphibienarten ihren Haupt- oder Teillebensraum im Bereich von Gehölzen und Gebüsch. Neben der hohen Bedeutung für die Tierwelt und den Naturhaushalt prägen derartige Biotopstrukturen das Landschaftsbild positiv. Neben der hohen Bedeutung für die Tierwelt und den Naturhaushalt wird auf die besondere Landschaftsbildprägung derartiger Biotopstrukturen hingewiesen.

Folgende Bäume werden empfohlen:

Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>
Esche	<i>Fraxinus excelsior</i>
Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Stieleiche	<i>Quercus robur</i>
Birke	<i>Betula pendula</i>
Schwarzerle	<i>Alnus glutinosa</i>

Folgende Sträucher werden empfohlen:

Faulbaum	<i>Rhamnus frangula</i>
Holunder	<i>Sambucus nigra</i>
Pfaffenhütchen	<i>Euonymus europaea</i>
Hundsrose	<i>Rosa canina</i>
Schneeball	<i>Viburnum lantana</i>
Weißdorn	<i>Crataegus laevigata</i>

Folgende Qualitäten werden empfohlen:

Bäume:	Heister, 2 x verpflanzt, Höhe 125 - 150 cm
Sträucher:	leichte Sträucher, 1 x verpflanzt, Höhe 70 – 90 cm

Ferner werden die landschaftsbildprägenden Gehölzbestände auf den Wallhecken größtenteils erhalten.

### Ersatzmaßnahmen

Die mit der Realisierung der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 verbundenen unvermeidbaren Beeinträchtigungen können nicht vollständig über Ausgleichsmaßnahmen gemäß § 15 (2) BNatSchG kompensiert werden.

Trotz der beschriebenen Ausgleichsmaßnahmen verbleibt ein Kompensationsrestwert von 90.012 Werteinheiten. Ferner werden insgesamt durch die vorliegende Planung

Wallhecken auf einer Länge von ca. 385 m überplant bzw. nicht weiter als Schutzobjekte festgesetzt. Hierfür ist gemäß Forderung der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland ein Kompensationsverhältnis von 1:1 bzw. 1:2 (bei Wallheckenüberplanung) anzusetzen. Zur Kompensation sind demzufolge 410 m neue Wallhecken anzulegen oder wallheckenfördernde Maßnahmen durchzuführen. Dies erfolgt über das Wallheckenschutzprogramm der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland. Die Gemeinde Rastede wird zu diesem Zweck mit der Naturschutzstiftung Ammerland eine vertragliche monetäre Regelung treffen, durch welche die Wallhecken über die Stiftung kompensiert werden können.

Die Gemeinde Rastede verfügt über Poolflächen, die für Ersatzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Entsprechend werden ca. 90.012 Werteinheiten zur vollständigen Kompensation der Eingriffe im Flächenpool umgesetzt. Auf den Flächen werden durch entsprechende Extensivierungsmaßnahmen und Gehölzanpflanzungen ebenfalls attraktive Bereiche für Fledermäuse geschaffen, so dass auch die erforderliche Kompensation für die verlorengehenden Jagdhabitate gesichert ist.

### **3.3.4 Schutzgut Tiere**

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Tiere sind die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen einzubeziehen:

- Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Reproduktionszeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen, also nur während der Wintermonate im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar,
- die Baufeldfreimachung ist ebenfalls außerhalb der Brutzeit vorzunehmen,
- alte Laubbäume - insbesondere für Fledermäuse und Höhlenbrüter geeignete Höhlenbäume - werden erhalten.

Weiterhin sind Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Auf den Ersatzflächen werden durch entsprechende Extensivierungsmaßnahmen ebenfalls attraktive Bereiche für Fledermäuse geschaffen, so dass auch die erforderliche Kompensation für die verlorengehenden Jagdhabitate gesichert ist. Auch durch die umzusetzenden wallheckenfördernden Maßnahmen werden neue Leitstrukturen für die Fledermäuse geschaffen, so dass keine erheblichen Beeinträchtigungen verbleiben. Zur Kompensation der durch den Bebauungsplan Nr. 105 ausgelösten Überplanung von einem Potenzialbaum (Eberesche mit Rindentaschen bzw. Spechthöhle) für Fledermausquartiere ist an einem geeigneten zu erhaltenden Baum im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ein Fledermauskasten aufzuhängen. Auch die prognostizierten weniger erheblichen Beeinträchtigungen der für die im Plangebiet festgestellten Gebäudebrüter überplanten Grünlandflächen (Nahrungshabitate) wird über die Ersatzmaßnahmen mit kompensiert.

Eine Kompensation der verloren gehenden Brutstätten (Gehölzbrüter) erfolgt durch die vorgesehene Neuanpflanzung von Gehölzen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 105.

### **3.3.5 Schutzgut Boden**

Um Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Boden zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Reduzierung der Eingriffe in vorhandenen Strukturen auf ein für das Vorhaben erforderliches Mindestmaß.

- Der Schutz des Oberbodens (§ 202 BauGB) sowie bei Erdarbeiten die ATV DIN 18300 bzw. 18320 und DIN 18915 sind zu beachten.
- Zur Verminderung der Beeinträchtigungen, die aus der Versiegelung von Flächen resultieren, sind Zufahrten, Stellflächen und sonstige zu befestigende Flächen möglichst mit luft- und wasserdurchlässigen Materialien (Schotterterrassen, Rasengittersteine o. ä.) zu erstellen.
- Durch die Standortwahl und das Erweitern vorhandener baulicher Strukturen wird ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden verfolgt und eine Inanspruchnahme der freien Landschaft vermieden.

Die als erheblich eingestuften Umweltauswirkungen können durch die im Plangebiet vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen u. a. in Form von neu anzulegenden Baum-Strauchpflanzungen teilweise kompensiert werden. Zusätzlich wird auch im Rahmen der vorgesehenen externen Kompensation das Schutzgut Boden verbessert. Nutzungsaufgabe bzw. Minimierung der Nutzung führt auch immer durch Verringerung von Nährstoff- und Schadstoffeinträgen und ungestörter Bodenentwicklung zu einer Verbesserung der Bodenfunktionen. Mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die für das Schutzgut Pflanzen vorgesehen werden, können die erheblichen negativen Umweltauswirkungen, die durch das hier betrachtete Vorhaben auf das Schutzgut Boden prognostiziert wurden, ausgeglichen werden.

### **3.3.6 Schutzgut Wasser**

Um Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Wasser zu verringern, werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Der Eingriff betrifft zum Großteil relativ wertarme Biotope.
- Um den Eingriff in den Wasserhaushalt so gering wie möglich zu halten, sollte das Niederschlagswasser so lange wie möglich im Gebiet gehalten werden. Dazu ist das Regenwasser von Dachflächen und Flächen anderer Nutzung, von denen kein Eintrag von Schadstoffen ausgeht, nach Möglichkeit auf dem Grundstück zu belassen (zu versickern).

Eine Erhöhung des Wasserabflusses durch eine Vergrößerung der versiegelten Flächen wurde durch die Anlage eines naturnah gestalteten Regenrückhaltebeckens südlich des Loyer Weges kompensiert, so dass keine weiteren erheblichen negativen Auswirkungen zu erwarten sind. Durch das geplante Regenrückhaltebecken können Veränderungen der hydrologischen Verhältnisse der Hülsbäke ebenfalls ausgeschlossen werden. Laut Aussage des Gutachters werden Feststoffe, die über die Regenwasser-Kanalisation in das Regenrückhaltebecken eingetragen werden, im Regenrückhaltebecken sedimentieren und nicht wieder ausgetragen. Das Regenrückhaltebecken wirkt wie ein Sandfang. Stoffe, die auf der Wasseroberfläche schwimmen, werden durch eine Tauchwand am Ablauf des Regenrückhaltebeckens sicher zurückgehalten.

### **3.3.7 Schutzgut Klima / Luft**

Es sind keine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgesehen. Durch Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen anderer Schutzgüter können zusätzlich positive Wirkungen auf das Schutzgut Klima / Luft erreicht werden.

### 3.3.8 Schutzgut Landschaft

Um Beeinträchtigungen für das Schutzgut Landschaft zu verringern werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Gehölzstrukturen.
- Pflanzung von Bäumen und Sträuchern.
- Begrenzung der Gebäudehöhen.

Die als erheblich eingestuften Umweltauswirkungen für das Schutzgut Landschaft können durch die o. g. Vermeidungsmaßnahmen minimiert werden. Zusätzlich wird auch im Rahmen der vorgesehenen externen Kompensation die Situation des Schutzgutes Landschaft auf den Ersatzflächen verbessert. Durch eine Nutzungsaufgabe bzw. Minimierung der Nutzung werden Blühaspekte geschaffen und das Landschaftsbild aufgewertet. Ferner wird durch die umzusetzenden wallheckenfördernden Maßnahmen (Wallheckenneuanlage oder Sanierung von Wallhecken) im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland ebenfalls das Landschaftsbild aufgewertet. Mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die u. a. für das Schutzgut Pflanzen vorgesehen werden, können die negativen Umweltauswirkungen, die durch das hier betrachtete Vorhaben auf das Schutzgut Landschaft prognostiziert wurden, ausgeglichen werden.

### 3.3.9 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Entsprechend dem Kap. 3.1.8 befinden sich innerhalb des Plangebietes keine nach dem Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz (NDSchG) geschützten Baudenkmale. Allerdings befinden sich im Nahbereich mehrere Baudenkmale. Bei den in der Nähe des Plangebietes befindlichen Baudenkmalen handelt es sich um eine alte Toranlage aus dem Jahr 1871 (sog. „Hirschtor“), welches den Eingangsbereich zum westlich des Plangebietes gelegenen Schloßpark darstellt. Der Schloßpark selbst ist Bestandteil eines denkmalgeschützten Ensembles gem. § 3 (3) NDSchG. Ferner sind gem. Stellungnahme des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege, Referat Archäologie in der südlichen und südwestlichen Umgebung des Plangebietes mehrere denkmalgeschützte archäologische Siedlungsplätze bekannt. Auch im Plangebiet muss ggf. mit archäologischen Befunden und Funden gerechnet werden.

Ferner sind gem. o. g. Kapitel innerhalb des Geltungsbereiches einige Kultur- bzw. Sachgüter, in Form von Wallhecken bekannt. Diese sind als geschützte Landschaftsbestandteile nach § 22 (3) NAGBNatSchG zu erhalten. In der Planzeichnung werden die betreffenden Wallhecken als Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25b BauGB festgesetzt.

Um Beeinträchtigungen für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter zu verringern werden folgende Maßnahmen zur Vermeidung vorgeschlagen:

- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Ammerland oder dem niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie unverzüglich zu melden.
- Größtmöglicher Erhalt und Sicherung der im Plangebiet befindlichen Wallhecken.

- Schutz von zu erhaltenden Wallhecken durch die Ausweisung von nicht überbaubaren Flächen. Jegliche Versiegelungen, Verdichtungen, Aufschüttungen sind hier nicht zulässig.

Die als weniger erheblich eingestuften Umweltauswirkungen für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter (hier: Wallhecken) können durch die o. g. Maßnahmen minimiert werden. Der vollständige Ausgleich der prognostizierten Beeinträchtigung wird im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland gesichert. Die Gemeinde Rastede wird zu diesem Zweck mit der Naturschutzstiftung Ammerland eine vertragliche monetäre Regelung treffen, durch welche die Wallhecken über die Stiftung kompensiert werden können.

### **3.4 Anderweitige Planungsmöglichkeiten**

#### **3.4.1 Standort**

Bei dem vorliegenden Planvorhaben handelt es sich um die Weiterentwicklung des im Bereich Loyer Weg / Buchenstraße vorhandenen Siedlungsansatzes durch die Festsetzung von allgemeinen Wohngebieten (WA). Aufgrund der örtlich vorhandenen Siedlungsstruktur und der vorhandenen verkehrlichen und technischen Infrastruktur eignet sich dieser Bereich für den vorgesehenen Nutzungszweck.

#### **3.4.2 Planinhalt**

Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 werden allgemeine Wohngebiete (WA) mit einem dem städtebaulichen Umfeld angepassten Verdichtungsmaß (GRZ 0,35; ein- bis zweigeschossige, abweichende Bauweise) festgesetzt. Die zulässige Nutzungsart ist den örtlichen Gegebenheiten angepasst und lässt eine maßvolle Entwicklung zu. Die Anbindung des Plangebietes erfolgt über die beiden bestehenden Gemeindestraßen Loyer Weg und die Buchenstraße. Die innere Erschließung wird über die Anlage von Planstraßen und Stichstraßen geregelt. Zur Durchgrünung des Plangebietes, zur Vermeidung und Minimierung sowie in geringem Umfang auch zum Ausgleich des Eingriffs werden Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt sowie Gehölzstrukturen erhalten.

### **4.0 ZUSÄTZLICHE ANGABEN**

#### **4.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren**

##### **4.1.1 Analysemethoden und -modelle**

Die Eingriffsregelung für den Bebauungsplan Nr. 105 wurde für das Schutzgut Pflanzen auf Basis des niedersächsischen Städtetages von 2013 (Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung) abgehandelt. Zusätzlich wurde für die übrigen Schutzgüter eine verbal-argumentative Eingriffsbetrachtung vorgenommen.

##### **4.1.2 Fachgutachten**

Im Rahmen der Bebauungsplanaufstellung wurde ein faunistischer Fachbeitrag erstellt (vgl. Anlage 1). Zur Beurteilung der Schallimmissionssituation wurde eine schall-



technische Beurteilung der verkehrsbedingten Geräuschimmissionen vorgenommen und in die Planung eingestellt. Außerdem wurde eine verkehrstechnische Untersuchung durch das Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm Tjardes durchgeführt. Zur Beurteilung der zu erwartenden Geruchsimmissionssituation wurde ein Immissionsschutzgutachten erstellt.

#### **4.1.3 Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen**

Es war ein umfassendes und ausreichend aktuelles Datenmaterial vorhanden, so dass keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen auftraten.

#### **4.2 Hinweise zur Durchführung der Umweltüberwachung**

Gemäß § 4c BauGB müssen die Kommunen die erheblichen Umweltauswirkungen überwachen (Monitoring), die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten. Hierdurch sollen insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig erkannt werden, um geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ermöglichen. Im Rahmen der vorliegenden Planung wurden z. T. erhebliche bis weniger erhebliche Umweltauswirkungen festgestellt (u. a. Schutzgut Pflanzen). Zur teilweisen Kompensation der durch die Bauleitplanung vorbereiteten Eingriffe in Natur und Landschaft werden u. a. Anpflanzungen in dem nördlichen Randbereich festgesetzt. Zur Überwachung der prognostizierten Umweltauswirkungen der Planung wird innerhalb von zwei Jahren nach Satzungsbeschluss eine Überprüfung durch die Gemeinde stattfinden, die feststellt, ob sich unvorhergesehene erhebliche Auswirkungen abzeichnen. Gleichzeitig wird die Durchführung der festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ein Jahr nach Umsetzung der Baumaßnahme erstmalig kontrolliert. Nach weiteren drei Jahren wird eine erneute Überprüfung stattfinden. Sollte diese nicht durchgeführt worden sein, wird die Gemeinde deren Realisierung über geeignete Maßnahmen sicherstellen.

### **5.0 ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG**

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt die Weiterentwicklung der Wohnnutzung im Bereich nördlich des Loyer Weges und stellt zu diesem Zweck den Bebauungsplan Nr. 105 auf. Zweckentsprechend werden allgemeine Wohngebiete (WA) festgesetzt. Die Anbindung des Plangebietes erfolgt über die beiden bestehenden Gemeindestraßen Loyer Weg und die Buchenstraße. Die interne Erschließung wird über neue Gemeindestraßen ausgehend vom Loyer Weg und der Buchenstraße sichergestellt.

Die Umweltauswirkungen des Planvorhabens liegen in dem Verlust von z. T. bereits vorgeprägten Böden sowie Lebensräumen für Pflanzen durch die zulässige Versiegelung. Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen, Tiere (Fledermäuse), Boden und Landschaft sind insgesamt als erheblich zu beurteilen. Die Eingriffe in Natur und Landschaft werden unter Berücksichtigung der Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsgebote im Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 105 dargestellt. Die Empfehlungen reichen von der Minimierung der neu zu versiegelnden Bodenfläche über den Erhalt und Schutz von Wallhecken und Einzelbäumen bis zur Festsetzung von Ausgleichsmaßnahmen. Weiterhin sind Kompensationsmaßnahmen auf externen Flächen durchzuführen. Die Gemeinde Rastede verfügt über Poolflächen, die für Ersatzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Entsprechend werden die Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild im Flächenpool umgesetzt. Ferner werden die

Beeinträchtigungen in die Wallhecken im Rahmen des Wallheckenschutzprogramms der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland kompensiert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich / Ersatz durch den Bebauungsplan Nr. 105 keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen im Geltungsbereich zurück bleiben.

## 6.0 LITERATUR

BNatSchG (2009): Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009.

DRACHENFELS, O. v. (Bearb.) (2011): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand März 2011. - Naturschutz Landschaftspfl. Niedersachs. A/4: 1-326.

NAGBNATSchG (2010): Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19. Februar 2010.

NIEDERSÄCHSISCHE LANDESREGIERUNG (1989): Niedersächsisches Landschaftsprogramm. Hannover.

NU (2014): Interaktive Umweltkarten der Umweltverwaltung ([http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C8312275\\_N8311561\\_L20\\_D0\\_I598.htm](http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C8312275_N8311561_L20_D0_I598.htm))

Umwelt und Planungsamt (1995): Landschaftsrahmenplan Landkreis Ammerland.

## **ANLAGEN**

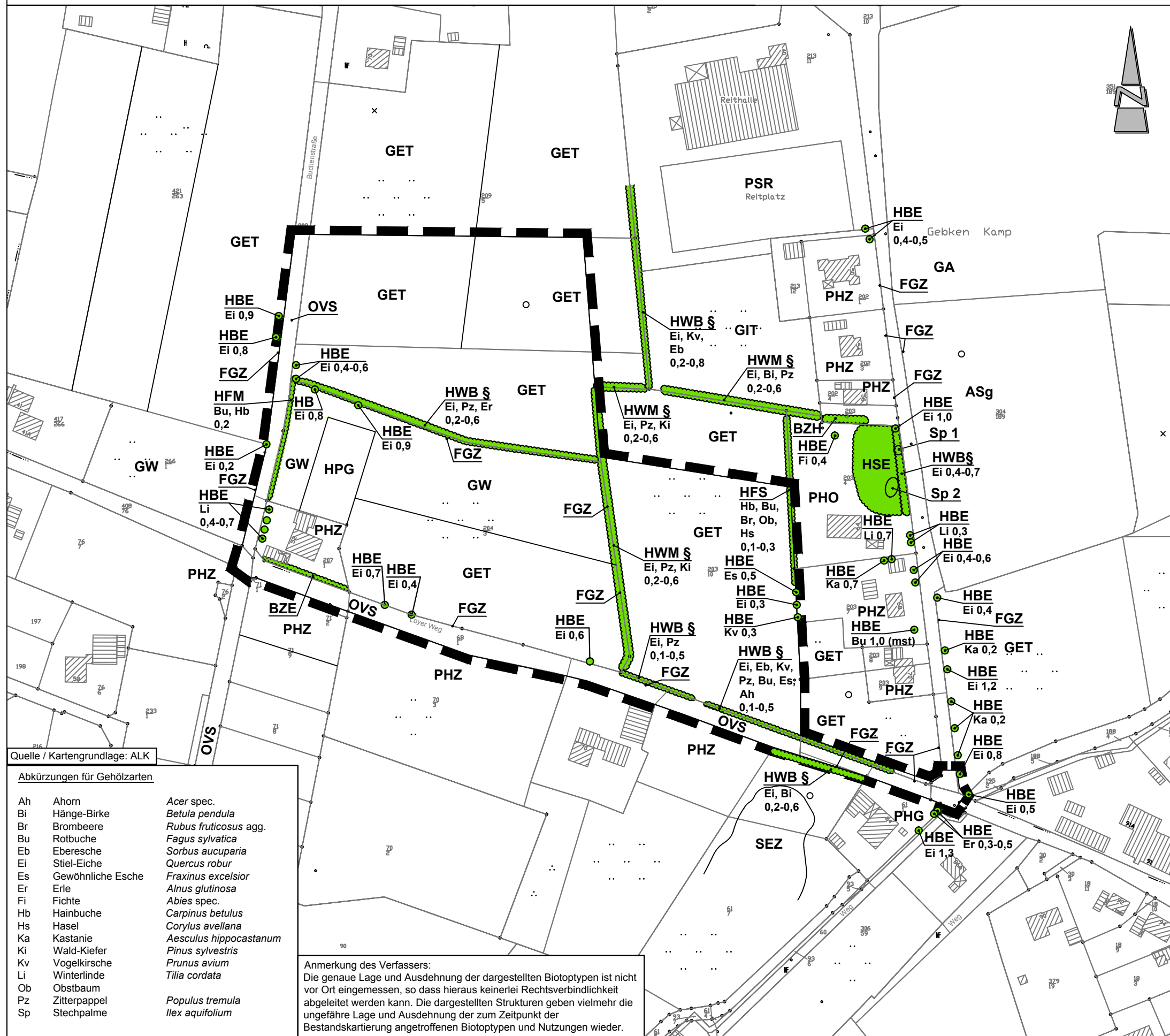
Karte 1: Bestand Biotoptypen

Anlage 1: Faunistischer Fachbeitrag

# Gemeinde Rastede

## Umweltbericht zum Bebauungsplan-Plan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

### Bestand Biotoptypen



### Planzeichenerklärung

- Geltungsbereich des Bebauungsplanes
- Einzelbaum, Baumgruppe
- Gehölze
- Geschützte Wallhecke nach § 22 NAGBNatSchG

### Biotoptypen (Stand 10/2014)

#### Wälder, Gebüsche und Kleingehölze

HBE	Einzelbaum/Baumbestand
HFM	Baum-Strauch-Feldhecke
HFS	Strauchhecke
HWB	Baum-Wallhecke (§)
HWM	Baum-Strauch-Wallhecke (§)
HPG	Junge Gehölzpflanzung
Zusatz: mst = mehrstämmig	

#### Grünland

GT	Intensivgrünland trockener Mineralböden
GET	Artenarmes Extensivgrünland trockener Mineralböden
GW	Sonstige Weidefläche
GA	Grünland - Einsaat
Zusatz b = Brache	

#### Ackerflächen

ASg	Getreideacker
-----	---------------

#### Gewässer

FGZ	Sonstiger Graben
SEZ	Sonstiges naturnahes nährstoffreiches Stillgewässer

#### Grünanlagen der Siedlungsbereiche, Gebäude, Verkehrsflächen

BZE	Ziergebüsch	aus	überwiegend	einheimischen
BZH	Zierhecke			
HSE	Siedlungsgehölz	aus	überwiegend	einheimischen
OVS	Straße			
PHO	Obst- und Gemüsegarten			
PHG	Hausgarten mit Großbäumen			
PHZ	Neuzeitlicher Ziergarten			
PSR	Reitsportanlage			

### Besonders geschützte Arten gem. § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG

Sp	Stechpalme	<i>Ilex aquifolium</i>
----	------------	------------------------

Häufigkeitsangaben: 1 = 1 Exemplar, 2 = 2-5 Exemplare

[Biotoptypenkürzel nach „Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen“ (DRACHENFELS 2011)]

## Gemeinde Rastede

Landkreis Ammerland

### Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

Planart: **Bestand Biotoptypen**

Maßstab	Projekt: <b>14-2059</b>	Datum	Unterschrift
1:2.000	Plan-Nr. <b>1</b>	Bearbeitet: 05/11/10/14	von Lemm / Kinder
		Gezeichnet: 11/14/04/15	Krause
		Geprüft: 04/2015	Diekmann

**Diekmann & Mosebacht** Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement  
Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



**ANLAGE 1**

**Gemeinde Rastede**

**Landkreis Ammerland**



## **Faunistischer Fachbeitrag**

**zum Bebauungsplan Nr. 105 /  
51. Flächennutzungsplanänderung**



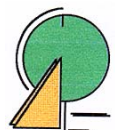
Fachplanerische Erläuterungen

April 2015

---

**Planungsbüro Diekmann & Mosebach**

Oldenburger Straße 86 - 26180 Rastede  
Tel.: 04402/911630 - Fax: 04402/911640  
e-mail: [info@diekmann-mosebach.de](mailto:info@diekmann-mosebach.de)



# **Gemeinde Rastede**

## **Landkreis Ammerland**

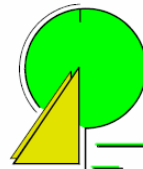
---

### **Faunistischer Fachbeitrag**

**zum Bebauungsplan Nr. 105 /  
51. Flächennutzungsplanänderung**

Planverfasser:

**Diekmann &  
Mosebach**



**Regionalplanung  
Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement**

*Oldenburger Straße 86 ·· 26180 Rastede  
Telefon (0 44 02) 9116-30  
Telefax (0 44 02) 9116-40  
[www.diekmann-mosebach.de](http://www.diekmann-mosebach.de)  
mail: [info@diekmann-mosebach.de](mailto:info@diekmann-mosebach.de)*

Projektbearbeitung:

Dipl.-Landschaftsökologe Alexander Zilz

Bearbeitungszeitraum:

März 2011 – März 2012

# INHALTSÜBERSICHT

<b>1.0</b>	<b>ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG</b>	<b>1</b>
<b>2.0</b>	<b>BELANGE DES ARTENSCHUTZES</b>	<b>1</b>
<b>3.0</b>	<b>UNTERSUCHUNGSGEBIET</b>	<b>3</b>
3.1	Lage im Raum	3
3.2	Nutzung und Landschaftsstruktur	4
<b>4.0</b>	<b>UNTERSUCHUNGSUMFANG UND METHODIK</b>	<b>4</b>
4.1	Fledermäuse	4
4.2	Brutvögel	6
4.3	Bewertung	7
<b>5.0</b>	<b>ERGEBNISSE</b>	<b>8</b>
5.1	Fledermäuse	8
5.2	Brutvögel	13
<b>6.0</b>	<b>BEWERTUNG DER BEFUNDE</b>	<b>15</b>
6.1	Fledermäuse	15
6.2	Brutvögel	16
<b>7.0</b>	<b>WIRKUNGEN DES VORHABENS IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR 105</b>	<b>17</b>
7.1	Anlagenbedingte Wirkfaktoren	17
7.2	Bau - und betriebsbedingte Wirkfaktoren	17
<b>8.0</b>	<b>DARLEGUNG DER BETROFFENHEITEN IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR. 105</b>	<b>18</b>
8.1	Eingriffe im Sinne des § 14 BNatSchG	18
8.2	Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG	19
<b>9.0</b>	<b>VERMEIDUNG UND VERMINDERUNG VON BEEINTRÄCHTIGUNGEN</b>	<b>22</b>
<b>10.0</b>	<b>HINWEISE ZU KOMPENSATIONSMAßNAHMEN</b>	<b>22</b>
<b>11.0</b>	<b>LITERATUR</b>	<b>24</b>



## **Abbildungsverzeichnis**

<b><i>Abbildung 1: Untersuchungsraum Fledermäuse und Brutvögel, unmaßstäblich.</i></b>	<b>3</b>
--	----------

## **Tabellenverzeichnis**

<b><i>Tabelle 1: Erfassung der Fledermäuse – Untersuchungstermine.</i></b>	<b>5</b>
<b><i>Tabelle 2: Erfassung der Brutvögel – Untersuchungstermine.</i></b>	<b>6</b>
<b><i>Tabelle 3: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Fledermausarten.</i></b>	<b>9</b>
<b><i>Tabelle 4: Beobachtungshäufigkeit einzelner Arten (Detektorkontakte / Sichtbeobachtungen).</i></b>	<b>10</b>
<b><i>Tabelle 5: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Vogelarten.</i></b>	<b>14</b>

## **Planverzeichnis:**

Plan-Nr. 1.1:	Bestand Fledermäuse - <i>Myotis</i> - Arten
Plan-Nr. 1.2:	Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus
Plan-Nr. 1.3:	Bestand Fledermäuse - <i>Pipistrellus</i> - Arten
Plan-Nr. 1.4:	Fledermausquartiere und Potenzialbäume
Plan-Nr. 2:	Bestand Brutvögel (Aves)

## 1.0 ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG

Die Gemeinde Rastede beabsichtigt mit der 51. Flächennutzungsplanänderung sowie mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Erweiterung der bestehenden, südlich des Schlossparkes Rastede liegenden Wohnsiedlung zu schaffen. Aufgrund der vorhandenen Wallhecken, Altholzbestände und des darin eingebetteten Weidegrünlands ist nicht auszuschließen, dass Teilbereiche des Plangebietes eine wichtige Funktion für den Naturhaushalt aufweisen. Daher wurde in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland eine Bestandsaufnahme der lokalen Fauna (Fledermäuse und Brutvögel) in Auftrag gegeben. Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse können die Eingriffsfolgen gemäß § 1a BauGB als auch die zu erwartenden, artenschutzrechtlichen Konflikte nach § 44 BNatSchG ermittelt und nach naturschutzfachlichen Kriterien beurteilt werden.

Die Erfassungen fanden weitgehend im räumlichen Geltungsbereich der 51. Flächennutzungsplanänderung (siehe Abbildung 1) statt. Die Ergebnisse der Untersuchung werden nachfolgend vorgestellt und erläutert. In den Kapiteln 7 bis 10 erfolgt eine Betrachtung der zu erwartenden Eingriffsfolgen für den Geltungsbereich des im Vorentwurf vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 105.

## 2.0 BELANGE DES ARTENSCHUTZES

Zur Überprüfung der Auswirkungen der vorliegenden Bauleitplanung auf die verschiedenen Arten ist unter Berücksichtigung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG eine Erörterung der artenschutzrechtlichen Konflikte erforderlich.

Die generellen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 sind folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote)."*

Diese Verbote werden um den für Eingriffsvorhaben relevanten Absatz 5 des § 44 BNatSchG ergänzt, mit dem bestehende und von der Europäischen Kommission anerkannte Spielräume bei der Auslegung der artenschutzrechtlichen Vorschriften der FFH-Richtlinie genutzt und rechtlich abgesichert werden, um akzeptable und im Vollzug praktikable Ergebnisse bei der Anwendung der Verbotsbestimmungen des Absatzes 1 zu erzielen:

Abs. 5:

*„Für nach § 15 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe von Satz 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten oder europäische Vogelarten und solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.“*

Entsprechend obigem Abs. 5 gelten die artenschutzrechtlichen Verbote bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 nur für die in Anhang IV der FFH-RL aufgeführten Tier- und Pflanzenarten sowie für die Europäischen Vogelarten. Darüber hinaus sind nach nationalem Recht eine Vielzahl von Arten besonders geschützt. Diese sind nicht Gegenstand der Betrachtung, da gemäß § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG die Verbote des Absatzes 1 für diese Arten nicht gelten.

Bezüglich der Tierarten nach Anhang IV FFH-RL sowie der Europäischen Vogelarten nach Art. 1 VRL ergeben sich somit aus § 44 Abs.1, Nr. 1 bis 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG für nach § 19 BNatSchG zulässige Eingriffe folgende Verbote:

- **Zugriffsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG):** Nachstellen, Fangen, Verletzen oder Töten von Tieren bzw. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen.
- **Schädigungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG):** Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und damit verbundene vermeidbare Verletzung oder Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gewahrt wird.
- **Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG):** Erhebliches Stören von streng geschützten Arten bzw. europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten. Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die Störung zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führt.

Werden die genannten Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen für eine Ausnahme von den Verboten die Voraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein.

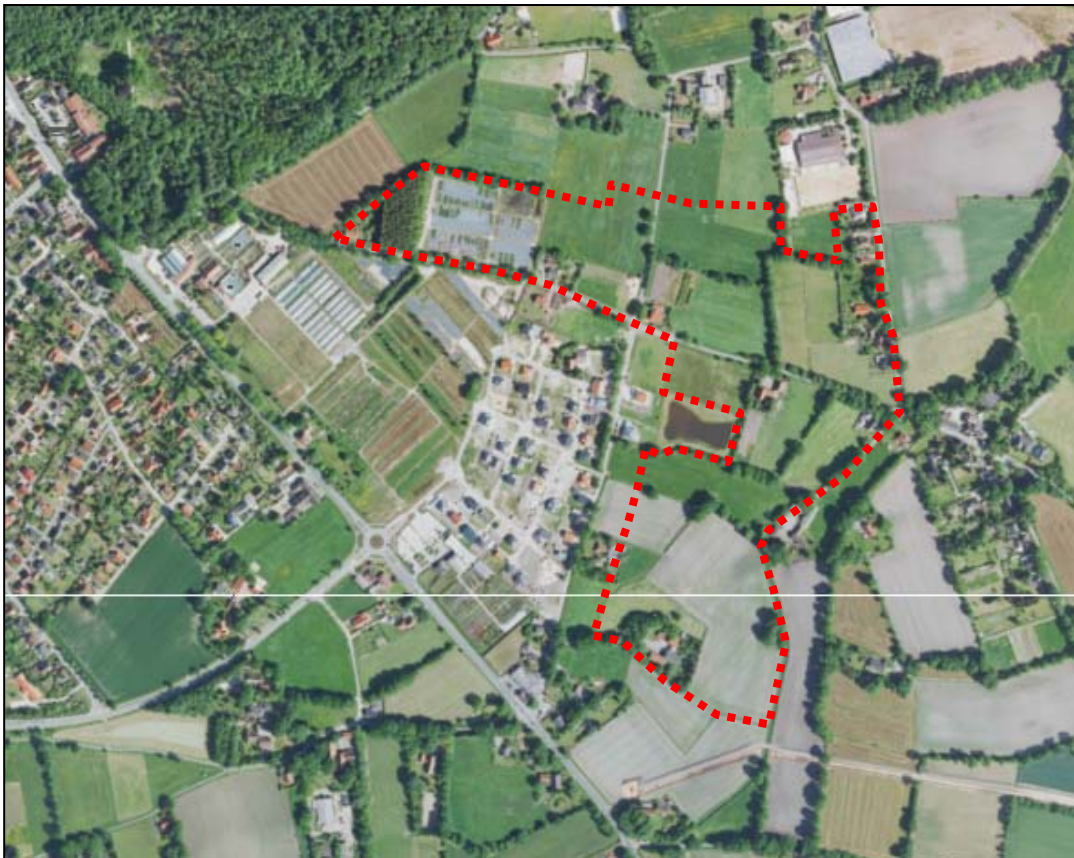
So müssen einschlägige Ausnahmevoraussetzungen nachgewiesen werden, in dem Sinne, dass

- zumutbare Alternativen [die zu keinen oder geringeren Beeinträchtigungen der relevanten Arten führen] nicht gegeben sind,
- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art vorliegen oder im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Landesverteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt die Planung durchgeführt wird,
- sich der Erhaltungszustand der Populationen der betroffenen Arten nicht verschlechtert und
- bezüglich der Arten des Anhangs IV FFH-RL der günstige Erhaltungszustand der Populationen der Art gewahrt bleibt.

### 3.0 UNTERSUCHUNGSGEBIET

#### 3.1 Lage im Raum

Das Untersuchungsgebiet befindet sich südlich der Ortschaft Rastede (Gemeinde Rastede). Es umfasst in seiner räumlichen Ausdehnung im Wesentlichen den Geltungsbereich der 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schloßpark“ (vgl. Abbildung 1). Das Untersuchungsgebiet grenzt nach Westen an ein bereits vorhandenes Wohnneubaugebiet. Große Teilflächen südlich des Loyer Weges wurden im Rahmen der rechtskräftigen Bebauungspläne Nr. 93 A und 93 B mittlerweile mit Wohnhäusern bebaut (nicht auf dem Luftbild zu sehen).



**Abbildung 1: Untersuchungsraum Fledermäuse und Brutvögel, unmaßstäblich.**

### **3.2 Nutzung und Landschaftsstruktur**

Das ungefähr 15 ha große Untersuchungsgebiet umfasst weite Teile eines durch zahlreiche Hecken und Kleingehölze gegliederten Ausschnitts der gewachsenen, kleinbäuerlichen Kulturlandschaft, wie sie bis in die jüngere Zeit für die flachen Geestrücken des Oldenburger Landes typisch war.

Die landwirtschaftlich genutzten Parzellen werden vorwiegend mäßig intensiv mit Pferden und Jungrindern beweidet. Im Südteil des Gebietes findet auch Ackernutzung mit Maisanbau statt. Das Gelände wird in großen Teilbereichen von diversen Gehölzstrukturen wie z. B. Wallhecken, Baumreihen und solitären Altbäumen gegliedert. Das Untersuchungsgebiet ist desweiteren durch eine sehr lockere, zumeist randliche Wohnbebauung aus älteren Einzelhäusern oder ehemaligen Höfen charakterisiert. Im Nordwesten besteht ein größeres, für Gartenbauzwecke genutztes Gelände auf dem sich zwei kleinere Stillgewässer befinden.

Mittlerweile wurden große Teilflächen südlich des Loyer Weges mit Wohnhäusern bebaut.

## **4.0 UNTERSUCHUNGSUMFANG UND METHODIK**

### **4.1 Fledermäuse**

Die Erfassung der Fledermäuse erfolgte an sieben Begehungsterminen im Zeitraum von Mai bis September 2011 (vgl. Tabelle 1).

Im Bereich von potenziellen Quartierbäumen und potenziellen Gebäudequartieren erfolgten nach Sonnenuntergang Ausflugkontrollen zur Lokalisation von Flugrouten und Sommerquartieren. Im Anschluss an die Ausflugkontrollen wurden Detektor-Erfassungen, die Aufschluss über die räumliche Verteilung und die Aktivitäten der lokalen Fledermausvorkommen geben, durchgeführt. Während der Wochenstubenzeit (Zeitraum von Juni bis Juli) erfolgten zwei Begehungen in den frühen Morgenstunden bis ungefähr zum Zeitpunkt des Sonnenaufgangs (vgl. Tabelle 1). Auf diese Weise können Sommerquartiere, insbesondere Quartiere von Wochenstubengesellschaften, über das in den frühen Morgenstunden stattfindende Schwärmverhalten lokalisiert werden.

Während der einzelnen Begehungen wurde das Untersuchungsgebiet zu Fuß zwei Mal nacheinander entlang der im Gebiet verlaufenden Wege und Rasenflächen abgelauften. Die Begehungen wurden an niederschlagsfreien und weitgehend windarmen Nächten durchgeführt (vgl. Tabelle 1).

Die Vorkommen und Flugaktivitäten wurden mit Hilfe von Ultraschalldetektoren (Pettersson D240x, Pettersson D200) im Frequenzwahlverfahren erfasst. Soweit möglich erfolgte die Artbestimmung zusätzlich auch durch Sichtbeobachtungen (z. T. unter Einsatz eines lichtstarken Halogen-Handscheinwerfers der Firma Ansmann, Modell ASN 15 HD) und des Flug- und Jagdverhaltens. Im Suchflug sind die Ortungslaute der Fledermäuse meist artspezifisch, so dass die Artzugehörigkeit einzelner Individuen mit einigen Einschränkungen anhand von Ruf und Sichtung zu identifizieren ist (siehe SKIBA 2010). Echoortungs-, Flug- und Jagdverhalten bilden einen funktionalen Komplex und können deshalb nur im Zusammenhang zueinander und zur jeweiligen Flugumgebung interpretiert werden. In geeigneten Situationen wurden auch Aufnahmen von zeitgedehnten Fledermausrufen auf einem digitalen Aufnahmegerät getätigt (Digitalrecorder

der Firma Roland, Typ Edirol R-09). Zur Absicherung einzelner Artansprachen wurden ausgewählte Aufnahmen mit Hilfe des Akustik-Analyse-Programms BatSound V.4 der Firma Pettersson computergestützt ausgewertet. Für einige kleinere und mittelgroße Arten aus der Gattung *Myotis* ist eine eindeutige akustische Bestimmung allerdings nur in wenigen Fällen möglich, zumeist nur wenn gleichzeitig Sicht- oder Verhaltensbeobachtungen vorliegen (siehe SKIBA 2010, PFALZER 2007). In der Praxis sollte deshalb die Mehrzahl der aufgezeichneten *Myotis*-Sequenzen unter der Bezeichnung „*Myotis spec.*“ in den Artenlisten geführt werden (PFALZER 2007).

Die ungefähre Lage der Beobachtungen und die mit dem Ultraschalldetektor erfassten Lautkontakte wurden vor Ort in Feldkarten eingetragen. Charakteristische Verhaltensweisen wie z. B. Soziallaute und Jagdverhalten wurden für die einzelnen Feststellungen notiert. Die Jagd von Fledermäusen lässt sich über die charakteristischen Fangrufe, den so genannten Feeding-Buzzes (siehe z. B. SKIBA 2010, DIETZ et al. 2007), nachweisen. Nach Abschluss der Felduntersuchung können auf diese Weise die räumlichen Befunde hinsichtlich der Abgrenzung von Funktionsräumen, wie z. B. Flugstraßen und Jagdgebiete, interpretiert und in die Auswertung einbezogen werden.

**Tabelle 1: Erfassung der Fledermäuse – Untersuchungstermine.**

Datum	Zeitraum	Wetter nach Sonnenuntergang
12.05.2011	21.15-00.10 Uhr	Sternenklar, W 0-1, 12-8°C
06.06.2011	21.40-00.20 Uhr	Geringe Bewölkung, ab 23.00 Uhr Nebelbildung, SW 0-1, 15-12°C
27.06.2011	21.55-01.15 Uhr	Sternenklar, SW 1-2, 25-19°C
08.07.2011	02.15-05.05 Uhr	Anfangs geringe Bewölkung, ab 03.00 Uhr zuziehend und gegen Ende bedeckt, NW 0-1, 15-14°C
27.07.2011	21.30-00.50 Uhr	Sternenklar, SW 0-1, 19-12°C
24.08.2011	20.40-23.55 Uhr	Bedeckt, ab 22.00 Uhr aufklarend, SW 2-1, 19-17°C
05.09.2011	20.15-22.15 Uhr	Sternenklar, W 2, 16-15°C

### Strukturkartierung

Die im Plangebiet stockenden Gehölze wurden während einer Tagesbegehung auf für Fledermäuse geeignete Quartierstrukturen überprüft. Zu diesem Zweck wurden insbesondere die älteren Gehölze nach Spechthöhlen, Rindentaschen, Fäulnishöhlen und ähnlichen Strukturen abgesucht. Die räumliche Lage von potenziell geeigneten Quartierbäumen wurde mit Hilfe eines GPS-Empfängers (Garmin Oregon 550) aufgenommen (siehe Plan Nr. 1.4). Die für einen potenziellen Quartierbaum relevanten Informationen (z. B. Baumart, Brusthöhendurchmesser und maßgebliche Strukturmerkmale) wurden vor Ort in einem Protokollblatt festgehalten.

## 4.2 Brutvögel

Im Zeitraum von März bis Juni 2011 erfolgte eine flächendeckende Revierkartierung von wertgebenden und / oder den Untersuchungsraum charakterisierenden Brutvogelarten. Die angewandte Methodik erfolgte dabei nach den Vorgaben zur Revierkartierung in SÜDBECK et al. (2005). Es wurden insgesamt sieben Begehungen durchgeführt (vgl. Tabelle 2). Zwei Termine erfolgten zur Feststellung von Eulenvorkommen in den Abendstunden.

Für alle Vertreter der nachfolgend aufgeführten, wertgebenden oder charakteristischen Vogelarten wurde eine flächendeckende Revierkartierung durchgeführt:

- Arten der Roten Liste Niedersachsens (KRÜGER & OLTMANNS 2007),
- Arten der Vorwarnliste Niedersachsens (KRÜGER & OLTMANNS 2007),
- Arten der Roten Liste Deutschlands (SÜDBECK et al. 2007),
- Arten der Vorwarnliste Deutschlands (SÜDBECK et al. 2007),
- Streng geschützte Arten gemäß § 7 BNatSchG,
- Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie Anh. I (79/409/EWG),
- Ausgewählte für den Raum charakteristische Zeigerarten.

Alle sonstigen Vogelarten wurden halbquantitativ erfasst. Die Abschätzung der Brutpaare erfolgt dabei nach Abundanzklassen (siehe Tabelle 6, unten).

Die Kartierungen erfolgten vorzugsweise an niederschlagsfreien und windarmen Tagen durch Verhören und visuelle Ansprache im Gelände. Die Untersuchungsfläche wurde so abgelaufen, dass alle Bereiche eingesehen bzw. auf singende Vögel verhört werden konnten. Dabei wurde auf brutvogeltypische Verhaltensweisen geachtet (z. B. Reviergesang, Nestbau und Fütterung), die es erlauben, von einer Reproduktion der kartierten Arten im Untersuchungsgebiet auszugehen. Zum Nachweis von potenziellen Eulenvorkommen wurde eine Klangattrappe eingesetzt (Rufe von Walzkauz, Walddohreule und Schleiereule).

**Tabelle 2: Erfassung der Brutvögel – Untersuchungstermine.**

Datum	Zeitraum	Wetter
28.03.2011	20.40-21.35 Uhr	Wechselnd bewölkt, WS 1-2 , 0 °C
30.03.2011	09.30-10.30 Uhr	Mittlere Bewölkung (ca. 50 %), Windstärke 1, 10°-13°C
07.04.2011	09.40-10.50 Uhr	Geringe Bewölkung (ca. 10 %), Windstärke 2-3 um SW, 9°-11°C
11.04.2011	22.55-23.40 Uhr	Sternenklar, Windstärke 0-1, 8°C
03.05.2011	07.20-08.45 Uhr	Heiter und sonnig (< 5 % Bewölkung), Windstärke 2 um O, 5°-9°C
18.05.2011	08.00-09.30 Uhr	Bedeckt (11 % Bewölkung), Windstärke 2-3 um W, 8°-15°C
30.05.2011	07.25-08.40 Uhr	Heiter & sonnig (< 5 % Bewölkung), Windstärke 1, 16°-19°C

### 4.3 Bewertung

#### **Vollständigkeit des Artenspektrums und Habitatqualitäten**

Die naturschutzfachliche Einordnung und Bewertung der festgestellten Befunde wird getrennt für jede Tiergruppe vorgenommen. Dabei wird die Vollständigkeit und Charakteristik des festgestellten Artenspektrums vor dem Hintergrund der naturräumlichen Ausstattung des Untersuchungsraumes und der allgemeinen Bestandssituation diskutiert.

#### **Bewertung nach der Gefährdung gemäß BREUER (1994)**

Eine formale Bewertung nach dem Gefährdungspotenzial der festgestellten wertgebenden Arten erfolgt in Anlehnung an die Empfehlungen des NLWKN für die Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung (BREUER 1994). Dabei wird der Untersuchungsraum oder Teile davon hinsichtlich seiner / ihrer Lebensraumfunktion für die jeweilige Tiergruppe bewertet. Als maßgebliches Kriterium wird der Bewertung das Vorkommen von in Niedersachsen als bestandsbedroht eingestuften Arten zu Grunde gelegt (siehe BREUER 1994). Der Status der Gefährdung wird den einschlägigen, landesweit gültigen Roten Listen entnommen. Für die Fledermäuse wird die vom NLWKN in Vorbereitung befindliche Rote Liste der Fledermäuse (NLWKN in Vorbereitung, siehe z. B. in BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 2007) zu Grunde gelegt.

Für die Bewertung wird die folgende dreistufige, ordinale Wertskala angewendet (nach BREUER 1994, modifiziert):

#### **Wertstufe 1 = Funktionsraum von besonderer Bedeutung**

Vorkommen von vom Aussterben bedrohter, stark gefährdeter oder größerer Populationen gefährdeter Arten (Rote Liste-Status 1, 2 und 3).

#### **Wertstufe 2 = Funktionsraum von allgemeiner Bedeutung**

Vorkommen gefährdeter Arten einschließlich regional oder lokal gefährdeter bzw. zurückgehender Arten (Rote Liste-Status 3 und Vorwarnliste).

#### **Wertstufe 3 = Funktionsraum von geringer Bedeutung**

Keine Vorkommen regional oder lokal gefährdeter bzw. zurückgehender Arten.

#### Anmerkung Fledermäuse

Als Vorkommen werden nur solche Nachweise, denen eine mindestens dreimalige Feststellung im betreffenden Raum zu Grunde liegt, gewertet. In diesem Fall wird davon ausgegangen, dass das betreffende Gebiet von der jeweiligen Art häufiger frequentiert wird und somit als ein für das Artvorkommen essenzielles Teilhabitat anzusehen ist. Einmalige bis zweimalige Feststellungen deuten demgegenüber auf eine eher unregelmäßige und seltene Nutzung, die auf kein essenzielles Teilhabitat schließen lässt, hin. Als essenzielles Teilhabitat sind Jagdgebiete sowie Sommer-, Zwischen- und Winterquartiere zu werten. Regelmäßig genutzte Flugstraßen sind als notwendige Verbindungswege zwischen den Quartierstandorten und den Jagdgebieten den oben genannten essenziellen Teilhabitaten als gleichwertig einzustufen.



## 5.0 ERGEBNISSE

### 5.1 Fledermäuse

#### Übersicht

Im Erfassungszeitraum von Mai bis September 2011 wurden insgesamt fünf Fledermausarten nachgewiesen. Das Vorkommen einer weiteren Art aus der Gattung *Myotis* ist nicht gänzlich auszuschließen, da mehrere unbestimmte Lautkontakte von Vertretern der Gattung *Myotis* vorliegen. Aus methodischen Gründen ist die Bestimmung der Artzugehörigkeit bei Individuen der oben genannten Gattung häufig nicht möglich (vgl. Kapitel 4.1).

Die im Untersuchungsgebiet festgestellten Arten gelten nach der aktuell gültigen Roten Liste für Niedersachsen (HECKENROTH 1993) als bestandsbedroht (vgl. Tabelle 3). Legt man die vom NLWKN aktualisierte, aber bislang nicht veröffentlichte Rote Liste (NLWKN in Vorb.) zu Grunde, ist die im Gebiet mehrfach nachgewiesene Zwergfledermaus als ungefährdet einzustufen. In Tabelle 3 sind alle nachgewiesenen Fledermausarten mit Angaben zur Gefährdung, zum Schutzstatus und zum Erhaltungszustand gemäß der europäischen FFH-Richtlinie aufgeführt.

In Tabelle 4 werden die Anzahl der Feststellungen, die Detektornachweise und Sichtbeobachtungen umfassen, je Erfassungstermin und Art sowie abschließend die Summe aller Nachweise dargestellt. Die Übersicht erlaubt mit einigen Einschränkungen eine grobe Abschätzung der relativen Häufigkeiten der im Gebiet vorkommenden Arten. Demzufolge zählen Breitflügelfledermaus, Zwergfledermaus und Großer Abendsegler zu den im Untersuchungsgebiet regelmäßig und oft nachgewiesenen Fledermausarten (vgl. Tabelle 4). Mit insgesamt 53 Feststellungen wurde die Breitflügelfledermaus am häufigsten registriert. Die Rauhhautfledermaus wurde vor allem in den Spätsommermonaten August und September mehrfach im Gebiet angetroffen (vgl. Tabelle 4). Über einem im Nordwesten gelegenen Teich wurde zeitweise auch ein Exemplar der Wasserfledermaus bei Jagdflügen beobachtet. Die unter „*Myotis* unbestimmt“ aufgeführten Kontakte sind sehr wahrscheinlich in der Mehrzahl der Fälle der Wasserfledermaus zuzuordnen. Vertreter dieser sehr strukturgebunden fliegenden Art nutzen sehr wahrscheinlich die im Gebiet verlaufenden linearen Gehölzstrukturen als Flugstraßen für ihre Transferflüge. Das Vorkommen einer weiteren *Myotis*-Art wie z. B. der Kleinen Bartfledermaus (*Myotis mystacinus*) ist nicht gänzlich auszuschließen. Allerdings liegen für das Untersuchungsgebiet mit Ausnahme des oben genannten Gewässers nur Lautnachweise von einfachen Überflügen von Vertretern aus der Gattung *Myotis*, die keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Artzugehörigkeit zuließen, vor.

Die räumliche Verteilung der Feststellungen ist den Plänen Nr. 1.1 bis Nr. 1.3 zu entnehmen (siehe Anhang). Hieraus wird ersichtlich, dass Fledermausaktivitäten in nahezu allen Teilen des untersuchten Geländes festgestellt wurden. Allerdings zeigen die jeweiligen Arten unterschiedliche räumliche Präferenzen hinsichtlich ihrer Flugwege und / oder Jagdgebiete. Für die Arten Großer Abendsegler und Breitflügelfledermaus liegt der Schwerpunkt der Flug- und Jagdaktivitäten über den als Weidegrünland genutzten, zentral im Gebiet liegenden Flächen (vgl. Plan 1.2). Im Bereich der im Süden liegenden als Maisacker genutzten Parzellen wurden demgegenüber keine Aktivitäten festgestellt. Zwerg- und Rauhhautfledermäuse wurden vor allem entlang der im Gebiet verlaufenden und zum Teil von Gehölzen oder Straßenlaternen begleiteten Wege erfasst. Grundsätzlich fungieren die im Gebiet verlaufenden und von Gehölzen begleiteten Straßen und Feldwege als Leitstrukturen bzw. Flugrouten für die überwiegend oder teilweise strukturgebunden fliegenden Arten (Wasserfledermaus, Breitflügelfleder-

maus, Zwerg- und Rauhhautfledermaus). Je nach Ausprägung werden diese Strukturelemente auch als Jagdhabitat genutzt. Das offene und von Feldhecken eingefasste Weidegrünland wurde bevorzugt von Exemplaren der Breitflügelfledermaus und des Großen Abendseglers zu Jagdzwecken aufgesucht.

**Tabelle 3: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Fledermausarten.**

Deutscher Artname	Wissenschaftl. Artname	RL D	RL Nds	RL Nds (i.V.)	FFH RL	BNat SchG	EHZ ABR
Wasserfledermaus	<i>Myotis daubentonii</i>	-	3	V	IV	s	FV
Myotis unbestimmt	<i>Myotis spec.</i>	k.A.	k.A.	k.A.	IV	s	k.A.
Großer Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>	V	2	3	IV	s	FV
Breitflügelfledermaus	<i>Eptesicus serotinus</i>	G	2	2	IV	s	U1
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	-	3	-	IV	s	FV
Rauhhautfledermaus	<i>Pipistrellus nathusii</i>	-	2	R	IV	s	FV

Legende:

RL D: Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (MEINIG et al. 2009)

RL Nds: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (HECKENROTH 1993)

RL Nds (i.V.): Rote Liste Niedersachsen, NLWKN in Vorbereitung

Zeichen: 1 = vom Aussterben bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet,  
V = Arten der Vorwarnliste, - = ungefährdet, G = Gefährdung unbekannten Ausmaßes, D = Daten unzureichend, R = extrem selten oder mit geografischer Restriktion, k. A. = keine Angaben

FFH RL: Arten aus Anhang IV oder II der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

BNatSchG: Schutzstatus nach § 7 Bundesnaturschutzgesetz

Zeichen: s = streng geschützt gemäß § 7 BNatSchG

EHZ: Erhaltungszustand der Arten nach Anhang II, IV o. V der FFH-Richtlinie gemäß „Nationaler Bericht 2007“ (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 2007)

FV = günstig (favourable), U1 = ungünstig - unzureichend

ABR: atlantische biogeographische Region

### Quartierpotenzial und nachgewiesene Fledermausquartiere

Im Rahmen der Felderfassung wurde in einem Wohnhaus an der Emsoldstraße ein Sommerquartier der Zwergfledermaus nachgewiesen. An dem Giebel des Hauses wurden am 08.07.2011 mindestens sieben Individuen beim morgendlichen Schwärmen und Einflug in das Gebäudequartier beobachtet. Nach den Beobachtungen handelt es sich vermutlich um eine dort ansässige Wochenstubengesellschaft. Desweiteren konnte im Rahmen der Septemberbegehung ein Balzquartier der Rauhhautfledermaus, das mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit in einer alten Eiche am nordwestlichen Rand des Untersuchungsgebietes zu vermuten ist (vgl. Plan 1.4), lokalisiert werden.

Nach der vorliegenden Strukturerrfassung weist das Untersuchungsgebiet ein mittleres bis hohes Quartierpotenzial für Baum bewohnende Fledermausarten auf. Die im Plangebiet stockenden Laubgehölze (Feldhecken, Baumgruppen und Einzelbäume) sind

stellenweise durch Anteile von Altholz gekennzeichnet. Es handelt sich dabei vor allem um ältere Stiel-Eichen (*Quercus robur*). Es wurden insgesamt 50 potenzielle Quartierbäume, die aufgrund ihres hohen Alters oder ihrer besonderen strukturellen Merkmale eine potenzielle Eignung als Quartierstätte für Fledermäuse aufweisen (vgl. Anhang: Plan Nr. 1.4) festgestellt. Insofern ist von einem mittleren bis hohen Quartierangebot für Baum bewohnende Fledermausarten auszugehen. Im Rahmen der Detektor-Kartierung konnten in den vorhandenen Gehölzbeständen jedoch keine Sommerquartiere, die auf eine Wochenstubengesellschaft vermuten lassen, nachgewiesen werden. Demgegenüber ist zumindest ein Balzquartier der Rauhhautfledermaus belegt (vgl. oben und Plan 1.4 im Anhang).

**Tabelle 4: Beobachtungshäufigkeit einzelner Arten (Detektorkontakte / Sichtbeobachtungen).**

Monat	Mai	Juni	Juni	Juli	Juli	Aug.	Sept.	
Art /Datum	12.	6.	27.	08.	27.	24.	05.	Σ
Wasserfledermaus	-	-	1	-	-	1	1	3
Myotis unbestimmt	-	1	1	3	4	3	1	13
Großer Abendsegler	2	4	3	4	5	12	-	30
Nyctalus unbestimmt	-	-	1	-	-	1	-	2
Breitflügelfledermaus	19	3	10	3	5	11	2	53
Zwergfledermaus	2	1	6	10	10	13	4	46
Rauhhautfledermaus	1	-	-	2	-	10	8	21
Σ	24	9	22	22	24	51	16	168

### Betrachtung der einzelnen Arten

Im Folgenden werden die einzelnen Arten hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Lebensraumsansprüche sowie ihrer im Untersuchungsraum festgestellten Aktivitäten erläutert. Auch auf die räumliche Verteilung der Artnachweise wird eingegangen. Zur besseren Anschauung finden sich im Anhang entsprechende Übersichtsdarstellungen, aus denen die räumliche Lage der Befunde hervorgeht (vgl. Anhang: Plan Nr. 1.1 bis 1.4).

#### Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*)

Biotopansprüche: Die Wasserfledermaus ist auf Gewässer als Jagdgebiete angewiesen, die eine reiche Insektenfauna und Bereiche ohne Wellenschlag aufweisen. Einzelne Tiere können aber auch in Wäldern, Parks oder Streuobstwiesen jagen (DIETZ et al. 2007). Die Wochenstuben befinden sich überwiegend in Baumhöhlen, daneben auch in Nistkästen oder in Gebäudespalten. Von dort fliegen die Tiere zu ihren bis zu 8 km weit entfernten Jagdgebieten entlang von ausgeprägten Flugstraßen (MESCHÉDE & HELLER 2000). Außerhalb der Gewässer fliegt die Art gewöhnlich nahe an der Vegetation, so dass sie insbesondere während ihrer Transferflüge auf lineare Vegetationselemente als Leitstrukturen angewiesen ist.

Vorkommen im Untersuchungsgebiet: Für die Wasserfledermaus gelangen insgesamt drei Feststellungen in den Monaten Juni, August und September (vgl. Tabelle 4), bei denen jeweils ein Individuum während des Jagdfluges über dem im Nordwesten befindlichen Stillgewässer beobachtet wurde. Die Tiere jagten dabei für längere Zeit dicht über der Wasseroberfläche. Desweiteren wurden im Untersuchungsraum mehrfach unbestimmte Lautkontakte, die einer Fledermausart aus der Gattung *Myotis* zuzuord-

nen sind, registriert. Es ist zu vermuten, dass diese Lautsignale mehrheitlich von vorbei fliegenden Individuen der Wasserfledermaus abgegeben wurden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit nutzen die am o. g. Gewässer beobachteten Exemplare die im Untersuchungsraum verlaufenden Gehölzstreifen als Leitstrukturen für ihre Transferflüge. Insofern ist davon auszugehen, dass die Art vermutlich auch während anderer Begehungstermine im Untersuchungsgebiet auftrat.

#### **Myotis unbestimmt (*Myotis spec.*)**

Vorkommen im Untersuchungsgebiet: Unbestimmte Individuen der Gattung *Myotis* wurden im Laufe der Erfassung wiederholt im Vorbeiflug festgestellt (vgl. Tabelle 4). Nach der Art der Lautsignale (trockene, d. h. tonlose Rufe mit relativ gleichmäßigem Rhythmus und einer Hauptfrequenz zwischen zirka 40 und 48 kHz) handelt es sich in der überwiegenden Zahl der Fälle mit hoher Wahrscheinlichkeit um die im Nordwesten über einem Teich mehrfach bei der Flugjagd nachgewiesene Wasserfledermaus, die sehr wahrscheinlich die vorhandenen Gehölzreihen als Flugwege für ihre Transferflüge nutzt. Nicht auszuschließen ist auch das Vorkommen der Kleinen Bartfledermaus (*Myotis mystacinus*), die sehr ähnliche Lautsignale abgibt und im Untersuchungsraum eine für die Art geeignete Habitatkulisse vorfindet. Das zeitweise Auftreten weiterer Arten aus der Gattung *Myotis* (z. B. Fransenfledermaus) ist ebenfalls nicht gänzlich auszuschließen.

#### **Großer Abendsegler (*Nyctalus noctula*)**

Biotopansprüche: Der Große Abendsegler nutzt als Sommer- und Winterquartiere vor allem Höhlenbäume in Wäldern und Parkanlagen. Wochenstuben nutzen mehrere Quartiere im Verbund, zwischen denen die einzelnen Individuen häufig wechseln (PETERSEN et al. 2004). In Paarungsgebieten müssen möglichst viele Quartiere nahe beieinander sein, damit die balzenden Männchen durchziehende Weibchen anlocken können (MESCHÉDE & HELLER 2002). Als Jagdgebiete bevorzugt die Art offene und insektenreiche Lebensräume, die einen hindernisfreien Flug ermöglichen (siehe ebd.). So jagen die Tiere in größerer Höhe über großen Wasserflächen, abgeernteten Feldern und Grünländern, an Waldlichtungen und Waldrändern und auch über entsprechenden Flächen im Siedlungsbereich.

Vorkommen im Untersuchungsgebiet: Der Große Abendsegler wurde mit insgesamt 30 Feststellungen im Untersuchungsgebiet nachgewiesen (vgl. Tabelle 4). Dabei konnte die Art an sechs von insgesamt sieben Erfassungsterminen festgestellt werden. An drei Terminen wurde eine (zumeist) intensive Jagdtätigkeit mit bis zu drei gleichzeitig jagenden Exemplaren beobachtet. Länger andauernde Jagdflüge fanden häufig über den als Weidegrünland genutzten Flächen und über dem im Westen angrenzenden Stillgewässer statt. Es ist anzunehmen, dass einzelne Individuen einer lokalen Population den Untersuchungsraum häufig zu Jagdzwecken aufsuchen. Ein größerer Teil der Feststellungen umfasst jedoch gewöhnliche Flugkontakte (vgl. Anhang: Plan Nr. 1.2) von überfliegenden oder kurzzeitig jagenden Individuen. Es ist anzunehmen, dass einzelne Individuen den Untersuchungsraum regelmäßig überfliegen. Während der Begehungen gelangen keine Nachweise von Balz- und sonstigen Sommerquartieren. Grundsätzlich weisen mehrere Bäume im Untersuchungsraum geeignete Baumhöhlen, die von Abendseglern als Sommer- oder Balzquartiere genutzt werden können, auf.

#### **Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*)**

Biotopansprüche: Die Breitflügelfledermaus hat ihre Sommerquartiere fast immer in oder an Gebäuden. Nur selten ziehen sich einzelne Tiere in Baumhöhlen oder Fledermauskästen zurück. Als Jagdgebiet wird eine Vielzahl von Biotopstrukturen genutzt. Dabei werden offene Flächen mit randlichen Gehölzstrukturen bevorzugt. Die höchste Dichte jagender Tiere kann über Viehweiden, Streuobstwiesen, Parks mit Einzelbäumen und an Gewässerrändern beobachtet werden (DIETZ et al. 2007). Die Entfernung

zwischen Quartieren und Jagdgebieten variiert zwischen wenigen 100 m und mehr als 11,0 km (SIMON et al. 2004).

**Vorkommen im Untersuchungsgebiet:** Mit insgesamt 53 Feststellungen (vgl. Tabelle 4) wurde die Breitflügelfledermaus von allen Arten am häufigsten nachgewiesen. Individuen wurden dabei in allen Gebietsteilen angetroffen. Nachweise von Sommerquartieren, die in den vorhandenen Gebäuden denkbar sind, konnten nicht erbracht werden. Es gelangen aber zahlreiche Beobachtungen von teilweise lang andauernden Jagdflügen. Einzelne Tiere jagten entlang der im Gebiet befindlichen Gehölzstrukturen. Nahezu regelmäßige Jagdaktivitäten wurden in den zentralen und von Weidegrünland dominierten Bereichen des Untersuchungsraumes festgestellt. Die Viehweiden bieten offensichtlich ein gutes Nahrungsangebot an jagdbaren Fluginsekten. Insofern fungieren diese Bereiche ganz offensichtlich für die Individuen einer lokalen Population als mehr oder weniger regelmäßig genutztes Jagdgebiet. Sommerquartiere wurden im Untersuchungsraum trotz einer intensiven Kontrolle der vorhandenen Gebäude nicht festgestellt. Quartiere sind aber in einzelnen Häusern der umliegenden Siedlungen und Gehöfte zu vermuten. Die im Gebiet verlaufenden gehölzbegleiteten Verkehrswege Loyer Weg und Emsoldstraße werden von einzelnen Individuen nachweislich als Flugstraßen genutzt. Insbesondere während der Zeit der Ausflugkontrollen konnten dort wiederholt Individuen bei Transferflügen beobachtet werden.

#### **Rauhhaufledermaus (*Pipistrellus nathusii*)**

**Biotopansprüche:** Die Rauhhaufledermaus tritt bevorzugt in Landschaften mit einem hohen Wald- und Gewässeranteil auf (siehe MESCHÉDE & HELLER 2002). Als Jagdgebiete werden größtenteils Waldränder, Gewässerufer, Bachläufe und Feuchtgebiete in Wäldern genutzt. Jagende Tiere können vor allem zur Zugzeit auch in Siedlungen angetroffen werden (DIETZ et al. 2007). Als Sommerquartiere werden Spaltenverstecke an und in Bäumen bevorzugt, die meist im Wald oder an Waldrändern in Gewässernähe liegen. Die Rauhhaufledermaus zählt in Mitteleuropa zu den weit wandernden Arten (PETERSEN et al. 2004). Individuen treten während ihres Zuges, der sich zwischen den Sommer- und Winterlebensräumen vollzieht, in für sie geeigneten Landschaften gehäuft auf. Während des Herbstzuges findet auch die Balz und Paarung der Tiere statt.

**Vorkommen im Untersuchungsgebiet:** Die Rauhhaufledermaus wurde im Untersuchungsraum mit geringer bis mittlerer Nachweisdichte an drei Erfassungsterminen festgestellt (vgl. Tabelle 4). Insgesamt gelangen 21 Feststellungen. In drei Fällen wurde länger anhaltendes Jagdverhalten nachgewiesen. Auffällig ist eine deutliche Häufung von Detektor-Nachweisen während der letzten beiden Begehungen im August und September (18 von insgesamt 21 Feststellungen). Es handelt sich dabei um den Zeitraum des so genannten Herbstzuges (siehe oben). In dieser Zeit erfolgt auch die Balz, die von einem festen Quartier aus (z. B. Baumhöhle) durch ein paarungswilliges Männchen unter Abgabe charakteristischer Soziallaute erfolgt. In Untersuchungsraum wurden an unterschiedlichen Orten mehrfach Soziallaute registriert. In einem Fall ist aufgrund der über lange Zeit abgegebenen, stationären Rufe von einem nahe gelegenen Balzquartier, das in einer alten Eiche am Nordwestrand des Untersuchungsgebietes zu vermuten ist (siehe Plan 1.4 im Anhang), auszugehen.

**Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)**

Biotopansprüche: Ihre Quartiere bezieht die Zwergfledermaus vorwiegend in und an Gebäuden. Die Quartiere werden häufig gewechselt, weshalb Wochenstubenkolonien einen Verbund von vielen geeigneten Quartieren im Siedlungsbereich benötigen (siehe PETERSEN et al. 2004). Die Jagdgebiete liegen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Ortslagen. Hierbei jagen Zwergfledermäuse in einem Radius von zirka zwei km um das Quartier (siehe ebd.). Während der Jagd orientieren sich die Tiere überwiegend an linearen Landschaftsstrukturen, wie z. B. Hecken, gehölzbegleitete Wege oder Waldränder. Lineare Landschaftselemente sind auch wichtige Leitlinien für die Tiere auf den Flugrouten von den Quartieren zu den Jagdgebieten.

Vorkommen im Untersuchungsgebiet: Zwergfledermäuse wurden regelmäßig und dabei verhältnismäßig häufig im Untersuchungsraum festgestellt. Es liegen insgesamt 46 Nachweise vor. Somit zählt die Zwergfledermaus neben der Breitflügelfledermaus zu den häufig nachgewiesenen Arten (vgl. Tabelle 4). Die Feststellungen verteilen sich über weite Teile des Untersuchungsraumes, wobei die Tiere überwiegend entlang von linearen Gehölzstrukturen bzw. entlang der von Gehölzen oder Straßenlaternen begleiteten Verkehrswege angetroffen wurden (vgl. Plan 1.3 im Anhang). Diese dienen einzelnen Individuen einer im Untersuchungsraum ansässigen Population als Flugwege und abschnittsweise auch als sporadisch genutzte Jagdstrecken. Mit sieben von insgesamt 46 Feststellungen wurden Jagdaktivitäten verhältnismäßig selten an unterschiedlichen Stellen des Untersuchungsraumes registriert. Nachweise gelangen punktuell entlang der zentral im Gebiet und von Viehweiden eingeschlossenen Feldhecken sowie entlang der vorwiegend randlich verlaufenden Verkehrswege. Ein Großteil der Nachweise entfällt auf einfache Vorbeiflüge.

Hervorzuheben ist der Nachweis eines Sommerquartiers in einem Wohnhaus an der Emsoldstraße (vgl. Plan 1.4 im Anhang). Dort wurden während der Begehung am 08.07.2011 insgesamt sieben Exemplare beim morgendlichen Schwärmen und Einflug am Giebel des Hauses beobachtet. Es ist zu vermuten, dass der Dachbereich des Hauses einer kleinen Wochenstubengesellschaft als Quartierstätte dient. Im Verlauf der August- und Septemberbegehungen konnten desweiteren zwei Balzreviere, die jeweils im Umfeld eines Wohnhauses zu lokalisieren waren (vgl. Plan 1.4 im Anhang), nachgewiesen werden.

## **5.2 Brutvögel**

Im Erfassungszeitraum von März bis Ende Mai 2011 wurden insgesamt 35 Vogelarten, mit Brutverdacht oder Brutnachweis festgestellt (vgl. Tabelle 5). Das Artenspektrum umfasst damit rund 18 % der rezenten, autochthonen Brutvogelfauna Niedersachsens, die von KRÜGER & OLTMANNS (2007) mit insgesamt 197 Arten angegeben wird. Mit Rauchschwalbe und Gartenrotschwanz wurden zwei in Niedersachsen gefährdete Vogelarten im Untersuchungsgebiet nachgewiesen (vgl. Tabelle 5). Des Weiteren werden von den erfassten Brutvögeln fünf Arten auf der niedersächsischen Vorwarnliste (KRÜGER & OLTMANNS 2007) geführt (vgl. Tabelle 5). Der in Niedersachsen gefährdete Grünspecht wurde lediglich mit einer Brutzeitfeststellung erfasst und kann somit nicht zum Brutbestand gerechnet werden. Aufgrund der für diese Art günstigen Habitatstrukturen ist nicht auszuschließen, dass sie in anderen Jahren im Untersuchungsraum tatsächlich zur Brut schreitet. Für die formale Bewertung von Vogelbrutgebieten dürfen einmalige Brutzeitfeststellungen jedoch nicht berücksichtigt werden. In Tabelle 5 sind die betreffenden Arten deshalb in Spalte 3 mit dem Kürzel „BZ“ gekennzeichnet. Im Plan Nr. 2 (vgl. Anhang) werden ausschließlich Artvorkommen, die mit Brutverdacht oder Brutnachweis bestätigt wurden, dargestellt.

Sperber und Mäusebussard wurden mehrfach als Nahrungsgäste während ihrer Jagdflüge im Untersuchungsgebiet beobachtet.

Ein bedeutender Teil der Feststellungen umfasst allgemein verbreitete und häufige Vogelarten. Dabei dominieren vor allem Singvögel, die schwerpunktmäßig im Bereich von Gärten, Siedlungen oder Wäldern vorkommen, wie z. B. Amsel, Rotkehlchen und Mönchsgrasmücke. Insgesamt sind rund 85 % der im Gebiet nachgewiesenen Arten diesen Lebensraumtypen zuzuordnen. Stellvertretend für typische Baumbrüter sind im Plan 2 unter anderem die Brutreviere von Kleiber und Singdrossel dargestellt. Typische Brutvögel des Offenlandes sind mit Ausnahme der Dorngrasmücke im Untersuchungsgebiet nicht vertreten. Die verhältnismäßig starke Kammerung des Geländes durch Feldhecken, Baumreihen und Gebäude bietet keine geeignete Habitatkulisse für ausgesprochene Offenlandbewohner.

Hervorzuheben sind die Brutvorkommen der in Niedersachsen gefährdeten Arten Gartenrotschwanz (2 Brutpaare) und Rauchschwalbe (3 Brutpaare). Die Brutplätze der Rauchschwalbe liegen in einem Gebäude und einem nahe liegenden Pferdestall im Bereich der Kreuzung Buchenstraße/Loyer Weg. Ein Gartenrotschwanzpaar brütete auf einem Hofgrundstück im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 93. Bemerkenswert ist auch der relativ hohe Anteil an Arten der Vorwarnliste Niedersachsen (vgl. Tabelle 5). Die Spezies der Vorwarnliste zeichnen sich durch einen merklichen landesweiten Bestandsrückgang aus, so dass bei fortbestehender negativer Bestandsentwicklung in naher Zukunft die Einstufung als „gefährdete“ Art (Rote-Liste-Status 3) anzunehmen ist (siehe KRÜGER & OLTMANNS 2007). Zu den im Gebiet brütenden Arten der Vorwarnliste zählen Feldsperling (3 Brutpaare), Grauschnäpper (1 Brutpaar), Haussperling (9 Brutpaare), Mehlschwalbe (3 Brutpaare) und Star (8 Brutpaare). Es handelt sich um Arten, die entweder bevorzugt in der halboffenen Agrarlandschaft auftreten und / oder solche die in altholz- und strukturreichen Feld- und Hofgehölzen oder entsprechenden Waldbeständen brüten. Darunter finden sich im Untersuchungsgebiet auch einige Höhlen- und Nischenbrüter wie Star, Feldsperling und Haussperling, die auf Höhlenbäume, Nisthilfen oder geeignete Gebäude als Brutstätte angewiesen sind.

**Tabelle 5: Übersicht der im Untersuchungsraum festgestellten Vogelarten.**

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Σ Brutpaare	RL D	RL Nds	RL TW	EU-VS-RL	§ 7 BNatSchG
Amsel	<i>Turdus merula</i>	IV	-	-	-	-	b
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	II	-	-	-	-	b
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	III	-	-	-	-	b
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	IV	-	-	-	-	b
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>	I	-	-	-	-	b
Dohle	<i>Corvus monedula</i>	4	-	-	-	-	b
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	2	-	-	-	-	b
Elster	<i>Pica pica</i>	I	-	-	-	-	b
Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	3	V	V	V	-	b
Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>	II	-	-	-	-	b
Gartenbaumläufer	<i>Certhia brachydactyla</i>	III	-	-	-	-	b
Gartengrasmücke	<i>Sylvia borin</i>	I	-	-	-	-	b
Gartenrotschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	2	-	3	3	-	b
Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	1	-	V	V	-	b
Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>	II	-	-	-	-	b
Grünspecht	<i>Picus viridis</i>	BZ	-	3	3	-	b

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Σ Brut- paare	RL D	RL Nds	RL TW	EU- VS-RL	§ 7 BNatSchG
Hausrotschwanz	<i>Phoenicurus ochruros</i>	II	-	-	-	-	b
Hausperling	<i>Passer domesticus</i>	9	V	V	V	-	b
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	III	-	-	-	-	b
Jagdfasan	<i>Phasianus colchicus</i>	II	-	-	-	-	b
Klappergrasmücke	<i>Sylvia curruca</i>	II	-	-	-	-	b
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	2	-	-	-	-	b
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	IV	-	-	-	-	b
Mehlschwalbe	<i>Delichon urbicum</i>	3	V	V	V	-	b
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	III	-	-	-	-	b
Rauchschwalbe	<i>Hirundo rustica</i>	3	V	3	3	-	b
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	I	-	-	-	-	b
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	II	-	-	-	-	b
Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>	IV	-	-	-	-	b
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	2	-	-	-	-	b
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	8	-	V	V	-	b
Sumpfmiese	<i>Parus palustris</i>	II	-	-	-	-	b
Sumpfrohrsänger	<i>Acrocephalus palustris</i>	I	-	-	-	-	b
Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	IV	-	-	-	-	b
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	IV	-	-	-	-	b
<b>Legende:</b> Σ Brutpaare: Brutpaarzahl in absoluten Zahlen für ausgewählte Arten und geschätzt nach A-bundanzklassen für sonstige Arten (I = 1 BP, II = 2-3 BP, III = 4-7 BP, IV = 8-20 BP), Abundanzklassen nach „ADEBAR“-Vogelmonitoring Deutschland, BZ = einmalige Brutzeitfeststellung RL D: Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (SÜDBECK et al. 2007) RL Nds: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (KRÜGER & OLTMANNS 2007) RL TW: Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen, Region Tiefland West (KRÜGER & OLTMANNS 2007) Zeichen: 1 = vom Aussterben bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, - = ungefährdet EU-VS-RL: Art des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie; - = nein, x = ja § 7 BNatSchG: Schutz nach § 7 des Bundesnaturschutzgesetzes, b = besonders geschützt, s = streng geschützt							

## 6.0 BEWERTUNG DER BEFUNDE

### 6.1 Fledermäuse

#### Habitatqualitäten und Vollständigkeit des Artenspektrums

Untersuchungen zur lokalen Fledermausfauna liegen aus umliegenden Bereichen bislang für das Gebiet der Stadt Oldenburg vor (BRUX et al. 1998, SCHRÖDER & WALTER 2002). Es handelt sich um einen dem Untersuchungsgebiet nahe gelegenen Raum, so dass die oben genannten Untersuchungen für eine vergleichende Einschätzung und Bewertung mit herangezogen werden. Demzufolge ist im Oldenburger Großraum mit dem Vorkommen von bis zu zehn Fledermausarten zu rechnen (vgl. SCHRÖDER &



WALTER 2002). Im Untersuchungsgebiet konnten insgesamt fünf Arten sicher nachgewiesen werden. Dieses entspricht im Wesentlichen dem für diesen Raum zu erwartenden Artenspektrum und etwa 50 % der nach SCHRÖDER & WALTER (2002) theoretisch möglichen Artenzahl. Auf Grundlage dieser vergleichenden Betrachtung ist das Untersuchungsgebiet als ein mäßig artenreicher Fledermauslebensraum einzustufen. Bemerkenswert ist der Nachweis eines vermutlich als Wochenstube genutzten Sommerquartiers der Zwergfledermaus. Hervorzuheben ist daneben vor allem die Bedeutung großer Teile des Plangebietes als häufig oder zumindest temporär genutztes Jagdgebiet für alle fünf festgestellten Fledermausarten. Ein Grund hierfür liegt in der für Fledermäuse günstigen Strukturvielfalt aus alten Einzelbäumen, Feldhecken und in Gehölzstrukturen eingebetteten Grünlandflächen. Dieses Struktur-Mosaik entspricht den Lebensraumsansprüchen vieler Arten, die mehrheitlich auf Leitstrukturen für ihre Transfer- und Jagdflüge angewiesen sind. Aufgrund der im Gebiet vorhandenen Altbäume besteht ein relativ gutes Quartierangebot für Baum bewohnende Fledermausarten. Große Teile des Untersuchungsgebietes verfügen daher über ein für die vorkommenden Fledermausarten günstiges Habitatgefüge, das sich durch die räumlich-funktionale Beziehung aus attraktiven Jagdgebieten, Flugrouten und den innerhalb von Altbäumen und Gebäuden bestehenden Quartiermöglichkeiten, auszeichnet. Eine besondere Würdigung verdient das im Plangebiet traditionell genutzte Weidegrünland, das insbesondere Breitflügelfledermäusen und Individuen des Großen Abendseglers als ein häufig genutztes Jagdhabitat dient. Über Weidegrünland finden sich zumeist zahlreiche Fluginsekten, die von den genannten Arten als eine Nahrungsgrundlage genutzt werden. Insofern ist anzunehmen, dass die im Untersuchungsraum verhältnismäßig großflächig, vorhandenen Grünlandflächen als ein essenzielles Nahrungshabitat für die lokalen Populationen von Großem Abendsegler und Breitflügelfledermaus fungieren.

#### **Bewertung nach der Gefährdung gemäß BREUER (1994)**

Gemäß dem Bewertungsverfahren nach BREUER (1994) ist das Untersuchungsgebiet hinsichtlich des Schutzgutes Fledermäuse als ein Funktionsraum von besonderer Bedeutung einzustufen. Maßgeblich hierfür sind die Vorkommen von in Niedersachsen aktuell als gefährdet oder als stark gefährdet eingestuften Fledermausarten. Bedeutende Teile des Untersuchungsgebietes haben zumindest für zwei im Bestand bedrohte Arten (Breitflügelfledermaus und Großer Abendsegler) eine nachgewiesenen Funktion als häufig frequentiertes Jagdgebiet. Es ist daher anzunehmen, dass das Untersuchungsgebiet für die lokalen Populationen ein essenzielles Teilhabitat darstellt. Eine ähnliche Bedeutung ist für die Rauhhautfledermaus aufgrund des Nachweises eines Balzquartiers anzunehmen. Als Balzquartier genutzte Höhlenbäume fungieren als essenzielle Reproduktionshabitate im Lebenszyklus dieser Art.

## **6.2 Brutvögel**

### **Habitatqualitäten und Vollständigkeit des Artenspektrums**

Im Untersuchungsgebiet wurden 35 Vogelarten, die im Jahr 2011 im Gebiet brüteten, nachgewiesen. Das festgestellte Artenspektrum entspricht weitgehend den Erwartungswerten für einen vergleichbar strukturierten Raum der halb offenen Kulturlandschaft. Typische Arten des Offenlands, wie z. B. Rebhuhn (*Perdix perdix*) und Feldlerche (*Alauda arvensis*) sind im Untersuchungsgebiet nicht zu erwarten. Bemerkenswert ist die relativ gute Präsenz von Arten, die als Vertreter der strukturreichen Halboffenlandschaft gelten (vgl. Kapitel 5.2). Zu diesen zählen mehrere der im Plangebiet brütenden Arten der Vorwarnliste sowie die in Niedersachsen gefährdete Rauchschwalbe. Es handelt sich dabei zumeist um vormals häufige Allerweltsarten, wie z. B. Feldsperling, Mehlschwalbe und Star, die aufgrund der Intensivierung der Landnutzung und der

Ausräumung der Landschaft bundesweit rückläufige Bestandszahlen aufweisen (siehe z. B. HÖTKER 2004, LINGENHÖHL 2010). Das Untersuchungsgebiet weist für diese Arten gute Habitatbedingungen auf. Ein Grund hierfür sind die vielfältige Strukturausstattung mit diversen, zum Teil altholzreichen Feldhecken, Einzelbäumen und sonstigen Gehölzbeständen und die in Teilen praktizierte mäßig intensive Weidenutzung (Standweiden für Rinder und Pferde). Traditionelles und in Brutplatznähe liegendes Weidegrünland fungiert unter anderem für Rauchschwalben, Mehlschwalben, Stare und Feldsperlinge als ein insektenreiches und damit bedeutendes Nahrungshabitat während der Brutzeit.

#### **Bewertung nach der Gefährdung gemäß BREUER (1994)**

Nach formalen Kriterien (in Anlehnung an BREUER 1994, siehe Kap. 4.3) ist dem Untersuchungsgebiet hinsichtlich der Avifauna eine allgemeine Bedeutung zuzuweisen. Maßgeblich für diese Einstufung sind die Brutvorkommen von zwei in Niedersachsen gefährdeten Arten (Rauchschwalbe und Gartenrotschwanz) sowie die Anwesenheit von sechs in Niedersachsen auf der Vorwarnliste geführten Vogelarten (vgl. Tabelle 5). Für die lokalen Populationen dieser Arten stellt der im Untersuchungsraum realisierte Habitatverbund aus geeigneten Brutplätzen (Gehölzbestände und Gebäude mit Nistmöglichkeiten) und den nahe gelegenen Nahrungsflächen (Gehölzbestände, Weidegrünland) ein essenzielles Fortpflanzungshabitat dar.

## **7.0 WIRKUNGEN DES VORHABENS IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR 105**

Grundlage der nachfolgenden Betrachtungen sind die Festsetzungen des im Vorentwurf vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 105.

### **7.1 Anlagenbedingte Wirkfaktoren**

Durch die geplante Wohnbebauung nördlich des Loyer Weges werden als zum Großteil als Weidegrünland genutzte Offenbereiche in Anspruch genommen. Dieses bedeutet einen direkten und dauerhaften Verlust von Nahrungsflächen für einige Vogel- und Fledermausarten. In Teilbereichen wird die Fällung und Beseitigung von Laubgehölzen, unter anderem auch älteren Laubbäumen, notwendig. Mit dieser Maßnahme ist lokal der Verlust von Brutstätten einheimischer Vogelarten zu prognostizieren. Ein im südwestlichen Randbereich vorhandenes Gebäude bleibt weiterhin bestehen, so dass die hier nachgewiesenen Brutvögel (Haussperling, Mehlschwalbe, Rauchschwalbe und Star) hier auch zukünftig einen geeigneten Brutplatz finden können. Alle im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 105 festgestellten Potenzialbäume (bis auf eine Eberesche (Potenzialbaum Nr. 17)) bleiben durch die getroffenen Flächenfestsetzungen erhalten.

### **7.2 Bau - und betriebsbedingte Wirkfaktoren**

Während der Bauzeit werden im direkten Bauumfeld durch Baumaschinen und Baufahrzeuge ausgelöste Lichtreize und Lärmemissionen auftreten. Diese können für einzelne Fledermaus- und Vogelarten unter Umständen störend wirken. Daher ist im direkten Umfeld der Baumaßnahmen mit vorübergehenden Scheueffekten zu rechnen. Säugetiere können z. B. empfindlich auf Störungen durch Lärm reagieren (RECK et al. 2001). Im Extremfall kann eine baubedingte Verlärmung zur Verdrängung besonders störungsempfindlicher Arten führen. Eine erhöhte Störungsempfindlichkeit ist bei Arten mit weitem Hörspektrum, wie etwa den Fledermäusen, die Geräusche bis über 40 kHz wahrnehmen können, anzunehmen.

## **8.0 DARLEGUNG DER BETROFFENHEITEN IM GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES NR. 105**

### **8.1 Eingriffe im Sinne des § 14 BNatSchG**

Nachfolgend werden für die untersuchten Faunengruppen Hinweise und Einschätzungen zu den erwartbaren Eingriffen im Sinne des § 14 BNatSchG gegeben. Der Ausgleich bzw. die Kompensation der verloren gehenden Funktionen ist gemäß § 1a BauGB in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

#### **Fledermäuse**

Mit den geplanten Baumaßnahmen ist eine Inanspruchnahme von essenziellen Habitaten verbunden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um als Jagdgebiete genutzte Grünlandflächen, die insbesondere von Individuen der Arten Breitflügelfledermaus und Großer Abendsegler zur Nahrungsjagd häufig bis regelmäßig frequentiert werden. Die maßgeblichen Strukturen werden weitgehend überbaut. Die im Plangebiet befindlichen Wallhecken bzw. markanten Einzelbäume bieten aufgrund ihres Alters entsprechende Möglichkeiten, so dass mehrere Bäume potenziell als Quartierbaum für Fledermäuse geeignet sind. Die maßgeblichen Strukturen (Wallhecken, Einzelbäume) und das vorhandene Gebäude können durch die Festsetzungen des Bebauungsplans erhalten bleiben. Auch sämtliche im Plangebiet befindlichen Potenzialbäume (bis auf eine Eberesche (Potenzialbaum Nr. 17)) bleiben durch die Flächenfestsetzungen im Bebauungsplan weiterhin bestehen. Demgegenüber sind die Eingriffe in den übrigen, aktuell als Grünland genutzten Bereichen bezüglich des Schutzgutes Fledermäuse als erheblich einzustufen. Zu möglichen Kompensationsmaßnahmen siehe Kapitel 10.

#### **Brutvögel**

Die Bauleitplanung sieht nach den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 105 unter anderem die Beseitigung einer Baum-Strauch-Feldhecke und einer jungen Gehölzpflanzung nördlich des bestehenden Gebäudes sowie die lokale Fällung einzelner Laubbäume vor. Die betroffenen Strukturen haben jedoch keine nachgewiesene Funktion als Brutstätte für in Niedersachsen beheimatete oder gar gefährdete Vogelarten. Lediglich ein Brutpaar der Dorngrasmücke wurde in dem jungen Gehölzbestand nördlich des bestehenden Gebäudes festgestellt. Erhebliche Beeinträchtigungen für die im Plangebiet lediglich sporadisch festgestellten Gehölzbrüter sind nicht zu prognostizieren, da die prägenden Gehölzstrukturen erhalten bleiben. Die an dem Gebäudekomplex festgestellten Arten (Haussperling, Mehl- und Rauchschnalbe sowie Star) können aufgrund des vollständigen Erhalts hier auch zukünftig geeignete Niststätten vorfinden. Allerdings stellen die als Weidegrünland genutzten Vieh- und Pferdeweiden ein Nahrungshabitat dieser Arten während ihrer Brutzeit dar. Durch den bau- und anlagebedingten Verlust des Weidegrünlands wird unter anderem der auf der niedersächsischen Vorwarnliste stehende und im Plangebiet brütende Star eine Beeinträchtigung erfahren. Es bestehen aber weiterhin westlich als auch nördlich des Plangebietes genügend ähnlich strukturierte und genutzte Grünlandflächen, wie die hier überplanten, so dass wenig erhebliche Auswirkungen zu erwarten sind.

#### **Fazit**

Im Sinne des § 14 BNatSchG ist die geplante anteilige Beseitigung von Gehölzbeständen aufgrund fehlender Nachweise bzw. dem fast vollständigen Erhalt der prägenden Gehölzstrukturen als unerheblicher Eingriff für die in Gehölzen brütenden Arten zu werten. Der Verlust der größtenteils als Weidegrünland genutzten Flächen, die als Jagdhabitat genutzt werden, stellt für die Fledermäuse einen erheblichen Eingriff dar.

Für die Gebäudebrüter werden die Umweltauswirkungen als ein weniger erheblicher Eingriff gewertet.

## 8.2 Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG

### 8.2.1 Fledermäuse

#### Prüfung des Zugriffsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Aufgrund der Lebensweise der Fledermäuse und ihrer vorwiegend abendlichen bzw. nächtlichen Aktivität können direkte Tötungen durch das geplante Vorhaben ausgeschlossen werden. Etwaige schädliche Wirkungen sind mit der Realisierung des Bauvorhabens weder bau- noch anlage- und betriebsbedingt zu erwarten. **Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist auszuschließen.**

#### Prüfung des Schädigungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 105 wurden trotz intensiver Nachsuche keine aktuell genutzten Fortpflanzungs- und / oder Ruhestätten von Fledermäusen gefunden (vgl. Kapitel. 5.1). Die im Plangebiet liegenden Gehölze weisen mehrheitlich keine für einheimische Fledermausarten geeigneten Quartiermöglichkeiten wie Baumhöhlen und -spalten auf. Das in einem Wohnhaus an der Emsoldstraße festgestellte Sommerquartier einer Zwergfledermaus liegt außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 105 und wird nicht von dem geplanten Bauvorhaben berührt. Im Rahmen der Begutachtung der im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 105 vorkommenden Gehölzstrukturen wurden insgesamt zwölf Laubbäume gefunden, die eine potenzielle Eignung als ein Sommer- und /oder Zwischenquartier aufweisen. Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung wird ein Potenzialbaum (Eberesche mit Rindentaschen bzw. Spechthöhle) beseitigt. Um baubedingte direkte Tötungen von Fledermäusen in jedem Fall ausschließen zu können, werden notwendige Baumfällarbeiten ausschließlich in den Wintermonaten (November bis Februar), also zur Zeit der Winterruhe, durchgeführt (Vermeidungsmaßnahme). **Unter Beachtung der oben genannten Bauzeitenregelung ist das Schädigungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht einschlägig.**

#### Prüfung des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Ein Verbotstatbestand liegt im Sinne des § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG vor, wenn es zu einer erheblichen Störung der Art kommt. Diese tritt dann ein, wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population der jeweiligen Art verschlechtert. Die lokale Population kann definiert werden als (Teil-)Habitate und Aktivitätsbereiche von Individuen einer Art, die in einem für die Lebensraumansprüche der Art ausreichend räumlich-funktionalen Zusammenhang stehen. Der Erhaltungszustand der Population kann sich verschlechtern, wenn aufgrund der Störung einzelne Tiere durch den verursachten Stress so geschwächt werden, dass sie sich nicht mehr vermehren können (Verringerung der Geburtenrate) oder sterben (Erhöhung der Mortalität). Weiterhin käme es zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes, wenn die Nachkommen aufgrund einer Störung nicht weiter versorgt werden können.

Störungen durch baubedingte Lärmemissionen (Baumaschinen und Baufahrzeuge) sind in Teilbereichen des Plangebietes grundsätzlich denkbar. Erhebliche Störungen durch eine entsprechende Verlärmung sind im vorliegenden Fall jedoch nicht zu erwarten, da die Bautätigkeit in der Regel auf wenige Monate beschränkt ist. Zudem wird die Bautätigkeit vorwiegend während der Tagesstunden stattfinden. Eine Beeinträchtigung der nächtlichen Aktivität der ansässigen Fledermäuse durch visuelle Lichtreize (Baufahrzeuge, Baustellenbeleuchtung, etc.) ist daher nicht anzunehmen. Ein hierdurch

ausgelöster langfristiger Verlust von Quartieren ist unwahrscheinlich. **Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist daher nicht einschlägig.**

### 8.2.2 Brutvögel

#### **Prüfung des Zugriffsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)**

Hinsichtlich der Überprüfung des Zugriffsverbotes gem. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG ist für sämtliche vorkommenden Vogelarten zu konstatieren, dass es nicht zu baubedingten Tötungen kommen wird. Es werden durch die Vermeidungsmaßnahme der Baufeldfreimachung und der Entnahme der Gehölze außerhalb der Brutzeit der Arten baubedingte Tötungen von Individuen der Arten oder ihrer Entwicklungsformen vermieden. Mögliche Tötungen von Individuen durch betriebsbedingte Kollisionen mit Fahrzeugen oder mit Gebäuden gehen nicht über das allgemeine Lebensrisiko hinaus und stellen daher keinen Verbotstatbestand dar.

Bei dem Untersuchungsraum handelt es sich um eine standort- und strukturtypische Nutzung ohne erhöhte punktuelle oder flächige Nutzungshäufigkeit von bestimmten Vogelarten. Den Bereich queren keine traditionellen Flugrouten bzw. besonders stark frequentierte Jagdgebiete von Vögeln, so dass eine signifikante Erhöhung von Kollisionen und einer damit verbundenen Mortalität (Sterberate) auszuschließen ist.

**Es bleibt festzuhalten, dass der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG demzufolge nicht erfüllt wird.**

#### **Prüfung des Schädigungsverbots (§ 44 Abs. 1, Nr. 3 i. V. m Abs. 5 BNatSchG)**

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 105 befinden sich Brutstätten von Star, Haussperling, Rauch- und Mehlschwalbe sowie Dorngrasmücke (jeweils ein Brutpaar).

Durch die Planung bzw. die Umsetzung der Planung kommt es zur Entfernung von Gehölzstrukturen bzw. dem Verlust von Lebensraum durch die Überplanung von Grünland. Dadurch kommt es auch zu einem Verlust von potenziellen Fortpflanzungsstätten. Die durch das Vorhaben betroffenen Arten (ein Brutpaar Dorngrasmücke) nutzen aber jedes Jahr eine andere Fortpflanzungsstätte, d. h. sie bauen jedes Jahr ein neues Nest in einem dafür geeigneten Baum/Strauch bzw. auf dem Boden. Es handelt sich daher um temporäre Fortpflanzungsstätten, die außerhalb der Brutzeit nicht als solche bestehen. Eine Entfernung der Gehölze bzw. eine Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit bedingt daher keinen Verbotstatbestand. Ferner werden neue Gehölzanpflanzungen vorgenommen, so dass gehölzbrütende Arten kurz- bis mittelfristig in diesen Gehölzbiotopen nisten können. Die ökologische Funktion der vom Vorhaben betroffenen Gehölzbiotope als Fortpflanzungsstätte für einheimische Brutvogelarten bleibt daher im räumlichen Zusammenhang gewahrt.

Die übrigen o. g. Arten haben ihre Brutstätte an dem im Bebauungsplangebiet bestehenden Wohnhaus mit den Nebengebäuden. Diese Strukturen bleiben bestehen, so dass die Brutstätten der hier festgestellten Arten auch erhalten bleiben und so die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang weiterhin bestehen bleibt.

Das Plangebiet mit seinen Strukturen wird jedoch auch von den Vögeln in verschiedenen Situationen als Ruhestätten im weitesten Sinne, wie u. a. als Ansitzwarte genutzt, so dass u. a. bei der Entfernung der Gehölze Ruhestätten beschädigt oder zerstört und ggf. sogar Individuen getötet oder beschädigt werden könnten. Die nach der EU-Kommission definierte Begrifflichkeit der Ruhestätte als Ort, der für ruhende bzw. nicht aktive Einzeltiere oder Tiergruppen zwingend erforderlich ist, u. a. für die Thermo-

regulation, der Rast, dem Schlaf oder der Erholung, wurde erweitert, so dass eine strengere Prüfung für Ruhestätten erfolgt.

Gemäß § 44 (5) BNatSchG liegt ein Verbot der Entfernung/Beschädigung von Fortpflanzungs-/Ruhestätten bzw. der Tötung/Beschädigung von Individuen in Verbindung mit der Entfernung/Beschädigung von Fortpflanzungs-/Ruhestätten nicht vor, wenn es sich um einen nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriff handelt und die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt bleibt.

Die ökologische Funktion für Fortpflanzungs- und Ruhestätten von in Gehölzen und an Gebäuden brütenden Arten bleibt auch nach Umsetzung der vorliegenden Planung im räumlichen Zusammenhang erhalten. Die Tiere sind in der Lage, bei Entfernung bspw. eines Gehölzes, das als Ansitzwarte dient, auf umliegende Gehölze auszuweichen. Im Norden, Westen und Osten des Plangebietes schließen sich weitläufige Offenlandbereiche mit entsprechenden gleichartigen Gehölzstrukturen an das Plangebiet an. Der Erhalt der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang ist daher gegeben.

**Der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 1 und 3 BNatSchG wird in Verbindung mit § 44 (5) BNatSchG demzufolge nicht erfüllt.**

#### **Prüfung des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)**

Die Störung von Vögeln durch bau- oder betriebsbedingten Lärm und/oder andere Immissionen in für die Tiere sensiblen Zeiten kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da Gehölzstrukturen im Plangebiet, die potenzielle zukünftige Lebensstätten sind, im Plangebiet bzw. in dessen näherer Umgebung verbleiben und genutzt werden können; außerdem werden teilweise in den Randbereichen des Plangebietes Gehölzstrukturen neu angelegt.

Das Störungsverbot nach § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG während der sensiblen Zeiten der Vögel stellt nur in dem Fall einen Verbotstatbestand dar, in dem eine erhebliche Störung verursacht wird. Eine Erheblichkeit ist gemäß Bundesnaturschutzgesetz gegeben, wenn durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert wird. In Bezug auf das Störungsverbot während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten lassen sich bau- und betriebsbedingte Störungen in Form von bspw. Lärmimmissionen nicht ganzjährig vermeiden. Störungen während sensibler Zeiten sind daher möglich, werden allerdings im Folgenden differenzierter betrachtet.

Es ist davon auszugehen, dass Störungen während der Mauserzeit nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen der erfassten Arten führen. Dies hängt damit zusammen, dass es nur zu einer Verschlechterung käme, wenn das Individuum während der Mauserzeit durch die Störung zu Tode käme und es so eine Erhöhung der Mortalität in der Population gäbe. Dies ist aufgrund der Art des Vorhabens auszuschließen, da bei einer Störsituation die betreffende Vogelart sich entfernen könnte. Es handelt sich ferner nicht um einen traditionellen Mauserplatz einer Art.

Weiterhin sind erhebliche Störungen während Überwinterungs- und Wanderzeiten auszuschließen. Arten, die während des Winters innerhalb des Plangebietes oder in dessen Umgebung vorkommen, könnten durch Verkehrslärm, Lichtemissionen und/oder visuelle Effekte in dieser Zeit aufgescheucht werden. Damit diese Störung zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population führt, müsste dieses Individuum direkt oder indirekt durch das Aufscheuchen zu Tode kommen bzw. so ge-

schwächt werden, dass es sich in der Folgezeit nicht mehr reproduzieren kann. Dies ist aufgrund der Art des Vorhabens unwahrscheinlich. Vögel sind in der Regel an Siedlungslärm, Lichtemissionen und visuelle Effekte gewöhnt und suchen ihre individuellen Sicherheitsabstände auf, so dass es zu keinen ungewöhnlichen Scheueffekten für die Arten kommt, die Individuen schwächen oder töten könnten.

Alle betroffenen Arten sind in der Lage, jede Brutperiode einen neuen Brutplatz zu besetzen, so dass ein Ausweichen möglich ist, zumal in der unmittelbaren Umgebung gleichwertige Strukturen vorhanden sind. Horstbewohner wie bspw. zahlreiche Greifvogelarten, die einen bestimmten Nistplatz langjährig nutzen und weniger Ausweichmöglichkeiten haben, sind im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht vorhanden.

Baubedingte Störungen während der Fortpflanzungs- und Aufzuchszeit werden durch die Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit ausgeschlossen.

**Es bleibt festzuhalten, dass der Verbotstatbestand gem. § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG demzufolge nicht erfüllt wird.**

## **9.0 VERMEIDUNG UND VERMINDERUNG VON BEEINTRÄCHTIGUNGEN**

Zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen sind die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen einzubeziehen:

- Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Reproduktionszeiten von Brutvögeln und Fledermäusen durchzuführen, also nur während der Wintermonate im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar,
- die Baufeldfreimachung ist ebenfalls außerhalb der Brutzeit vorzunehmen,
- alte Laubbäume - insbesondere für Fledermäuse und Höhlenbrüter geeignete Höhlenbäume - werden erhalten.

## **10.0 HINWEISE ZU KOMPENSATIONSMAßNAHMEN**

Die Eingriffe, die aus der Beseitigung und Überbauung von Teilhabitaten (Weidegrünland) resultieren, sind bezüglich des Schutzgutes Fledermäuse als erheblich einzustufen. Eine Kompensation ist über die ortsnahe oder auch externe Aufwertung von Flächen, die in einer für die betreffenden Tiergruppen funktional geeigneten Habitatkulisse eingebunden sind, denkbar.

Eine hinreichende Kompensation kann bezüglich der vom Vorhaben betroffenen Fledermausarten durch die Schaffung gleichwertiger Jagdhabitats erreicht werden. Geeignete Maßnahmen sind die Extensivierung bestehenden Grünlands, die Neuanlage von Extensivgrünland, die Schaffung von Gewässerhabitats oder die Entwicklung hochstaudenreicher Ruderal- und Saumgesellschaften an für Fledermäuse geeigneten linearen Gehölzstrukturen. Die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen können im Rahmen der Kompensationsleistungen für die Schutzgüter Boden und Biotoptypen, sofern diese den genannten Anforderungen für einen funktionsgerechten Ausgleich entsprechen, realisiert werden. Eine Kompensation der verloren gehenden Brutstätten kann mittel- bis langfristig durch die Neuanpflanzung von Gehölzen im Plangebiet erreicht werden.

Der anlagen- und baubedingte Verlust eines potenziellen Quartierbaumes für die lokal ansässigen Fledermäuse kann durch Ausbringung eines Ersatzquartieres (Kunsthöh-

len) im Plangebiet oder in einer hierfür geeigneten Habitatkulisse in räumlicher Nähe zum geplanten Vorhaben erfolgen.



## 11.0 LITERATUR

- BREUER, W. (1994): Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 14: 1-60.
- BRUX, H., G. DÖRING, M. HIELSCHER, M. NORDMANN, G. WALTER & G. WIEGLEB (1998): Zur Fauna der Stadt Oldenburg. - Oldb. Jb. 98: 247-319.
- BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (ed.) (2007): Nationaler Bericht 2007 gemäß FFH-Richtlinie. - [http://www.bfn.de/0316\\_bericht2007.html](http://www.bfn.de/0316_bericht2007.html).
- DIETZ, C., O. VON HELVERSEN & D. NILL (2007): Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas. - Kosmos-V., Stuttgart.
- GASSNER, E. & A. WINKELBRANDT (2005): UVP – Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltverträglichkeitsprüfung. - Müller-V., Heidelberg.
- HECKENROTH, H. (1993): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten - Übersicht. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 13: 221-226.
- KRÜGER, T & B. OLTMANNS (2007): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel, 7. Fassung - Stand 2007. - Inform.d. Naturschutz Niedersachs. 27: 131-175.
- MEINIG, H., P. BOYE & R. HUTTERER (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands. - Naturschutz und Biologische Vielfalt 70: 115-153.
- MESCHEDE, A. & K.-G. HELLER (2000): Ökologie und Schutz von Fledermäusen in Wäldern. - Schriftenr. Landschaftspfl. Naturschutz 66. - Bonn.
- NLWKN (in Vorbereitung): Rote Liste der Fledermäuse Niedersachsens. - Hannover.
- PETERSEN, B., G. ELLWANGER, R. BLESS, P. BOYE, E. SCHRÖDER & A. SSYMANK (2004): Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000. Ökologie und Verbreitung von Arten der FFH-Richtlinie in Deutschland. Band 2: Wirbeltiere. - Schriftenr. Landschaftspfl. Naturschutz 69: 1-706.
- PFALZER, G. (2007): Verwechslungsmöglichkeiten bei der akustischen Artbestimmung von Fledermäusen anhand ihrer Ortungs- und Sozialrufe. - Nyctalus N. F. 12: 3-14.
- RECK, H., J. RASMUS & G. M. KLUMP (2001): Auswirkungen von Lärm und Planungsinstrumente des Naturschutzes. - Naturschutz Landschaftsplanung 33: 145-149.
- SCHRÖDER, T. & G. WALTER (2002): Fledermauserfassung in der Stadt Oldenburg. - Nyctalus N. F. 8: 240-256.
- SIMON, M., HÜTTENBÜGEL, S. & J. SMIT-VIERGUTZ (2004): Ökologie und Schutz von Fledermäusen in Dörfern und Städten. - Schriftenr. Landschaftspfl. Naturschutz 76: 1-275.
- SKIBA, R. (2003): Europäische Fledermäuse. Kennzeichen, Echoortung und Detektoranwendung. - Westarp-Wissenschafts-V., Hohenwarsleben.

SÜDBECK, P., H. ANDREZKE, S. FISCHER, K. GEDEON, T. SCHIKORE, K. SCHRÖDER & C. SUDFELDT (eds.) (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. - Radolfzell.

SÜDBECK, P., H.-G. BAUER, M. BOSCHERT, P. BOYE, W. KNIEF (2007): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 4. Fassung - Stand 30.11.2007. - Ber. Vogelschutz 44: 23-81.

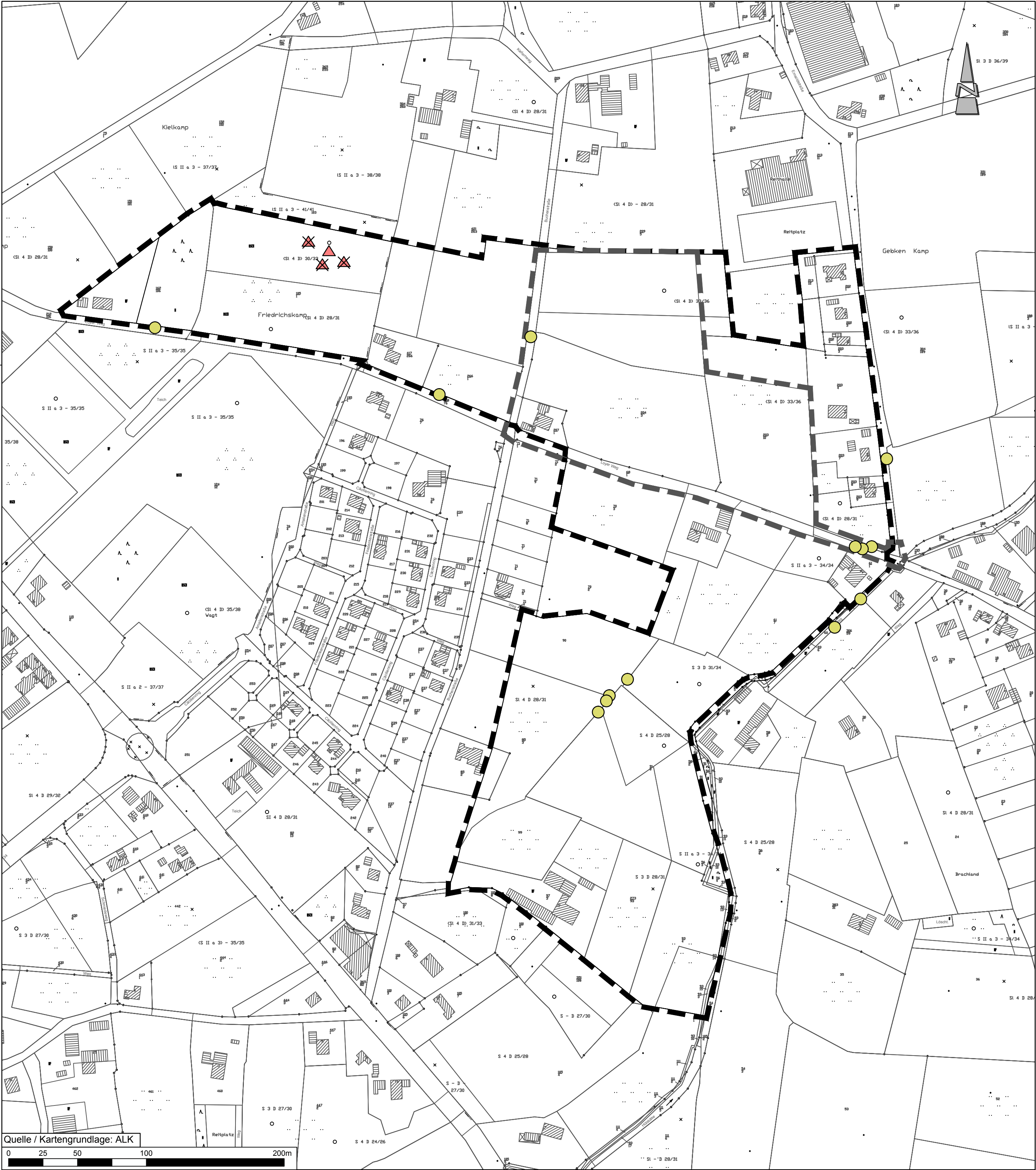
## PLANVERZEICHNIS

- Plan-Nr. 1.1: Bestand Fledermäuse - *Myotis* - Arten
- Plan-Nr. 1.2: Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus
- Plan-Nr. 1.3: Bestand Fledermäuse - *Pipistrellus* - Arten
- Plan-Nr. 1.4: Fledermausquartiere und Potenzialbäume
- Plan-Nr. 2: Bestand Brutvögel (Aves)

# Gemeinde Rastede

## Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

### Bestand Fledermäuse - *Myotis* - Arten



Planzeichenerklärung

- Grenze Flächennutzungsplanänderung
- Grenze Bebauungsplan

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

	Deutscher Artname	Wissensch. Artname
	Wasserfledermaus	<i>Myotis daubentonii</i>
	Myotis unbestimmt	<i>Myotis spec.</i>
	Lagverhalten eines Individuums	

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach  
am 12.05., 06.06., 27.06., 08.07., 27.07., 24.08. und 05.09.2011.

# Gemeinde Rastede

## Landkreis Ammerland

### Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

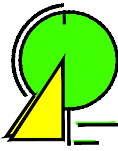
Planart: Bestand Fledermäuse - *Myotis* - Arten

Maßstab  1 : 2.500	Projekt: 14-2059  Plan-Nr. 1.1	Datum	Unterschrift
		Bearbeitet:	10/2011 Zilz
		Gezeichnet:	01/12, 03/13 12/2014 Wiese
		Geprüft:	12/2014 Diekmann

**Diekmann & Mosebach**

Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86    26180 Rastede    Tel. (04402) 91 16 30    Fax 91 16 40

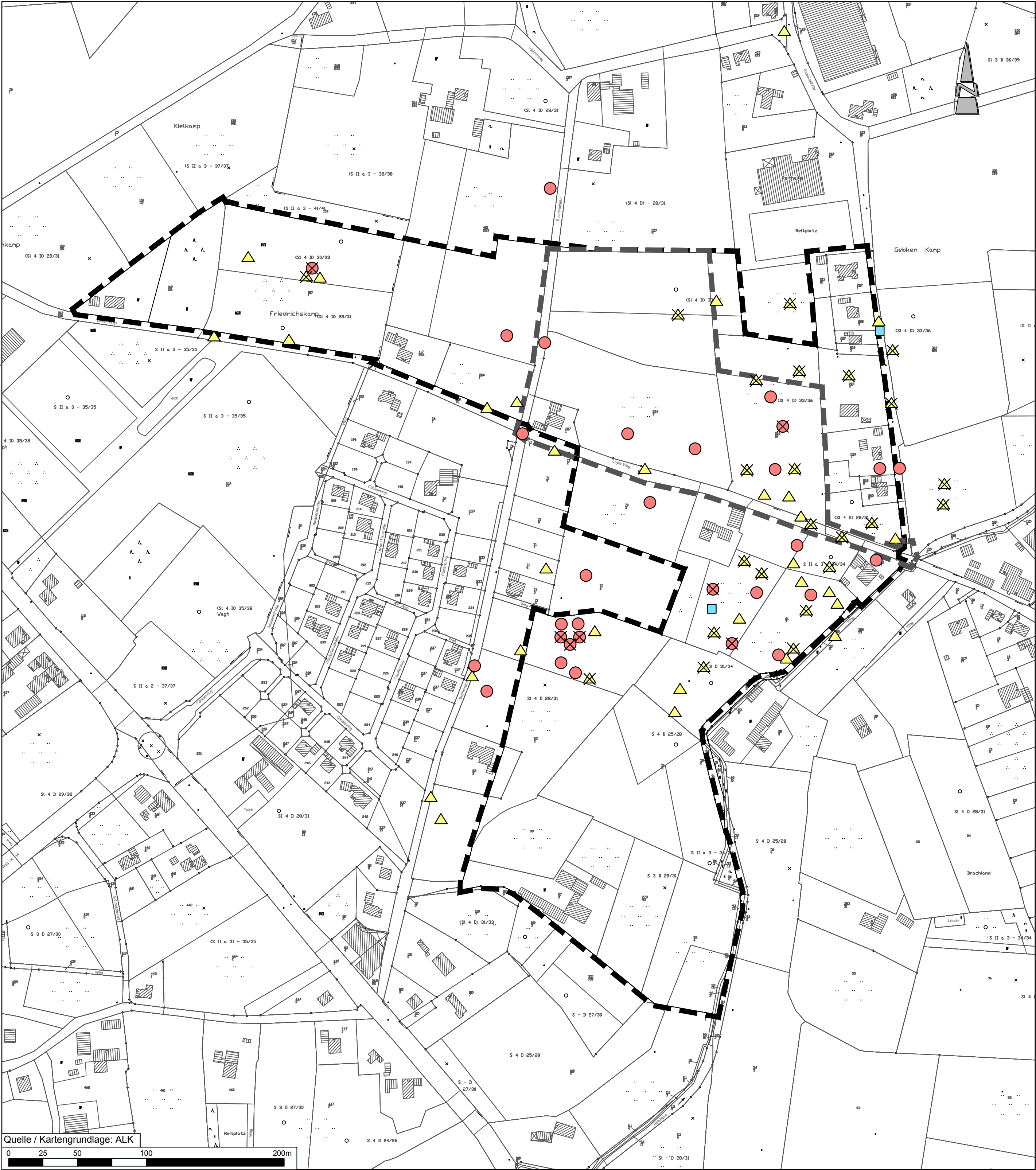




# Gemeinde Rastede

## Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

### Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus



Planzeichenerklärung

- Grenze Flächennutzungsplanänderung
- Grenze Bebauungsplan

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

- |             | Deutscher Artname     | Wissensch. Artname         |
|-------------|-----------------------|----------------------------|
| <div></div> | Großer Abendsegler    | <i>Nyctalus noctula</i>    |
| <div></div> | Nyctalus unbestimmt   | <i>Nyctalus spec.</i>      |
| <div></div> | Breitflügelfledermaus | <i>Eptesicus serotinus</i> |
- Lageverhalten eines Individuums

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach  
am 12.05., 06.06., 27.06., 08.07., 27.07., 24.08. und 05.09.2011.

# Gemeinde Rastede

## Landkreis Ammerland

### Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

Planart: Bestand Fledermäuse - Großer Abendsegler / Breitflügelfledermaus

Maßstab  1 : 2.500	Projekt: 14-2059  Plan-Nr. 1.2	Datum	Unterschrift
		Bearbeitet:	Zilz
		Gezeichnet:	01/12, 03/13 12/2014 Wiese
		Geprüft:	12/2014 Diekmann

**Diekmann & Mosebach**

Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86    26180 Rastede    Tel. (04402) 91 16 30    Fax 91 16 40

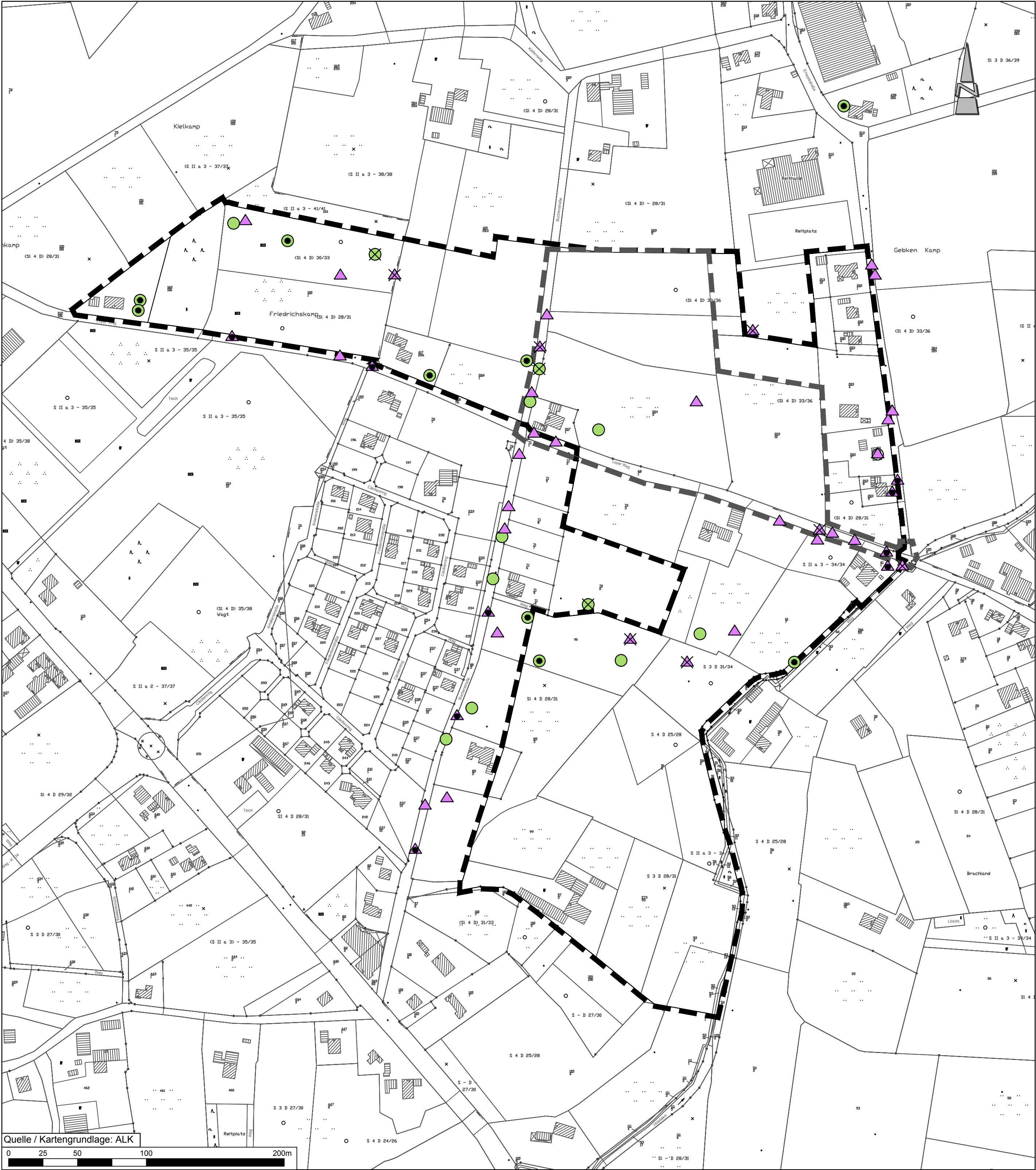




# Gemeinde Rastede

## Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

### Bestand Fledermäuse - *Pipistrellus* - Arten



Planzeichenerklärung

- Grenze Flächennutzungsplanänderung
- Grenze Bebauungsplan

Fundort-Nachweise von Fledermäusen im Untersuchungsgebiet

- | Deutscher Artname  | Wissensch. Artname               |
|--------------------|----------------------------------|
| Rauhhauffledermaus | <i>Pipistrellus nathusii</i>     |
| Zwergfledermaus    | <i>Pipistrellus pipistrellus</i> |
- Tagverhalten eines Individuums
- Soziallaut eines Individuums
- Schwärmen eines Individuums

Hinweis: Die verschiedenen Symbole repräsentieren Fundort-Nachweise der betreffenden Art, s. Text.

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach  
am 12.05., 06.06., 27.06., 08.07., 27.07., 24.08. und 05.09.2011.

# Gemeinde Rastede

## Landkreis Ammerland

### Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

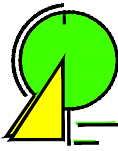
Planart: Bestand Fledermäuse - *Pipistrellus* - Arten

Maßstab	Projekt: 14-2059	Datum	Unterschrift
1 : 2.500	Plan-Nr. 1.3	Bearbeitet:	Zilz
		Gezeichnet:	Wiese
		Geprüft:	Diekmann

Diekmann & Mosebach

Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86    26180 Rastede    Tel. (04402) 91 16 30    Fax 91 16 40

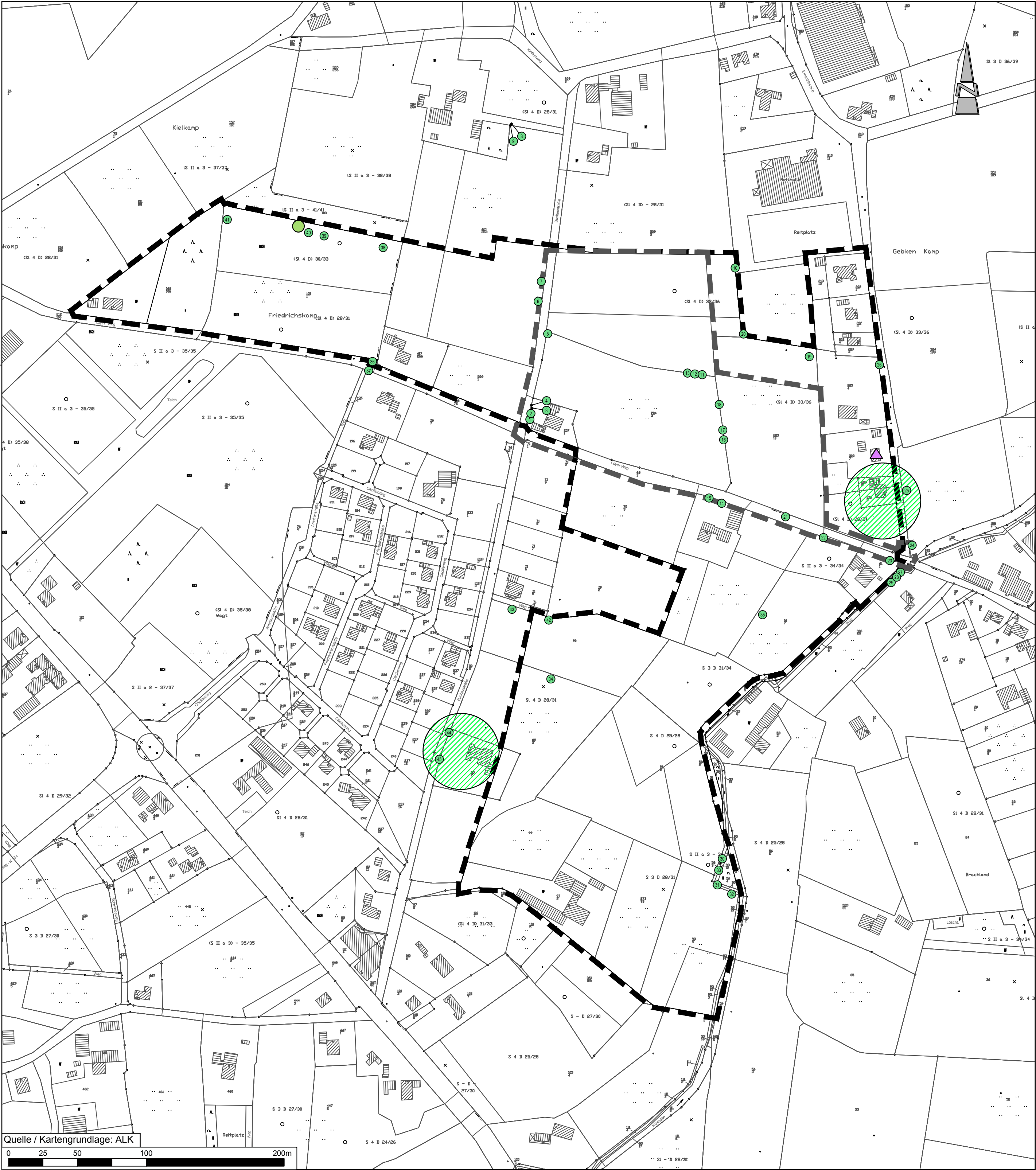




# Gemeinde Rastede

## Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

### Fledermausquartiere und Potenzialbäume



Planzeichenerklärung

- Grenze Flächennutzungsplanänderung
- Grenze Bebauungsplan

Potenzialbäume für Fledermausquartiere

Nr.	Baumart	Merkmal
1	Linde	1 x Spechthöhle, 1 x Fledermauskasten
2	Linde	1 x Fäulnishöhle, 1 x Spechthöhle, 1 x Vogelkasten
3	Linde	4 x Fäulnishöhle, 2 x Fäulnishöhle, 1 x Vogelkasten
4	Linde	1 x Fäulnishöhle, 1 x Fledermauskasten, 1 x Vogelkasten
5	Eiche	-
6	Eiche	1 x Rindentasche
7	Eiche	1 x Fäulnishöhle
8	Eiche	1 x Totäste
9	Eiche	3 x Totäste, 1 x Rindentasche
10	Eiche	-
11	Eiche	1 x Totäste, 1 x Fäulnishöhle, 1 x Fäulnishöhle
12	Eiche	1 x Rindentasche
13	Eiche	1 x Fäulnishöhle
14	Eiche	1 x Spechthöhle
15	Esche	-
16	Eiche	1 x Rindentasche
17	Eberesche	2 x Rindentasche, 1 x Spechthöhle
18	Eberesche	Rindentasche
19	Eberesche	1 x Fäulnishöhle, 1 x Fäulnishöhle
20	Eiche	1 x Totäste
21	Eberesche	1 x Fäulnishöhle, 2 x Fäulnishöhle
22	Eiche	1 x Rindentasche, 1 x Rindentasche
23	4x Eiche	-
24	Eiche	3 x Fäulnishöhle
25	Eiche	-
26	Eiche	1 x Totäste
27	Erle	1 x Fäulnishöhle
28	Erle	2 x Fäulnishöhle, 1 x Rindentasche
29	Eiche	1 x Totäste
30	Eiche	2 x Fäulnishöhle
31	Eiche	-
32	Eiche	1 x Rindentasche
33	Birke	3 x Rindentasche
34	Eiche	-
35	Eiche	1 x Fäulnishöhle
36	Eiche	-
37	Eiche	1 x Rindentasche
38	Eiche	-
39	Eiche	-
40	Birke	1 x Fäulnishöhle
41	Eiche	1 x Rindentasche
42	3x Eiche	1 x Totäste
43	Eiche	1 x Totäste
44	Eiche	1 x Fäulnishöhle
45	Kastanie	1 x Fäulnishöhle

Fundort-Nachweise von Quartieren bzw. Balzrevieren im Untersuchungsgebiet

- Sommerquartier Zwergfledermaus
- Balzquartier Rauhauffledermaus
- Balzrevier Zwergfledermaus

# Gemeinde Rastede

## Landkreis Ammerland

### Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

Planart: Fledermausquartiere und Potenzialbäume

Maßstab	Projekt: 14-2059	Datum	Unterschrift
1 : 2.500	Plan-Nr. 1.4	Bearbeitet: 10/2011	Zilz
		Gezeichnet: 01/12, 03/13	Wiese
		Geprüft: 12/2014	Diekmann

Diekmann & Mosebach Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



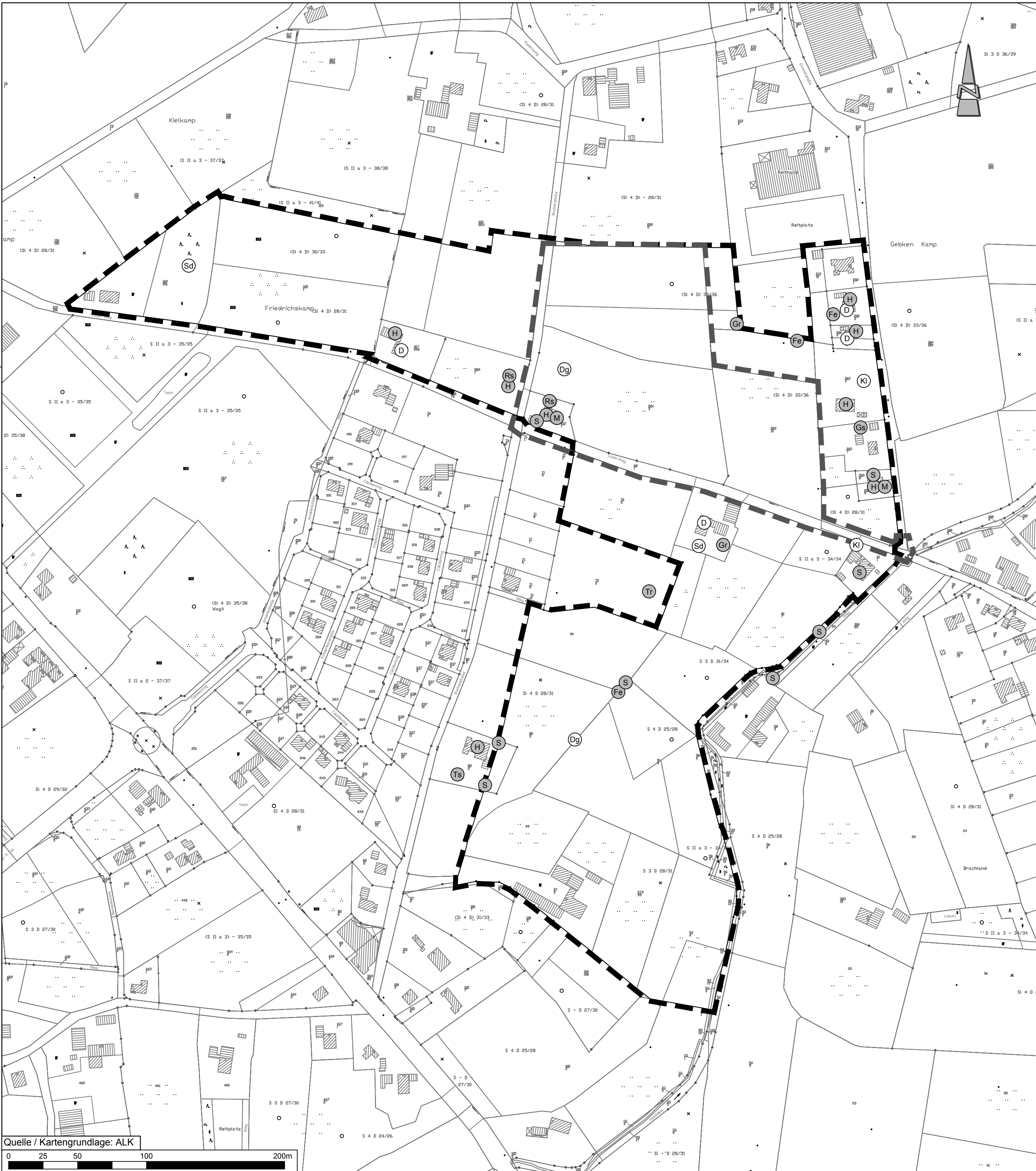
Stand 18.12.2014



# Gemeinde Rastede

## Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

### Bestand Brutvögel (Aves)



### Planzeichenerklärung

- Grenze Flächennutzungsplanänderung
- Grenze Bebauungsplan

### Ausgewählte Brutvögel im Untersuchungsraum (Erfassung 2011)

	Deutscher Artname	Wissensch. Artname	RL T-W 2007	RL Nds. 2007	RL D 2007	§ 7 BNatSchG 2009
(D)	Dohle	<i>Corvus monedula</i>	/	/	/	b
(Dg)	Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	/	/	/	b
(Fe)	Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	V	V	V	b
(Gr)	Gartenrotschwanz	<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	3	3	/	b
(Gs)	Grauschnäpper	<i>Muscicapa striata</i>	V	V	/	b
(H)	Haussperling	<i>Passer domesticus</i>	V	V	V	b
(Kl)	Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	/	/	/	b
(M)	Mehlschwalbe	<i>Delichon urbicum</i>	V	V	V	b
(Rs)	Rauchschwalbe	<i>Hirundo rustica</i>	3	3	V	b
(Sd)	Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	/	/	/	b
(S)	Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	V	V	/	b
(Tr)	Teichhuhn	<i>Gallinula chloropus</i>	V	V	V	s
(Ts)	Trauerschnäpper	<i>Ficedula hypoleuca</i>	V	V	/	b

- Arten der Vorwarnliste und/oder nach BNatSchG streng geschützte Arten
- ausgewählte Zeigerarten

**Hinweis:** Die verschiedenen Symbole repräsentieren jeweils ein Revier-/Brutpaar der betreffenden Art.

- RL D:** Gefährdung nach Rote Liste Deutschland (Südbeck et al. 2007)
- RL Nds.:** Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen (Krüger & Oltmanns 2007)
- RL TW:** Gefährdung nach Rote Liste Niedersachsen, Region Tiefland West (Krüger & Oltmanns 2007)
- Gefährdungsgrade:** 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, - = ungefährdet
- § 7 BNatSchG:** Schutz nach § 7 des Bundesnaturschutzgesetzes, b = besonders geschützt, s = streng geschützt

Quelle: Erhebungen des Planungsbüros Diekmann & Mosebach  
am 28.03., 30.03., 07.04., 11.04., 03.05., 18.05. und 30.05.2011.

# Gemeinde Rastede

## Landkreis Ammerland

### Faunistischer Fachbeitrag zur 51. Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr. 105 "Südlich Schloßpark III"

Planart: Bestand Brutvögel (Aves)

Maßstab	Projekt: 14-2059	Datum	Unterschrift
1 : 2.500	Plan-Nr. 2	Bearbeitet: 10/2011	Zilz
		Gezeichnet: 01/12, 03/13 12/2014	Wiese
		Geprüft: 12/2014	Diekmann

**Diekmann & Mosebach** Regionalplanung, Stadt- und Landschaftsplanung  
Entwicklungs- und Projektmanagement

Oldenburger Straße 86 26180 Rastede Tel. (04402) 91 16 30 Fax 91 16 40



Stand 18.12.2014



# GEMEINDE RASTEDE

## Landkreis Ammerland

---

### Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“

Beteiligung der Behörden und sonstiger  
Träger öffentlicher Belange  
(§ 4 (2) BauGB)

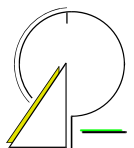
+

Beteiligung der Öffentlichkeit  
(§ 3 (2) BauGB)

## **ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE**

17.06.2015

---



## **Träger öffentlicher Belange**

**von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

1. Exxon Mobil Production Deutschland GmbH  
Riethorst 12  
30633 Hannover

## **Träger öffentlicher Belange**

**von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

1. Landkreis Ammerland  
Ammerlandallee 12  
26655 Westerstede
2. Oldenburg-Ostfriesischer Wasserverband  
Georgstraße 4  
26919 Brake
3. Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH  
Heisfelder Straße 2  
26789 Leer

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<b>Landkreis Ammerland</b> <b>Ammerlandallee 12</b> <b>26655 Westerstede</b>	
<p>Zum Nachweis der fehlenden Kompensationswerteinheiten im Flächenpool der Gemeinde Rastede bittet meine untere Naturschutzbehörde noch um Übersendung einer aktuellen Übersicht über das Ökokonto der Gemeinde.</p> <p>Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege hat zwischenzeitlich Bedenken aus denkmalrechtlicher Sicht zu diesem Bauleitplanverfahren angemeldet. Danach wäre zu prüfen, ob der Umgebungsschutz zum Gartendenkmal „Schlosspark“ denkmalrechtlich ordnungsgemäß abgearbeitet ist. Meine untere Denkmalschutzbehörde hat hierzu inzwischen eine ergänzende Stellungnahme vom Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege angefordert.</p> <p>Das weitere Heranrücken der Bebauung an den Schlosspark wird aus denkmalrechtlicher Sicht durchaus kritisch gesehen. Eine Prüfung des Umgebungsschutzes wird in einzelnen Verfahren nicht mehr möglich sein, da eine Prüfung der Unterlagen in baurechtlichen Mitteilungsverfahren nicht mehr erfolgt. Bei zukünftigen Bauleitplanverfahren in dem Bereich ist der denkmalrechtliche Umgebungsschutz zu untersuchen. Hierzu wird empfohlen, das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege mit einzubinden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine aktuelle Übersicht über das Ökokonto als Kompensationsnachweis wird dem Landkreis seitens der Gemeinde Rastede zugesendet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die denkmalschutzrechtlichen Belange zum Planvorhaben wurden auf der Grundlage der Hinweise der Unteren Denkmalschutzbehörde und des Nds. Landesamts für Denkmalpflege bereits im Zuge der 51. Flächennutzungsplanänderung „Südlich Schlosspark“ ordnungsgemäß abgearbeitet. Die 51. Flächennutzungsplanänderung wurde im Jahr 2012 durch den Landkreis Ammerland genehmigt. Der „Schlosspark“ ist im Rahmen dieser Bauleitplanung dementsprechend als Bestandteil eines denkmalgeschützten Ensembles gem. § 3 (3) NDSchG zu berücksichtigen. Hierzu gehört auch die alte Toranlage aus dem Jahr 1871 (sog. „Hirschtor“), welches den Eingangsbereich zum westlich des Plangebietes gelegenen Schlosspark darstellt. Gemäß § 8 des NDSchG ist ein ausreichender Abstand von Baugebieten zu denkmalgeschützten Bereichen vorzusehen bzw. sind bauliche Anlagen in der Umgebung so zu gestalten, dass das Erscheinungsbild der denkmalgeschützten Anlagen nicht beeinträchtigt wird. Wie bereits in der Begründung zur 51. Flächennutzungsplanänderung ausgeführt wurde, sind die denkmalgeschützten Anlagen „Hirschtor“ und „Schlosspark“ bereits durch die unmittelbar an diese Bereiche angrenzenden Siedlungsstrukturen (u. a. gemischte und gewerbliche Nutzungen) sowie die Oldenburger Straße (K 131) vorgeprägt, die aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu dem denkmalgeschützten Bereich eine stärkere Wirkung auf diesen erzielen als das hier geplante Wohngebiet. Damit sich die geplanten Wohnnutzungen künftig verträglich in den angrenzenden Landschaftsraum mit dem Schlosspark einfügen, werden im Randbereich des Plangebietes Anpflanzmaßnahmen festgelegt. Für die festgesetzten allgemeinen Wohngebiete in direkter Ortsrandlage (WA1) werden zudem strengere Vorgaben zur Baugestaltung formuliert (Vorgaben zur Dachform, Dacheindeckung und zur Ausführung von Dachaufbauten (Dachgauben)). Zudem wird in der Planzeichnung nachrichtlich auf § 10 (1) Nr. 4 NDSchG hingewiesen, wonach sämtliche Baumaßnahmen in der Umgebung eines Bau-</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren hält es meine untere Bauaufsichtsbehörde für vorteilhaft, die Höhenlage der Erschließungsstraßen (Straßenoberkante - Fahrbahnmittte) möglichst bis zum Satzungsbeschluss festzulegen, damit der untere Bezugspunkt bei Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen (textliche Festsetzung Nr. 4) hinreichend bestimmt werden kann.</p> <p>Die zeichnerische Festsetzung der Lärmpegelbereiche (schwarz) ist noch mit der Planzeichenerklärung (rot) zu harmonisieren.</p> <p>Zur zeichnerischen Festsetzung der Bushaltestelle vermissen Sie die im Vorentwurf noch vorhandenen Vermaßungen.</p> <p>Zur besseren Transparenz dieser Planung empfehle ich, die öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB mit der Ortsnetzstation gemäß textlicher Festsetzung Nr. 6 auch zeichnerisch überlagernd gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB mit dem Planzeichen Nr. 7 der Anlage zur Planzeichenverordnung festzusetzen.</p> <p>Lediglich redaktionell empfehle ich, den Hinweis Nr. 5 („Die in der textlichen Festsetzung Nr. 9“) und die Planzeichenerklärung zu den nicht überbaubaren Flächen unter Nr. 7 („s. textliche Festsetzung Nr. 13“) geringfügig zu überarbeiten und in den Kapiteln 1.1 und 3.1 des Umweltberichts die Bebauungsplanbezeichnung zu korrigieren („Südlich Schlosspark III“ anstatt „Nördlich des Loyer Weges“).</p> <p>Nach Rücksprache meiner Straßenverkehrsbehörde mit der Gemeinde Rastede ist eine weitere Verkehrsuntersuchung geplant, die voraussicht-</p>	<p>denkmals, die dessen Erscheinungsbild beeinflussen können einer denkmalrechtlichen Genehmigung bedürfen. Den denkmalschutzrechtlichen Belangen in Bezug auf den nahegelegenen „Schloßpark“ wird im Rahmen dieser Bauleitplanung somit ausreichend Rechnung getragen.</p> <p>Bei künftigen Bauleitplanverfahren in diesem Bereich wird das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege beteiligt.</p> <p>Eine ergänzende Stellungnahme wurde seitens des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege bislang nicht abgegeben.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt, da die Höhenlagen der Erschließungsstraßen erst im Zuge der Erschließungsplanung im Anschluss an dieses Bauleitplanverfahren festgelegt werden.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und die Planzeichnung entsprechend redaktionell angepasst.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Planzeichnung wird im Weiteren entsprechend redaktionell ergänzt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Über die textliche Festsetzung Nr. 6 ist die Zulässigkeit der Ortsnetzstation innerhalb der Spielplatzfläche hinreichend bestimmt.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und die Planzeichnung sowie der Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 105 entsprechend redaktionell berichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Ausbauplanung des Loyer Wegs basiert auf den Ergebnissen der vorliegenden Verkehrsunter-</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>lich im Herbst 2015 in Auftrag gegeben wird. Der Loyer Weg soll dann auf Grundlage der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund sind aus verkehrsbehördlicher Sicht keine Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p>	<p>suchung. Die neue Verkehrsuntersuchung betrachtet hingegen ein wesentlich größeres Umfeld um den Loyer Weg.</p>
<p><b>Oldenburg-Ostfriesischer Wasserverband</b>  <b>Georgstraße 4</b>  <b>26919 Brake</b></p>	
<p>In unserem Schreiben vom 05.03.2015 - T la-190/15/Sa/wil – haben wir bereits eine Stellungnahme zu dem o. g. Vorhaben abgegeben. Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere damaligen Hinweise beachtet werden, nicht mehr vorgetragen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. In der betreffenden Stellungnahme vom 05.03.2015 weist der OOWV auf Wasserversorgungsleitungen im Bereich des Plangebietes einschließlich der diesbezüglich zu beachtenden Schutzbestimmungen hingewiesen.</p> <p>Gemäß den Unterlagen des OOWV verlaufen die Wasserversorgungsleitungen von übergeordneter Bedeutung (100 PVC) innerhalb der Straßenverkehrsflächen „Buchenstraße“ und „Loyer Weg“. Diese Leitungen werden im Zuge der Erschließungsplanung berücksichtigt.</p> <p>Die weiteren in der Stellungnahme formulierten allgemeinen Hinweise zur Trink- und Löschwasserversorgung im Plangebiet werden zur Kenntnis genommen und ebenfalls im Zuge der konkreten Erschließungsplanung berücksichtigt.</p>
<p><b>Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH</b>  <b>Heisfelder Straße 2</b>  <b>26789 Leer</b></p>	
<p>Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 08.05.2015. Eine Erschließung des Gebietes erfolgt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Diese sind in der Regel ohne Beteiligung des Auftraggebers an den Erschließungskosten nicht gegeben. Wenn Sie an einem Ausbau interessiert sind, sind wir gerne bereit, Ihnen ein Angebot zur Realisierung des Vorhabens zur Verfügung zu stellen. Bitte setzen Sie sich dazu mit unserem Team Neubaugebiete in Verbindung: Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH, Neubaugebiete KMU, Südwestpark 15, 90449 Nürnberg, Neubaugebiete@Kabeldeutschland.de. Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der Erschließungsplanung berücksichtigt.</p>

## **Anregungen von Bürgern**

**von einem Bürger wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht.**

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p><b>Bürger 1</b></p>	
<p>Grund für unsere weitere Beauftragung ist die seitens der Gemeinde Rastede durchgeführte 51. Änderung des Flächennutzungsplanes „Südlich Schloßpark“ sowie die damit einhergehenden Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen, aktuell nun der Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“. Betreffend den Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“ findet derzeit die Behandlung der Anregungen und Hinweise aufgrund der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB statt. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 einschließlich Begründung, Umweltbericht, Faunistischem Fachbeitrag und Immissionschutzgutachten wird vom 15.05.2015 bis einschließlich 15.06.2015 im Rathaus Rastede öffentlich zur Einsicht ausgelegt. Während der Auslegungsfrist können Anregungen vorgebracht werden, die vom Rat der Gemeinde Rastede geprüft werden.</p> <p>Unsere Mandantin ist, wie Ihnen bekannt ist, Eigentümerin des Reitstalles in der Emsoldstraße. Die Flächen dieses Betriebes grenzen direkt an Flächen, welche durch die 51. Änderung des Flächennutzungsplanes „Südlich Schloßpark“ die Ausweisung von Wohnbauflächen vorsieht. So weist nun auch der Bebauungsplan Nr. 105 „Südlich Schloßpark III“ ein allgemeines Wohngebiet in direkter Nähe zum Betrieb unserer Mandantschaft aus.</p> <p>Wir hatten in der Vergangenheit bereits für unsere Mandantin Stellung genommen (unsere Schreiben vom 23.02.2012, 15.06.2012, 06.01.2014 und 19.03.2015). Dass diese zur Kenntnis genommen wurden, haben wir den Abwägungsvorschlägen, welche Sie uns mit Ihrem Schreiben vom 12.05.2015 übersandt haben, entnommen. Dies begrüßt unsere Mandantin ausdrücklich. Auch begrüßt unsere Mandantin selbstverständlich die zwischenzeitlich geführten Gespräche. Gleichwohl werden die Einwenden und Bedenken seitens unserer Mandantin aufrechterhalten mit Blick auf § 47 Abs. 2a VwGO. Das Heranrücken der Wohnbebauung an das Betriebsgrundstück wird seitens unserer Mandantin nach wie vor mit Sorge betrachtet, ich erlaube mir aber, um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, auf die vorbenannten Schreiben, welche Ihnen vorliegen (wir hatten diese auch mit unserem Schreiben vom 19.03.2015 nochmals überreicht), zu verweisen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Belange des Reiterhofs wurden im Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 105 bereits dahingehend berücksichtigt, dass gegenüber den ursprünglichen Entwicklungsvorstellungen gemäß der 51. Flächennutzungsplanänderung nunmehr ein größerer Abstand des geplanten Wohngebietes zum Reiterhof eingehalten wird. Des Weiteren ist es städtebauliches Entwicklungsziel, das geplante Wohngebiet randlich einzugrünen, wodurch sich eine optische Abgrenzung zum Reiterhof hin ergibt (vgl. nachstehende Abbildung).</p> <div data-bbox="1193 564 1904 1289"> <p><b>Auszug aus dem B-Plan Nr. 105</b></p> <p>The drawing shows a plan view of a residential area. At the top, there is a large rectangular area labeled 'Reiterhof'. Below it, a dashed line outlines the 'Geltungsbereich der 51. Flächennutzungsplanänderung'. Within this area, there are several zones: 'WA1' (max. 2 WO, 0,35, I, TH ≤ 4,50 m, FH ≤ 9,50 m, OKFF ≤ 0,30 m), 'WA2' (max. 2 WO, 0,35, II, FH ≤ 9,50 m, OKFF ≤ 0,30 m), and 'F+R' (Funktionsbereich). The drawing also shows a green area (Grünfläche) and a blue area (Wasserfläche). Dimensions for setbacks (OKFF) and floor heights (FH) are indicated.</p> </div> <p>Zur weitergehenden Abgrenzung des Wohngebietes vom Reiterhof beabsichtigt die Gemeinde nunmehr, die in der nachstehenden Abbildung gekennzeichnete Fläche als Kompensationsfläche zu nutzen und aufzuforsten.</p>



Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
	<p><b>Auszug aus dem B-Plan Nr. 105</b></p> <p>gepl. Kompensationsfläche</p> <p>WA1 max. 2 WO 0,35 I a ED TH ≤ 4,50 m FH ≤ 9,50 m OKFF ≤ 0,30 m</p> <p>WA2 max. 2 WO 0,35 II a ED FH ≤ 9,50 m OKFF ≤ 0,30 m</p> <p>WA1 max. 2 WO 0,35 I a ED TH ≤ 4,50 m FH ≤ 9,50 m OKFF ≤ 0,30 m</p> <p>F+R</p> <p>CS 4 D 33/36</p> <p>20P</p>

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2015/109**

freigegeben am **02.07.2015**

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Triebe, Tabea

**Datum: 17.06.2015**

### **Straßenbenennung im Baugebiet Südlich Schloßpark III**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	13.07.2015	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	14.07.2015	Rat
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Planstraße A erhält die Bezeichnung „Graf-Johann-Straße“.

Die Planstraße B erhält die Bezeichnung „Graf-Moritz-Straße“.

Die Planstraße C erhält die Bezeichnung „Graf-Christoffer-Straße“.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Durch den Satzungsbeschluss betreffend das Wohngebiet Südlich Schloßpark III wird die Voraussetzung geschaffen, die im Zusammenhang mit dem Baugebiet erforderlichen Erschließungsstraßen herzustellen. Für diese Erschließungsstraßen ist die Namensgebung vorgesehen.

Die Straßen in den ersten beiden Abschnitten des Wohngebietes Südlich Schloßpark (alle südlich des Loyer Wegs) wurden nach weiblichen Familienmitgliedern der Oldenburger Herzogsfamilie benannt. Die logische Fortführung der Namensgebung für die Straßen nördlich des Loyer Weges – nämlich die Benennung der männlichen Familienmitglieder der Oldenburger Herzogsfamilie – ist aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht zu favorisieren:

Die Namen der Herzöge sind aufgrund von dreifachen Vornamen schlichtweg zu lang, um für die Straßennamensfindung herangezogen werden zu können: Peter-Friedrich-Ludwig(-Straße), Paul-Friedrich-August(-Straße), Nikolaus-Friedrich-Peter(-Straße). Eine Schreibweise mit abgekürzten Vornamen, beispielsweise Peter-Friedr.-Ludw.-Str., Paul-Friedr.-Aug.-Str. oder Nikol.-Friedr.-Peter-Str., stellt aus Sicht der Verwaltung nicht nur keine entsprechende Würdigung der Namen dar sondern ist auch in der praktischen Handhabung schwerfällig, sodass vorgeschlagen wird, von diesen Personen als Namensgebern abzurücken.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die neu entstehenden Straßen im III. Bauabschnitt nach Grafen zu benennen, die in der Rasteder Geschichte eine Rolle gespielt haben:

**Graf Johann**

Graf Johann III (gestorben 1344) gab den „Sachsenspiegel“, welcher im Kloster Rastede geschrieben wurde, in Auftrag.

**Graf Moritz**

Graf Moritz II (gestorben 1420) war ein großer „Freund des Klosters“ und wurde in der alten Klosterkirche bestattet. Seit deren Abriss befindet sich sein Sarkophag in der St.-Ulrichs-Kirche.

**Graf Christoffer**

Graf Christoffer (1504-1566) gründete im Jahre 1565 in Rastede die erste Volksschule im Oldenburger Land. Nachdem das Kloster 1529 aufgelöst wurde, nahm er darin seinen Wohnsitz.

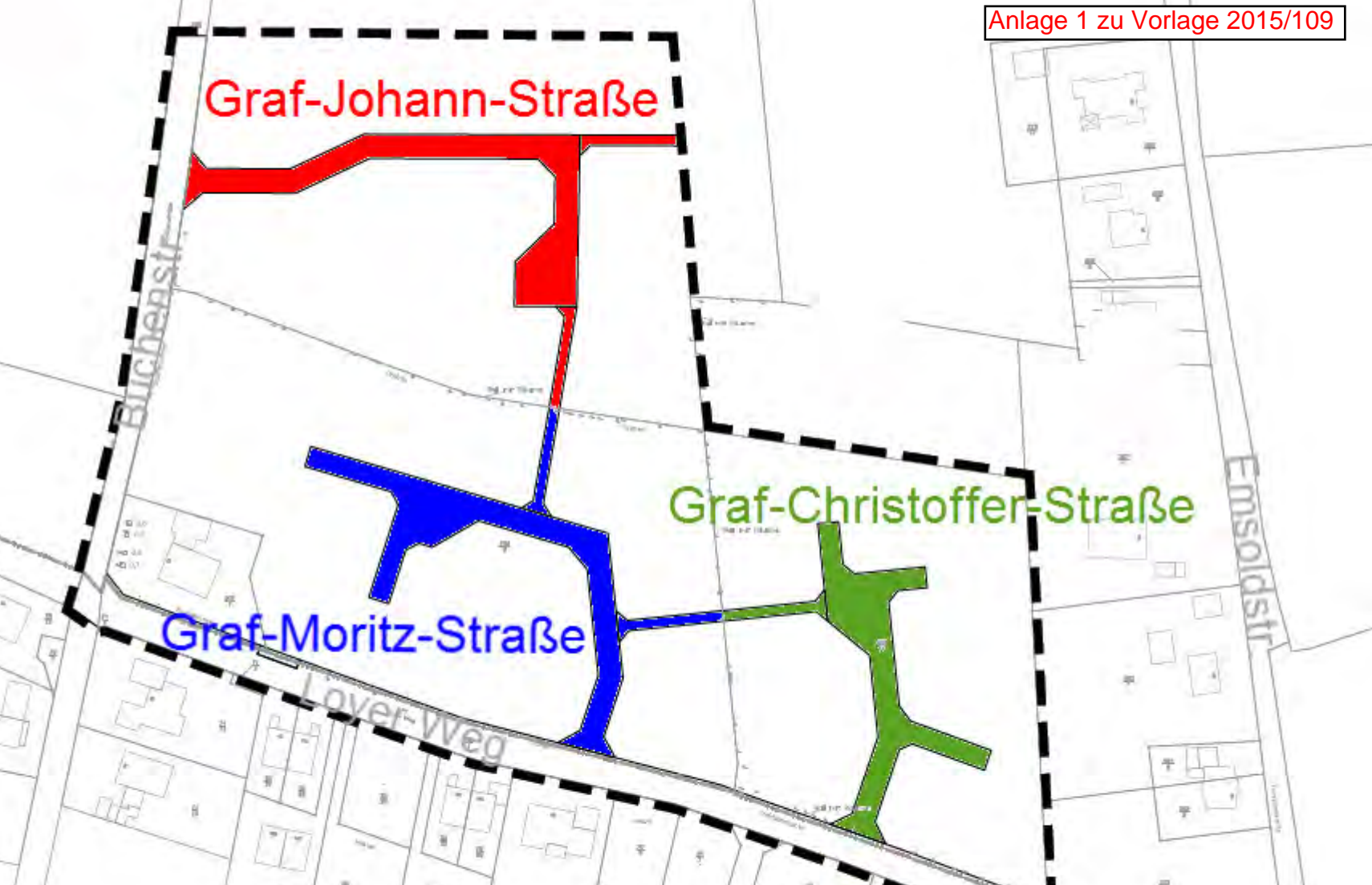
Die neuen Verkehrsflächen gelten gemäß § 6 Abs.5 des Niedersächsischen Straßengesetzes mit ihrer Freigabe als dem öffentlichen Verkehr gewidmet. Baulastträger dieser Ortsstraßen ist die Gemeinde Rastede. Das Straßenbestandsverzeichnis wird entsprechend ergänzt.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

**Anlagen:**

Lageplan.



Graf-Johann-Straße

Graf-Christoffer-Straße

Graf-Moritz-Straße

Loyer-Veg

## **Mitteilungsvorlage**

**Vorlage-Nr.: 2015/103**

freigegeben am **24.06.2015**

**Stab**

Sachbearbeiter/in: Segebade

**Datum: 17.06.2015**

### **Haushalt 2015 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

### **Sach- und Rechtslage:**

In der Anlage sind die seit dem 01.01.2015 angefallenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von jeweils über 5.000 Euro aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Sachkonten in anderen Budgets im Haushalt 2015 (Minderaufwendungen oder Mehrerträge, Mindereinzahlungen oder Mehreinzahlungen) vorhanden.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage.

### **Anlagen:**

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben seit dem 01.01.2015 in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

## Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Anlage 1 zu Vorlage 2015/103

### Verschiebung von Mittel innerhalb des Ergebnishaushaltes (über 5.000 €)

Lfd. Nr.	Datum	Teilhaushalt	Produkt	Kostenstelle	IPSP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	20.05.2015	TH3_01	P1.03.02.111230	-	-	Organisation und Einrichtung	Personal und Organisation	310000	7.632,00 €	Um die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 schneller voranzubringen, ist zusätzlich nicht geplanter Sachaufwand durch die KDO erforderlich.
2	10.06.2015	TH4_01		9121150001, 9121160001, 9121800001, 9121810001, 9121110001, 9142437001, 9122100001		Grundschule Loy, Grundschule Wahnbek, KGS, Gebäude Feldbreite KGS, Grundschule Feldbreite, Mehrzweckhalle Feldbreite, Förderschule Voßbarg	Liegenschaften, Gebäude und Grundstücke	410000	200.000,00 €	Gemäß des Beschlusses des Verwaltungsausschusses vom 09.06.2015 (Beschluss 2015/045) werden 200.000 Euro für zusätzliche Hochbaumaßnahmen für schulische Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

### Verschiebung von Mittel innerhalb des Finanzhaushaltes (über 5.000 €)

Lfd. Nr.	Datum	Teilhaushalt	Produkt	Kostenstelle	IPSP-Element	Bezeichnung	Budget - Bezeichnung	Budget - Schlüssel	Betrag	Begründung der Verschiebungen
1	15.04.2015	TH3_01			I1.009058.510	DMS Ceyoniq (Software), Rathaus allg.	DMS Ceyoniq (Software), Rathaus allg.	I1009058	5.749,97 €	Für die digitale Anlagenakte und weitere Bereitstellung des Dokumentenmanagementsystems sind Kosten in Höhe von 5.749,97 € entstanden.
2	20.04.2015	TH4_01			I1.015023.510	BPL 104 Ostermoor III - Ankauf	BPL 104 Ostermoor III - Ankauf	I1015023	161.000,00 €	Die Anschaffungskosten für Wohnbauflächen wurden bisher in einem Sammelbudget mit allen Baugebieten dargestellt. Die Kosten sind jedoch einzeln für jedes Baugebiet auszuweisen. Hier Baugebiet BPL 104 Ostermoor III
3	23.04.2015	TH6_01			I1.066079.500	BPL 92 (Alte Schloßgärtnerei) - Schmutzwasserkanal	BPL 92 (Alte Schloßgärtnerei) - Schmutzwasserkanal	I1066079	43.266,81 €	Gemäß dem Sanierungsträgervertrag werden die Herstellungskosten der Investitionsmaßnahme mit den Kanalbeiträgen verrechnet. Es wurden bisher Investitionskosten in Höhe von 43.266,81 Euro nachgewiesen; insofern sind Aufwand und Ertrag deckungsgleich.
4	04.06.2015	TH4_01			I1.015031.510	BPL 103 Erw. nördlich Havelstr. - Ankauf	BPL 103 Erw. nördlich Havelstr. - Ankauf	I1015031	7.929,00 €	Die Anschaffungskosten für Wohnbauflächen wurden bisher in einem Sammelbudget mit allen Baugebieten dargestellt. Die Kosten sind jedoch einzeln für jedes Baugebiet auszuweisen. Hier Baugebiet BPL 103 Erw. nördlich Havelstraße.
5	10.06.2015	TH5_02			I1.053809.500	Energetische Sanierung OG, DGH Nethen	Energetische Sanierung OG, DGH Nethen	I1053809	20.000,00 €	Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 05.05.2015 (Beschluss Nr. 2015/047) soll das Obergeschoss des Dorfgemeinschaftshauses in Nethen saniert werden.

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2015/079**

freigegeben am **18.06.2015**

**Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

**Datum: 19.05.2015**

### **Haushalt 2009 - Beschluss über die Jahresrechnung 2009, Entlastung des Bürgermeisters**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.07.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	14.07.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Ergebnisse des Jahresabschlusses - ohne Überschussverwendung - werden wie folgt festgestellt:

Ordentliches Ergebnis: Überschuss in Höhe von 2.640.557,60 Euro

Außerordentliches Ergebnis: Überschuss in Höhe von 33.525,61 Euro

2. Überschussverwendung:

- a. Vom ordentlichen Ergebnis in Höhe von 2.640.557,60 Euro wird der Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung zentrale Abwasserbeseitigung in Höhe von 56.814,31 Euro dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt. Das ordentliche Ergebnis reduziert sich dadurch auf 2.583.743,29 Euro
- b. Das v.g. ordentliche Ergebnis in Höhe von 2.583.743,29 Euro wird erhöht durch die Entnahme eines Betrages in Höhe von 11.711,91 Euro aus dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zum Zwecke des Ausgleichs des Defizits der kostenrechnenden Einrichtung Straßenreinigung. Das ordentliche Ergebnis verändert sich damit auf den endgültigen Wert von 2.595.455,20 Euro
- c. Der ordentliche Jahresergebnisbetrag in Höhe von 2.595.455,20 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
- d. Der außerordentliche Ergebnisbetrag in Höhe von 33.525,61 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

3. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte beschlossen.
4. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt.

### **Sach- und Rechtslage:**

Nach § 129 Abs. 1 NKomVG stellt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses fest und legt ihn der Vertretung unverzüglich mit dem jeweiligen Schlussbericht der Rechnungsprüfung und mit einer eigenen Stellungnahme zu diesem Bericht vor. Die Vertretung beschließt über die Abschlüsse und die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten. Sollte die Entlastung verweigert oder sie mit Einschränkungen ausgesprochen werden, hat die Vertretung dafür die Gründe anzugeben. Die Beschlüsse sind der Kommunaufsicht mitzuteilen und öffentlich bekannt zu machen.

Die Verwaltung hat unverzüglich nach Ausfertigung des Jahresabschlusses 2009 diesen dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland zur Prüfung vorgelegt. Die Prüfung wurde durchgeführt und darüber der anliegende Prüfbericht vom 20.03.2015 ausgefertigt. Die Feststellung des Hauptverwaltungsbeamten über die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2009 ist in dem anliegenden Jahresrechnungsdokument enthalten.

Zu den Prüfungsbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes ist eine Stellungnahme des Hauptverwaltungsbeamten erstellt worden. Sie ist in der Anlage beigelegt. Im Ergebnis ergeben sich keine Feststellungen oder Beanstandungen, die einer Entlastung des Bürgermeisters entgegenstehen.

### **Begründung für den Vorschlag der Überschussverwendung:**

Ein positives Jahresergebnis ist immer das Ziel einer Kommune. Der gegebenenfalls vorhandene Überschuss muss verwendet werden. Entweder wird mit dem Überschuss ein Jahresfehlbetrag ausgeglichen oder der Überschuss wird der Rücklage aus Überschüssen oder dem Reinvermögen (Position 1.1.1 der Bilanz) zugeführt.

Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, den Überschuss zunächst „nur“ der Überschussrücklage und nicht schon dem Reinvermögen zuzuschlagen. Eine Zuführung zum Reinvermögen sollte erst dann vorgenommen werden, wenn feststeht, dass ein bestimmter Überschusswert festgestellt ist, auf ihn also wegen des Ausgleichs von Fehlbeträgen kurz- oder mittelfristig nicht zurückgegriffen werden muss. Der Jahresabschluss 2009 ist der erste doppelte Jahresabschluss, den die Gemeinde Rastede erstellt hat. Es sollten aus dem v.g. Grund zunächst weitere Jahresabschlüsse vorliegen, um eine Entwicklung der jährlichen wirtschaftlichen Ergebnisse vergleichen und bewerten zu können.

Die in dem Beschlussvorschlag genannten Beträge finden sich so direkt nicht in der Bilanz. Dafür gibt es zwei Gründe:

- Das in der Bilanz unter der Position 1.3.2.1 ausgewiesene Jahresergebnis von 2.674.083,21 Euro ist das kumulierte Jahresergebnis des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses ohne Überschussverwendung. Die Einzelbeträge finden sich in der Gesamtergebnisrechnung.



- Das in der Bilanz unter der Position 1.2.2.0 ausgewiesene Jahresergebnis von 45.102,40 Euro ist der kumulierte Wert von +56.814,31 Euro (Überschuss kosten-rechnende Einrichtung zentrale Abwasserbeseitigung) und -11.711,91 Euro (Entnahme aus der Überschussrücklage zum Zwecke der Deckung des Fehlbetrages der kosten-rechnenden Einrichtung Straßenreinigung zwecks Überschussabbau). Diese Buchungen hätten erst nach Beschluss über diesen Beschlussvorschlag ausgeführt werden dürfen. Die Buchung war nicht korrekt, allerdings ohne Auswirkung auf das Ergebnis. Deshalb ist eine förmliche Beanstandung durch das RPA nicht erfolgt.
- Zahlenmäßige Gesamtdarstellung der Überschüsse und ihre Verwendung:

<b>ordentliches Ergebnis:</b>	<b>2.640.557,60</b>
Überschussverwendung:	
- Entnahme Überschuss zentrale Abwasserbeseitigung	-56.814,31
- Zuführung zwecks Deckung Defizit Straßenreinigung	11.711,91
Zwischenergebnis:	2.595.455,20
- Zuführung zur Rücklage Überschuss ordentliches Ergebnis:	-2.595.455,20
	<b>0,00</b>

<b>außerordentliches Ergebnis:</b>	<b>33.525,61</b>
Überschussverwendung:	
- Zuführung zur Rücklage Überschuss außerordentliches Ergebnis:	-33.525,61
	<b>0,00</b>

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Entfällt.

### **Anlagen:**

Anlage 1: Jahresrechnung 2009

Anlage 2: Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Anlage 3: Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht



# **Jahresrechnung 2009**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Feststellungserklärung</b>	<b>2-3</b>
<b>Gesamtrechnung = Ergebnisrechnung</b>	<b>4-5</b>
<b>= Finanzrechnung</b>	<b>6-7</b>
<b>Teilhaushalte:</b>	
<b>TH1_01 Gemeindeorgane</b>	<b>8-12</b>
<b>TH2_01 Gleichstellungsbeauftragte</b>	<b>13-17</b>
<b>TH3_01 Stabstelle, Personal- und Organisation</b>	<b>18-24</b>
<b>TH3_02 Stabstelle, Haushalt und Finanzen</b>	<b>25-33</b>
<b>TH3_03 Stabstelle, Wirtschaftsförderung, Einrichtungen, Unternehmen, Tourismus</b>	<b>34-40</b>
<b>TH4_01 Zentrale Gebäudewirtschaft, Hochbau</b>	<b>41-47</b>
<b>TH5_01 Soziale Leistungen</b>	<b>48-74</b>
<b>TH5_011 Angelegenheiten der Kinder u. Jugendlichen</b>	<b>75-88</b>
<b>TH5_02 Ordnungsangelegenheiten, Allgem. Einrichtungen</b>	<b>89-102</b>
<b>TH5_021 Angelegenheit der Schulen</b>	<b>103-117</b>
<b>TH5_022 Heimat und Kulturpflege</b>	<b>118-133</b>
<b>TH5_023 Gesundheit und Sport</b>	<b>134-144</b>
<b>TH6_01 Räumliche Planung und Entwicklung, Tiefbau, Natur- und Landschaftspflege</b>	<b>145-160</b>
<b>Th6_02 Beziehungen zum Bauhof</b>	<b>161-165</b>
<b>Bilanz</b>	<b>166-171</b>
<b>Anhang zur Jahresrechnung</b>	<b>172-193</b>
<b>Anlagen zum Anhang</b>	<b>194</b>
<b>- Rechenschaftsbericht</b>	<b>195-197</b>
<b>- Anlagenübersicht</b>	<b>198-199</b>
<b>- Schuldenübersicht</b>	<b>200</b>
<b>- Forderungspiegel</b>	<b>201</b>
<b>- Nebenrechnung nach § 56 Abs. 4 GemHKVO für die leitungsgebundene kostenrechnende Einrichtung Schmutzwasser</b>	<b>202</b>
<b>- Nebenrechnung nach § 56 Abs. 4 GemHKVO für die leitungsgebundene kostenrechnende Einrichtung Niederschlagswasser</b>	<b>203</b>



# **Jahresrechnung 2009**

Feststellungserklärung

## **Feststellungserklärung zum Jahresabschluss 2009**

Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 der Gemeinde Rastede wurde gemäß den Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und der Niedersächsischen Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) aufgestellt.

Der Jahresabschluss enthält alle in § 100 NGO geforderten Bestandteile und Anlagen.

Gemäß § 100 Abs. 1 NGO wird hiermit die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2009 festgestellt.

Rastede, den 19.03.2014

---

Dudek  
Leiter Fachbereich Haushalt und Finanzen

---

von Essen  
Bürgermeister

# **Jahresrechnung 2009**

Gesamtergebnisrechnung  
Gesamtfinanzrechnung

## Ergebnisrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis Vorjahr	Ergebnis Haushaltsjahr	Ansatz Haushaltsjahr	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-13.638.441,42	-13.515.500	122.941,42	
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-5.131.729,56	-3.763.500	1.368.229,56	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.640.933,53	-1.110.665	530.268,32	
04. sonstige Transfererträge		-252.249,95	-180.000	72.249,95	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.705.050,39	-2.968.129	-263.078,61	
06. privatrechtliche Entgelte		-2.716.380,61	-532.007	2.184.373,61	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-733.448,95	-713.450	19.998,95	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-117.206,71	-141.100	-23.893,29	
09. aktivierte Eigenleistung					
10. Bestandsveränderungen		1.501.766,51		-1.501.766,51	
11. sonstige ordentliche Erträge		-840.639,83	-365.250	475.389,83	
<b>12.= Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-26.274.314,44</b>	<b>-23.289.601</b>	<b>2.984.713,23</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		6.024.881,84	5.802.695	-222.186,84	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		5.195.580,91	5.714.422	518.841,09	
16. Abschreibungen		2.596.800,30	2.079.363	-517.436,89	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		148.872,73	310.000	161.127,27	
18. Transferaufwendungen		8.441.888,31	8.121.300	-320.588,31	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.225.732,75	1.235.211	9.478,25	
<b>20.= Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>23.633.756,84</b>	<b>23.262.991</b>	<b>-370.765,43</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-2.640.557,60</b>	<b>-26.610</b>	<b>2.613.947,80</b>	
22. außerordentliche Erträge		-440.678,50	-1.200	439.478,50	
23. außerordentliche Aufwendungen		407.152,89	0	-407.152,89	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-33.525,61</b>	<b>-1.200</b>	<b>32.325,61</b>	
<b>Jahresergebnis</b>		<b>-2.674.083,21</b>	<b>-27.810</b>	<b>2.646.273,41</b>	

## Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr (+) weniger (-) - Euro -	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Auszahlungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-13.552.828,23	-13.515.500	37.328,23	
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-5.275.810,11	-3.763.500	1.512.310,11	
03. sonstige Transfereinzahlungen		-233.214,30	-180.000	53.214,30	
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.870.032,47	-2.968.129	-98.096,53	
05. privatrechtliche Entgelte		-300.049,02	-533.207	-233.157,98	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-620.613,84	-713.450	-92.836,16	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen		-121.812,71	-141.100	-19.287,29	
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände		-339,08		339,08	
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-790.166,25	-505.584	284.582,25	
<b>10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-23.764.866,01</b>	<b>-22.320.470</b>	<b>1.444.396,01</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		5.903.185,59	5.831.467	-71.718,59	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GWG		5.169.892,18	5.701.822	531.929,82	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen		148.872,73	310.000	161.127,27	
15. Transferauszahlungen		8.441.588,76	8.121.300	-320.288,76	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		1.483.333,60	1.457.988	-25.345,60	
<b>17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>21.146.872,86</b>	<b>21.422.577</b>	<b>275.704,14</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-2.617.993,15</b>	<b>-897.893</b>	<b>1.720.100,15</b>	



<b>Einzahlungen und Auszahlungen</b>	<b>Ergebnis 2008 - Euro -</b>	<b>Ergebnis 2009 - Euro -</b>	<b>Ansätze 2009 - Euro -</b>	<b>mehr (+) weniger (-) - Euro -</b>	<b>aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Auszahlungen - Euro -</b>
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-411.915,13	-288.700	123.215,13	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit		-1.151.690,86	-1.502.322	-350.631,14	
21. Veräußerung von Sachvermögen		-2.533.587,30	-1.282.500	1.251.087,30	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit		-95.365,67	-10.000	85.365,67	
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>-4.192.558,96</b>	<b>-3.083.522</b>	<b>1.109.036,96</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Auszahl. f.d. Erw. v. Grdstcken. u. Gebäuden		4.238.464,18	5.741.000	1.502.535,82	
26. Auszahlungen für Baumaßnahmen		4.259.249,54	6.491.577	2.232.327,46	
27. Auszahl. f.d. Erw.v. bewegl. Sachvermögen		1.117.366,30	341.487	-775.879,30	
28. Auszahlungen für Finanzvermögensanlagen					
29. Auszahlungen f. aktivierbare Zuwendungen		649.333,25	323.800	-325.533,25	
30. Sonstige Investitionstätigkeit			44.600	44.600,00	
<b>31. = Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>		<b>10.264.413,27</b>	<b>12.942.464</b>	<b>2.678.050,73</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>6.071.854,31</b>	<b>9.858.942</b>	<b>3.787.087,69</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>3.453.861,16</b>	<b>8.961.049</b>	<b>5.507.187,84</b>	
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit			-8.690.100	-8.690.100,00	
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		1.315.338,89	1.416.600	101.261,11	
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>1.315.338,89</b>	<b>-7.273.500</b>	<b>-8.588.838,89</b>	
<b>37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36</b>		<b>4.769.200,05</b>	<b>1.687.549</b>	<b>-3.081.651,05</b>	
38. Haushaltsunwirksame Einzahlungen		-3.043.328,48		3.043.328,48	
39. Haushaltsunwirksame Auszahlungen		2.845.202,87		-2.845.202,87	
<b>40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen</b>		<b>-198.125,61</b>		<b>198.125,61</b>	
41. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Jahres		-8.430.942,70	-1.700.000,00	6.730.942,70	
<b>42. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres</b>		<b>-3.859.868,26</b>	<b>-12.451,00</b>	<b>3.847.417,26</b>	

## Leistungs- und Kennzahlen

Leistungs- und Kennzahlen sind noch nicht vorhanden und können deshalb nicht berichtet werden.



# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 1\_01

Gemeindeorgane

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH1\_01 Gemeindeorgane

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-30,00		30,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-1.968,18		1.968,18	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.998,18</b>		<b>1.998,18</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		230.923,61	179.191	-51.732,61	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		11.672,36	26.100	14.427,64	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		13.234,00		-13.234,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		158.732,35	175.200	16.467,65	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>414.562,32</b>	<b>380.491</b>	<b>-34.071,32</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>412.564,14</b>	<b>380.491</b>	<b>-32.073,14</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		17.062,58		-17.062,58	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>17.062,58</b>		<b>-17.062,58</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>429.626,72</b>	<b>380.491</b>	<b>-49.135,72</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-429.626,72	-380.491	49.135,72	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-429.626,72</b>	<b>-380.491</b>	<b>49.135,72</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH1\_01 Gemeindeorgane

## Produkt P1.01.00.111100 Gemeindeorgane

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-30,00		30,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-1.968,18		1.968,18	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.998,18</b>		<b>1.998,18</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		230.923,61	179.191	-51.732,61	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		11.672,36	26.100	14.427,64	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		13.234,00		-13.234,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		158.732,35	175.200	16.467,65	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>414.562,32</b>	<b>380.491</b>	<b>-34.071,32</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>412.564,14</b>	<b>380.491</b>	<b>-32.073,14</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		17.062,58		-17.062,58	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>17.062,58</b>		<b>-17.062,58</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>429.626,72</b>	<b>380.491</b>	<b>-49.135,72</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-429.626,72	-380.491	49.135,72	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-429.626,72</b>	<b>-380.491</b>	<b>49.135,72</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH1\_01 Gemeindeorgane

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte		-30,00		30,00	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-30,00</b>		<b>30,00</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		238.923,63	207.368	-31.555,63	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		11.882,36	26.100	14.217,64	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		13.234,00		-13.234,00	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		160.475,15	175.200	14.724,85	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>424.515,14</b>	<b>408.668</b>	<b>-15.847,14</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>424.485,14</b>	<b>408.668</b>	<b>-15.817,14</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH1\_01 Gemeindeorgane

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen			1.500	1.500,00	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>			<b>1.500</b>	<b>1.500,00</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>			<b>1.500</b>	<b>1.500,00</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>424.485,14</b>	<b>410.168</b>	<b>-14.317,14</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>424.485,14</b>	<b>410.168</b>	<b>-14.317,14</b>	



# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 2\_01

Gleichstellungsbeauftragte

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH2\_01 Gleichstellung von Mann und Frau

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		156,21		-156,21	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		192,75	2.300	2.107,25	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		6.890,04	7.300	409,96	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>7.239,00</b>	<b>9.600</b>	<b>2.361,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>7.239,00</b>	<b>9.600</b>	<b>2.361,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		59,40		-59,40	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>59,40</b>		<b>-59,40</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>7.298,40</b>	<b>9.600</b>	<b>2.301,60</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-7.298,40	-9.600	-2.301,60	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-7.298,40</b>	<b>-9.600</b>	<b>-2.301,60</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	



# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH2\_01 Gleichstellung von Mann und Frau**

## **Produkt P1.02.00.111200 Gleichstellung von Mann und Frau**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		156,21		-156,21	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		192,75	2.300	2.107,25	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		6.890,04	7.300	409,96	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>7.239,00</b>	<b>9.600</b>	<b>2.361,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>7.239,00</b>	<b>9.600</b>	<b>2.361,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		59,40		-59,40	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>59,40</b>		<b>-59,40</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>7.298,40</b>	<b>9.600</b>	<b>2.301,60</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-7.298,40	-9.600	-2.301,60	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-7.298,40</b>	<b>-9.600</b>	<b>-2.301,60</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH2\_01 Gleichstellung von Mann und Frau

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>					
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		156,21		-156,21	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		192,75	2.300	2.107,25	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen					
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		6.949,44	7.300	350,56	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>7.298,40</b>	<b>9.600</b>	<b>2.301,60</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>7.298,40</b>	<b>9.600</b>	<b>2.301,60</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH2\_01 Gleichstellung von Mann und Frau

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>					
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		7.298,40	9.600	2.301,60	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		7.298,40	9.600	2.301,60	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 3\_01

Stabstelle  
Personal und Organisation

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_01 Innere Verwaltung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.581,80	0	2.581,80	
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-14.814,39	-9.600	5.214,39	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-36.184,56		36.184,56	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-53.580,75</b>	<b>-9.600</b>	<b>43.980,75</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		475.626,04	575.534	99.907,96	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		234.533,83	168.500	-66.033,83	
16. Abschreibungen		32.931,65	18.312	-14.619,65	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		131.652,59	134.100	2.447,41	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>874.744,11</b>	<b>896.446</b>	<b>21.701,89</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>821.163,36</b>	<b>886.846</b>	<b>65.682,64</b>	
22. außerordentliche Erträge		-1.955,89		1.955,89	
23. außerordentliche Aufwendungen		22.045,79		-22.045,79	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>20.089,90</b>		<b>-20.089,90</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>841.253,26</b>	<b>886.846</b>	<b>45.592,74</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-965.684,40	-971.018	-5.333,57	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		7.837,56		-7.837,56	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		32.421,61		-32.421,61	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-925.425,23</b>	<b>-971.018</b>	<b>-45.592,74</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-84.171,97</b>	<b>-84.172</b>	<b>0,00</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_01 Innere Verwaltung

### Produkt P1.03.02.111210 Personalangelegenheiten

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-23.206,76		23.206,76	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-23.206,76</b>		<b>23.206,76</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		112.750,45	186.754	74.003,55	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.378,71	1.000	-378,71	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		101,36	0	-101,36	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>114.230,52</b>	<b>187.754</b>	<b>73.523,48</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>91.023,76</b>	<b>187.754</b>	<b>96.730,24</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		5.703,33		-5.703,33	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>5.703,33</b>		<b>-5.703,33</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>96.727,09</b>	<b>187.754</b>	<b>91.026,91</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-104.564,65	-187.754	-83.189,35	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		7.837,56		-7.837,56	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-96.727,09</b>	<b>-187.754</b>	<b>-91.026,91</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_01 Innere Verwaltung

## Produkt P1.03.02.111220 Fremde Personalangelegenheiten (Bauhof)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>					
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>					
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>					
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>					

**Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_01 Innere Verwaltung**  
**Produkt P1.03.02.111230 Organisation und Einrichtungen**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.581,80	0	2.581,80	
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-14.814,39	-9.600	5.214,39	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-12.977,80		12.977,80	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-30.373,99</b>	<b>-9.600</b>	<b>20.773,99</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		362.875,59	388.780	25.904,41	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		233.155,12	167.500	-65.655,12	
16. Abschreibungen		32.931,65	18.312	-14.619,65	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		131.551,23	134.100	2.548,77	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>760.513,59</b>	<b>708.692</b>	<b>-51.821,59</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>730.139,60</b>	<b>699.092</b>	<b>-31.047,60</b>	
22. außerordentliche Erträge		-1.955,89		1.955,89	
23. außerordentliche Aufwendungen		16.342,46		-16.342,46	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>14.386,57</b>		<b>-14.386,57</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>744.526,17</b>	<b>699.092</b>	<b>-45.434,17</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-861.119,75	-783.264	77.855,78	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		32.421,61		-32.421,61	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-828.698,14</b>	<b>-783.264</b>	<b>45.434,17</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-84.171,97</b>	<b>-84.172</b>	<b>0,00</b>	



## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH3\_01 Innere Verwaltung

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.581,80		2.581,80	
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-15.702,37	-9.600	6.102,37	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-18.284,17</b>	<b>-9.600</b>	<b>8.684,17</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		460.068,33	508.086	48.017,67	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		238.022,74	168.500	-69.522,74	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen					
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		135.023,23	134.100	-923,23	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>833.114,30</b>	<b>810.686</b>	<b>-22.428,30</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>814.830,13</b>	<b>801.086</b>	<b>-13.744,13</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH3\_01 Innere Verwaltung

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen		203.212,82	100.000	-103.212,82	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		107.972,66	45.950	-62.022,66	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>311.185,48</b>	<b>145.950</b>	<b>-165.235,48</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>311.185,48</b>	<b>145.950</b>	<b>-165.235,48</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>1.126.015,61</b>	<b>947.036</b>	<b>-178.979,61</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>1.126.015,61</b>	<b>947.036</b>	<b>-178.979,61</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 3\_02

Stabstelle  
Haushalt und Finanzen

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_02 Allgemeine Finanzen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-13.638.441,42	-13.515.500	122.941,42	
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-3.740.968,00	-2.508.100	1.232.868,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-257.623,92	-253.191	4.432,92	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-50.000,00	-52.000	-2.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-95.020,72	-118.000	-22.979,28	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-57.976,38	-30.000	27.976,38	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-17.840.030,44</b>	<b>-16.476.791</b>	<b>1.363.239,44</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		435.360,00	379.112	-56.248,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.178,33	7.400	6.221,67	
16. Abschreibungen		139.189,20	0	-139.189,20	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		148.844,76	310.000	161.155,24	
18. Transferaufwendungen		6.919.835,00	6.539.900	-379.935,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		44.552,01	50.800	6.247,99	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>7.688.959,30</b>	<b>7.287.212</b>	<b>-401.747,30</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-10.151.071,14</b>	<b>-9.189.579</b>	<b>961.492,14</b>	
22. außerordentliche Erträge		-64.725,84		64.725,84	
23. außerordentliche Aufwendungen		11.789,16		-11.789,16	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-52.936,68</b>		<b>52.936,68</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-10.204.007,82</b>	<b>-9.189.579</b>	<b>1.014.428,82</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-301.960,45	-259.474	42.486,45	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		18.959,13		-18.959,13	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-283.001,32</b>	<b>-259.474</b>	<b>23.527,32</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-10.487.009,14</b>	<b>-9.449.053</b>	<b>1.037.956,14</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_02 Allgemeine Finanzen

### Produkt P1.03.03.111500 Finanzverwaltung und Rechnungsprüfung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-50.000,00	-52.000	-2.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00		0,00	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-19.706,59		19.706,59	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-69.706,59</b>	<b>-52.000</b>	<b>17.706,59</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		300.028,87	253.574	-46.454,87	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.178,33	7.100	5.921,67	
16. Abschreibungen			0	0,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		43.365,56	50.800	7.434,44	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>344.572,76</b>	<b>311.474</b>	<b>-33.098,76</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>274.866,17</b>	<b>259.474</b>	<b>-15.392,17</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		8.135,15		-8.135,15	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>8.135,15</b>		<b>-8.135,15</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>283.001,32</b>	<b>259.474</b>	<b>-23.527,32</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-301.960,45	-259.474	42.486,45	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		18.959,13		-18.959,13	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-283.001,32</b>	<b>-259.474</b>	<b>23.527,32</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_02 Allgemeine Finanzen

### Produkt P1.03.03.611000 Steuern, allgem. Zuweisungen, Umlagen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-13.638.441,42	-13.515.500	122.941,42	
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-3.740.968,00	-2.508.100	1.232.868,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-257.623,92	-253.191	4.432,92	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-14.827,22	-12.000	2.827,22	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-2.892,23	-30.000	-27.107,77	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-17.654.752,79</b>	<b>-16.318.791</b>	<b>1.335.961,79</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		33.928,12	48.963	15.034,88	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			300	300,00	
16. Abschreibungen		759,42		-759,42	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		43.915,00	16.000	-27.915,00	
18. Transferaufwendungen		6.919.835,00	6.539.900	-379.935,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		64,03	0	-64,03	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>6.998.501,57</b>	<b>6.605.163</b>	<b>-393.338,57</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-10.656.251,22</b>	<b>-9.713.628</b>	<b>942.623,22</b>	
22. außerordentliche Erträge		-981,22		981,22	
23. außerordentliche Aufwendungen		2.422,69		-2.422,69	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>1.441,47</b>		<b>-1.441,47</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-10.654.809,75</b>	<b>-9.713.628</b>	<b>941.181,75</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-10.654.809,75</b>	<b>-9.713.628</b>	<b>941.181,75</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_02 Allgemeine Finanzen

### Produkt P1.03.03.612000 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-80.193,50	-106.000	-25.806,50	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-35.374,56		35.374,56	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-115.568,06</b>	<b>-106.000</b>	<b>9.568,06</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		90.059,26	65.834	-24.225,26	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen		138.429,78		-138.429,78	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		104.926,76	294.000	189.073,24	
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.122,42	0	-1.122,42	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>334.538,22</b>	<b>359.834</b>	<b>25.295,78</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>218.970,16</b>	<b>253.834</b>	<b>34.863,84</b>	
22. außerordentliche Erträge		-63.744,62		63.744,62	
23. außerordentliche Aufwendungen		568,31		-568,31	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-63.176,31</b>		<b>63.176,31</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>155.793,85</b>	<b>253.834</b>	<b>98.040,15</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>155.793,85</b>	<b>253.834</b>	<b>98.040,15</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_02 Allgemeine Finanzen

### Produkt P1.03.03.613000 Abwicklung der Vorjahre

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		11.343,75	10.741	-602,75	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>11.343,75</b>	<b>10.741</b>	<b>-602,75</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>11.343,75</b>	<b>10.741</b>	<b>-602,75</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		663,01		-663,01	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>663,01</b>		<b>-663,01</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>12.006,76</b>	<b>10.741</b>	<b>-1.265,76</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>12.006,76</b>	<b>10.741</b>	<b>-1.265,76</b>	



## Teilergebnisrechnung-sonstige 2009TH3\_02 Allgemeine Finanzen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00		0,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-3,00		3,00	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-3,00</b>		<b>3,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen		0,00		0,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		3,00		-3,00	
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00		0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>3,00</b>		<b>-3,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH3\_02 Allgemeine Finanzen

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-13.552.828,23	-13.515.500	37.328,23	
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-3.740.968,00	-2.508.100	1.232.868,00	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-50.000,00	-52.000	-2.000,00	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen		-99.626,72	-118.000	-18.373,28	
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-27.988,05	-30.000	-2.011,95	
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-17.471.411,00</b>	<b>-16.223.600</b>	<b>1.247.811,00</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		406.025,06	404.721	-1.304,06	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		1.178,33	7.400	6.221,67	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen		148.844,76	310.000	161.155,24	
15. Transferauszahlungen		6.898.946,00	6.539.900	-359.046,00	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		44.619,33	50.800	6.180,67	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>7.499.613,48</b>	<b>7.312.821</b>	<b>-186.792,48</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-9.971.797,52</b>	<b>-8.910.779</b>	<b>1.061.018,52</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH3\_02 Allgemeine Finanzen

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit			0	0,00	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit		-94.870,06		94.870,06	
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>-94.870,06</b>	<b>0</b>	<b>94.870,06</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>-94.870,06</b>	<b>0</b>	<b>94.870,06</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>-10.066.667,58</b>	<b>-8.910.779</b>	<b>1.155.888,58</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit			-7.977.000	-7.977.000,00	
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit		1.074.697,32	1.171.300	96.602,68	
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>1.074.697,32</b>	<b>-6.805.700</b>	<b>-7.880.397,32</b>	
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>-8.991.970,26</b>	<b>-15.716.479</b>	<b>-6.724.508,74</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 3\_03

Stabstelle  
Wirtschaftsförderung,  
Einrichtungen, Unternehmen  
Tourismus

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_03 Wirtschaft und Tourismus

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-88.239,05	-40.000	48.239,05	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-871,49		871,49	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-21.743,24	-23.100	-1.356,76	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen		13.498,01		-13.498,01	
11. sonstige ordentliche Erträge		-3.496,82		3.496,82	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-100.852,59</b>	<b>-63.100</b>	<b>37.752,59</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		91.449,76	69.375	-22.074,76	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		7.449,85	37.900	30.450,15	
16. Abschreibungen		2.917,47	1.144	-1.773,47	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		286.169,83	260.200	-25.969,83	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		5.725,16	1.000	-4.725,16	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>393.712,07</b>	<b>369.619</b>	<b>-24.093,07</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>292.859,48</b>	<b>306.519</b>	<b>13.659,52</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		5.423,75		-5.423,75	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>5.423,75</b>		<b>-5.423,75</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>298.283,23</b>	<b>306.519</b>	<b>8.235,77</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-673,51		673,51	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		54.929,52	34.168	-20.761,92	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		3.930,93		-3.930,93	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>58.186,94</b>	<b>34.168</b>	<b>-24.019,34</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>356.470,17</b>	<b>340.687</b>	<b>-15.783,57</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_03 Wirtschaft und Tourismus

## Produkt P1.03.01.571000 Wirtschaftsförderung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-88.239,05	-40.000	48.239,05	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-826,86		826,86	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen		13.498,01		-13.498,01	
11. sonstige ordentliche Erträge		-3.496,82		3.496,82	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-79.064,72</b>	<b>-40.000</b>	<b>39.064,72</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		90.970,09	68.691	-22.279,09	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.184,46	6.400	2.215,54	
16. Abschreibungen		2.917,47	1.144	-1.773,47	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		17.125,20	0	-17.125,20	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		5.725,16	1.000	-4.725,16	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>120.922,38</b>	<b>77.235</b>	<b>-43.687,38</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>41.857,66</b>	<b>37.235</b>	<b>-4.622,66</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		5.423,75		-5.423,75	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>5.423,75</b>		<b>-5.423,75</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>47.281,41</b>	<b>37.235</b>	<b>-10.046,41</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-272,54		272,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		25.237,34	16.244	-8.993,06	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>24.964,80</b>	<b>16.244</b>	<b>-8.720,52</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>72.246,21</b>	<b>53.479</b>	<b>-18.766,93</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_03 Wirtschaft und Tourismus**

## **Produkt P1.03.01.573100 Allg. Einr. und Unterneh. (einschl)**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-44,63		44,63	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-21.743,24	-23.100	-1.356,76	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-21.787,87</b>	<b>-23.100</b>	<b>-1.312,13</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		479,67	684	204,33	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.265,39	31.500	28.234,61	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		269.044,63	260.200	-8.844,63	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>272.789,69</b>	<b>292.384</b>	<b>19.594,31</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>251.001,82</b>	<b>269.284</b>	<b>18.282,18</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>251.001,82</b>	<b>269.284</b>	<b>18.282,18</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.190,89	11.389	-10.801,69	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		3.930,93		-3.930,93	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>25.913,33</b>	<b>11.389</b>	<b>-14.524,13</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>276.915,15</b>	<b>280.673</b>	<b>3.758,05</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH3\_03 Wirtschaft und Tourismus

## Produkt P1.03.01.575000 Tourismus

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-192,48		192,48	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		7.501,29	6.534	-967,17	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>7.308,81</b>	<b>6.534</b>	<b>-774,69</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>7.308,81</b>	<b>6.534</b>	<b>-774,69</b>	



## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH3\_03 Wirtschaft und Tourismus

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte			-40.000	-40.000,00	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-871,49		871,49	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen		-21.743,24	-23.100	-1.356,76	
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-22.614,73</b>	<b>-63.100</b>	<b>-40.485,27</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		94.984,00	83.779	-11.205,00	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		6.538,55	37.900	31.361,45	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		286.169,83	260.200	-25.969,83	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		5.765,06	1.000	-4.765,06	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>393.457,44</b>	<b>382.879</b>	<b>-10.578,44</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>370.842,71</b>	<b>319.779</b>	<b>-51.063,71</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH3\_03 Wirtschaft und Tourismus

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit		2.272,20		-2.272,20	
21. Veräußerung von Sachvermögen		-84.373,80	-168.000	-83.626,20	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>-82.101,60</b>	<b>-168.000</b>	<b>-85.898,40</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden		629.353,00	945.000	315.647,00	
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		99.880,06		-99.880,06	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen		35.407,11	47.000	11.592,89	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>764.640,17</b>	<b>992.000</b>	<b>227.359,83</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>682.538,57</b>	<b>824.000</b>	<b>141.461,43</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>1.053.381,28</b>	<b>1.143.779</b>	<b>90.397,72</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>1.053.381,28</b>	<b>1.143.779</b>	<b>90.397,72</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 4\_01

Zentrale Gebäudewirtschaft  
Hochbau

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH4\_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-2.200,00		2.200,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-168.107,31	-152.676	15.431,10	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-2.607.816,77	-478.407	2.129.409,77	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-3.698,19	-1.000	2.698,19	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen		1.488.268,50		-1.488.268,50	
11. sonstige ordentliche Erträge		-33.047,91		33.047,91	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.326.601,68</b>	<b>-632.083</b>	<b>694.518,47</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		923.689,87	873.584	-50.105,87	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.346.926,81	2.600.585	253.658,19	
16. Abschreibungen		525.476,16	419.317	-106.158,75	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		3.000,00		-3.000,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		61.998,93	36.686	-25.312,93	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>3.861.091,77</b>	<b>3.930.172</b>	<b>69.080,64</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>2.534.490,09</b>	<b>3.298.089</b>	<b>763.599,11</b>	
22. außerordentliche Erträge		-28.643,97		28.643,97	
23. außerordentliche Aufwendungen		143.440,23		-143.440,23	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>114.796,26</b>		<b>-114.796,26</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>2.649.286,35</b>	<b>3.298.089</b>	<b>648.802,85</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*		-3.613.870,12	-3.657.561	-43.691,00	
26b Ertrag aus Umlage 91*		-2.452,14		2.452,14	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		132.682,56	106.167	-26.515,56	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		95.433,43		-95.433,43	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-3.388.206,27</b>	<b>-3.551.394</b>	<b>-163.187,85</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-738.919,92</b>	<b>-253.305</b>	<b>485.615,00</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH4\_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

## Produkt P1.04.02.111600 Liegenschaftsverwaltung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten			-152.676	-152.676,21	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			-178.407	-178.407,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-1.000	-1.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>-332.083</b>	<b>-332.083,21</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			825.838	825.838,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			2.600.585	2.600.585,00	
16. Abschreibungen			419.317	419.317,41	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			36.586	36.586,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>3.882.326</b>	<b>3.882.326,41</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>3.550.243</b>	<b>3.550.243,20</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>3.550.243</b>	<b>3.550.243,20</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*			-3.657.561	-3.657.561,12	
26b Ertrag aus Umlage 91*		-2.003,13		2.003,13	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		100.209,28	88.020	-12.188,92	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-124.798,94		124.798,94	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-26.592,79</b>	<b>-3.569.541</b>	<b>-3.542.947,97</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-26.592,79</b>	<b>-19.298</b>	<b>7.295,23</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH4\_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

## Produkt P1.04.02.522000 Wohnbauförderung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-2.344.683,66	-300.000	2.044.683,66	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen		1.488.268,50		-1.488.268,50	
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-856.415,16</b>	<b>-300.000</b>	<b>556.415,16</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		49.435,42	47.746	-1.689,42	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		44.004,96	0	-44.004,96	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		5.387,77	100	-5.287,77	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>98.828,15</b>	<b>47.846</b>	<b>-50.982,15</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-757.587,01</b>	<b>-252.154</b>	<b>505.433,01</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-757.587,01</b>	<b>-252.154</b>	<b>505.433,01</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-449,01		449,01	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		32.473,28	18.147	-14.326,64	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		13.235,61		-13.235,61	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>45.259,88</b>	<b>18.147</b>	<b>-27.113,24</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-712.327,13</b>	<b>-234.007</b>	<b>478.319,77</b>	

## Teilergebnisrechnung-sonstige 2009TH4\_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-2.200,00		2.200,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-168.107,31	0	168.107,31	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-263.133,11	0	263.133,11	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-3.698,19	0	3.698,19	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-33.047,91		33.047,91	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-470.186,52</b>	<b>0</b>	<b>470.186,52</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		874.254,45	0	-874.254,45	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.302.921,85	0	-2.302.921,85	
16. Abschreibungen		525.476,16	0	-525.476,16	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		3.000,00		-3.000,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		56.611,16	0	-56.611,16	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>3.762.263,62</b>	<b>0</b>	<b>-3.762.263,62</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>3.292.077,10</b>	<b>0</b>	<b>-3.292.077,10</b>	
22. außerordentliche Erträge		-28.643,97		28.643,97	
23. außerordentliche Aufwendungen		143.440,23		-143.440,23	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>114.796,26</b>		<b>-114.796,26</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>3.406.873,36</b>	<b>0</b>	<b>-3.406.873,36</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*		-3.613.870,12	0	3.613.870,12	
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		206.996,76		-206.996,76	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-3.406.873,36</b>	<b>0</b>	<b>3.406.873,36</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH4\_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-2.200,00		2.200,00	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte		-279.473,56	-478.407	-198.933,44	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-5.866,63	-1.000	4.866,63	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG		-296,33		296,33	
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-5.424,90		5.424,90	
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-293.261,42</b>	<b>-479.407</b>	<b>-186.145,58</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		901.023,51	873.731	-27.292,51	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		2.365.767,78	2.587.985	222.217,22	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		3.000,00		-3.000,00	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		138.648,53	36.686	-101.962,53	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>3.408.439,82</b>	<b>3.498.402</b>	<b>89.962,18</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>3.115.178,40</b>	<b>3.018.995</b>	<b>-96.183,40</b>	



## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH4\_01 Zentrale Gebäudewirtschaft

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen		-2.441.341,56	-1.077.500	1.363.841,56	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit			-2.600	-2.600,00	
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>-2.441.341,56</b>	<b>-1.080.100</b>	<b>1.361.241,56</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden		3.592.286,60	4.746.000	1.153.713,40	
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen		39.625,00		-39.625,00	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>3.631.911,60</b>	<b>4.746.000</b>	<b>1.114.088,40</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>1.190.570,04</b>	<b>3.665.900</b>	<b>2.475.329,96</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>4.305.748,44</b>	<b>6.684.895</b>	<b>2.379.146,56</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>4.305.748,44</b>	<b>6.684.895</b>	<b>2.379.146,56</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 5\_01

Soziale Leistungen

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-1.504,00	-1.500	4,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-252.109,78	-180.000	72.109,78	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-58.731,38	-81.000	-22.268,62	
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-390.223,90	-424.700	-34.476,10	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-17.785,75		17.785,75	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-720.354,81</b>	<b>-687.200</b>	<b>33.154,81</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		485.707,76	464.686	-21.021,76	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		42.587,68	61.100	18.512,32	
16. Abschreibungen		9.396,81		-9.396,81	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		39.582,86	83.900	44.317,14	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		226.382,99	186.600	-39.782,99	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>803.658,10</b>	<b>796.286</b>	<b>-7.372,10</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>83.303,29</b>	<b>109.086</b>	<b>25.782,71</b>	
22. außerordentliche Erträge		-3.315,37	0	3.315,37	
23. außerordentliche Aufwendungen		1.025,08		-1.025,08	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-2.290,29</b>	<b>0</b>	<b>2.290,29</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>81.013,00</b>	<b>109.086</b>	<b>28.073,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-1.819,61		1.819,61	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		101.593,43	104.747	3.154,05	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-19.215,58		19.215,58	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>80.558,24</b>	<b>104.747</b>	<b>24.189,24</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>161.571,24</b>	<b>213.833</b>	<b>52.262,24</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.111240 Beirat f. Senioren und Behinderte

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-1.504,00	-1.500	4,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.504,00</b>	<b>-1.500</b>	<b>4,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen		133,34		-133,34	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		801,00	1.500	699,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>934,34</b>	<b>1.500</b>	<b>565,66</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-569,66</b>	<b>0</b>	<b>569,66</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-569,66</b>	<b>0</b>	<b>569,66</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-144,36		144,36	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		4.594,81	6.534	1.939,31	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>4.450,45</b>	<b>6.534</b>	<b>2.083,67</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>3.880,79</b>	<b>6.534</b>	<b>2.653,33</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.311100 HzL (3. Kapitel SGB XII) - örtl. T.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-33.613,01	-16.000	17.613,01	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-3.790,25	-9.500	-5.709,75	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-37.403,26</b>	<b>-25.500</b>	<b>11.903,26</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen		585,73		-585,73	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		4.286,75	9.500	5.213,25	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		30.319,56	16.000	-14.319,56	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>35.192,04</b>	<b>25.500</b>	<b>-9.692,04</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-2.211,22</b>	<b>0</b>	<b>2.211,22</b>	
22. außerordentliche Erträge		-23,40		23,40	
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-23,40</b>		<b>23,40</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-2.234,62</b>	<b>0</b>	<b>2.234,62</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-2.234,62</b>	<b>0</b>	<b>2.234,62</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.311200 Hilfe z. Pflege (7.Kap. SGB XII)-örtl.T.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-1.862,00		1.862,00	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-1.777,24	-24.000	-22.222,76	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-3.639,24</b>	<b>-24.000</b>	<b>-20.360,76</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		1.777,24	24.000	22.222,76	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.862,00		-1.862,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>3.639,24</b>	<b>24.000</b>	<b>20.360,76</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		0,00		0,00	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

## Produkt P1.05.01.311400 Hilfen z. Gesundheit (Kap. 5 SGB XII)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-306,72		306,72	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-4.900	-4.900,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-306,72</b>	<b>-4.900</b>	<b>-4.593,28</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		2.252,80	4.900	2.647,20	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		306,72		-306,72	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>2.559,52</b>	<b>4.900</b>	<b>2.340,48</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>2.252,80</b>	<b>0</b>	<b>-2.252,80</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>2.252,80</b>	<b>0</b>	<b>-2.252,80</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>2.252,80</b>	<b>0</b>	<b>-2.252,80</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.311500 Hilfe i. and. Lebensl. (9 Kap.SGB XII)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-436,07		436,07	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-2.326,26	-13.500	-11.173,74	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-2.762,33</b>	<b>-13.500</b>	<b>-10.737,67</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		2.326,26	13.500	11.173,74	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		436,07		-436,07	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>2.762,33</b>	<b>13.500</b>	<b>10.737,67</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge		-127,82		127,82	
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-127,82</b>		<b>127,82</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-127,82</b>	<b>0</b>	<b>127,82</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-127,82</b>	<b>0</b>	<b>127,82</b>	



# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

## Produkt P1.05.01.311600 GS Alter/Erwerbsmind.(4.K.SGB XII)-ö.T.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-3.135,96	-2.500	635,96	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-2.000	-2.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-3.135,96</b>	<b>-4.500</b>	<b>-1.364,04</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			1.500	1.500,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		250,00	3.000	2.750,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>250,00</b>	<b>4.500</b>	<b>4.250,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-2.885,96</b>	<b>0</b>	<b>2.885,96</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-2.885,96</b>	<b>0</b>	<b>2.885,96</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-2.885,96</b>	<b>0</b>	<b>2.885,96</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.311900 Verwaltung der Sozialhilfe - örtl. T.**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-4.977,89		4.977,89	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-4.977,89</b>		<b>4.977,89</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		65.657,23	56.356	-9.301,23	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.544,63	2.700	1.155,37	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			1.900	1.900,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>67.201,86</b>	<b>60.956</b>	<b>-6.245,86</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>62.223,97</b>	<b>60.956</b>	<b>-1.267,97</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		12,37		-12,37	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>12,37</b>		<b>-12,37</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>62.236,34</b>	<b>60.956</b>	<b>-1.280,34</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-368,78		368,78	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.534,24	33.925	11.391,12	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>22.165,46</b>	<b>33.925</b>	<b>11.759,90</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>84.401,80</b>	<b>94.881</b>	<b>10.479,56</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.312100 Leistungen f. Unterkr. u. Heizung (SGBII)**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-62.267,74	-36.000	26.267,74	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-62.267,74</b>	<b>-36.000</b>	<b>26.267,74</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen		821,06		-821,06	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		57.556,42	36.000	-21.556,42	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>58.377,48</b>	<b>36.000</b>	<b>-22.377,48</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-3.890,26</b>	<b>0</b>	<b>3.890,26</b>	
22. außerordentliche Erträge		-1.717,19		1.717,19	
23. außerordentliche Aufwendungen		412,93		-412,93	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-1.304,26</b>		<b>1.304,26</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-5.194,52</b>	<b>0</b>	<b>5.194,52</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-5.194,52</b>	<b>0</b>	<b>5.194,52</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.312110 Wohnbesch., Mietk.,Umzugsk.(§22,Abs.6)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-16.035,80	-18.000	-1.964,20	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-16.035,80</b>	<b>-18.000</b>	<b>-1.964,20</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen		541,72		-541,72	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		13.259,31	18.000	4.740,69	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>13.801,03</b>	<b>18.000</b>	<b>4.198,97</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-2.234,77</b>	<b>0</b>	<b>2.234,77</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-2.234,77</b>	<b>0</b>	<b>2.234,77</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-2.234,77</b>	<b>0</b>	<b>2.234,77</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.312300 Einm. Leistungen (§ 24 Abs. 3 SGB II)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-2.756,57	-5.000	-2.243,43	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-2.756,57</b>	<b>-5.000</b>	<b>-2.243,43</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.230,15	5.000	3.769,85	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>1.230,15</b>	<b>5.000</b>	<b>3.769,85</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-1.526,42</b>	<b>0</b>	<b>1.526,42</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-1.526,42</b>	<b>0</b>	<b>1.526,42</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-1.526,42</b>	<b>0</b>	<b>1.526,42</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.312400 Arb.-losengeld II (ohne KdU/Optionsgem.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-129.387,31	-99.000	30.387,31	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		0,00		0,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-129.387,31</b>	<b>-99.000</b>	<b>30.387,31</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen		7.314,96		-7.314,96	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		117.969,50	99.000	-18.969,50	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>125.284,46</b>	<b>99.000</b>	<b>-26.284,46</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-4.102,85</b>	<b>0</b>	<b>4.102,85</b>	
22. außerordentliche Erträge		-620,96		620,96	
23. außerordentliche Aufwendungen		-486,29		486,29	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-1.107,25</b>		<b>1.107,25</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-5.210,10</b>	<b>0</b>	<b>5.210,10</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-5.210,10</b>	<b>0</b>	<b>5.210,10</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.312410 Arbl.-geld II (MAE;ohne KdU) Optionsgem.**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge			-2.000	-2.000,00	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>-2.000</b>	<b>-2.000,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			2.000	2.000,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>2.000</b>	<b>2.000,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.312900 Verw. der GS für Arbeitsuchende**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-356.642,30	-346.000	10.642,30	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-12.690,86		12.690,86	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-369.333,16</b>	<b>-346.000</b>	<b>23.333,16</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		398.350,12	387.478	-10.872,12	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		101,40	900	798,60	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.535,23	4.300	2.764,77	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>399.986,75</b>	<b>392.678</b>	<b>-7.308,75</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>30.653,59</b>	<b>46.678</b>	<b>16.024,41</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		94,80		-94,80	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>94,80</b>		<b>-94,80</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>30.748,39</b>	<b>46.678</b>	<b>15.929,61</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-689,00		689,00	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		26.806,53	33.925	7.118,83	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>26.117,53</b>	<b>33.925</b>	<b>7.807,83</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>56.865,92</b>	<b>80.603</b>	<b>23.737,44</b>	



## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.313100 Leistungen in besonderen Fällen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-539,02	-400	139,02	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-1.800	-1.800,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-539,02</b>	<b>-2.200</b>	<b>-1.660,98</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		499,02	400	-99,02	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>499,02</b>	<b>400</b>	<b>-99,02</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-40,00</b>	<b>-1.800</b>	<b>-1.760,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-40,00</b>	<b>-1.800</b>	<b>-1.760,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-40,00</b>	<b>-1.800</b>	<b>-1.760,00</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

## Produkt P1.05.01.313120 Hilfe in besonderen Lebenslagen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			1.800	1.800,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>1.800</b>	<b>1.800,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>1.800</b>	<b>1.800,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>1.800</b>	<b>1.800,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>			<b>1.800</b>	<b>1.800,00</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.313200 Grundleistungen (§ 3 AsylbLG)**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-1.769,58	-1.000	769,58	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.769,58</b>	<b>-1.000</b>	<b>769,58</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.159,01	1.000	-159,01	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>1.159,01</b>	<b>1.000</b>	<b>-159,01</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-610,57</b>	<b>0</b>	<b>610,57</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-610,57</b>	<b>0</b>	<b>610,57</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-610,57</b>	<b>0</b>	<b>610,57</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

## Produkt P1.05.01.313300 Leist.Krank/Schw.-sch./Geb.(§ 4 AsylbLG)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge			-100	-100,00	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-25.637,85	-21.000	4.637,85	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-25.637,85</b>	<b>-21.100</b>	<b>4.537,85</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		24.893,60	21.000	-3.893,60	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>24.893,60</b>	<b>21.000</b>	<b>-3.893,60</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-744,25</b>	<b>-100</b>	<b>644,25</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		991,27		-991,27	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>991,27</b>		<b>-991,27</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>247,02</b>	<b>-100</b>	<b>-347,02</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>247,02</b>	<b>-100</b>	<b>-347,02</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.313510 Sonstige Leistungen - Sachleistungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-50,00	-1.000	-950,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-50,00</b>	<b>-1.000</b>	<b>-950,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		50,00	1.000	950,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>50,00</b>	<b>1.000</b>	<b>950,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.313520 Sonstige Leistungen - Geldleistungen**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-1.000	-1.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>-1.000</b>	<b>-1.000,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			1.000	1.000,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>1.000</b>	<b>1.000,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.315100 Soz.Einricht.f.Ältere(o.Pflegeeinricht.)**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.315400 Soziale Einricht. für Wohnungslose**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-56.531,52	-25.000	31.531,52	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-117,00		117,00	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-56.648,52</b>	<b>-25.000</b>	<b>31.648,52</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		20.052,83	19.168	-884,83	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		40.850,65	1.500	-39.350,65	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>60.903,48</b>	<b>20.668</b>	<b>-40.235,48</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>4.254,96</b>	<b>-4.332</b>	<b>-8.586,96</b>	
22. außerordentliche Erträge		-826,00		826,00	
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-826,00</b>		<b>826,00</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>3.428,96</b>	<b>-4.332</b>	<b>-7.760,96</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-216,50		216,50	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		20.105,75	14.342	-5.763,95	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-19.215,58		19.215,58	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>673,67</b>	<b>14.342</b>	<b>13.668,13</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>4.102,63</b>	<b>10.010</b>	<b>5.907,17</b>	



# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales**

## **Produkt P1.05.01.315500 Soz. Einricht. f.Aussiedler u.Ausländer**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.199,86	-56.000	-53.800,14	
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-2.199,86</b>	<b>-56.000</b>	<b>-53.800,14</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		1.647,58	1.684	36,42	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		91,00	56.000	55.909,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>1.738,58</b>	<b>57.684</b>	<b>55.945,42</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-461,28</b>	<b>1.684</b>	<b>2.145,28</b>	
22. außerordentliche Erträge			0	0,00	
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-461,28</b>	<b>1.684</b>	<b>2.145,28</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		19.998,94	9.487	-10.512,22	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.790,45</b>	<b>9.487</b>	<b>-10.303,73</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>19.329,17</b>	<b>11.171</b>	<b>-8.158,45</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

### Produkt P1.05.01.315600 Andere soziale Einrichtungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		3.195,21	4.200	1.004,79	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>3.195,21</b>	<b>4.200</b>	<b>1.004,79</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>3.195,21</b>	<b>4.200</b>	<b>1.004,79</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>3.195,21</b>	<b>4.200</b>	<b>1.004,79</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-192,48		192,48	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		7.553,16	6.534	-1.019,04	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>7.360,68</b>	<b>6.534</b>	<b>-826,56</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>10.555,89</b>	<b>10.734</b>	<b>178,23</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-1.504,00	-1.500	4,00	
03. sonstige Transfereinzahlungen		-233.074,13	-180.000	53.074,13	
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-59.490,91	-81.000	-21.509,09	
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-390.375,12	-424.700	-34.324,88	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-1.286,10		1.286,10	
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-685.730,26</b>	<b>-687.200</b>	<b>-1.469,74</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		460.179,85	464.816	4.636,15	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		43.391,72	61.100	17.708,28	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		40.232,27	83.900	43.667,73	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		222.621,23	186.600	-36.021,23	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>766.425,07</b>	<b>796.416</b>	<b>29.990,93</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>80.694,81</b>	<b>109.216</b>	<b>28.521,19</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_01 Arbeit und Soziales

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		668,34		-668,34	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		668,34		-668,34	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		668,34		-668,34	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		81.363,15	109.216	27.852,85	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		81.363,15	109.216	27.852,85	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 5\_011

Angelegenheiten der  
Kinder und Jugendlichen

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-741.101,89	-667.100	74.001,89	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-2.170,06	-2.633	-462,94	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-258.940,99	-285.800	-26.859,01	
06. privatrechtliche Entgelte		-471,14	-500	-28,86	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-23.562,00	0	23.562,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-49.399,56		49.399,56	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.075.645,64</b>	<b>-956.033</b>	<b>119.612,64</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		1.846.579,00	1.760.923	-85.656,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		125.057,86	102.500	-22.557,86	
16. Abschreibungen		4.150,18	7.568	3.417,82	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		823.312,03	804.600	-18.712,03	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		51.512,99	68.350	16.837,01	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>2.850.612,06</b>	<b>2.743.941</b>	<b>-106.671,06</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>1.774.966,42</b>	<b>1.787.908</b>	<b>12.941,58</b>	
22. außerordentliche Erträge		-100,00		100,00	
23. außerordentliche Aufwendungen		7.425,37		-7.425,37	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>7.325,37</b>		<b>-7.325,37</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>1.782.291,79</b>	<b>1.787.908</b>	<b>5.616,21</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-5.737,12		5.737,12	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		230.482,91	333.202	102.719,53	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-38.240,75		38.240,75	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>186.505,04</b>	<b>333.202</b>	<b>146.697,40</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>1.968.796,83</b>	<b>2.121.110</b>	<b>152.313,61</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.361200 Förderung von Kindern in Tagespflege**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		690,00	400	-290,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>690,00</b>	<b>400</b>	<b>-290,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>690,00</b>	<b>400</b>	<b>-290,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>690,00</b>	<b>400</b>	<b>-290,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>690,00</b>	<b>400</b>	<b>-290,00</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.361210 Familienservicebüro**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-4.236,10	-5.800	-1.563,90	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-247,08		247,08	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-4.483,18</b>	<b>-5.800</b>	<b>-1.316,82</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		5.536,06	5.484	-52,06	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		-184,16	1.100	1.284,16	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			700	700,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		179,24	800	620,76	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>5.531,14</b>	<b>8.084</b>	<b>2.552,86</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>1.047,96</b>	<b>2.284</b>	<b>1.236,04</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		30,00		-30,00	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>30,00</b>		<b>-30,00</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>1.077,96</b>	<b>2.284</b>	<b>1.206,04</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*			11.389	11.389,20	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>			<b>11.389</b>	<b>11.389,20</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>1.077,96</b>	<b>13.673</b>	<b>12.595,24</b>	



# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.362500 Sonst. Jugendarbeit (ohne Einr.)**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-30.108,80	-25.000	5.108,80	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-2.057,15	-2.057	0,15	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte			-15.000	-15.000,00	
06. privatrechtliche Entgelte		-352,40	-500	-147,60	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-23.562,00	0	23.562,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-3.898,42		3.898,42	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-59.978,77</b>	<b>-42.557</b>	<b>17.421,77</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		69.020,75	64.280	-4.740,75	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		36.941,00	12.600	-24.341,00	
16. Abschreibungen		2.057,15	2.057	-0,15	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			34.000	34.000,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		2.189,07	3.200	1.010,93	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>110.207,97</b>	<b>116.137</b>	<b>5.929,03</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>50.229,20</b>	<b>73.580</b>	<b>23.350,80</b>	
22. außerordentliche Erträge		-100,00		100,00	
23. außerordentliche Aufwendungen		463,90		-463,90	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>363,90</b>		<b>-363,90</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>50.593,10</b>	<b>73.580</b>	<b>22.986,90</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-272,54		272,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		23.045,36	16.244	-6.801,08	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>22.772,82</b>	<b>16.244</b>	<b>-6.528,54</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>73.365,92</b>	<b>89.824</b>	<b>16.458,36</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.363120 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		800,00	800	0,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>800,00</b>	<b>800</b>	<b>0,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>800,00</b>	<b>800</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>800,00</b>	<b>800</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-192,48		192,48	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		5.361,21	4.632	-729,57	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>5.168,73</b>	<b>4.632</b>	<b>-537,09</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>5.968,73</b>	<b>5.432</b>	<b>-537,09</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.365100 KiGa Loy**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-104.218,43	-100.400	3.818,43	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-31.571,00	-27.000	4.571,00	
06. privatrechtliche Entgelte		-118,74		118,74	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-5.095,80		5.095,80	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-141.003,97</b>	<b>-127.400</b>	<b>13.603,97</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		259.262,21	234.647	-24.615,21	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		7.467,69	8.450	982,31	
16. Abschreibungen		288,20		-288,20	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		14.846,16	17.700	2.853,84	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>281.864,26</b>	<b>260.797</b>	<b>-21.067,26</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>140.860,29</b>	<b>133.397</b>	<b>-7.463,29</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		306,54		-306,54	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>306,54</b>		<b>-306,54</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>141.166,83</b>	<b>133.397</b>	<b>-7.769,83</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-621,63		621,63	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		27.784,87	45.375	17.590,01	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-12.085,78		12.085,78	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>15.077,46</b>	<b>45.375</b>	<b>30.297,42</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>156.244,29</b>	<b>178.772</b>	<b>22.527,59</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.365200 KiGa Marienstraße**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-132.513,69	-123.300	9.213,69	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-26.053,50	-27.600	-1.546,50	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-11.223,33		11.223,33	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-169.790,52</b>	<b>-150.900</b>	<b>18.890,52</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		274.080,63	260.713	-13.367,63	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		8.108,79	8.400	291,21	
16. Abschreibungen		390,43	1.684	1.293,57	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		8.293,28	13.050	4.756,72	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>290.873,13</b>	<b>283.847</b>	<b>-7.026,13</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>121.082,61</b>	<b>132.947</b>	<b>11.864,39</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		82,42		-82,42	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>82,42</b>		<b>-82,42</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>121.165,03</b>	<b>132.947</b>	<b>11.781,97</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-821,78		821,78	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		30.455,07	45.375	14.919,81	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-14.666,29		14.666,29	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>14.967,00</b>	<b>45.375</b>	<b>30.407,88</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>136.132,03</b>	<b>178.322</b>	<b>42.189,85</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.365300 KiGa Mühlenstraße**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-139.360,39	-127.000	12.360,39	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-98.844,04	-115.000	-16.155,96	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-18.810,19		18.810,19	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-257.014,62</b>	<b>-242.000</b>	<b>15.014,62</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		551.183,87	545.366	-5.817,87	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		25.377,21	27.850	2.472,79	
16. Abschreibungen		262,86	1.620	1.357,14	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		7.297,16	9.900	2.602,84	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>584.121,10</b>	<b>584.736</b>	<b>614,90</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>327.106,48</b>	<b>342.736</b>	<b>15.629,52</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		96,30		-96,30	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>96,30</b>		<b>-96,30</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>327.202,78</b>	<b>342.736</b>	<b>15.533,22</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-1.101,97		1.101,97	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		34.193,33	64.795	30.601,87	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		2.286,47		-2.286,47	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>35.377,83</b>	<b>64.795</b>	<b>29.417,37</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>362.580,61</b>	<b>407.531</b>	<b>44.950,59</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.365400 KiGa Neusüdende**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-117.196,56	-104.600	12.596,56	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-112,91	-576	-463,09	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-28.479,80	-28.200	279,80	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-5.468,39		5.468,39	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-151.257,66</b>	<b>-133.376</b>	<b>17.881,66</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		277.266,20	267.522	-9.744,20	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		6.870,50	9.300	2.429,50	
16. Abschreibungen		1.079,70	1.207	127,30	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		13.114,21	15.200	2.085,79	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>298.330,61</b>	<b>293.229</b>	<b>-5.101,61</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>147.072,95</b>	<b>159.853</b>	<b>12.780,05</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		208,48		-208,48	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>208,48</b>		<b>-208,48</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>147.281,43</b>	<b>159.853</b>	<b>12.571,57</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-621,63		621,63	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		27.784,87	50.230	22.445,09	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-17.894,11		17.894,11	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>9.269,13</b>	<b>50.230</b>	<b>40.960,83</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>156.550,56</b>	<b>210.083</b>	<b>53.532,40</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.365500 KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-100.707,92	-76.100	24.607,92	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-73.992,65	-73.000	992,65	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-4.656,35		4.656,35	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-179.356,92</b>	<b>-149.100</b>	<b>30.256,92</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		396.672,98	370.006	-26.666,98	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		15.531,11	18.800	3.268,89	
16. Abschreibungen		71,84	1.000	928,16	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		5.593,87	8.500	2.906,13	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>417.869,80</b>	<b>398.306</b>	<b>-19.563,80</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>238.512,88</b>	<b>249.206</b>	<b>10.693,12</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		906,01		-906,01	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>906,01</b>		<b>-906,01</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>239.418,89</b>	<b>249.206</b>	<b>9.787,11</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-741,72		741,72	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		29.386,98	40.520	11.132,82	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		12.987,38		-12.987,38	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>41.632,64</b>	<b>40.520</b>	<b>-1.112,84</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>281.051,53</b>	<b>289.726</b>	<b>8.674,27</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe**

## **Produkt P1.05.01.365900 Förderung anderer Kindertagesstätten**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-112.760,00	-104.900	7.860,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-112.760,00</b>	<b>-104.900</b>	<b>7.860,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		13.556,30	12.905	-651,30	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		24.945,72	16.000	-8.945,72	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		821.822,03	768.700	-53.122,03	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>860.324,05</b>	<b>797.605</b>	<b>-62.719,05</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>747.564,05</b>	<b>692.705</b>	<b>-54.859,05</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		5.331,72		-5.331,72	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>5.331,72</b>		<b>-5.331,72</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>752.895,77</b>	<b>692.705</b>	<b>-60.190,77</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-1.363,37		1.363,37	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		52.471,22	54.643	2.171,38	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-8.837,26		8.837,26	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>42.270,59</b>	<b>54.643</b>	<b>12.372,01</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>795.166,36</b>	<b>747.348</b>	<b>-47.818,76</b>	



## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-741.840,44	-667.100	74.740,44	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-257.270,49	-285.800	-28.529,51	
05. privatrechtliche Entgelte		-571,14	-500	71,14	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-23.562,00		23.562,00	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-1.023.244,07</b>	<b>-953.400</b>	<b>69.844,07</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		1.811.826,50	1.761.282	-50.544,50	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		128.183,50	102.500	-25.683,50	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		837.873,75	804.600	-33.273,75	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		53.112,73	68.350	15.237,27	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>2.830.996,48</b>	<b>2.736.732</b>	<b>-94.264,48</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>1.807.752,41</b>	<b>1.783.332</b>	<b>-24.420,41</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_11 Kinder-Jugend- u. Familienhilfe

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-16.571,42		16.571,42	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>-16.571,42</b>		<b>16.571,42</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen		29.181,11	10.000	-19.181,11	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		8.426,39	13.200	4.773,61	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>37.607,50</b>	<b>23.200</b>	<b>-14.407,50</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>21.036,08</b>	<b>23.200</b>	<b>2.163,92</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>1.828.788,49</b>	<b>1.806.532</b>	<b>-22.256,49</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>1.828.788,49</b>	<b>1.806.532</b>	<b>-22.256,49</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 5\_02

Ordnungsangelegenheiten  
Allgemeine Einrichtungen

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-21.762,54	-31.000	-9.237,46	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-3.171,07	-4.063	-891,93	
04. sonstige Transfererträge		-140,17		140,17	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-135.587,53	-109.750	25.837,53	
06. privatrechtliche Entgelte		-891,78	-500	391,78	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-33.795,18	-32.700	1.095,18	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-21.846,97	-10.100	11.746,97	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-217.195,24</b>	<b>-188.113</b>	<b>29.082,24</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		263.809,10	255.990	-7.819,10	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		159.860,95	193.650	33.789,05	
16. Abschreibungen		78.939,54	58.392	-20.547,54	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		9.489,10	6.300	-3.189,10	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		91.385,74	102.100	10.714,26	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>603.484,43</b>	<b>616.432</b>	<b>12.947,57</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>386.289,19</b>	<b>428.319</b>	<b>42.029,81</b>	
22. außerordentliche Erträge		-13.541,23	0	13.541,23	
23. außerordentliche Aufwendungen		12.116,11	0	-12.116,11	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-1.425,12</b>	<b>0</b>	<b>1.425,12</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>384.864,07</b>	<b>428.319</b>	<b>43.454,93</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-3.255,36		3.255,36	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		237.748,52	184.193	-53.555,72	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-44.329,38		44.329,38	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>190.163,78</b>	<b>184.193</b>	<b>-5.970,98</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>575.027,85</b>	<b>612.512</b>	<b>37.483,95</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt**

## **Produkt P1.05.02.121000 Statistik und Wahlen**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-20.419,54	-25.000	-4.580,46	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-20.419,54</b>	<b>-25.000</b>	<b>-4.580,46</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		10.013,41	10.384	370,59	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		26.965,10	38.700	11.734,90	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		12.151,24	14.500	2.348,76	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>49.129,75</b>	<b>63.584</b>	<b>14.454,25</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>28.710,21</b>	<b>38.584</b>	<b>9.873,79</b>	
22. außerordentliche Erträge		-12.139,38		12.139,38	
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-12.139,38</b>		<b>12.139,38</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>16.570,83</b>	<b>38.584</b>	<b>22.013,17</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-160,37		160,37	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		19.232,54	14.342	-4.890,74	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.072,17</b>	<b>14.342</b>	<b>-4.730,37</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>35.643,00</b>	<b>52.926</b>	<b>17.282,80</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt**

## **Produkt P1.05.02.122100 Ordnungsangelegenheiten**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge		-140,17		140,17	
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-21.307,90	-15.000	6.307,90	
06. privatrechtliche Entgelte		-878,78	-500	378,78	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-2.909,50	-100	2.809,50	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-15.609,74	-10.000	5.609,74	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-40.846,09</b>	<b>-25.600</b>	<b>15.246,09</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		69.028,99	58.496	-10.532,99	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		11.204,84	19.350	8.145,16	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		612,80		-612,80	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		3.369,45	1.500	-1.869,45	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>84.216,08</b>	<b>79.346</b>	<b>-4.870,08</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>43.369,99</b>	<b>53.746</b>	<b>10.376,01</b>	
22. außerordentliche Erträge		-410,00		410,00	
23. außerordentliche Aufwendungen		2.077,02		-2.077,02	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>1.667,02</b>		<b>-1.667,02</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>45.037,01</b>	<b>53.746</b>	<b>8.708,99</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-192,48		192,48	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		19.785,32	24.052	4.266,64	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.592,84</b>	<b>24.052</b>	<b>4.459,12</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>64.629,85</b>	<b>77.798</b>	<b>13.168,11</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

## Produkt P1.05.02.122200 Standesamt und Personenstandswesen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-24.532,60	-15.000	9.532,60	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-1.940,10		1.940,10	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-26.472,70</b>	<b>-15.000</b>	<b>11.472,70</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		54.117,90	51.300	-2.817,90	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		8.153,88	5.600	-2.553,88	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		123,58	2.700	2.576,42	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>62.395,36</b>	<b>59.600</b>	<b>-2.795,36</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>35.922,66</b>	<b>44.600</b>	<b>8.677,34</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		460,50		-460,50	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>460,50</b>		<b>-460,50</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>36.383,16</b>	<b>44.600</b>	<b>8.216,84</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-352,59		352,59	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		21.921,47	14.342	-7.579,67	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>21.568,88</b>	<b>14.342</b>	<b>-7.227,08</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>57.952,04</b>	<b>58.942</b>	<b>989,76</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt**

## **Produkt P1.05.02.122300 Obdachl.-angelegenh. - ohne Einr.Unterk.**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte			0	0,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-192,48		192,48	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		5.361,21	4.632	-729,57	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>5.168,73</b>	<b>4.632</b>	<b>-537,09</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>5.168,73</b>	<b>4.632</b>	<b>-537,09</b>	



## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

### Produkt P1.05.02.122400 Meldeangelegenheiten

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-73.665,83	-60.000	13.665,83	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-3.725,80	-100	3.625,80	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-77.391,63</b>	<b>-60.100</b>	<b>17.291,63</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		86.180,89	90.278	4.097,11	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.057,22	950	-1.107,22	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		53.636,43	45.200	-8.436,43	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>141.874,54</b>	<b>136.428</b>	<b>-5.446,54</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>64.482,91</b>	<b>76.328</b>	<b>11.845,09</b>	
22. außerordentliche Erträge		-951,85		951,85	
23. außerordentliche Aufwendungen		668,98		-668,98	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-282,87</b>		<b>282,87</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>64.200,04</b>	<b>76.328</b>	<b>12.127,96</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-304,47		304,47	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		21.051,42	14.207	-6.844,02	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>20.746,95</b>	<b>14.207</b>	<b>-6.539,55</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>84.946,99</b>	<b>90.535</b>	<b>5.588,41</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

### Produkt P1.05.02.126100 "Brandschutz; ohne Einzelfeuerwehr"

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-21.492,54	-30.000	-8.507,46	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-21.492,54</b>	<b>-30.000</b>	<b>-8.507,46</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		9.866,93	9.884	17,07	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		20.618,90	35.300	14.681,10	
16. Abschreibungen		3.762,79		-3.762,79	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		7.106,30	6.300	-806,30	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		11.672,22	31.800	20.127,78	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>53.027,14</b>	<b>83.284</b>	<b>30.256,86</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>31.534,60</b>	<b>53.284</b>	<b>21.749,40</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		8.096,50		-8.096,50	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>8.096,50</b>		<b>-8.096,50</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>39.631,10</b>	<b>53.284</b>	<b>13.652,90</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-144,36		144,36	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		4.594,81	3.983	-611,89	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-26.739,84		26.739,84	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-22.289,39</b>	<b>3.983</b>	<b>26.272,31</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>17.341,71</b>	<b>57.267</b>	<b>39.925,21</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt**

## **Produkt P1.05.02.126200 Feuerwehren**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-270,00	-1.000	-730,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-3.171,07	-4.063	-891,93	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-1.263,00	0	1.263,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-571,33		571,33	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-5.275,40</b>	<b>-5.063</b>	<b>212,40</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		14.982,26	13.591	-1.391,26	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		79.791,47	74.050	-5.741,47	
16. Abschreibungen		75.176,75	58.129	-17.047,75	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		1.770,00		-1.770,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		10.432,82	6.100	-4.332,82	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>182.153,30</b>	<b>151.870</b>	<b>-30.283,30</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>176.877,90</b>	<b>146.807</b>	<b>-30.070,90</b>	
22. außerordentliche Erträge		-40,00	0	40,00	
23. außerordentliche Aufwendungen		433,72	0	-433,72	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>393,72</b>	<b>0</b>	<b>-393,72</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>177.271,62</b>	<b>146.807</b>	<b>-30.464,62</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-1.026,53		1.026,53	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		59.260,24	50.908	-8.352,28	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-14.072,31		14.072,31	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>44.161,40</b>	<b>50.908</b>	<b>6.746,56</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>221.433,02</b>	<b>197.715</b>	<b>-23.718,06</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt**

## **Produkt P1.05.02.128000 Katastrophenschutz**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen			0	0,00	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		848,53	1.105	256,47	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		5.500,27	3.000	-2.500,27	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>6.348,80</b>	<b>4.105</b>	<b>-2.243,80</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>6.348,80</b>	<b>4.105</b>	<b>-2.243,80</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		28,21		-28,21	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>28,21</b>		<b>-28,21</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>6.377,01</b>	<b>4.105</b>	<b>-2.272,01</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-160,37		160,37	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		16.244,08	14.207	-2.036,68	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>16.083,71</b>	<b>14.207</b>	<b>-1.876,31</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>22.460,72</b>	<b>18.312</b>	<b>-4.148,32</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt**

## **Produkt P1.05.02.561000 Umweltschutzmaßnahmen**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte			-50	-50,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-7.017,74	-6.600	417,74	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge			0	0,00	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-7.017,74</b>	<b>-6.650</b>	<b>367,74</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		7.419,79	8.784	1.364,21	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.515,87	6.450	4.934,13	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			300	300,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>8.935,66</b>	<b>15.534</b>	<b>6.598,34</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>1.917,92</b>	<b>8.884</b>	<b>6.966,08</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>1.917,92</b>	<b>8.884</b>	<b>6.966,08</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		19.895,29	14.207	-5.687,89	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.686,80</b>	<b>14.207</b>	<b>-5.479,40</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>21.604,72</b>	<b>23.091</b>	<b>1.486,68</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt**

## **Produkt P1.05.02.573200 Allgem. Einricht./Unternehmen**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-16.081,20	-19.700	-3.618,80	
06. privatrechtliche Entgelte		-13,00		13,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-2.185,40	-1.000	1.185,40	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-18.279,60</b>	<b>-20.700</b>	<b>-2.420,40</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		19.687,12	20.652	964,88	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.053,40	10.850	6.796,60	
16. Abschreibungen			263	263,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			0	0,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>23.740,52</b>	<b>31.765</b>	<b>8.024,48</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>5.460,92</b>	<b>11.065</b>	<b>5.604,08</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		351,18		-351,18	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>351,18</b>		<b>-351,18</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>5.812,10</b>	<b>11.065</b>	<b>5.252,90</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-513,22		513,22	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		50.402,14	40.702	-9.700,42	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-15.029,93		15.029,93	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>34.858,99</b>	<b>40.702</b>	<b>5.842,73</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>40.671,09</b>	<b>51.767</b>	<b>11.095,63</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-31.872,29	-31.000	872,29	
03. sonstige Transfereinzahlungen		-140,17		140,17	
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-134.741,68	-109.750	24.991,68	
05. privatrechtliche Entgelte		-891,78	-500	391,78	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-33.292,68	-32.700	592,68	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-21.292,11	-10.100	11.192,11	
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-222.230,71</b>	<b>-184.050</b>	<b>38.180,71</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		251.979,99	256.230	4.250,01	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		161.591,44	193.650	32.058,56	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		9.489,10	6.300	-3.189,10	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		110.229,88	102.100	-8.129,88	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>533.290,41</b>	<b>558.280</b>	<b>24.989,59</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>311.059,70</b>	<b>374.230</b>	<b>63.170,30</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_02 Sicherheit und Ordnung;Umwelt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen		-92,56		92,56	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>-92,56</b>		<b>92,56</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen		66.027,92	68.800	2.772,08	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		47.460,03	83.960	36.499,97	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>113.487,95</b>	<b>152.760</b>	<b>39.272,05</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>113.395,39</b>	<b>152.760</b>	<b>39.364,61</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>424.455,09</b>	<b>526.990</b>	<b>102.534,91</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>424.455,09</b>	<b>526.990</b>	<b>102.534,91</b>	



# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 5\_021

Angelegenheiten der Schulen

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-619.409,12	-555.800	63.609,12	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-34.096,25	-171	33.925,25	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-1.925,00	-100	1.825,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-200.395,60	-154.600	45.795,60	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-14.550,33		14.550,33	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-870.376,30</b>	<b>-710.671</b>	<b>159.705,30</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		246.097,64	223.988	-22.109,64	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		152.056,53	161.200	9.143,47	
16. Abschreibungen		35.529,44	4.955	-30.574,44	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		337.673,83	359.900	22.226,17	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>771.357,44</b>	<b>750.043</b>	<b>-21.314,44</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-99.018,86</b>	<b>39.372</b>	<b>138.390,86</b>	
22. außerordentliche Erträge		-147.991,95		147.991,95	
23. außerordentliche Aufwendungen	0,00	21.548,08		-21.548,08	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>-126.443,87</b>		<b>126.443,87</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>-225.462,73</b>	<b>39.372</b>	<b>264.834,73</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-3.086,33		3.086,33	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		248.449,52	158.998	-89.451,68	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-45.046,02		45.046,02	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>200.317,17</b>	<b>158.998</b>	<b>-41.319,33</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>	<b>0,00</b>	<b>-25.145,56</b>	<b>198.370</b>	<b>223.515,40</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

### Produkt P1.05.02.211100 Grundschule Feldbreite

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-715,40	-800	-84,60	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-867,56		867,56	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.582,96</b>	<b>-800</b>	<b>782,96</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		14.351,37	14.680	328,63	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		8.882,84	9.900	1.017,16	
16. Abschreibungen		1.560,98	1.950	389,02	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		9.025,00	7.300	-1.725,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>33.820,19</b>	<b>33.830</b>	<b>9,81</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>32.237,23</b>	<b>33.030</b>	<b>792,77</b>	
22. außerordentliche Erträge		-161,00		161,00	
23. außerordentliche Aufwendungen		476,47		-476,47	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>315,47</b>		<b>-315,47</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>32.552,70</b>	<b>33.030</b>	<b>477,30</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-232,51		232,51	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.511,31	16.244	-6.267,03	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		6.734,75		-6.734,75	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>29.013,55</b>	<b>16.244</b>	<b>-12.769,27</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>61.566,25</b>	<b>49.274</b>	<b>-12.291,97</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben**

## **Produkt P1.05.02.211200 Grundschule Hahn-Lehmden**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-848,67	-900	-51,33	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.644,00		1.644,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-2.492,67</b>	<b>-900</b>	<b>1.592,67</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		17.599,06	17.554	-45,06	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		10.628,22	11.100	471,78	
16. Abschreibungen		1.899,36		-1.899,36	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		9.715,86	9.800	84,14	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>39.842,50</b>	<b>38.454</b>	<b>-1.388,50</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>37.349,83</b>	<b>37.554</b>	<b>204,17</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		291,54		-291,54	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>291,54</b>		<b>-291,54</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>37.641,37</b>	<b>37.554</b>	<b>-87,37</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-272,54		272,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		23.045,36	16.244	-6.801,08	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		2.085,95		-2.085,95	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>24.858,77</b>	<b>16.244</b>	<b>-8.614,49</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>62.500,14</b>	<b>53.798</b>	<b>-8.701,86</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

### Produkt P1.05.02.211300 Grundschule Kleibrok

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-994,40	-1.000	-5,60	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.609,99		1.609,99	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-2.604,39</b>	<b>-1.000</b>	<b>1.604,39</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		16.220,25	15.306	-914,25	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		15.165,06	16.400	1.234,94	
16. Abschreibungen		2.799,75		-2.799,75	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		11.782,19	11.900	117,81	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>45.967,25</b>	<b>43.606</b>	<b>-2.361,25</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>43.362,86</b>	<b>42.606</b>	<b>-756,86</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		291,54		-291,54	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>291,54</b>		<b>-291,54</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>43.654,40</b>	<b>42.606</b>	<b>-1.048,40</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-232,51		232,51	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.511,31	16.244	-6.267,03	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		143,74		-143,74	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>22.422,54</b>	<b>16.244</b>	<b>-6.178,26</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>66.076,94</b>	<b>58.850</b>	<b>-7.226,66</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

## Produkt P1.05.02.211400 Grundschule Leuchtenburg

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-390,04	-400	-9,96	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-654,46		654,46	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.044,50</b>	<b>-400</b>	<b>644,50</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		8.816,83	8.839	22,17	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		8.616,69	8.800	183,31	
16. Abschreibungen		851,89		-851,89	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		4.897,27	4.900	2,73	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>23.182,68</b>	<b>22.539</b>	<b>-643,68</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>22.138,18</b>	<b>22.139</b>	<b>0,82</b>	
22. außerordentliche Erträge		-42,75		42,75	
23. außerordentliche Aufwendungen		336,72		-336,72	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>293,97</b>		<b>-293,97</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>22.432,15</b>	<b>22.139</b>	<b>-293,15</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-256,53		256,53	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.831,73	16.244	-6.587,45	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-19.970,17		19.970,17	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>2.605,03</b>	<b>16.244</b>	<b>13.639,25</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>25.037,18</b>	<b>38.383</b>	<b>13.346,10</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

### Produkt P1.05.02.211500 Grundschule Loy

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-377,18	-400	-22,82	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-591,47		591,47	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-968,65</b>	<b>-400</b>	<b>568,65</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		8.313,98	8.539	225,02	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		8.009,88	9.800	1.790,12	
16. Abschreibungen		1.151,16	436	-715,16	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		4.662,94	4.600	-62,94	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>22.137,96</b>	<b>23.375</b>	<b>1.237,04</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>21.169,31</b>	<b>22.975</b>	<b>1.805,69</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		399,87		-399,87	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>399,87</b>		<b>-399,87</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>21.569,18</b>	<b>22.975</b>	<b>1.405,82</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-232,51		232,51	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.511,31	16.244	-6.267,03	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-6.101,88		6.101,88	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>16.176,92</b>	<b>16.244</b>	<b>67,36</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>37.746,10</b>	<b>39.219</b>	<b>1.473,18</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

### Produkt P1.05.02.211600 Grundschule Wahnbek

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-642,93	-700	-57,07	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-932,56		932,56	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-43,03	-100	-56,97	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.618,52</b>	<b>-800</b>	<b>818,52</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		17.056,01	16.184	-872,01	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		9.740,26	13.400	3.659,74	
16. Abschreibungen		2.083,06	1.532	-551,06	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		8.270,79	7.800	-470,79	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>37.150,12</b>	<b>38.916</b>	<b>1.765,88</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>35.531,60</b>	<b>38.116</b>	<b>2.584,40</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		370,41		-370,41	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>370,41</b>		<b>-370,41</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>35.902,01</b>	<b>38.116</b>	<b>2.213,99</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-272,54		272,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		23.045,36	16.244	-6.801,08	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-11.036,96		11.036,96	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>11.735,86</b>	<b>16.244</b>	<b>4.508,42</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>47.637,87</b>	<b>54.360</b>	<b>6.722,41</b>	



# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

## Produkt P1.05.02.218000 KGS Rastede

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-521.001,85	-480.100	40.901,85	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-26.824,72	-171	26.653,72	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-1.925,00	-100	1.825,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-80.294,18	-45.400	34.894,18	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-10.965,22		10.965,22	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-641.010,97</b>	<b>-525.771</b>	<b>115.239,97</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		134.307,60	116.316	-17.991,60	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		77.827,63	77.700	-127,63	
16. Abschreibungen		23.737,06	1.037	-22.700,06	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		104.679,11	140.500	35.820,89	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>340.551,40</b>	<b>335.553</b>	<b>-4.998,40</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-300.459,57</b>	<b>-190.218</b>	<b>110.241,57</b>	
22. außerordentliche Erträge		-147.788,20		147.788,20	
23. außerordentliche Aufwendungen	0,00	2.286,73		-2.286,73	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>-145.501,47</b>		<b>145.501,47</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>-445.961,04</b>	<b>-190.218</b>	<b>255.743,04</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-801,43		801,43	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		35.231,92	20.049	-15.182,80	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		2.432,11		-2.432,11	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>36.862,60</b>	<b>20.049</b>	<b>-16.813,48</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>	<b>0,00</b>	<b>-409.098,44</b>	<b>-170.169</b>	<b>238.929,56</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

### Produkt P1.05.02.221000 Förderschulen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-94.438,65	-71.500	22.938,65	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-971,49		971,49	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-30.000,00	-21.100	8.900,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-125.410,14</b>	<b>-92.600</b>	<b>32.810,14</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		16.982,72	16.087	-895,72	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		13.141,10	13.800	658,90	
16. Abschreibungen		1.446,18		-1.446,18	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		96.146,95	82.900	-13.246,95	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>127.716,95</b>	<b>112.787</b>	<b>-14.929,95</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>2.306,81</b>	<b>20.187</b>	<b>17.880,19</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		16.840,97		-16.840,97	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>16.840,97</b>		<b>-16.840,97</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>19.147,78</b>	<b>20.187</b>	<b>1.039,22</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-272,54		272,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		23.045,36	11.389	-11.656,16	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-19.333,56		19.333,56	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>3.439,26</b>	<b>11.389</b>	<b>7.949,94</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>22.587,04</b>	<b>31.576</b>	<b>8.989,16</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

## Produkt P1.05.02.241000 Schülerbeförderung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-90.058,39	-88.000	2.058,39	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-3.585,11		3.585,11	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-93.643,50</b>	<b>-88.000</b>	<b>5.643,50</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		9.580,97	8.084	-1.496,97	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		88.189,58	88.000	-189,58	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>97.770,55</b>	<b>96.084</b>	<b>-1.686,55</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>4.127,05</b>	<b>8.084</b>	<b>3.956,95</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>4.127,05</b>	<b>8.084</b>	<b>3.956,95</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-160,37		160,37	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		19.128,89	9.352	-9.776,57	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>18.968,52</b>	<b>9.352</b>	<b>-9.616,20</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>23.095,57</b>	<b>17.436</b>	<b>-5.659,25</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

### Produkt P1.05.02.243000 Sonstige schulische Aufgaben

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		318,57	344	25,43	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		44,85	300	255,15	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		304,14	2.200	1.895,86	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>667,56</b>	<b>2.844</b>	<b>2.176,44</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>667,56</b>	<b>2.844</b>	<b>2.176,44</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		28,21		-28,21	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>28,21</b>		<b>-28,21</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>695,77</b>	<b>2.844</b>	<b>2.148,23</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		19.998,94	9.487	-10.512,22	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.790,45</b>	<b>9.487</b>	<b>-10.303,73</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>20.486,22</b>	<b>12.331</b>	<b>-8.155,50</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

### Produkt P1.05.02.244000 Kreisschulbaukasse

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		2.550,28	2.055	-495,28	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>2.550,28</b>	<b>2.055</b>	<b>-495,28</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>2.550,28</b>	<b>2.055</b>	<b>-495,28</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		225,62		-225,62	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>225,62</b>		<b>-225,62</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>2.775,90</b>	<b>2.055</b>	<b>-720,90</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-144,36		144,36	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		14.588,03	11.255	-3.333,23	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>14.443,67</b>	<b>11.255</b>	<b>-3.188,87</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>17.219,57</b>	<b>13.310</b>	<b>-3.909,77</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-752.641,37	-555.800	196.841,37	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte		-1.968,42	-100	1.868,42	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-84.346,07	-154.600	-70.253,93	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG		-42,75		42,75	
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-5.361,21		5.361,21	
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-844.359,82</b>	<b>-710.500</b>	<b>133.859,82</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		239.597,56	229.727	-9.870,56	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		153.228,73	161.200	7.971,27	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen					
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		349.094,44	359.900	10.805,56	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>741.920,73</b>	<b>750.827</b>	<b>8.906,27</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-102.439,09</b>	<b>40.327</b>	<b>142.766,09</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_21 Schulaufgaben

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-274.661,95	-85.000	189.661,95	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen		4.243,10		-4.243,10	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>-270.418,85</b>	<b>-85.000</b>	<b>185.418,85</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen		644.956,45	665.000	20.043,55	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		335.984,72	58.250	-277.734,72	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen		67.027,06	23.000	-44.027,06	
30. Sonstige Investitionstätigkeit			44.600	44.600,00	
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>1.047.968,23</b>	<b>790.850</b>	<b>-257.118,23</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>777.549,38</b>	<b>705.850</b>	<b>-71.699,38</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>675.110,29</b>	<b>746.177</b>	<b>71.066,71</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit			-713.100	-713.100,00	
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit		240.641,57	245.300	4.658,43	
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>240.641,57</b>	<b>-467.800</b>	<b>-708.441,57</b>	
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>915.751,86</b>	<b>278.377</b>	<b>-637.374,86</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 5\_022

Heimat- und Kulturpflege



## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-11.900,00	-10.000	1.900,00	
06. privatrechtliche Entgelte		-300,00		300,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-109,89	-100	9,89	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-3.489,83		3.489,83	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-15.799,72</b>	<b>-10.100</b>	<b>5.699,72</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		190.998,31	195.858	4.859,69	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		39.200,47	37.100	-2.100,47	
16. Abschreibungen		1.356,36		-1.356,36	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		254.763,73	319.900	65.136,27	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		53.274,03	24.000	-29.274,03	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>539.592,90</b>	<b>576.858</b>	<b>37.265,10</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>523.793,18</b>	<b>566.758</b>	<b>42.964,82</b>	
22. außerordentliche Erträge		-84,38		84,38	
23. außerordentliche Aufwendungen		480,50		-480,50	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>396,12</b>		<b>-396,12</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>524.189,30</b>	<b>566.758</b>	<b>42.568,70</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-1.803,86		1.803,86	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		137.860,95	155.419	17.557,69	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-14.269,51		14.269,51	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>121.787,58</b>	<b>155.419</b>	<b>33.631,06</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>645.976,88</b>	<b>722.177</b>	<b>76.199,76</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

## Produkt P1.05.02.252100 Archiv

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		796,28	784	-12,28	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.263,52	2.700	436,48	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		14.090,04	17.200	3.109,96	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>17.149,84</b>	<b>20.684</b>	<b>3.534,16</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>17.149,84</b>	<b>20.684</b>	<b>3.534,16</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		223,35		-223,35	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>223,35</b>		<b>-223,35</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>17.373,19</b>	<b>20.684</b>	<b>3.310,81</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-240,34		240,34	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		15.744,19	14.207	-1.536,79	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>15.503,85</b>	<b>14.207</b>	<b>-1.296,45</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>32.877,04</b>	<b>34.891</b>	<b>2.014,36</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

## Produkt P1.05.02.252200 Ausstellungen/Veranstaltungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		327,65	584	256,35	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			0	0,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>327,65</b>	<b>584</b>	<b>256,35</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>327,65</b>	<b>584</b>	<b>256,35</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>327,65</b>	<b>584</b>	<b>256,35</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-96,24		96,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		4.924,41	6.534	1.609,71	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>4.828,17</b>	<b>6.534</b>	<b>1.705,95</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>5.155,82</b>	<b>7.118</b>	<b>1.962,30</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

## Produkt P1.05.02.261000 Theater

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		2.000,00	4.200	2.200,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>2.000,00</b>	<b>4.200</b>	<b>2.200,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>2.000,00</b>	<b>4.200</b>	<b>2.200,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>2.000,00</b>	<b>4.200</b>	<b>2.200,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-96,24		96,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		4.820,76	6.400	1.578,96	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>4.724,52</b>	<b>6.400</b>	<b>1.675,20</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>6.724,52</b>	<b>10.600</b>	<b>3.875,20</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

## Produkt P1.05.02.262000 Musikpflege

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen		12,00		-12,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		2.202,57	2.200	-2,57	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>2.214,57</b>	<b>2.200</b>	<b>-14,57</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>2.214,57</b>	<b>2.200</b>	<b>-14,57</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>2.214,57</b>	<b>2.200</b>	<b>-14,57</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-96,24		96,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		4.924,41	6.534	1.609,71	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>4.828,17</b>	<b>6.534</b>	<b>1.705,95</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>7.042,74</b>	<b>8.734</b>	<b>1.691,38</b>	

## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

### Produkt P1.05.02.263000 Musikschulen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		12.432,99	25.000	12.567,01	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>12.432,99</b>	<b>25.000</b>	<b>12.567,01</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>12.432,99</b>	<b>25.000</b>	<b>12.567,01</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>12.432,99</b>	<b>25.000</b>	<b>12.567,01</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-96,24		96,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		4.820,76	6.400	1.578,96	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>4.724,52</b>	<b>6.400</b>	<b>1.675,20</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>17.157,51</b>	<b>31.400</b>	<b>14.242,21</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

## Produkt P1.05.02.271000 Volkshochschulen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			0	0,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-96,24		96,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		4.820,76	6.400	1.578,96	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>4.724,52</b>	<b>6.400</b>	<b>1.675,20</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>4.724,52</b>	<b>6.400</b>	<b>1.675,20</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

## Produkt P1.05.02.272000 Büchereien (Schulbüch. Zuord. z.Schule)

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-11.900,00	-10.000	1.900,00	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-109,89	-100	9,89	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-3.489,83		3.489,83	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-15.499,72</b>	<b>-10.100</b>	<b>5.399,72</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		115.863,16	121.069	5.205,84	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		16.564,49	15.500	-1.064,49	
16. Abschreibungen		80,85		-80,85	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		3.048,08	6.500	3.451,92	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>135.556,58</b>	<b>143.069</b>	<b>7.512,42</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>120.056,86</b>	<b>132.969</b>	<b>12.912,14</b>	
22. außerordentliche Erträge		-84,38		84,38	
23. außerordentliche Aufwendungen		33,53		-33,53	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-50,85</b>		<b>50,85</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>120.006,01</b>	<b>132.969</b>	<b>12.962,99</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-272,54		272,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		21.949,39	35.665	13.715,25	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		658,52		-658,52	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>22.335,37</b>	<b>35.665</b>	<b>13.329,27</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>142.341,38</b>	<b>168.634</b>	<b>26.292,26</b>	



## Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

### Produkt P1.05.02.281100 Heimat- und sonstige Kulturpflege

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-300,00		300,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-300,00</b>	<b>0</b>	<b>300,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		4.561,22	4.965	403,78	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		20.052,00	15.000	-5.052,00	
16. Abschreibungen		213,60		-213,60	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		113.128,17	163.500	50.371,83	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		36.076,41		-36.076,41	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>174.031,40</b>	<b>183.465</b>	<b>9.433,60</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>173.731,40</b>	<b>183.465</b>	<b>9.733,60</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		223,62		-223,62	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>223,62</b>		<b>-223,62</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>173.955,02</b>	<b>183.465</b>	<b>9.509,98</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.190,89	16.244	-5.946,61	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		0,09		-0,09	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>21.982,49</b>	<b>16.244</b>	<b>-5.738,21</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>195.937,51</b>	<b>199.709</b>	<b>3.771,77</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

## Produkt P1.05.02.281200 Palais

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		327,65	584	256,35	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		125.000,00	125.000	0,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>125.327,65</b>	<b>125.584</b>	<b>256,35</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>125.327,65</b>	<b>125.584</b>	<b>256,35</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>125.327,65</b>	<b>125.584</b>	<b>256,35</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-232,51		232,51	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		24.599,64	13.157	-11.442,48	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-406,96		406,96	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>23.960,17</b>	<b>13.157</b>	<b>-10.803,01</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>149.287,82</b>	<b>138.741</b>	<b>-10.546,66</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft**

## **Produkt P1.05.02.291000 Förd.v. Kirchengem./s. Religionsgem.**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			0	0,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-96,24		96,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		6.020,38	6.534	513,74	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>5.924,14</b>	<b>6.534</b>	<b>609,98</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>5.924,14</b>	<b>6.534</b>	<b>609,98</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

## Produkt P1.05.02.366100 Jugendtr. Villa Hartm. und Jugendräume

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		60.785,63	59.388	-1.397,63	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		320,46	3.300	2.979,54	
16. Abschreibungen		1.049,91		-1.049,91	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		59,50	300	240,50	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>62.215,50</b>	<b>62.988</b>	<b>772,50</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>62.215,50</b>	<b>62.988</b>	<b>772,50</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>62.215,50</b>	<b>62.988</b>	<b>772,50</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-272,54		272,54	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		23.045,36	25.954	2.909,08	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-3.008,46		3.008,46	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.764,36</b>	<b>25.954</b>	<b>6.190,08</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>81.979,86</b>	<b>88.942</b>	<b>6.962,58</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft**

## **Produkt P1.05.02.573200 Allgem. Einricht./Unternehmen**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-16.081,20	-19.700	-3.618,80	
06. privatrechtliche Entgelte		-13,00		13,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-2.185,40	-1.000	1.185,40	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-18.279,60</b>	<b>-20.700</b>	<b>-2.420,40</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		19.687,12	20.652	964,88	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		4.053,40	10.850	6.796,60	
16. Abschreibungen			263	263,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen			0	0,00	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>23.740,52</b>	<b>31.765</b>	<b>8.024,48</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>5.460,92</b>	<b>11.065</b>	<b>5.604,08</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		351,18		-351,18	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>351,18</b>		<b>-351,18</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>5.812,10</b>	<b>11.065</b>	<b>5.252,90</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-513,22		513,22	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		50.402,14	40.702	-9.700,42	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-15.029,93		15.029,93	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>34.858,99</b>	<b>40.702</b>	<b>5.842,73</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>40.671,09</b>	<b>51.767</b>	<b>11.095,63</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-12.013,54	-10.000	2.013,54	
05. privatrechtliche Entgelte		-300,00		300,00	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-19,20	-100	-80,80	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-3,51		3,51	
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-12.336,25</b>	<b>-10.100</b>	<b>2.236,25</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		188.483,87	196.089	7.605,13	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		39.295,67	37.100	-2.195,67	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		254.930,93	319.900	64.969,07	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		53.435,71	24.000	-29.435,71	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>536.146,18</b>	<b>577.089</b>	<b>40.942,82</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>523.809,93</b>	<b>566.989</b>	<b>43.179,07</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_22 Kultur und Wissenschaft

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden		15.506,78		-15.506,78	
26. Baumaßnahmen		5.000,00		-5.000,00	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		7.779,76	5.000	-2.779,76	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen		0,00	51.300	51.300,00	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>28.286,54</b>	<b>56.300</b>	<b>28.013,46</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>28.286,54</b>	<b>56.300</b>	<b>28.013,46</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>552.096,47</b>	<b>623.289</b>	<b>71.192,53</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>552.096,47</b>	<b>623.289</b>	<b>71.192,53</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 5\_023

Gesundheit und Sport



## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-75,58	-613	-537,42	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-292.021,52	-323.629	-31.607,48	
06. privatrechtliche Entgelte		-3.972,00	0	3.972,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-218,64	0	218,64	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-4.740,84		4.740,84	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-301.028,58</b>	<b>-324.242</b>	<b>-23.213,42</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		241.411,86	234.148	-7.263,86	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		19.858,05	37.977	18.118,95	
16. Abschreibungen		3.603,22	5.812	2.208,78	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		57.299,01	63.000	5.700,99	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		6.190,39	9.875	3.684,61	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>328.362,53</b>	<b>350.812</b>	<b>22.449,47</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>27.333,95</b>	<b>26.570</b>	<b>-763,95</b>	
22. außerordentliche Erträge		-946,46	0	946,46	
23. außerordentliche Aufwendungen		215,29		-215,29	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-731,17</b>	<b>0</b>	<b>731,17</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>26.602,78</b>	<b>26.570</b>	<b>-32,78</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*			-80.498	-80.498,00	
26b Ertrag aus Umlage 91*		-3.303,93		3.303,93	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		188.018,53	208.250	20.231,51	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-183.780,62		183.780,62	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>933,98</b>	<b>127.752</b>	<b>126.818,06</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>27.536,76</b>	<b>154.322</b>	<b>126.785,28</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen**

## **Produkt P1.05.01.411000 Krankenhäuser (Ammerland-Klinik GmbH)**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>					
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>					
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>					
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*					
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*					
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>					
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>					

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen**

## **Produkt P1.05.02.421000 Förderung des Sports**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		13.064,01	13.426	361,99	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen		831,75		-831,75	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		57.299,01	63.000	5.700,99	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>71.194,77</b>	<b>76.426</b>	<b>5.231,23</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>71.194,77</b>	<b>76.426</b>	<b>5.231,23</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		56,42		-56,42	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>56,42</b>		<b>-56,42</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>71.251,19</b>	<b>76.426</b>	<b>5.174,81</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		24.382,87	18.147	-6.236,23	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>24.174,38</b>	<b>18.147</b>	<b>-6.027,74</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>95.425,57</b>	<b>94.573</b>	<b>-852,93</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen**

## **Produkt P1.05.02.424100.001 Freibad Rastede**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-97.499,55	-88.785	8.714,55	
06. privatrechtliche Entgelte			0	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-97.499,55</b>	<b>-88.785</b>	<b>8.714,55</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		72.174,77	77.828	5.653,23	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.020,30	5.782	3.761,70	
16. Abschreibungen		47,76		-47,76	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		5.050,21	6.253	1.202,79	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>79.293,04</b>	<b>89.863</b>	<b>10.569,96</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-18.206,51</b>	<b>1.078</b>	<b>19.284,51</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-18.206,51</b>	<b>1.078</b>	<b>19.284,51</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*			-25.334	-25.334,00	
26b Ertrag aus Umlage 91*		-256,53		256,53	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.831,73	25.954	3.122,71	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-36.513,44		36.513,44	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-13.938,24</b>	<b>620</b>	<b>14.558,68</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-32.144,75</b>	<b>1.698</b>	<b>33.843,19</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen**

## **Produkt P1.05.02.424100.002 Badeanstalt Hahn**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal			0	0,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-96,24		96,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		5.916,73	6.400	482,99	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		14.134,53		-14.134,53	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.955,02</b>	<b>6.400</b>	<b>-13.555,30</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>19.955,02</b>	<b>6.400</b>	<b>-13.555,30</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen**

## **Produkt P1.05.02.424100.003 Hallenbad**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-193.465,97	-233.644	-40.178,03	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-100,00		100,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-4.740,84		4.740,84	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-198.306,81</b>	<b>-233.644</b>	<b>-35.337,19</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		139.445,00	122.626	-16.819,00	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		5.049,57	10.095	5.045,43	
16. Abschreibungen		579,95	3.968	3.388,05	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		389,64	822	432,36	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>145.464,16</b>	<b>137.511</b>	<b>-7.953,16</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-52.842,65</b>	<b>-96.133</b>	<b>-43.290,35</b>	
22. außerordentliche Erträge		-787,59		787,59	
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-787,59</b>		<b>787,59</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-53.630,24</b>	<b>-96.133</b>	<b>-42.502,76</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*			-55.164	-55.164,00	
26b Ertrag aus Umlage 91*		-352,77		352,77	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		26.556,50	25.954	-602,06	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-120.125,18		120.125,18	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-93.921,45</b>	<b>-29.210</b>	<b>64.711,89</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-147.551,69</b>	<b>-125.343</b>	<b>22.209,13</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen**

## **Produkt P1.05.02.424200 Sportplätze**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten			-613	-613,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>			<b>-613</b>	<b>-613,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		5.992,90	8.784	2.791,10	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			3.600	3.600,00	
16. Abschreibungen		1.428,40	1.844	415,60	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			1.000	1.000,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>7.421,30</b>	<b>15.228</b>	<b>7.806,70</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>7.421,30</b>	<b>14.615</b>	<b>7.193,70</b>	
22. außerordentliche Erträge			0	0,00	
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>			<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>7.421,30</b>	<b>14.615</b>	<b>7.193,70</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-1.170,89		1.170,89	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		53.782,15	61.042	7.260,17	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-3.332,70		3.332,70	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>49.278,56</b>	<b>61.042</b>	<b>11.763,76</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>56.699,86</b>	<b>75.657</b>	<b>18.957,46</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen**

## **Produkt P1.05.02.424300 Sporthallen**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-75,58		75,58	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-1.056,00	-1.200	-144,00	
06. privatrechtliche Entgelte		-3.972,00		3.972,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-118,64		118,64	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-5.222,22</b>	<b>-1.200</b>	<b>4.022,22</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		10.735,18	11.484	748,82	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		12.788,18	18.500	5.711,82	
16. Abschreibungen		715,36		-715,36	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		750,54	1.800	1.049,46	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>24.989,26</b>	<b>31.784</b>	<b>6.794,74</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>19.767,04</b>	<b>30.584</b>	<b>10.816,96</b>	
22. außerordentliche Erträge		-158,87	0	158,87	
23. außerordentliche Aufwendungen		158,87		-158,87	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>19.767,04</b>	<b>30.584</b>	<b>10.816,96</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-1.219,01		1.219,01	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		54.548,55	70.752	16.203,93	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-37.943,83		37.943,83	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>15.385,71</b>	<b>70.752</b>	<b>55.366,77</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>35.152,75</b>	<b>101.336</b>	<b>66.183,73</b>	



## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-292.684,89	-323.629	-30.944,11	
05. privatrechtliche Entgelte		-3.972,00		3.972,00	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-260,62		260,62	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-20.407,02	-140.334	-119.926,98	
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-317.324,53</b>	<b>-463.963</b>	<b>-146.638,47</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		222.675,24	234.386	11.710,76	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		20.103,59	37.977	17.873,41	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen		56.588,38	63.000	6.411,62	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		111.747,56	232.652	120.904,44	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>411.114,77</b>	<b>568.015</b>	<b>156.900,23</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>93.790,24</b>	<b>104.052</b>	<b>10.261,76</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH5\_23 Gesundheit,Sport u. Allgem.Einrichtungen

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit			-203.700	-203.700,00	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit					
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>			<b>-203.700</b>	<b>-203.700,00</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen		713.389,06	1.454.077	740.687,94	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		413.936,74	99.127	-314.809,74	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen		77.376,75	147.400	70.023,25	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>1.204.702,55</b>	<b>1.700.604</b>	<b>495.901,45</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>1.204.702,55</b>	<b>1.496.904</b>	<b>292.201,45</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>1.298.492,79</b>	<b>1.600.956</b>	<b>302.463,21</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>1.298.492,79</b>	<b>1.600.956</b>	<b>302.463,21</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 6\_01

Räumliche Planung und Entwicklung  
Tiefbau  
Naturschutz und Landschaftspflege

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-4.784,01		4.784,01	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.175.689,34	-697.318	478.371,34	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-1.945.287,17	-2.157.950	-212.662,83	
06. privatrechtliche Entgelte		-12.734,87	-12.500	234,87	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-759,67	-23.750	-22.990,33	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-442,75		442,75	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-596.152,70	-325.150	271.002,70	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-3.735.850,51</b>	<b>-3.216.668</b>	<b>519.182,51</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		577.807,11	583.022	5.214,89	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.055.005,44	2.278.110	223.104,56	
16. Abschreibungen		1.763.310,27	1.563.863	-199.447,27	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		27,97		-27,97	
18. Transferaufwendungen		35.202,75	43.500	8.297,25	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		49.761,70	79.300	29.538,30	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>4.481.115,24</b>	<b>4.547.795</b>	<b>66.679,76</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>745.264,73</b>	<b>1.331.127</b>	<b>585.862,27</b>	
22. außerordentliche Erträge		-179.373,41	-1.200	178.173,41	
23. außerordentliche Aufwendungen		164.521,55		-164.521,55	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-14.851,86</b>	<b>-1.200</b>	<b>13.651,86</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>730.412,87</b>	<b>1.329.927</b>	<b>599.514,13</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*		-112.930,68		112.930,68	
26b Ertrag aus Umlage 91*		-3.816,02		3.816,02	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*		5.538,40		-5.538,40	
27b Aufwand aus Umlage 91*		327.483,69	285.214	-42.269,65	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		218.045,24		-218.045,24	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>434.320,63</b>	<b>285.214</b>	<b>-149.106,59</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>1.164.733,50</b>	<b>1.615.141</b>	<b>450.407,54</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege**

## **Produkt P1.06.00.366200 Kinderspielpl.(nicht Schulen, KiGa, Bad)**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		5.671,51	5.984	312,49	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		96.436,69	115.300	18.863,31	
16. Abschreibungen			9.641	9.641,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>102.108,20</b>	<b>130.925</b>	<b>28.816,80</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>102.108,20</b>	<b>130.925</b>	<b>28.816,80</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		9.661,84		-9.661,84	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>9.661,84</b>		<b>-9.661,84</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>111.770,04</b>	<b>130.925</b>	<b>19.154,96</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.190,89	11.389	-10.801,69	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		12.489,58		-12.489,58	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>34.471,98</b>	<b>11.389</b>	<b>-23.082,78</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>146.242,02</b>	<b>142.314</b>	<b>-3.927,82</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege**

## **Produkt P1.06.00.511000 Räuml. Planung u. Entwicklungsmaßn.**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.543,16	-3.000	-456,84	
06. privatrechtliche Entgelte		-122,70		122,70	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-5.000	-5.000,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-222.605,69		222.605,69	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-225.271,55</b>	<b>-8.000</b>	<b>217.271,55</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		83.741,98	84.200	458,02	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		116.946,02	97.300	-19.646,02	
16. Abschreibungen		5.305,28	0	-5.305,28	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		5.114,65	300	-4.814,65	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>211.107,93</b>	<b>181.800</b>	<b>-29.307,93</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-14.163,62</b>	<b>173.800</b>	<b>187.963,62</b>	
22. außerordentliche Erträge		-65,88		65,88	
23. außerordentliche Aufwendungen		10.124,32		-10.124,32	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>10.058,44</b>		<b>-10.058,44</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-4.105,18</b>	<b>173.800</b>	<b>177.905,18</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-352,59		352,59	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		30.689,36	18.147	-12.542,72	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>30.336,77</b>	<b>18.147</b>	<b>-12.190,13</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>26.231,59</b>	<b>191.947</b>	<b>165.715,05</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

## Produkt P1.06.00.538100 Abwasserbeseitigung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-320.322,47	-387.198	-66.875,53	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-1.895.062,41	-2.106.150	-211.087,59	
06. privatrechtliche Entgelte		-2.500,00	-2.500	0,00	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-222,02	-10.200	-9.977,98	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-332,00		332,00	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-2.975,29	-300	2.675,29	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-2.221.414,19</b>	<b>-2.506.348</b>	<b>-284.933,81</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		272.837,39	259.912	-12.925,39	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		423.437,22	626.620	203.182,78	
16. Abschreibungen		657.177,56	664.165	6.987,44	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		22.024,65	72.300	50.275,35	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>1.375.476,82</b>	<b>1.622.997</b>	<b>247.520,18</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-845.937,37</b>	<b>-883.351</b>	<b>-37.413,63</b>	
22. außerordentliche Erträge		-168.697,62		168.697,62	
23. außerordentliche Aufwendungen		53.167,37		-53.167,37	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-115.530,25</b>		<b>115.530,25</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-961.467,62</b>	<b>-883.351</b>	<b>78.116,62</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*		-5.538,40		5.538,40	
26b Ertrag aus Umlage 91*		-897,67		897,67	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*		5.538,40		-5.538,40	
27b Aufwand aus Umlage 91*		89.544,73	48.956	-40.588,45	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		72,44		-72,44	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>88.719,50</b>	<b>48.956</b>	<b>-39.763,22</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-872.748,12</b>	<b>-834.395</b>	<b>38.353,40</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

## Produkt P1.06.00.538200 Niederschlagswasser

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-59.845,91	-56.233	3.612,91	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-276,12	-1.400	-1.123,88	
06. privatrechtliche Entgelte		-209,65		209,65	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-3.750	-3.750,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge			-100	-100,00	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-60.331,68</b>	<b>-61.483</b>	<b>-1.151,32</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		35.847,04	48.493	12.645,96	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		51.902,29	82.100	30.197,71	
16. Abschreibungen		214.784,57	184.365	-30.419,57	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		180,45	100	-80,45	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>302.714,35</b>	<b>315.058</b>	<b>12.343,65</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>242.382,67</b>	<b>253.575</b>	<b>11.192,33</b>	
22. außerordentliche Erträge		-2.042,56		2.042,56	
23. außerordentliche Aufwendungen		2.688,49		-2.688,49	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>645,93</b>		<b>-645,93</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>243.028,60</b>	<b>253.575</b>	<b>10.546,40</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*		-107.392,28		107.392,28	
26b Ertrag aus Umlage 91*		-465,02		465,02	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		28.302,95	18.147	-10.156,31	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-79.554,35</b>	<b>18.147</b>	<b>97.700,99</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>163.474,25</b>	<b>271.722</b>	<b>108.247,39</b>	



# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege**

## **Produkt P1.06.00.541100 Gemeindestraßen**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-789.887,95	-241.870	548.017,95	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			0	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-110,75		110,75	
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge		-370.571,72	-324.750	45.821,72	
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-1.160.570,42</b>	<b>-566.620</b>	<b>593.950,42</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		144.238,03	132.862	-11.376,03	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		986.094,02	949.940	-36.154,02	
16. Abschreibungen		860.436,51	692.853	-167.583,51	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		2.383,47	9.400	7.016,53	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		21.876,34	6.500	-15.376,34	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>2.015.028,37</b>	<b>1.791.555</b>	<b>-223.473,37</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>854.457,95</b>	<b>1.224.935</b>	<b>370.477,05</b>	
22. außerordentliche Erträge		-5.959,89	-1.100	4.859,89	
23. außerordentliche Aufwendungen		67.125,49		-67.125,49	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>61.165,60</b>	<b>-1.100</b>	<b>-62.265,60</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>915.623,55</b>	<b>1.223.835</b>	<b>308.211,45</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-561,08		561,08	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		48.392,69	65.290	16.896,83	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		226.587,78		-226.587,78	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>274.419,39</b>	<b>65.290</b>	<b>-209.129,87</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>1.190.042,94</b>	<b>1.289.125</b>	<b>99.081,58</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege**

## **Produkt P1.06.00.545100 Straßenreinigung**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten			-9.225	-9.225,00	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-47.405,48	-47.400	5,48	
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-47.405,48</b>	<b>-56.625</b>	<b>-9.219,52</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		6.556,51	6.384	-172,51	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		177.780,63	98.650	-79.130,63	
16. Abschreibungen		0,01		-0,01	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>184.337,15</b>	<b>105.034</b>	<b>-79.303,15</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>136.931,67</b>	<b>48.409</b>	<b>-88.522,67</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>136.931,67</b>	<b>48.409</b>	<b>-88.522,67</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-192,48		192,48	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		19.748,30	35.665	15.916,34	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.555,82</b>	<b>35.665</b>	<b>16.108,82</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>156.487,49</b>	<b>84.074</b>	<b>-72.413,85</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

## Produkt P1.06.00.545200 Straßenbeleuchtung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-537,65		537,65	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-537,65</b>		<b>537,65</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		3.471,17	3.684	212,83	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		129.232,30	128.600	-632,30	
16. Abschreibungen		7.302,56	5.664	-1.638,56	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		27,97		-27,97	
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		565,61		-565,61	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>140.599,61</b>	<b>137.948</b>	<b>-2.651,61</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>140.061,96</b>	<b>137.948</b>	<b>-2.113,96</b>	
22. außerordentliche Erträge		-2.607,46	-100	2.507,46	
23. außerordentliche Aufwendungen		7.316,13		-7.316,13	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>4.708,67</b>	<b>-100</b>	<b>-4.808,67</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>144.770,63</b>	<b>137.848</b>	<b>-6.922,63</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		19.954,53	16.244	-3.710,25	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>19.746,04</b>	<b>16.244</b>	<b>-3.501,76</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>164.516,67</b>	<b>154.092</b>	<b>-10.424,39</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege**

## **Produkt P1.06.00.547000 ÖPNV**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-5.633,01	-2.792	2.841,01	
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-5.633,01</b>	<b>-2.792</b>	<b>2.841,01</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		7.780,42	22.015	14.234,58	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		18.014,73	0	-18.014,73	
16. Abschreibungen		11.789,28	7.175	-4.614,28	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen		32.819,28	34.100	1.280,72	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			100	100,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>70.403,71</b>	<b>63.390</b>	<b>-7.013,71</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>64.770,70</b>	<b>60.598</b>	<b>-4.172,70</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		910,38		-910,38	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>910,38</b>		<b>-910,38</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>65.681,08</b>	<b>60.598</b>	<b>-5.083,08</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		14.978,84	16.244	1.265,44	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		35,07		-35,07	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>14.805,42</b>	<b>16.244</b>	<b>1.438,86</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>80.486,50</b>	<b>76.842</b>	<b>-3.644,22</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

## Produkt P1.06.00.551100 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-923,12		923,12	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-923,12</b>		<b>923,12</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		7.526,47	7.784	257,53	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		31.189,70	24.800	-6.389,70	
16. Abschreibungen		6.514,50		-6.514,50	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>45.230,67</b>	<b>32.584</b>	<b>-12.646,67</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>44.307,55</b>	<b>32.584</b>	<b>-11.723,55</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>44.307,55</b>	<b>32.584</b>	<b>-11.723,55</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		22.190,89	16.244	-5.946,61	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		-25.885,09		25.885,09	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>-3.902,69</b>	<b>16.244</b>	<b>20.146,97</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>40.404,86</b>	<b>48.828</b>	<b>8.423,42</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

## Produkt P1.06.00.553000 Friedhofs- u. Bestattungswesen

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen		-4.784,01		4.784,01	
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-4.800	-4.800,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-4.784,01</b>	<b>-4.800</b>	<b>-15,99</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal					
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		359,25	4.800	4.440,75	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen					
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>359,25</b>	<b>4.800</b>	<b>4.440,75</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-4.424,76</b>	<b>0</b>	<b>4.424,76</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-4.424,76</b>	<b>0</b>	<b>4.424,76</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-96,24		96,24	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		3.724,78	6.400	2.674,94	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		587,19		-587,19	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>4.215,73</b>	<b>6.400</b>	<b>2.183,99</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>-209,03</b>	<b>6.400</b>	<b>6.608,75</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege**

## **Produkt P1.06.00.554000 Naturschutz- und Landschaftspflege**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>					
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		6.665,42	7.920	1.254,58	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		23.612,59	150.000	126.387,41	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>30.278,01</b>	<b>157.920</b>	<b>127.641,99</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>30.278,01</b>	<b>157.920</b>	<b>127.641,99</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen		13.527,53		-13.527,53	
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>		<b>13.527,53</b>		<b>-13.527,53</b>	
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>43.805,54</b>	<b>157.920</b>	<b>114.114,46</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		14.978,84	16.244	1.265,44	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		4.018,81		-4.018,81	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>18.789,16</b>	<b>16.244</b>	<b>-2.544,88</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>62.594,70</b>	<b>174.164</b>	<b>111.569,58</b>	

# **Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege**

## **Produkt P1.06.00.555000 Land. und Forstwirtschaft**

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte		-8.979,40	-10.000	-1.020,60	
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-8.979,40</b>	<b>-10.000</b>	<b>-1.020,60</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		3.471,17	3.784	312,83	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	0,00	
16. Abschreibungen					
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>3.471,17</b>	<b>3.784</b>	<b>312,83</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-5.508,23</b>	<b>-6.216</b>	<b>-707,77</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>-5.508,23</b>	<b>-6.216</b>	<b>-707,77</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-208,49		208,49	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		12.786,89	16.244	3.457,39	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*		139,46		-139,46	
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>12.717,86</b>	<b>16.244</b>	<b>3.526,42</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>7.209,63</b>	<b>10.028</b>	<b>2.818,65</b>	



## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-4.784,01		4.784,01	
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.111.249,16	-2.157.950	-46.700,84	
05. privatrechtliche Entgelte		-12.592,12	-13.700	-1.107,88	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-1.317,66	-23.750	-22.432,34	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen		-442,75		442,75	
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-579.063,23	-325.150	253.913,23	
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-2.709.448,93</b>	<b>-2.520.550</b>	<b>188.898,93</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		611.996,27	603.952	-8.044,27	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG		2.000.011,82	2.278.110	278.098,18	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen		27,97		-27,97	
15. Transferauszahlungen		35.202,75	43.500	8.297,25	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		91.611,31	79.300	-12.311,31	
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>2.738.850,12</b>	<b>3.004.862</b>	<b>266.011,88</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>29.401,19</b>	<b>484.312</b>	<b>454.910,81</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH6\_01 Planung,Verkehr,Abwasser,Nat.u.L.-pflege

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit		-1.153.963,06	-1.502.322	-348.358,94	
21. Veräußerung von Sachvermögen		-12.022,48	-37.000	-24.977,52	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit		-495,61		495,61	
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>-1.166.481,15</b>	<b>-1.539.322</b>	<b>-372.840,85</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden		1.317,80	50.000	48.682,20	
26. Baumaßnahmen		2.132.414,58	4.173.700	2.041.285,42	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen		95.257,60	36.000	-59.257,60	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen		429.897,33	53.600	-376.297,33	
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>		<b>2.658.887,31</b>	<b>4.313.300</b>	<b>1.654.412,69</b>	
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>1.492.406,16</b>	<b>2.773.978</b>	<b>1.281.571,84</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>1.521.807,35</b>	<b>3.258.290</b>	<b>1.736.482,65</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>1.521.807,35</b>	<b>3.258.290</b>	<b>1.736.482,65</b>	

# **Jahresrechnung 2009**

Teilhaushalt 6\_02

Beziehungen zum Bauhof

## A. Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_02 Bauhof

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-15.000,00	-15.000	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-15.000,00</b>	<b>-15.000</b>	<b>0,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		15.265,57	7.284	-7.981,57	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen		0,00		0,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>15.265,57</b>	<b>7.284</b>	<b>-7.981,57</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>265,57</b>	<b>-7.716</b>	<b>-7.981,57</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>265,57</b>	<b>-7.716</b>	<b>-7.981,57</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-832,80		832,80	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		42.811,09	50.225	7.414,00	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>41.978,29</b>	<b>50.225</b>	<b>8.246,80</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>42.243,86</b>	<b>42.509</b>	<b>265,23</b>	

# Teil-Ergebnisrechnung 2009TH6\_02 Bauhof

## Produkt P1.06.00.573300 Bauhof

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen u. allgem. Umlagen					
03. Auflösungserträge aus Sonderposten					
04. sonstige Transfererträge					
05. öffentlich-rechtliche Entgelte					
06. privatrechtliche Entgelte					
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-15.000,00	-15.000	0,00	
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge					
09. aktivierte Eigenleistungen					
10. Bestandsveränderungen					
11. sonstige ordentliche Erträge					
<b>12. =Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-15.000,00</b>	<b>-15.000</b>	<b>0,00</b>	
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		15.265,57	7.284	-7.981,57	
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
16. Abschreibungen		0,00		0,00	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
18. Transferaufwendungen					
19. sonstige ordentliche Aufwendungen			0	0,00	
<b>20. = Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>15.265,57</b>	<b>7.284</b>	<b>-7.981,57</b>	
<b>21. ordentliches Ergebnis</b>		<b>265,57</b>	<b>-7.716</b>	<b>-7.981,57</b>	
22. außerordentliche Erträge					
23. außerordentliche Aufwendungen					
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>25. Jahresergebnis</b>		<b>265,57</b>	<b>-7.716</b>	<b>-7.981,57</b>	
26a Erträge aus ILV 3811*					
26b Ertrag aus Umlage 91*		-832,80		832,80	
27a Aufwendungen aus ILV 4811*					
27b Aufwand aus Umlage 91*		42.811,09	50.225	7.414,00	
27c Aufwand aus Vorkosten 90*					
<b>28. Saldo aus ILV</b>		<b>41.978,29</b>	<b>50.225</b>	<b>8.246,80</b>	
<b>29. Ergebnis unter Berücksichtigung der ILV</b>		<b>42.243,86</b>	<b>42.509</b>	<b>265,23</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH6\_02 Bauhof

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben					
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen					
03. sonstige Transfereinzahlungen					
04. öffentlich-rechtliche Entgelte					
05. privatrechtliche Entgelte					
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-15.000,00	-15.000	0,00	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG					
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen					
<b>10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-15.000,00</b>	<b>-15.000</b>	<b>0,00</b>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		15.265,57	7.300	-7.965,57	
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG					
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
15. Transferauszahlungen					
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen					
<b>17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>15.265,57</b>	<b>7.300</b>	<b>-7.965,57</b>	
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		<b>265,57</b>	<b>-7.700</b>	<b>-7.965,57</b>	

## B. Teil-Finanzrechnung 2009TH6\_02 Bauhof

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2008 - Euro -	Ergebnis 2009 - Euro -	Ansätze 2009 - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -	aus Sp. 5: bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwen- dungen - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeiten					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit					
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit					
21. Veräußerung von Sachvermögen					
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit			-7.400	-7.400,00	
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>			<b>-7.400</b>	<b>-7.400,00</b>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden					
26. Baumaßnahmen					
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen					
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen					
29. Aktivierbare Zuwendungen					
30. Sonstige Investitionstätigkeit					
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>			<b>-7.400</b>	<b>-7.400,00</b>	
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>		<b>265,57</b>	<b>-15.100</b>	<b>-15.365,57</b>	
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit					
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>					
<b>37. Finanzmittelveränderung</b>		<b>265,57</b>	<b>-15.100</b>	<b>-15.365,57</b>	



# **Jahresrechnung 2009**

Bilanz



## Bilanz Gemeinde Rastede zum 31.12.2009

Aktiva	Vorjahr	Haushaltsjahr	Passiva	Vorjahr	Haushaltsjahr
	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -
<b>1. Immaterielles Vermögen</b>	<b>98.978,30</b>	<b>1.012.509,00</b>	<b>1. Nettoposition</b>	<b>86.819.413,69</b>	<b>89.055.953,87</b>
1.1 Konzessionen			<b>1.1 Basis-Reinvermögen</b>	<b>52.350.056,04</b>	<b>52.030.183,20</b>
1.2 Lizenzen	98.978,30	138.013,00	1.1.1 Reinvermögen	52.350.056,04	52.030.183,20
1.3 Ähnliche Rechte			1.1.2 Sollfehlbetr. aus kameral. Abschl. als Minusbetr		
1.4 Geleist. Investitionszuwendungen u -zuschüsse		874.496,00	<b>1.2 Rücklagen</b>		
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand			1.2.1 Rückl. aus Überschüssen d. ordentl. Erg.		
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen			1.2.2 Rückl. aus Überschüssen d. außerordentl. Erg.		
<b>2. Sachvermögen</b>	<b>87.209.810,98</b>	<b>92.332.947,50</b>	1.2.3 Bewertungsrücklage i.F.d. § 54 IV S.2 GemHKVO		
<b>2.1 Unbeb. Grundstücke u. grundst.-gleiche Rechte</b>	<b>6.290.449,79</b>	<b>7.389.523,34</b>	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen		
2.1.1 Grünflächen	719.382,00	1.910.943,44	1.2.5 Sonstige Rücklagen		
2.1.2 Ackerland			<b>1.3 Jahresergebnis</b>		<b>2.628.980,81</b>
2.1.3 Wald, Forsten			1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren		
2.1.9 Sonstige unbebaute Grundstücke	5.571.067,79	5.478.579,90	<b>1.3.2 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>		<b>2.628.980,81</b>
<b>2.2 Beb. Grundstücke und grundst.- gleiche Rechte</b>	<b>23.508.391,68</b>	<b>27.484.669,58</b>	1.3.2.0 Jahresergebnis		-45.102,40
2.2.1 Grundstücke mit Wohnbauten	1.163.012,07	1.175.837,02	1.3.2.1 Jahresergebnis positiv(+) / negativ (-)		2.674.083,21
2.2.2 Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	2.877.456,02	2.879.193,73	<b>1.4 Sonderposten</b>	<b>34.469.357,65</b>	<b>34.396.789,86</b>
2.2.3 Grundstücke mit Schulen	7.668.486,62	8.150.241,03	1.4.1 Investitionszuweisungen u Zuschüsse/ Sapo	14.741.492,38	14.492.658,26
2.2.4 Grundst. m. Kultur-, Sport- u. Gartenanlagen	10.061.560,05	12.911.066,34	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	17.794.381,81	17.306.352,95
2.2.5 Grundst.f.Brandschutz, Rettungsdienst,Katastr.	1.144.753,38	1.144.524,18	1.4.3 Gebührenaussgleich	600.129,86	645.232,26
2.2.9 GS m.so.Dienst-,Geschäfts- u.and.Betriebsgeb.	593.123,54	1.223.807,28	1.4.4 Bewertungsausgleich		
<b>2.3 Infrastrukturvermögen</b>	<b>45.269.826,05</b>	<b>44.761.035,01</b>	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	1.241.726,66	1.864.435,39
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens		320,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	91.626,94	88.111,00
2.3.2 Brücken und Tunnel	222.530,55	219.146,00	<b>2. Schulden</b>	<b>5.194.284,23</b>	<b>3.870.713,50</b>
2.3.3 Gleisanl.m.Streckenaustrüst. u.Sicherheitsanl.			<b>2.1 Geldschulden</b>	<b>4.772.731,26</b>	<b>3.457.392,37</b>
2.3.4 Entwässerungs-und Abwasserbeseitigungsanlagen	24.521.441,56	24.359.665,07	2.1.1 Anleihen		
2.3.5 Straßen,Wege,Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	20.501.735,46	20.159.714,94	2.1.2 Verb. aus Krediten für Investitionen	4.772.731,26	3.457.392,37
2.3.6 Strom-,Gas-,Wasserleit.u. zugehörige Anlagen			2.1.3 Liquiditätskredite		
2.3.7 Wasserbauliche Anlagen			<b>2.1.4 Sonstige Geldschulden</b>		
2.3.8 Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen			2.1.4.5 Sonstige Geldschulden		
2.3.9 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	24.118,48	22.189,00	<b>2.2 Verb. aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften</b>		
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	688.280,26	99,00	2.2.1 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		

Aktiva	Vorjahr	Haushaltsjahr	Passiva	Vorjahr	Haushaltsjahr
	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -
<b>2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler</b>		<b>9.306,00</b>	2.2.2 Restkaufgelder		
2.5.1 Kunstgegenstände		9.306,00	2.2.3 Leasinggeschäfte		
2.5.5 Kulturdenkmäler			2.2.9 Sonst. Kreditaufn. gleichkommende Vorgänge		
<b>2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge</b>	<b>1.046.974,81</b>	<b>991.813,00</b>	2.3 Verb. aus Lieferungen und Leistungen		69.825,65
2.6.1 Fahrzeuge	901.088,44	850.353,00	<b>2.4 Transferverbindlichkeiten</b>	<b>57.877,60</b>	<b>62.196,45</b>
2.6.2 Maschinen und Technische Anlagen	145.886,37	141.460,00	2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten		
<b>2.7 Betriebs- u. Geschäftsausst, Pflanzen u. Tiere</b>	<b>1.716.699,51</b>	<b>2.497.794,00</b>	2.4.2 Verb.Zuw.u.Zusch.für lfd.Zwecke		
2.7.1 Betriebsvorrichtungen	1.483.408,43	1.892.471,00	2.4.3 Verb.aus Schuldendiensthilfen		
2.7.2 Betriebs- und Geschäftsausstattung	233.291,08	384.693,00	2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten		62.196,45
2.7.3 Nutzpflanzungen und Nutztiere			2.4.5 Verb.Zuw.u.Zusch.für Investitionen		
2.7.5 Sapo f. bewegl.VG über 150,- bis 1.000,- Euro		220.630,00	2.4.6 Steuerverbindlichkeiten		
<b>2.8 Vorräte</b>	<b>4.979.839,57</b>	<b>4.223.348,06</b>	2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	57.877,60	
2.8.1 Rohstoffe / Fertigungsmaterial			<b>2.5 Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>363.675,37</b>	<b>281.299,03</b>
2.8.2 Hilfsstoffe			<b>2.5.1 Durchlaufende Posten</b>	<b>13.892,38</b>	<b>242.728,56</b>
2.8.3 Betriebsstoffe			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer		24.035,16
2.8.4 Waren			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer		
2.8.5 Unfertige / Fertige Erzeugnisse	4.979.839,57	4.223.348,06	2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	13.892,38	218.693,40
2.8.7 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer		
2.8.9 Sonstige Vorräte			2.5.3 Empfangene Anzahlungen		
<b>2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau</b>	<b>3.709.349,31</b>	<b>4.975.359,51</b>	2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten		-5.090,70
2.9.1 Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen			2.5.5 Kassenverrechnungskonto Bauhof	349.782,99	43.661,17
2.9.6 Anlagen im Bau	3.709.349,31	4.975.359,51	<b>3. Rückstellungen</b>	<b>6.315.231,14</b>	<b>7.041.227,90</b>
<b>3. Finanzvermögen</b>	<b>2.546.314,94</b>	<b>2.692.765,46</b>	3.1 Pensionsrückst. und ähnliche Verpflichtungen	5.966.370,76	6.340.582,45
<b>3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>40.564,59</b>	<b>40.564,59</b>	3.2 Rückst.f.Altersteilzeit u. ähnliche Maßnahmen	318.860,38	375.836,82
3.1.1 Anteilsrechte an verbundenen Unternehmen	40.564,59	40.564,59	3.3 Rückstellungen f. unterlassene Instandhaltung		130.596,25
<b>3.2 Beteiligungen</b>	<b>36.050,03</b>	<b>36.050,03</b>	3.4 Rückst.f.Rekultiv.u. Nachsorg.geschl.Abfalldep		
3.2.1 Beteiligungen	36.050,03	36.050,03	3.5 Rückstellungen f. d. Sanierung von Altlasten		
<b>3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung</b>	<b>450.000,00</b>	<b>450.000,00</b>	3.6 Rückst.i.R.d.Fin.-Ausgl.u.v.Steuerschuldverh.		
3.3.1 Sondervermögen	450.000,00	450.000,00	3.7 Rück.f.droh.Verpfl.a. Bürgsch.,Gewährl.,anh.GV		
3.3.2 Treuhandvermögen			3.8 Andere Rückstellungen	30.000,00	194.212,38
<b>3.4 Ausleihungen</b>	<b>1.580.522,57</b>	<b>1.552.679,57</b>	<b>4. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>61.895,28</b>	<b>64.705,55</b>

Aktiva	Vorjahr	Haushaltsjahr	Passiva	Vorjahr	Haushaltsjahr
	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -
3.4.1 Ausleihungen an Bund			4.1 Passive Rechnungsabgrenzung	61.895,28	64.705,55
3.4.2 Ausleihungen an Land			4.2 Verbindlichkeiten aus Dienstleistungen		
3.4.3 Ausleihungen an Gemeinden (GV)	1.372.030,18	1.439.057,24	4.9 Übrige Verbindlichkeiten		
3.4.4 Ausleihungen an Zweckverbände und dergl.					
3.4.5 Ausleihungen an sonst. öff. Bereich					
3.4.6 Ausleih. an verb.Untern., Beteil.u.Sonderverm.					
3.4.7 Ausleihungen an sonst. öff. Sonderrechnungen	121.092,14	113.622,33			
3.4.8 Ausleihungen an Kreditinstitute					
3.4.9 Ausleihungen an sonst. inländischen Bereich	87.400,25				
3.4.10 Ausleihungen an sonst. ausländischen Bereich					
<b>3.5 Wertpapiere</b>					
3.5.1 Investmentzertifikate					
<b>3.5.2 Kapitalmarktpapiere</b>					
3.5.2.1 Kapitalmarktpapiere beim Bund					
3.5.2.2 Kapitalmarktpapiere beim Land					
3.5.2.3 Kapitalmarktpapiere bei Gemeinden (GV)					
3.5.2.4 Kapitalmarktpap. bei Zweckverbänden u. dergl.					
3.5.2.5 Kapitalmarktpapiere beim sonst. öff. Bereich					
3.5.2.6 Kapitalmarktpap.bei verb.UN,Beteil.,SonderV.					
3.5.2.7 Kapitalmarktpapiere bei öff. Sonderrechnungen					
3.5.2.8 Kapitalmarktpapiere bei Kreditinstituten					
3.5.2.9 Kapitalmarktpap. b. sonst.inländisch. Bereich					
3.5.2.10 Kapitalmarktpap. b. sonst.ausländisch.Bereich					
<b>3.5.3 Geldmarktpapiere</b>					
3.5.3.1 Geldmarktpapiere beim Bund					
3.5.3.2 Geldmarktpapiere beim Land					
3.5.3.3 Geldmarktpapiere bei Gemeinden (GV)					
3.5.3.4 Geldmarktpapiere bei Zweckverbänden u.dergl.					
3.5.3.5 Geldmarktpapiere beim sonst. öff. Bereich					
3.5.3.6 Geldmarktpap.b.verb. Untern.,Beteil.,SonderV.					
3.5.3.7 Geldmarktpapiere bei öffentl.Sonderrechnungen					

Aktiva	Vorjahr	Haushaltsjahr
	- Euro -	- Euro -
3.5.3.8 Geldmarktpapiere bei Kreditinstituten		
3.5.3.9 Geldmarktpapiere b. sonst.inländisch.Bereich		
3.5.3.10 Geldmarktpapiere b. sonst.auslänisch.Bereich		
3.5.4 Finanzderivate		
<b>3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen</b>	<b>252.062,61</b>	<b>402.044,33</b>
3.6.1 Forderungen aus öff.-rechtl. Dienstleistungen	124.768,83	69.085,57
3.6.2 Öffentlich-rechtliche Forderungen		
3.6.9 Komm. Steuern u. übrige öff-recht Forderungen	127.293,78	332.958,76
<b>3.7 Forderungen aus Transferleistungen</b>	<b>78.991,32</b>	<b>83.041,11</b>
3.7.1 Forderungen aus Transferleistungen	78.991,32	83.041,11
<b>3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen</b>	<b>52.780,18</b>	<b>57.917,24</b>
3.8.1 Ford. aus privatrechtlichen Dienstleistungen	43.774,17	19.711,44
3.8.2 Sonstige privatrechtliche Forderungen	9.006,01	-19.990,78
3.8.7 Eingef.,noch nicht eingez. Kap.u.eingef.Nachschüsse		
3.8.8 Vorsteuer		58.189,47
3.8.9 Übrige privatrechtliche Forderungen		7,11
<b>3.9 Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>55.343,64</b>	<b>70.468,59</b>
3.9.1 Sonstige Vermögensgegenstände	55.343,64	70.468,59
<b>4. Liquide Mittel</b>	<b>8.430.942,70</b>	<b>3.847.913,91</b>
<b>4.1 Sichteinl. b. Banken/KredIn; Schecks; Bargeld</b>	<b>8.430.942,70</b>	<b>3.847.913,91</b>
4.1.1 Sparkasse	177.726,00	163.183,14
4.1.2 Oldenburgische Landesbank	212.170,74	21.028,20
4.1.3 Volksbank	681.797,08	3.032.478,97
4.1.4 Postbank		
4.1.5 Sonstige	7.359.248,88	631.223,60
<b>5. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>104.777,42</b>	<b>146.464,95</b>
5.1 Aktive Rechnungsabgrenzung	104.777,42	146.464,95
5.2 Disagio		
5.3 Zölle und Verbrauchssteuern		
5.4 Vorsteuer auf erhaltene Anzahlungen		
5.5 Sonstige aktive > Rechnungsabgrenzung		

<b>Aktiva</b>	Vorjahr	Haushaltsjahr
	- Euro -	- Euro -

<b>Bilanzsumme</b>	Vorjahr	Haushaltsjahr	<b>Bilanzsumme</b>	Vorjahr	Haushaltsjahr
	- Euro -	- Euro -		- Euro -	- Euro -
	<b>98.390.824,34</b>	<b>100.032.600,82</b>		<b>98.390.824,34</b>	<b>100.032.600,82</b>

<b>Unterschrift</b>	
<b>Rastede, 19.03.2014</b>	<b>Bürgermeister</b>



# **Jahresrechnung 2009**

Anhang zur Jahresrechnung

# Anhang zum Jahresabschluss 2009

## 1. Die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses

### 1.1 Vorbemerkung

Dieser Jahresabschluss ist für die Gemeinde Rastede der erste Jahresabschluss nach doppelten Regeln.

Mit einem Vergleich zur Ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 kann die Gemeinde nun zum ersten Mal eine Vermögensentwicklung aufzeigen. Und zum ersten Mal hat die Gemeinde einen Abschluss über die vollständige Ertragssituation der Gemeinde. Vollständig deshalb, weil im Rahmen der früheren kameralen Abschlüsse finanzwirtschaftliche Vorgänge nichtliquider Art nicht erfasst wurden.

### 1.2 Bilanz

Die Bilanzsumme ist um 1,64 Millionen Euro gestiegen.

Bilanzsumme	01.01.2009	31.12.2009
	- Euro -	- Euro -
	98.390.824,34	100.032.600,82
Bilanzverlängerung:	1.641.776,48	

Verantwortlich für den Bilanzgewinn ist passivisch das positive Ergebnis der Ergebnisrechnung in Höhe von 2.674.083,21 Euro bei gleichzeitiger Schuldenreduzierung:

Bilanzsumme	01.01.2009	31.12.2009
	- Euro -	- Euro -
2. Schulden	5.194.284,23	3.870.713,50
Schuldenentwicklung:	-1.323.570,73	

Der passiven Verbesserung der Nettoposition um 1,64 Millionen Euro stehen aktivisch insbesondere folgende sächlichen Zugewinne gegenüber:

	01.01.2009	31.12.2009
	- Euro -	- Euro -
1. Immaterielles Vermögen	98.978,30	1.012.509,00
2. Sachvermögen	87.209.810,98	92.332.947,50
2.1 Unbeb. Grundstücke u. grundst.-gleiche Rechte	6.290.449,79	7.389.523,34
2.2 Beb. Grundstücke und grundst.-gleiche Rechte	23.508.391,68	27.484.669,58
2.3 Infrastrukturvermögen	45.269.826,05	44.761.035,01
	75.167.645,82	80.647.736,93
Vermögensgewinn:	5.480.091,11	

Weil der Zuwachs nicht mit Krediten finanziert wurde, geht der Sachgewinn mit einem Abbau an Liquidität einher:

	01.01.2009	31.12.2009
	- Euro -	- Euro -
4. Liquide Mittel	8.430.942,70	3.847.913,91
Liquiditätsabbau:	-4.583.028,79	

### 1.3 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung entspricht weitestgehend der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung. Es sind in ihr somit alle liquiden und nichtliquiden finanzwirtschaftlichen Vorgänge berücksichtigt.

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjah- res	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
21. ordentliches Ergebnis	0,00	-2.640.557,60	-26.610	2.613.947,80
24. außerordentliches Ergebnis	0,00	-33.525,61	-1.200	32.325,61
Jahresergebnis	0,00	-2.674.083,21	-27.810	2.646.273,41

(Einnahmen haben als Vorzeichen ein „-“,)

Das Ergebnis ist erfreulich positiv.w

### 1.4 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung umfasst alle liquiden finanzwirtschaftlichen Vorgänge, den laufenden Verwaltungsbetrieb, die Investitionen und die Finanzierung betreffend. Außerdem werden alle haushaltswirksamen Geldvorgänge (Durchlaufende Gelder) berücksichtigt.

Einzahlungen und Aus- zahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit		-2.617.993,15		2.617.993,15
32. Saldo aus Investiti- onstätigkeit	0,00	6.071.854,31		-6.071.854,31
36. Saldo aus Finanzie- rungstätigkeit		1.315.338,89		-1.315.338,89
40. Saldo aus haushalt- sunwirksamen Vorgän- gen		-198.125,61		198.125,61
41. Bestand an Zah- lungsmitteln am Anfang des Jahres		-8.430.942,70		
42. Bestand an Zah- lungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	0,00	-3.847.913,91		-3.847.913,91

Zahlungsmittelfluss lt. vorstehender Finanz- rechnung:	-4.571.074,44	
Zahlungsmittelfluss lt. Bestandskonten:	-4.583.028,79	
Differenz vorstehende Finanzrechnung zu den Bestandskonten:	11.954,35	Erläuterung der Differenz im An- hang

(Einnahmen haben als Vorzeichen ein „-“,)

Der Liquiditätsüberschuss im Bereich laufende Verwaltungstätigkeit ist erfreulich positiv. Das Ergebnis ist so positiv, dass damit neben der ordentlichen Tilgung eine Sondertilgung in Höhe von 1.032.927,38 Euro geleistet werden konnte.

Vorstehend zeigt sich der Bereich Finanzierung mit einer Belastung von 1,31 Millionen Euro, weil die geplante Kreditaufnahme insbesondere wegen des sehr positiven



Abschneidens des Bereiches laufende Verwaltungstätigkeit nicht realisiert werden musste und zudem zu Jahresbeginn ein sehr hoher Kassenbestand für investive Zahlungen zur Verfügung gestanden hat.

## 2. Erhebliche Abweichungen des Jahresergebnisses von den Haushaltsansätzen

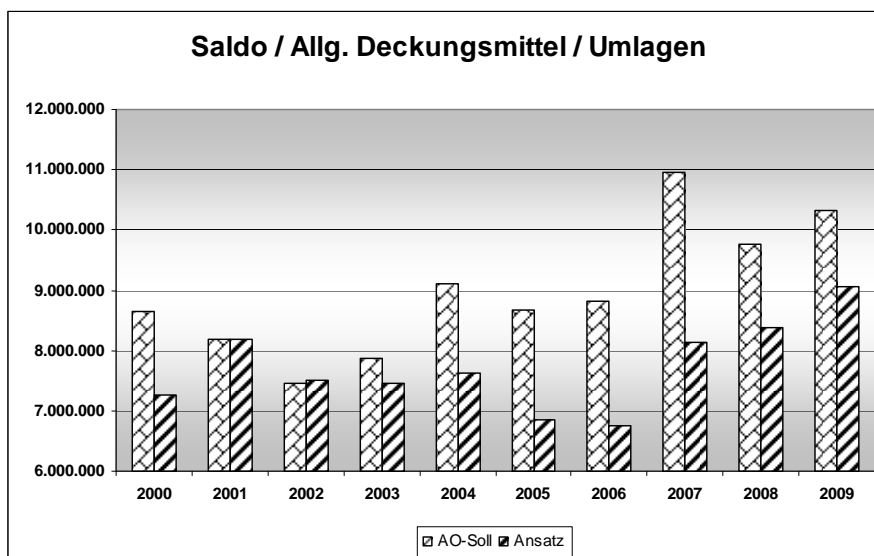
Erhebliche Abweichungen müssen tatsächlich keine sein, weil sich planerische Zuordnungsschwierigkeiten teilweise dadurch ergeben haben, dass mit der Einführung des „neuen kommunalen Haushaltsrechts“ eine produktgenaue Veranschlagung vorgeschrieben ist, die zudem auch noch eine Neuorganisation der Rathausverwaltung berücksichtigt. Die Neuorganisation der Rathausverwaltung wurde vorausschauend in 2008 im Hinblick auf produktgenaues Arbeiten und Haushalten vorgenommen. Soweit sich vor diesem Hintergrund Fehlveranschlagungen ergeben haben, wurden diese aber buchungstechnisch korrigiert.

Im Folgenden werden deshalb grundsätzlich nur solche Abweichungen erläutert, die inhaltlich eine erhebliche Abweichung beinhalten und soweit sie Bereiche betreffen, die für den Dienstbetrieb und für die Vermeidung von Verlusten an den gemeindlichen Vermögenswerten von besonderer Bedeutung sind.

### - Allgemeine Deckungsmittel

Die Allgemeinen Deckungsmittel sind eine Reihe von Einnahmen, für die eine spezielle Gegenleistung nicht zu erbringen ist. Diese Deckungsmittel (siehe Aufstellung nachstehend) machen durchschnittlich rund 70 % der Finanzausstattung für den Bereich laufende Verwaltung aus und erhalten deshalb immer eine besondere Aufmerksamkeit.

Der Saldo der Allgemeinen Deckungsmittel - Umlagen liegt für 2009 deutlich über der planerischen Erwartung. Der nachfolgenden Zahlentabelle kann entnommen werden, dass hierfür insbesondere die Schlüsselzuweisungen verantwortlich sind.

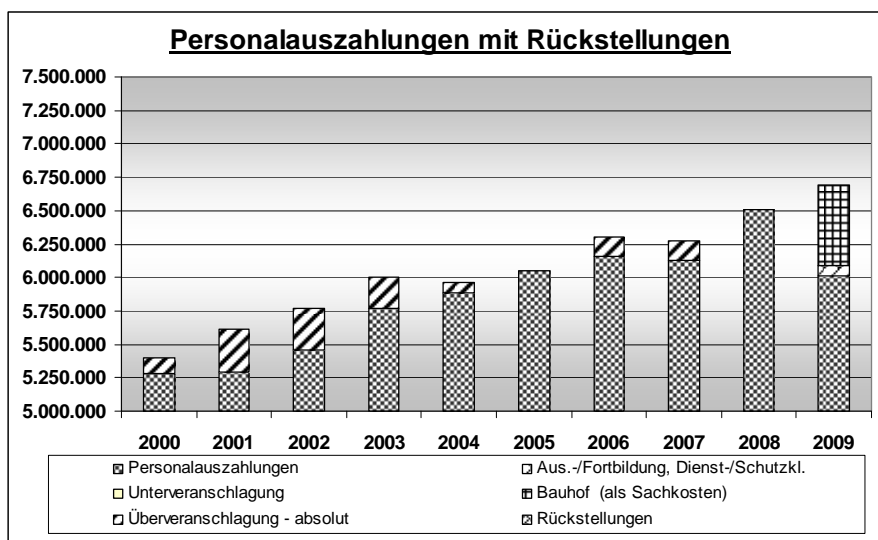


	Ansatz	Ergebnis	Abweichung
Grundsteuer A	140.000	134.841,62	-5.158,38
Grundsteuer B	2.150.000	2.194.586,96	44.586,96
Gewerbesteuer	5.600.000	5.549.735,56	-50.264,44
Einkommensteuerbet.	5.150.000	5.175.902,00	25.902,00
Umsatzsteuerbet.	401.500	421.619,00	20.119,00
Vergnügungssteuer	22.000	23.847,00	1.847,00
Hundesteuer	52.000	52.633,51	633,51
Schlüsselzuweisungen	2.180.900	3.404.792,00	1.223.892,00
Zusch. übertr. WK	327.227	346.285,75	19.058,75
<b>Summe</b>	<b>16.023.627</b>	<b>17.304.243,40</b>	<b>1.280.616,40</b>

Gewerbesteuerumlage	1.210.400	1.163.386,00	-47.014,00
Kreisumlage	5.379.500	5.735.560,00	356.060,00
<b>Summe</b>	<b>6.589.900</b>	<b>6.898.946,00</b>	<b>309.046,00</b>

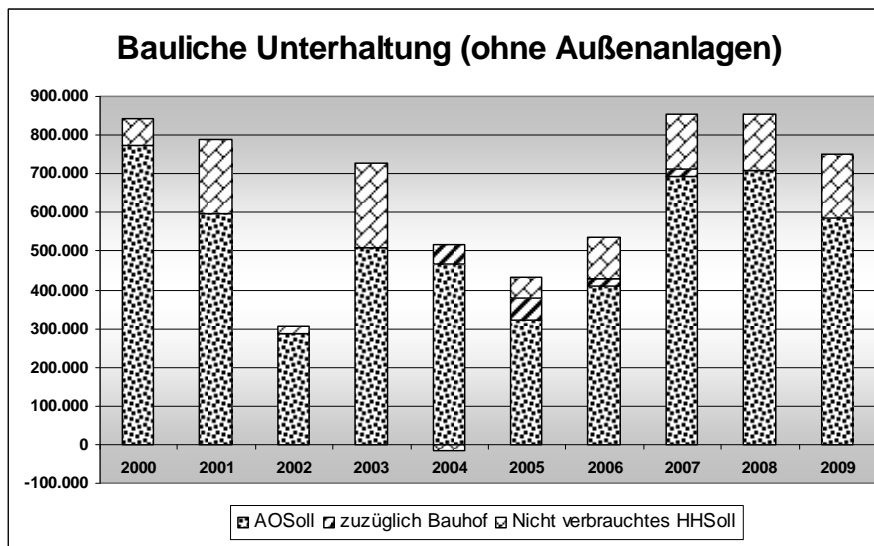
<b>Saldo</b>	<b>9.433.727</b>	<b>10.405.297,40</b>	<b>971.570,40</b>
--------------	------------------	----------------------	-------------------

- Personalaufwand



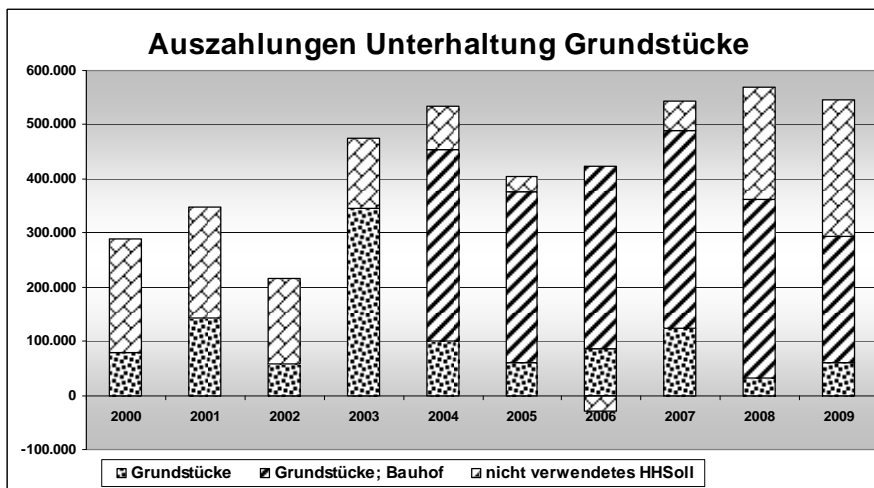
Besondere personalpolitischen Entscheidungen liegen dem Zahlungszuwachs nicht zu Grunde. Der spezielle Block in Säule 2009, den Bauhof betreffend, ist keine direkte Personalauszahlung (an die Bauhofsmitarbeiter), weil der Bauhof mit seiner eigenen Bilanz und Finanzbuchhaltung seine Personalauszahlungen direkt leisten muss. Sie werden aber finanziert über Stundenlöhne, die die Gemeindeverwaltung dem Bauhof für seine Leistungen bezahlen muss.

- Unterhaltung von baulichen Anlagen

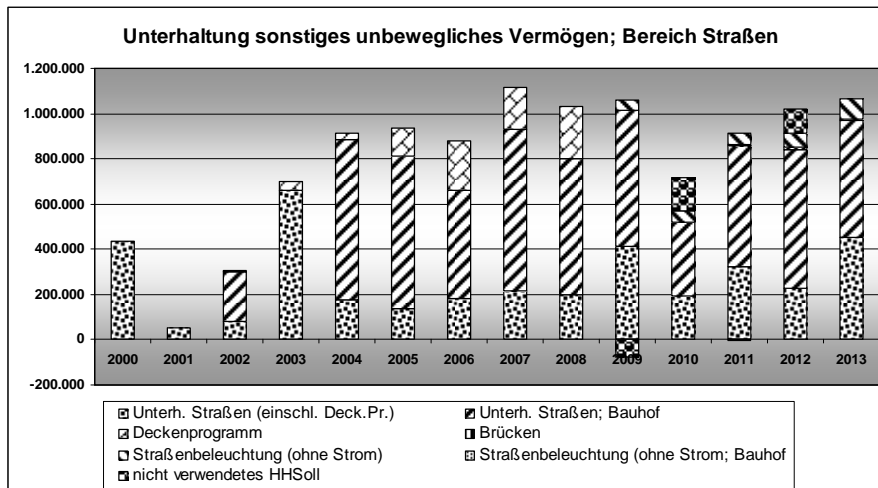


Die Aufwendungen für die bauliche Unterhaltung orientieren sich immer an dem Bedarf und dem Ziel, den Haushaltsplan auszugleichen. Nur vor diesem Hintergrund sind die Volumenschwankungen über die Jahre zu verstehen, denn grundsätzlich geht die Gemeindeverwaltung von einem kontinuierlichen Bedarf aus. Besonders im Blick ist aber, dass bei Volumenreduzierungen kein unterlassener Unterhaltungsbedarf entsteht.

- Unterhaltung von Außenanlagen



Hier gilt sinngemäß dasselbe wie bei der baulichen Unterhaltung, wobei unterlassener Unterhaltungsbedarf grundsätzlich kein Thema der Grundstücksunterhaltung ist.



„Großes“ Thema bei dem sonstigen unbeweglichen Vermögen sind die Straßen. Auch hier gilt, bedarfsgerechtes Veranschlagen im Spannungsverhältnis zur Notwendigkeit, den Haushalt auszugleichen. Angestrebt wird, wie bei den vorstehenden Aufwandsarten, eine ausreichende kontinuierliche Bereitstellung von Unterhaltungsmitteln

#### - Betrachtung von Produkten

Vorbemerkung. Vergleicht man innerhalb der Produkte die Veranschlagungen und das Ergebnis auf Kontenebene, ergeben sich teilweise Abweichungen, die tatsächlich keine sein müssen. Das liegt daran, dass mit Einführung der Doppik noch nicht unbedingt in allen Fällen klar gewesen ist, welches doppelische Sachkonto welche kamerale Gruppierung ersetzt hat. Sollte es aus diesem Grunde zu nicht korrekten Veranschlagungen gekommen sein, so wurde die Rechnung bei späteren neuen Erkenntnissen unter dem richtigen Sachkonto gebucht.

Grundsätzlich ist vorzuschicken, dass die Gemeinde ihren Haushaltsplan im Ergebnishaushalt, also im konsumtiven Bereich „erfüllt“ hat, d.h., die Haushaltsmittel zweckentsprechend im erforderlichen Maß eingesetzt hat. Abweichungen haben sich grundsätzlich nur deshalb ergeben, weil der Veranschlagungsbedarf nicht besser vorausgesehen werden konnte. Im investiven Bereich hat die Gemeinde ebenfalls das gleiche Ziel verfolgt, wobei allerdings einige Investitionsmaßnahmen sich in der Umsetzung verzögert haben oder günstiger wurden.

Es wird nachfolgend nicht mehr auf Abweichungen eingegangen, wenn die betroffenen Einnahmen und Ausgaben bereits vorstehend im Rahmen von allgemeinen Deckungsmitteln und bestimmten Aufwandsarten erläutert wurden.

#### P1.03.01.571000 Wirtschaftsförderung

Die Erträge aus dem Verkauf von Baugrundstücken lassen sich nur schwer kalkulieren. Der Ertrag bei dem Verkauf von Gewerbegrundstücken liegt bei 74.741 Euro; veranschlagt waren 40.000 Euro.

P1.03.03.612000 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Dadurch, dass die veranschlagten Kredite 2009 nicht aufgenommen werden mussten, hat sich der Zinsaufwand von veranschlagten 284.000 Euro auf 104.413 Euro reduziert.

P1.03.02.111230 Organisation und Einrichtungen

Die EDV-Kosten waren mit 145.500 Euro veranschlagt. Mehraufwendungen in Höhe von 46.941 Euro sind im Wesentlichen dadurch entstanden, dass alle mit der Einführung und des Doppik-Verfahrens verbundenen Aufwendungen nicht in ihrer vollen Höhe abgesehen werden konnten.

P1.04.02.522000 Wohnbauförderung

Erträge aus dem Verkauf von Wohnbaugrundstücken wurden in Höhe von 300.000 Euro veranschlagt. Mehrerträge in Höhe von 556.415 sind entstanden. Wie auch bei den Gewerbegrundstücken lässt sich die Höhe der zu erwartenden Erträge aus Verkauf nur sehr schwer kalkulieren.

Um Baugrundstücke verkaufen zu können, sind Aufwendungen erforderlich, die das Grundstück „verkaufsreif“ machen. Diese Aufwendungen wurden bei der Haushaltsplanung nicht veranschlagt. Ausgaben in Höhe von 43.754 Euro sind entstanden.

P1.05.02.218000.001 KGS, Gebäude Wilhelmstr. (o.Schulbudget)

Für die KGS wurden Zuweisungen des Landkreises und der Gemeinde Wiefelstede in Höhe von 446.000 Euro veranschlagt. Tatsächlich abgerechnet wurden 173.025 Euro mehr. Diese Mehreinnahme ist nicht erwartet worden, aber es ist zu berücksichtigen, dass diesen Zuwendungen auch immer entsprechende Mehraufwendungen der Gemeinde selbst gegenüber stehen. Die Mehreinnahme ist für die Gemeinde deshalb keine Netto-Einnahme.

P1.05.02.221000.001 Förderschulen (ohne Schulbudget)

Auch hier sind, wie bei der KGS höhere Zuweisungsbeträge entstanden. Veranschlagt wurden 67.000 Euro und tatsächlich abgerechnet wurden 90.000 Euro.

P1.05.02.281100 Heimat- und sonstige Kulturpflege

Wesentlicher Aufwandsbereich dieses Produktes ist die Unterstützung und Förderung von Veranstaltungen in der Gemeinde. Bei der Veranschlagung ist man von Ausgaben in Höhe von insgesamt 163.000 Euro ausgegangen. Tatsächlich wurden aber nur 113.128 Euro abgefordert. Ein Grund dafür ist, dass die 950-Jahr-Feier der Gemeinde Rastede doch nicht so hohe Ausgaben nach sich gezogen hat, wie erwartet.

P1.05.02.424100.003 Hallenbad

Die Besucherzahlen haben die Erwartungen nicht erfüllt. Eintrittsgelder in Höhe von 233.644 Euro waren erwartet worden. Tatsächlich konnten aber nur 194.211 Euro eingenommen werden.

P1.06.00.511000 Räuml. Planung u. Entwicklungsmaßnahmen

Die Durchführung eines nicht vorausgesehenen Umlegungsverfahrens hat zu nicht veranschlagten Mehreinnahmen in Höhe von 215.298 Euro geführt.

Bei der Haushaltsplanung gibt es zwar recht klare Vorstellungen über die vorgesehenen Bauleitplanungen, aber ob dies so eintreten wird, ist nicht sicher. Genauso wenig ist sicher, ob und in welchem Umfang gutachtliche Stellungnahmen und Untersuchungen erforderlich werden. So sind für letztere 37.722 Euro ausgegeben worden, die nicht veranschlagt worden waren. Im Gegenzuge dazu sind die reinen Planungsaufwendungen nicht in Höhe von veranschlagten 90.700 Euro eingetreten. Ausgegeben wurden 46.422 Euro.

P1.06.00.538100.001 Schmutzwasserbeseitigung, zentrale Einrichtung

Die Unterhaltung von beweglichem Vermögen war mit 56.500 Euro veranschlagt worden. Ausgegeben wird nur das, was benötigt wird. Weil kein entsprechender Bedarf vorhanden war, beschränkten sich die tatsächlichen Ausgaben auf 15.376 Euro.

Die Kanäle zählen zum sonstigen unbeweglichen Vermögen. Unterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 74.000 Euro waren vorausgesehen worden. Tatsächlich aber mussten nur 45.052 Euro ausgegeben werden.

Die speziellen Aufwendungen für die Schlammabeseitigung, also die Aufwendungen speziell für die Reinigung des Schmutzwassers, werden unter dem Sachkonto Schlammabeseitigung zusammengefasst. Vorausgesehen waren Aufwendungen in Höhe von 200.000 Euro. Entstanden sind Ausgaben lediglich in Höhe von 154.541 Euro.

P1.06.00.538200 Niederschlagswasser

Auch hier sind umfangreiche Kanäle zu unterhalten. Dafür wurden 62.500 Euro veranschlagt. Ausgegeben werden mussten allerdings nur 33.319 Euro.

Investitionen:

	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	Pl/Ist-Abw 2009
Alle Investitionen	6.071.854,31	9.868.942,00	3.787.087,69-

Mit 3.787.087 Euro sind erhebliche Investitionsmittel nicht ausgegeben worden. Dies bedeutet nicht, dass von Investitionsmaßnahmen Abstand genommen wurde, sondern dass sich zeitliche Verzögerungen ergeben haben. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde geprüft, wie viel von den veranschlagten Haushaltsmitteln tatsächlich noch benötigt werden. In entsprechender Höhe, nämlich in Höhe von 2.484.184,59 Euro, wurden Haushaltsausgabereste gebildet.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	Pl/Ist-Abw 2009
681100 Inv.Zuw. Land	399.770,65-		399.770,65-
681200 Inv.Zuw. Gemeinden	54.543,10-	288.700,00-	234.156,90
	454.313,75-	288.700,00-	165.613,75-

Die Investitionszuwendungen sind abhängig davon, dass einerseits plangemäß zuwendungsfähige Ausgaben entstanden sind und andererseits davon in welcher Höhe sie

entstanden sind. Dementsprechend konnten 165.613 Euro mehr Zuwendungen generiert werden als sie veranschlagt wurden.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
682100 Veräuß.Grundstücken und Gebäuden	2.485.630,67-	1.245.500,00-	1.240.130,67-
683110 VermGG>1000 EUR	1.392,56-		1.392,56-
683120 VermGG 150-1000EUR	0,00-	37.000,00-	37.000,00
	<b>2.487.023,23-</b>	<b>1.282.500,00-</b>	<b>1.234.523,23-</b>

Wie oben bereits ausgeführt, lässt sich nur sehr schwer vorkalkulieren, in welchem Umfang Grundstücke verkauft werden können. Die hohe Nachfrage hat einen umfangreicheren Verkauf realisieren lassen, als veranschlagt; es sind Mehreinnahmen in Höhe von 1.240.130 Euro entstanden.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
687100 Abwickl.v.Baumaßna.	495,61-		495,61-
688500 Rückflüsse an verbundene Unternehmen	7.469,81-		7.469,81-
688800 Rückflüsse an inländischen Bereichen.	87.400,25-		87.400,25-
	<b>95.365,67</b>		<b>95.365,67</b>

Die beiden Zahlungen betreffen Rückzahlungen für vergebene Kredite.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
689100 Beitr. u. ähnl.Entge.		1.502.322,00-	1.502.322,00
689110 Erschließungsbeiträge	805.715,16-		805.715,16-
689120 Straßenausbaubeiträge	2.842,21-		2.842,21-
689130 Abwasserbeiträge	325.973,22-		325.973,22-
	<b>1.134.530,59-</b>	<b>1.502.322,00-</b>	<b>367.791,41</b>

Die Mehreinnahme geht einher mit den überplanmäßigen Grundstücksverkäufen. Mit jedem Verkauf von ersterschlossenen Grundstücken werden auch gleichzeitig Erschließungs- und Abwasserbeiträge erhoben.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
781200 Zuw/Zusch.Inv.Gem.	67.027,06	23.000,00	44.027,06
781700 Inv.Zusch. privUN	387.945,17	20.000,00	367.945,17
	<b>454.972,23</b>	<b>43.000,00</b>	<b>411.972,23</b>

An die Kreisschulbaukasse beim Landkreis Ammerland wurden 67.027 Euro überwiesen.

Für durch die Residenzort Rastede GmbH Investitionen durchgeführte Investitionen hat die Gemeinde Rastede Zuschüsse gezahlt. Für den Turnierplatz sind 7.469 Euro und für den Kögel-Willms-Platz 335.740 Euro ausgezahlt worden.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
782100 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	4.238.464,18	5.741.000,00	1.502.535,82-
	<b>4.238.464,18</b>	<b>5.741.000,00</b>	<b>1.502.535,82-</b>

Ein planmäßiger Erwerb von Grund und Boden für die Baulanderschließung liegt nicht allein in der Hand der Gemeinde. Die Vorstellungen des Grunderwerbs ließen sich nicht vorstellungsgemäß realisieren, weshalb umfangreiche Haushaltsmittel nicht zur Ausgabe gelangt sind.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
783110 VermGG>1000 EUR	942.362,43	197.617,00	744.745,43
783120 VermGG 150-1000EUR	178.459,76	143.870,00	34.589,76
	<b>1.120.822,19</b>	<b>341.487,00</b>	<b>779.335,19</b>

Folgende wesentliche Investitionen wurden unter dem Konto 783110 getätigt:

Wesentliche Anschaffungen zum Konto 783110		
I1.000240	120.810,87	2 Containerklassen KGS Feldbreite
I1.000252	316.983,67	Kabinenanlage Hallenbad
I1.000379	47.359,15	Auftragsverwaltungsprogramm Rathaus
I1.000403	25.189,73	Programm Einwohnermeldewesen
I1.000429	21.615,37	Fahrzeug Kläranlage
I1.000442	24.738,06	KPII-Programm Medienbeschaffung KGS
I1.000638	39.974,26	Anschaffung Werbetafel
I1.000637	41.185,80	Programm "Belebung Innenstädte 2008"
	<b>637.856,91</b>	

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
786510 Zuführung zur Versorgungsrücklage	8.107,98		8.107,98
786520 Zuführung zur Versorgungsrücklage	7.016,97		7.016,97
	<b>15.124,95</b>		<b>15.124,95</b>

Die Art und Weise der Veranschlagung der Zuführung zur Versorgungsrücklage war im Zeitpunkt der Planung nicht klar, d.h., der investive Zahlungscharakter war nicht bekannt. Aus diesem Grunde fehlt eine Veranschlagung.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
787100 Hochbaumaßnahmen	<b>1.778.048,33</b>	<b>2.383.077,00</b>	<b>605.028,67-</b>

Die Minderausgabe ist Ausdruck von Kostenreduzierung und Verzögerungen in der Bauabwicklung oder dem Rechnungseingang.

Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	PI/Ist-Abw 2009
787200 Tiefbaumaßnahmen	2.470.334,77	4.108.500,00	1.638.165,23-
787300 sonst. Baumaßnahmen	19.303,60		19.303,60
	<b>2.489.638,37</b>	<b>4.108.500,00</b>	<b>-</b>

Hier gilt dasselbe wie bei den Hochbaumaßnahmen.



Finanzpositionen	Gesamt 2009	Planzahl. 2009	Pl/Ist-Abw 2009
788230 Ausleihungen Gemeinde >5J.		44.600,00	44.600,00-

Hierbei handelt es sich um den nicht veranschlagten gemeindlichen Beitrag an die Kreisschulbaukasse.

- Angabe und Erläuterung der auf die Posten der Ergebnisrechnung sowie der Vermögensrechnung und der Bilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 1 GemHKVO

Bewertet und bilanziert wird ausschließlich nach den Anschaffungs- und Herstellungswerten entsprechend § 45 GemHKVO. Festwerte im Sinne des § 46 Abs. 1 GemHKVO wurden nicht gebildet und sind insgesamt auch nicht vorhanden.

- Angabe und Erläuterung der Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit Begründung, wobei deren Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage gesondert zu erläutern ist  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 2 GemHKVO

Von den bisherigen Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden wurde nicht abgewichen.

- Art und Höhe der wesentlichen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 3 GemHKVO

Der außerordentliche Haushalt enthält keine Veranschlagungen, weil die außerordentlichen Sachverhalte kaum oder gar nicht vorausgesehen werden können.

Zu Buchungen in diesem Haushaltsbereich kam es dennoch. Gebucht wurden Schadensfälle und deren Abwicklung sowie die periodenfremden Abgrenzungen im Ertrags- und Aufwandsbereich. Wesentliche außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind vor diesem Hintergrund nicht vorhanden. Ebenso hat es keine aufwendungserheblichen Schadensfälle gegeben.

- Angaben und Erläuterung über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 4 GemHKVO

Zinsen für Fremdkapital wurden in die Herstellungswerte nicht einbezogen, was daran liegt, dass 2009 keine Kredite aufgenommen wurden.

- Angaben und Erläuterungen zu Haftungsverhältnissen, auch wenn gleichwertige Rückgriffsforderungen gegenüberstehen.  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 5 GemHKVO

Haftungsverhältnisse sind nicht vorhanden.

8. Angaben und Erläuterungen zu Sachverhalten, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

§ 55 Abs. 2 Ziff. 6 GemHKVO

Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, haben sich 2009 nicht ergeben und sind auch aus der längerfristigen Vergangenheit heraus nicht vorhanden.

9. Angaben und Erläuterung zu noch nicht abgedeckten Fehlbeträgen, die einzeln nach Jahren getrennt angegeben werden

§ 55 Abs. 2 Ziff. 7 GemHKVO

Fehlbeträge aus Vorjahren sind nicht vorhanden.

#### 10. Erläuterungen zu Bilanzpositionen

- 10.01 Als Aufwand berücksichtigte Umsatzsteuer auf am Abschluss tag auszuweisende oder von den Vorräten offen abgesetzte Anzahlungen als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

§ 49 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO

Alle in 2009 einen „Betrieb gewerblicher Art“ betreffende Anzahlungen wurden immer mit Umsatzsteuer gebucht. Den Fall, dass eine Anzahlung geleistet wurde, ohne dass auch die Umsatzsteuer ausgewiesen wurde, hat es nicht gegeben.

- 10.02 Durchführung einer Inventur

Die Gemeinde betreibt Buch- und permanente Inventuren. Das gilt allerdings nicht für bewegliche Vermögenswerte. Soweit es sich um bewegliche Vermögensgegenstände handelt, ist im Hinblick auf den zeitlichen Verzug bei der Erstellung der Jahresabschlüsse eine Inventur nicht durchgeführt worden.

- 10.03 Buchung der Bestandsveränderungen lt. Inventurliste

Weil eine Inventurliste zum 31.12.2009 nicht erstellt wurde, waren auch keine Bestandsveränderungen zu buchen.

- 10.04 Planmäßige Abschreibungen wurden gebucht

Alle planmäßigen Buchungen wurden vorgenommen.

- 10.05 Es wurde geprüft, ob außerplanmäßige Abschreibungen notwendig sind

Gemeint sind die Fälle, in denen eine voraussichtlich andauernde Wertminderung eintritt und für die deshalb eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen werden muss.

Die vorstehend beschriebenen Fälle hat es in 2009 nicht gegeben.

#### 10.06 Es wurde geprüft, ob Zuschreibungen notwendig sind.

Gemeint sind die Fälle, wo sich herausgestellt hat, dass die Gründe für höhere Abschreibungen nicht mehr bestehen, so dass der nicht mehr gerechtfertigte Abschreibungsbetrag wieder zugeschrieben werden muss.

Die vorstehend beschriebenen Fälle hat es in 2009 nicht gegeben.

#### 10.07 Sondervermögen

Sondervermögen ist in Höhe von 450.000 Euro vorhanden; es betrifft den Bauhof der Gemeinde Rastede. Der Bauhof ist ein optimierter Regiebetrieb mit eigener Finanzbuchhaltung und deshalb Sondervermögen der Gemeinde Rastede. Im Rahmen der Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz für die Gemeinde war festzustellen, dass der Wert des Sondervermögens 450.000 Euro beträgt, der entsprechend in der Ersten Eröffnungsbilanz eingestellt und fortgeschrieben wird.

#### 10.08 Ausleihungen

Bauhof:

Der Bauhof der Gemeinde Rastede betreibt als optimierter Regiebetrieb eine eigene Finanzbuchhaltung mit eigener Bilanz. In dieser Eigenschaft ist der Bauhof Empfänger eines gemeindlichen Kredites. Dieser Kredit wird in der Bilanz der Gemeinde als Ausleihung nachgewiesen. Die planmäßig eingegangenen Tilgungsbeträge wurden gebucht.

Beiträge an die Kreisschulbaukasse:

Die seit Mitte der siebziger Jahre an den Landkreis jährlich gezahlten Beiträge an die Kreisschulbaukasse werden in der Bilanz als Ausleihung nachgewiesen.

#### 10.09 Reinvermögen; Erläuterung der Inhalte der Netto-Position

An der Bilanzsumme in Höhe von 100 Millionen Euro hat die Nettoposition bei 89 Millionen Euro einen Anteil von 89 Prozent an der Bilanzsumme. Das ist - im handelsrechtlichen Sprachgebrauch - eine überaus hohe und sehr erfreuliche „Eigenkapitalquote“.

	01.01.2009	31.12.2009
	- Euro -	- Euro -
1. Nettoposition	86.819.413,69	89.055.953,87
1.1 Basis-Reinvermögen	52.350.056,04	52.030.183,20
1.1.1 Reinvermögen	52.350.056,04	52.030.183,20
1.2 Rücklagen		
1.3 Jahresergebnis *)		2.674.083,21
1.4 Sonderposten	34.469.357,65	34.351.687,46

\*) Ohne Abführung an Sonderposten Gebührenaussgleich (45.102,40 Euro)

Das Reinvermögen ändert sich grundsätzlich nicht. Auf keinen Fall ist - außerhalb einer zulässigen Korrektur der Ersten Eröffnungsbilanz - eine Reduzierung unter-

halb des Wertes der Ersten Eröffnungsbilanz (86.819.413,69 Euro) erlaubt. Eine Veränderung ergibt sich regelmäßig aus Sonderposten (erhaltene Zuwendungen) für nicht der Abschreibung unterliegende Sachvermögensgegenstände und in den ersten Jahren nach Erstellung der Ersten Eröffnungsbilanz durch Korrekturen der Ersten Eröffnungsbilanz. Korrekturen dürfen im Falle der Gemeinde Rastede vier Jahre lang, also bis einschließlich der Bilanz zum 31.12.2012, vorgenommen werden, soweit sich in dieser Zeit Fehler herausstellen sollten.

Verteilung der Veränderungen auf Sonderposten und Bilanzkorrekturen:

Das Reinvermögen reduziert sich um 319.872,84 Euro. Reduzierenden Bilanzkorrekturen in Höhe von 552.294,77 Euro steht eine Anhebung in Höhe 232.421,93 Euro gegenüber, aus der sich der genannte Korrekturwert von 319.872,84 Euro ergibt. Die Anhebung resultiert aus der Gewinnabführung des Bauhofes, der als optimierter Regiebetrieb eine eigene Finanzbuchhaltung mit Bilanz führt.

An der Bilanzkorrektur hat in Form eines Passivtauses mit 427.585,22 Euro die Korrektur der Pensions- und Beihilferückstellung den größten Anteil. Die Rückstellung musste korrigiert werden, weil der Arbeitskreis Doppik beim Ministerium des Innern die Berechnungsformel für diese Rückstellungen geändert hat.

#### 10.10 Reinvermögen; Überschussverwendung

Der Rat der Gemeinde Rastede wird noch darüber entscheiden, ob der Jahresüberschuss des Jahres 2009 dem Reinvermögen zugeschlagen, der Überschussrücklage zugeführt werden oder in der Position Jahresüberschuss verbleiben soll.

#### 10.11 Sonderposten; Sonderposten wurden gebildet und aufgelöst

Sonderposten werden auf die gleiche Laufzeit eingestellt, wie der Vermögenssachwert abgeschrieben wird, wofür der Sonderposten eingenommen wurde. Soweit der Sonderposten erst im Jahr nach der Aktivierung des Vermögenssachwertes passiviert werden kann, werden die Auflösungsbeträge des Sonderpostens in einem Betrag nachgeholt und nicht auf die Restlaufzeit des Postens verteilt.

Eine Besonderheit gilt für die Abwasserbeiträge. Beiträge werden zwar speziell für die Finanzierung von Vermögenswerten eingenommen, aber im Bereich Abwasser ist eine Zuordnung zu einem speziellen Vermögensgegenstand nicht möglich, weil sich der gezahlte Beitrag auf die Gesamtanlage (Klärwerk, Kanäle und Pumpwerke) bezieht. Nach einem rechnerischen Modell werden die im Jahr gezahlten Beiträge Blöcken zugerechnet, für die Lösungszeiten vorgesehen sind, wie Sachvermögen mit unterschiedlichen Abschreibungszeiten in dem Jahr entstanden ist.

### 10.13 Kreditverbindlichkeiten

Kredite wurden 2009 nicht aufgenommen. Neben der ordentlichen Tilgung konnte eine außerordentliche Tilgung in Höhe von 1.032.927,38 Euro geleistet werden, Folglich reduzierten sich die Kreditverbindlichkeiten in großer Höhe.

	01.01.2009	31.12.2009
	- Euro -	- Euro -
<b>2.1 Geldschulden</b>	<b>4.772.731,26</b>	<b>3.457.392,37</b>
Schuldenentwicklung:		-1.315.338,89

### 10.14 Rückstellungen

Die Rückstellungen sind gegenüber dem 01.01.2009 gestiegen. Verantwortlich hierfür sind insbesondere die Pensionsrückstellungen. Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Während bei der Berechnung zum 01.01.2009 vorschriftsgemäß mit dem Teilwert gerechnet wurde, musste nach Vorgaben des Arbeitskreises Doppik beim Ministerium des Innern eine Umstellung auf den Barwert vorgenommen werden.

	01.01.2009	31.12.2009
	- Euro -	- Euro -
<b>3. Rückstellungen</b>	<b>6.315.231,14</b>	<b>7.041.227,90</b>
3.1 Pensionsrückst. und ähnliche Verpflichtungen	5.966.370,76	6.340.582,45
3.2 Rückst.f.Altersteilzeit u. ähnliche Maßnahmen	318.860,38	375.836,82
3.3 Rückstellungen f. unterlassene Instandhaltung		130.596,25
3.4 Rückst.f.Rekultiv.u.Nachsorg.geschl.Abfalldep		
3.5 Rückstellungen f. d. Sanierung von Altlasten		
3.6 Rückst.i.R.d.Fin.-Ausgl.u.v.Steuerschuldverh.		
3.7 Rück.f.droh.Verpfl.a.Bürgsch.,Gewährl.,anh.GV		
3.8 Andere Rückstellungen	30.000,00	194.212,38
Rückstellungsentwicklung:		725.996,76

### 10.15 Weitere Punkte:

- Nachholung von Abschreibungen und Auflösung von Sonderposten:

Soweit Abschreibungen oder Auflösungsbeträge für Sonderposten nachgeholt werden, weil eine Verbuchung im Aktivierungsjahr nicht mehr möglich ist, müsste nach dem Wortlaut der haushaltsrechtlichen Vorschriften eine periodenfremde Buchung erfolgen, die wiederum in den außerordentlichen Ergebnishaushalt gehört. Dementsprechend verfährt die Gemeinde bei diesen Positionen allerdings nicht, d.h., die einer Monatsperiode nachzuholenden Abschreibungs- und Auflösungsbeträge werden im ordentlichen Ergebnishaushalt gebucht. Denn bei den nachzuholenden Beträgen handelt sich im Sinne der Kontenregeln nicht um „Aufwendungen, die aus unvorhergesehenen Ereignissen und Finanzvorfällen“ heraus entstehen; es handelt sich vielmehr um geplante Aufwendungen. Der Charakter der Außerordentlichkeit von Fällen, für die der außerordentliche Ergebnishaushalt vorgesehen ist, ist nicht gegeben.

- Aktivierung von geleisteten Investitionszuschüssen

Der Zahlung von Investitionszuschüssen geht ein entsprechender Bescheid an

den Antragsteller voraus. Mit der Bescheiderteilung geht die Gemeinde zwar eine Verpflichtung ein, aber die Zahlung des Zuschusses hängt von Bedingungen ab. Insoweit ist eine „Gegenleistung“ des Zuschussnehmers erforderlich, nämlich, dass die Bedingung erfüllt wird. Vor diesem Hintergrund wird die Zuschussgewährung zunächst als „schwebendes Geschäft“ betrachtet, welches nicht zu bilanzieren ist. Die Aktivierung erfolgt mit Zahlung des Zuschusses.

# 11. Vorbelastungen aus dem Haushaltsjahr 2009 § 54 Abs. 5 GemHKVO

## 11.01 Vorbelastungen

Der abschließende Kassenbestand in Höhe von 3.847.913,91 Euro ist ausreichend, um nichtplanerischen Vorbelastungen für 2010 zu finanzieren; es verbleiben nach Abzug dieser Vorbelastungen 767.393,63 Euro liquide Mittel.

Zusammenfassendes Ergebnis		Liquidität			
1.	Kassenistbestand 31.12.2009	3.847.913,91		3.847.913,91	
2.	Vorbelastungen HHJahr 2010				
2.1	Einzelpositionen				
	- Ergebnis Bauhof				
	- nicht verbrauchte HHReste	entfällt *)			
	- Haushaltsunwirksame Zahlungen	262.719,34			
	- Osterloh-Fonds (Kto. 171190)	0,00			
	- Bürgschaften	0,00			
	- Gewährleistungsverträge	0,00			
	- kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00			
	Sonstige Verbindlichkeiten	-5.070,90			
	- Sonstiges (zweckgeb. Einnahmen))	0,00			
	Summe:	257.648,44	257.648,44		
2.2	Finanzaushalt				
2.2.1	Laufende Verwaltung				
	- HHReste für Rückstellungen, die 2010 kassenwirksam werden	324.808,64			
	- HHReste	13.878,61			
	Summe:	338.687,25	338.687,25		
			596.335,69	-596.335,69	
	<b>Zwischenkassenbestand:</b>			<b>3.251.578,22</b>	
2.2.2	Rückbehalt für Deckung Fehlbedarf/-betrag:	0,00		0,00	
				3.251.578,22	3.251.578,22
2.2.3	Investitionen				
	- HHReste Rückstellungen	0,00			
	- HHReste (mit und ohne Aufträge)	2.484.184,59			
	- Haushaltsvorgriffe (§ 117 Abs. 2 NKomVG)	0,00			
	Summe:	2.484.184,59			-
					2.484.184,59
3.	Verbleibender Kassenbestand				767.393,63
4.	abzüglich Sockelbetrag für Kasse				0,00
5.	<b>Verbleibender Kassenbestand</b>				<b>767.393,63</b>

## 11.02 Bürgschaften

Die Gemeinde hat keine Bürgschaften geleistet

### 11.03 Gewährleistungsverträge

Die Gemeinde hat keine Gewährleistungsverträge geschlossen

### 11.04 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Die Gemeinde ist keine kreditähnlichen Rechtsgeschäfte eingegangen

### 11.05 Gestundete Beträge

Der genaue Betrag kann für 2009 nicht ermittelt werden, soweit buchungstechnisch nicht das richtige Verfahren angewendet wurde und anstelle von Ratenplänen Fälligkeitsveränderungen vorgenommen wurden. Für die Gewährung von Stundungen gilt einschlägiges öffentliches Recht. Durch Ratenpläne sichtbare Forderungsveränderungen hat es im Umfang von 19.860 Euro gegeben.

### 11.06 Haushaltsreste

Die Haushaltsreste sind eine öffentlich- rechtliche Besonderheit; sie sind handelsrechtlich nicht bekannt. Die Haushaltsreste sind ein Instrument, Haushalts-, also Zahlungsermächtigungen, in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Sie werden gebildet sowohl im Ergebnishaushalt als auch insbesondere im investiven Bereich. Die Kassenwirksamkeit tritt regelmäßig im Folgejahr ein.

Haushaltsreste wurde in folgendem Umfang gebildet:

Ergebnishaushalt/ohne Aufträge	13.878,61
Finanzhaushalt/ohne Aufträge	1.404.870,18
Finanzhaushalt/ mit Aufträge	1.079.314,41
	2.484.184,59

### 11.07 Rückstellungen

Als Vorbelastungen werden Rückstellungen rechnerisch berücksichtigt, soweit sich in unmittelbarer Zukunft, also insbesondere im Folgejahr Zahlungsverpflichtungen ergeben. Diese sind vorhanden bei den gebildeten Rückstellungen für unterlassenen Instandhaltungen und bei Anderen Rückstellungen.

### 11.08 Haushaltsvorgriffe

Ein Haushaltsvorgriff liegt dann vor, wenn im Haushaltsjahr über- oder außerplanmäßig eine Zahlung geleistet werden muss, die erst durch einen Haushaltsplan im Folgejahr gedeckt werden kann. Eine solche Situation hat es 2009 aber nicht gegeben.

### 11.09 Durchlaufende Gelder

Durchlaufende Gelder sind vorhanden, weil die entstandenen Zahlungsvorgänge entweder den gemeindlichen Haushalt nicht berühren oder weil sie mangels anderer Möglichkeit im Haushalt nicht zu buchen waren.

	01.01.2009	31.12.2009
	- Euro -	- Euro -
Durchlaufende Posten aktiv	9.006,01	-19.990,78 1)
Durchlaufende Posten passiv	-13.892,38	-242.728,56 2)

1) Das „-“ zeigt, dass es sich um eine Verbindlichkeit handelt

2) Das „-“ zeigt, dass es sich um eine Verbindlichkeit handelt



#### 11.10 In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen, die in Anspruch genommen wurden, sind eine Auftragsvergabe im abgelaufenen Jahr mit Kassenwirksamkeit in späteren Jahren. Insoweit liegt in der Tat eine Vorbelastung zukünftiger Haushaltsjahre vor, die aber nicht den vorhandenen Kassenbestand zum 31.12. belasten. Eine Belastung des Kassenbestandes liegt nicht vor, wenn vorschriftsgemäß für die Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren der Kassenwirksamkeit ein Haushaltsansatz eingeplant wurde.

Verpflichtungsermächtigungen wurden in folgender Höhe in Anspruch genommen:

Es hat eine Verpflichtungsermächtigung gegeben. Diese Ermächtigung, sie betraf den Umbau und die Erweiterung der Turnhalle Feldbreite (I-PSP-Element 11.000213.500). Haushaltsansatz mit Haushaltsresten und Verpflichtungsermächtigung haben zusammen eine Ausgabeermächtigung in Höhe von 1.496.903,23 Euro ergeben. Beauftragt wurden 1.454.738,08.

12. Änderung der Gliederung Jahresabschluss, Gesamtabschluss, insbesondere Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz gegenüber Vorjahr  
§ 48 Abs. 1 GemHKVO

Weil es sich um den ersten gemeindlichen Jahresabschluss handelt, gibt es bei seiner Gliederung naturgemäß keine Änderungen. Dasselbe gilt für die Ergebnis- und Finanzrechnung.

Der Gesamtabschluss ist für 2009 noch nicht erforderlich; eine Entscheidung über die Konsolidierung und damit eine Entscheidung über den Gesamtabschluss muss erst für die Bilanz zum 31.12.2012 getroffen werden.

13. Jahr zu Jahr nicht vergleichbare Positionen in Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Bilanz  
§ 48 Abs. 2 Ziff 1 GemHKVO

Eine Ergebnis- und Finanzrechnung für 2008 gibt es nicht. Ein Vergleich ist deshalb nur hinsichtlich der Ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 möglich. Nicht vergleichbare Bilanzpositionen sind nicht vorhanden.

14. Im Haushaltsjahr vorhandene und in dem Jahr nicht verwendete zweckgebundene Erträge  
§ 49 Abs. 4 GemHKVO

Alle zweckgebundenen Erträge wurden zweckentsprechend verwendet.

15. Fälle, wo der Rückzahlungsbetrag einer Verbindlichkeit höher ist als der Ausgabebetrag  
§ 49 Abs. 2 GemHKVO

Solche Fälle hat es 2009 nicht gegeben.

16. Zugehörigkeit von Vermögensgegenständen und Schuldenpositionen zu mehreren Bilanzpositionen  
§ 48 Abs. 3 GemHKVO

Es sind keine Vermögens- und Schuldenpositionen vorhanden, die mehreren Bilanzpositionen zuzuordnen wären.

17. Vermerk über weitere Untergliederungen von Posten gegenüber der vorgeschriebenen Gliederung (Bilanz)  
§ 48 Abs. 4 GemHKVO

Weitere Gliederungen von Posten wurden nicht vorgenommen.

18. Angabe und Erläuterung der auf die Posten der Ergebnisrechnung sowie der Vermögensrechnung und der Bilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 1 GemHKVO

Bilanziert wurde vorschriftsgemäß nach Anschaffungs- und Herstellungswerten, wobei erbrachte Eigenleistungen noch nicht berücksichtigt wurden. Andere Bewertungsnotwendigkeiten z.B. Sachwertverfahren haben sich nicht ergeben.

19. Angabe und Erläuterung der Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit Begründung, wobei deren Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage gesondert zu erläutern ist  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 2 GemHKVO

Abweichungen hat es nicht gegeben.

20. Art und Höhe der wesentlichen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 3 GemHKVO

Wesentliche außerordentliche Erträge und Aufwendungen hat es nicht geben. Wie oben bereits ausgeführt ergaben sich außerordentliche Buchungsvorgänge nur im Rahmen der zeitlichen Abgrenzung und im Rahmen der Abwicklung von Schadensfällen. Bei den Schadensfällen hat es keine bedeutenden Fälle gegeben.

21. Angaben und Erläuterung über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 4 GemHKVO

Zinsen für Fremdkapital wurden bei den Herstellungswerten nicht berücksichtigt. Eine Notwendigkeit hat sich nicht ergeben, weil in 2009 keine Kredite aufgenommen wurden.

22. Angaben und Erläuterungen zu Haftungsverhältnissen, auch wenn gleichwertige Rückgriffsforderungen gegenüberstehen.  
§ 55 Abs. 2 Ziff. 5 GemHKVO

Haftungsverhältnisse wurden 2009 nicht eingegangen und sind im Übrigen aus Vorjahren heraus auch nicht vorhanden.

23. Angaben und Erläuterungen zu Sachverhalten, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können.

§ 55 Abs. 2 Ziff. 6 GemHKVO

Solche Sachverhalte haben sich 2009 nicht ergeben und sind im Übrigen aus Vorjahren heraus nicht vorhanden.

24. Angaben und Erläuterung zu noch nicht abgedeckten Fehlbeträgen, die einzeln nach Jahren getrennt angegeben werden

§ 55 Abs. 2 Ziff. 7 GemHKVO

Fehlbeträge aus Vorjahren sind nicht vorhanden.

### **Anlagen zum Anhang**

1. Anlagenübersicht

§ 56 Abs. 1 GemHKVO

2. Forderungs- und Verbindlichkeitsspiegel

§ 56 Abs. 2 und 3 GemHKVO

3. Nebenrechnung zur Ermittlung und Verwendung der aus speziellen Entgelten für die Inanspruchnahme leitungsgebundener Einrichtungen gedeckten Abschreibungen

§ 56 Abs. 4 GemHKVO

# **Jahresrechnung 2009**

## **Anlagen zum Anhang**

Rechenschaftsbericht

Anlagenübersicht

Schuldenübersicht

Forderungsübersicht

Nebenrechnungen nach § 56 GemHKVO

## **Rechenschaftsbericht 2009**

Nach § 57 NKomVG sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen darzustellen. Dabei ist eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorzunehmen. Darüber hinaus soll auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind und über zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, berichtet werden.

Mit dem Jahresabschluss 2009 erstellt die Gemeinde Rastede erstmalig einen Jahresabschluss nach doppelten Regeln. Damit liegt neben der Ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 eine Bilanz vor, die zum ersten Mal das Wirtschaftsergebnis einer Jahresperiode berücksichtigt. Der Vergleich der Bilanzen erlaubt nun neben einem erstmaligen Erkennen der gemeindlichen Vermögens- und Verbindlichkeitsentwicklung auch die Darlegung einer einjährigen Wirtschafts- und Leistungsentwicklung. D.h. erstmalig werden in der Ergebnisrechnung neben dem Zu- und Abfluss von liquiden Mitteln nichtliquide Faktoren wie Abschreibungen und Rückstellungsbildungen berücksichtigt.

Zunächst ist positiv zu vermerken, dass sich die Bilanzsumme um 1.641.776,48 Euro von 98.390.824,34 Euro auf 100.032.600,82 Euro erhöht hat. Diese Werterhöhung bekommt eine positive Bewertung besonders dadurch, dass sich die Vermögenswertsteigerung nicht durch zusätzliche Verbindlichkeiten ergeben hat. Zusammen mit der Inanspruchnahme des Kassenbestandes und der positiven Ergebnisrechnung konnten im Gegenteil sogar zusätzlich die Verbindlichkeiten um 1.323.570,73 Euro von 5.194.284,23 Euro auf 3.870.713,50 Euro reduziert werden.

Die Aktivseite der Bilanz ist besonders gekennzeichnet durch einen Aktivtausch. Der zum 01.01.2009 vorhandene liquide Geldbestand ist in Höhe von 8.430.942,70 Euro um 4.583.028,79 Euro auf 3.847.913,91 Euro abgeschmolzen. Im (Aktiv-)Tausch dazu hat sich der Wert des Sachvermögens trotz normaler Abschreibungen um 5.123.136,52 Euro von 87.209.810,98 auf 92.332.947,50 Euro erhöht.

Es ist somit festzustellen, dass sich der Gesamtwert des gemeindlichen Vermögens einerseits erhöht und sich andererseits die Verbindlichkeiten reduziert haben und immer noch ein sehr hoher liquider Geldbestand vorhanden ist.

Die liquiden Mittel bedürfen vor dem Hintergrund, dass die Gemeinde für 2009 eine ausgeglichene Haushaltsplanung, somit also die planerische Absicht gehabt hat, die veranschlagten Einnahmen komplett für die veranschlagten Einnahmen zu verbrauchen, einer Bewertung.

Die Gemeinde hatte laut Haushaltssatzung die Absicht, 7.657.100 Euro Kredite aufzunehmen. Dazu ist es dank des im Zeitpunkt der Planung noch nicht bekannten hohen Kassenbestandes zum 01.01.2009 und der positiven Finanzrechnung - Bereich laufende Verwaltung (Überschuss: 2.617.993,15 Euro) vollständig nicht gekommen. Gleichwohl sind nicht alle veranschlagten investiven Maßnahmen planmäßig zum Abschluss gekommen oder vorangeschritten. Das bedeutet, dass Haushaltsermächtigungen in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden mussten (Haushaltsreste) und im übrigen zu sehen ist, ob es weitere Vorbelastungen gibt, die durch die Haushaltsplanung 2010 nicht erfasst werden können, gleichwohl aber den Kassenbestand zum 31.12.2009 berühren. Z.B. auch durch Rückstellungen, die insbesondere im Folgejahr kassenwirksam werden.

Der am 31.12.2009 vorhandene Kassenbestand in Höhe von 3.847.913,91 Euro ist außerhalb des Haushaltsplanes mit 3.080.520,91 Euro vorbelastet, was einen planerisch nicht belegten Kassenbestand von 767.393 Euro zum 31.12.2009 ergibt. Die Berechnung im Einzelnen kann dem Anhang zur Bilanz entnommen werden.

Der v.g. liquide Mittelbestand von 3.847.913,91 Euro zum 31.12.2009 ist also ausreichend, die zum 31.12.2009 bekannten zukünftigen kassenwirksamen Belastungen außerhalb der Planung ab 2010 in Höhe von 3.080.520,91 Euro zu tragen, ohne, dass für nicht planmäßig vorangeschrittene Investitionsmaßnahmen Haushaltseinnahmereste (Übernahme von Kreditermächtigungen in das Folgejahr) hätten gebildet werden müssen.

Im Rahmen der den Kommunen gesetzlich auferlegten Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurden Haushaltsreste nur in dem erforderlichen Umfang gebildet (§ 20 Abs. 5 Satz 1 GemHKVO).

Die Bilanz zum 31.12.2009 für sich und im Vergleich zum 01.01.2009 enthält keine negativen Entwicklungsmerkmale. Die Entwicklung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzsituation 2009 ist durchweg positiv. Sie enthält deshalb auch kein Indiz dafür, dass die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde gefährdet ist und demnächst gefährdet sein wird. Es sind zudem sowohl keine finanzwirtschaftlichen Risiken für die zukünftige Aufgabenerfüllung der Gemeinde erkennbar, noch sind nach dem Schluss des Haushaltsjahres 2009 Vorgänge von besondere Bedeutung eingetreten.

Die Bilanz ist selbstverständlich immer nur die Ergebnisdarstellung einer das Gemeinwohl lenkenden Haushaltsplanung, gepaart mit kaum zu beeinflussenden Faktoren wie z.B. die konjunkturelle Entwicklung in der Gemeinde, die sich in den Gewerbesteuererträgen zeigt.

Die Haushaltsplanung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dem Einwohner der Gemeinde Rastede eine umfängliche Infrastruktur und ausreichende Einrichtungen für die Bildung, die Erziehung, den Sport und die Kultur zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist die gemeindliche Planung darauf ausgerichtet, die Gemeinde in ihrem Einwohnerbestand zu entwickeln. Deshalb wird großer Raum der gemeindlichen Aktivität durch Baugebietsentwicklung für die Bereiche Wohnen und Gewerbe eingenommen. So ist zu erklären, warum das Sachvermögen 2009 und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren erheblich zugenommen hat und zunehmen wird, eben weil für die Einwohner der Gemeinde Sachwerte geschaffen werden. Allein der Blick auf das Vorratsvermögen, welches sich ausschließlich auf den Erwerb von Grundstücken und die Herstellung und die Wiederveräußerung von Bauland bezieht, offenbart hier eine umfangreiche Facette der gemeindlichen Entwicklung.

Die Haushaltsplanung 2009 wurde umgesetzt. Dies auch im investiven Bereich, soweit es die Umstände der Planung und Planungsausführung zugelassen haben. Dies auf der einen Seite und die angesprochenen Bilanzwerte auf der anderen Seite lassen das Jahr 2009 sachlich wie finanziell als erfolgreich und solide bewerten.

Die Finanzrechnung anstelle einer nicht so detailreichen handelsrechtlichen Kapitalflussrechnung zeigt die liquiden Zu- und Abflüsse auf. Sie weist weder zu Beginn noch zum Ende des Haushaltsjahres ein Minus bzw. ein durch Liquiditätskredite erzeugten positiven Kassenbestand auf. D.h., die Gemeinde war in diesen Zeitpunkten aus eigener Kraft liquide. Auch unterjährig hat sich zu keiner Zeit der Bedarf für die Aufnahme eines vorübergehenden Liquiditätskredites ergeben.

Die Ergebnisrechnung, die auch die nichtliquiden Faktoren wie Abschreibungen und Rückstellungsbildungen berücksichtigt und die letztendlich das Jahresergebnis aufzeigt, ist ebenso positiv ausgefallen. Es haben sich keine besonderen Sachverhalte ergeben, die von der Haushaltsplanung abweichen und deshalb besonders dargestellt werden müssten.

Rastede, den 19.03.2014

-----  
von Essen  
Bürgermeister

## Anlagenübersicht

Anlagevermögen 1) 2)	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen 3)	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
		+	-	+/-			-	-	+			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielles Vermögen	149.584,05	963.715,02	0,00	0,00	1.113.299,07	-50.605,75	-50.184,32	0,00	0,00	-100.790,07	1.012.509,00	98.978,30
1.1 Konzessionen												
1.2 Lizenzen	149.584,05	64.970,35	0,00	0,00	214.554,40	-50.605,75	-25.935,65	0,00	0,00	-76.541,40	138.013,00	98.978,30
1.3 Ähnliche Rechte												
1.4 Geleist. Investitionszuwendungen und Investitionszuschüsse	0,00	898.744,67	0,00	0,00	898.744,67	0,00	-24.248,67	0,00	0,00	-24.248,67	874.496,00	0,00
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand												
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen												
2. Sachvermögen (ohne Vorräte u. geringwertige VG)	116.352.688,37	8.430.006,68	-182.482,16	0,00	124.600.212,89	-34.122.716,96	-2.394.072,00	26.175,51	0,00	-36.490.613,45	88.109.599,44	82.229.971,41
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	6.290.449,79	1.186.560,44	-124.647,75	37.160,86	7.389.523,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.389.523,34	6.290.449,79
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	33.032.848,11	3.287.334,88	-5.824,05	1.403.003,99	37.717.362,93	-9.524.456,43	-384.245,63	-323.991,29	0,00	-10.232.693,35	27.484.669,58	23.508.391,68
2.3 Infrastrukturvermögen	68.087.150,15	619.773,37	-4.322,58	651.427,16	69.354.028,10	-22.817.324,10	-1.694.334,48	-81.334,51	0,00	-24.592.993,09	44.761.035,01	45.269.826,05
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	924.959,27	0,00	0,00	-924.617,05	342,22	-236.679,01	-232,21	236.668,00	0,00	-243,22	99,00	688.280,26

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

2) Im Falle der Vermögenstrennung jeweils auch das realisierbare Vermögen

3) Kumulierte Abschreibungen für Abgänge



Anlagevermögen 1) 2)	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen <sup>3)</sup>	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
		+	-	+/-			-	-	+			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	9.500,00	0,00	0,00	9.500,00	0,00	-194,00	0,00	0,00	-194,00	9.306,00	0,00
2.6 Maschinen u. tech. Anlagen; Fahrzeuge	1.603.020,05	35.531,47	-17.449,16	-8.340,41	1.612.761,95	-556.045,24	-86.022,75	21.119,04	0,00	-620.948,95	991.813,00	1.046.974,81
2.6.1 Fahrzeuge	1.395.747,23	21.615,37	-17.449,16	0,00	1.399.913,44	-494.658,79	-72.350,81	17.449,16	0,00	-549.560,44	850.353,00	901.088,44
2.6.2 Maschinen	207.272,82	13.916,10	0,00	-8.340,41	212.848,51	-61.386,45	-13.671,94	3.669,88	0,00	-71.388,51	141.460,00	145.886,37
2.6.3 Technische Anlagen												
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung; Pflanzen und Tiere	2.704.911,69	711.505,65	-30.238,62	155.156,12	3.541.334,84	-988.212,18	-229.042,93	173.714,27	0,00	-1.043.540,84	2.497.794,00	1.716.699,51
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	3.709.349,31	2.579.800,87	0,00	-1.313.790,67	4.975.359,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.975.359,51	3.709.349,31
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	2.107.137,19	67.027,06	-94.870,06	0,00	2.079.294,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.079.294,19	2.107.137,19
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	40.564,59	0,00	0,00	0,00	40.564,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40.564,59	40.564,59
3.2 Beteiligungen	36.050,03	0,00	0,00	0,00	36.050,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.050,03	36.050,03
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	450.000,00	0,00	0,00	0,00	450.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	450.000,00	450.000,00
3.4 Ausleihungen	1.580.522,57	67.027,06	-94.870,06	0,00	1.552.679,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.552.679,57	1.580.522,57
3.5 Wertpapiere												
insgesamt	118.609.409,61	9.460.748,76	-277.352,22	0,00	127.792.806,15	-34.173.322,71	-2.444.256,32	26.175,51	0,00	-36.591.403,52	91.201.402,63	84.436.086,90

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

2) Im Falle der Vermögenstrennung jeweils auch das realisierbare Vermögen

3) Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

## Schuldenübersicht

gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

Art der Schulden 1)	Gesamtbetrag am 31.12.2009 - Euro-	davon mit einer Restzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2008 - Euro-	Mehr(+)/weniger (-) -Euro-
		Mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr - Euro-	Mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre - Euro-	Mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre -Euro-		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden	3.457.392,37				4.772.731,26	-1.315.338,89
1.1 Anleihen						
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	3.457.392,37	5.455,44	197.900,59	3.254.036,34	4.772.731,26	-1.315.338,89
1.3 Liquiditätskredite						
1.4 sonstige Geldschulden						
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften						
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	69.825,65	69.825,65			0,00	69.825,65
4. Transferverbindlichkeiten	62.196,45		62.196,45		57.877,60	4.318,85
5. Sonstige Verbindlichkeiten	237.637,86	237.637,86			13.892,38	223.745,48
Schulden insgesamt	3.827.052,33	307.463,51	62.196,45		4.844.501,24	-1.017.448,91

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

## Forderungsübersicht

gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO

Art der Forderungen 1)	Gesamtbetrag am 31.12.2009 - Euro-	davon mit einer Restzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2008 - Euro-	Mehr(+)/ weniger(-) - Euro-
		Mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr -Euro-	Mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre -Euro-	Mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre -Euro-		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Öffentlich-rechtliche Forderungen	402.044,33	280.556,58	121.487,75		252.062,61	149.981,72
Forderungen aus Transferleistungen	83.041,11	22.036,68	45.890,01	15.114,42	78.991,32	4.049,79
Sonstige privatrechtliche Forderungen	57.917,24	57.917,24			52.780,18	5.137,06
Summe aller Forderungen	543.002,68	360.510,50	167.377,76	15.114,42	383.834,11	159.168,57

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

**Nebenrechnung nach § 56 Abs. 4 GemHKVO  
für die leitungsgebundene kostenrechnende Einrichtung Regenwasser**

**I. Berechnung für 2009**

	Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	noch nicht verwendete Abschreibungen
	1	2	3
1 a) bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= "bisherige Abschreibungen") des Musters 12 (=Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	1.660.850,93 EUR		
1 b) bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr **) erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	<b>481.774,30 EUR</b>		
2 a) bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind		2.620.515,97 EUR	
2 b) bisherige Tilgungen von - spezielle Darlehen Krediten für diese Einrichtung - allg. Darlehen		210.742,01 EUR 590.316,76 EUR	
2 c) bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde) abzüglich Einnahmeüberschüsse aus Vorjahren		2.686.343,59 EUR -256.200,55 EUR	
Summe Spalte 2		<b>5.851.717,78 EUR</b>	
<b>3 bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung 2009</b>	<b>481.774,30 EUR</b>	<b>5.851.717,78 EUR</b>	<b>-5.369.943,48 EUR</b>

**Nebenrechnung nach § 56 Abs. 4 GemHKVO  
für die leitungsgebundene kostenrechnende Einrichtung Schmutzwasser**

**I. Berechnung für 2009**

	Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	noch nicht verwendete Abschreibungen
	1	2	3
1 a) bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= "bisherige Abschreibungen") des Musters 12 (=Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	12.610.540,31 EUR		
1 b) bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	<b>11.375.468,28 EUR</b>		
2 a) bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind		3.208.951,57 EUR	
2 b) bisherige Tilgungen von                      - spezielle Darlehen Krediten für diese Einrichtung                - allg. Darlehen		3.703.550,68 EUR 2.314.205,61 EUR	
2 c) bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde) abzüglich Einnahmeüberschüsse aus Vorjahren		4.466.051,34 EUR -1.206.263,19 EUR	
Summe Spalte 2		<b>12.486.496,01 EUR</b>	
<b>3 bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung 2009</b>	<b>11.375.468,28 EUR</b>	<b>12.486.496,01 EUR</b>	<b>-1.111.027,73 EUR</b>



# Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2009 der Gemeinde Rastede

Rechnungsprüfungsamt  
Landkreis Ammerland



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>- 5 -</b>
<b>1. Grundlagen der Prüfung des Jahresabschlusses .....</b>	<b>- 6 -</b>
1.1 Prüfungsauftrag .....	- 6 -
1.2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung .....	- 6 -
1.3 Jahresabschluss des Vorjahres .....	- 7 -
1.3.1 Entlastung des Vorjahres .....	- 7 -
1.3.2 Ergebnisverwendung .....	- 7 -
1.3.3 Erledigung früherer Prüfungsbemerkungen .....	- 8 -
1.4 Grundlagen der Haushaltswirtschaft.....	- 8 -
1.4.1 Haushaltssatzung / Nachtragssatzung / Genehmigung .....	- 8 -
1.4.2 Vorläufige Haushaltsführung .....	- 9 -
1.4.3 Haushaltsplan.....	- 9 -
1.4.4 Ergebnisplan / Finanzplan / Investitionsprogramm.....	- 10 -
1.4.5 Verpflichtungsermächtigungen .....	- 10 -
1.4.6 Ausführung des Haushaltsplans.....	- 11 -
1.4.7 Liquidität einschließlich Liquiditätskredite.....	- 12 -
1.4.8 Investitionskredite / Schuldenmanagement.....	- 12 -
1.4.9 Haushaltssicherungskonzept.....	- 12 -
1.4.10 Stellenplan.....	- 12 -
<b>2. Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens .....</b>	<b>- 14 -</b>
2.1 Allgemeines .....	- 14 -
2.2 Buchführung .....	- 14 -
2.3 Anordnungs- und Belegwesen.....	- 15 -
2.4 Kassenwesen .....	- 16 -
2.5 Internes Kontrollsystem .....	- 16 -
2.6 Systemprüfungen.....	- 16 -
<b>3. Prüfung des Jahresabschlusses .....</b>	<b>- 18 -</b>
3.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses .....	- 18 -
3.2 Aktivseite der Bilanz.....	- 19 -
3.3 Passivseite der Bilanz.....	- 22 -
3.4 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 54 Abs. 5 GemHKVO) .....	- 24 -
3.4.1 Haushaltsreste.....	- 24 -
3.4.2 Bürgschaften .....	- 24 -
3.4.3 Gewährleistungsverträge.....	- 24 -

3.4.4	In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen.....	- 24 -
3.4.5	Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.....	- 24 -
3.4.6	Gestundete Beträge .....	- 24 -
3.5	Ergebnisrechnung.....	- 25 -
3.5.1	Allgemeines .....	- 25 -
3.5.2	Jahresergebnis .....	- 25 -
3.5.3	Plan-Ist-Vergleich .....	- 26 -
3.5.4	Jahresvergleich .....	- 26 -
3.6	Finanzrechnung .....	- 27 -
3.6.1	Allgemeines .....	- 27 -
3.6.2	Finanzlage .....	- 27 -
3.6.3	Plan-Ist-Vergleich .....	- 28 -
3.6.4	Jahresvergleich .....	- 29 -
3.7	Anhang, Anlagen zum Anhang, Rechenschaftsbericht.....	- 30 -
3.7.1	Anhang .....	- 30 -
3.7.2	Anlagen zum Anhang .....	- 30 -
3.7.3	Rechenschaftsbericht.....	- 31 -
3.8	Kennzahlen zur Jahresabschluss-Analyse .....	- 32 -
3.8.1	Vermögensstruktur .....	- 32 -
3.8.2	Kapitalstruktur.....	- 33 -
3.8.3	Kennzahlen im Bereich der langfristigen Aktiva .....	- 33 -
3.8.4	Deckungsverhältnis .....	- 34 -
3.9	Gesamtbetrachtung des Jahresabschlusses .....	- 35 -
<b>4.</b>	<b>Produkthaushalt, Steuerungsprozess .....</b>	<b>- 36 -</b>
<b>5.</b>	<b>Prüfung von Vergaben.....</b>	<b>- 36 -</b>
<b>6.</b>	<b>Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit....</b>	<b>- 37 -</b>
6.1	Prüfung der Geschäftsbereiche Zentrale Gebäudewirtschaft sowie Bauen und Verkehr .....	- 37 -
<b>7.</b>	<b>Wirtschaftliche Betätigung der Kommune .....</b>	<b>- 38 -</b>
7.1	Anteile an verbundenen Unternehmen .....	- 38 -
7.1.1	Prüfung der Sozialstation Rastede gGmbH.....	- 38 -
7.1.2	Prüfung der Residenzort Rastede GmbH.....	- 38 -
7.2	Beteiligungen .....	- 39 -
7.2.1	Prüfung der Ammerländer Wohnungsbau GmbH.....	- 39 -
7.2.2	Prüfung der HUNO Verlag GmbH .....	- 39 -
7.2.3	Sonstige Beteiligungen.....	- 40 -



7.3	Sondervermögen .....	- 40 -
7.3.1	Prüfung des Bauhofs Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede .....	- 40 -
7.4	Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung .....	- 40 -
<b>8.</b>	<b>Bestätigungsvermerk .....</b>	<b>- 41 -</b>
<b>9.</b>	<b>Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen / -bemerkungen .....</b>	<b>- 43 -</b>
<b>10.</b>	<b>Anlagen .....</b>	<b>- 44 -</b>
10.1	Bilanz zum 31.12.2009 .....	- 44 -
10.2	Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2009 (Muster 11) .....	- 46 -
10.3	Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2009 (Muster 12) .....	- 47 -

## Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AHW	Anschaffungs- und Herstellungswert
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
e. V.	eingetragener Verein
ff.	fortfolgend
fortg.	fortgeschrieben
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GemHKVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Gemeinden auf der Grundlage der kommunalen Doppik (Gemeindehaushalts- u. -kassenverordnung)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
IDR	Institut der Rechnungsprüfer
i. H. v.	in Höhe von
i. V. m.	in Verbindung mit
KDO	Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg
LSKN	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen
Nds.	Niedersachsen
NGO	Niedersächsische Gemeindeordnung
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neues Kommunales Rechnungswesen
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RdErl. d. MI	Runderlass des Nds. Ministeriums für Inneres und Sport
S.	Satz
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannten
u. a.	unter anderem
u. ä.	und ähnliches
v. g.	vorgenannt
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen
z. B.	zum Beispiel

## **1. Grundlagen der Prüfung des Jahresabschlusses**

### **1.1 Prüfungsauftrag**

Ab dem 01.01.2009 wird die Haushaltswirtschaft der Gemeinde Rastede nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung auf der Grundlage der NGO / des NKomVG und der GemHKVO geführt (§ 82 Abs. 3 NGO bzw. § 110 Abs. 3 NKomVG).

Die Gemeinde Rastede hat gemäß § 100 Abs. 1 NGO (§ 128 NKomVG) für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Die Prüfung des Jahresabschlusses obliegt nach geltender Rechtslage (§§ 119, 120 NGO bzw. §§ 155, 156 NKomVG) dem zuständigen Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland.

### **1.2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**

Gegenstand der Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31.12.2009 in der Fassung vom 19.03.2014, einschließlich des Anhangs und der Pflichtanlagen gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG). Darüber hinaus wurden die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen geprüft. Hinsichtlich des Rechenschaftsberichts haben wir auch geprüft, ob dieser mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gemeinde Rastede vermittelt und die zukünftigen Chancen und Risiken abbildet.

Der Jahresabschluss in der Fassung vom 19.03.2014 zuzüglich aller Anlagen wurde mit allen erforderlichen Unterschriften dem RPA des Landkreises Ammerland am 05.01.2015 zur Prüfung vorgelegt.

Der Jahresabschluss wurde in der Zeit vom 01.12.2014 bis 19.03.2015 (mit Unterbrechung) von den Prüferinnen Frau Hempel und Frau Heimerich geprüft. In 2012 erfolgten Vorprüfungen bereits fertig gestellter Teilbereiche der Jahre 2009 und 2010.

Als Prüfungsunterlagen dienten die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, die Bestätigungen der Kreditinstitute sowie die Akten und das Schriftgut der Gemeinde Rastede. Des Weiteren wurde die Prüfungsmitteilung der überörtlichen Kommunalprüfung durch den Landesrechnungshof vom 12.07.2012 herangezogen.

Alle erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind von den einzelnen Fachbereichen bereitwillig erbracht worden.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gem. §§ 119, 120 NGO (§§ 155, 156 NKomVG) wurde unter ergänzender Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes in Anlehnung an die vom IDR verabschiedeten Grundsätze vorgenommen. Die Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit in Anwendung des § 120 Abs. 1 NGO (§ 156 Abs. 1 NKomVG) und im Hinblick auf den zeitlichen Verzug auf den Umfang beschränkt, der nach pflichtgemäßem Ermessen notwendig und angemessen ist, um relevante Sachverhalte zu beurteilen und die im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages erforderlichen Feststellungen treffen zu können.

Demzufolge war die Prüfung des Jahresabschlusses so zu planen und durchzuführen, dass eine hinreichend sichere Beurteilung darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss rechtskonform und frei von wesentlichen Fehlaussagen ist.

Davon ausgehend haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Verwaltung der Gemeinde Rastede verschafft und uns mit den Risiken befasst, die zu wesentlichen Fehlern im Verwaltungshandeln bzw. in der Rechnungslegung führen können. Zudem haben wir untersucht, welche Maßnahmen die Verwaltung ergriffen hat, um diese Risiken zu bewältigen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine grundsätzliche Einschätzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durchgeführt. Darauf aufbauend haben wir sowohl analytische Prüfungshandlungen als auch Einzelfallprüfungen nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete in ausgewählten Stichproben vorgenommen.

Im Rahmen der Prüfung wurde als Sachbereichsprüfung auch die Prüfung der in 2009 abgeschlossenen Baumaßnahmen durchgeführt. Damit umfasste die Jahresabschlussprüfung neben der Prüfung der Buchführung und des Jahresabschlusses auch die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.

Über das Ergebnis der Prüfungen unterrichtet dieser Prüfungsbericht. Prüfungsbemerkungen von untergeordneter Bedeutung und solche, die während des Prüfungszeitraumes ausgeräumt wurden, sind nicht Inhalt dieses Berichts. In diesen Fällen wurden die Einzelheiten mit den zuständigen Mitarbeitern der Gemeinde Rastede besprochen.

### **1.3 Jahresabschluss des Vorjahres**

Im Vorjahr wurde noch eine Jahresrechnung nach kameralen Grundsätzen erstellt.

#### **1.3.1 Entlastung des Vorjahres**

Die Jahresrechnung mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 24.11.2010 für das Haushaltsjahr 2008 wurde gemäß § 101 NGO (§ 129 NKomVG) vom Rat der Gemeinde Rastede am 13.12.2010 beschlossen. Dem Bürgermeister wurde gleichzeitig für dieses Haushaltsjahr die Entlastung erteilt. Der v. g. Beschluss wurde gemäß § 101 Abs. 2 NGO (§ 129 Abs. 2 NKomVG) am 17.12.2010 entsprechend der Hauptsatzung öffentlich bekannt gemacht. Die öffentliche Auslegung ist in der Zeit vom 03.01.2011 bis 21.01.2011 erfolgt. Das Haushaltsjahr 2008 wurde zwar verfristet, aber formell ordnungsgemäß zum Abschluss gebracht.

#### **1.3.2 Ergebnisverwendung**

Da die Haushaltswirtschaft im Jahr 2008 noch nach kameralen Grundsätzen geführt wurde, gab es zum 31.12.2008 noch keinen Ergebnisausweis und somit auch keine Ergebnisverwendung im Jahr 2009.

### **1.3.3 Erledigung früherer Prüfungsbemerkungen**

Im Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2008 der Gemeinde Rastede vom 24.11.2010 waren fünf Prüfungsfeststellungen aufgeführt:

1	Die Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2007 einschließlich der Entlastungserteilung für den Bürgermeister ist nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist erfolgt.
2	Die vom Rat in § 2 der Haushaltssatzung festgelegte Kreditermächtigung wurde um 107.200,00 EUR überschritten.
3	Der Termin für die Aufstellung der Jahresrechnung wurde erneut nicht eingehalten.
4	Die Ist-Bestände des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts und der Verwahr- und Vorschussskonten sowie die Haushalts- und Kassenreste sind in die doppisch geführten Bücher des Folgejahres zu übernehmen.
5	Das Kassenverrechnungskonto sowie die Verwahr- und Vorschussskonten für den Bauhof weisen weiterhin unterschiedliche Ist-Bestände aus.

Die Prüfungsfeststellungen der Textziffern 01 bis 03 bezogen sich auf das Jahr 2008 und haben keine weitergehenden Auswirkungen auf das Jahr 2009 oder Folgejahre.

Die Prüfungsfeststellung 04 wurde im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz abgearbeitet. Weitergehende Auswirkungen auf die Jahre 2009 ff. ergeben sich nicht.

Die Prüfungsfeststellung 05 ist aus kameraler Sicht wegen des Wechsels auf die doppische Rechnungslegung erledigt. Gleichwohl ergeben sich noch Abstimmungsdifferenzen zwischen der Rechnungslegung der Gemeinde Rastede und dem Bauhof, die unter dem Gliederungspunkt 7.3.1 näher erläutert werden.

## **1.4 Grundlagen der Haushaltswirtschaft**

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit seinen Bestandteilen Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Teilhaushalte, Stellenplan und den Anlagen zum Haushaltsplan stellen die Grundlage der Haushaltswirtschaft dar.

### **1.4.1 Haushaltssatzung / Nachtragssatzung / Genehmigung**

Die Haushaltssatzung ist auf der Grundlage des § 84 NGO (§ 112 NKomVG) erstellt worden. Die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte für verbindlich erklärten Haushaltsmuster sind für den Haushalt einschließlich aller Nachträge anzuwenden. Die mit RdErl. d. MI für verbindlich erklärten Haushaltsmuster wurden von der Gemeinde Rastede angewandt.

Gemäß § 86 Abs. 1 NGO (§ 114 Abs. 1 NKomVG) soll die Haushaltssatzung der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden.

Da die Haushaltssatzung des Haushaltsplans 2009 erst am 16.12.2008 vom Rat beschlossen wurde, konnte die Vorlage bei der Aufsichtsbehörde erst verspätet zum 02.02.2009 erfolgen.

Der Landkreis Ammerland als Kommunalaufsichtsbehörde hat die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2009 am 16.03.2009 ohne Einschränkungen genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt erfolgte am 03.04.2009 und die öffentliche Auslegung in der Zeit vom 14.04.2009 bis 22.04.2009.

Mit Ausnahme der verspäteten Vorlage der Haushaltssatzung 2009 wurden die Bestimmungen zur Genehmigung der Haushaltssatzung einschließlich der Bestimmungen zur öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung beachtet.

#### **1.4.2 Vorläufige Haushaltsführung**

Aufgrund der zu Beginn des Jahres 2009 noch nicht rechtskräftigen Haushaltssatzung waren die Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 88 NGO (§ 116 NKomVG) zu beachten. Wesentliche Verstöße hiergegen wurden nicht festgestellt. Die vorläufige Haushaltsführung endete am 22.04.2009.

#### **1.4.3 Haushaltsplan**

Der Haushaltsplan ist auf der Grundlage des § 85 NGO (§ 113 NKomVG) i. V. m. § 1 GemHKVO aufgestellt worden. Der Haushaltsplan wurde in einen Ergebnishaushalt und einen Finanzhaushalt gegliedert und darüber hinaus noch in Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte untergliedert. Die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte für verbindlich erklärten Haushaltsmuster wurden für den Haushalt 2009 grundsätzlich verwandt.

Die in § 1 Abs. 1 GemHKVO aufgeführten Bestandteile des Haushaltsplans einschließlich der Anlagen lagen für den Haushalt 2009 größtenteils vor. Für den Beteiligungsbericht war ein zukünftiger Optimierungsbedarf bezüglich der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung festzustellen. Auf die Ausführungen im Begleitschreiben der Kommunalaufsicht zur Haushaltsgenehmigung 2012 vom 01.06.2012 wird verwiesen.

Nennenswerte Abweichungen bei den verbindlich vorgeschriebenen Mustern bestanden u. a. wie folgt:

- Muster 5: Teil B zu Muster 5 fehlte. Ab dem Haushaltsplan 2010 wurde dieser Teil ausgewiesen.
- Muster 6: Die Darstellung des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses ist nicht korrekt. Auf das Prüfungsergebnis der überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofes mit Prüfbericht vom 12.07.2012 wird verwiesen.
- Muster 8: Teil A zu Muster 8 war nicht vorhanden.
- Muster 9: Die voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen aus Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre wurden nicht angegeben. Diese Angabe wurde ab dem Haushaltsplan 2010 ergänzt.

- Muster 10: Die Verbindlichkeiten waren nicht angegeben worden, so dass der voraussichtliche Stand der Schulden unvollständig war. Auch diese Angaben wurden ab dem Haushaltsplan 2010 ergänzt.

Die Aufstellung des Haushalts erfolgte auf der Grundlage der organisatorischen Struktur der Gemeindeverwaltung. Dies führte zur Bildung von insgesamt 14 Teilhaushalten und 30 Budgets, welche die übergeordneten Aufgabenbereiche der Gemeinde abbilden. Diesen Aufgabenbereichen, die der Verwaltungsgliederung entsprechen, wurden die jeweiligen Produkte zugeordnet.

Die Bildung von Budgets erfolgte durch Haushaltsvermerk gemäß § 4 Abs. 3 GemHKVO.

Der Haushaltsausgleich gemäß § 82 Abs. 4 NGO (§ 110 Abs. 4 NKomVG) war in der Planung für den ordentlichen sowie den außerordentlichen Haushalt gegeben.

#### **1.4.4 Ergebnisplan / Finanzplan / Investitionsprogramm**

Nach § 90 Abs. 1 NGO (§ 118 Abs. 1 NKomVG) hat die Gemeinde Rastede ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zugrunde zu legen. Als Grundlage hierfür ist nach § 90 Abs. 3 NGO (§ 118 Abs. 3 NKomVG) ein Investitionsprogramm aufzustellen.

Gem. § 90 Abs. 5 NGO (§ 118 Abs. 5 NKomVG) ist der Ergebnis- und Finanzplan dem Rat mit dem Entwurf zur Haushaltssatzung vorzulegen; das Investitionsprogramm dagegen ist gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO (§ 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG) vom Rat zu beschließen.

Der Rat der Gemeinde Rastede hat am 16.12.2008 das Investitionsprogramm beschlossen sowie die Fortschreibung des Ergebnis- und Finanzplanes zur Kenntnis genommen.

Der Ergebnis- und der Finanzplan, als Teile des Haushaltsplans, umfassen gemäß § 90 Abs. 1 und 3 NGO (§ 118 Abs. 1 und 3 NKomVG) üblicherweise 5 Planungsjahre, somit für das Haushaltsjahr 2009 die Planungsjahre 2008 bis 2012. Da das Jahr 2008 aber noch kameral abgewickelt wurde, liegen im ersten doppelten Jahr hierfür keine Ansätze vor.

#### **1.4.5 Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2009 wurde gemäß § 3 der Haushaltssatzung auf 700.000,00 EUR festgesetzt. Die Ermächtigung wurde nicht in voller Höhe in Anspruch genommen. Die tatsächliche Inanspruchnahme konnte nachträglich nicht mehr ermittelt werden. Die Verpflichtungsermächtigungen wurden für den Umbau und die Erweiterung der Turnhalle Feldbreite verwendet. Ein Ausweis unter der Bilanz als Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre ist unterblieben.

#### 1.4.6 Ausführung des Haushaltsplans

Ergebnishaushalt / -rechnung	Ausführung 2009	Planansatz 2009	Differenz 2009 mehr (+)/weniger (-)
	€	€	€
ordentliche Erträge	26.274.314,44	23.289.601,00	+2.984.713,44
ordentliche Aufwendungen	-23.633.756,84	-23.262.991,00	-370.765,84
<b>ordentliches Ergebnis</b>	<b>2.640.557,60</b>	<b>26.610,00</b>	<b>+2.613.947,60</b>
außerordentliche Erträge	440.678,50	1.200,00	+439.478,50
außerordentliche Aufwendungen	-407.152,89	0,00	-407.152,89
<b>außerordentliches Ergebnis</b>	<b>33.525,61</b>	<b>1.200,00</b>	<b>+32.325,61</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>2.674.083,21</b>	<b>27.810,00</b>	<b>+2.646.273,21</b>

Der Haushaltsausgleich gemäß § 82 Abs. 4 NGO (§ 110 Abs. 4 NKomVG) i. V. m. § 24 GemHKVO war sowohl für das Ergebnis des ordentlichen Haushalts 2009 mit einem Überschuss i. H. v. 2.640.557,60 EUR als auch für das Ergebnis des außerordentlichen Haushalts 2009 mit einem Überschuss i. H. v. 33.525,61 EUR gegeben.

Finanzhaushalt / -rechnung	Ausführung 2009	Planansatz 2009	Differenz 2009 mehr (+)/weniger (-)
	€	€	€
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	23.764.866,01	22.320.470,00	+1.444.396,01
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-21.146.872,86	-21.422.577,00	+275.704,14
<b>Saldo</b>	<b>2.617.993,15</b>	<b>897.893,00</b>	<b>+1.720.100,15</b>
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	4.192.558,96	3.083.522,00	+1.109.036,96
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-10.264.413,27	-12.942.464,00	+2.678.050,73
<b>Saldo</b>	<b>-6.071.854,31</b>	<b>-9.858.942,00</b>	<b>+3.787.087,69</b>
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	8.690.100,00	-8.690.100,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.315.338,89	-1.416.600,00	+101.261,11
<b>Saldo</b>	<b>-1.315.338,89</b>	<b>7.273.500,00</b>	<b>-8.588.838,89</b>
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	3.043.328,48	—	—
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	-2.845.202,87	—	—
<b>Saldo</b>	<b>198.125,61</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<i>Nachrichtlich: Endbestand an Zahlungsmitteln*</i>	3.859.868,26	12.451,00	+3.847.417,26

\* Der Endbestand entspricht nicht dem tatsächlichen Zahlungsmittelbestand der Gemeinde Rastede. Auf die Ausführung unter Gliederungspunkt 3.6.2 wird verwiesen.



Gemäß § 82 Abs. 4 NGO (§ 110 Abs. 4 NKomVG) ist, neben dem Haushaltsausgleich in Planung und Rechnung, die Liquidität der Gemeinde sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sicherzustellen. Aufgrund der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung ergeben sich sowohl in der Planung als auch in der Ausführung noch Ungenauigkeiten. Zu beanstandende Sachverhalte wurden im Rahmen der Prüfung jedoch nicht festgestellt. Nach den von hier vorgenommenen Prüfungen konnte festgestellt werden, dass die Gemeinde Rastede die Anforderungen an die Liquidität sichergestellt hat.

Im Haushaltsjahr 2009 notwendig gewordene über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen wurden bereits unterjährig gem. § 89 NGO (§ 117 NKomVG) vom Rat genehmigt bzw. dem Rat mitgeteilt. Weitere mitteilungs- bzw. genehmigungspflichtige über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind nicht entstanden.

#### **1.4.7 Liquidität einschließlich Liquiditätskredite**

Die Liquiditätslage der Gemeinde Rastede ist geordnet. Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2009 Liquiditätskredite in Anspruch genommen werden durften, wurde gemäß § 4 der Haushaltssatzung auf 1.500.000,00 EUR festgesetzt. Zum 31.12.2009 bestanden bei der Gemeinde Rastede keine Liquiditätskredite.

#### **1.4.8 Investitionskredite / Schuldenmanagement**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde gemäß § 2 der Haushaltssatzung auf 7.657.100,00 EUR festgesetzt. Die Genehmigung des Landkreises wurde, wie bereits unter dem Gliederungspunkt 1.4.1 dargelegt, erteilt. Aus dem Jahr 2008 sind keine Kreditermächtigungen übertragen worden.

Eine Kreditaufnahme ist im Jahr 2009 nicht notwendig geworden. Durch die Möglichkeit einer Sondertilgung konnten die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten um 1,3 Mio. EUR verringert werden. Eine Übertragung der Kreditermächtigungen in das Jahr 2010 war nicht erforderlich.

#### **1.4.9 Haushaltssicherungskonzept**

Gemäß der Haushaltssatzung sowie dem Gesamtergebnisplan und Gesamtfinanzplan ist sowohl der Ergebnishaushalt 2009 als auch die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2012 ausgeglichen, so dass die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 82 Abs. 6 NGO (§ 110 Abs. 6 NKomVG) nicht erforderlich war.

#### **1.4.10 Stellenplan**

Im Vorjahr waren insgesamt 198 Planstellen zu verzeichnen. Im Stellenplan des Haushalts 2009 der Gemeinde Rastede sind insgesamt 192 Planstellen enthalten. Hiervon entfallen 9 Stellen auf Beamte und 183 Stellen auf Beschäftigte. Änderungen haben sich durch den Nachtragshaushalt nicht ergeben.

Der Personalrat hat das nach § 75 Abs. 1 Nr. 8 Nds. Personalvertretungsgesetz erforderliche Benehmen zum Stellenplan 2009 hergestellt.

Der Landkreis Ammerland hat den Stellenplan nicht beanstandet.

## **2. Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens**

### **2.1 Allgemeines**

Die Haushaltswirtschaft der Gemeinde Rastede wird seit dem 01.01.2009 nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung auf der Grundlage der NGO (NKGemVG) und der GemHKVO geführt (§ 82 Abs. 3 NGO bzw. § 110 Abs. 3 NKGemVG).

Die zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Erledigung der Zahlungsanweisung, der Buchführung und der Zahlungsabwicklung erforderliche Dienstanweisung gemäß § 41 Abs. 1 GemHKVO wurde durch den Bürgermeister zum 05.11.2011 erlassen (Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und Gemeindekasse der Gemeinde Rastede). Diese Dienstanweisung enthält die Mindestregelungen gemäß § 41 Abs. 2 GemHKVO.

Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorstehenden Dienstanweisung galten die in der kameralen Haushaltswirtschaft geltenden Dienstanweisungen weiter. Auswirkungen auf die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens ergaben sich im geprüften Haushaltsjahr 2009 nicht.

### **2.2 Buchführung**

Das Rechnungswesen umfasst die Finanzbuchführung, inklusive einer Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung, sowie die Anlagenbuchhaltung.

Die Gemeinde Rastede verwendet für das Haushalts- und Rechnungswesen auf doppischer Basis die Software „KDO doppik&more“ auf Grundlage der mySAP ERP-Technologie, welche über die KDO bereitgestellt wird. In 2009 war die Geschäftsbuchhaltung zentral eingerichtet. Seit 2012 besteht eine dezentrale Buchhaltung. Die Vorkontierung wird in den einzelnen Geschäftsbereichen vorgenommen, die Endkontierung und Anordnung der Geschäftsvorfälle erfolgt weiterhin zentral in der Kämmererei.

Für die vorhandenen Konten wurde gemäß § 35 Abs. 4 GemHKVO ein Kontenplan eingerichtet. Dieser Kontenplan wurde auf der Grundlage des vom LSKN bekannt gegebenen Musters gegliedert und hinsichtlich der besonderen Erfordernisse der Gemeinde weiter differenziert.

Der verbindliche Produktrahmen und auch der Kontenrahmen einschließlich der zugehörigen Zuordnungsvorschriften wurden bis auf wenige Ausnahmen (u. a. Verrechnungskonten) eingehalten.

Die Buchführung und das Belegwesen sind nach unseren Feststellungen ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen sind ebenfalls ordnungsgemäß in der Buchführung und dem Jahresabschluss berücksichtigt worden.

Die Gemeinde Rastede schließt aus technischen Gründen das Buchungsjahr zum 31.01. des jeweiligen Folgejahres. Als Folge hieraus wird das Wertaufhellungsprinzip gem. § 42 GemHKVO dahingehend nicht vollumfänglich umgesetzt. Sollten sich aus dieser Vorgehensweise wesentliche Vorgänge nach dem 31.01. des jeweiligen Folgejahres ergeben, sind diese von der Gemeinde Rastede im Lagebericht darzustellen.

Die Einrichtung eines neuen Nutzers für die vorstehende Finanzsoftware erfolgt ausschließlich durch die KDO und die Benutzerberechtigungen werden aktuell durch den Administrator und den Kassenaufsichtsbeamten der Gemeinde Rastede vergeben. Die Vergabe von Berechtigungen erfolgt gemäß § 24 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und Gemeindekasse der Gemeinde Rastede vom 05.11.2012 nur auf Anweisung des Kassenaufsichtsbeamten. Gemäß § 1 der Dienstanweisung nimmt die Kassenaufsicht der Fachbereichsleiter für Haushalt und Finanzen wahr.

#### Hinweis

Das Verfahren der Gemeinde Rastede zur Erteilung von Berechtigungen für die Finanzsoftware ist aus Sicht des RPA risikobehaftet. Die Erteilung von Berechtigungen wird vom Fachbereich für Haushalt und Finanzen vorgenommen. Nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes ist aus Sicherheitsgründen die Berechtigungsverwaltung vom Fachbereich für Haushalt und Finanzen organisatorisch zu trennen.

Eine vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport akzeptierte Softwarebescheinigung zur Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit für die eingesetzte rechnungslegungsbezogene Software liegt, bezogen auf das niedersächsische NKR, vor. Eine Freigabe der Software gem. § 35 Abs. 5 GemHKVO ist formell erfüllt.

Daneben wurden bei der Prüfung keine weiteren Sachverhalte festgestellt, die gegen eine Eignung der von der Gemeinde Rastede getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen zur Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT- Systeme sprechen. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung der Geschäftsvorfälle zu gewährleisten.

### **2.3 Anordnungs- und Belegwesen**

Das Anordnungs- und Belegwesen wurde stichprobenweise bezüglich der Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie der Beachtung allgemeiner Wirtschaftlichkeitsgrundsätze geprüft. Im Rahmen der Prüfung der Anlagenbuchhaltung wurde die Verbuchung in Bezug auf die Übereinstimmung mit den angeordneten Beträgen abgeglichen sowie die ordnungsgemäße Belegablage gesichtet. Sofern Belege nicht vorhanden waren, wurden diese seitens der Kämmerei aus dem Archiv herausgesucht und der Akte beigelegt. Festgestellt wurde, dass die Buchungen ausreichend begründet und belegt waren. Auch waren keine Anhaltspunkte dafür erkennbar, dass den Bescheinigungen der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit auf den zahlungsbegründenden Unterlagen nicht die erforderliche Prüfung vorausgegangen war.

Die Prüfung der korrekten Beibuchung der Sachkonten einschließlich der periodengerechten Zuordnung wurde mittels Plausibilitäts- und Einzelprüfungen vorgenommen. Soweit Feststellungen zu treffen waren, sind diese unter den nachstehenden Gliederungspunkten erläutert.

## **2.4 Kassenwesen**

Dem RPA obliegt gemäß § 119 Abs. 1 NGO (§ 155 Abs. 1 NKomVG) u. a. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses und die dauernde Überwachung der Kassen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht nach § 98 Abs. 5 NGO (§ 126 Abs. 5 NKomVG).

Die erforderlichen Prüfungen durch das RPA haben im Jahr 2009 in der Zeit vom 20.01.2009 bis 05.02.2009 stattgefunden. Die Ergebnisse der Prüfung sind dem gesonderten Prüfungsbericht vom 23.02.2009 zu entnehmen. Hiernach wurden die Kassengeschäfte grundsätzlich ordnungsgemäß erledigt. Im Zuge der Jahresabschlussprüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für ergänzende oder einschränkende Feststellungen zum Kassenwesen.

Neben der Prüfung der Gemeindekasse sind weitere Prüfungen unterschiedlicher Intensität bei den insgesamt 18 Nebenkassen durchzuführen. Im Rahmen der Fachaufsicht sind die Nebenkassen mindestens einmal jährlich unvermutet zu prüfen.

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht vom 12.07.2012 festgestellt, dass in 2009 keine unvermuteten Kassenprüfungen durch den Kassenaufsichtsbeamten durchgeführt worden sind und somit gegen § 40 Abs. 7 GemHKVO verstoßen worden ist. Gemäß dieser Vorschrift ist die Zahlungsabwicklung mindestens einmal jährlich unvermutet zu prüfen.

## **2.5 Internes Kontrollsystem**

Ein angemessenes, der Größe der Verwaltung entsprechendes, rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem ist eingerichtet. Dieses ist grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung der Geschäftsvorfälle zu gewährleisten.

Ein zentrales Vertragsregister über alle wesentlichen Verträge der Gemeinde sowie ein Prozessregister werden derzeit nicht geführt. Das RPA empfiehlt, entsprechende Register einzuführen.

Derzeit obliegen die Ausführung von Verträgen und auch die Überwachung der Einhaltung den jeweiligen Geschäftsbereichen der Gemeinde.

## **2.6 Systemprüfungen**

Die Gemeinde Rastede verwendet für das Haushalts- und Rechnungswesen auf doppischer Basis die Software KDO doppik&more von der KDO auf der Basis der mySAP ERP-Technologie.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 sind Einstellungen in KDO doppik&more aufgefallen, die sich teilweise und nur geringfügig auf das Ergebnis auswirken:

- Abschreibungsbeträge werden auf den nächsten vollen Euro gerundet. Hierbei handelt es sich um eine Grundeinstellung in der Finanzsoftware, die auch von der KDO nicht geändert werden kann.

- Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände wurden aufgrund einer Softwareeinstellung nicht unter dem Sachkonto 009 erfasst. Die fehlerhafte Einstellung wurde seitens der KDO behoben. Ab 2011 werden diese korrekt dargestellt.

Eine Freigabe der Software gemäß § 35 Abs. 5 GemHKVO ist, wie bereits unter Gliederungspunkt 2.2 dargelegt, erfolgt. Die interne Freigabe der Software ist gemäß § 24 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und Gemeindekasse der Gemeinde Rastede am 26.03.2009 erfolgt.

### **3. Prüfung des Jahresabschlusses**

#### **3.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen und soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage vermitteln. Er besteht nach § 100 Abs. 2 NGO (§ 128 Abs. 2 NKomVG) aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Bilanz und einem Anhang. Gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG) sind dem Anhang ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagen-, Schulden- und Forderungsübersicht sowie eine Übersicht über die in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Die für den Jahresabschluss vorgeschriebenen Bestandteile und Anlagen liegen in der erforderlichen Form weitestgehend vollständig vor. Die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 für verbindlich erklärten Haushaltsmuster wurden grundsätzlich verwandt, teilweise aber in abgeänderter Form.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Jahresabschluss aufgrund der Zeitverzögerung bei der Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz nicht fristgerecht zum 31.03.2010 (vgl. § 101 Abs. 1 NGO bzw. § 129 Abs. 1 NKomVG) aufgestellt werden konnte.

Die Ergebnis- und die Finanzrechnung sowie die Bilanz wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren Unterlagen abgeleitet. Soweit Prüfungsfeststellungen zu treffen waren, sind diese in den folgenden Abschnitten dargestellt.

Die Rechenschaftslegung in Bezug auf die Ertrags- und Finanzlage erfolgte auf der Ebene der Budgets (Teilhaushalte) mittels Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen und entspricht den gesetzlichen Anforderungen des § 57 GemHKVO.

Der Bürgermeister hat mit Vollständigkeitserklärung vom 19.03.2014 die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses gemäß § 101 Abs. 1 NGO (§ 129 Abs. 1 NKomVG) festgestellt.

### 3.2 Aktivseite der Bilanz

Prüfungsschwerpunkte zur Aktivseite der Bilanz waren die Vollständigkeit der aktivischen Bilanzpositionen bzw. die korrekte Fortschreibung der Bilanzpositionen aus der Eröffnungsbilanz. Die periodengerechte Zuordnung der Geschäftsvorfälle und die Rechnungsabgrenzung waren weitere Prüfungsschwerpunkte. Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Positionen der Aktivseite der Bilanz wurde wegen des zeitlichen Abstands zum geprüften Jahresabschluss 2009 verzichtet.

Bilanz- position	Bezeichnung	Ergebnis zum 31.12.2009	Ergebnis zum 31.12.2008
		€	€
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	1.012.509,00	98.978,30
2.	Sachvermögen	92.332.947,50	87.209.810,98
3.	Finanzvermögen	2.692.765,46	2.546.314,94
4.	Liquide Mittel	3.847.913,91	8.430.942,70
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	146.464,95	104.777,42
	<b>Bilanzsumme Aktiva</b>	<b>100.032.600,82</b>	<b>98.390.824,34</b>

Im Rahmen der Prüfung des Sachvermögens, als größte Bilanzposition der Aktivseite, wurde u. a. das unter der Bilanzposition 2.8 zu bilanzierende Vorratsvermögen näher betrachtet. An dieser Stelle werden bei der Gemeinde Rastede Grundstücke bilanziert, die veräußert werden sollen. Festgestellt wurde, dass das Vorratsvermögen u. a. auch öffentliche Flächen beinhaltet. Die Gemeinde Rastede wird ab dem Jahresabschluss 2011 diese öffentlichen Flächen unter den richtigen Bilanzpositionen erfassen. Dadurch werden nur die tatsächlich zum Verkauf stehenden Grundstücke im Vorratsvermögen ausgewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach dem niedersächsischen Kontenrahmen zum Verkauf vorgesehene Grundstücke unter der Bilanzposition „2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte“ zu bilanzieren sind. Aus Sicht des RPA des Landkreises Ammerland ist die Vorgehensweise der Gemeinde Rastede vertretbar und bildet zugleich den Willen ab, dass diese Grundstücke nicht dauerhaft im Vermögen der Gemeinde verbleiben sollen.

Insgesamt war festzustellen, dass im Jahresabschluss 2009 das Vermögen auf der Aktivseite der Bilanz weitgehend vollständig und richtig dargestellt wurde. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr 2008 um 1.641.776,48 EUR erhöht.

Im Rahmen der Prüfung haben sich die nachfolgenden Feststellungen und Hinweise ergeben:

#### Feststellungen zum Sachvermögen - Vorräte

- 01 Das Vorratsvermögen wird um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür sind öffentliche Flächen, die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowohl beim Vorratsvermögen als auch im Sachanlagevermögen erfasst wurden. Der doppelte Ausweis dieser Flächen hat keine Auswirkung auf das Jahresergebnis 2009. Das Basis-Reinvermögen wird jedoch um den vorgenannten Betrag zu hoch ausgewiesen. Die Gemeinde Rastede wird gem. § 61 Abs. 1 GemHKVO zum Jahresabschluss 2011 eine Korrektur der Eröffnungsbilanz vornehmen.



- 02** Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden fehlerhaft gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. 633.727,79 EUR zu gering ausgewiesen. In gleicher Höhe ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2009. Die erforderlichen Korrekturbuchungen werden von der Gemeinde Rastede im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 vorgenommen. Diese Korrektur wird das Jahresergebnis 2011 entsprechend verändern.

**03** Feststellung zum Sachvermögen - Gebäude und Aufbauten

Die Abgrenzung aktivierungsfähiger Investitionsmaßnahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurde bei der Gemeinde Rastede nicht vollumfänglich entsprechend der Bilanzierungsgrundsätze nach § 45 Abs. 3 GemHKVO vorgenommen. Neben der unzulässigen Klassifizierung energetischer Unterhaltungsmaßnahmen als Investitionen hat die Gemeinde Rastede aufgrund einer Absprache zwischen dem Landkreis Ammerland und den kreisangehörigen Kommunen eine von den Grundsätzen abweichende Abgrenzungsmethode verwandt, die nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes rechtswidrig ist.

Als Folge hieraus werden Unterhaltungsmaßnahmen aktiviert, die rechtskonform ergebniswirksam im Aufwand zu buchen wären. Dadurch werden im Ergebnis die Bilanzpositionen des Sachvermögens zu hoch ausgewiesen und die Ergebnisrechnung weist zu geringe Aufwendungen aus.

Im Rahmen unserer Stichprobe wurde festgestellt, dass in 2009 zum einen eine energetische Sanierung von Klassenräumen i. H. v. 58.013,48 EUR und zum anderen die Sanierung des Hallenbades i. H. v. 364.251,38 EUR als investiv angesehen wurde. Diese Sanierungsmaßnahmen führten weder zu einer Verlängerung der Nutzungsdauer, noch erfüllten sie den Ausnahmetatbestand gemäß § 45 Abs. 3 S. 4 GemHKVO. Die Aufwendungen dieser Maßnahmen wären demnach ergebniswirksam zu verbuchen gewesen. Durch die Aktivierung erfolgte eine unzulässige Erhöhung des Anlagevermögens und gleichzeitig eine ebenfalls unzulässige Verbesserung des Ergebnisses um 422.264,86 EUR.

**04** Feststellung zum Finanzvermögen und den liquiden Mitteln

Die Gemeinde Rastede verwaltet als Miterbin den sog. „Osterlohfonds“. Der gemeindliche Anteil des Erbes, bestehend aus einem Girokonto und Wertpapieren (insgesamt 113.196,78 EUR) ist bilanziell auszuweisen; dieser Ausweis erfolgt nach Mitteilung der Gemeinde Rastede jedoch erst ab dem Wirtschaftsjahr 2011. Auswirkungen auf das Basis-Reinvermögen ergeben sich durch die vorgesehene Korrektur nicht.

**05** Feststellung zu den Forderungen

Die kreditorischen Debitoren (z. B. Überzahlungen von Schuldnern der Gemeinde) wurden nicht zu den Verbindlichkeiten umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO. Dieses führt zu einem zu geringen Ausweis der Forderungen und der Verbindlichkeiten. Auswirkungen auf das Jahresergebnis ergeben sich hierdurch nicht.

Hinweis zu den liquiden Mitteln

Der Bestand der liquiden Mittel stimmt nicht mit den tatsächlichen Bank- und Barbeständen und damit auch nicht mit dem Tagesabschluss zum 31.12.2009 überein. Die Abweichung i. H. v. 419,50 EUR ist ein reiner Darstellungsfehler innerhalb der Software, der mit dem Jahresabschluss 2011 behoben wird.

### 3.3 Passivseite der Bilanz

Prüfungsschwerpunkte zur Passivseite der Bilanz waren die Vollständigkeit der passivischen Bilanzpositionen bzw. die korrekte Fortschreibung der Bilanzpositionen aus der Eröffnungsbilanz. Die rechtskonforme Auflösung der Sonderposten sowie die Rechnungsabgrenzung waren weitere Prüfungsschwerpunkte. Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Positionen der Passivseite der Bilanz wurde wegen des zeitlichen Abstands zum geprüften Jahresabschluss 2009 verzichtet.

<b>Bilanz- position</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Ergebnis zum 31.12.2009</b>	<b>Ergebnis zum 31.12.2008</b>
		<b>€</b>	<b>€</b>
1.	Nettoposition	89.055.953,87	86.819.413,69
2.	Schulden	3.870.713,50	5.194.284,23
3.	Rückstellungen	7.041.227,90	6.315.231,14
4.	Passive Rechnungsabgrenzung	64.705,55	61.895,28
	<b>Bilanzsumme Passiva</b>	<b>100.032.600,82</b>	<b>98.390.824,34</b>

Insgesamt war festzustellen, dass im Jahresabschluss 2009 die passivischen Bilanzpositionen weitgehend vollständig und richtig dargestellt wurden. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr 2008 um 1.641.776,48 EUR erhöht.

Im Rahmen der Prüfung haben sich die nachfolgenden Feststellungen sowie Hinweise ergeben:

#### 06 Feststellung zur Nettoposition – Basis-Reinvermögen

Durch die doppelte Erfassung von Flächen im Anlage- sowie im Vorratsvermögen wird das Basis-Reinvermögen um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Auf die Feststellung 01 unter Gliederungspunkt 3.2 wird verwiesen.

#### 07 Feststellung zur Nettoposition – zweckgebunden Rücklagen

Der Osterlohfond ist auf der Passivseite als zweckgebundene Rücklage zu passivieren. Auf die Feststellung 04 unter Gliederungspunkt 3.2 wird verwiesen.

#### 08 Feststellung zu den Schulden – Verbindlichkeiten

Die debitorischen Kreditoren (z. B. Überzahlungen an Gläubiger der Gemeinde) wurden nicht zu den Forderungen umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO. Dies führt zu einem zu geringen Ausweis der Forderungen und der Verbindlichkeiten. Auswirkungen auf das Jahresergebnis ergeben sich hierdurch nicht.

#### Hinweis zum Jahresergebnis

Das Jahresergebnis wird in der Bilanz um 45.102,40 EUR geringer ausgewiesen als das Jahresergebnis in der Ergebnisrechnung. Ursache hierfür ist, dass die in 2009 entstandene Unter- bzw. Überdeckung der vorhandenen Gebührenhaushalte aus dem

Jahresergebnis bereits vorgehend in 2009 gegen die bestehenden Sonderposten Gebührenaussgleich gebucht worden sind. Die Verwendung des Jahresergebnisses hätte erst auf Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung erfolgen dürfen, die Buchung der Sonderposten damit erst im Folgejahr 2010.

#### Hinweis zu den Sonderposten

Die Gemeinde verstößt gegen § 5 Abs. 2 NKAG, indem sie die seit 2005 aufgelaufenen Überschüsse der zentralen Schmutzwasserbeseitigung nicht innerhalb von drei Jahren gebührenmindernd einsetzt. Zur Vermeidung doppelter Feststellungen wird auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 12.07.2012 verwiesen.

#### Hinweis zu den Instandhaltungsrückstellungen

Die Regelungen gem. § 43 Abs. 1 Nr. 3 GemHKVO zur Bildung von Instandhaltungsrückstellungen wurden nicht vollumfänglich umgesetzt. Eine differenziertere Betrachtung wird ab 2011 von der Gemeinde Rastede vorgenommen.

### **3.4 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 54 Abs. 5 GemHKVO)**

Unter der Bilanz werden gemäß § 54 Abs. 5 GemHKVO die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre vermerkt, sofern sie nicht auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen sind. Ein Ausweis der Vorbelastungen unter der Bilanz erfolgte nicht. Jedoch enthält der Anhang eine Auflistung der Vorbelastungen mit entsprechenden Erläuterungen.

#### **3.4.1 Haushaltsreste**

In das Folgejahr sind Ermächtigungsübertragungen für Investitionen von insgesamt 2.484.184,59 EUR vorgenommen worden. Die übertragenen konsumtiven Haushaltsreste sind gem. § 54 Abs. 4 Nr. 1.3.2 GemHKVO auf der Passivseite der Bilanz in Klammern darzustellen. Die Gemeinde Rastede hat diese stattdessen im Anhang beziffert.

#### **3.4.2 Bürgschaften**

Zum Bilanzstichtag 31.12.2009 waren bei der Gemeinde Rastede keine Bürgschaften auszuweisen.

#### **3.4.3 Gewährleistungsverträge**

Bei der Gemeinde Rastede waren zum Bilanzstichtag 31.12.2009 keine Gewährleistungsverträge vorhanden.

#### **3.4.4 In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen**

Für das Jahr 2009 wurden laut Haushaltssatzung Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 700.000,00 EUR festgesetzt. Eine nachträgliche Ermittlung der tatsächlich in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen erfolgte seitens der Gemeinde Rastede nicht, da diese einen unverhältnismäßigen zeitlichen Mehraufwand bedeutet hätte. Im Rahmen unserer Prüfung wurden keine Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen die Regelungen zu den Verpflichtungsermächtigungen festgestellt.

#### **3.4.5 Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**

Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften bestanden zum 31.12.2009 nicht.

#### **3.4.6 Gestundete Beträge**

Es wurden gestundete Beträge i. H. v. 19.860,00 EUR ermittelt. Aufgrund von Anfangsschwierigkeiten wurden in der Finanzsoftware Stundungsfälle vielfach nicht korrekt erfasst. Eine Ermittlung der tatsächlich gewährten Stundungen zum Bilanzstichtag wurde aufgrund von erheblichem Mehraufwand seitens der Gemeinde Rastede nicht durchgeführt.

Die Prüfungen der Gliederungspunkte 3.4.1 – 3.4.6 haben ergeben, dass die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre weitestgehend richtig dargestellt wurden. Auf die Ausführungen zu den Gliederungspunkten 3.4.1, 3.4.4 und 3.4.6 wird verwiesen.

### 3.5 Ergebnisrechnung

#### 3.5.1 Allgemeines

In der Ergebnisrechnung werden gemäß § 50 Abs. 1 GemHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Sie dient damit als Grundlage für die Ermittlung des Jahresergebnisses. Die Gemeinde Rastede hat in Anwendung des Musters 11 des RdErl. des MI vom 04.12.2006 die Aufstellung der Ergebnisrechnung, wie in § 50 Abs. 2 GemHKVO festgeschrieben, in Staffelform vorgenommen. Das Muster 11 des RdErl. des MI wurde in geringfügig abgeänderter Form verwandt.

Prüfungsschwerpunkte zur Ergebnisrechnung waren die vollständige Erfassung der Erträge und Aufwendungen sowie die Auflösung von Sonderposten.

Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung wurde wegen des zeitlichen Abstands zum geprüften Jahresabschluss 2009 verzichtet.

#### 3.5.2 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis der Gemeinde Rastede für das Jahr 2009 stellt sich folgendermaßen dar:

	<u>31.12.2009</u>
Ordentliche Erträge	26.274.314,44 €
Ordentliche Aufwendungen	<del>-23.633.756,84 €</del>
Ordentliches Ergebnis	<u>2.640.557,60 €</u>
Außerordentliche Erträge	440.678,50 €
Außerordentliche Aufwendungen	<del>-407.152,89 €</del>
Außerordentliches Ergebnis	<u>33.525,61 €</u>
Jahresergebnis	<u>2.674.083,21 €</u>

In der gedruckten Fassung des Jahresabschlusses 2009 werden die Ergebnisse der Teilhaushalte unter Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung nicht in richtiger Höhe ausgewiesen. Die Gesamtergebnisrechnung weist jedoch das richtige Ergebnis aus. In der Finanzsoftware hingegen werden die Teilergebnisse korrekt dargestellt.

Die Prüfung hat ergeben, dass das Jahresergebnis ordnungsgemäß hergeleitet, jedoch nicht in der richtigen Höhe dargestellt wird. Auf die Feststellung 02 unter Gliederungspunkt 3.2 wird verwiesen.

### 3.5.3 Plan-Ist-Vergleich

Nach § 52 GemHKVO sind die Erträge und Aufwendungen den Haushaltsansätzen in der nach § 50 GemHKVO vorgeschriebenen Ordnung gegenüberzustellen.

Dabei werden dem Plan-Ist-Vergleich die sog. fortgeschriebenen Planansätze zugrunde gelegt. Diese setzen sich auf der Aufwandsseite aus der Ermächtigung durch den Haushaltsplan (Haushaltsansätze 2009), den Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr sowie den über- und außerplanmäßigen Ermächtigungen zusammen.

<b>Ergebnisrechnung 2009</b>	<b>Ergebnis 2009</b>	<b>Ansatz 2009</b>	<b>Vergleich 2009 mehr (+) / weniger (-)</b>
	€	€	€
ordentliche Erträge	26.274.314,44	23.289.601,00	+2.984.713,44
ordentliche Aufwendungen	-23.633.756,84	-23.262.991,00	-370.765,84
<b>ordentliches Ergebnis</b>	<b>2.640.557,60</b>	<b>26.610,00</b>	<b>+2.613.947,60</b>
außerordentliche Erträge	440.678,50	1.200,00	+439.478,50
außerordentliche Aufwendungen	-407.152,89	0,00	-407.152,89
<b>außerordentliches Ergebnis</b>	<b>33.525,61</b>	<b>1.200,00</b>	<b>+32.325,61</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>2.674.083,21</b>	<b>27.810,00</b>	<b>+2.646.273,21</b>

Im Anhang zum Jahresabschluss 2009 wurden die relevanten Plan-Ist-Abweichungen erläutert. Aufgrund der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung ergeben sich sowohl in der Planung als auch in der Ausführung noch Ungenauigkeiten.

Im Rahmen der Prüfung hat sich die nachfolgende Feststellung ergeben:

#### 09 Feststellung

Die Gemeinde Rastede weist in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplanes aus. Eine Berücksichtigung der Haushaltsreste aus Vorjahren sowie Änderungen des Ansatzes durch bewilligte über- und außerplanmäßige Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr erfolgt nicht. Ein aussagekräftiger Vergleich des Ergebnisses mit den aktualisierten Plandaten ist damit nicht möglich.

Eine Berücksichtigung der Haushaltsreste ist technisch erst ab dem Jahr 2015 möglich. Die Buchung von bewilligten über- und außerplanmäßigen Beträgen, die folglich zu einer Ansatzserhöhung führen, ist jedoch nach derzeitigem Kenntnisstand technisch ausgeschlossen.

### 3.5.4 Jahresvergleich

Ein Jahresvergleich kann im ersten doppischen Jahr noch nicht gezogen werden.

### 3.6 Finanzrechnung

#### 3.6.1 Allgemeines

In der Finanzrechnung werden gemäß § 51 Abs. 1 GemHKVO alle in dem Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen ausgewiesen.

Die Gemeinde Rastede hat in Anwendung des Musters 12 des RdErl. des MI vom 04.12.2006 die Aufstellung der Finanzrechnung, wie in § 51 Abs. 2 GemHKVO festgeschrieben, in Staffelform vorgenommen. Das Muster 12 des RdErl. des MI wird verwandt.

Prüfungsschwerpunkte zur Finanzrechnung waren die vollständige Erfassung der Einzahlungen und Auszahlungen sowie die richtige Zuordnung zu den einzelnen Teilen der Finanzrechnung (laufende Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit, Finanzierungstätigkeit und haushaltsunwirksame Vorgänge) sowie der Abgleich zur Bilanzposition „4. Liquide Mittel“. Auf eine detaillierte Darstellung der einzelnen Positionen der Finanzrechnung wurde wegen des zeitlichen Abstands zum Jahresabschluss 2009 verzichtet.

#### 3.6.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gemeinde Rastede für das Jahr 2009 stellt sich folgendermaßen dar:

	<u>31.12.2009</u>
Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	23.764.866,01 €
Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	<u>-21.146.872,86 €</u>
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	<u>2.617.993,15 €</u>
Einz. für Investitionstätigkeit	4.192.558,96 €
Ausz. für Investitionstätigkeit	<u>-10.264.413,27 €</u>
Saldo aus Investitionstätigkeit	<u>-6.071.854,31 €</u>
Einz. aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
Ausz. aus Finanzierungstätigkeit	<u>-1.315.338,89 €</u>
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	<u>-1.315.338,89 €</u>
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	3.043.328,48 €
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	<u>-2.845.202,87 €</u>
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	<u>198.125,61 €</u>
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	8.430.942,70 €
Veränderung des Zahlungsmittelbestandes	<u>-4.571.074,44 €</u>
Endbestand an Zahlungsmitteln	<u>3.859.868,26 €</u>

#### Hinweis

Der Endbestand an Zahlungsmitteln entspricht nicht der Bilanzposition „4. Liquide Mittel“, sondern wird um 11.954,35 EUR höher ausgewiesen. Die Abweichung ist auf fehlerhafte Buchungen in der Finanzrechnung zurückzuführen, die sich auf das Jahr 2009 beschränken.



### 3.6.3 Plan-Ist-Vergleich

Nach § 52 GemHKVO sind die Einzahlungen und Auszahlungen den Haushaltsansätzen in der nach § 51 GemHKVO vorgeschriebenen Ordnung gegenüberzustellen.

Dabei werden dem Plan-Ist-Vergleich die sog. fortgeschriebenen Planansätze zugrunde gelegt. Diese setzen sich bei den Auszahlungen aus der Ermächtigung durch den Haushaltsplan (Haushaltsansätze 2009), den Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr sowie den über- und außerplanmäßigen Zahlungsermächtigungen zusammen.

<b>Finanzrechnung 2009</b>	<b>Ergebnis 2009</b>	<b>Ansatz 2009</b>	<b>Vergleich 2009 mehr (+)/ weniger (-)</b>
	€	€	€
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	23.764.866,01	22.320.470,00	+1.444.396,01
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-21.146.872,86	-21.422.577,00	+275.704,14
<b>Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>2.617.993,15</b>	<b>897.893,00</b>	<b>+1.720.100,15</b>
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	4.192.558,96	3.083.522,00	+1.109.036,96
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-10.264.413,27	-12.942.464,00	+2.678.050,73
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-6.071.854,31</b>	<b>-9.858.942,00</b>	<b>+3.787.087,69</b>
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	8.690.100,00	-8.690.100,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.315.338,89	-1.416.600,00	+101.261,11
<b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-1.315.338,89</b>	<b>7.273.500,00</b>	<b>-8.588.838,89</b>
<b>Gesamtsaldo der Finanzrechnung</b>	<b>-4.769.200,05</b>	<b>-1.687.549,00</b>	<b>-3.081.651,05</b>
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	3.043.328,48	—	—
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	-2.845.202,87	—	—
<b>Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen</b>	<b>198.125,61</b>	—	—
<b>Gesamtsaldo der Finanz- rechnung einschließlich haushaltsunwirksamer Zahlungsvorgänge</b>	<b>-4.571.074,44</b>	<b>-1.687.549,00</b>	<b>-2.883.525,44</b>

Im Anhang zum Jahresabschluss 2009 wurden die relevanten Plan-Ist-Abweichungen erläutert. Aufgrund der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung ergeben sich sowohl in der Planung als auch in der Ausführung noch Ungenauigkeiten.

Im Rahmen der Prüfung hat sich die nachfolgende Feststellung ergeben:

**10**    Feststellung

Die Gemeinde Rastede weist auch in der Finanzrechnung in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ nur die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplanes und nicht die fortgeschriebenen Haushaltsansätze aus. Auf die Feststellung 09 unter Gliederungspunkt 3.5.3 wird verwiesen.

**3.6.4    Jahresvergleich**

Ein Jahresvergleich kann im ersten doppelischen Jahr noch nicht gezogen werden.

### **3.7 Anhang, Anlagen zum Anhang, Rechenschaftsbericht**

#### **3.7.1 Anhang**

In den Anhang als Teil des Jahresabschlusses (§ 100 Abs. 2 NGO bzw. § 128 Abs. 2 NKomVG) sind gemäß § 55 Abs. 1 GemHKVO diejenigen Angaben aufzunehmen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnis-, Finanz-, Vermögensrechnung und der Bilanz zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig oder vorgeschrieben sind. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen als auch von den Vorjahresergebnissen im Anhang zu erläutern.

Die besonderen Anforderungen des Anhangs ergeben sich aus § 55 Abs. 2 GemHKVO.

Darüber hinaus sind dem Anhang gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG) ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Die Gemeinde Rastede hat zum Jahresabschluss 2009 einen Anhang zuzüglich Anlagen erstellt. Die Anforderungen an den Anhang gem. § 55 GemHKVO wurden im Wesentlichen erfüllt.

Er berichtet über das abgelaufene Jahr anhand von ausgewählten Produkten. Darüber hinaus werden die Entwicklung der Bilanz mit dem Fokus auf vereinzelter Bilanzpositionen erläutert sowie die Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde Rastede schematisch dargestellt.

#### **3.7.2 Anlagen zum Anhang**

Als Anlagen zum Anhang sind dem Jahresabschluss gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG) i. V. m. § 56 GemHKVO die Anlagenübersicht, die Schuldenübersicht, die Forderungsübersicht, die Übersicht über die in das folgende Haushaltsjahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen und, soweit erforderlich, die Nebenrechnungen zu Gebührenkalkulationen beizufügen.

Die Anforderungen an die Anlagen zum Anhang gem. § 56 GemHKVO wurden im Wesentlichen erfüllt. Es ergaben sich die nachfolgenden Abweichungen:

- Die Versorgungsrücklage wurde nicht in der Forderungsübersicht ausgewiesen.
- In der Schuldenübersicht wird das Kassenverrechnungskonto Bauhof nicht ausgewiesen. Somit wurden die Schulden der Gemeinde Rastede um 43.661,17 EUR zu gering ausgewiesen.
- In der Forderungsübersicht werden die Forderungen in den Spalten bezüglich der Restlaufzeiten nicht korrekt aufgeteilt. Hintergrund ist die technische Berücksichtigung aller Wertberichtigungen nur in der ersten Spalte.
- Die Übersicht über die in das folgende Haushaltsjahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen wurde dem Jahresabschluss nicht beigelegt.

### **3.7.3 Rechenschaftsbericht**

Im Rechenschaftsbericht sind gem. § 100 Abs. 3 NGO (§ 128 Abs. 3 NKomVG) i. V. m. § 57 GemHKVO der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde Rastede nach den tatsächlichen Verhältnissen darzustellen. Dabei ist eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorzunehmen. Ferner sind Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, darzulegen. Gleiches gilt für zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung.

Die Mindestanforderungen an den Rechenschaftsbericht gemäß § 57 GemHKVO wurden erfüllt. Er beinhaltet Aussagen zur Lage der Gemeinde und berichtet über das abgelaufene Jahr. Darüber hinaus wird die Entwicklung der Bilanz erläutert.

Inhaltlich sind folgende Aspekte im Rechenschaftsbericht hervorzuheben:

- Im Haushaltsjahr 2009 hat sich die Bilanzsumme um 1,6 Mio. EUR erhöht.
- Die Bilanz zum 31.12.2009 zeigt im Vergleich zur Eröffnungsbilanz keine negativen Entwicklungsmerkmale auf.
- Das gemeindliche Vermögen hat sich positiv entwickelt, ohne dass Kreditverbindlichkeiten eingegangen werden mussten. Es konnte sogar eine Sonder tilgung i. H. v. 1,3 Mio. EUR vorgenommen werden.
- Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich aufgrund der durchgeführten Investitionsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 4,6 Mio. EUR reduziert.
- Insbesondere durch Haushaltsermächtigungen, die in das nächste Haushaltsjahr übertragen wurden und durch Rückstellungen, die im Folgejahr kassenwirksam geworden sind, ist der am 31.12.2009 noch vorhandenen Kassenbestand von 3,8 Mio. EUR mit 3,1 Mio. EUR vorbelastet.
- In der Haushaltsplanung wurde berücksichtigt, den Einwohnern der Gemeinde Rastede ein umfangreiches Angebot an Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen zu bieten, sowie eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
- Die Aufnahme von Liquiditätskrediten musste in 2009 wieder nicht in Anspruch genommen werden.

Diese Aussagen sind aufgrund der im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse korrekt. Nach dem Ergebnis der Prüfung wurden den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde Rastede zutreffend dargestellt. Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gemeinde Rastede wurden plausibel und folgerichtig abgeleitet. Der Rechenschaftsbericht inklusive Lagebeurteilung ist inhaltlich zutreffend.

### 3.8 Kennzahlen zur Jahresabschluss-Analyse

Mit der ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 wurde erstmals ein vollständiger Nachweis über das Vermögen und die Schulden der Gemeinde Rastede auf der Basis des NKR vorgelegt. Aufgrund des nunmehr vorliegenden ersten Jahresabschlusses zum 31.12.2009 kann die Entwicklung der Vermögens-, Kapital- sowie Schuldposten fortgeschrieben, nachvollzogen und analysiert werden. Auf weitere Kennzahlen wird zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund des zeitlichen Verzuges des Jahresabschlusses verzichtet.

#### 3.8.1 Vermögensstruktur

	<b>31.12.2009</b>		<b>31.12.2008</b>	
<b>Langfristige Aktiva</b>	<b>95.495.219,28 €</b>	<b>95,46 %</b>	<b>89.471.270,11 €</b>	<b>90,93 %</b>
davon				
Immaterielles Vermögen	1.012.509,00 €	1,01 %	98.978,30 €	0,10 %
Sachvermögen*	92.332.947,50 €	92,30 %	87.209.810,98 €	88,64 %
Langfristiges Finanzvermögen	2.149.762,78 €	2,15 %	2.162.480,83 €	2,20 %
<b>Kurzfristige Aktiva</b>	<b>4.537.381,54 €</b>	<b>4,54 %</b>	<b>8.919.554,23 €</b>	<b>9,07 %</b>
davon				
Kurzfristiges Finanzvermögen	543.002,68 €	0,54 %	383.834,11 €	0,39 %
Liquide Mittel	3.847.913,91 €	3,85 %	8.430.942,70 €	8,57 %
Rechnungsabgrenzungsposten	146.464,95 €	0,15 %	104.777,42 €	0,11 %
<b>Gesamt:</b>	<b>100.032.600,82 €</b>	<b>100,00 %</b>	<b>98.390.824,34 €</b>	<b>100,00 %</b>

\* Aufteilung des Sachvermögens:

	<b>31.12.2009</b>		<b>31.12.2008</b>	
<b>Sachvermögen</b>	<b>92.332.947,50 €</b>	<b>100,00 %</b>	<b>87.209.810,98 €</b>	<b>100,00 %</b>
davon				
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	7.389.523,34 €	8,00 %	6.290.449,79 €	7,21 %
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	27.484.669,58 €	29,77 %	23.508.391,68 €	26,96 %
Infrastrukturvermögen	44.761.035,01 €	48,48 %	45.269.826,05 €	51,91 %
Restliches Sachvermögen	12.697.719,57 €	13,75 %	12.141.143,46 €	13,92 %

(Aufgrund von Rundungen kann es zu minimalen Abweichungen bei der prozentualen Darstellung kommen.)

Im Jahr 2009 hat sich eine Bilanzverlängerung um rund 1,6 Mio. EUR ergeben. Durch den Einsatz der liquiden Mittel für Investitionsmaßnahmen hat sich die Vermögensstruktur zu Gunsten der langfristigen Aktiva, im Speziellen beim Sachvermögen, verändert.

### 3.8.2 Kapitalstruktur

	31.12.2009		31.12.2008	
<b>Nettoposition</b>	<b>89.055.953,87 €</b>	<b>89,03 %</b>	<b>86.819.413,69 €</b>	<b>88,24 %</b>
davon				
Basis-Reinvermögen	52.030.183,20 €	52,01 %	52.350.056,04 €	53,21 %
Rücklagen aus Überschüssen	0,00 €	0,00 %	0,00 €	0,00 %
Zweckgebundene Rücklagen	0,00 €	0,00 %	0,00 €	0,00 %
Jahresergebnis	2.628.980,81 €	2,63 %	0,00 €	0,00 %
Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00 €	0,00 %	0,00 €	0,00 %
Sonderposten	34.396.789,86 €	34,39 %	34.469.357,65 €	35,03 %
<b>Sonstige langfristige Passiva</b>	<b>10.173.811,64 €</b>	<b>10,17 %</b>	<b>11.057.962,40 €</b>	<b>11,24 %</b>
davon				
Pensionsrückstellungen	6.340.582,45 €	6,34 %	5.966.370,76 €	6,06 %
u. ä. Verpflichtungen				
Rückstellungen für Altersteilzeit	375.836,82 €	0,38 %	318.860,38 €	0,32 %
u. ä. Maßnahmen				
Langfristige Geldschulden	3.457.392,37 €	3,46 %	4.772.731,26 €	4,85 %
<b>Sonstige kurzfristige Passiva</b>	<b>802.835,31 €</b>	<b>0,80 %</b>	<b>513.448,25 €</b>	<b>0,52 %</b>
davon				
Sonstige Rückstellungen	324.808,63 €	0,32 %	30.000,00 €	0,03 %
Sonstige Verbindlichkeiten	413.321,13 €	0,41 %	421.552,97 €	0,43 %
Kurzfristige Geldschulden	0,00 €	0,00 %	0,00 €	0,00 %
Rechnungsabgrenzungsposten	64.705,55 €	0,06 %	61.895,28 €	0,06 %
<b>Gesamt:</b>	<b>100.032.600,82 €</b>	<b>100,00 %</b>	<b>98.390.824,34 €</b>	<b>100,00 %</b>

(Aufgrund von Rundungen kann es zu minimalen Abweichungen bei der prozentualen Darstellung kommen.)

Nennenswerte Veränderungen ergaben sich im Bereich der Nettoposition (ca. +2,2 Mio. EUR) sowie in der Verringerung der sonstigen langfristigen Passiva (ca. 0,9 Mio. EUR). Diese resultieren aus dem positiven Jahresergebnis sowie dem Abbau der langfristigen Geldschulden.

### 3.8.3 Kennzahlen im Bereich der langfristigen Aktiva

		2009	2008
Anlagendeckung in %	$\frac{(\text{Nettoposition} + \text{sonstige langfristige Passiva}) \times 100}{\text{langfristige Aktiva}}$	103,91%	109,40%
Anlagenintensität in %	$\frac{\text{langfristige Aktiva} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	95,46%	90,93%

Die Kennzahl „Anlagendeckung“ beschreibt, in welchem Umfang die langfristigen Aktiva fristenkongruent durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital finanziert wurden. Der anzustrebende Wert von 100 % wurde auch in 2009 erreicht. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Die Kennzahl „Anlagenintensität“ zeigt, dass der wesentliche Anteil der Bilanzsumme der Gemeinde Rastede aus Anlagevermögen besteht. Der prozentuale Wert der Anlagenintensität > 90 % ist für eine Kommune typisch und weist keine Besonderheiten auf.

		2009	2008
Eigenkapitalquote I in %	$\frac{(\text{Basis-Reinvermögen} + \text{Rücklagen} + \text{Jahresergebnis}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	54,64%	53,21%
Eigenkapitalquote II in %	$\frac{(\text{Basis-Reinvermögen} + \text{Rücklagen} + \text{Jahresergebnis} + \text{Sonderposten}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	89,03%	88,24%

Die Gemeinde Rastede ist mit einer Eigenkapitalquote I in Höhe von 53,21 % (31.12.08) und 54,64 % (31.12.09) mittelfristig betrachtet mit einem nennenswert guten Eigenkapital ausgestattet.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Sonderposten, die bei zweckentsprechender Verwendung eigenkapitalähnlichen Charakter haben, errechnet sich die Eigenkapitalquote II mit einem Wert von 88,24 % (31.12.08) und 89,03 % (31.12.09).

Die Eigenkapitalquoten I und II sind in 2009 im Verhältnis zum Vorjahr leicht gestiegen und liegen im positiven Jahresergebnis begründet.

		2009	2008
Anlagenabnutzungsgrad in % (Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte)	$\frac{\text{Kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des Haushaltsjahres bzw. Vorjahres} \times 100}{\text{Ursprüngliche Anschaffungswerte}}$	27,13%	28,83%
Anlagenabnutzungsgrad in % (Infrastrukturvermögen)	$\frac{\text{Kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des Haushaltsjahres bzw. Vorjahres} \times 100}{\text{Ursprüngliche Anschaffungswerte}}$	35,46%	33,51%

Der Anlagenabnutzungsgrad gibt an, inwieweit das Vermögen bereits von den ursprünglichen Anschaffungswerten abgeschrieben ist. Bei der Analyse der beiden Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration vorgegebene Abschreibungstabelle für massive Gebäude eine Nutzungsdauer von 90 Jahren und für Straßen eine Nutzungsdauer von 25 Jahren vorsieht.

Der Anlagenabnutzungsgrad der bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte ist leicht gesunken. Dies liegt darin begründet, dass die Gemeinde aufgrund der durchgeführten Investitionsmaßnahmen dem Werteverzehr entgegenwirken konnte.

Der Anlagenabnutzungsgrad zum Infrastrukturvermögen ist leicht gestiegen und weist zum Bilanzstichtag keine Besonderheiten auf.

### 3.8.4 Deckungsverhältnis

	31.12.2009	31.12.2008
Nettoposition	89.055.953,87 €	86.819.413,69 €
+ sonstige langfristige Passiva	10.173.811,64 €	11.057.962,40 €
- langfristige Aktiva	<u>95.495.219,28 €</u>	<u>89.471.270,11 €</u>
Unterdeckung bzw. Überdeckung:	+3.734.546,23 € 3,91 %	+8.406.105,98 € 9,40 %

Die Deckungsverhältnisse, d. h. die fristenkongruente Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögenswerte in Form der langfristigen Aktiva durch langfristig zur Verfügung stehendes Eigen- und Fremdkapital, weisen sowohl zur Eröffnungsbilanz als auch zum Jahresabschluss 2009 eine Überdeckung aus.

Das langfristig gebundene Vermögen war somit zum 31.12.2008 zu 109,40 % und zum 31.12.2009 noch zu 103,91 % durch langfristig zur Verfügung stehende Finanzierungsmittel gedeckt.

### **3.9 Gesamtbetrachtung des Jahresabschlusses**

Als Prüfungsergebnis stellen wir fest, dass der Jahresabschluss zum 31.12.2009 und der Anhang einschließlich der Anlagen gem. § 100 Abs. 1 S. 1 NGO (§ 128 Abs. 1 S. 1 NKomVG) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den geltenden Vorschriften der NGO (NKomVG) und der GemHKVO klar und übersichtlich aufgestellt wurde.

Im Jahresabschluss werden gem. § 100 Abs. 1 S. 2 NGO (§ 128 Abs. 1 S. 2 NKomVG) grundsätzlich sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde Rastede dargestellt. Auf die Feststellungen zu den Gliederungspunkten 3.2, 3.3, 3.5 und 3.6 wird hingewiesen.

Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Rastede im Sinne des § 23 GemHKVO ist auf der Grundlage der Daten des Jahresabschlusses 2009 anzunehmen.



#### **4. Produkthaushalt, Steuerungsprozess**

Nach § 4 Abs. 7 GemHKVO sind im Haushaltsplan die wesentlichen Produkte mit den dazugehörigen Leistungen und die zu erreichenden Ziele mit den jeweils geplanten Maßnahmen sowie Kennzahlen zur Zielerreichung abzubilden. Ziele und Kennzahlen sollen gemäß § 21 Abs. 2 i. V. m. § 6 GemHKVO zur Grundlage von Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden. Zudem hat die Gemeinde gemäß § 21 Abs. 1 GemHKVO nach wirtschaftlichen und örtlichen Bedürfnissen eine Kosten- und Leistungsrechnung, ein Controlling und ein unterjähriges Berichtswesen zu führen.

Die Gemeinde Rastede hat bisher noch keine wesentlichen Produkte bestimmt. Eine entsprechende Festlegung wird erst erfolgen, wenn die Ziele der Gemeinde Rastede definiert wurden. Die Festlegung auf konkrete Zielsetzungen und Kennzahlen je Produkt bzw. wesentlichem Produkt, um damit auch steuern zu können, steht noch aus.

Bei der Gemeinde Rastede ist bereits eine umfangreiche Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt worden.

Die Einführung eines Controllings und eines unterjährigen Berichtswesens wurde zurückgestellt, bis die Aufholung der noch offenen Jahresabschlüsse erfolgt ist.

#### **5. Prüfung von Vergaben**

Gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 4 NGO (§ 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG) obliegt dem RPA die Prüfung von Vergaben vor Auftragserteilung.

Die Vorgehensweise für die Erteilung von Aufträgen ist in der Dienstanweisung der Gemeinde Rastede über die Vergabe von Leistungen nach der VOL und der VOB (Vergabeordnung) geregelt.

Bei der Prüfung von Vergaben wird zwischen Vergaben für Liefer- und Dienstleistungen nach der VOL/A und für Bauaufträge nach der VOB/A unterschieden. Im Jahr 2009 waren dem RPA Vergaben nach VOL/A ab einer Wertgrenze i. H. v. 5.000,00 EUR und Vergaben nach VOB/A ab einer Wertgrenze i. H. v. 12.500,00 EUR beim Hochbau und 25.000,00 EUR beim Tiefbau zur Prüfung vorzulegen.

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 61 Vergaben geprüft. Hiervon entfielen 55 auf Vergaben nach VOB und 5 auf Vergaben nach VOL. Bei einer Vergabe erfolgte die Prüfung nach Haushaltsrecht.

Sofern vergaberechtliche Problematiken auftraten, wurden diese in der Regel direkt mit dem zuständigen Sachbearbeiter / der zuständigen Sachbearbeiterin im Rahmen der Prüfung besprochen, um die Vergabe rechtskonform ermöglichen zu können. Grundsätzliche Verstöße gegen das Vergaberecht wurden nicht festgestellt.

**6. Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit**

**6.1 Prüfung der Geschäftsbereiche Zentrale Gebäudewirtschaft sowie Bauen und Verkehr**

Die Prüfung der Baumaßnahmen 2009 wurde in der Zeit vom 06.02.2012 bis 16.02.2012 von den technischen Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes durchgeführt.

Im Zuge dieser Ordnungsmäßigkeitsprüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für einschränkende Feststellungen. Die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben durch die Geschäftsbereiche Zentrale Gebäudewirtschaft sowie Bauen und Verkehr wurde festgestellt. Auf den Prüfungsbericht vom 25.07.2013 wird verwiesen.

## 7. Wirtschaftliche Betätigung der Kommune

Die Gemeinde Rastede darf sich gemäß § 108 Abs. 1 NGO (§ 136 Abs. 1 NKomVG) zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Voraussetzungen der Nr. 1 - 3 wirtschaftlich betätigen. Der Eigenbetrieb als Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 1 NGO (§ 136 Abs. 2 Nr. 1 NKomVG) i. V. m. § 113 NGO (§ 140 NKomVG) zählt zum Sondervermögen gemäß § 102 Abs. 1 Nr. 3 NGO (§ 130 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG). Für die Führung eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder auch nur der Beteiligung an einem solchen Unternehmen hat die Gemeinde Rastede die Voraussetzungen des § 109 NGO (§ 137 NKomVG) zu beachten.

Darüber hinaus hat die Gemeinde Rastede gemäß § 114a NGO (§ 150 NKomVG) ihre Unternehmen, Beteiligungen und Einrichtungen im Sinne der zu erfüllenden öffentlichen Zwecke zu überwachen und zu koordinieren.

### 7.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Verbundene Unternehmen sind gemäß § 59 Nr. 50 GemHKVO die nach § 100 Abs. 4 NGO (§ 128 Abs. 4 NKomVG) konsolidierungspflichtigen Einrichtungen und Unternehmen, die unter dem beherrschenden Einfluss der Kommune stehen, d. h. an denen die Kommune mit mehr als 50% beteiligt ist. Die Bilanzierung erfolgt zu AHW, d. h. dem Anteil am gezeichneten Kapital.

Die Gemeinde Rastede weist in ihrem Jahresabschluss 2009 folgende Anteile an verbundenen Unternehmen aus:

Sozialstation Rastede gGmbH:	25.564,59 EUR	100 %
Residenzort Rastede GmbH:	<u>15.000,00 EUR</u>	60 %
Summe:	<u>40.564,59 EUR</u>	

#### 7.1.1 Prüfung der Sozialstation Rastede gGmbH

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 an die Carstens Revision & Treuhand GmbH – Nordenham - vergeben. Nach erfolgter Prüfung wurde mit Datum vom 18.05.2010 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach erfolgter Auswertung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kam das Rechnungsprüfungsamt am 20.05.2010 zu dem Ergebnis, dass keine den Bestätigungsvermerk ergänzenden oder einschränkenden Feststellungen zu treffen waren.

#### 7.1.2 Prüfung der Residenzort Rastede GmbH

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Residenzort Rastede GmbH an die ZP KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Oldenburg - vergeben. Nach erfolgter Prüfung wurde mit Datum vom 04.04.2011 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach erfolgter Auswertung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kam das Rechnungsprüfungsamt am 21.07.2011 zu dem Ergebnis, dass keine den

Bestätigungsvermerk ergänzenden oder einschränkenden Feststellungen zu treffen waren.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde Rastede war festzustellen, dass der Residenzort Rastede GmbH im Haushaltsjahr 2009 durch Einzelbeschlüsse insgesamt 1,1 Mio. EUR an Investitions- und Aufwandszuschüssen von der Gemeinde Rastede bewilligt wurden. Bis auf einen geringen Betrag wurden diese Mittel vollumfänglich ausgeschöpft.

## **7.2 Beteiligungen**

Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, die in der Absicht gehalten werden eine dauernde Verbindung zu diesem Unternehmen herzustellen. Die Bilanzierung erfolgt zu AHW, d. h. in Höhe der Einlage.

Die Gemeinde Rastede hält zum Bilanzstichtag folgende Beteiligungen:

Ammerländer Wohnungsbau GmbH:	19.470,00 EUR	3,80 %
Rasteder Bürgergenossenschaft eG: (ein Geschäftsanteil beträgt 100,00 EUR)	10.000,00 EUR	100 Anteile
HUNO Verlag GmbH:	5.200,00 EUR	20,00 %
Raiffeisenbank Rastede eG: (ein Geschäftsanteil beträgt 300,00 EUR)	157,26 EUR	
Raiffeisen-Warengenossenschaft Ammerland-Friesland eG:	<u>1.222,77 EUR</u>	
(ein Geschäftsanteil beträgt 1.500,00 EUR)		
Summe:	<u>36.050,03 EUR</u>	

### **7.2.1 Prüfung der Ammerländer Wohnungsbau GmbH**

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH an den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen i. V. – Hannover - vergeben. Nach erfolgter Prüfung wurde mit Datum vom 18.06.2010 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach erfolgter Auswertung des Prüfungsberichtes des Verbandes kam das Rechnungsprüfungsamt am 23.08.2010 zu dem Ergebnis, dass keine den Bestätigungsvermerk ergänzenden oder einschränkenden Feststellungen zu treffen waren.

### **7.2.2 Prüfung der HUNO Verlag GmbH**

Der Jahresabschluss der HUNO Verlag GmbH wurde von dem Steuerberatungsbüro Finkeisen & Partner, Rastede, aufgestellt. Das Geschäftsjahr 2009 schloss mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 10.768,87 EUR ab.

### **7.2.3 Sonstige Beteiligungen**

Zu den Beteiligungen an der Rasteder Bürgergenossenschaft eG, der Raiffeisenbank Rastede eG sowie der Raiffeisen-Warengenossenschaft Ammerland-Friesland eG ergaben sich keine prüfungsrelevanten Feststellungen.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2009 ergaben sich zu den vorstehenden Beteiligungen keine Anhaltspunkte dafür, dass die kommunalen Vorschriften zur wirtschaftlichen Betätigung von der Gemeinde Rastede nicht eingehalten wurden.

### **7.3 Sondervermögen**

Gemäß § 102 Abs. 1 NGO (§ 130 Abs. 1 NKomVG) zählen zum Sondervermögen der Kommunen das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen der rechtlich unselbständigen örtlichen Stiftungen, wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, öffentliche Einrichtungen, für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden, sowie rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.

Der Bauhof der Gemeinde Rastede wird als optimierter Regiebetrieb geführt und mit 450.000,00 EUR gemäß § 108 Abs. 3 i. V. m. § 110 NGO als Sondervermögen bilanziert.

#### **7.3.1 Prüfung des Bauhofs Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede**

Der Jahresabschluss des Bauhofs Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede wurde von der Zink & Partner GbR, Oldenburg, aufgestellt. Das Geschäftsjahr 2009 schloss mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. **-18.852,92 EUR** ab.

Die liquiden Mittel des Bauhofes werden auf einem gemeindeeigenen Bankkonto geführt und in der Bilanz der Gemeinde als Verbindlichkeiten gegenüber dem Bauhof passiviert. Aufgrund unterschiedlicher Vorgehensweisen bei der Verbuchung von Zahlungsvorgängen ergaben sich Differenzen zwischen dem Bestand an liquiden Mitteln in der Bilanz des Bauhofes und den ausgewiesenen Verbindlichkeiten bei der Gemeinde. Diese Differenzen konnten bislang nicht vollständig aufgeklärt werden.

Zum 01.01.2013 wurde der Bauhof wieder in den gemeindlichen Haushalt integriert.

### **7.4 Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung**

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben sich keine Erkenntnisse oder Anhaltspunkte ergeben, die gegen eine ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung durch diverse wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinde Rastede, unter Beachtung der hierzu erlassenen kommunalen Vorschriften, sprechen. Ferner wurden die Aufgaben zum Beteiligungsmanagement gemäß der Vorschriften nach § 114a NGO (§ 150 NKomVG) von der Gemeinde Rastede rechtskonform wahrgenommen.

## **8. Bestätigungsvermerk**

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung erteilen wir dem Jahresabschluss 2009 der Gemeinde Rastede den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland hat den Jahresabschluss der Gemeinde Rastede zum 31.12.2009 geprüft. Zur Prüfung lagen alle Bestandteile des Jahresabschlusses gemäß § 100 Abs. 2 NGO (§ 128 Abs. 2 NKomVG) vor.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften der NGO und der GemHKVO liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gemeinde Rastede.

Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes besteht darin, zu prüfen, ob der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht, und aufgrund der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gem. §§ 119, 120 NGO (§§ 155, 156 NKomVG) wurde unter ergänzender Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes in Anlehnung an die vom IDR verabschiedeten Grundsätze vorgenommen. Die Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit in Anwendung des § 120 Abs. 1 NGO (§ 156 Abs. 1 NKomVG) auf den Umfang beschränkt, der nach pflichtgemäßem Ermessen und allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen notwendig und angemessen ist, um relevante Sachverhalte beurteilen und die im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages erforderlichen Feststellungen treffen zu können. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Aufgrund der vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde Rastede zum 31. Dezember 2009, über deren Ergebnisse dieser Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften informiert, bestätigen wir:

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften und den sie ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Darüber hinaus bestätigen wir, dass weitgehend

- der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
- die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und
- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde Rastede darstellt.

Auf die Prüfungsfeststellungen der Textziffern 01-10 wird hingewiesen. Anhaltspunkte, die gegen eine Entlastung des Bürgermeisters sprechen, haben sich nicht ergeben.

Westerstede, den 20.03.2015

Hempel

Deichsel

## 9. Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen / -bemerkungen

Textziffer		Seite
01, 06	<p>Das Vorratsvermögen wird um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür sind öffentliche Flächen, die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowohl beim Vorratsvermögen als auch im Sachanlagevermögen erfasst wurden.</p> <p>Durch die doppelte Erfassung von Flächen im Anlage- sowie im Vorratsvermögen wird das Basis-Reinvermögen um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen.</p>	19, 22
02	Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden fehlerhaft gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. 633.727,79 EUR zu gering ausgewiesen. In gleicher Höhe ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2009.	20
03	Die Abgrenzung aktivierungsfähiger Investitionsmaßnahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurde bei der Gemeinde Rastede nicht vollumfänglich entsprechend der Bilanzierungsgrundsätze nach § 45 Abs. 3 GemHKVO vorgenommen.	20
04, 07	Der gemeindliche Anteil des „Osterlohfonds“ bestehend aus einem Girokonto und Wertpapieren (insgesamt 113.196,78 EUR) ist bilanziell auf der Aktivseite auszuweisen; gleichzeitig ist dieser Anteil auf der Passivseite als zweckgebundene Rücklage zu passivieren.	20, 22
05, 08	Die kreditorischen Debitoren (z. B. Überzahlungen von Schuldnern der Gemeinde) wurden nicht zu den Verbindlichkeiten umgegliedert. Ebenso wurden die debitorischen Kreditoren (z. B. Überzahlungen an Gläubiger der Gemeinde) nicht zu den Forderungen umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO.	20, 22
09, 10	Die Gemeinde Rastede weist in der Ergebnis- und Finanzrechnung in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ nur die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplanes und nicht die fortgeschriebenen Haushaltsansätze aus.	26, 29



## 10. Anlagen

### 10.1 Bilanz zum 31.12.2009

Aktiva		Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-	Passiva		Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
1.	Immaterielles Vermögen	98.978,30	1.012.509,00	1.	Nettoposition	86.819.413,69	89.055.953,87
1.2	Lizenzen	98.978,30	138.013,00	1.1	Basis-Reinvermögen	52.350.056,04	52.030.183,20
1.4	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	874.496,00	1.1.1	Reinvermögen	52.350.056,04	52.030.183,20
2.	Sachvermögen	87.209.810,98	92.332.947,50	1.3	Jahresergebnis	0,00	2.628.980,81
2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	6.290.449,79	7.389.523,34	1.3.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	2.628.980,81
2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	23.508.391,68	27.484.669,58	1.4	Sonderposten	34.469.357,65	34.396.789,86
2.3	Infrastrukturvermögen	45.269.826,05	44.761.035,01	1.4.1	Investitionszuweisungen und -zuschüsse	14.741.492,38	14.492.658,26
2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	688.280,26	99,00	1.4.2	Beiträge und ähnliche Entgelte	17.794.381,81	17.306.352,95
2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	9.306,00	1.4.3	Gebührenausschlag	600.129,86	645.232,26
2.6	Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	1.046.974,81	991.813,00	1.4.5	erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	1.241.726,66	1.864.435,39
2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	1.716.699,51	2.497.794,00	1.4.6	Sonstige Sonderposten	91.626,94	88.111,00
2.8	Vorräte	4.979.839,57	4.223.348,06	2.	Schulden	5.194.284,23	3.870.713,50
2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	3.709.349,31	4.975.359,51	2.1	Geldschulden	4.772.731,26	3.457.392,37
3.	Finanzvermögen	2.546.314,94	2.692.765,46	2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	4.772.731,26	3.457.392,37
3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	40.564,59	40.564,59	2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	69.825,65
3.2	Beteiligungen	36.050,03	36.050,03	2.4	Transferverbindlichkeiten	57.877,60	62.196,45
3.3	Sondervermögen mit Sonderrechnung	450.000,00	450.000,00	2.4.4	Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	62.196,45
3.4	Ausleihungen	1.580.522,57	1.552.679,57	2.4.7	Andere Transferverbindlichkeiten	57.877,60	0,00
3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	252.062,61	402.044,33	2.5	sonstige Verbindlichkeiten	363.675,37	281.299,03
3.7	Forderungen aus Transferleistungen	78.991,32	83.041,11	2.5.1	Durchlaufende Posten	13.892,38	242.728,56
3.8	Sonstige privatrechtliche Forderungen	52.780,18	57.917,24	2.5.1.1	Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	24.035,16
3.9	sonstige Vermögensgegenstände	55.343,64	70.468,59	2.5.1.3	Sonstige durchlaufende Posten	13.892,38	218.693,40
4.	Liquide Mittel	8.430.942,70	3.847.913,91	2.5.4	Andere sonstige Verbindlichkeiten	0,00	-5.090,70
5.	Aktive Rechnungsabgrenzung	104.777,42	146.464,95	2.5.5	Kassenverrechnungskonto Bauhof	349.782,99	43.661,17
				3.	Rückstellungen	6.315.231,14	7.041.227,90
				3.1	Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	5.966.370,76	6.340.582,45
				3.2	Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	318.860,38	375.836,82
				3.3	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	130.596,25

<b>Aktiva</b>	Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-	<b>Passiva</b>	Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
			3.8     Andere Rückstellungen	30.000,00	194.212,38
			4.       Passive Rechnungsabgrenzung	61.895,28	64.705,55
<b>Bilanzsumme</b>	Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-	<b>Bilanzsumme</b>	Vorjahr -Euro-	Haushaltsjahr -Euro-
	98.390.824,34	100.032.600,82		98.390.824,34	100.032.600,82

## 10.2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2009 (Muster 11)

Ergebnisrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushalts- jahres	Ansätze des Haushalts- jahres	mehr(+) weniger (-) (Sp. 3 – Sp. 4)	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Aufwendungen <sup>3)</sup>
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6
<b>ordentliche Erträge</b>	—	—	—	—	—
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	13.638.441,42	13.515.500,00	+122.941,42	—
2. Zuwendungen und allg. Umlagen <sup>1)</sup>	0,00	5.131.729,56	3.763.500,00	+1.368.229,56	—
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	1.640.933,53	1.110.665,00	+530.268,53	—
4. sonstige Transfererträge	0,00	252.249,95	180.000,00	+72.249,95	—
5. öffentlich-rechtliche Entgelte <sup>2)</sup>	0,00	2.705.050,39	2.968.129,00	-263.078,61	—
6. privatrechtliche Entgelte	0,00	2.716.380,61	532.007,00	+2.184.373,61	—
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	733.448,95	713.450,00	+19.998,95	—
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	117.206,71	141.100,00	-23.893,29	—
9. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	—
10. Bestandsveränderungen	0,00	-1.501.766,51	0,00	-1.501.766,51	—
11. sonstige ordentliche Erträge	0,00	840.639,83	365.250,00	+475.389,83	—
<b>12. = Summe ordentliche Erträge</b>	<b>0,00</b>	<b>26.274.314,44</b>	<b>23.289.601,00</b>	<b>+2.984.713,44</b>	—
<b>ordentliche Aufwendungen</b>	—	—	—	—	—
13. Aufwendungen für aktives Personal	0,00	-6.024.881,84	-5.802.695,00	-222.186,84	—
14. Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	—
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-5.195.580,91	-5.714.422,00	+518.841,09	—
16. Abschreibungen	0,00	-2.596.800,30	-2.079.363,00	-517.437,30	—
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-148.872,73	-310.000,00	+161.127,27	—
18. Transferaufwendungen	0,00	-8.441.888,31	-8.121.300,00	-320.588,31	—
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-1.225.732,75	-1.235.211,00	+9.478,25	—
<b>20. =Summe ordentl. Aufwendungen</b>	<b>0,00</b>	<b>-23.633.756,84</b>	<b>-23.262.991,00</b>	<b>-370.765,84</b>	—
<b>21. ordentliches Ergebnis</b> (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen) <b>Jahresüberschuss(+)</b> / <b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>	<b>2.640.557,60</b>	<b>26.610,00</b>	<b>+2.613.947,60</b>	—
22. außerordentliche Erträge	0,00	440.678,50	1.200,00	+439.478,50	—
23. außerordentliche Aufwendungen	0,00	-407.152,89	0,00	-407.152,89	—
<b>24. außerordentliches Ergebnis</b> (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	<b>0,00</b>	<b>33.525,61</b>	<b>1.200,00</b>	<b>+32.325,61</b>	—
<b>Jahresergebnis</b> (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) <b>Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>	<b>2.674.083,21</b>	<b>27.810,00</b>	<b>+2.646.273,21</b>	—

<sup>1)</sup> nicht für Investitionstätigkeit, <sup>2)</sup> ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit, <sup>3)</sup> Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigelegt werden.

### 10.3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2009 (Muster 12)

Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

<b>Einzahlungen und Auszahlungen</b>	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushalts- jahres	Ansätze des Haushalts- jahres	mehr(+) weniger (-) (Sp. 3 – Sp. 4)	aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Auszahlungen <sup>4)</sup>
-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6
<b>Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	—	—	—	—	—
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	13.552.828,23	13.515.500,00	+37.328,23	—
2. Zuwendungen und allg. Umlagen <sup>1)</sup>	0,00	5.275.810,11	3.763.500,00	+1.512.310,11	—
3. sonstige Transfereinzahlungen	0,00	233.214,30	180.000,00	+53.214,30	—
4. öffentlich-rechtliche Entgelte <sup>2)</sup>	0,00	2.870.032,47	2.968.129,00	-98.096,53	—
5. privatrechtliche Entgelte <sup>3)</sup>	0,00	300.049,02	533.207,00	-233.157,98	—
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen <sup>3)</sup>	0,00	620.613,84	713.450,00	-92.836,16	—
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	121.812,71	141.100,00	-19.287,29	—
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	339,08	0,00	+339,08	—
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	0,00	790.166,25	505.584,00	+284.582,25	—
<b>10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>	<b>23.764.866,01</b>	<b>22.320.470,00</b>	<b>+1.444.396,01</b>	<b>—</b>
<b>Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	—	—	—	—	—
11. Auszahlungen für aktives Personal	0,00	-5.903.185,59	-5.831.467,00	-71.718,59	—
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	—
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	-5.169.892,18	-5.701.822,00	+531.929,82	—
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	-148.872,73	-310.000,00	+161.127,27	—
15. Transferauszahlungen <sup>3)</sup>	0,00	-8.441.588,76	-8.121.300,00	-320.288,76	—
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	0,00	-1.483.333,60	-1.457.988,00	-25.345,60	—
<b>17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>	<b>-21.146.872,86</b>	<b>-21.422.577,00</b>	<b>+275.704,14</b>	<b>—</b>
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 abzüglich Zeile 17)</b>	<b>0,00</b>	<b>2.617.993,15</b>	<b>897.893,00</b>	<b>+1.720.100,15</b>	<b>—</b>
<b>Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>	—	—	—	—	—
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	411.915,13	288.700,00	+123.215,13	—
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	1.151.690,86	1.502.322,00	-350.631,14	—
21. Veräußerung von Sachvermögen	0,00	2.533.587,30	1.282.500,00	+1.251.087,30	—
22. Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	—
23. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	95.365,67	10.000,00	+85.365,67	—
<b>24. =Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>0,00</b>	<b>4.192.558,96</b>	<b>3.083.522,00</b>	<b>+1.109.036,96</b>	<b>—</b>

<b>Einzahlungen und Auszahlungen</b>	Ergebnis des Vorjahres 2009	Ergebnis des Haushalts- jahres	Ansätze des Haushalts- jahres	mehr(+) weniger (-) (Sp. 3 – Sp. 4)	aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außer- planmäßige Auszahlungen <sup>4)</sup>
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6
<b>Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>	—	—	—	—	—
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	-4.238.464,18	-5.741.000,00	+1.502.535,82	—
26. Baumaßnahmen	0,00	-4.259.249,54	-6.491.577,00	+2.232.327,46	—
27. Erwerb von bewegl. Sachvermögen	0,00	-1.117.366,30	-341.487,00	-775.879,30	—
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	—
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00	-649.333,25	-323.800,00	-325.533,25	—
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	-44.600,00	+44.600,00	—
<b>31. =Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>0,00</b>	<b>-10.264.413,27</b>	<b>-12.942.464,00</b>	<b>+2.678.050,73</b>	—
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b> (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	<b>0,00</b>	<b>-6.071.854,31</b>	<b>-9.858.942,00</b>	<b>+3.787.087,69</b>	—
<b>33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b> (Summen Zeile 18 und 32)	<b>0,00</b>	<b>-3.453.861,16</b>	<b>-8.961.049,00</b>	<b>+5.507.187,84</b>	—
<b>Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</b>	—	—	—	—	—
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	8.690.100,00	-8.690.100,00	—
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	-1.315.338,89	-1.416.600,00	+101.261,11	—
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b> (Saldo aus Zeile 34 und 35)	<b>0,00</b>	<b>-1.315.338,89</b>	<b>7.273.500,00</b>	<b>-8.588.838,89</b>	—
<b>37. Finanzmittelbestand</b> (Saldo aus Zeile 33 und 36)	<b>0,00</b>	<b>-4.769.200,05</b>	<b>-1.687.549,00</b>	<b>-3.081.651,05</b>	—
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	3.043.328,48	—	—	—
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	-2.845.202,87	—	—	—
<b>40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen</b> (Zeile 38 und Zeile 39)	<b>0,00</b>	<b>198.125,61</b>	—	—	—
<b>41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres</b>	<b>0,00</b>	<b>8.430.942,70</b>	<b>1.700.000,00</b>	<b>+6.730.942,70</b>	—
<b>42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)</b> (Summe aus Zeilen 37, 40 und 41)	<b>0,00</b>	<b>3.859.868,26</b>	<b>12.451,00</b>	<b>+3.847.417,26</b>	—

<sup>1)</sup> nicht für Investitionstätigkeit, <sup>2)</sup> ohne Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit, <sup>3)</sup> außer für Investitionstätigkeit,

<sup>4)</sup> Die Angaben in Spalte 5 können dem Jahresabschluss in einer gesonderten Anlage beigelegt werden.

Landkreis Ammerland  
Ammerlandallee 12  
26655 Westerstede

Telefon: 04488 – 56-0  
Fax: 04488 – 56-444  
[www.ammerland.de](http://www.ammerland.de)



**Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2009 der Gemeinde Rastede;  
Stellungnahme der Verwaltung zu den Prüfungsbemerkungen**

Textziffer		Seite
01, 06	<p>Das Vorratsvermögen wird um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen. Grund hierfür sind öffentliche Flächen, die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowohl beim Vorratsvermögen als auch im Sachanlagevermögen erfasst wurden.</p> <p>Durch die doppelte Erfassung von Flächen im Anlage- sowie im Vorratsvermögen wird das Basis-Reinvermögen um 896.774,24 EUR zu hoch ausgewiesen.</p>	19, 22
	<p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Feststellung ist zutreffend. Das gesamte Vorratsvermögen wurde überprüft und hat letztlich zur Feststellung des v.g. Betrages geführt. Die Korrekturen wurden mit Buchungen im Haushaltsjahr 2011 korrigiert. Buchungen in 2010 waren nicht mehr möglich, weil der Jahresabschluss 2010 bereits ausgefertigt ist.</p>	
02	<p>Vermögensabgänge im Vorratsvermögen wurden fehlerhaft gebucht. Als Folge hieraus wird das Vorratsvermögen i. H. v. 633.727,79 EUR zu gering ausgewiesen. In gleicher Höhe ergeben sich auch Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2009.</p>	20
	<p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Auch diese Feststellung ist zutreffend. Es gilt die Ausführung der Verwaltung zur Textziffer 01, 06</p>	
03	<p>Die Abgrenzung aktivierungsfähiger Investitionsmaßnahmen von Unterhaltungsmaßnahmen wurde bei der Gemeinde Rastede nicht vollumfänglich entsprechend der Bilanzierungsgrundsätze nach § 45 Abs. 3 GemHKVO vorgenommen.</p>	20
	<p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Im Rahmen der Einführung der Doppik haben sich der Landkreis und die kreisangehörigen Gemeinden Gedanken darüber gemacht, ob und wie in der Summe erhebliche „Unterhaltungsmaßnahmen“ als Investition betrachtet und aktiviert werden können. Bei der Absprache war das Rechnungsprüfungsamt dabei. Seitens des Rechnungsprüfungsamtes wurde bereits zu dem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass es die Vorgehensweise der Kommunen nicht für richtig hält und es deshalb zu entsprechenden Prüfungsbemerkungen kommen wird.</p>	
04, 07	<p>Der gemeindliche Anteil des „Osterlohfonds“ bestehend aus einem Girokonto und Wertpapieren (insgesamt 113.196,78 EUR) ist bilanziell auf der Aktivseite auszuweisen; gleichzeitig ist dieser Anteil auf der Passivseite als zweckgebundene Rücklage zu passivieren.</p>	20, 22
	<p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Die Feststellung ist richtig. Ab 2011 erfolgen die bilanziellen Ausweisungen richtig.</p>	

05, 08	Die kreditorischen Debitoren (z. B. Überzahlungen von Schuldnern der Gemeinde) wurden nicht zu den Verbindlichkeiten umgegliedert. Ebenso wurden die debitorischen Kreditoren (z. B. Überzahlungen an Gläubiger der Gemeinde) nicht zu den Forderungen umgegliedert. Hierbei handelt es sich um einen Verstoß gegen das Verrechnungsverbot gemäß § 42 Abs. 2 GemHKVO.	20, 22
	<p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Hier handelt es sich um ein technisches Problem, was sich nicht lösen lässt; dem Rechnungsprüfungsamt ist das bekannt. Formal gesehen kann es durch die technische Situation zu einem falschen Saldenausweis kommen. d.h. es kann dazu kommen, dass Überzahlungen von Schuldnern im Saldo die ursprüngliche Forderung zu einer Verbindlichkeit werden lassen, was bilanziell entsprechend ausgewiesen werden müsste. Theoretisch könnte das durch manuelle Umbuchungen zum Stichtag 31.12. so korrigiert werden, aber das wäre mit einem unverhältnismäßigen und fehlerträchtigen Arbeitsaufwand verbunden, der nicht vertretbar ist. Außerdem wird das bilanzielle Jahresergebnis nicht berührt. Die Verwaltung wird ihre Praxis nicht verändern.</p>	
09, 10	Die Gemeinde Rastede weist in der Ergebnis- und Finanzrechnung in Spalte 4 „Ansatz Haushaltsjahr“ nur die ursprünglichen Haushaltsansätze des Haushaltsplanes und nicht die fortgeschriebenen Haushaltsansätze aus.	26, 29
	<p><b><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></b></p> <p>Das ist zutreffend. Es lässt sich bis einschließlich 2014 nicht ändern. Letztendlich geht es um ein technisches Problem. In der Jahresrechnung werden die Ist-Zahlungen den Planzahlen gegenüber gestellt. Die Ist-Zahlungen beinhalten auch die Zahlungen, die auf Haushaltsreste getätigt wurden. Die Planansätze enthalten in der Jahresrechnung die Haushaltsreste dagegen nicht. Ursprünglicher Planansatz und Haushaltsrest müssten für eine Vergleichbarkeit kumuliert werden. Das lässt sich technisch nur dadurch erreichen, dass für die Haushaltsreste im Finanzbuchhaltungsprogramm eine eigene Planversion „Haushaltsreste“ eingerichtet wird und die beiden Planversionen „Plan“ und „Haushaltsreste“ in einer gemeinsamen Planversion kumuliert werden. Für 2015 ist das nun vorgesehen.</p>	



**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2015/089**freigegeben am **24.06.2015****Stab**

Sachbearbeiter/in:

**Datum: 26.05.2015****1. Nachtragshaushaltsplan und 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.07.2015	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	13.07.2015	Verwaltungsausschuss
Ö	14.07.2015	Rat

**Beschlussvorschlag:**

1. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2015 gemäß Anlage 1 zu dieser Vorlage wird beschlossen.
2. Der 1. Nachtragshaushaltsplan 2015 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	31.633.419 Euro
bei den Aufwendungen mit	31.633.419 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender Verwaltung	28.968.805 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	28.220.136 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	4.821.600 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	13.077.950 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	8.065,681 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	558.000 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm wird in seiner Fortschreibung beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Gemäß den Regelungen des Kommunalverfassungsrechts ist unter bestimmten Voraussetzungen der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung erforderlich. Wenngleich diese Umstände nicht vorliegen, schlägt die Verwaltung dennoch vor, eine entsprechende Nachtrags-

haushaltssatzung zu erlassen, insbesondere um die aktuellen Entwicklungen vor allem den Bereich der Investitionen betreffend nachzuzeichnen. Auch sollen die durch die Anhebung der Realsteuerhebesätze verursachten Mehrerträge und deren Verwendung nachgeführt werden. Dabei wird allerdings mit Rücksicht auf den erforderlichen Arbeitsumfang die Nachtragshaushaltssatzung ausschließlich auf den investiven Bereich beschränkt.

Aufgrund der Steuererhöhung konnten für den Ergebnishaushalt 520.000 Euro Mehreinnahmen erwartet werden. Betrachtet man die Entwicklung zum heutigen Zeitpunkt, ergibt sich eine Mischung aus der Wirkung der Steuersatzanhebung und der „normalen“ Einnahmeentwicklung. Für die überplanmäßige Verwendung der Mehreinnahmen wurden folgende Überlegungen zu Mehrausgaben getroffen, die durch die entsprechenden Gremien bereits abschließend beraten wurden:

200.000 Euro, zusätzliche Hochbaumaßnahmen im schulischen Bereich (Vorlage 2015/015)  
 200.000 Euro, Fortschreibung Deckenprogramm (Vorlage 2015/043)  
 100.000 Euro, zusätzliche Ausstattung für die Schulen (2015/071)  
20.000 Euro, Personal Bücherei für die „Onleihe“  
 520.000 Euro

Damit ist auch festgelegt worden, dass die Verwendung der zusätzlichen Haushaltsmittel nicht nur den Ergebnis- sondern bei den Aufwendungen für das Deckenprogramm, zum Teil zusätzlichen Hochbaumaßnahmen und die zusätzliche Ausstattung für die Schulen auch den Investitionshaushalt berühren.

Unter Berücksichtigung der Ausführungen zum Ergebnishaushalt wird deshalb der dem Investitionsbereich zusätzlich zur Verfügung gestellte Betrag von 400.000 € als Kreditvolumen ausgewiesen, der jedoch durch die Deckung über Mehreinnahmen im Ergebnishaushalt nur aus formalrechtlichen Gründen ausgewiesen, in dieser Höhe aber nicht aufgenommen werden wird. Der insoweit zusätzlich ausgewiesene zusätzliche Betrag bei den geplanten Kreditaufnahmen von 1.251.000 € verringert sich somit „netto“ auf 851.000 €

Dieser Betrag beinhaltet im Wesentlichen die Aktualisierungen bei den Kindertagesstätten sowie in den Bereichen Erschließung und Wohnbaulandentwicklung. Letztere steht dabei unter dem Vorbehalt der Umsetzungsmöglichkeit, die derzeit geprüft wird.

Unter Berücksichtigung der Mai-Steuerschätzung und dem nunmehr vorliegenden Bescheid über die Schlüsselzuweisungen ergibt sich im Ergebnishaushalt folgende mögliche Einnahmeentwicklung:

	2015			
	Ansatz	Stand (26.05.15)	Veränderung	
<b>Grundsteuer A</b>	135.000	151.984,93	16.984,93	Neue Einheitsbewertung
<b>Grundsteuer B</b>	2.370.000	2.546.299,84	176.299,84	
<b>Gewerbesteuer</b>	8.200.000	8.963.933,39	763.933,39	
<b>Einkommensteuerbeteiligung</b>	7.759.000	7.616.000,00	-143.000,00	Mai-Steuerschätzung
<b>Umsatzsteuerbeteiligung</b>	629.000	699.000,00	70.000,00	Mai-Steuerschätzung
<b>Vergnügungssteuer</b>	45.000	40.632,00	-4.368,00	Höhere Einwohnerzahl. Landesbescheid liegt vor.
<b>Hundesteuer</b>	64.000	64.989,08	989,08	
<b>Schlüsselzuweisungen</b>	2.540.000	2.758.958,00	218.958,00	
<b>Zuschuss übertragener WK</b>	387.000	387.000,00	0,00	
<b>Summe</b>	<b>22.129.000,00</b>	<b>23.228.797,24</b>	<b>1.099.797,24</b>	

<b>Gewerbesteuerumlage</b>	1.825.200,00	1.995.198,00	169.998,00	Abhängig von Gewerbesteuerereinnahme
<b>Entschuldungsumlage</b>	43.700,00	43.700,00	0,00	
<b>Kreisumlage für HHPlan</b>	7.102.000,00	7.171.839,00	69.839,00	Abhängig von Schlüsselzuweisung
<b>Summe</b>	<b>8.970.900,00</b>	<b>9.210.737,00</b>	<b>239.837,00</b>	
<b>Saldo</b>	<b>13.158.100,00</b>	<b>14.018.060,24</b>	<b>859.960,24</b>	Mehreinnahme
		<b>davon bereits gebunden</b>	<b>520.000,-</b>	

Weitere Ausführungen werden im Rahmen der Sitzung gegeben.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage.

### **Anlagen:**

- Anlage 1: Nachtragshaushaltssatzung
- Anlage 2: Investitionsprogramm ( nur Änderungen )
- Anlage 3: Gesamthaushaltsplan

## Erste Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2015

Auf Grund der §§ 10, 58 und 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434) hat der Rat der Gemeinde Rastede in der Sitzung am ... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamt- beträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushalts- plans einschließ- lich der Nach- träge festgesetzt auf
1	-Euro- 2	-Euro- 3	-Euro- 4	-Euro- 5
<b>Ergebnishaushalt</b>				
ordentliche Erträge	31.633.419	0	0	31.633.419
ordentliche Aufwendungen	31.633.419	0	0	31.633.419
außerordentliche Erträge	0	0	0	0
außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
<b>Finanzhaushalt</b>				
Einzahlungen aus laufender Ver- waltungstätigkeit	28.968.805	0	0	28.968.805
Auszahlungen aus laufender Ver- waltungstätigkeit	28.968.805		0	28.968.805
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	4.463.600	358.000	0	4.821.600
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	11.468.950	1.609.000	0	13.077.950
Einzahlungen für Finanzierungstätig- keit	6.814.681	1.251.000	0	8.065.681
Auszahlungen für Finanzierungs- tätigkeit	558.000	0	0	558.000
<b>Nachrichtlich:</b>				
Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushalts	40.247.086	1.609.000	0	41.856.086
Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushalts	40.247.086	1.609.000	0	41.856.086

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 6.814.681 Euro um 1.251.000 Euro erhöht und damit auf 8.065.681 Euro neu festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 3.933.000 Euro um 740.000 Euro erhöht und damit auf 4.673.000 Euro festgesetzt.

## § 4

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird nicht verändert.

Rastede, den

---

von Essen  
Bürgermeister

## Investitionsprogramm 2015; I. Nachtrag

				Planungsjahre	2015				2016				2017		2018	
					Plan	Neu	Ab- weichung	VE	Plan	Neu	Ab- weichung	VE	Plan	VE	Plan	VE
P1.03.01.571000.000	TH3_03	Wirtschaftsförderung		Zuschuss an private Unternehmen 2015	20.000	46.000	26.000									
P1.03.01.571000.000				Zuschuss 2015 SW-Beitrag Gewerbegebiete	70.000	205.000	135.000									
P1.03.01.573100.000	TH3_03	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen (einschl. Beteiligungen)		Beteiligung Sozialstation Ammerland-Wesermarsch GmbH		43.000	43.000									
P1.04.02.111600.00	TH4_01	Liegenschaften		Rahmenplanung Mühlenstraße (Bereich Sportplatz/Freibad)	0	60.000	60.000									
P1.04.02.522200.000	TH4_01	Grunderwerb zur Weiterveräußerung (zur Bereitstellung von Bauland für den Wohnungsbau), eigener Wohnungsbau		<b>Objekt BPl. 100 Göhlen</b>												
				Ankauf		850.000	850.000									
P1.05.01.365900.001	5_11	Diakonisches Werk Hahn-Lehmden		Zuschuss für Anbau Gruppenraum mit Garderoben-/Sanitärraum	0	350.000	350.000									
				Zuschuss vom Landkreis Ammerland für Anbau	0				0	-38.350	-38.350					
P1.05.01.365900.006	5_11	Krippe Rastede		Zuschuss Neubau (Land)	0	-154.000	-154.000									
P1.05.01.365900.012	5_11	Krippe Wahnbek II		Zuschuss Neubau (Land)	-231.000	-360.000	-129.000									
P1.05.01.365900.012				2015 invest. Zuschuss	231.000	360.000	129.000									
P1.05.02.126200.001	TH5_02	Ortsfeuerwehr Rastede		Feuerwehrfahrzeug (LF 20/16)	0	25.000	25.000									
P1.05.02.211100.001	TH5_021	Grundschule Feldbreite (ohne Schulbudget)	521000	2015 Sammelposten (oSB)	3.800	10.600	6.800									
P1.05.02.211200.001	TH5_021	Grundschule Hahn-Lehmden (ohne Schulbudget)		2015 Sammelposten (oSB)	1.000	7.800	6.800									
P1.05.02.211300.001	TH5_021	Grundschule Kleibrok (ohne Schulbudget)		2015 Sammelposten (oSB)	10.300	17.900	7.600									
P1.05.02.211400.001	TH5_021	Grundschule Leuchtenburg (ohne Schulbudget)		2015 Sammelposten (oSB)	4.400	7.900	3.500									
P1.05.02.211500.001	TH5_021	Grundschule Loy (ohne Schulbudget)		2015 Sammelposten (oSB)	1.000	4.500	3.500									
P1.05.02.211600.001	TH5_021	Grundschule Wahnbek (ohne Schulbudget)		2015 Sammelposten (oSB)	2.000	8.800	6.800									
P1.05.02.218000.001	TH5_021	Gesamtschulen Gebäude Wilhelmstraße (ohne Schulbudget)		2015 Sammelposten (Geb.)	2.350	46.350	44.000									
P1.05.02.218000.002	TH5_021	Gesamtschulen Gebäude Feldbreite (ohne Schulbudget)		2015 Sammelposten	9.750	25.750	16.000									
P1.05.02.221000.001	TH5_021	Förderschulen (ohne Schulbudget)		2015 Sammelposten	2.100	7.100	5.000									
P1.06.00.538100.001	TH6_01	Schmutzwasserbeseitigung Zentrale Einrichtung Klärwerk		Klärschlammfäulung		150.000	150.000	800.000	1.100.000			1.500.000	1.900.000	400.000	400.000	

# Investitionsprogramm 2015; I. Nachtrag

			Planungsjahre	2015				2016				2017		2018	
				Plan	Neu	Ab- weichung	VE	Plan	Neu	Ab- weichung	VE	Plan	VE	Plan	VE
P1.06.00.538100.001		Rohrnetz		<b>Objekt: BPI. 78 c; Nethener Weg</b>											
P1.06.00.538100.001				- SW-Kanal	155.000	25.000	-130.000		130.000	130.000					
P1.06.00.538100.003	TH6_01	Niederschlagswasser		<b>Objekt: BPI. 78 c "Nethener Weg"</b>											
P1.06.00.538100.003				- RW-Kanal	100.000	25.000	-75.000		75.000	75.000					
P1.06.00.538100.003				<b>Objekt BPI. 88A "Erweiterung Müritzsstraße"</b>											
P1.06.00.538100.003				- RW-Kanal	80.000	92.000	12.000								
P1.06.00.541100.001	TH6_01	Gemeindestraßen	610400	<b>Objekt: BPI. 78 c; Nethener Weg</b>											
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	145.000	25.000	-120.000	125.000	125.000	245.000	120.000				
P1.06.00.541100.001				<b>Objekt: BPI.88 "nördlich Havelstraße"</b>											
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	155.000	35.000	-120.000		120.000	120.000					
P1.06.00.541100.001				<b>Objekt: BPI.88A "Erweiterung Müritzstr."</b>											
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	310.000	195.000	-115.000	118.000	118.000	170.000	52.000				
P1.06.00.541100.001				<b>Objekt: BPI.93 "südlich Schloßpark II"</b>											
P1.06.00.541100.001				- Straßenbau	100.000	0	-100.000								
P1.06.00.541100.001				<b>Objekt: Deckenprogramm</b>											
P1.06.00.541100.001				- Deckenprogramm 2015	300.000	500.000	200.000								
P1.06.00.541100.001				- Deckenprogramm 2016				250.000	500.000	250.000					
P1.06.00.541100.001				<b>Objekt BPI. 105 Südl. Schloßpark III</b>											
P1.06.00.541100.001				- Straße	250.000,00		150.000	400.000			100.000	100.000			
P1.06.00.541100.001				<b>Objekt: Bahnübergänge (Entflechtungsgesetz)</b>											
				Bahnübergang Buschweg	0	72.000,00	72.000								
				Bahnübergang Am Stratjebusch	0	38.000,00	38.000								
				Bahnübergang Schloßstr.	0	12.000,00	12.000								
				Bahnübergang Lehmdr Str.	0	11.000,00	11.000								
				Bahnübergang Blauer Baum	0	13.000,00	13.000								
				Bahnübergang Raiffeisenstr.	0	31.000,00	31.000								
P1.06.00.547000.000	TH6_01	ÖPNV	610400	<b>Objekt: Neubau von 2 Bushaltestellen Schafjückenweg</b>											
				Zuschuss Neubau Bushaltestellen Schafjückenweg		-75.000	-75.000								
				Neubau Bushaltestellen		12.000	12.000		130.000	130.000					



# **Erster Nachtragshaushaltsplan 2015**

Gesamtergebnishaushalt  
Gesamtfinanzhaushalt



## Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen	Rechnungs- ergebnis des Vorvorjahres 2013	Ansatz des Vorjahres 2014	Ansatz des Haushalts- jahres 2015	Veränderung 2015	Ansatz des I. Nachtrags- haushaltsplans 2015
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
<b>Ordentliche Erträge</b>					
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-17.117.000	-19.202.000	0	-19.202.000
02. Zuwendungen u. allgemeine Umlagen		-5.097.700	-3.726.690	0	-3.726.690
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.722.133	-1.767.614	0	-1.767.614
04. sonstige Transfererträge		-202.700	-292.600	0	-292.600
05. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.952.450	-3.537.450	0	-3.537.450
06. privatrechtliche Entgelte		-3.418.085	-2.335.405	0	-2.335.405
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-766.760	-725.360	0	-725.360
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		-75.500	-139.000	0	-139.000
09. aktivierte Eigenleistung				0	0
10. Bestandsveränderungen		1.216.000	855.000	0	855.000
11. sonstige ordentliche Erträge		-723.100	-762.300	0	-762.300
<b>12.= Summe ordentliche Erträge</b>		<b>-30.859.428</b>	<b>-31.633.419</b>	<b>0</b>	<b>-31.633.419</b>
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>					
13. Aufwendungen für aktives Personal		7.487.700	7.930.800	0	7.930.800
14. Aufwendungen für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		6.330.393	6.231.214	0	6.231.214
16. Abschreibungen		3.318.803	3.343.723	0	3.343.723
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		370.000	344.000	0	344.000
18. Transferaufwendungen		10.802.900	11.709.800	0	11.709.800
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		1.890.741	1.994.022	0	1.994.022
20. Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		658.891	79.860	0	79.860
<b>21.= Summe ordentliche Aufwendungen</b>		<b>30.859.428</b>	<b>31.633.419</b>	<b>0</b>	<b>31.633.419</b>
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		658.891	79.860	0	79.860
<b>22. ordentliches Ergebnis</b>		<b>-658.891</b>	<b>-79.860</b>	<b>0</b>	<b>-79.860</b>
23. außerordentliche Erträge					
24. außerordentliche Aufwendungen					
25. Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO					
<b>26. Summe aus Zeile 24 und 25</b>					
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO					
<b>27. außerordentliches Ergebnis</b>					
<b>28. Jahresergebnis</b>		<b>-658.891</b>	<b>-79.860</b>	<b>0</b>	<b>-79.860</b>
29. Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahren gem. § 2 Abs. 6 GemHKVO					
<b>Fortgeschriebenes Jahresergebnis</b>		<b>-658.891</b>	<b>-79.860</b>	<b>0</b>	<b>-79.860</b>

## Finanzhaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen	Rechnungs- ergebnis des Vorvorjahres 2013	Ansatz des Vorjahres 2014	Ansatz des Haushalts- jahres 2015	Veränderung 2015	Ansatz des I. Nach- trags- haushalts- plans 2015
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätig- keit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben		-17.117.000	-19.202.000	0	-19.202.000
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-5.097.700	-3.726.690	0	-3.726.690
03. sonstige Transfereinzahlungen		-202.700	-292.600	0	-292.600
04. öffentlich-rechtliche Entgelte		-2.952.450	-3.537.450	0	-3.537.450
05. privatrechtliche Entgelte		-588.085	-585.405	0	-585.405
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-766.760	-725.360	0	-725.360
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen		-75.500	-139.000	0	-139.000
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände					
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		-720.100	-760.300	0	-760.300
<b>10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>-27.520.295</b>	<b>-28.968.805</b>	<b>0</b>	<b>-28.968.805</b>
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätig- keit					
11. Auszahlungen für aktives Personal		7.584.200	7.941.100	0	7.941.100
12. Auszahlungen für Versorgung					
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GVG		6.330.393	6.231.214	0	6.231.214
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen		370.000	344.000	0	344.000
15. Transferauszahlungen		10.802.900	11.709.800	0	11.709.800
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		1.890.741	1.994.022	0	1.994.022
<b>17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>		<b>26.978.234</b>	<b>28.220.136</b>	<b>0</b>	<b>28.220.136</b>
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätig- keit</b>		<b>-542.061</b>	<b>-748.669</b>	<b>0</b>	<b>-748.669</b>
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit		-472.200	-330.500	-358.000	-688.500
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätig- keit		-1.975.000	-911.000	0	-911.000
21. Veräußerung von Sachvermögen		-3.890.500	-3.020.100	0	-3.020.100
22. Veräußerung von Finanzvermögens- anlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit		-195.400	-202.000	0	-202.000
<b>24. = Summe der Einzahlungen für In- vestitionstätigkeit</b>		<b>-6.533.100</b>	<b>-4.463.600</b>	<b>-358.000</b>	<b>-4.821.600</b>

Einzahlungen und Auszahlungen	Rechnungs- ergebnis des Vorvorjahres 2013	Ansatz des Vorjahres 2014	Ansatz des Haushalts- jahres 2015	Veränderung 2015	Ansatz des l. Nach- trags- haushalts- plans 2015
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		1.660.000	958.000	850.000	1.808.000
26. Baumaßnahmen		9.170.200	9.341.500	-49.000	9.292.500
27. Erwerb von beweglichen Sachvermögen		1.072.800	633.150	125.000	758.150
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen		1.500	200	43.000	43.200
29. Aktivierbare Zuwendungen		625.900	524.400	640.000	1.164.400
30. Sonstige Investitionstätigkeit		12.400	11.700	0	11.700
<b>31. = Summe der Auszahlungen für In- vestitionstätigkeit</b>		<b>12.542.800</b>	<b>11.468.950</b>	<b>1.609.000</b>	<b>13.077.950</b>
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>		<b>6.009.700</b>	<b>7.005.350</b>	<b>1.251.000</b>	<b>8.256.350</b>
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/- Fehlbetrag</b>		<b>5.467.639</b>	<b>6.256.681</b>	<b>1.251.000</b>	<b>7.507.681</b>
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit		-6.009.639	-6.814.681	-1.251.000	-8.065.681
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für In- vestitionstätigkeit		542.000	558.000	0	558.000
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>		<b>-5.467.639</b>	<b>-6.256.681</b>	<b>-1.251.000</b>	<b>-7.507.681</b>
<b>37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36</b>		<b>-0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
38. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres		<b>-7.029.574.78</b>	<b>()</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>39. voraussichtl. Bestand an Zahlungs- mitteln am Ende des Haushaltsjahres</b>	<b>-7.029.574.78</b>	<b>-0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>